Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10936**

18. Wahlperiode 23.01.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte
(Zweites Finanzmarktnovellierungsgesetz – 2. FiMaNoG)

A. Problem und Ziel

Im Zuge der Finanzkrise ab dem Jahre 2008 hat der europäische Gesetzgeber auf zahlreichen Gebieten des Kapitalmarktrechts Initiativen zur Verbesserung der Transparenz und Integrität der Märkte und des Anlegerschutzes ergriffen.

Die Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rats vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349) und die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84) sind am 2. Juli 2014 in Kraft getreten. Sie lösen die Regelungen der Richtlinie 2004/39/EG und der zugehörigen Ausführungsrechtsakte ab. Die Richtlinie 2014/65/EU muss bis zum 3. Juli 2017 in nationales Recht umgesetzt werden, die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 ist ab dem 3. Januar 2018 anzuwenden.

Wesentlicher Inhalt dieser Rechtsakte ist

- die Schließung von Aufsichtslücken bei der Regulierung von Handelsplätzen durch erweiterte Anforderungen an bestehende Handelsplattformen, die Schaffung einer neuen Erlaubnispflicht für bisher nicht überwachte organisierte Handelssysteme sowie eine grundsätzliche Pflicht, Handel nur auf regulierten Plätzen zu betreiben;
- die Schaffung von mehr Transparenz durch die Ausdehnung der Veröffentlichungspflichten auf weitere Finanzinstrumente und durch Vorgaben zur Organisation und zum Betreiben von Datenbereitstellungsdiensten;
- die stärkere Überwachung von Warenderivaten durch Einführung von Positionslimits und Positionskontrollen;
- die Regulierung des algorithmischen Handels, insbesondere des Hochfrequenzhandels;
- die Stärkung des Anlegerschutzes durch Ausweitung der Verhaltens- und Organisationspflichten von Wertpapierdienstleistungsunternehmen, insbesondere durch höhere Transparenz- und Informationspflichten, durch besse-

re Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden u.a. durch Produktverbote sowie;

- die Vereinheitlichung und Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten.

Zur weiteren Ausgestaltung der Richtlinie 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 hat die Europäische Kommission die Delegierte Richtlinie … /EU [DR MiFID II] sowie eine Reihe von Europäischen Verordnungen (sog. Level 2-Regelungen) erlassen, welche die technischen Einzelheiten zu deren Vorgaben näher bestimmen.

Die Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 29.6.2016, S. 1) ist am 12. Januar 2016 in Kraft getreten. Wesentlicher Inhalt dieser Verordnung sind Regelungen zur Verbesserung der Transparenz und der Kontrolle von Wertpapierfinanzierungsgeschäften wie Wertpapierdarlehens- oder Wertpapierpensionsgeschäften und vergleichbaren Finanzierungsstrukturen, die sowohl im Bankensektor als auch im sog. Schattenbankensektor weit verbreitet sind.

Die Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1) trat am 30. Juni 2016 in Kraft. Wesentlicher Inhalt der Verordnung sind Vorgaben für das Beitragen von Eingabedaten zur Bestimmung von Referenzwerten sowie für die Bereitstellung und die Verwendung der Referenzwerte. Dadurch soll die Genauigkeit und Robustheit von Referenzwerten sichergestellt und Manipulationen und Ungenauigkeiten vorgebeugt werden.

B. Lösung

Zur Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU, der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] sowie zur Ausführung der Verordnungen müssen vor allem das Wertpapierhandelsgesetz, das Kreditwesengesetz und das Börsengesetz angepasst werden. Hinzu kommen Änderungsbedarf unter anderem im Versicherungsaufsichtsgesetz und im Kapitalanlagegesetzbuch, Anpassungen in den Durchführungsverordnungen zur Umsetzung der Richtlinienvorgaben sowie Streichungen aufgrund der unmittelbar geltenden Europäischen Verordnungen. Zudem sind zahlreiche geringfügige Folgeänderungen vorzunehmen.

Wesentliche Inhalte der Änderungen sind

- Anpassung des Abschnitts 6 (nunmehr Abschnitt 11) des Wertpapierhandelsgesetzes an die geänderten Verhaltens- und Organisationspflichten aus der Richtlinie 2014/65/EU;
- Aufnahme neuer Abschnitte in das Wertpapierhandelsgesetz zur Überwachung von Positionslimits bei Warenderivaten und zur Aufsicht über Datenbereitstellungsdienste nach der Richtlinie 2014/65/EU;
- Anpassung verschiedener Vorschriften im Börsengesetz und Kreditwesengesetz an die Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU;
- Erweiterung des Katalogs von Ordnungswidrigkeitstatbeständen und Erhöhung des Bußgeldrahmens in Wertpapierhandelsgesetz, Kreditwesengesetz, Börsengesetz, Kapitalanlagegesetzbuch und Versicherungsaufsichtsgesetz

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

sowie die Einführung einer grundsätzlich zwingenden Veröffentlichung von Maßnahmen und Sanktionen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin);

- Zuweisung von Zuständigkeiten zur Ausführung der genannten EU-Verordnungen.

Daneben wurden die umfangreichen Änderungen im Wertpapierhandelsgesetz zum Anlass genommen, dieses zum Zwecke der besseren Übersichtlichkeit neu zu nummerieren, was zahlreiche redaktionelle Folgeänderungen auslöst. Ausgegangen wird dabei vom Gesetzgebungsstand des Ersten Finanzmarktnovellierungsgesetzes. Ausgestaltende Rechtsakte der Europäischen Kommission werden insbesondere durch Verweise berücksichtigt. Soweit eine Veröffentlichung der Rechtsakte im Amtsblatt der Europäischen Union noch nicht erfolgt ist, stellt der Entwurf zunächst auf den letzten öffentlich verfügbaren Stand (Vorschlag der Europäischen Kommission oder ESMA-Entwurf) ab.

Der Gesetzentwurf setzt die europäischen Vorgaben weitestgehend 1:1 um.

C. Alternativen

Mit dem Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz werden die europäische Richtlinie 2014/65/EU sowie die Verordnungen (EU) Nr. 600/2014, (EU) 2015/2365 und (EU) 2016/1011 nebst ausgestaltenden Europäischen Rechtsakten in nationales Recht übertragen. Eine Nichtumsetzung oder eine nicht fristgerechte Umsetzung dieser europäischen Rechtsakte in nationales Recht kommt nicht in Betracht.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine

E. Erfüllungsaufwand

Es entstehen keine unmittelbaren Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand für den Bund, die Länder und die Kommunen.

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Den Bürgerinnen und Bürgern entsteht durch dieses Gesetz kein Erfüllungsaufwand.

Auch wenn Einzelpersonen Pflichten auferlegt werden, steht das Handeln dieser Personen als Vertreter der Wirtschaft im Vordergrund. Die entsprechenden Belastungen werden folglich als Teil des Erfüllungsaufwandes der Wirtschaft erfasst.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Insgesamt wird beim wiederkehrenden Erfüllungsaufwand mit einer Belastung der Wirtschaft aufgrund von EU-Regelungen in Höhe von ca. 64,7 Mio. Euro gerechnet. Zu berücksichtigen ist dabei insbesondere, dass sich der Aufwand für die Wirtschaft durch die Pflicht zur Zurverfügungstellung der sog. Geeignetheitserklärung nach § 64 Absatz 4 WpHG (EU-Vorgabe) tatsächlich nicht

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

ändert, da im Gegenzug die Pflicht zur Übergabe eines Beratungsprotokolls (bisherige nationale Regelung) mit Aufwand in gleicher Höhe entfällt.

Im Sinne der ‚One in one out'-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben aufgrund von nationalen Vorgaben ein „In" von 770.040 Euro dar. Es wird derzeit geprüft, in welchem Rahmen diese Belastung kompensiert werden wird.

Zugleich wird die Wirtschaft einmalig mit Kosten in Höhe von ca. 61,6 Mio. Euro belastet, die durch die Umsetzung von EU-Recht entstehen.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Von den Erfüllungsaufwendungen, die der Wirtschaft entstehen, entfallen ca. 66 Mio. Euro auf Informationspflichten, davon ca. 11,6 Mio. Euro wiederkehrender Art und ca. 54,4 Mio. Euro einmaliger Art.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Auf Bundesebene führen die neuen Regelungen insgesamt zu einer jährlichen Mehrbelastung in Höhe von ca. 12 Mio. Euro.

Einmalig entsteht ein Umstellungsaufwand von ca. 120.000 Euro.

Für die Länder und die Kommunen entsteht kein Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten, insbesondere mit Blick auf das Preisniveau, sind nicht zu erkennen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 23. Januar 2016

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte
> (Zweites Finanzmarktnovellierungsgesetz - 2. FiMaNoG)

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 30. Dezember 2016 als besonders eilbedürftig zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Angela Merkel

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften auf Grund europäischer Rechtsakte

(Zweites Finanzmarktnovellierungsgesetz – 2. FiMaNoG)

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

I n h a l t s ü b e r s i c h t

Artikel 1 Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes
Artikel 2 Weitere Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes
Artikel 3 Weitere Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes
Artikel 4 Änderung des Kreditwesengesetzes
Artikel 5 Weitere Änderungen des Kreditwesengesetzes
Artikel 6 Weitere Änderungen des Kreditwesengesetzes
Artikel 7 Änderung des Börsengesetzes
Artikel 8 Weitere Änderungen des Börsengesetzes
Artikel 9 Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes
Artikel 10 Änderung des Kapitalanlagegesetzbuchs
Artikel 11 Weitere Änderungen des Kapitalanlagegesetzbuchs
Artikel 12 Weitere Änderungen des Kapitalanlagegesetzbuchs
Artikel 13 Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes
Artikel 14 Weitere Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes
Artikel 15 Weitere Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes
Artikel 16 Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes
Artikel 17 Änderung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes
Artikel 18 Änderung der WpÜG-Angebotsverordnung
Artikel 19 Änderung der KWG-Vermittlerverordnung
Artikel 20 Änderung der Gewerbeordnung
Artikel 21 Änderung der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Artikel 22 Änderung der Marktmanipulations-Verstoßmeldeverordnung
Artikel 23 Änderung des Kleinanlegerschutzgesetzes
Artikel 24 Folgeänderungen
Artikel 25 Aufhebung von Rechtsverordnungen
Artikel 26 Inkrafttreten

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Artikel 1

Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes

Das Wertpapierhandelsgesetz vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), das zuletzt durch Artikel […] des Gesetzes vom [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes* (BGBl. …)] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) Der Angabe zu § 7 werden ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.
   b) Der Angabe zu § 40d werden die Wörter „und die Verordnung (EU) 2015/2365“ angefügt.
   c) Nach der Angabe zu § 50 wird folgende Angabe angefügt:

      „§ 51 Übergangsvorschrift für Verstöße gegen §§ 38, 39“.
2. § 1 Absatz 1 Nummer 6 wird wie folgt geändert:
   a) In Buchstabe f wird das Wort „sowie“ am Ende durch ein Komma ersetzt.
   b) In Buchstabe g wird der Punkt am Ende durch das Wort „sowie“ ersetzt.
   c) Dem Buchstaben g wird folgender Buchstabe h angefügt:

      „h) der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung.“
3. § 4 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 3h wird wie folgt geändert:
      aa) In Nummer 2 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.
      bb) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 eingefügt:

         „3. die Artikel 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 sowie die auf Grundlage des Artikels 4 erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission, oder“.
      cc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4 und wie folgt gefasst:

         „4. eine Anordnung der Bundesanstalt, die sich auf eine der in den Nummern 1 bis 3 genannten Vorschriften bezieht.“
      dd) Folgender Satz wird angefügt:

         „Bei Verstößen gegen die in Nummer 3 genannten Vorschriften sowie sich hierauf beziehende Anordnungen der Bundesanstalt kann die Bundesanstalt auch eine dauerhafte Einstellung der den Verstoß begründenden Handlungen oder Verhaltensweisen verlangen.“
   b) In Absatz 3j wird folgender Satz angefügt:

      „Verstößt eine Person vorsätzlich gegen eine der in Absatz 3h Satz 1 Nummer 3 genannten Vorschriften oder eine sich auf diese Vorschriften beziehende Anordnung der Bundesanstalt und setzt sie dieses Verhalten trotz Verwarnung durch die Bundesanstalt fort, kann die Bundesanstalt dieser Person für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Wahrnehmung von Führungsaufgaben bei finanziellen und nichtfinanziellen Gegenparteien im Sinne des Artikels 3 Nummer 3 und 4 der Verordnung (EU) 2015/2365 untersagen.“

c) Absatz 4a wird wie folgt gefasst:

„(4a) Bedienstete der Bundesanstalt dürfen Geschäfts- und Wohnräume durchsuchen, soweit dies zur Verfolgung von Verstößen gegen die Artikel 14 und 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 geboten ist. Das Grundrecht des Artikels 13 wird insoweit eingeschränkt. Im Rahmen der Durchsuchung dürfen Bedienstete der Bundesanstalt Gegenstände sicherstellen, die als Beweismittel für die Ermittlung des Sachverhalts von Bedeutung sein können. Befinden sich die Gegenstände im Gewahrsam einer Person und werden sie nicht freiwillig herausgegeben, können Bedienstete der Bundesanstalt die Gegenstände beschlagnahmen. Durchsuchungen und Beschlagnahmen sind, außer bei Gefahr im Verzug, durch den Richter anzuordnen. Zuständig ist das Amtsgericht Frankfurt am Main. Gegen die richterliche Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Die §§ 306 bis 310 und 311a der Strafprozessordnung gelten entsprechend. Bei Beschlagnahmen ohne gerichtliche Anordnung gilt § 98 Absatz 2 der Strafprozessordnung entsprechend. Zuständiges Gericht für die nachträglich eingeholte gerichtliche Entscheidung ist das Amtsgericht Frankfurt am Main. Über die Durchsuchung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie muss die verantwortliche Dienststelle, Grund, Zeit und Ort der Durchsuchung und ihr Ergebnis enthalten.“

4. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift werden ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) In Absatz 4 Satz 5 werden die Wörter „Verstöße gegen Verbote nach den Vorschriften“ durch die Wörter „den Verdacht einer Straftat nach den Strafvorschriften“ ersetzt.

c) Nach Absatz 7 wird folgender Absatz 7a eingefügt:

„(7a) Die Bundesanstalt kann im Rahmen der Zusammenarbeit zum Zwecke der Überwachung der Einhaltung der Verbote und Gebote nach der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 sowie der Verbote und Gebote entsprechender ausländischer Bestimmungen anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder von Drittstaaten von allen ihr nach diesem Gesetz zustehenden Befugnissen Gebrauch machen, um den einschlägigen Ersuchen der zuständigen Behörden der jeweiligen Staaten nachzukommen.“

5. § 34c wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird nach dem Wort „Kapitalverwaltungsgesellschaften“ ein Komma und das Wort „EU-Verwaltungsgesellschaften“ eingefügt und die Angabe „Investmentaktiengesellschaften“ durch die Angabe „Investmentgesellschaften“ und das Wort „unverzüglich“ durch die Wörter „vor Erstellung oder Weitergabe der Empfehlungen“ ersetzt.

bb) Die Sätze 2 und 3 werden durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Die Anzeige muss folgende Angaben enthalten:

1. bei einer natürlichen Person Name, Geburtsort, Geburtsdatum, Wohn- und Geschäftsanschrift sowie telefonische und elektronische Kontaktdaten,

2. bei einer juristischen Person oder einer Personenvereinigung Firma, Name oder Bezeichnung, Rechtsform, Registernummer wenn vorhanden, Anschrift des Sitzes oder der Hauptniederlassung, Namen der Mitglieder des Vertretungsorgans oder der gesetzlichen Vertreter und telefonische und elektronische Kontaktdaten; ist ein Mitglied des Vertretungsorgans oder der gesetzliche Vertreter eine juristische Person, so sind deren Firma, Name oder Bezeichnung, Rechtsform, Registernummer wenn vorhanden und Anschrift des Sitzes oder der Hauptniederlassung ebenfalls anzugeben.

Die Angaben nach Satz 2 sind glaubhaft zu machen. Beabsichtigt der Anzeigepflichtige die Verbreitung der Empfehlungen, muss die Anzeige auch eine detaillierte Beschreibung der beabsichtigen Verbreitungswege enthalten.“

cc) Der neuen Satz 5 wird das Wort „ob“ wird durch das Wort „inwiefern“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

dd) Der neuen Satz 6 werden nach dem Wort „Sachverhalte“ die Wörter „sowie die Einstellung der in Satz 1 genannten Tätigkeiten“ eingefügt.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Die Bundesanstalt veröffentlicht auf ihrer Internetseite den Namen, die Firma oder die Bezeichnung der nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ordnungsgemäß angezeigten Personen und Personenvereinigungen sowie den Ort und das Land der Wohn- und Geschäftsanschrift oder des Sitzes oder der Hauptniederlassung.“

6. In § 36 Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „ob die Meldepflichten nach § 9,“ die Wörter „die Anzeigepflichten nach § 10,“ eingefügt und nach den Wörtern „die sich aus“ die Wörter „der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006,“ eingefügt.

7. § 37x wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „§§ 341r bis 341w“ durch die Angabe „§§ 341r bis 341v“ ersetzt und dem Wort „spätestens“ das Wort „diesen“ vorangestellt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „§§ 341s bis 341w“ durch die Angabe „§§ 341s bis 341v“ ersetzt.

b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Ein Unternehmen im Sinne von Satz 1 hat außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor Veröffentlichung der Bekanntmachung nach Satz 2 den Zahlungsbericht oder Konzernzahlungsbericht an das Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln, es sei denn, die Übermittlung erfolgt nach § 8b Absatz 2 Nummer 4 in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Handelsgesetzbuchs.“

8. § 38 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe „(ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 1“ die Klammer gestrichen und werden ein Semikolon und die Wörter „ABl. L 287 vom 21.10.2016, S. 320), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) geändert worden ist,“ eingefügt.

b) In Nummer 2 wird das Wort „anstiftet“ durch das Wort „verleitet“ ersetzt.

9. § 39 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Nummer 24 werden nach den Wörtern „§ 37w Absatz 2 Nummer 3“ die Wörter „oder entgegen § 37x Absatz 2 Satz 3“ eingefügt.

b) Nach Absatz 2e wird folgender Absatz 2f eingefügt:

„(2f) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Artikel 4 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,

2. entgegen Artikel 4 Absatz 4 Aufzeichnungen nicht, nicht vollständig oder nicht mindestens für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt,

3. entgegen Artikel 15 Absatz 1 Finanzinstrumente weiterverwendet, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind oder

4. entgegen Artikel 15 Absatz 2 ein Recht auf Weiterverwendung ausübt, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind.“

c) Nach Absatz 4b wird folgender Absatz 4c eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„(4c) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 2f mit einer Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

1. in den Fällen des Absatzes 2f Satz 1 Nummer 1 und 2 den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,
2. in den Fällen des Absatzes 2f Satz 1 Nummer 3 und 4 den höheren der Beträge von fünfzehn Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat nicht überschreiten.

Über die in Satz 1 und Satz 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.“

d) In Absatz 5 werden die Wörter „Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 4 Satz 2 Nummer 2 und des Absatzes 4a Satz 2 Nummer 1 und 2 sowie des Absatzes 4b Satz 2 ist“ durch die Wörter „Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 4 Satz 2 Nummer 2, des Absatzes 4a Satz 2 Nummer 1 und 2, des Absatzes 4b Satz 2 und des Absatzes 4c Satz 2 ist“ ersetzt.

e) In Absatz 6a Satz 1 und 4 wird die Angabe „4b“ jeweils durch die Angabe „4c“ ersetzt.

10. § 40d wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift werden die Wörter „und die Verordnung (EU) 2015/2365“ angefügt.

b) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „Verordnung (EU) Nr. 596/2014“ die Wörter „sowie den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ eingefügt.

11. In § 41 Absatz 4g wird die Angabe „§ 1 Absatz 8“ durch die Angabe „§ 1 Absatz 3“ ersetzt.

12. Nach § 50 wird folgender § 51 angefügt:

„§ 51

Übergangsvorschrift für Verstöße gegen §§ 38, 39

(1) Straftaten nach § 38 in der bis zum Ablauf des 1. Juli 2016 geltenden Fassung werden abweichend von § 2 Absatz 3 des Strafgesetzbuches nach den zum Zeitpunkt der Tat geltenden Bestimmungen geahndet.

(2) Ordnungswidrigkeiten nach § 39 in der bis zum Ablauf des 1. Juli 2016 geltenden Fassung können abweichend von § 4 Absatz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten nach den zum Zeitpunkt der Tat geltenden Bestimmungen geahndet werden.“

Artikel 2

Weitere Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes

Das Wertpapierhandelsgesetz vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), das zuletzt durch Artikel 1 dieses des Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird in der Überschrift zu § 40d das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern „Verordnung (EU) 2015/2365“ werden die Wörter „und die Verordnung (EU) 2016/1011“ angefügt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 6 wird wie folgt geändert:

   a) In Buchstabe g wird das Wort „sowie“ am Ende durch ein Komma ersetzt.

   b) In Buchstabe h wird der Punkt am Ende durch das Wort „sowie“ ersetzt.

   c) Dem Buchstaben h wird folgender Buchstabe i angefügt:

      „i) der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Weiterentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung.“

3. § 4 wird wie folgt geändert:

   a) Dem Absatz 3 wird folgender Satz 4 angefügt:

      „Satz 1 und 3 gelten entsprechend, soweit dies auf Grund von Anhaltspunkten für die Überwachung der Einhaltung eines Verbots oder Gebots der Verordnung (EU) 2016/1011 erforderlich ist; bezüglich Auskünften, Vorladung und Vernehmung gilt dies jedoch nur gegenüber Personen, die an der Bereitstellung eines Referenzwerts im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011 beteiligt sind oder dazu beitragen.“

   b) In Absatz 3d Satz 1 werden nach den Wörtern „Kreditinstituten im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen sowie nach den Wörtern „Finanzinstituten im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 26 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013“ die Wörter „und beaufsichtigten Unternehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 der Verordnung (EU) 2016/1011“ und nach den Wörtern „Verordnung (EU) Nr. 596/2014“ die Wörter „oder eines Verbots oder Gebots nach der Verordnung (EU) 2016/1011“ eingefügt.

   c) Absatz 3h wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 3 wird das Wort „oder“ gestrichen.

      bb) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

         „4. Vorschriften der Verordnung (EU) 2016/1011 sowie die auf deren Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission, oder“.

      cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5 und die Wörter „Nummer 1 bis 3“ werden durch die Wörter „Nummer 1 bis 4“ ersetzt.

   d) In Absatz 3j werden die Wörter „in Absatz 3h genannten Vorschriften“ durch die Wörter „in Absatz 3h Nummer 1, 2, und 4 genannten Vorschriften oder eine sich auf diese Vorschriften beziehende Anordnung der Bundesanstalt“ ersetzt.

   e) In Absatz 4 Satz 1 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und werden die Wörter „die Beschränkungen aus Absatz 3 Satz 4 zweiter Halbsatz gelten hierbei nicht.“ angefügt.

   f) In Absatz 4a wird folgender Satz angefügt:

      „Die Sätze 1 bis 11 gelten für Räumlichkeiten juristischer Personen entsprechend, soweit dies zur Verfolgung von Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2016/1011 geboten ist.“

   g) In Absatz 4b werden nach den Wörtern „Verordnung (EU) Nr. 596/2014“ die Wörter „oder der Verordnung (EU) 2016/1011“ eingefügt.

   h) Nach Absatz 4b wird folgender Absatz 4c eingefügt:

      „(4c) Außer für Versicherungsunternehmen unter Landesaufsicht ist die Bundesanstalt zuständige Behörde im Sinne des Artikels 40 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016. Sie überwacht die Einhaltung der Verbote und Gebote der

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Verordnung (EU) 2016/1011 sowie der delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtakte der Europäischen Kommission, die auf der Grundlage dieser Verordnung erlassen worden sind, und kann Anordnungen treffen, die zu deren Durchsetzung geeignet und erforderlich sind. Insbesondere kann sie:

1. Maßnahmen zur korrekten Information der Öffentlichkeit über die Bereitstellung eines Referenzwertes treffen und Richtigstellungen verlangen,

2. von Kontributoren, die an Spotmärkten tätig sind und dabei Daten zur Erstellung eines Rohstoff-Referenzwerts bereitstellen, Auskünfte und die Meldung von Geschäften verlangen, soweit dies zur Überwachung der Einhaltung der Gebote und Verbote der Verordnung (EU) 2016/1011 in Bezug auf diese Rohstoff-Referenzwerte erforderlich ist; hierbei gelten Absatz 3f Satz 2 und 3 und Absatz 3g entsprechend,

3. bei einem Verstoß gegen die Artikel 4 bis 16, 21, 23 bis 29 und 34 der Verordnung (EU) 2016/1011 oder gegen eine Anordnung der Bundesanstalt die im Zusammenhang mit einer Untersuchung betreffend die Einhaltung der Pflichten nach dieser Verordnung gemäß Absatz 3 Satz 4, Absatz 3d, 3h Satz 1, Absatz 3j, 4 bis 4b sowie 4c Satz 3 Nummer 1 oder 2 ergangen und vollziehbar ist,

   a) von einem beaufsichtigten Unternehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 dieser Verordnung eine dauerhafte Einstellung der den Verstoß begründenden Handlungen oder Verhaltensweisen verlangen,

   b) bezüglich eines beaufsichtigten Unternehmens im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 dieser Verordnung eine Warnung gemäß Absatz 3k unter Nennung der natürlichen oder juristischen Person oder Personenvereinigung, die den Verstoß begangen hat veröffentlichen,

   c) die Zulassung oder Registrierung eines Administrators entziehen oder aussetzen,

   d) einer Person für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Wahrnehmung von Führungsaufgaben bei einem Administrator oder beaufsichtigten Kontributor untersagen, wenn die Person den Verstoß vorsätzlich oder grob fahrlässig begangen hat und dieses Verhalten trotz einer Verwarnung durch die Bundesanstalt fortsetzt.“

4. § 39 wird wie folgt geändert

   a) Nach Absatz 2f wird der folgende Absatz 2g eingefügt:

„(2g) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171/1 vom 29.06.2016, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 über keine Regelungen für die Unternehmensführung verfügt oder nur über solche, die nicht den dort genannten Anforderungen nicht entsprechende Regelungen für die Unternehmensführung verfügt,

2. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 keine angemessenen Schritte unternimmt, um Interessenskonflikte zu erkennen, zu vermeiden oder zu regeln,

3. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 nicht dafür sorgt, dass Beurteilungs- oder Ermessensspielräume unabhängig und redlich ausgeübt werden,

4. als Administrator einen Referenzwert entgegen Artikel 4 Absatz 2 nicht organisatorisch getrennt von den übrigen Geschäftsbereichen bereitstellt,

5. als Administrator einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 4 Absatz 3 oder Absatz 4 zuwiderhandelt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

6. als Administrator Interessenkonflikte entgegen Artikel 4 Absatz 5 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich veröffentlicht oder offen legt, nachdem er von deren Bestehen Kenntnis erlangt hat,
7. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 6 die dort genannten Maßnahmen nicht festlegt, nicht anwendet oder nicht regelmäßig überprüft oder aktualisiert,
8. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 7 nicht dafür sorgt, dass Mitarbeiter und die dort genannten anderen natürlichen Personen die in Artikel 4 Absatz 7 Buchstabe a bis e genannten Anforderungen erfüllen,
9. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 8 keine spezifischen Verfahren der internen Kontrolle zur Sicherstellung der Integrität und Zuverlässigkeit der Mitarbeiter oder Personen, die den Referenzwert bestimmen, festlegt, oder den Referenzwert vor seiner Verbreitung nicht durch die Geschäftsleitung abzeichnen lässt,
10. als Administrator entgegen Artikel 5 Absatz 1 keine ständige und wirksame Aufsichtsfunktion schafft und unterhält,
11. als Administrator entgegen Artikel 5 Absatz 2 keine soliden Verfahren zur Sicherung der Aufsichtsfunktion entwickelt und unterhält oder diese der Bundesanstalt nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich nach Fertigstellung der Entwicklung zur Verfügung stellt,
12. als Administrator eine Aufsichtsfunktion entgegen Artikel 5 Absatz 3 nicht mit den dort genannten Zuständigkeiten ausstattet oder diese nicht an die Komplexität, Verwendung und Anfälligkeit des Referenzwerts anpasst,
13. als Administrator entgegen Artikel 5 Absatz 4 die Aufsichtsfunktion nicht einem gesonderten Ausschuss überträgt oder durch andere geeignete Regelungen zur Unternehmensführung die Integrität der Funktion sicherstellt und das Auftreten von Interessenkonflikten verhindert,
14. als Administrator entgegen Artikel 6 Absatz 1, 2 oder 3 keinen oder keinen den dort genannten Anforderungen genügenden Kontrollrahmen vorhält,
15. als Administrator entgegen Artikel 6 Absatz 4 die dort genannten Maßnahmen nicht, nicht vollständig oder nicht wirksam trifft,
16. als Administrator entgegen Artikel 6 Absatz 5 den Kontrollrahmen nicht oder nicht vollständig dokumentiert, überprüft oder aktualisiert oder der Bundesanstalt oder seinen Nutzern nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
17. als Administrator entgegen Artikel 7 Absatz 1 nicht über einen den dort genannten Anforderungen genügenden Rahmen für die Rechenschaftslegung verfügt,
18. als Administrator entgegen Artikel 7 Absatz 2 keine ausreichend befähigte interne Stelle benennt, die befähigt ist, die Einhaltung der Referenzwert-Methodik und dieser Verordnung durch den Administrator zu überprüfen und darüber Bericht zu erstatten,
19. als Administrator entgegen Artikel 7 Absatz 3 keinen unabhängigen externen Prüfer benennt,
20. als Administrator entgegen Artikel 7 Absatz 4 die dort bestimmten Informationen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt oder veröffentlicht,
21. als Administrator entgegen Artikel 8 Absatz 1 die dort genannten Aufzeichnungen nicht oder nicht vollständig führt,
22. als Administrator entgegen Artikel 8 Absatz 2 Satz 1 die dort genannten Aufzeichnungen nicht, nicht vollständig oder nicht mindestens für die Dauer von fünf Jahren aufbewahrt,
23. als Administrator entgegen Artikel 8 Absatz 2 Satz 2 die dort genannten Aufzeichnungen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt, oder nicht mindestens für die Dauer von drei Jahren aufbewahrt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

24. als Administrator entgegen Artikel 9 Absatz 1 keine geeigneten Beschwerdeverfahren unterhält und deren Bereitstellung nicht unverzüglich nach ihrer Einrichtung veröffentlicht,
25. als Administrator entgegen Artikel 10 Absatz 1 Aufgaben in einer Weise auslagert, die seine Kontrolle über die Bereitstellung des Referenzwerts oder die Möglichkeit der zuständigen Behörde zur Beaufsichtigung des Referenzwerts wesentlich beeinträchtigt,
26. als Administrator entgegen Artikel 10 Absatz 3 Aufgaben auslagert, ohne dafür zu sorgen, dass die in Artikel 10 Absatz 3 Buchstabe a bis h genannten Bedingungen erfüllt sind,
27. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 1 einen Referenzwert bereitstellt, ohne dass die in Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben a, b, c und e genannten Anforderungen erfüllt sind,
28. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 1 einen Referenzwert bereitstellt, ohne dass die in Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d genannten Anforderungen erfüllt sind,
29. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 2 nicht für Kontrollen im dort genannten Umfang sorgt,
30. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 3 nicht auch aus anderen Quellen Daten einholt oder die Einrichtung von Aufsichts- und Verifizierungsverfahren bei den Kontributoren nicht sicherstellt,
31. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 4 nicht die nach seiner Ansicht erforderlichen Änderungen der Eingabedaten oder der Methoden zur Abbildung des Marktes oder der wirtschaftlichen Realität vornimmt oder die Bereitstellung des Referenzwertes nicht einstellt,
32. als Administrator bei der Bestimmung eines Referenzwertes entgegen Artikel 12 Absatz 1 eine Methodik anwendet, die die dort genannten Anforderungen nicht erfüllt,
33. als Administrator bei der Entwicklung einer Referenzwert-Methodik entgegen Artikel 12 Absatz 2 die dort genannten Anforderungen nicht erfüllt,
34. als Administrator entgegen Artikel 12 Absatz 3 nicht über eindeutige, veröffentlichte Regelungen verfügt, die festlegen, wann Menge oder Qualität der Eingabedaten nicht mehr den festgelegten Standards entsprechen und keine zuverlässige Bestimmung des Referenzwertes mehr zulassen,
35. als Administrator entgegen Artikel 13 Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 die dort genannten Informationen zur Entwicklung, Verwendung, Verwaltung und Änderung des Referenzwertes und der Referenzwert-Methodik nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig veröffentlicht oder zur Verfügung stellt,
36. als Administrator entgegen Artikel 14 Absatz 1 keine angemessenen Systeme und wirksamen Kontrollen zur Sicherstellung der Integrität der Eingabedaten schafft,
37. als Administrator Eingabedaten und Kontributoren entgegen Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 1 nicht oder nicht wirksam überwacht, damit er die zuständige Behörde benachrichtigen und ihr alle relevanten Informationen mitteilen kann,
38. als Administrator der Bundesanstalt entgegen Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 1 die dort genannten Informationen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich nach dem Auftreten eines Manipulationsverdachts mitteilt,
39. als Administrator entgegen Artikel 14 Absatz 3 nicht über Verfahren verfügt, um Verstöße seiner Führungskräfte, Mitarbeiter sowie aller anderen natürlichen Personen, von denen er Leistungen in Anspruch nehmen kann, gegen die Verordnung (EU) 2016/1011 intern zu melden,
40. als Administrator einen Verhaltenskodex für auf Eingabedaten von Kontributoren beruhende Referenzwerte entgegen Artikel 15 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 nicht oder nicht den dort genannten Anforderungen genügend ausarbeitet,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

41. als Administrator die Einhaltung eines Verhaltenskodexes entgegen Artikel 15 Absatz 1 Satz 2 nicht oder nicht ausreichend überprüft,

42. als Administrator einen Verhaltenskodex entgegen Artikel 15 Absatz 4 Satz 2 oder Absatz 5 Satz 3 in Verbindung mit Absatz 4 nicht rechtzeitig anpasst,

43. als Administrator die Bundesanstalt entgegen Artikel 15 Absatz 5 Satz 1 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig von dem Verhaltenskodex in Kenntnis setzt,

44. als beaufsichtigter Kontributor entgegen Artikel 16 Absatz 1 die dort genannten Anforderungen an die Unternehmensführung und Kontrolle nicht erfüllt,

45. als beaufsichtigter Kontributor entgegen Artikel 16 Absatz 2 oder Absatz 3 nicht über wirksame Systeme, Kontrollen und Strategien zur Wahrung der Integrität und Zuverlässigkeit aller Beiträge von Eingabedaten oder Expertenschätzungen nach Absatz 3 für den Administrator verfügt,

46. als beaufsichtigter Kontributor entgegen Artikel 16 Absatz 3 Satz 1 Aufzeichnungen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt,

47. als beaufsichtigter Kontributor entgegen Artikel 16 Absatz 4 bei der Prüfung und Beaufsichtigung der Bereitstellung eines Referenzwertes Informationen oder Aufzeichnungen nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt oder nicht uneingeschränkt mit dem Administrator und der Bundesanstalt zusammenarbeitet,

48. als Administrator die Bundesanstalt entgegen Artikel 21 Absatz 1 Unterabsatz 1 nicht oder nicht rechtzeitig über die Absicht der Einstellung eines kritischen Referenzwertes benachrichtigt, oder nicht oder nicht rechtzeitig eine in Buchstabe b genannte Einschätzung vorlegt,

49. als Administrator entgegen Artikel 21 Absatz 1 Unterabsatz 2 in dem dort genannten Zeitraum die Bereitstellung des Referenzwerts einstellt,

50. als Administrator einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 21 Absatz 3 zuwiderhandelt,

51. als Administrator entgegen Artikel 23 Absatz 2 eine Einschätzung nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bei der Bundesanstalt einreicht,

52. als beaufsichtigter Kontributor dem Administrator eine Benachrichtigung entgegen Artikel 23 Absatz 3 Satz 1 nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig mitteilt,

53. als Administrator die Bundesanstalt entgegen Artikel 23 Absatz 3 Satz 1 nicht oder nicht rechtzeitig unterrichtet,

54. als Administrator der Bundesanstalt entgegen Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 eine dort bestimmte Einschätzung nicht oder nicht rechtzeitig unterbreitet,

55. als Kontributor einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 23 Absatz 5, als beaufsichtigtes Unternehmen nach Absatz 6 oder als beaufsichtigter Kontributor nach Absatz 10, zuwiderhandelt,

56. als Kontributor eine Benachrichtigung entgegen Artikel 23 Absatz 11 nicht oder nicht rechtzeitig vornimmt,

57. als Administrator eine Benachrichtigung entgegen Artikel 24 Absatz 3 nicht oder nicht rechtzeitig vornimmt,

58. als Administrator der Bundesanstalt entgegen Artikel 25 Absatz 2 eine Entscheidung oder Informationen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig mitteilt,

59. als Administrator einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 25 Absatz 3 Satz 1 zuwiderhandelt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

60. als Administrator eine Konformitätserklärung entgegen Artikel 25 Absatz 7 nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig veröffentlicht oder diese nicht aktualisiert,

61. als Administrator entgegen Artikel 26 Absatz 2 Satz 1 die Bundesanstalt nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig von der Überschreitung des in Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a genannten Schwellenwertes unterrichtet oder die in Satz 2 genannte Frist nicht einhält,

62. als Administrator eine Konformitätserklärung entgegen Artikel 26 Absatz 3

    a) nach der Entscheidung, eine oder mehrere in Artikel 26 Absatz 1 genannte Bestimmungen nicht anzuwenden, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich veröffentlicht oder

    b) nach der Entscheidung, eine oder mehrere in Artikel 26 Absatz 1 genannte Bestimmungen nicht anzuwenden, der Bundesanstalt nicht, nicht vollständig oder nicht unverzüglich vorlegt oder diese nicht aktualisiert,

63. als Administrator einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 26 Absatz 4 zuwiderhandelt,

64. als Administrator eine Referenzwert-Erklärung entgegen Artikel 27 Absatz 1 nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig veröffentlicht,

65. als Administrator eine Referenzwert-Erklärung entgegen Artikel 27 Absatz 1 Unterabsatz 3 nicht oder nicht rechtzeitig überprüft und aktualisiert,

66. als Administrator entgegen Artikel 28 Absatz 1 die dort genannten Maßnahmen nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig veröffentlicht oder nicht oder nicht rechtzeitig aktualisiert,

67. als beaufsichtigtes Unternehmen entgegen Artikel 28 Absatz 2 einen den dort genannten Anforderungen genügenden Plan nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise aufstellt, nicht aktualisiert, ihn der Bundesanstalt nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder sich daran nicht orientiert,

68. als beaufsichtigtes Unternehmen entgegen Artikel 29 Absatz 1 einen Referenzwert verwendet, der die dort genannten Anforderungen nicht erfüllt,

69. als Emittent, Anbieter oder Person, die die Zulassung eines Wertpapiers zum Handel an einem geregelten Markt beantragt, entgegen Artikel 29 Absatz 2 nicht sicherstellt, dass ein Prospekt Informationen enthält, aus denen hervorgeht, ob der Referenzwert von einem in das Register nach Artikel 36 eingetragenen Administrator bereitgestellt wird,

70. als Administrator entgegen Artikel 34 Absatz 1 tätig wird, ohne zuvor eine Zulassung oder Registrierung nach Artikel 34 Absatz 6 erhalten zu haben,

71. als Administrator entgegen Artikel 34 Absatz 2 weiterhin tätig ist, obwohl die Voraussetzungen der Verordnung (EU) 2016/1011 nicht mehr erfüllt sind,

72. als Administrator der Bundesanstalt entgegen Artikel 34 Absatz 2 wesentliche Änderungen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich nach ihrem Auftreten mitteilt,

73. einen Antrag entgegen Artikel 34 Absatz 3 nicht oder nicht rechtzeitig stellt,

74. entgegen Artikel 34 Absatz 4 unrichtige Angaben zu den zum Nachweis der Einhaltung der Anforderungen der Verordnung (EU) 2016/1011 erforderlichen Informationen macht oder

75. im Zusammenhang mit einer Untersuchung hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten nach der Verordnung (EU) 2016/1011 einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach § 4 zuwiderhandelt.“

b) Nach Absatz 4c wird folgender Absatz 4d eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„(4d) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 2g Satz 1 Nummer 1 bis 27, 29, 30 und 32 bis 74 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro und in den Fällen des Absatzes 2g Satz 1 Nummer 28, 31 und 75 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

1. in den Fällen des Absatzes 2g Satz 1 Nummer 27, 29, 30 und 32 bis 74 den höheren der Beträge von einer Million Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,
2. in den Fällen des Absatzes 2g Satz 1 Nummer 28, 31 und 75 den höheren der Beträge von zweihundertfünfzigtausend Euro und 2 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,

nicht überschreiten. Über die in Satz 1 und Satz 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden. Die Sätze 1 bis 4 gelten für sonstige Vereinigungen entsprechend mit der Maßgabe, dass der maßgebliche Gesamtumsatz zehn Prozent des aggregierten Umsatzes der Anteilseigner beträgt, wenn es sich bei der sonstigen Vereinigung um ein Mutterunternehmen oder ein Tochterunternehmen handelt.“

c) In Absatz 5 werden die Wörter „Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 4 Satz 2 Nummer 2, des Absatzes 4a Satz 2 Nummer 1 und 2, des Absatzes 4b Satz 2 und des Absatzes 4c Satz 2 ist“ durch die Wörter „Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 4 Satz 2 Nummer 2, des Absatzes 4a Satz 2 Nummer 1 und 2, des Absatzes 4b Satz 2, des Absatzes 4c Satz 2 und des Absatzes 4d Satz 2 ist“ ersetzt.

d) In Absatz 6a Satz 1 und 4 wird die Angabe „4c“ jeweils durch die Angabe „4d“ ersetzt.

5. § 40d wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern „Verordnung (EU) 2015/2365“ werden die Wörter „und die Verordnung (EU) 2016/1011“ angefügt.

b) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Bei Entscheidungen über Maßnahmen und Sanktionen, die erlassen wurden wegen eines Verstoßes gegen die Artikel 4 bis 16, 21, 23 bis 29 und 34 der Verordnung (EU) 2016/1011 oder wegen eines Verstoßes gegen eine vollziehbare Anordnung, die die Bundesanstalt im Zusammenhang mit einer Untersuchung betreffend die Pflichten nach dieser Verordnung gemäß § 4 Absatz 3 Satz 4, Absatz 3d, 3h, 3j, 4, 4a, 4b, 4c Satz 3 Nummer 1 oder 2 erlassen hat, gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Aufhebung einer Entscheidung auch dann veröffentlicht wird, wenn die Aufhebung ohne die vorherige Einlegung eines Rechtsbehelfs erfolgt ist.“

Artikel 3

Weitere Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes

Das Wertpapierhandelsgesetz vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2708), das zuletzt durch Artikel 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„Abschnitt 1

Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen

§ 1 Anwendungsbereich
§ 2 Begriffsbestimmungen
§ 3 Ausnahmen; Verordnungsermächtigung
§ 4 Wahl des Herkunftsstaates; Verordnungsermächtigung
§ 5 Veröffentlichung des Herkunftsstaates; Verordnungsermächtigung

Abschnitt 2

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

§ 6 Aufgaben und allgemeine Befugnisse der Bundesanstalt
§ 7 Herausgabe von Kommunikationsdaten
§ 8 Übermittlung und Herausgabe marktbezogener Daten; Verordnungsermächtigung
§ 9 Verringerung und Einschränkung von Positionen oder offenen Forderungen
§ 10 Besondere Befugnisse nach der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 und der Verordnung (EU) 2016/1011
§ 11 Anzeige straftatbegründender Tatsachen
§ 12 Adressaten einer Maßnahme wegen möglichen Verstößen gegen Artikel 14 oder 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014
§ 13 Sofortiger Vollzug
§ 14 Befugnisse zur Sicherung des Finanzsystems
§ 15 Produktintervention
§ 16 Wertpapierrat
§ 17 Zusammenarbeit mit anderen Behörden im Inland
§ 18 Zusammenarbeit mit zuständigen Stellen im Ausland ; Verordnungsermächtigung
§ 19 Zusammenarbeit mit der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde
§ 20 Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes
§ 21 Verschwiegenheitspflicht
§ 22 Meldepflichten
§ 23 Anzeige von Verdachtsfällen
§ 24 Verpflichtung des Insolvenzverwalters

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Abschnitt 3

Marktmissbrauchsüberwachung

§ 25 Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 auf Waren und ausländische Zahlungsmittel

§ 26 Übermittlung von Insiderinformationen und von Eigengeschäften; Verordnungsermächtigung

§ 27 Aufzeichnungspflichten

§ 28 Überwachung der Geschäfte der bei der Bundesanstalt Beschäftigten

Abschnitt 4

Ratingagenturen

§ 29 Zuständigkeit im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009

Abschnitt 5

OTC-Derivate und Transaktionsregister

§ 30 Überwachung des Clearings von OTC-Derivaten und Aufsicht über Transaktionsregister

§ 31 Mitteilungspflichten nichtfinanzieller Gegenparteien

§ 32 Prüfung der Einhaltung bestimmter Pflichten der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014

Abschnitt 6

Mitteilung, Veröffentlichung und Übermittlung von Veränderungen des Stimmrechtsanteils an das Unternehmensregister

§ 33 Mitteilungspflichten des Meldepflichtigen; Verordnungsermächtigung

§ 34 Zurechnung von Stimmrechten

§ 35 Tochterunternehmenseigenschaft; Verordnungsermächtigung

§ 36 Nichtberücksichtigung von Stimmrechten

§ 37 Mitteilung durch Mutterunternehmen; Verordnungsermächtigung

§ 38 Mitteilungspflichten beim Halten von Instrumenten; Verordnungsermächtigung

§ 39 Mitteilungspflichten bei Zusammenrechnung; Verordnungsermächtigung

§ 40 Veröffentlichungspflichten des Emittenten und Übermittlung an das Unternehmensregister

§ 41 Veröffentlichung der Gesamtzahl der Stimmrechte und Übermittlung an das Unternehmensregister

§ 42 Nachweis mitgeteilter Beteiligungen

§ 43 Mitteilungspflichten für Inhaber wesentlicher Beteiligungen

§ 44 Rechtsverlust

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

§ 45 Richtlinien der Bundesanstalt

§ 46 Befreiungen; Verordnungsermächtigung

§ 47 Handelstage

Abschnitt 7

Notwendige Informationen für die Wahrnehmung von Rechten aus Wertpapieren

§ 48 Pflichten der Emittenten gegenüber Wertpapierinhabern

§ 49 Veröffentlichung von Mitteilungen und Übermittlung im Wege der Datenfernübertragung

§ 50 Veröffentlichung zusätzlicher Angaben und Übermittlung an das Unternehmensregister; Verordnungsermächtigung

§ 51 Befreiung

§ 52 Ausschluss der Anfechtung

Abschnitt 8

Leerverkäufe und Geschäfte in Derivaten

§ 53 Überwachung von Leerverkäufen; Verordnungsermächtigung

Abschnitt 9

Positionslimits und Positionsmanagementkontrollen bei Warenderivaten und Positionsmeldungen

§ 54 Positionslimits und Positionsmanagementkontrollen

§ 55 Positionslimits bei europaweit gehandelten Derivaten

§ 56 Anwendung von Positionslimits

§ 57 Positionsmeldungen; Verordnungsermächtigung

Abschnitt 10

Organisationspflichten von Datenbereitstellungsdiensten

§ 58 Organisationspflichten für genehmigte Veröffentlichungssysteme

§ 59 Organisationspflichten für Bereitsteller konsolidierter Datenticker

§ 60 Organisationspflichten für genehmigte Meldemechanismen

§ 61 Überwachung der Organisationspflichten

§ 62 Prüfung der Organisationspflichten; Verordnungsermächtigung

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Abschnitt 11

Verhaltenspflichten, Organisationspflichten, Transparenzpflichten

§ 63 Allgemeine Verhaltensregeln

§ 64 Besondere Verhaltensregeln bei der Erbringung von Anlageberatung und Finanzportfolioverwaltung; Verordnungsermächtigung

§ 65 Selbstauskunft bei der Vermittlung des Vertragsschlusses über eine Vermögensanlage im Sinne des § 2a des Vermögensanlagengesetzes

§ 66 Ausnahmen für Immobiliar-Verbraucherdarlehensverträge

§ 67 Kunden; Verordnungsermächtigung

§ 68 Geschäfte mit geeigneten Gegenparteien; Verordnungsermächtigung

§ 69 Bearbeitung von Kundenaufträgen; Verordnungsermächtigung

§ 70 Zuwendungen und Gebühren; Verordnungsermächtigung

§ 71 Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen über ein anderes Wertpapierdienstleistungsunternehmen

§ 72 Betrieb eines multilateralen Handelssystems oder eines organisierten Handelssystems

§ 73 Aussetzung des Handels und Ausschluss von Finanzinstrumenten

§ 74 Besondere Anforderungen an multilaterale Handelssysteme

§ 75 Besondere Anforderungen an organisierte Handelssysteme

§ 76 KMU-Wachstumsmärkte; Verordnungsermächtigung

§ 77 Direkter elektronischer Zugang

§ 78 Handeln als General Clearing-Mitglied

§ 79 Mitteilungspflicht von systematischen Internalisierern

§ 80 Organisationspflichten; Verordnungsermächtigung

§ 81 Geschäftsleiter

§ 82 Bestmögliche Ausführung von Kundenaufträgen

§ 83 Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht

§ 84 Vermögensverwahrung und Finanzsicherheiten; Verordnungsermächtigung

§ 85 Anlagestrategieempfehlungen und Anlageempfehlungen; Verordnungsermächtigung

§ 86 Anzeigepflicht

§ 87 Einsatz von Mitarbeitern in der Anlageberatung, als Vertriebsbeauftragte, in der Finanzportfolioverwaltung oder als Compliance-Beauftragte; Verordnungsermächtigung

§ 88 Überwachung der Meldepflichten und Verhaltensregeln

§ 89 Prüfung der Meldepflichten und Verhaltensregeln; Verordnungsermächtigung

§ 90 Unternehmen, organisierte Märkte und multilaterale Handelssysteme mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum

§ 91 Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

§ 92 Werbung der Wertpapierdienstleistungsunternehmen
§ 93 Register Unabhängiger Honorar-Anlageberater; Verordnungsermächtigung
§ 94 Bezeichnungen zur Unabhängigen Honorar-Anlageberatung
§ 95 Ausnahmen
§ 96 Strukturierte Einlagen

Abschnitt 12

Haftung für falsche und unterlassene Kapitalmarktinformationen

§ 97 Schadenersatz wegen unterlassener unverzüglicher Veröffentlichung von Insiderinformationen
§ 98 Schadenersatz wegen Veröffentlichung unwahrer Insiderinformationen

Abschnitt 13

Finanztermingeschäfte

§ 99 Ausschluss des Einwands nach § 762 des Bürgerlichen Gesetzbuchs
§ 100 Verbotene Finanztermingeschäfte

Abschnitt 14

Schiedsvereinbarungen

§ 101 Schiedsvereinbarungen

Abschnitt 15

Märkte für Finanzinstrumente mit Sitz außerhalb der Europäischen Union

§ 102 Erlaubnis; Verordnungsermächtigung
§ 103 Versagung der Erlaubnis
§ 104 Aufhebung der Erlaubnis
§ 105 Untersagung

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Abschnitt 16

Überwachung von Unternehmensabschlüssen, Veröffentlichung von Finanzberichten

Unterabschnitt 1

Überwachung von Unternehmensabschlüssen

§ 106 Prüfung von Unternehmensabschlüssen und –berichten

§ 107 Anordnung einer Prüfung der Rechnungslegung und Ermittlungsbefugnisse der Bundesanstalt

§ 108 Befugnisse der Bundesanstalt im Fall der Anerkennung einer Prüfstelle

§ 109 Ergebnis der Prüfung von Bundesanstalt oder Prüfstelle

§ 110 Mitteilungen an andere Stellen

§ 111 Internationale Zusammenarbeit

§ 112 Widerspruchsverfahren

§ 113 Beschwerde

Unterabschnitt 2

Veröffentlichung und Übermittlung von Finanzberichten an das Unternehmensregister

§ 114 Jahresfinanzbericht; Verordnungsermächtigung

§ 115 Halbjahresfinanzbericht; Verordnungsermächtigung

§ 116 Zahlungsbericht; Verordnungsermächtigung

§ 117 Konzernabschluss

§ 118 Ausnahmen; Verordnungsermächtigung

Abschnitt 17

Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 119 Strafvorschriften

§ 120 Bußgeldvorschriften; Verordnungsermächtigung

§ 121 Zuständige Verwaltungsbehörde

§ 122 Beteiligung der Bundesanstalt und Mitteilungen in Strafsachen

§ 123 Bekanntmachung von Maßnahmen

§ 124 Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen Transparenzpflichten

§ 125 Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) Nr. 596/2014, Verordnung (EU) 2015/2365 und Verordnung (EU) 2016/1011

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

§ 126 Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen Vorschriften der Abschnitte 9 bis 11 und gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014

Abschnitt 18

Übergangsbestimmungen

§ 127 Erstmalige Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten

§ 128 Übergangsregelung für die Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten zur Herkunftsstaatsstaatenwahl

§ 129 Übergangsregelung für die Kostenerstattungspflicht nach § 11 der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes

§ 130 Übergangsregelung für die Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten für Inhaber von Netto-Leerverkaufspositionen nach § 30i in der Fassung dieses Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2481)

§ 131 Übergangsregelung für die Verjährung von Ersatzansprüchen nach § 37a der bis zum 4. August 2009 gültigen Fassung dieses Gesetzes

§ 132 Anwendungsbestimmung für das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz

§ 133 Anwendungsbestimmung für § 34 der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes

§ 134 Anwendungsbestimmung für das Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie

§ 135 Übergangsvorschrift für Verstöße gegen §§ 119, 120

§ 136 Anwendungsbestimmung für das Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie

§ 137 Übergangsvorschrift zur Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente“.

2. § 1 wird wie folgt gefasst:

„§ 1

Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz enthält Regelungen in Bezug auf

1. die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen,
2. die Erbringung von Datenbereitstellungsdiensten und die Organisation von Datenbereitstellungsdienstleistern,
3. das marktmissbräuchliche Verhalten im börslichen und außerbörslichen Handel mit Finanzinstrumenten,
4. die Vermarktung, den Vertrieb und den Verkauf von Finanzinstrumenten und strukturierten Einlagen,
5. die Konzeption von Finanzinstrumenten zum Vertrieb,
6. die Überwachung von Unternehmensabschlüssen und die Veröffentlichung von Finanzberichten, die den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegen,
7. die Veränderungen der Stimmrechtsanteile von Aktionären an börsennotierten Gesellschaften sowie
8. die Zuständigkeiten und Befugnisse der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt) und die Ahndung von Verstößen hinsichtlich

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

a) der Vorschriften dieses Gesetzes,

b) der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 1; L 350 vom 29.12.2009, S. 59; L 145 vom 31.5.2011, S. 57; L 267 vom 6.9.2014, S. 30), die zuletzt durch die Richtlinie 2014/51/EU (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1; L 108 vom 28.4.2015, S. 8) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

c) der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (ABl. L 86 vom 24.3.2012, S. 1), die durch die Verordnung (EU) Nr. 909/2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

d) der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1; L 321 vom 30.11.2013, S. 6), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2015/2365 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

e) der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1; ABl. L 287 vom 21.10.2016, S. 320) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

f) der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84; ABl. L 6 vom 10.1.2015, S. 6; ABl. 270 vom 15.10.2015, S. 4) in der jeweils geltenden Fassung,

g) der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

h) der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (ABl. L 352 vom 9.12.2014, S. 1; L 358 vom 13.12.2014, S. 50), in der jeweils geltenden Fassung,

i) der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung.

j) der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Soweit nicht abweichend geregelt, sind die Vorschriften des Abschnitts 11 sowie die §§ 54 bis 57 auch anzuwenden auf Handlungen und Unterlassungen, die im Ausland vorgenommen werden, sofern sie

1. einen Emittenten mit Sitz im Inland,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. Finanzinstrumente, die an einem inländischen organisierten Markt, einem inländischen multilateralen Handelssystem oder einem inländischen organisierten Handelssystem gehandelt werden oder

3. Wertpapierdienstleistungen oder Wertpapiernebendienstleistungen, die im Inland angeboten werden,

betreffen. Die §§ 54 bis 57 gelten auch für im Ausland außerhalb eines Handelsplatzes gehandelte Warenderivate, die wirtschaftlich gleichwertig mit Warenderivaten sind, die an Handelsplätzen im Inland gehandelt werden.

(3) Bei Anwendung der Vorschriften der Abschnitte 6, 7 und 16 unberücksichtigt bleiben Anteile und Aktien an offenen Investmentvermögen im Sinne des § 1 Absatz 4 des Kapitalanlagegesetzbuchs. Für Abschnitt 6 gilt dies nur, soweit es sich nicht um Spezial-AIF im Sinne des § 1 Absatz 6 des Kapitalanlagegesetzbuchs handelt.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In den Nummern 2 und 3 Buchstabe a wird jeweils das Wort „Zertifikate“ durch das Wort „Hinterlegungsscheine“ ersetzt.

bb) In Nummer 3 Buchstabe b wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und werden die Wörter „nähere Bestimmungen enthält die Delegierte Verordnung (EU) … [DV MiFID II] der Kommission vom 25. April 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie (ABl. L__ vom …, S. __).“ eingefügt.

b) Der bisherige Absatz 1a wird Absatz 2 und wie folgt gefasst:

„(2) Geldmarktinstrumente im Sinne dieses Gesetzes sind Instrumente, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, insbesondere Schatzanweisungen, Einlagenzertifikate, Commercial Papers und sonstige vergleichbare Instrumente, sofern im Einklang mit Artikel 11 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]

1. ihr Wert jederzeit bestimmt werden kann,

2. es sich nicht um Derivate handelt und

3. ihre Fälligkeit bei Emission höchstens 397 Tage beträgt,

es sei denn, es handelt sich um Zahlungsinstrumente.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wie folgt geändert:

aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Derivate“ durch die Wörter „Derivative Geschäfte“ ersetzt.

bb) Nummer 1 wird wie folgt geändert

aaa) In Buchstabe b werden nach dem Wort „Devisen“ ein Komma und die Wörter „soweit das Geschäft nicht die in Artikel 10 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] genannten Voraussetzungen erfüllt,“ eingefügt.

bbb) In Buchstabe d wird nach der Angabe „b“ ein Komma eingefügt und die Wörter „oder c, andere Finanzindizces oder Finanzmessgrößen oder“ durch die Wörter „c oder f, andere Finanzindizes oder Finanzmessgrößen,“ ersetzt.

ccc) Buchstabe e wird wie folgt gefasst:

„e) derivative Geschäfte oder“.

ddd) Folgender Buchstabe f wird angefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„f) Berechtigungen, Emissionsreduktionseinheiten und zertifizierte Emissionsreduktionen im Sinne des § 3 Nummern 3, 6 und 16 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes, soweit sie im EU-Emissionshandelsregister gehalten werden dürfen (Emissionszertifikate);“

cc) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Im Satzteil vor Buchstabe a wird die Angabe „Emissionsberechtigungen,“ gestrichen.

bbb) Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

„b) auf einem organisierten Markt oder in einem multilateralen oder organisierten Handelssystem geschlossen werden und nicht über ein organisiertes Handelssystem gehandelte Energiegroßhandelsprodukte im Sinne von Absatz 20 sind, die effektiv geliefert werden müssen, oder“.

ccc) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:

„c) die Merkmale anderer Derivatekontrakte im Sinne des Artikels 7 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] aufweisen und nichtkommerziellen Zwecken dienen,“.

ddd) Im letzten Halbsatz nach Buchstabe c werden die Wörter „des Artikels 38 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006“ durch die Wörter „des Artikels 7 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]“ ersetzt.

dd) In Nummer 5 werden die Wörter „in Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006“ durch die Wörter „in Artikel 8 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]“ ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 2b wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) Finanzinstrumente im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Wertpapiere im Sinne des Absatzes 1,
2. Anteile an Investmentvermögen im Sinne des § 1 Absatz 1 des Kapitalanlagegesetzbuchs,
3. Geldmarktinstrumente im Sinne des Absatzes 2,
4. derivative Geschäfte im Sinne des Absatzes 3,
5. Emissionszertifikate,
6. Rechte auf Zeichnung von Wertpapieren und
7. Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Vermögensanlagengesetzes mit Ausnahme von Anteilen an einer Genossenschaft im Sinne des § 1 des Genossenschaftsgesetzes sowie Namensschuldverschreibungen, die mit einer vereinbarten festen Laufzeit, einem unveränderlich vereinbarten festen positiven Zinssatz ausgestattet sind, bei denen das investierte Kapital ohne Anrechnung von Zinsen ungemindert zum Zeitpunkt der Fälligkeit zum vollen Nennwert zurückgezahlt wird, und die von einem CRR-Kreditinstitut im Sinne des § 1 Absatz 3d Satz 1 des Kreditwesengesetzes, dem eine Erlaubnis nach § 32 Absatz 1 des Kreditwesengesetzes erteilt worden ist, ausgegeben werden, wenn das darauf eingezahlte Kapital im Falle des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Instituts oder der Liquidation des Instituts nicht erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt wird.“

e) Die bisherigen Absätze 2c bis 2e werden die Absätze 5 bis 7.

f) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 8 und wie folgt geändert:

aa) Satz 1 Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Die Buchstaben a und b werden wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„a) kontinuierliche Anbieten des An- oder Verkaufs von Finanzinstrumenten an den Finanzmärkten zu selbst gestellten Preisen für eigene Rechnung unter Einsatz des eigenen Kapitals (Market Making),

b) häufige organisierte und systematische Betreiben von Handel für eigene Rechnung in erheblichem Umfang außerhalb eines organisierten Marktes oder eines multilateralen oder organisierten Handelssystems, wenn Kundenaufträge außerhalb eines geregelten Marktes oder eines multilateralen oder organisierten Handelssystems ausgeführt werden, ohne dass ein multilaterales Handelssystem betrieben wird (systematische Internalisierung),“.

bbb) In Buchstabe c wird nach den Wörtern „für andere“ das Wort „(Eigenhandel)“ eingefügt.

ccc) Buchstabe d wird wie folgt gefasst:

„d) Kaufen oder Verkaufen von Finanzinstrumenten für eigene Rechnung als unmittelbarer oder mittelbarer Teilnehmer eines inländischen organisierten Marktes oder eines multilateralen oder organisierten Handelssystems mittels einer hochfrequenten algorithmischen Handelstechnik im Sinne von Absatz 44, auch ohne Dienstleistung für andere (Hochfrequenzhandel),“.

bb) In Nummer 8 wird das Wort „festgelegten“ durch das Wort „nichtdiskretionären“ ersetzt.

cc) Nach Nummer 8 wird folgende Nummer 9 eingefügt:

„9. der Betrieb eines multilateralen Systems, bei dem es sich nicht um einen organisierten Markt oder ein multilaterales Handelssystem handelt und das die Interessen einer Vielzahl Dritter am Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen, strukturierten Finanzprodukten, Emissionszertifikaten oder Derivaten innerhalb des Systems auf eine Weise zusammenführt, die zu einem Vertrag über den Kauf dieser Finanzinstrumente führt (Betrieb eines organisierten Handelssystems),“.

dd) Die bisherige Nummer 9 wird Nummer 10 und nach den Wörtern „persönlichen Empfehlungen“ werden die Wörter „im Sinne des Artikels 9 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]“ eingefügt.

ee) Nach Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

„Das Finanzkommissionsgeschäft, der Eigenhandel und die Abschlussvermittlung umfassen den Abschluss von Vereinbarungen über den Verkauf von Finanzinstrumenten, die von einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen oder einem Kreditinstitut ausgegeben werden, im Zeitpunkt ihrer Emission. Ob ein häufiger systematischer Handel vorliegt, bemisst sich nach der Zahl der Geschäfte außerhalb eines Handelsplatzes (OTC-Handel) mit einem Finanzinstrument zur Ausführung von Kundenaufträgen, die von dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen für eigene Rechnung durchgeführt werden. Ob ein Handel in erheblichem Umfang vorliegt, bemisst sich entweder nach dem Anteil des OTC-Handels an dem Gesamthandelsvolumen des Wertpapierdienstleistungsunternehmens in einem bestimmten Finanzinstrument oder nach dem Verhältnis des OTC-Handels des Wertpapierdienstleistungsunternehmens zum Gesamthandelsvolumen in einem bestimmten Finanzinstrument in der Europäischen Union; nähere Bestimmungen enthalten die Artikel 12 bis 17 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Die Voraussetzungen der systematischen Internalisierung sind erst dann erfüllt, wenn sowohl die Obergrenze für den häufigen systematischen Handel als auch die Obergrenze für den Handel in erheblichem Umfang überschritten werden oder wenn ein Unternehmen sich freiwillig den für die systematische Internalisierung geltenden Regelungen unterworfen und eine Erlaubnis zum Betreiben der systematischen Internalisierung bei der Bundesanstalt beantragt hat.“

ff) Im neuen Satz 7 werden die Wörter „§§ 9, 31 bis 34 und 34b bis 36“ durch die Wörter „§§ 22, 63 bis 83 und 85 bis 89“ und die Wörter „Artikel 7 und 8 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006“ durch die Wörter „Artikel 72 bis 76 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

g) Der bisherige Absatz 3a wird Absatz 9 und in Nummer 1 werden die Wörter „und damit verbundene Dienstleistungen“ durch die Wörter „, einschließlich Depotverwahrung und verbundener Dienstleistungen wie Cash-Management oder die Verwaltung von Sicherheiten mit Ausnahme der Bereitstellung und Führung von Wertpapierkonten auf oberster Ebene (zentrale Kontenführung) gemäß Abschnitt A Nummer 2 des Anhangs zur Verordnung (EU) Nr. 909/2014“ ersetzt.

h) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden die Absätze 10 und 11.

i) Der bisherige Absatz 5a wird Absatz 12 und nach dem Wort „Union“ wird die Angabe „(Mitgliedstaat)“ eingefügt.

j) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 13 und wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 Buchstabe b wird die Angabe „§ 2b Absatz 1“ durch die Angabe „§ 4 Absatz 1“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 wird im Satzteil nach Buchstabe b die Angabe „§ 2b Absatz 2“ durch die Angabe „§ 4 Absatz 2“ ersetzt.

cc) In Nummer 3 werden die Wörter „§ 2b in Verbindung mit § 2c“ durch die Wörter „§ 4 in Verbindung mit § 5“ ersetzt.

k) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 14.

l) Der bisherige Absatz 7a wird Absatz 15 und wie folgt gefasst:

„(15) MTF-Emittenten im Sinne dieses Gesetzes sind Emittenten von Finanzinstrumenten,

1. die ihren Sitz im Inland haben und die für ihre Finanzinstrumente eine Zulassung zum Handel an einem multilateralen Handelssystem im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (Mitgliedstaat) oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum beantragt oder genehmigt haben, wenn diese Finanzinstrumente nur auf multilateralen Handelssystemen gehandelt werden, mit Ausnahme solcher Emittenten, deren Finanzinstrumente nicht im Inland, sondern lediglich in einem anderen Mitgliedstaat oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind, wenn sie in diesem anderen Staat den Anforderungen des Artikels 21 der Richtlinie 2004/109/EG unterliegen, oder

2. die ihren Sitz nicht im Inland haben und die für ihre Finanzinstrumente eine Zulassung zum Handel auf einem multilateralen Handelssystem im Inland beantragt oder genehmigt haben, wenn diese Finanzinstrumente nur an multilateralen Handelssystemen im Inland gehandelt werden.“

m) Nach Absatz 15 wird folgender Absatz 16 eingefügt:

„(16) OTF-Emittenten im Sinne dieses Gesetzes sind Emittenten von Finanzinstrumenten,

1. die ihren Sitz im Inland haben und die für ihre Finanzinstrumente eine Zulassung zum Handel an einem organisierten Handelssystem im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum beantragt oder genehmigt haben, wenn diese Finanzinstrumente nur auf organisierten Handelssystemen gehandelt werden, mit Ausnahme solcher Emittenten, deren Finanzinstrumente nicht im Inland sondern lediglich in einem anderen Mitgliedstaat oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen sind, soweit sie in diesem Staat den Anforderungen des Artikels 21 der Richtlinie 2004/109/EG unterliegen, oder

2. die ihren Sitz nicht im Inland haben und die für ihre Finanzinstrumente nur eine Zulassung zum Handel an einem organisierten Handelssystem im Inland beantragt oder genehmigt haben.“

n) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 17 und wie folgt gefasst:

„(17) Herkunftsmitgliedstaat im Sinne dieses Gesetzes ist

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. im Falle eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens

   a) sofern es sich um eine natürliche Person handelt, der Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptverwaltung des Wertpapierdienstleistungsunternehmens befindet;

   b) sofern es sich um eine juristische Person handelt, der Mitgliedstaat, in dem sich ihr Sitz befindet;

   c) sofern es sich um eine juristische Person handelt, für die nach dem nationalen Recht, das für das Wertpapierdienstleistungsunternehmen maßgeblich ist, kein Sitz bestimmt ist, der Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptverwaltung befindet;

2. im Falle eines organisierten Marktes der Mitgliedstaat, in dem dieser registriert oder zugelassen ist, oder, sofern für ihn nach dem Recht dieses Mitgliedstaats kein Sitz bestimmt ist, der Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptverwaltung befindet;

3. im Falle eines Datenbereitstellungsdienstes

   a) sofern es sich um eine natürliche Person handelt, der Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptverwaltung des Datenbereitstellungsdienstes befindet;

   b) sofern es sich um eine juristische Person handelt, der Mitgliedstaat, in dem sich der Sitz des Datenbereitstellungsdienstes befindet;

   c) sofern es sich um eine juristische Person handelt, für die nach dem nationalen Recht, das für den Datenbereitstellungsdienst maßgeblich ist, kein Sitz bestimmt ist, der Mitgliedstaat, in dem sich die Hauptverwaltung befindet.“

o) Der bisherige Absatz 9 wird Absatz 18 und in Nummer 1 wird nach dem Wort „oder“ das Wort „Wertpapierdienstleistungen“ eingefügt und werden die Wörter „tätig wird“ durch das Wort „erbringt“ ersetzt.

p) Der bisherige Absatz 10 wird aufgehoben.

q) Der bisherige Absatz 11 wird Absatz 19 und in Satz 1 werden die Wörter „§ 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Kreditwesengesetzes“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Einlagensicherungsgesetzes“ ersetzt.

r) Nach Absatz 19 werden die folgenden Absätze 20 bis 47 eingefügt:

„(20) Energiegroßhandelsprodukt im Sinne dieses Gesetzes ist ein Energiegroßhandelsprodukt im Sinne des Artikels 2 Nummer 4 der Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Integrität und Transparenz des Energiegroßhandelsmarkts (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 1), sowie der Artikel 5 und 6 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

(21) Multilaterales System im Sinne dieses Gesetzes ist ein System oder ein Mechanismus, die die Interessen einer Vielzahl Dritter am Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten innerhalb des Systems zusammenführen.

(22) Handelsplatz im Sinne dieses Gesetzes ist ein organisierter Markt, ein multilaterales Handelssystem oder ein organisiertes Handelssystem.

(23) Liquider Markt im Sinne dieses Gesetzes ist ein Markt für ein Finanzinstrument oder für eine Kategorie von Finanzinstrumenten,

1. auf dem kontinuierlich kauf- oder verkaufsbereite vertragswillige Käufer oder Verkäufer verfügbar sind und

2. der unter Berücksichtigung der speziellen Marktstrukturen des betreffenden Finanzinstruments oder der betreffenden Kategorie von Finanzinstrumenten nach den folgenden Kriterien bewertet wird:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

a) Durchschnittsfrequenz und -volumen der Geschäfte bei einer bestimmten Bandbreite von Marktbedingungen unter Berücksichtigung der Art und des Lebenszyklus von Produkten innerhalb der Kategorie von Finanzinstrumenten;

b) Zahl und Art der Marktteilnehmer, einschließlich des Verhältnisses der Marktteilnehmer zu den gehandelten Finanzinstrumenten in Bezug auf ein bestimmtes Finanzinstrument;

c) durchschnittlicher Spread, sofern verfügbar.

Nähere Bestimmungen enthalten die Artikel 1 bis 4 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFIR].

(24) Zweigniederlassung im Sinne dieses Gesetzes ist eine Betriebsstelle, die

1. nicht die Hauptverwaltung ist,
2. einen rechtlich unselbstständigen Teil eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens bildet und
3. Wertpapierdienstleistungen, gegebenenfalls auch Wertpapiernebendienstleistungen, erbringt, für die dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen eine Zulassung erteilt wurde.

Alle Betriebsstellen eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens mit Hauptverwaltung in einem anderen Mitgliedstaat, die sich in demselben Mitgliedstaat befinden, gelten als eine einzige Zweigniederlassung.

(25) Mutterunternehmen im Sinne dieses Gesetzes ist, sofern nicht die Abschnitte 6 und 16 besondere Regelungen enthalten, ein Mutterunternehmen im Sinne des Artikels 2 Nummer 9 und des Artikels 22 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19), die zuletzt durch die Richtlinie 2014/102/EU (ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 86) geändert worden ist.

(26) Tochterunternehmen im Sinne dieses Gesetzes ist, sofern nicht die Abschnitte 6 und 16 besondere Regelungen enthalten, ein Tochterunternehmen im Sinne des Artikels 2 Nummer 10 und des Artikels 22 der Richtlinie 2013/34/EU, einschließlich aller Tochterunternehmen eines Tochterunternehmens des an der Spitze stehenden Mutterunternehmens.

(27) Gruppe im Sinne dieses Gesetzes ist eine Gruppe im Sinne des Artikels 2 Nummer 11 der Richtlinie 2013/34/EU.

(28) Eine enge Verbindung im Sinne dieses Gesetzes liegt vor, wenn zwei oder mehr natürliche oder juristische Personen wie folgt miteinander verbunden sind:

1. durch eine Beteiligung in Form des direkten Haltens oder des Haltens im Wege der Kontrolle von mindestens 20 Prozent der Stimmrechte oder der Anteile an einem Unternehmen,
2. durch Kontrolle in Form eines Verhältnisses zwischen Mutter- und Tochterunternehmen wie in allen Fällen des Artikels 22 Absatz 1 und 2 der Richtlinie 2013/34/EU oder einem vergleichbaren Verhältnis zwischen einer natürlichen oder juristischen Person und einem Unternehmen; Tochterunternehmen von Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Tochterunternehmen des Mutterunternehmens, das an der Spitze dieser Unternehmen steht; oder
3. durch ein dauerhaftes Kontrollverhältnis beider oder aller Personen, das zu derselben dritten Person besteht.

(29) Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge (Matched Principal Trading) im Sinne dieses Gesetzes ist ein Geschäft, bei dem

1. zwischen Käufer und Verkäufer ein Vermittler zwischengeschaltet ist, der während der gesamten Ausführung des Geschäfts zu keiner Zeit einem Marktrisiko ausgesetzt ist,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. Kauf- und Verkaufsgeschäfte gleichzeitig ausgeführt werden und

3. das zu Preisen abgeschlossen wird, durch die der Vermittler abgesehen von einer vorab offengelegten Provision, Gebühr oder sonstigen Vergütung weder Gewinn noch Verlust macht.

(30) Direkter elektronischer Zugang im Sinne dieses Gesetzes ist eine Vereinbarung, in deren Rahmen ein Mitglied, ein Teilnehmer oder ein Kunde eines Handelsplatzes einer anderen Person die Nutzung seines Handelscodes gestattet, damit diese Person Aufträge in Bezug auf Finanzinstrumente elektronisch direkt an den Handelsplatz übermitteln kann, mit Ausnahme der in Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] genannten Fälle. Der direkte elektronische Zugang umfasst auch Vereinbarungen, die die Nutzung der Infrastruktur oder eines anderweitigen Verbindungssystems des Mitglieds, des Teilnehmers oder des Kunden durch diese Person zur Übermittlung von Aufträgen beinhalteten (direkter Marktzugang), sowie diejenigen Vereinbarungen, bei denen eine solche Infrastruktur nicht durch diese Person genutzt wird (geförderter Zugang).

(31) Hinterlegungsscheine im Sinne dieses Gesetzes sind Wertpapiere, die auf dem Kapitalmarkt handelbar sind und die ein Eigentumsrecht an Wertpapieren von Emittenten mit Sitz im Ausland verbriefen, zum Handel auf einem organisierten Markt zugelassen sind und unabhängig von den Wertpapieren des jeweiligen Emittenten mit Sitz im Ausland gehandelt werden können.

(32) Börsengehandeltes Investmentvermögen im Sinne dieses Gesetzes ist ein Investmentvermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuchs, bei dem mindestens eine Anteilsklasse oder Aktiengattung ganztägig an mindestens einem Handelsplatz und mit mindestens einem Market Maker, der tätig wird, um sicherzustellen, dass der Preis seiner Anteile oder Aktien an diesem Handelsplatz nicht wesentlich von ihrem Nettoinventarwert und, sofern einschlägig, von ihrem indikativen Nettoinventarwert abweicht, gehandelt wird.

(33) Zertifikat im Sinne dieses Gesetzes ist ein Wertpapier, das auf dem Kapitalmarkt handelbar ist und das im Falle der durch den Emittenten vorgenommenen Rückzahlung einer Anlage bei dem Emittenten Vorrang vor Aktien hat, aber nicht besicherten Anleiheinstrumenten und anderen vergleichbaren Instrumenten nachgeordnet ist.

(34) Strukturiertes Finanzprodukt im Sinne dieses Gesetzes ist ein Wertpapier, das zur Verbriefung und Übertragung des mit einer ausgewählten Palette an finanziellen Vermögenswerten einhergehenden Kreditrisikos geschaffen wurde und das den Wertpapierinhaber zum Empfang regelmäßiger Zahlungen berechtigt, die vom Geldfluss der Basisvermögenswerte abhängen.

(35) Derivate im Sinne diese Gesetzes sind derivative Geschäfte im Sinne des Absatzes 3 sowie Wertpapiere im Sinne des Absatzes 1 Nummer 3 Buchstabe b.

(36) Warenderivate im Sinne dieses Gesetzes sind Finanzinstrumente im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 30 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014.

(37) Genehmigtes Veröffentlichungssystem im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen, das im Namen von Wertpapierdienstleistungsunternehmen Handelsveröffentlichungen im Sinne der Artikel 20 und 21 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 vornimmt.

(38) Bereitsteller konsolidierter Datenticker im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen, das zur Einholung von Handelsveröffentlichungen nach den Artikeln 6, 7, 10, 12, 13, 20 und 21 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 auf geregelten Märkten, multilateralen und organisierten Handelssystemen und bei genehmigten Veröffentlichungssystemen berechtigt ist und diese Handelsveröffentlichungen in einem kontinuierlichen elektronischen Echtzeit-Datenstrom konsolidiert, über den Preis- und Handelsvolumendaten für jedes einzelne Finanzinstrument abrufbar sind.

(39) Genehmigter Meldemechanismus im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen, das dazu berechtigt ist, im Namen des Wertpapierdienstleistungsunternehmens Einzelheiten zu Geschäften an die zuständigen Behörden oder die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zu melden.

(40) Datenbereitstellungsdienst im Sinne dieses Gesetzes ist

1. ein genehmigtes Veröffentlichungssystem,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. ein Bereitsteller konsolidierter Datenticker oder
3. ein genehmigter Meldemechanismus.

(41) Drittlandunternehmen im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen, das ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen wäre, wenn es seinen Sitz im Europäischen Wirtschaftraum hätte.

(42) Öffentliche Emittenten im Sinne dieses Gesetzes sind folgende Emittenten von Schuldtiteln:

1. die Europäische Union,
2. ein Mitgliedstaat einschließlich eines Ministeriums, einer Behörde oder einer Zweckgesellschaft dieses Mitgliedstaats,
3. im Falle eines bundesstaatlich organisierten Mitgliedstaats einer seiner Gliedstaaten,
4. eine für mehrere Mitgliedstaaten tätige Zweckgesellschaft,
5. ein von mehreren Mitgliedstaaten gegründetes internationales Finanzinstitut, das dem Zweck dient, Finanzmittel zu mobilisieren und seinen Mitgliedern Finanzhilfen zu gewähren, sofern diese von schwerwiegenden Finanzierungsproblemen betroffen oder bedroht sind,
6. die Europäische Investitionsbank.

(43) Ein dauerhafter Datenträger ist jedes Medium, das

1. es dem Kunden gestattet, an ihn persönlich gerichtete Informationen derart zu speichern, dass er sie in der Folge für eine Dauer, die für die Zwecke der Informationen angemessen ist, einsehen kann, und
2. die unveränderte Wiedergabe der gespeicherten Informationen ermöglicht.

Nähere Bestimmungen enthält Artikel 3 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

(44) Hochfrequente algorithmische Handelstechnik im Sinne dieses Gesetzes ist ein algorithmischer Handel im Sinne des § 80 Absatz 2 Satz 1, der gekennzeichnet ist durch

1. eine Infrastruktur zur Minimierung von Netzwerklatenzen und anderen Verzögerungen bei der Orderübertragung (Latenzen), die mindestens eine der folgenden Vorrichtungen für die Eingabe algorithmischer Aufträge aufweist: Kollokation, Proximity Hosting oder einen direkten elektronischen Hochgeschwindigkeitszugang,
2. die Fähigkeit des Systems, einen Auftrag ohne menschliche Intervention im Sinne des Artikels 18 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] einzuleiten, zu erzeugen, weiterzuleiten oder auszuführen und
3. ein hohes untertägiges Mitteilungsaufkommen im Sinne des Artikels 19 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] in Form von Aufträgen, Kursangaben oder Stornierungen.

(45) Zentrale Gegenpartei im Sinne dieses Gesetzes ist ein Unternehmen im Sinne des Artikels 2 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 in der jeweils geltenden Fassung.

(46) Kleine und mittlere Unternehmen im Sinne dieses Gesetzes sind Unternehmen, deren durchschnittliche Marktkapitalisierung auf der Grundlage der Notierungen zum Jahresende in den letzten drei Kalenderjahren weniger als 200 Millionen Euro betrug. Nähere Bestimmungen enthalten die Artikel 77 bis 79 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

(47) Öffentlicher Schuldtitel im Sinne dieses Gesetzes ist ein Schuldtitel, der von einem öffentlichen Emittenten begeben wird.“

s) Die bisherigen Absätze 12 und 13 werden die Absätze 48 und 49.

4. Der bisherige § 2a wird § 3 und wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird die Angabe „Abs. 3“ durch die Angabe „Absatz 8“ ersetzt.

bb) In Nummer 4 werden nach dem Wort „Versicherungsunternehmen“ die Wörter „, soweit sie die Tätigkeiten ausüben, die in der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1); L 219 vom 25.7.2014, S. 66; L 108 vom 28.4.2015, S. 8), die zuletzt durch die Richtlinie 2014/51/EU (ABl. L 153 vom 22.5.2014, S. 1; L 108 vom 28.4.2015, S. 8) geändert worden ist, genannt sind“ eingefügt.

cc) In Nummer 5 werden vor dem Komma am Ende die Wörter „und internationale Finanzinstitute, die von zwei oder mehreren Staaten gemeinsam errichtet werden, um zugunsten dieser Staaten Finanzierungsmittel zu beschaffen und Finanzhilfen zu geben, wenn Mitgliedstaaten von schwerwiegenden Finanzierungsproblemen betroffen oder bedroht sind“ eingefügt.

dd) In Nummer 6 werden nach dem Wort „gelegentlich“ die Wörter „im Sinne des Artikels 4 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] und“ eingefügt.

ee) Die Nummern 8 bis 10 werden wie folgt gefasst:

„8. Unternehmen, die bezüglich Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten auf Emissionszertifikate Eigengeschäft oder Market-Making betreiben oder ausschließlich Wertpapierdienstleistungen im Sinne des § 2 Absatz 8 Nummer 1 und 3 bis 10 gegenüber den Kunden und Zulieferern ihrer Haupttätigkeit erbringen, sofern

a) diese Tätigkeiten in jedem dieser Fälle auf sowohl individueller als auch aggregierter Basis auf der Ebene der Unternehmensgruppe eine Nebentätigkeit im Sinne der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 20] darstellen,

b) die Haupttätigkeit des Unternehmens weder in der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen im Sinne des § 2 Absatz 8 Satz 1 Nummer 1, Nummer 2 Buchstabe b bis d, Nummer 3 bis 10 oder Satz 2, noch in der Tätigkeit als Market Maker in Bezug auf Warenderivate noch in der Erbringung von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 des Kreditwesengesetzes besteht,

c) das Unternehmen keine hochfrequente algorithmische Handelstechnik anwendet und

d) das Unternehmen der Bundesanstalt gemäß § 2 Absatz 1 Satz 3 und 4 oder Absatz 6 Satz 3 und 4 des Kreditwesengesetzes angezeigt hat, dass es von der Ausnahme nach dieser Nummer Gebrauch macht,

9. Unternehmen, die Wertpapierdienstleistungen ausschließlich in Bezug auf Warenderivate, Emissionszertifikate oder Derivate auf Emissionszertifikate mit dem alleinigen Ziel der Absicherung der Geschäftsrisiken ihrer Kunden erbringen, sofern diese Kunden

a) ausschließlich lokale Elektrizitätsunternehmen im Sinne des Artikels 2 Nummer 35 der Richtlinie 2009/72/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 55) oder Erdgasunternehmen im Sinne des Artikels 2 Nummer 1 der Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 94) sind,

b) zusammen 100 Prozent des Kapitals oder der Stimmrechte der betreffenden Unternehmens halten und dieses gemeinsam kontrollieren und

c) nach Nummer 8 ausgenommen wären, wenn sie die betreffenden Wertpapierdienstleistungen selbst erbrächten,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

10. Unternehmen, die Wertpapierdienstleistungen ausschließlich in Bezug auf Emissionszertifikate oder Derivate auf Emissionszertifikate mit dem alleinigen Ziel der Absicherung der Geschäftsrisiken ihrer Kunden erbringen, sofern diese Kunden

    a) ausschließlich Anlagenbetreiber im Sinne des § 3 Nummer 2 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes sind,

    b) zusammen 100 Prozent des Kapitals oder der Stimmrechte des betreffenden Unternehmens halten und dieses gemeinsam kontrollieren und

    c) nach Nummer 8 ausgenommen wären, wenn sie die betreffenden Wertpapierdienstleistungen selbst erbrächten,“.

ff) Nach Nummer 10 wird folgende Nummer 11 eingefügt:

„11. Unternehmen, die ausschließlich Eigengeschäft mit anderen Finanzinstrumenten als Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten auf Emissionszertifikate betreiben, die keine anderen Wertpapierdienstleistungen erbringen, einschließlich keiner anderen Anlagetätigkeiten, in anderen Finanzinstrumenten als Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten auf Emissionszertifikate, es sei denn

    a) es handelt sich bei diesen Unternehmen um Market Maker,

    b) die Unternehmen sind entweder Mitglied oder Teilnehmer eines organisierten Marktes oder multilateralen Handelssystems oder haben einen direkten elektronischen Zugang zu einem Handelsplatz, mit Ausnahme von nichtfinanziellen Stellen, die an einem Handelsplatz Geschäfte tätigen, die in objektiv messbarer Weise die direkt mit der Geschäftstätigkeit oder dem Liquiditäts- und Finanzmanagement verbundenen Risiken dieser nichtfinanziellen Stellen oder ihrer Gruppen verringern,

    c) die Unternehmen wenden eine hochfrequente algorithmische Handelstechnik an oder

    d) die Unternehmen betreiben Eigengeschäft bei der Ausführung von Kundenaufträgen,“.

gg) Die bisherige Nummer 11 wird Nummer 12.

hh) Die bisherige Nummer 12 wird aufgehoben.

ii) In Nummer 13 werden nach dem Wort „multilateralen“ die Wörter „oder organisierten“ eingefügt und wird die Angabe „§ 2 Abs. 3 Satz 1“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 8 Satz 1“ ersetzt.

jj) In Nummer 14 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.

kk) Nach Nummer 14 werden die folgenden Nummern 15 und 16 eingefügt:

„15. Betreiber im Sinne des § 3 Nummer 4 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes, wenn sie beim Handel mit Emissionszertifikaten

    a) ausschließlich Eigengeschäft betreiben,

    b) keine Anlagevermittlung und keine Abschlussvermittlung betreiben,

    c) keine hochfrequente algorithmische Handelstechnik anwenden und

    d) keine anderen Wertpapierdienstleistungen erbringen,

16. Übertragungsnetzbetreiber im Sinne des Artikels 2 Nummer 4 der Richtlinie 2009/72/EG oder des Artikels 2 Nummer 4 der Richtlinie 2009/73/EG, wenn sie ihre Aufgaben gemäß diesen Richtlinien, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003 (ABl. L 211 vom 14.8.2008, S. 15), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 543/2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 1) geändert worden ist, gemäß der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36; L 229 vom 1.9.2009, S. 29; L 309 vom 24.11.2009, S. 87), die zuletzt durch den Beschluss (EU) 2015/715 (ABl. L 114 vom 5.5.2015, S. 9) geändert worden ist, sowie gemäß den nach diesen Verordnungen erlassenen Netzcodes oder Leitlinien wahrnehmen, Personen, die in ihrem Namen als Dienstleister handeln, um die Aufgaben eines Übertragungsnetzbetreibers gemäß diesen Gesetzgebungsakten sowie gemäß den nach diesen Verordnungen erlassenen Netzcodes oder Leitlinien wahrzunehmen, sowie Betreiber oder Verwalter eines Energieausgleichssystems, eines Rohrleitungsnetzes oder eines Systems zum Ausgleich von Energieangebot und -verbrauch bei der Wahrnehmung solcher Aufgaben, sofern sie die Wertpapierdienstleistung in Bezug auf Warenderivate, die mit dieser Tätigkeit in Zusammenhang stehen, erbringen und sofern sie weder einen Sekundärmarkt noch eine Plattform für den Sekundärhandel mit finanziellen Übertragungsrechten betreiben,“.

ll) Die bisherige Nummer 15 wird Nummer 17 und der Punkt am Ende wird durch das Wort „und“ ersetzt.

mm) Folgende Nummer 18 wird angefügt:

„18. Kapitalverwaltungsgesellschaften, EU-Verwaltungsgesellschaften und extern verwaltete Investmentgesellschaften, sofern sie nur die kollektive Vermögensverwaltung oder neben der kollektiven Vermögensverwaltung ausschließlich die in § 20 Absatz 2 und 3 des Kapitalanlagegesetzbuchs aufgeführten Dienstleistungen oder Nebendienstleistungen erbringen.“

nn) Folgender Satz wird angefügt:

„Unternehmen, die die Voraussetzungen des Satzes 1 Nummer 8 bis 10 erfüllen, haben dies der Bundesanstalt jährlich anzuzeigen.“

c) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 10“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 10“ ersetzt.

d) Der folgende Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Für Unternehmen, die Mitglieder oder Teilnehmer von organisierten Märkten oder multilateralen Handelssystemen sind und die von der Ausnahme nach Absatz 1 Nummer 4, 8 oder 15 Gebrauch machen, gelten die §§ 77, 78 und 80 Absatz 2 und 3 entsprechend. Für Unternehmen, die von einer Ausnahme nach Absatz 1 Nummer 9 oder 10 Gebrauch machen, gelten die §§ 22, 63 bis 83 und 85 bis 92 entsprechend.“

e) Der folgende Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung nähere Bestimmungen über Zeitpunkt, Inhalt und Form der Einreichung der Anzeige nach Absatz 1 Satz 2 sowie die Führung eines öffentlichen Registers über die anzeigenden Unternehmen erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

5. Der bisherige § 2b wird § 4 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 und 2 wird die Angabe „Absatz 6“ jeweils durch die Angabe „Absatz 13“ ersetzt.

b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 2c“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

6. Der bisherige § 2c wird § 5 und in Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „Absatz 6“ durch die Angabe „Absatz 11“ und die Angabe „§ 2b“ durch die Angabe „§ 4“ ersetzt.

7. Die Überschrift zu Abschnitt 2 wird dem bisherigen § 4 vorangestellt.

8. Der bisherige § 4 wird § 6 und wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„§ 6

Aufgaben und allgemeine Befugnisse der Bundesanstalt

(1) Die Bundesanstalt übt die Aufsicht nach den Vorschriften dieses Gesetzes aus. Sie hat im Rahmen der ihr zugewiesenen Aufgaben Missständen entgegenzuwirken, welche die ordnungsgemäße Durchführung des Handels mit Finanzinstrumenten oder von Wertpapierdienstleistungen, Wertpapiernebendienstleistungen oder Datenbereitstellungsdienstleistungen beeinträchtigen oder erhebliche Nachteile für den Finanzmarkt bewirken können. Sie kann Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, diese Missstände zu beseitigen oder zu verhindern.

(2) Die Bundesanstalt überwacht im Rahmen der ihr jeweils zugewiesenen Zuständigkeit die Einhaltung der Verbote und Gebote dieses Gesetzes, der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, der in § 1 Absatz 1 Nummer 8 aufgeführten europäischen Verordnungen einschließlich der auf Grund dieser Verordnungen erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission. Sie kann Anordnungen treffen, die zu ihrer Durchsetzung geeignet und erforderlich sind. Sie kann insbesondere auf ihrer Internetseite öffentlich Warnungen aussprechen, soweit dies für die Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. Sie kann den Handel mit einzelnen oder mehreren Finanzinstrumenten vorübergehend untersagen oder die Aussetzung des Handels in einzelnen oder mehreren Finanzinstrumenten an Märkten, an denen Finanzinstrumente gehandelt werden, anordnen, soweit dies zur Durchsetzung der Verbote und Gebote dieses Gesetzes, der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 oder zur Beseitigung oder Verhinderung von Missständen nach Absatz 1 geboten ist; hierzu kann sie Anordnung auch gegenüber einem öffentlich-rechtlichem Rechtsträger oder gegenüber einer Börse erlassen. Sie kann den Vertrieb oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder strukturierten Einlagen aussetzen, wenn ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kein wirksames Produktfreigabeverfahren nach § 80 Absatz 9 entwickelt hat oder anwendet oder in anderer Weise gegen § 80 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 oder § 80 Absatz 9 bis 11 verstoßen hat.

(3) Die Bundesanstalt kann von jedermann Auskünfte, die Vorlage von Unterlagen oder sonstigen Daten und die Überlassung von Kopien verlangen sowie Personen laden und vernehmen, soweit dies auf Grund von Anhaltspunkten für die Verletzung eines Verbots oder Gebots dieses Gesetzes oder der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, der Verordnung (EU) Nr. 600/2014, der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014, der Verordnung (EU) 2015/2365, der Verordnung (EU) 2016/1011 oder zur Prüfung erforderlich ist, ob die Voraussetzungen für eine Maßnahme nach § 15 oder nach Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 vorliegen. Sie kann insbesondere folgende Angaben verlangen:

1. über Veränderungen im Bestand in Finanzinstrumenten,
2. über die Identität weiterer Personen, insbesondere der Auftraggeber und der aus Geschäften berechtigten oder verpflichteten Personen,
3. über Volumen und Zweck einer mittels eines Warenderivats eingegangenen Position oder offenen Forderung sowie
4. über alle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten am Basismarkt.

Gesetzliche Auskunfts- oder Aussageverweigerungsrechte sowie gesetzliche Verschwiegenheitspflichten bleiben unberührt. Im Hinblick auf die Verbote und Gebote der Verordnung (EU) 2016/1011 gelten Satz 1 und 3 bezüglich der Erteilung von Auskünften, der Vorladung und der Vernehmung jedoch nur gegenüber solchen Personen, die an der Bereitstellung eines Referenzwertes im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011 beteiligt sind oder die dazu beitragen.

(4) Von einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das algorithmischen Handel im Sinne des § 80 Absatz 2 Satz 1 betreibt, kann die Bundesanstalt insbesondere jederzeit Informationen über seinen algorithmischen Handel und die für diesen Handel eingesetzten Systeme anfordern, soweit dies auf Grund von Anhaltspunkten für die Überwachung der Einhaltung eines Verbots oder Gebots dieses Gesetzes erforderlich ist. Die Bundesanstalt kann insbesondere eine Beschreibung der algorithmischen Handelsstrategien, von Einzelheiten der Handelsparameter oder Handelsobergrenzen, denen das System unterliegt, von den

wichtigsten Verfahren zur Überprüfung der Risiken und Einhaltung der Vorgaben des § 80 sowie von Einzelheiten über seine Systemprüfung verlangen.

(5) Die Bundesanstalt ist unbeschadet des § 3 Absatz 5, 11 und 12 sowie des § 15 Absatz 7 des Börsengesetzes zuständige Behörde im Sinne des Artikels 22 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Nummer 18 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014. Die Bundesanstalt ist zuständige Behörde für die Zwecke des Artikels 25 Absatz 4 Unterabsatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349; L 74 vom 18.3.2015, S. 38; L 188 vom 13.7.2016, S. 28; L 273 vom 8.10.2016, S. 35), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2016/1034 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 8) geändert worden ist.

(6) Im Falle eines Verstoßes gegen

1. Vorschriften des Abschnitts 3 dieses Gesetzes sowie die zur Durchführung dieser Vorschriften erlassenen Rechtsverordnungen,
2. Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, insbesondere gegen deren Artikel 4 und 14 bis 21, sowie die auf Grundlage dieser Artikel erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission,
3. Vorschriften der Abschnitte 9 bis 11 dieses Gesetzes sowie die zur Durchführung dieser Vorschriften erlassenen Rechtsverordnungen,
4. Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 600/2014, insbesondere die in Titel II bis VI enthaltenen Artikel sowie die auf Grundlage dieser Artikel erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission,
5. Artikel 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 sowie die auf Grundlage des Artikels 4 erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission,
6. Vorschriften der Verordnung (EU) 2016/1011 sowie die auf deren Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission, oder
7. eine Anordnung der Bundesanstalt, die sich auf eine der in den Nummern 1 bis 6 genannte Vorschrift bezieht,

kann die Bundesanstalt zur Verhinderung weiterer Verstöße für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Einstellung der den Verstoß begründenden Handlungen oder Verhaltensweisen verlangen. Bei Verstößen gegen die in Satz 1 Nummer 3 und 4 genannten Vorschriften sowie gegen Anordnungen der Bundesanstalt, die sich hierauf beziehen, kann sie verlangen, dass die den Verstoß begründenden Handlungen oder Verhaltensweisen dauerhaft eingestellt werden sowie deren Wiederholung verhindern.

(7) Die Bundesanstalt kann es einer natürlichen Person, die verantwortlich ist für einen Verstoß gegen die Artikel 14, 15, 16 Absatz 1 und 2, Artikel 17 Absatz 1, 2, 4, 5 und 8, Artikel 18 Absatz 1 bis 6, Artikel 19 Absatz 1 bis 3, 5 bis 7 und 11 sowie Artikel 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder gegen eine Anordnung der Bundesanstalt, die sich auf diese Vorschriften bezieht, für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren untersagen, Geschäfte für eigene Rechnung in den in Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 genannten Finanzinstrumenten und Produkten zu tätigen.

(8) Die Bundesanstalt kann einer Person, die bei einem von der Bundesanstalt beaufsichtigten Unternehmen tätig ist, für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Ausübung der Berufstätigkeit untersagen, wenn diese Person vorsätzlich gegen eine der in Absatz 6 Satz 1 Nummern 1 bis 4 und 6 genannten Vorschriften oder gegen eine Anordnung der Bundesanstalt, die sich auf diese Vorschriften bezieht, verstoßen hat und dieses Verhalten trotz Verwarnung durch die Bundesanstalt fortsetzt. Bei einem Verstoß gegen eine der in Absatz 6 Satz 1 Nummer 5 genannten Vorschriften oder eine sich auf diese Vorschriften beziehende Anordnung der Bundesanstalt kann die Bundesanstalt einer Person für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Wahrnehmung von Führungsaufgaben untersagen, wenn diese den Verstoß vorsätzlich begangen hat und das Verhalten trotz Verwarnung durch die Bundesanstalt fortsetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(9) Bei einem Verstoß gegen eine der in Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 bis 5 genannten Vorschriften oder eine vollziehbare Anordnung der Bundesanstalt, die sich auf diese Vorschriften bezieht, kann die Bundesanstalt auf ihrer Internetseite eine Warnung unter Nennung der natürlichen oder juristischen Person oder der Personenvereinigung, die den Verstoß begangen hat, sowie der Art des Verstoßes veröffentlichen. § 125 Absatz 3 und 5 gilt entsprechend.

(10) Die Bundesanstalt kann es einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das gegen eine der in Absatz 6 Satz 1 Nummer 3 und 4 genannten Vorschriften oder gegen eine vollziehbare Anordnung der Bundesanstalt, die sich auf diese Vorschriften bezieht, verstoßen haben, für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten untersagen, am Handel eines Handelsplatzes teilzunehmen.

(11) Während der üblichen Arbeitszeit ist Bediensteten der Bundesanstalt und den von ihr beauftragten Personen, soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, das Betreten der Grundstücke und Geschäftsräume der nach Absatz 3 auskunftspflichtigen Personen zu gestatten. Das Betreten außerhalb dieser Zeit oder wenn die Geschäftsräume sich in einer Wohnung befinden, ist ohne Einverständnis nur zulässig und insoweit zu dulden, wie dies zur Verhütung von dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich ist und Anhaltspunkte vorliegen, dass die auskunftspflichtige Person gegen ein Verbot oder Gebot dieses Gesetzes verstoßen hat. Das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt.

(12) Bedienstete der Bundesanstalt dürfen Geschäfts- und Wohnräume durchsuchen, soweit dies zur Verfolgung von Verstößen gegen die Artikel 14 und 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 geboten ist. Das Grundrecht des Artikels 13 wird insoweit eingeschränkt. Im Rahmen der Durchsuchung dürfen Bedienstete der Bundesanstalt Gegenstände sicherstellen, die als Beweismittel für die Ermittlung des Sachverhalts von Bedeutung sein können. Befinden sich die Gegenstände im Gewahrsam einer Person und werden sie nicht freiwillig herausgegeben, können Bedienstete der Bundesanstalt die Gegenstände beschlagnahmen. Durchsuchungen und Beschlagnahmen sind, außer bei Gefahr im Verzug, durch den Richter anzuordnen. Zuständig ist das Amtsgericht Frankfurt am Main. Gegen die richterliche Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Die §§ 306 bis 310 und 311a der Strafprozessordnung gelten entsprechend. Bei Beschlagnahmen ohne gerichtliche Anordnung gilt § 98 Absatz 2 der Strafprozessordnung entsprechend. Zuständiges Gericht für die nachträglich eingeholte gerichtliche Entscheidung ist das Amtsgericht Frankfurt am Main. Über die Durchsuchung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie muss die verantwortliche Dienststelle, Grund, Zeit und Ort der Durchsuchung und ihr Ergebnis enthalten. Die Sätze 1 bis 11 gelten für die Räumlichkeiten juristischer Personen entsprechend, soweit dies zur Verfolgung von Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2016/1011 geboten ist.

(13) Die Bundesanstalt kann die Beschlagnahme von Vermögenswerten beantragen, soweit dies zur Durchsetzung der Verbote und Gebote der in Absatz 6 Absatz 1 Nummer 3, 4 und Nummer 6 genannten Vorschriften und der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 geboten ist. Maßnahmen nach Satz 1 sind durch den Richter anzuordnen. Zuständig ist das Amtsgericht Frankfurt am Main. Gegen eine richterliche Entscheidung ist die Beschwerde zulässig; die §§ 306 bis 310 und 311a der Strafprozessordnung geltend entsprechend.

(14) Die Bundesanstalt kann eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes oder nach der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 gebotene Veröffentlichung oder Mitteilung auf Kosten des Pflichtigen vornehmen, wenn die Veröffentlichungs- oder Mitteilungspflicht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise erfüllt wird.

(15) Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Der Verpflichtete ist über sein Recht zur Verweigerung der Auskunft oder Aussage zu belehren und darauf hinzuweisen, dass es ihm nach dem Gesetz freisteht, jederzeit, auch schon vor seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen.

(16) Die Bundesanstalt darf ihr mitgeteilte personenbezogene Daten nur zur Erfüllung ihrer aufsichtlichen Aufgaben und für Zwecke der internationalen Zusammenarbeit nach Maßgabe des § 18 speichern, verändern und nutzen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(17) Die Bundesanstalt kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch Wirtschaftsprüfer oder Sachverständige bei Ermittlungen oder Überprüfungen einsetzen.“

9. Nach § 6 werden die folgenden §§ 7 und 8 eingefügt:

„§ 7

Herausgabe von Kommunikationsdaten

(1) Die Bundesanstalt kann von einem Telekommunikationsbetreiber die Herausgabe von in dessen Besitz befindlichen bereits existierenden Verkehrsdaten im Sinne des § 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes verlangen, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand gegen Artikel 14 oder 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder eine der in § 6 Absatz 6 Nummer 3 und 4 genannten Vorschriften verstoßen hat, soweit dies zur Erforschung des Sachverhalts erforderlich ist. § 100a Absatz 3 und § 100b Absatz 1 bis 4 Satz 1 der Strafprozessordnung gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass die Bundesanstalt antragsberechtigt ist. Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes werden insoweit eingeschränkt.

(2) Die Bundesanstalt kann von Wertpapierdienstleistungsunternehmen, Datenbereitstellungsdiensten, Kreditinstituten im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, beaufsichtigten Unternehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 der Verordnung (EU) 2016/1011 und Finanzinstituten im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 26 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 die Herausgabe von bereits existierenden

1. Aufzeichnungen von Telefongesprächen,
2. elektronischen Mitteilungen oder
3. Verkehrsdaten im Sinne des § 96 Absatz 1 des Telekommunikationsgesetzes,

die sich im Besitz dieser Unternehmen befinden, verlangen, soweit dies auf Grund von Anhaltspunkten für die Überwachung der Einhaltung eines Verbots nach den Artikeln 14 und 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder einer in § 6 Absatz 6 Nummer 3 und 4 genannten Vorschriften oder eines Verbots oder Gebots nach der Verordnung (EU) 2016/1011 erforderlich ist. Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes werden insoweit eingeschränkt.

§ 8

Übermittlung und Herausgabe marktbezogener Daten; Verordnungsermächtigung

(1) Von Börsen und Betreibern von Märkten, an denen Finanzinstrumente gehandelt werden, kann die Bundesanstalt insbesondere verlangen, dass die Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesanstalt nach § 54, nach Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, nach Artikel 27 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und den auf Grundlage dieser Artikel sowie den auf Grundlage von Artikel 57 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtakten erforderlich sind, in standardisierter und elektronischer Form übermittelt werden. Die Bundesanstalt kann, insbesondere auf Grund der Meldungen, die sie nach Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 erhält, auf ihrer Internetseite Informationen dazu veröffentlichen, welcher Emittent beantragt oder genehmigt hat, dass seine Finanzinstrumente auf einem Handelsplatz gehandelt oder zum Handel zugelassen werden und welche Finanzinstrumente dies betrifft.

(2) Von Marktteilnehmern, die an Spotmärkten im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 16 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 tätig sind, kann die Bundesanstalt insbesondere Auskünfte und die Meldung von Geschäften in Warenderivaten verlangen, soweit dies auf Grund von Anhaltspunkten für die Überwachung der Einhaltung eines Verbots nach den Artikeln 14 und 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 in Bezug auf Warenderivate erforderlich ist. Der Bundesanstalt ist unter den Voraussetzungen des Satzes 1 ferner der direkte Zugriff auf die Handelssysteme von Händlern zu gewähren. Die Bundesan-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

stalt kann verlangen, dass die Informationen nach Satz 1 in standardisierter Form übermittelt werden. § 6 Absatz 15 gilt entsprechend.“

10. Dem § 8 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über Inhalt, Art, Umfang und Form der nach Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 zu übermittelnden Mitteilungen und über die zulässigen Datenträger und Übertragungswege sowie zu Form, Inhalt, Umfang und Darstellung der Veröffentlichung nach Absatz 1 Satz 2 erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

11. Nach § 8 werden die folgenden §§ 9 bis 13 eingefügt:

„§ 9

Verringerung und Einschränkung von Positionen oder offenen Forderungen

(1) Die Bundesanstalt kann von jedermann verlangen, die Größe der Positionen oder offenen Forderungen in Finanzinstrumenten zu verringern, soweit dies zur Durchsetzung der Verbote und Gebote der in § 6 Absatz 6 Satz 1 Nummer 3 und 4 genannten Vorschriften geboten ist.

(2) Die Bundesanstalt kann für jedermann die Möglichkeit einschränken, eine Position in Warenderivaten einzugehen, soweit dies zur Durchsetzung der Verbote und Gebote der in § 6 Absatz 6 Satz 1 Nummer 3 und 4 genannten Vorschriften erforderlich ist.

§ 10

Besondere Befugnisse nach der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 und der Verordnung (EU) 2016/1011

(1) Die Bundesanstalt überwacht die Einhaltung der Verbote und Gebote der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 sowie der auf deren Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission. Gegenüber einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das über ein PRIIP berät, es verkauft oder Hersteller von PRIIP ist, Anordnungen treffen, die zur Durchsetzung der in Satz 1 genannten Verbote und Gebote geeignet und erforderlich sind. Insbesondere kann sie

1. die Vermarktung, den Vertrieb oder den Verkauf des PRIIP vorübergehend oder dauerhaft untersagen, wenn ein Verstoß gegen Artikel 5 Absatz 1, die Artikel 6, 7 und 8 Absatz 1 bis 3, die Artikel 9, 10 Absatz 1, Artikel 13 Absatz 1, 3 und 4 oder die Artikel 14 oder 19 der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 vorliegt,
2. die Bereitstellung eines Basisinformationsblattes untersagen, das nicht den Anforderungen der Artikel 6 bis 8 oder 10 der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 genügt,
3. den Hersteller eines PRIIP verpflichten, eine neue Fassung des Basisinformationsblattes zu veröffentlichen, sofern die veröffentlichte Fassung nicht den Anforderungen der Artikel 6 bis 8 oder 10 der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 genügt, und
4. bei einem Verstoß gegen eine der in Nummer 1 genannten Vorschriften auf ihrer Internetseite eine Warnung unter Nennung des verantwortlichen Wertpapierdienstleistungsunternehmens sowie der Art des Verstoßes veröffentlichen; § 114 Absatz 3 und 5 gilt entsprechend.

Die in Satz 2 genannten Befugnisse stehen der Bundesanstalt vorbehaltlich § 34d Absatz 8 Nummer 5, § 34e Absatz 2 und § 34g Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 der Gewerbeordnung, jeweils in Verbindung mit einer hierzu erlassenen Rechtsverordnung, § 5 Absatz 6a des Kapitalanlagegesetzbuchs, § 308a des Versicherungsaufsichtsgesetzes und § 47 des Kreditwesengesetzes auch gegenüber sonstigen Personen oder Personenvereinigungen zu, die über ein PRIIP beraten, es verkaufen oder Hersteller von PRIIP sind.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(2) Außer für Versicherungsunternehmen unter Landesaufsicht ist die Bundesanstalt zuständige Behörde im Sinne des Artikels 40 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/1011. Sie überwacht die Einhaltung der Verbote und Gebote der Verordnung (EU) 2016/1011 sowie der delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtakte der Europäischen Kommission, die auf der Grundlage dieser Verordnung erlassen worden sind, und kann Anordnungen treffen, die zu ihrer Durchsetzung geeignet und erforderlich sind. Insbesondere kann sie:

1. Maßnahmen zur korrekten Information der Öffentlichkeit über die Bereitstellung eines Referenzwertes treffen und Richtigstellungen verlangen,
2. von Kontributoren, die an Spotmärkten tätig sind und dabei Daten zur Erstellung eines Rohstoff-Referenzwertes bereitstellen, Auskünfte und die Meldung von Geschäften verlangen, soweit dies erforderlich ist, um die Einhaltung der Gebote und Verbote der Verordnung (EU) 2016/1011 in Bezug auf diese Rohstoff-Referenzwerte zu überwachen; hierbei gelten § 8 Absatz 1 Satz 2 und 3 und § 8 Absatz 2 entsprechend,
3. bei einem Verstoß gegen die Artikel 4 bis 16, 21, 23 bis 29 und 34 der Verordnung (EU) 2016/1011 oder gegen eine vollziehbare Anordnung der Bundesanstalt, die im Zusammenhang mit einer Untersuchung betreffend die Einhaltung der Pflichten nach dieser Verordnung gemäß Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 oder 2, § 6 Absatz 3 Satz 4, § 6 Absatz 6 Satz 1, § 6 Absätze 11 bis 13, § 7 Absatz 2, § 6 Absatz 8 ergangen ist
   a) von einem beaufsichtigten Unternehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 dieser Verordnung eine dauerhafte Einstellung der den Verstoß begründenden Handlungen oder Verhaltensweisen verlangen,
   b) bezüglich eines beaufsichtigten Unternehmens im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 dieser Verordnung eine Warnung gemäß Absatz 16 unter Nennung der natürlichen oder juristischen Person oder Personenvereinigung, die den Verstoß begangen hat, veröffentlichen,
   c) die Zulassung oder Registrierung eines Administrators entziehen oder aussetzen,
   d) einer Person für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Wahrnehmung von Führungsaufgaben bei einem Administrator oder beaufsichtigten Kontributor untersagen, wenn die Person den Verstoß vorsätzlich oder grob fahrlässig begangen hat und dieses Verhalten trotz Verwarnung durch die Bundesanstalt fortsetzt.

§ 11

Anzeige straftatbegründender Tatsachen

Die Bundesanstalt hat Tatsachen, die den Verdacht einer Straftat nach § 119 begründen, der zuständigen Staatsanwaltschaft unverzüglich anzuzeigen. Sie kann die personenbezogenen Daten der Betroffenen, gegen die sich der Verdacht richtet oder die als Zeugen in Betracht kommen, der Staatsanwaltschaft übermitteln, soweit dies für Zwecke der Strafverfolgung erforderlich ist. Die Staatsanwaltschaft entscheidet über die Vornahme der erforderlichen Ermittlungsmaßnahmen, insbesondere über Durchsuchungen, nach den Vorschriften der Strafprozessordnung. Die Befugnisse der Bundesanstalt nach den Absätzen § 6 Absatz 2 bis 13 sowie den §§ 7 bis 9 und § 10 Absatz 2 bleiben hiervon unberührt, soweit dies für die Vornahme von Verwaltungsmaßnahmen oder zur Erfüllung von Ersuchen ausländischer Stellen nach § 18 Absatz 2, Absatz 4 Satz 1 oder Absatz 10 erforderlich ist und soweit eine Gefährdung des Untersuchungszwecks von Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden oder der für Strafsachen zuständigen Gerichte nicht zu besorgen ist.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

§ 12

Adressaten einer Maßnahme wegen möglichen Verstoßes gegen Artikel 14 oder 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014

Die Adressaten von Maßnahmen nach den § 6 Absatz 2 bis 13 sowie den §§ 7 bis 9, die von der Bundesanstalt wegen eines möglichen Verstoßes gegen ein Verbot nach Artikel 14 oder nach Artikel 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 ergriffen werden, dürfen andere Personen als Mitarbeiter staatlicher Stellen und solche, die auf Grund ihres Berufs einer gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, von diesen Maßnahmen oder von einem daraufhin eingeleiteten Ermittlungsverfahren nicht in Kenntnis setzen.

§ 13

Sofortiger Vollzug

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach den § 6 Absatz 1 bis 14 und den §§ 7 bis 10 haben keine aufschiebende Wirkung.“

12. Der bisherige § 4a wird § 14 und wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Bundesanstalt kann Anordnungen nach Satz 2 Nummer 1 und 2 auch gegenüber einem öffentlich-rechtlichen Rechtsträger oder gegenüber einer Börse erlassen.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) § 6 Absatz 3, 11, 14 und 16 ist entsprechend anzuwenden.“

13. Der bisherige § 4b wird § 15 und wird wie folgt gefasst:

„(1) Der Bundesanstalt stehen die Befugnisse nach Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 unter den dort genannten Voraussetzungen, mit Ausnahme der Voraussetzungen nach Artikel 42 Absatz 3 und 4 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014, entsprechend für Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Vermögensanlagengesetzes zu. Die Bundesanstalt kann Maßnahmen nach Satz 1 und Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 gegenüber jedermann treffen, soweit die Verordnung nicht unmittelbar anwendbar ist.

(2) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Absatz 1 und Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 haben keine aufschiebende Wirkung.“

14. Der bisherige § 5 wird § 16.

15. Der bisherige § 6 wird § 17 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden nach den Wörtern „Börsenaufsichtsbehörden, die Handelsüberwachungsstellen,“ die Wörter „die zuständigen Behörden für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671; L 189 vom 27.6.2014, S. 261; L 130 vom 19.5.2016, S. 18), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2016/1226 (ABl. L 202 vom 28.7.2016, S. 5) geändert worden ist,“ eingefügt und wird die Angabe „§ 2a“ durch die Angabe „§ 3“ ersetzt.

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Die Bundesanstalt arbeitet mit den Börsenaufsichtsbehörden, den Handelsüberwachungsstellen sowie mit den nach § 19 Absatz 1 der Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes zuständigen Behörden zusammen, um sicherzustellen, dass sie sich einen Gesamtüberblick über die Emissionszertifikatemärkte verschaffen kann.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

16. Der bisherige § 7 wird § 18 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Bundesanstalt kann im Rahmen ihrer Zusammenarbeit zum Zwecke der Überwachung der Einhaltung der Verbote und Gebote dieses Gesetzes, und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 sowie der Verbote und Gebote der in Satz 1 genannten Staaten, die denen dieses Gesetzes, des Börsengesetzes oder der genannten Verordnungen entsprechen, von allen ihr nach diesem Gesetz und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 zustehenden Befugnissen Gebrauch machen, soweit dies geeignet und erforderlich ist, den Ersuchen der in Satz 1 genannten Stellen nachzukommen."

bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Abs. 2 Satz 2" durch die Wörter „§ 6 Absatz 2 Satz 4" ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „nach Maßgabe des Artikels 15 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006" durch die Wörter „nach Maßgabe des Artikels [...] der Durchführungsverordnung (EU) [...]"ersetzt.

c) Der bisherige Absatz 2a wird Absatz 3 und die Wörter „einer inländischen Börse" werden durch die Wörter „eines inländischen Handelsplatzes", die Wörter „Artikels 16 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006" werden durch die Wörter „Artikels 90 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]" und die Wörter „organisierte Märkte" werden durch das Wort „Handelsplätze" ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 2b wird Absatz 4 und die Wörter „§ 9, der Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach den §§ 31 bis 34" werden durch die Wörter „Artikel 26 der Verordnung 600/2014, der Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach den §§ 63 bis 83" ersetzt und die Angabe „Abs. 1" wird durch die Angabe „Absatz 1" ersetzt.

e) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„(5) Die Bundesanstalt kann in Bezug auf die Erleichterung der Einziehung von Geldbußen mit den in Absatz 1 Satz 1 genannten Stellen zusammenarbeiten."

f) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 6 und wie folgt gefasst:

„(6) Die Bundesanstalt kann eine Untersuchung, die Übermittlung von Informationen oder die Teilnahme von Bediensteten zuständiger ausländischer Stellen im Sinne von Absatz 1 Satz 1 verweigern, wenn auf Grund desselben Sachverhalts gegen die betreffenden Personen bereits ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden oder eine unanfechtbare Entscheidung ergangen ist. Kommt die Bundesanstalt einem Ersuchen nicht nach oder macht sie von ihrem Recht nach Satz 1 Gebrauch, so teilt sie ihre Entscheidung einschließlich ihrer Gründe der ersuchenden Stelle und der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde unverzüglich mit und übermittelt diesen genaue Informationen über das gerichtliche Verfahren oder die unanfechtbare Entscheidung."

g) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 7 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „nach Maßgabe des Artikels 15 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006" durch die Wörter „nach Maßgabe der Durchführungsverordnung (EU) []" ersetzt.

bb) In Satz 6 wird die Angabe „§ 6 Abs. 2" durch die Angabe „§ 17 Absatz 2" ersetzt.

h) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 8 und wie folgt geändert:

aa) Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Die Bundesanstalt unterrichtet ferner

1. die zuständigen Stellen nach Satz 1 und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde über Anordnungen zur Aussetzung, Untersagung oder Einstellung des Handels nach § 6 Absatz 2 Satz 4 dieses Gesetzes sowie § 3 Absatz 5 Satz 3 Nummer 1 und § 25 Absatz 1 des Börsengesetzes, sowie

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. die zuständigen Stellen nach Satz 1 innerhalb eines Monats nach Erhalt einer Mitteilung nach § 19 Absatz 10 des Börsengesetzes von der Absicht der Geschäftsführung einer Börse, Handelsteilnehmern aus den betreffenden Staaten einen unmittelbaren Zugang zu ihrem Handelssystem zu gewähren,

3. die zuständigen Stellen nach Satz 1 und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde über Anordnungen nach § 9 Absatz 1 zur Verringerung von Positionsgrößen oder offenen Forderungen sowie

4. die zuständigen Stellen nach Satz 1 und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde über Anordnungen nach § 9 Absatz 2 zur Beschränkung von Positionen in Warenderivaten.“

bb) Nach Satz 4 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Die Unterrichtung nach Satz 4 Nummer 3 und 4 muss mindestens 24 Stunden vor Bekanntgabe der Anordnung erfolgen; wenn dies im Ausnahmefall nicht möglich ist, muss die Unterrichtung spätestens vor der Bekanntgabe erfolgen. Die Unterrichtung nach Satz 4 Nummer 3 und 4 umfasst Angaben über Auskunfts- und Vorlageersuchen gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 einschließlich ihrer Begründung und den Adressaten sowie über den Umfang von Anordnungen gemäß § 9 Absatz 2 einschließlich ihres Adressatenkreises, der betroffenen Finanzinstrumente, Positionsschranken und Ausnahmen, die nach § 56 Absatz 3 gewährt wurden. Betrifft eine in Satz 4 Nummer 3 und 4 genannte Maßnahme Energiegroßhandelsprodukte, so unterrichtet die Bundesanstalt auch die durch Verordnung (EG) Nr. 713/2009 gegründete Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden.“

i) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 9.

j) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 10 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „bis 6“ durch die Angabe „bis 9“ ersetzt.

bb) In den Sätzen 2 und 3 wird die Angabe „Absatz 4“ jeweils durch die Angabe „Absatz 7“ ersetzt.

k) Der bisherige Absatz 7a wird Absatz 11.

l) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 12 und in Satz 1 wird die Angabe „2a und 4“ durch die Angabe „3 und 7“ ersetzt.

17. Der bisherige § 7a wird § 19 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „Artikel 35“ durch die Wörter „den Artikeln 35 und 36“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „3, 4 und 6“ durch die Angabe „9 bis 11“ ersetzt.

18. Der bisherige § 7b wird § 20 und die Angabe „§ 9“ wird durch die Angabe „Artikel 26 der Verordnung 600/2014“ ersetzt.

19. Der bisherige § 8 wird § 21 und in Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 wird die Angabe „§ 2a Abs. 1 Nr. 7“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 1 Nummer 7 oder Mitarbeitern im Sinne des § 87 Absatz 1 bis 5“ ersetzt.

20. Der bisherige § 9 wird § 22 und wie folgt gefasst:

„§ 22

Meldepflichten

(1) Die Bundesanstalt ist zuständige Behörde im Sinne der Artikel 26 und 27 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014. Dies gilt insbesondere auch für die Mitteilung von Referenzdaten, die von Handelsplätzen nach Artikel 27 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 zu übermitteln sind. Sie ist zuständig für die Übermittlung von Mitteilungen nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 an die zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaates oder eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

den Europäischen Wirtschaftsraum, wenn sich in diesem Staat der unter Liquiditätsaspekten relevanteste Markt für das gemeldete Finanzinstrument im Sinne des Artikels 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 befindet.

(2) Ein inländischer Handelsplatz, der im Namen eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens Meldungen nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 vornimmt, muss Sicherheitsmechanismen einrichten, die die Sicherheit und Authentifizierung der Informationsübermittlungswege gewährleisten sowie eine Verfälschung der Daten und einen unberechtigten Zugriff und ein Bekanntwerden von Informationen verhindern und so jederzeit die Vertraulichkeit der Daten wahren. Der Handelsplatz muss ausreichende Mittel vorhalten und Notfallsysteme einrichten, um seine diesbezüglichen Dienste jederzeit anbieten und aufrechterhalten zu können.

(3) Die Verpflichtung nach Artikel 26 Absatz 1 bis 3 sowie 6 bis 7 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 in Verbindung mit der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 22] gilt entsprechend für inländische zentrale Gegenparteien im Sinne des § 1 Absatz 31 des Kreditwesengesetzes hinsichtlich der von ihnen abgeschlossenen Geschäfte.“

21. Der bisherige § 10 wird § 23 und in Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 40b“ durch die Angabe „§ 123“ ersetzt.

22. Der bisherige § 11 wird § 24.

23. Der bisherige § 12 wird § 25 und wie folgt geändert:

    a) In der Überschrift werden das Komma und das Wort „Emissionsberechtigungen“ gestrichen.

    b) In Nummer 1 wird die Angabe „Absatz 2c,“ durch die Wörter „Absatz 5 und“ ersetzt.

    c) Nummer 2 wird aufgehoben.

    d) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2.

24. Der bisherige § 15 wird § 26 und wie folgt geändert:

    a) In der Überschrift wird das Wort „Rechtsverordnung“ durch das Wort „Verordnungsermächtigung“ ersetzt.

    b) In den Absätzen 1 und 2 werden die Wörter „Inlandsemittent oder ein MTF-Emittent“ jeweils durch die Wörter „Inlandsemittent, ein MTF-Emittent oder ein OTF-Emittent“ ersetzt.

    c) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:

        aa) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:

            „2. den Mindestinhalt, die Art, die Sprache, den Umfang und die Form einer Veröffentlichung nach Artikel 17 Absatz 1, 2, 8 und 6 bis 9 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014,“.

        bb) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.

        cc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 4 und nach dem Wort „Übermittlung“ werden die Wörter „sowie den Mindestinhalt“ eingefügt.

        dd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5 und das Wort „und“ am Ende wird durch ein Komma ersetzt.

        ee) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6, nach dem Wort „Übermittlung“ werden die Wörter „sowie der Sprache“ eingefügt und der Punkt am Ende wird durch das Wort „und“ ersetzt.

        ff) Folgende Nummer 7 wird angefügt:

            „7. den Inhalt, die Art, den Umfang und die Form einer zusätzlichen Veröffentlichung der Informationen nach Artikel 19 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 durch die Bundesanstalt gemäß Artikel 19 Absatz 3 Unterabsatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014.“

25. Der bisherige § 16 wird § 27.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

26. Der bisherige § 16a wird § 28 und in Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 4 Abs. 9“ durch die Angabe „§ 6 Absatz 15“ ersetzt.

27. Der bisherige Abschnitt 3a wird Abschnitt 4.

28. Der bisherige § 17 wird § 29 und in Absatz 3 werden die Wörter „§§ 2, 2a, 4, 6 Absatz 2, § 7 mit Ausnahme von Absatz 4 Satz 5 bis 8, § 8“ durch die Wörter „§§ 2, 3, 6 bis 13, 17 Absatz 2, § 18 mit Ausnahme von Absatz 7 Satz 5 bis 8, § 21“ ersetzt.

29. Der bisherige Abschnitt 4 wird Abschnitt 5.

30. Der bisherige § 18 wird § 30 und in Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „§§ 9 und 10“ durch die Angabe „§§ 22 und 23“ ersetzt.

31. Der bisherige § 19 wird § 31.

32. Der bisherige § 20 wird § 32 und wie folgt geändert:

    a) Der Überschrift werden die Wörter „und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014“ angefügt.

    b) In Absatz 1 Satz 1 werden in dem Satzteil nach Nummer 2 nach den Wörtern „Unterabsatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012“ ein Komma und die Wörter „nach Artikel 28 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014“ eingefügt und wird die Angabe „§ 19“ durch die Angabe „§ 31“ ersetzt.

    c) In Absatz 4 Satz 4 wird die Angabe „§ 37r“ durch die Angabe „§ 110“ ersetzt.

33. Der bisherige Abschnitt 5 wird Abschnitt 6.

34. Der bisherige § 21 wird § 33 und wie folgt geändert:

    a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

        aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 22 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 34 Absatz 1“ ersetzt.

        bb) In Satz 2 wird das Wort „Zertifikaten“ durch das Wort „Hinterlegungsscheinen“ und das Wort „Zertifikate“ durch das Wort „Hinterlegungsscheine“ ersetzt.

        cc) In Satz 5 wird die Angabe „§ 26a“ durch die Angabe „§ 41“ ersetzt.

    b) Die bisherigen Absätze 1a, 1b und 2 werden die Absätze 2 bis 4.

    c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5 und in den Sätzen 1 und 2 wird die Angabe „Absatz 1a“ jeweils durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.

35. Der bisherige § 22 wird § 34 und wie folgt geändert:

    a) In Absatz 1 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „§ 21 Abs. 1 und 1a“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 und 2“ ersetzt.

    b) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „Nr. 6“ jeweils durch die Angabe „Nummer 6“ und die Angabe „§ 21 Abs. 1 und 1a“ jeweils durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 und 2“ ersetzt.

36. Der bisherige § 22a wird § 35 und in Absatz 3 Nummer 2 wird die Angabe „§§ 21 und 22“ durch die Angabe „§§ 33 und 34“ ersetzt.

37. Der bisherige § 23 wird § 36 und wie folgt geändert:

    a) Die bisherigen Absätze 1a, 2 und 3 werden die Absätze 2 bis 4

    b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und Satz 1 wird wie folgt geändert:

        aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „(Market Maker)“ gestrichen.

        bb) In Nummer 4 wird die Angabe „§ 21 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 33 Absatz 1“ ersetzt.

    c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und die Wörter „Absätze 1 bis 4“ werden durch die Wörter „Absätze 1 bis 5“ und die Angabe „Absatz 2 Nr. 2“ wird durch die Wörter „Absatz 3 Nummer 2“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird die Angabe „Absatz 2 Nr. 1“ durch die Wörter „Absatz 3 Nummer 1“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt.

cc) In Nummer 3 wird die Angabe „Absatz 2 Nr. 2“ durch die Wörter „Absatz 3 Nummer 2“ ersetzt.

e) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und die Wörter „Absätzen 1 und 4“ werden durch die Wörter „Absätzen 1 und 5“ ersetzt.

38. Der bisherige § 24 wird § 37 und in Absatz 1 werden die Wörter „§ 21 Absatz 1 und 1a, § 25 Absatz 1 und § 25a Absatz 1“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 und 2, § 38 Absatz 1 und § 39 Absatz 1“ ersetzt.

39. Der bisherige § 25 wird § 38 und Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „§ 21“ jeweils durch die Angabe „§ 33“ und die Angabe „1a“ durch die Angabe „2“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird die Angabe „§§ 23 und 24“ durch die Angabe „§§ 36 und 37“ ersetzt.

40. Der bisherige § 25a wird § 39 und in Absatz 1 wird die Angabe „§ 21“ jeweils durch die Angabe „§ 33“, die Angabe „1a“ jeweils durch die Angabe „2“ und die Angabe „§ 25“ jeweils durch die Angabe „§ 38“ ersetzt.

41. Der bisherige § 26 wird § 40 und Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Wörter „§ 21 Abs. 1 Satz 1, Abs. 1a und § 25 Abs. 1 Satz 1 sowie § 25a Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 und § 38 Absatz 1 Satz 1 sowie § 39 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 21 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 Satz 1“ und die Angabe „§ 21 Absatz 3“ durch die Angabe „§ 33 Absatz 5“ ersetzt.

42. Der bisherige § 26a wird § 41 und in Absatz 1 Satz 1 und 2 wird die Angabe „§ 26“ jeweils durch die Angabe „§ 40“ ersetzt.

43. Der bisherige § 27 wird § 42 und die Wörter „§ 21 Absatz 1, 1a, § 25 Absatz 1 oder § 25a Absatz 1“ werden durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 oder 2, § 38 Absatz 1 oder § 39 Absatz 1“ ersetzt.

44. Der bisherige § 27a wird § 43 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „§§ 21 und 22“ durch die Angabe „§§ 33 und 34“ ersetzt.

bb) In Satz 5 wird die Angabe „Abs. 1“ durch die Angabe „Absatz 1“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 26 Abs.“ jeweils durch die Angabe „§ 40 Absatz“ und die Angabe „Nr.“ durch die Angabe „Nummer“ ersetzt.

45. Der bisherige § 28 wird § 44 und wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 22“ durch die Angabe „§ 34“ und die Angabe „§ 21 Abs. 1 oder 1a“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 oder 2“ ersetzt.

bb) In Satz 4 wird die Angabe „§ 21“ durch die Angabe „§ 33“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 25“ durch die Angabe „§ 38“ und die Angabe „§ 25a“ durch die Angabe „§ 39“ ersetzt.

46. Der bisherige § 29 wird § 45 und die Angabe „§ 21 Abs. 1“ wird durch die Angabe „§ 33 Absatz 1“ ersetzt.

47. Der bisherige § 29a wird § 46 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 26 Abs. 1 und § 26a“ durch die Wörter „§ 40 Absatz 1 und § 41“ ersetzt.

bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 26“ durch die Angabe „§ 40“, die Angabe „§ 26a“ durch die Angabe „§ 41“ und die Angabe „§ 25a“ durch die Angabe „§ 39“ ersetzt.

b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§ 21 Abs. 1 Satz 1, Abs. 1a, § 25 Abs. 1 Satz 1, § 26 Abs. 1 Satz 1 und 2 und § 26a“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2, § 38 Absatz 1 Satz 1, § 40 Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie § 41“ ersetzt und wird die Angabe „§ 26 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 40 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.

48. Der bisherige § 30 wird § 47.

49. Der bisherige Abschnitt 5a wird Abschnitt 7.

50. Der bisherige § 30a wird § 48 und in Absatz 3 wird die Angabe „§ 30b Abs. 3 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 49 Absatz 3 Nummer 1“ und das Wort „Zertifikate“ durch das Wort „Hinterlegungsscheine“ ersetzt.

51. Der bisherige § 30b wird § 49 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „§ 30a Abs. 1 Nr. 6“ durch die Wörter „§ 48 Absatz 1 Nummer 6“ ersetzt.

b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 30a Abs. 1 Nr. 1“ wird durch die Wörter „§ 48 Absatz 1 Nummer 1“ ersetzt.

bb) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchstabe b wird die Angabe „§ 22“ durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.

bbb) In Nummer 1 Buchstabe d werden die Wörter „§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 3, 4 und Abs. 2“ durch die Wörter „§ 34 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 3, 4 und Absatz 2“ ersetzt.

cc) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 30a Abs. 1 Nr. 6“ durch die Wörter „§ 48 Absatz 1 Nummer 6“ ersetzt.

52. Der bisherige § 30e wird § 50.

53. Der bisherige § 30f wird § 51 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§§ 30a, 30b und 30e Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2“ durch die Wörter „§§ 48, 49 und 50 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 30e Abs.“ jeweils durch die Angabe „§ 50 Absatz“ und die Angabe „Nr.“ durch das Wort „Nummer“ ersetzt.

54. Der bisherige § 30g wird § 52.

55. Der bisherige Abschnitt 5b wird Abschnitt 8.

56. Der bisherige § 30h wird § 53 und wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „§ 7 Absatz 4 Satz 5 bis 8, des § 8 Absatz 1 Satz 3 und des § 9“ durch die Wörter „§ 18 Absatz 7 Satz 5 bis 8, des § 21 Absatz 1 Satz 3 und des § 22“ ersetzt.

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) Die bisherige Nummer 1a wird Nummer 2.

bb) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3.

57. Nach § 53 wird folgender Abschnitt 9 eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„Abschnitt 9

Positionslimits und Positionsmanagementkontrollen bei Warenderivaten und Positionsmeldungen.

§ 54

Positionslimits und Positionsmanagementkontrollen

(1) Die Bundesanstalt legt vorbehaltlich des § 55 für jedes Warenderivat, das an einem inländischen Handelsplatz gehandelt wird, einen quantitativen Schwellenwert fest für die maximale Größe einer Position in diesem Derivat, die eine Person halten darf (Positionslimit), fest.

(2) Das Positionslimit ist so festzulegen, dass es

1. Marktmissbrauch im Sinne des Artikels 1 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 verhindert und
2. zu geordneten Preisbildungs- und Abwicklungsbedingungen beiträgt.

Insbesondere trägt das Positionslimit zu Preisbildungs- und Abwicklungsbedingungen im Sinne des Satzes 1 Nummer 2 bei, wenn es

1. marktverzerrende Positionen verhindert und
2. eine Konvergenz zwischen dem Preis des Derivats im Monat der Lieferung und dem Preis für die zugrundeliegende Ware an den entsprechenden Spotmärkten sicherstellt, ohne dass die Preisbildung am Markt für die zugrundeliegende Ware davon berührt wird.

(3) Die Bundesanstalt kann in Ausnahmefällen Positionslimits festlegen, die strenger sind als die nach Absatz 1 und 2 berechneten, wenn dies unter Berücksichtigung der Liquidität in dem betreffenden Derivat und im Interesse einer geordneten Funktionsweise des betreffenden Marktes geboten und verhältnismäßig ist. Eine Festlegung nach Satz 1 ist auf der Internetseite der Bundesanstalt zu veröffentlichen und auf höchstens sechs Monate ab dem Zeitpunkt der Veröffentlichung befristet. Liegen die Gründe nach Satz 1 auch nach Ablauf dieser Frist weiter vor, kann die Festlegung jeweils für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten verlängert werden. Absatz 4 gilt entsprechend.

(4) Vor Festlegung eines Positionslimits nach Absatz 1 teilt die Bundesanstalt der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde das beabsichtigte Positionslimit mit. Verlangt diese binnen zwei Monaten nach Erhalt der Mitteilung nach Satz 1 eine Änderung an dem Positionslimit und kommt die Bundesanstalt diesem Verlangen nicht nach, teilt sie ihre Entscheidung einschließlich ihrer Gründe der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde mit und veröffentlicht ihre begründete Entscheidung auf ihrer Internetseite. Die Bundesanstalt übermittelt die Einzelheiten der von ihr festgelegten Positionslimits an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde.

(5) Ändert sich die lieferbare Menge eines Derivats oder die Anzahl oder das Volumen offener Kontraktpositionen in einem Derivat in erheblichem Umfang oder treten sonstige erhebliche Änderungen auf dem Markt auf, legt die Bundesanstalt die Positionslimits nach Maßgabe der Absätze 1 bis 4 neu fest. Die Betreiber von Handelsplätzen unterrichten die Bundesanstalt über nach Satz 1 erhebliche Änderungen an ihrem Handelsplatz.

(6) Der Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems, an dem Warenderivate gehandelt werden, muss Verfahren zur Überwachung der Einhaltung der nach den Absätzen 1 bis 5 und § 55 festgelegten Positionslimits (Positionsmanagementkontrollen) einrichten. Diese müssen transparent und diskriminierungsfrei ausgestaltet werden, festlegen, wie sie anzuwenden sind und der Art und Zusammensetzung der Marktteilnehmer sowie deren Nutzung der zum Handel zugelassenen Kontrakte Rechnung tragen. Im Rahmen von Kontrollen nach Satz 1 und 2 hat der Betreiber eines Handelsplatzes insbesondere sicherzustellen, dass er das Recht hat,

1. die offenen Kontraktpositionen jeder Person zu überwachen,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. von jeder Person Zugang zu Informationen, einschließlich aller einschlägigen Unterlagen, über Größe und Zweck einer von ihr eingegangenen Position oder offenen Forderung, über wirtschaftliche oder tatsächliche Eigentümer, etwaige Absprachen sowie über alle zugehörigen Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten am Basismarkt zu erhalten,
3. von jeder Person die zeitweilige oder dauerhafte Auflösung oder Reduzierung einer von ihr eingegangenen Position zu verlangen und, falls der Betreffende dem nicht nachkommt, einseitig geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Auflösung oder Reduzierung sicherzustellen, und
4. von jeder Person zu verlangen, zeitweilig Liquidität zu einem vereinbarten Preis und in vereinbartem Umfang eigens zu dem Zweck in den Markt zurückfließen zu lassen, die Auswirkungen einer großen oder marktbeherrschenden Position abzumildern.

Der Betreiber unterrichtet die Bundesanstalt über Einzelheiten der Positionsmanagementkontrollen nach Satz 1 bis 3. Die Bundesanstalt übermittelt diese Informationen an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde.

§ 55

Positionslimits bei europaweit gehandelten Derivaten

(1) Wird dasselbe Warenderivat auch an einem Handelsplatz in einem anderen Mitgliedstaat oder einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftraum in erheblichem Volumen gehandelt, legt die Bundesanstalt ein Positionslimit nach § 54 Absatz 1 nur dann fest, wenn sie für dieses Derivat zentrale zuständige Behörde ist. Die Bundesanstalt ist für ein Derivat zentrale zuständige Behörde, wenn das größte Volumen dieses Derivats an einem inländischen Handelsplatz gehandelt wird. Nähere Bestimmungen dazu, wann es sich um dasselbe Warenderivat im Sinne des Satzes 1 handelt und wie Volumina im Sinne der Sätze 1 und 2 berechnet werden, ergeben sich aus Artikel 5 der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 21].

(2) Ist die Bundesanstalt im Fall des Absatzes 1 Satz 1 zentrale zuständige Behörde für das betreffende Derivat, teilt sie ein beabsichtigtes Positionslimit für dieses Derivat vor seiner Festlegung auch den zuständigen Behörden der anderen Handelsplätze, an denen große Volumina dieses Derivats gehandelt werden, mit. Verlangt eine dieser Behörden binnen zwei Monaten nach Erhalt der Mitteilung nach Satz 1 eine Änderung an dem Positionslimit und kommt die Bundesanstalt diesem Verlangen nicht nach, teilt sie ihre Entscheidung einschließlich ihrer Gründe der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde mit.

(3) Ist die Bundesanstalt im Fall des Absatzes 1 Satz 1 nicht zentrale zuständige Behörde für das betreffende Derivat, ist das von der zentralen zuständigen Behörde für dieses Derivat festgelegte Positionslimit auch im Inland maßgeblich. Die Bundesanstalt teilt in diesem Fall der zentralen zuständigen Behörde für dieses Derivat binnen zwei Monaten nach Erhalt der Mitteilung über ein von dieser Behörde beabsichtigtes Positionslimit mit, ob sie mit dem beabsichtigten Positionslimit einverstanden ist. Kommt die zentrale zuständige Behörde einem Verlangen der Bundesanstalt zur Änderung des Positionslimits nicht nach, teilt die Bundesanstalt ihr Verlangen einschließlich ihrer Gründe der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde mit.

§ 56

Anwendung von Positionslimits

(1) Bei der Anwendung der nach den §§ 54 und 55 festgelegten Positionslimits werden alle Positionen berücksichtigt, die von einer natürlichen oder juristischen Person oder einer Personenvereinigung selbst oder aggregiert auf Gruppenebene gehalten werden. Nähere Bestimmungen zur Berechnung der Position ergeben sich aus den Artikeln 3, 4 und 9 bis 20 der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 21].

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(2) Die nach den §§ 54 und 55 festgelegten Positionslimits gelten auch für OTC-Kontrakte, die wirtschaftlich gleichwertig mit Warenderivaten im Sinne des Absatzes 1 sind. Nähere Bestimmungen zur wirtschaftlichen Gleichwertigkeit ergeben sich aus Artikel 6 der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 21].

(3) Die nach den §§ 54 und 55 festgelegten Positionslimits gelten nicht für Positionen, für die die Bundesanstalt oder die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaats auf Antrag festgestellt hat, dass sie von oder für eine nichtfinanzielle Partei gehalten werden und die die Risiken, die mit deren Geschäftstätigkeit verbunden sind, objektiv messbar verringern. Nähere Bestimmungen zu risikoverringernden Positionen und dem Verfahren nach Satz 1 ergeben sich aus den Artikeln 7 und 8 der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 21].

§ 57

Positionsmeldungen; Verordnungsermächtigung

(1) Mitglieder und Teilnehmer von Handelsplätzen sind verpflichtet, dem jeweiligen Betreiber des Handelsplatzes einmal täglich die Einzelheiten ihrer eigenen Positionen in Warenderivaten, die an diesem Handelsplatz gehandelt werden, wie auch die Positionen ihrer Kunden und der Kunden dieser Kunden bis zum Endkunden zu melden. Kunden und deren Kunden bis zum Endkunden haben den zur Meldung verpflichteten Teilnehmern an Handelsplätzen die für die Meldung notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

(2) Der Betreiber eines Handelsplatzes, an dem Warenderivate, Emissionszertifikate oder Derivate davon gehandelt werden, muss wöchentlich eine Aufstellung der aggregierten Positionen in den verschiedenen an dem Handelsplatz gehandelten Warenderivaten oder Emissionszertifikate oder Derivaten davon, die von Personenkategorien nach Satz 4 in diesen Finanzinstrumenten gehalten werden, veröffentlichen und der Bundesanstalt sowie der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde übermitteln. Die Aufstellung muss enthalten:

1. die Zahl der Kauf- und Verkaufspositionen, aufgeteilt nach den in den Sätzen 4 und 5 genannten Kategorien,
2. diesbezügliche Änderungen seit dem letzten Bericht,
3. den prozentualen Anteil der gesamten offenen Kontraktpositionen in jeder Kategorie sowie
4. die Anzahl der Positionsinhaber in jeder Kategorie.

Bei den Angaben nach Satz 2 sind jeweils Positionen getrennt darzustellen, die objektiv messbar die unmittelbar mit einer Geschäftstätigkeit in Zusammenhang stehenden Risiken verringern, und andere Positionen. Für die Zwecke des Satzes 1 hat der Betreiber des Handelsplatzes die Inhaber einer Position entsprechend ihrer Haupttätigkeit, für die sie zugelassen sind, einer der folgenden Kategorien zuzuordnen:

1. Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Kreditinstitute,
2. Investmentvermögen im Sinne des § 1 Absatz 1 des Kapitalanlagegesetzbuchs,
3. sonstige Finanzinstitute, einschließlich Versicherungsunternehmen oder Rückversicherungsunternehmen im Sinne der Richtlinie 2009/138/EG und Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung im Sinne der Richtlinie 2003/41/EG,
4. sonstige kommerzielle Unternehmen.

Im Falle eines Emissionszertifikats oder eines Derivats davon ist ergänzend zu Satz 4 eine weitere Kategorie für Betreiber mit der Verpflichtung zur Einhaltung der Anforderungen der Richtlinie 2003/87/EG bei Emissionszertifikaten oder Derivaten davon zu bilden. Die Pflicht nach Satz 1 gilt nur für Warenderivate, Emissionszertifikate und Derivate davon, bei denen die in Artikel 83 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] festgelegten Mindestschwellen überschritten werden.

(3) Betreiber eines Handelsplatzes, an dem Warenderivate, Emissionszertifikate oder Derivate davon gehandelt werden, müssen der Bundesanstalt darüber hinaus einmal täglich eine vollständige Aufstellung

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

der Positionen aller Mitglieder oder Teilnehmer an diesem Handelsplatz sowie deren Kunden in Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten davon zu übermitteln.

(4) Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die außerhalb eines Handelsplatzes mit Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten davon handeln, die auch an einem Handelsplatz gehandelt werden, sind verpflichtet, der in Satz 2 genannten Behörde mindestens einmal täglich eine vollständige Aufstellung ihrer Positionen in diesen Finanzinstrumenten und in wirtschaftlich gleichwertigen OTC-Kontrakten sowie der entsprechenden Positionen ihrer Kunden und der Kunden dieser Kunden bis zum Endkunden gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) Nummer 600/2014 oder Artikel 8 der Verordnung (EU) 1227/2011 zu übermitteln. Die Aufstellung nach Satz 1 ist zu übermitteln

1. bei Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten davon, die in erheblichem Volumen nur an inländischen Handelsplätzen gehandelt werden, an die Bundesanstalt,
2. bei Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten davon, die in erheblichem Volumen nur vollständig oder teilweise an einem Handelsplatz in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gehandelt werden, an die zuständige Behörde der entsprechenden Handelsplätze und
3. bei Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten davon, die in erheblichem Volumen an Handelsplätzen in mehr als einem Mitgliedstaat oder Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftraum gehandelt werden, der entsprechenden zentralen zuständigen Behörde im Sinne des § 55 oder einer entsprechenden Regelung in Bezug auf Emissionszertifikate oder Derivaten davon.

Kunden und deren Kunden bis zum Endkunden haben den zur Übermittlung verpflichteten Wertpapierdienstleistungsunternehmen die für die Übermittlung notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

(5) Die Bundesanstalt kann in kritischen Marktsituationen verlangen, dass die Mitteilungen nach den Absätzen 1, 3 und 4 mehrfach innerhalb eines Tages erfolgen müssen.“

58. Dem § 57 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf,

1. nähere Bestimmungen über Inhalt, Art, Umfang, Form und Häufigkeit der Mitteilungen nach Absatz 1 und 3 bis 5 und über die zulässigen Datenträger und Übertragungswege erlassen, sowie
2. vorschreiben, dass in den in den Absätzen 1, 3 und 4 genannten Fällen über die dort genannten Angaben hinaus zusätzliche Angaben zu übermitteln sind, wenn die zusätzlichen Angaben auf Grund der besonderen Eigenschaften des Finanzinstruments, das Gegenstand der Mitteilung ist, oder der besonderen Bedingungen an dem Handelsplatz, an dem das Geschäft ausgeführt wurde, zur Überwachung der Positionslimits nach § 54 durch die Bundesanstalt erforderlich sind.

Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

59. Nach § 57 wird folgender Abschnitt 10 eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„Abschnitt 10

Organisationspflichten von Datenbereitstellungsdiensten

§ 58

Organisationspflichten für genehmigte Veröffentlichungssysteme

(1) Ein genehmigtes Veröffentlichungssystem muss angemessene Grundsätze aufstellen und Vorkehrungen treffen, um mindestens die nachfolgenden Informationen über Geschäfte in Finanzinstrumenten zu angemessenen kaufmännischen Bedingungen und, soweit technisch möglich, auf Echtzeitbasis veröffentlichen zu können:

1. Kennung des Finanzinstruments;
2. Kurs, zu dem das Geschäft abgeschlossen wurde;
3. Volumen des Geschäfts;
4. Zeitpunkt des Geschäfts;
5. Zeitpunkt, zu dem das Geschäft gemeldet wurde;
6. Kurszusatz des Geschäfts;
7. Code für den Handelsplatz, an dem das Geschäfts ausgeführt wurde, oder, wenn das Geschäft über einen systematischen Internalisierer ausgeführt wurde, den Code „SI“ oder andernfalls den Code „OTC“;
8. sofern anwendbar, einen Hinweis, dass das Geschäft besonderen Bedingungen unterlag.

Die Informationen nach Satz 1 sind spätestens 15 Minuten nach der Veröffentlichung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

(2) Ein genehmigtes Veröffentlichungssystem muss die Informationen effizient und konsistent in einer Weise verbreiten, die einen raschen diskriminierungsfreien Zugang zu den betreffenden Informationen sicherstellt. Die Informationen sind in einem Format zu veröffentlichen, das die Konsolidierung der Daten mit vergleichbaren Daten aus anderen Quellen erleichtert.

(3) Ein genehmigtes Veröffentlichungssystem muss organisatorische Vorkehrungen treffen, um Interessenkonflikte mit seinen Kunden zu vermeiden. Insbesondere muss es, wenn es zugleich auch Börsenbetreiber oder Wertpapierdienstleistungsunternehmen ist, alle erhobenen Informationen in nichtdiskriminierender Weise behandeln und auf Dauer geeignete Vorkehrungen treffen, um diese unterschiedlichen Unternehmensfunktionen voneinander zu trennen.

(4) Ein genehmigtes Veröffentlichungssystem muss Mechanismen einrichten, die die Sicherheit der Informationsübermittlungswege gewährleisten, das Risiko der unbefugten Datenveränderung und des unberechtigten Zugriffs minimieren und ein Bekanntwerden noch nicht veröffentlichter Informationen verhindern. Es muss über ausreichende Mittel und Notfallsysteme verfügen, um seine Dienste jederzeit anbieten und aufrechterhalten zu können.

(5) Ein genehmigtes Veröffentlichungssystem muss über wirksame Mechanismen verfügen, um die zu veröffentlichenden Informationen auf Vollständigkeit prüfen zu können, Lücken und offensichtliche Fehler zu erkennen und es zu ermöglichen, bei fehlerhaften Auskünften eine Neuübermittlung anfordern zu können.

(6) Es muss über ein Hinweisgeberverfahren in entsprechender Anwendung von § 25a Absatz 1 Satz 6 Nummer 3 des Kreditwesengesetzes verfügen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(7) Näheres zu den Organisationspflichten nach Absatz 1 bis 6 regelt die Delegierte Verordnung (EU) … [RTS 13].

§ 59

Organisationspflichten für Bereitsteller konsolidierter Datenticker

(1) Ein Bereitsteller konsolidierter Datenticker ist dazu verpflichtet, die bereitgestellten Daten von allen Handelsplätzen und genehmigten Veröffentlichungssystemen zu konsolidieren. Er muss angemessene Grundsätze aufstellen und Vorkehrungen treffen, um mindestens die folgenden Informationen über Geschäfte in Finanzinstrumenten zu erheben, zu einem kontinuierlichen elektronischen Datenstrom zu konsolidieren und diesen der Öffentlichkeit zu angemessenen kaufmännischen Bedingungen und, soweit technisch möglich, auf Echtzeitbasis zur Verfügung zu stellen:

1. Kennung des Finanzinstruments;
2. Kurs, zu dem das Geschäft abgeschlossen wurde;
3. Volumen des Geschäfts;
4. Zeitpunkt des Geschäfts;
5. Zeitpunkt, zu dem das Geschäft gemeldet wurde;
6. Kurszusatz des Geschäfts;
7. den Code für den Handelsplatz, an dem das Geschäfts ausgeführt wurde, oder, wenn das Geschäft über einen systematischen Internalisierer ausgeführt wurde, den Code „SI“ oder andernfalls den Code „OTC“;
8. sofern anwendbar, einen Hinweis, dass die Anlageentscheidung und Ausführung des Geschäfts durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen auf einem Computeralgorithmus beruhte;
9. sofern anwendbar, einen Hinweis, dass das Geschäft besonderen Bedingungen unterlag;
10. falls für die Pflicht zur Veröffentlichung der Informationen gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 eine Ausnahme gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a oder b der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 gewährt wurde, eine Kennzeichnung dieser Ausnahme.

Die Informationen nach Satz 2 sind binnen 15 Minuten nach der Veröffentlichung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

(2) Ein Bereitsteller konsolidierter Datenticker muss die Informationen nach Absatz 1 effizient und konsistent in einer Weise verbreiten, die einen raschen diskriminierungsfreien Zugang zu den betreffenden Informationen sicherstellt. Die Informationen sind in einem Format zu veröffentlichen, das für die Marktteilnehmer leicht zugänglich und nutzbar ist.

(3) Ein Bereitsteller konsolidierter Datenticker muss organisatorische Vorkehrungen treffen, um Interessenkonflikte mit seinen Kunden zu vermeiden. Insbesondere muss er, wenn er zugleich auch ein Börsenbetreiber oder ein genehmigtes Veröffentlichungssystem ist, alle erhobenen Informationen in nichtdiskriminierender Weise behandeln und auf Dauer geeignete Vorkehrungen treffen, um die unterschiedlichen Unternehmensfunktionen voneinander zu trennen.

(4) Ein Bereitsteller konsolidierter Datenticker muss Mechanismen einrichten, die die Sicherheit der Informationsübermittlungswege gewährleisten und das Risiko der unbefugten Datenveränderung und des unberechtigten Zugriffs minimieren. Es muss über ausreichende Mittel und über Notfallsysteme verfügen, um seine Dienste jederzeit anbieten und aufrechterhalten zu können.

(5) Er muss über ein Hinweisgeberverfahren in entsprechender Anwendung des § 25a Absatz 1 Satz 6 Nummer 3 des Kreditwesengesetzes verfügen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(6) Näheres zu den Organisationspflichten nach Absatz 1 bis 5 regelt die Delegierte Verordnung (EU) … [RTS 13].

§ 60

Organisationspflichten für genehmigte Meldemechanismen

(1) Ein genehmigter Meldemechanismus muss angemessene Grundsätze aufstellen und Vorkehrungen treffen, um die nach Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 zu meldenden Informationen für die meldepflichtigen Wertpapierdienstleistungsunternehmen so schnell wie möglich, spätestens jedoch bei Geschäftsschluss des auf den Vertragsabschluss des Geschäfts über das Finanzinstrument folgenden Arbeitstages, zu melden. Näheres zur Meldung dieser Informationen regelt Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014.

(2) Ein genehmigter Meldemechanismus muss organisatorische Vorkehrungen treffen, um Interessenkonflikte mit seinen Kunden zu vermeiden. Insbesondere muss er, wenn er zugleich auch Börsenbetreiber oder ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen ist, alle erhobenen Informationen in nichtdiskriminierender Weise behandeln und auf Dauer geeignete Vorkehrungen treffen, um die unterschiedlichen Unternehmensfunktionen voneinander zu trennen.

(3) Ein genehmigter Meldemechanismus muss wirksame Mechanismen einrichten, die die Sicherheit der Informationsübermittlungswege gewährleisten, um das Risiko der unbefugten Datenveränderung und des unberechtigten Zugriffs minimieren und ein Bekanntwerden noch nicht veröffentlichter Informationen verhindern. Er muss über ausreichende Mittel und Notfallsysteme verfügen, um seine Dienste jederzeit anbieten und aufrechterhalten zu können.

(4) Ein genehmigter Meldemechanismus muss Vorkehrungen treffen, um

1. die Meldungen von Geschäften auf Vollständigkeit prüfen zu können, durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen verschuldete Lücken und offensichtliche Fehler zu erkennen und diesem in diesen Fällen genaue Angaben hierzu zu übermitteln und eine Neuübermittlung anzufordern; und
2. selbst verschuldete Fehler oder Lücken zu erkennen, diese zu berichtigen und der Bundesanstalt korrigierte und vollständige Meldungen der Geschäfte zu übermitteln.

(5) Er muss über ein Hinweisgeberverfahren in entsprechender Anwendung des § 25a Absatz 1 Satz 6 Nummer 3 des Kreditwesengesetzes verfügen.

(6) Das Nähere zu den Organisationspflichten nach Absatz 1 bis 5 regelt die Delegierte Verordnung (EU) … [RTS 13].

§ 61

Überwachung der Organisationspflichten

Die Bundesanstalt kann zur Überwachung der in diesem Abschnitt geregelten Pflichten bei den Datenbereitstellungsdiensten auch ohne besonderen Anlass Prüfungen vornehmen. § 88 Absatz 3 gilt entsprechend. Hinsichtlich des Umfangs der Prüfungen gilt § 88 Absatz 2 entsprechend. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Satz 1 haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 62

Prüfung der Organisationspflichten; Verordnungsermächtigung

Unbeschadet des § 61 ist die Einhaltung der in diesem Abschnitt geregelten Pflichten sowie der sich aus der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II], der Delegierten Verordnung (EU) …[RTS 13] und der Durchführungsverordnung (EU) … [ITS 3] ergebenden Pflichten einmal jährlich durch einen ge-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

eigneten Prüfer zu prüfen. § 89 Absatz 1 Satz 4 und 6, Absatz 2 Satz 1 und 2, Absatz 3 und 4 gelten entsprechend.“

60. Der bisherige Wortlaut des § 62 wird Absatz 1 und folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen über Art, Umfang und Zeitpunkt der Prüfung nach Absatz 1 sowie den Inhalt der Prüfungsberichte erlassen. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

61. Der bisherige Abschnitt 6 wird Abschnitt 11.

62. Der bisherige § 31 wird § 63 und wie folgt gefasst:

„§ 63

Allgemeine Verhaltensregeln

(1) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen ist verpflichtet, Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen ehrlich, redlich und professionell im bestmöglichen Interesse seiner Kunden zu erbringen.

(2) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat einem Kunden, bevor es Geschäfte für ihn durchführt, die allgemeine Art und Herkunft von Interessenkonflikten und die zur Begrenzung der Risiken der Beeinträchtigung der Kundeninteressen unternommenen Schritte eindeutig darzulegen, soweit die organisatorischen Vorkehrungen nach § 80 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 nicht ausreichen, um nach vernünftigem Ermessen zu gewährleisten, dass das Risiko der Beeinträchtigung von Kundeninteressen vermieden wird. Die Darlegung nach Satz 1 muss

1. mittels eines dauerhaften Datenträgers erfolgen und
2. unter Berücksichtigung der Einstufung des Kunden im Sinne des § 67 so detailliert sein, dass der Kunde in die Lage versetzt wird, seine Entscheidung über die Wertpapierdienstleistung oder Wertpapiernebendienstleistung, in deren Zusammenhang der Interessenkonflikt auftritt, in Kenntnis der Sachlage zu treffen.

(3) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss sicherstellen, dass es die Leistung seiner Mitarbeiter nicht in einer Weise vergütet oder bewertet, die mit seiner Pflicht, im bestmöglichen Interesse der Kunden zu handeln, kollidiert. Insbesondere darf es bei seinen Mitarbeitern weder durch Vergütungsvereinbarungen noch durch Verkaufsziele oder in sonstiger Weise Anreize dafür setzen, einem Privatkunden ein bestimmtes Finanzinstrument zu empfehlen, obwohl das Wertpapierdienstleistungsunternehmen dem Privatkunden ein anderes Finanzinstrument anbieten könnte, das den Bedürfnissen des Privatkunden besser entspricht.

(4) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Finanzinstrumente zum Verkauf an Kunden konzipiert, muss sicherstellen, dass diese Finanzinstrumente so ausgestaltet sind, dass

1. sie den Bedürfnissen eines bestimmten Zielmarktes im Sinne des § 80 Absatz 9 entsprechen und
2. die Strategie für den Vertrieb der Finanzinstrumente mit diesem Zielmarkt vereinbar ist.

Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss zumutbare Schritte unternehmen, um zu gewährleisten, dass das Finanzinstrument an den bestimmten Zielmarkt vertrieben wird.

(5) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss die von ihm angebotenen oder empfohlenen Finanzinstrumente verstehen. Es muss deren Vereinbarkeit mit den Bedürfnissen der Kunden, denen gegenüber es Wertpapierdienstleistungen erbringt, beurteilen, auch unter Berücksichtigung des in § 80 Absatz 9 genannten Zielmarktes, und sicherstellen, dass es Finanzinstrumente nur anbietet oder empfiehlt, wenn dies im Interesse der Kunden liegt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(6) Alle Informationen, die Wertpapierdienstleistungsunternehmen Kunden zugänglich machen, einschließlich Marketingmitteilungen, müssen redlich und eindeutig sein und dürfen nicht irreführend sein. Marketingmitteilungen müssen eindeutig als solche erkennbar sein. § 302 des Kapitalanlagegesetzbuchs und § 15 des Wertpapierprospektgesetzes bleiben unberührt.

(7) Wertpapierdienstleistungsunternehmen sind verpflichtet, ihren Kunden rechtzeitig und in verständlicher Form angemessene Informationen über das Wertpapierdienstleistungsunternehmen und seine Dienstleistungen, über die Finanzinstrumente und die vorgeschlagenen Anlagestrategien, über Ausführungsplätze und alle Kosten und Nebenkosten zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind, damit die Kunden nach vernünftigem Ermessen die Art und die Risiken der ihnen angebotenen oder von ihnen nachgefragten Arten von Finanzinstrumenten oder Wertpapierdienstleistungen verstehen und auf dieser Grundlage ihre Anlageentscheidung treffen können. Die Informationen können auch in standardisierter Form zur Verfügung gestellt werden. Die Informationen nach Satz 1 müssen folgende Angaben enthalten:

1. hinsichtlich der Arten von Finanzinstrumenten und der vorgeschlagenen Anlagestrategie unter Berücksichtigung des Zielmarktes im Sinne des Absatzes 3 oder 4:
   a) geeignete Leitlinien zur Anlage in solche Arten von Finanzinstrumenten oder zu den einzelnen Anlagestrategien,
   b) geeignete Warnhinweise zu den Risiken, die mit dieser Art von Finanzinstrumenten oder den einzelnen Anlagestrategien verbunden sind, und
   c) ob die Art des Finanzinstruments für Privatkunden oder professionelle Kunden bestimmt ist;
2. hinsichtlich aller Kosten und Nebenkosten:
   a) Informationen in Bezug auf sowohl Kosten und Nebenkosten der Wertpapierdienstleistungen als auch der Wertpapiernebendienstleistungen, einschließlich eventueller Beratungskosten,
   b) Kosten der Finanzinstrumente, die dem Kunden empfohlen oder an ihn vermarktet werden sowie
   c) Zahlungsmöglichkeiten des Kunden einschließlich etwaiger Zahlungen durch Dritte.

Informationen zu Kosten und Nebenkosten, einschließlich solchen Kosten und Nebenkosten im Zusammenhang mit der Wertpapierdienstleistung und dem Finanzinstrument, die nicht durch ein zugrundeliegendes Marktrisiko verursacht werden, muss das Wertpapierdienstleistungsunternehmen in zusammengefasster Weise darstellen, damit der Kunde sowohl die Gesamtkosten als auch die kumulative Wirkung der Kosten auf die Rendite der Anlage verstehen kann. Auf Verlangen des Kunden muss das Wertpapierdienstleistungsunternehmen eine Aufstellung, die nach den einzelnen Posten aufgegliedert ist, zur Verfügung stellen. Solche Informationen sollen dem Kunden unter den in Artikel 50 Absatz 9 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] genannten Voraussetzungen regelmäßig, mindestens jedoch jährlich während der Laufzeit der Anlage zur Verfügung gestellt werden. Die §§ 293 bis 296, 297, 303 bis 307 des Kapitalanlagegesetzbuchs bleiben unberührt.

(8) Die Absätze 6 und 7 gelten nicht für Wertpapierdienstleistungen, die als Teil eines Finanzprodukts angeboten werden, das in Bezug auf die Informationspflichten bereits anderen Bestimmungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts, die Kreditinstitute und Verbraucherkredite betreffen, unterliegt.

(9) Bietet ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen Wertpapierdienstleistungen verbunden mit anderen Dienstleistungen oder anderen Produkten als Gesamtpaket oder in der Form an, dass die Erbringung der Wertpapierdienstleistungen, der anderen Dienstleistungen oder der Geschäfte über die anderen Produkte Bedingung für die Durchführung der jeweils anderen Bestandteile oder des Abschlusses der anderen Vereinbarungen sind, muss es den Kunden darüber informieren, ob die einzelnen Bestandteile auch getrennt voneinander bezogen werden können und dem Kunden für jeden Bestandteil getrennt Kosten und Gebühren nachweisen. Besteht die Wahrscheinlichkeit, dass die mit dem Gesamtpaket oder der Gesamtvereinbarung verknüpften Risiken von den mit den einzelnen Bestandteilen verknüpften Risiken abweichen, hat es Privatkunden in angemessener Weise über die einzelnen Bestandteile, die mit ihnen verknüpften Risiken und die Art und Weise, wie ihre Wechselwirkung das Risiko beeinflusst, zu informieren.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(10) Vor der Erbringung anderer Wertpapierdienstleistungen als der Anlageberatung oder der Finanzportfolioverwaltung hat ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen von den Kunden Informationen einzuholen über Kenntnisse und Erfahrungen der Kunden in Bezug auf Geschäfte mit bestimmten Arten von Finanzinstrumenten oder Wertpapierdienstleistungen, soweit diese Informationen erforderlich sind, um die Angemessenheit der Finanzinstrumente oder Wertpapierdienstleistungen für die Kunden beurteilen zu können. Sind verbundene Dienstleistungen oder Produkte im Sinne des Absatzes 9 Gegenstand des Kundenauftrages, muss das Wertpapierdienstleistungsunternehmen beurteilen, ob das gesamte verbundene Geschäft für den Kunden angemessen ist. Gelangt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen aufgrund der nach Satz 1 erhaltenen Informationen zu der Auffassung, dass das vom Kunden gewünschte Finanzinstrument oder die Wertpapierdienstleistung für den Kunden nicht angemessen ist, hat es den Kunden darauf hinzuweisen. Erlangt das Wertpapierdienstleistungsunternehmen nicht die erforderlichen Informationen, hat es den Kunden darüber zu informieren, dass eine Beurteilung der Angemessenheit im Sinne des Satzes 1 nicht möglich ist. Näheres zur Angemessenheit und zu den Pflichten, die im Zusammenhang mit der Beurteilung der Angemessenheit geltenden Pflichten regeln die Artikel 55 und 56 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Der Hinweis nach Satz 3 und die Information nach Satz 4 können in standardisierter Form erfolgen.

(11) Die Pflichten nach Absatz 10 gelten nicht, soweit das Wertpapierdienstleistungsunternehmen

1. auf Veranlassung des Kunden Finanzkommissionsgeschäft, Eigenhandel, Abschlussvermittlung oder Anlagevermittlung erbringt in Bezug auf

   a) Aktien, die zum Handel an einem organisierten Markt, an einem diesem gleichwertigen Markt eines Drittlandes oder an einem multilateralen Handelssystem zugelassen sind, mit Ausnahme von Aktien an AIF im Sinne von § 1 Absatz 3 des Kapitalanlagegesetzbuchs, und von Aktien, in die ein Derivat eingebettet ist,

   b) Schuldverschreibungen und andere verbriefte Schuldtitel, die zum Handel an einem organisierten Markt, einem diesem gleichwertigen Markt eines Drittlandes oder einem multilateralen Handelssystem zugelassen sind, mit Ausnahme solcher, in die ein Derivat eingebettet ist und solcher, die eine Struktur aufweisen, die es dem Kunden erschwert, die mit ihnen einhergehenden Risiken zu verstehen,

   c) Geldmarktinstrumente, mit Ausnahme solcher, in die ein Derivat eingebettet ist, und solcher, die eine Struktur aufweisen, die es dem Kunden erschwert, die mit ihnen einhergehenden Risiken zu verstehen,

   d) Anteile oder Aktien an OGAW im Sinne von § 1 Absatz 2 des Kapitalanlagegesetzbuchs, mit Ausnahme der in Artikel 36 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 583/2010 genannten strukturierten OGAW,

   e) strukturierte Einlagen, mit Ausnahme solcher, die eine Struktur aufweisen, die es dem Kunden erschwert, das Ertragsrisiko oder die Kosten des Verkaufs des Produkts vor Fälligkeit zu verstehen oder

   f) andere nicht komplexe Finanzinstrumente für Zwecke dieses Absatzes, die die in Artikel 57 der Delegierten Verordnung (EU)… [DV MiFID II] genannten Kriterien erfüllen,

2. diese Wertpapierdienstleistung nicht gemeinsam mit der Gewährung eines Darlehens als Wertpapiernebendienstleistung im Sinne des § 2 Absatz 7 Nummer 2 erbringt, außer sie besteht in der Ausnutzung einer Kreditobergrenze eines bereits bestehenden Darlehens oder eines bereits bestehenden Darlehens, das in der Weise gewährt wurde, dass der Darlehensgeber in einem Vertragsverhältnis über ein laufendes Konto dem Darlehensnehmer das Recht einräumt, sein Konto in bestimmter Höhe zu überziehen (Überziehungsmöglichkeit) oder darin, dass der Darlehensgeber im Rahmen eines Vertrages über ein laufendes Konto, ohne eingeräumte Überziehungsmöglichkeit die Überziehung des Kontos durch den Darlehensnehmer duldet und hierfür vereinbarungsgemäß ein Entgelt verlangt, und

3. den Kunden ausdrücklich darüber informiert, dass keine Angemessenheitsprüfung im Sinne des Absatzes 10 vorgenommen wird, wobei diese Information in standardisierter Form erfolgen kann.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(12) Wertpapierdienstleistungsunternehmen müssen ihren Kunden in geeigneter Weise auf einem dauerhaften Datenträger über die erbrachten Wertpapierdienstleistungen berichten; insbesondere müssen sie nach Ausführung eines Geschäftes mitteilen, wo sie den Auftrag ausgeführt haben. Die Pflicht nach Satz 1 beinhaltet einerseits nach den in den Artikeln 59 bis 63 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] näher bestimmten Fällen regelmäßige Berichte an den Kunden, wobei die Art und Komplexität der jeweiligen Finanzinstrumente sowie die Art der erbrachten Wertpapierdienstleistungen zu berücksichtigen ist, und anderseits, sofern relevant, Informationen zu den angefallenen Kosten.

(13) Nähere Bestimmungen zu den Absätzen 1 bis 3, 6, 7, 10 und 12 ergeben sich aus der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II], insbesondere zu

1. der Verpflichtung nach Absatz 1 aus den Artikeln 58, 64, 65 und 67 bis 69,
2. Art, Umfang und Form der Offenlegung nach Absatz 2 aus den Artikeln 34 und 41 bis 43,
3. der Vergütung oder Bewertung nach Absatz 3 aus Artikel 27,
4. den Voraussetzungen, unter denen Informationen im Sinne von Absatz 6 Satz 1 als redlich, eindeutig und nicht irreführend angesehen werden aus Artikel 36 und 44,
5. Art, Inhalt, Gestaltung und Zeitpunkt der nach Absatz 7 notwendigen Informationen für die Kunden aus den Artikeln 38, 39, 41, 45 bis 53, 61 und 65,
6. Art, Umfang und Kriterien der nach Absatz 10 von den Kunden einzuholenden Informationen aus den Artikeln 54 bis 56,
7. Art, Inhalt und Zeitpunkt der Berichtspflichten nach Absatz 12 aus den Artikeln 59 bis 63.“

63. Nach § 63 wird folgender § 64 eingefügt:

„§ 64

Besondere Verhaltensregeln bei der Erbringung von Anlageberatung und Finanzportfolioverwaltung; Verordnungsermächtigung

(1) Erbringt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen Anlageberatung, muss es den Kunden zusätzlich zu den Informationen nach § 63 Absatz 7 rechtzeitig vor der Beratung und in verständlicher Form darüber informieren:

1. ob die Anlageberatung unabhängig erbracht wird (Unabhängige Honorar-Anlageberatung) oder nicht;
2. ob sich die Anlageberatung auf eine umfangreiche oder eine eher beschränkte Analyse verschiedener Arten von Finanzinstrumenten stützt, insbesondere ob die Palette an Finanzinstrumenten auf Finanzinstrumente beschränkt ist, die von Anbietern oder Emittenten stammen, die in einer engen Verbindung zum Wertpapierdienstleistungsunternehmen stehen oder zu denen in sonstiger Weise rechtliche oder wirtschaftliche Verbindungen bestehen, die so eng sind, dass das Risiko besteht, dass die Unabhängigkeit der Anlageberatung beeinträchtigt wird und
3. ob das Wertpapierdienstleistungsunternehmen dem Kunden regelmäßig eine Beurteilung der Geeignetheit der empfohlenen Finanzinstrumente zur Verfügung stellt.

§ 63 Absatz 7 Satz 2 und bei Vorliegen der dort genannten Voraussetzungen die Ausnahme nach § 63 Absatz 8 gelten entsprechend.

(2) Im Falle einer Anlageberatung ist einem Privatkunden rechtzeitig vor dem Abschluss eines Geschäfts über Finanzinstrumente, für die kein Basisinformationsblatt nach der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 erstellt werden muss, ein kurzes und leicht verständliches Informationsblatt über jedes Finanzinstrument zur Verfügung zu stellen, auf das sich eine Kaufempfehlung bezieht. Die Angaben in den Informationsblättern nach Satz 1 dürfen weder unrichtig noch irreführend sein und müssen mit den Angaben des Prospekts vereinbar sein. An die Stelle des Informationsblattes treten

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. bei Anteilen oder Aktien an OGAW oder an offenen Publikums-AIF die wesentlichen Anlegerinformationen nach den §§ 164 und 166 des Kapitalanlagegesetzbuchs,
2. bei Anteilen oder Aktien an geschlossenen Publikums-AIF die wesentlichen Anlegerinformationen nach den §§ 268 und 270 des Kapitalanlagegesetzbuchs,
3. bei Anteilen oder Aktien an Spezial-AIF die wesentlichen Anlegerinformationen nach § 166 oder § 270 des Kapitalanlagegesetzbuchs, sofern die AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft solche gemäß § 307 Absatz 5 des Kapitalanlagegesetzbuchs erstellt hat,
4. bei EU-AIF und ausländischen AIF die wesentlichen Anlegerinformationen nach § 318 Absatz 5 des Kapitalanlagegesetzbuchs,
5. bei EU-OGAW die wesentlichen Anlegerinformationen, die nach § 298 Absatz 1 Satz 2 des Kapitalanlagegesetzbuchs in deutscher Sprache veröffentlicht worden sind,
6. bei inländischen Investmentvermögen im Sinne des Investmentgesetzes in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung, die für den in § 345 Absatz 6 Satz 1 des Kapitalanlagegesetzbuchs genannten Zeitraum noch weiter vertrieben werden dürfen, die wesentlichen Anlegerinformationen, die nach § 42 Absatz 2 des Investmentgesetzes in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung erstellt worden sind, und
7. bei ausländischen Investmentvermögen im Sinne des Investmentgesetzes in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung, die für den in § 345 Absatz 8 Satz 2 oder § 355 Absatz 2 Satz 10 des Kapitalanlagegesetzbuchs genannten Zeitraum noch weiter vertrieben werden dürfen, die wesentlichen Anlegerinformationen, die nach § 137 Absatz 2 des Investmentgesetzes in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung erstellt worden sind, und
8. bei Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Absatz 2 des Vermögensanlagengesetzes das Vermögensanlagen-Informationsblatt nach § 13 des Vermögensanlagengesetzes, soweit der Anbieter der Vermögensanlagen zur Erstellung eines solchen Vermögensanlagen-Informationsblatts verpflichtet ist, und
9. bei zertifizierten Altersvorsorge- und Basisrentenverträgen im Sinne des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes das individuelle Produktinformationsblatt nach § 7 Absatz 1 des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes sowie zusätzlich die wesentlichen Anlegerinformationen nach Nummer 1, 3 oder Nummer 4, sofern es sich um Anteile an den in Nummer 1, 3 oder Nummer 4 genannten Organismen für gemeinsame Anlagen handelt.

(3) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss von einem Kunden alle Informationen

1. über Kenntnisse und Erfahrungen des Kunden in Bezug auf Geschäfte mit bestimmten Arten von Finanzinstrumenten oder Wertpapierdienstleistungen,
2. über die finanziellen Verhältnisse des Kunden, einschließlich seiner Fähigkeit, Verluste zu tragen, und
3. über seine Anlageziele, einschließlich seiner Risikotoleranz,

einholen, die erforderlich sind, um dem Kunden ein Finanzinstrument oder eine Wertpapierdienstleistung empfehlen zu können, das oder die für ihn geeignet ist und insbesondere seiner Risikotoleranz und seiner Fähigkeit, Verluste zu tragen, entspricht. Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das die in Satz 1 genannten Wertpapierdienstleistungen erbringt, darf seinen Kunden nur Finanzinstrumente und Wertpapierdienstleistungen empfehlen oder Geschäfte im Rahmen der Finanzportfolioverwaltung tätigen, die nach den eingeholten Informationen für den Kunden geeignet sind. Näheres zur Geeignetheit und den im Zusammenhang mit der Beurteilung der Geeignetheit geltenden Pflichten regeln die Artikel 54 und 55 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Erbringt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen eine Anlageberatung, bei der verbundene Produkte oder Dienstleistungen im Sinne des § 63 Absatz 9 empfohlen werden, gilt Satz 2 für das gesamte verbundene Geschäft entsprechend.

(4) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Anlageberatung erbringt, muss dem Privatkunden auf einem dauerhaften Datenträger vor Vertragsschluss eine Erklärung über die Geeignetheit der Empfehlung (Geeignetheitserklärung) zur Verfügung stellen. Die Geeignetheitserklärung muss die erbrachte

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beratung nennen sowie erläutern, wie sie auf die Präferenzen, Anlageziele und die sonstigen Merkmale des Kunden abgestimmt wurde. Näheres regelt Artikel 54 Absatz 12 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Wird die Vereinbarung über den Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments mittels eines Fernkommunikationsmittels geschlossen, das die vorherige Übermittlung der Geeignetheitserklärung nicht erlaubt, darf das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Geeignetheitserklärung ausnahmsweise unmittelbar nach dem Vertragsschluss zur Verfügung stellen, wenn der Kunde zugestimmt hat, dass ihm die Geeignetheitserklärung unverzüglich nach Vertragsschluss zur Verfügung gestellt wird und das Wertpapierdienstleistungsunternehmen dem Kunden angeboten hat, die Ausführung des Geschäfts zu verschieben, damit der Kunde die Möglichkeit hat, die Geeignetheitserklärung zuvor zu erhalten.

(5) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Unabhängige Honorar-Anlageberatung erbringt,

1. muss bei der Beratung eine ausreichende Palette von auf dem Markt angebotenen Finanzinstrumenten berücksichtigen, die
   a) hinsichtlich ihrer Art und des Emittenten oder Anbieters hinreichend gestreut sind und
   b) nicht beschränkt sind auf Finanzinstrumente, die das Wertpapierdienstleistungsunternehmen selbst emittiert oder anbietet oder deren Anbieter oder Emittenten in einer engen Verbindung zum Wertpapierdienstleistungsunternehmen stehen oder in sonstiger Weise so enge rechtliche oder wirtschaftliche Verbindung zu diesem unterhalten, dass die Unabhängigkeit der Beratung dadurch gefährdet werden könnte;
2. darf sich die Unabhängige Honorar-Anlageberatung allein durch den Kunden vergüten lassen.

Es dürfen nach Satz 1 Nummer 2 im Zusammenhang mit der Unabhängigen Honorar- Anlageberatung keinerlei nichtmonetäre Zuwendungen von einem Dritten, der nicht Kunde dieser Dienstleistung ist oder von dem Kunden dazu beauftragt worden ist, angenommen werden. Monetäre Zuwendungen dürfen nur dann angenommen werden, wenn das empfohlene Finanzinstrument oder ein in gleicher Weise geeignetes Finanzinstrument ohne Zuwendung nicht erhältlich ist. In diesem Fall sind die monetären Zuwendungen so schnell wie nach vernünftigen Ermessen möglich nach Erhalt und in vollem Umfang an den Kunden auszukehren. Vorschriften über die Entrichtung von Steuern und Abgaben bleiben davon unberührt. Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss Kunden über die ausgekehrten monetären Zuwendungen unterrichten. Im Übrigen gelten die allgemeinen Anforderungen für die Anlageberatung.

(6) Bei der Empfehlung von Geschäftsabschlüssen in Finanzinstrumenten, die auf einer Unabhängigen Honorar-Anlageberatung beruhen, deren Anbieter oder Emittent das Wertpapierdienstleistungsunternehmen selbst ist oder zu deren Anbieter oder Emittenten eine enge Verbindung oder sonstige wirtschaftliche Verflechtung besteht, muss das Wertpapierdienstleistungsunternehmen den Kunden rechtzeitig vor der Empfehlung und in verständlicher Form informieren über

1. die Tatsache, dass es selbst Anbieter oder Emittent der Finanzinstrumente ist,
2. das Bestehen einer engen Verbindung oder einer sonstigen wirtschaftlichen Verflechtung zum Anbieter oder Emittenten, sowie
3. das Bestehen eines eigenen Gewinninteresses oder des Interesses eines mit ihm verbundenen oder wirtschaftlich verflochtenen Emittenten oder Anbieters an dem Geschäftsabschluss.

Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen darf einen auf seiner Unabhängigen Honorar-Anlageberatung beruhenden Geschäftsabschluss nicht als Geschäft mit dem Kunden zu einem festen oder bestimmbaren Preis für eigene Rechnung (Festpreisgeschäft) ausführen. Ausgenommen sind Festpreisgeschäfte in Finanzinstrumenten, deren Anbieter oder Emittent das Wertpapierdienstleistungsunternehmen selbst ist.

(7) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Finanzportfolioverwaltung erbringt, darf im Zusammenhang mit der Finanzportfolioverwaltung keine Zuwendungen von Dritten oder für Dritte handelnder Personen annehmen und behalten. Abweichend von Satz 1 dürfen nichtmonetäre Vorteile nur angenommen werden, wenn es sich um geringfügige nichtmonetäre Vorteile handelt,

1. die geeignet sind, die Qualität der für den Kunden erbrachten Wertpapierdienstleistung und Wertpapiernebendienstleistungen zu verbessern und

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. die hinsichtlich ihres Umfangs, wobei die Gesamthöhe der von einem einzelnen Unternehmen oder einer einzelnen Unternehmensgruppe gewährten Vorteile zu berücksichtigen ist, und ihrer Art vertretbar und verhältnismäßig sind und daher nicht vermuten lassen, dass sie die Pflicht des Wertpapierdienstleistungsunternehmens, im bestmöglichen Interesse ihrer Kunden zu handeln, beeinträchtigen,

wenn diese Zuwendungen dem Kunden unmissverständlich offengelegt werden, bevor die betreffende Wertpapierdienstleistung oder Wertpapiernebendienstleistung für die Kunden erbracht wird. Die Offenlegung kann in Form einer generischen Beschreibung erfolgen. Monetäre Zuwendungen, die im Zusammenhang mit der Finanzportfolioverwaltung angenommen werden, sind so schnell wie nach vernünftigen Ermessen möglich nach Erhalt und in vollem Umfang an den Kunden auszukehren. Vorschriften über die Entrichtung von Steuern und Abgaben bleiben davon unberührt. Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss den Kunden über die ausgekehrten monetären Zuwendungen unterrichten.

(8) Erbringt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen Finanzportfolioverwaltung oder hat es den Kunden nach Absatz 1 Nummer 3 darüber informiert, dass es die Geeignetheit der empfohlenen Finanzinstrumente regelmäßig beurteilt, so müssen die regelmäßigen Berichte gegenüber Privatkunden nach § 63 Absatz 12 insbesondere eine Erklärung darüber enthalten, wie die Anlage den Präferenzen, den Anlagezielen und den sonstigen Merkmalen des Kunden entspricht.

(9) Nähere Bestimmungen zu den Absätzen 1, 3, 5 und 8 ergeben sich aus der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II], insbesondere zu

1. Art, Inhalt, Gestaltung und Zeitpunkt der nach den Absätzen 1 und 5, auch in Verbindung mit § 63 Absatz 7, notwendigen Informationen für die Kunden aus Artikel 52 und 53,
2. der Geeignetheit nach Absatz 3, den im Zusammenhang mit der Beurteilung der Geeignetheit geltenden Pflichten sowie zu Art, Umfang und Kriterien der nach Absatz 3 von den Kunden einzuholenden Informationen aus Artikel 54 und 55,
3. der Erklärung nach Absatz 4 aus Artikel 54 Absatz 12,
4. der Anlageberatung nach Absatz 5 aus Artikel 53,
5. Art, Inhalt und Zeitpunkt der Berichtspflichten nach Absatz 8, auch in Verbindung mit § 63 Absatz 12, aus Artikel 60 und 62.“

64. Dem § 64 wird folgender Absatz 10 angefügt:

„(10) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen

1. im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu Inhalt und Aufbau der Informationsblätter im Sinne des Absatzes 2 Satz 1 und der Art und Weise ihrer Zurverfügungstellung,
2. zu Art, inhaltlicher Gestaltung, Zeitpunkt und Datenträger der nach Absatz 6 notwendigen Informationen für die Kunden,
3. zu Kriterien dazu, wann geringfügige nichtmonetäre Vorteile im Sinne des Absatzes 7 vorliegen.

Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

65. Nach § 64 werden die folgenden §§ 65 und 66 eingefügt:

„§ 65

Selbstauskunft bei der Vermittlung des Vertragsschlusses über eine Vermögensanlage im Sinne des § 2a des Vermögensanlagengesetzes

(1) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat vor der Vermittlung des Vertragsschlusses über eine Vermögensanlage im Sinne des § 2a des Vermögensanlagengesetzes von dem Kunden insoweit eine

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Selbstauskunft über dessen Vermögen oder dessen Einkommen einzuholen, wie dies erforderlich ist, um prüfen zu können, ob der Gesamtbetrag der Vermögensanlagen desselben Emittenten, die von dem Kunden erworben werden, folgende Beträge nicht übersteigt:

1. 10 000 Euro, sofern der jeweilige Anleger nach seiner Selbstauskunft über ein frei verfügbares Vermögen in Form von Bankguthaben und Finanzinstrumenten von mindestens 100 000 Euro verfügt, oder
2. den zweifachen Betrag des durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens des jeweiligen Anlegers, höchstens jedoch 10 000 Euro.

Satz 1 gilt nicht, wenn der Gesamtbetrag der Vermögensanlagen desselben Emittenten, die von dem Kunden erworben werden, der keine Kapitalgesellschaft ist, 1 000 Euro nicht überschreitet. Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen darf einen Vertragsschluss über eine Vermögensanlage im Sinne des § 2a des Vermögensanlagengesetzes nur vermitteln, wenn es geprüft hat, dass der Gesamtbetrag der Vermögensanlagen desselben Emittenten, die von dem Kunden erworben werden, der keine Kapitalgesellschaft ist, 1 000 Euro oder die in Satz 1 Nummer 1 und 2 genannten Beträge nicht übersteigt.

(2) Soweit die in Absatz 1 genannten Informationen auf Angaben des Kunden beruhen, hat das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Fehlerhaftigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben seines Kunden nicht zu vertreten, es sei denn, die Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit der Kundenangaben ist ihm bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt.

§ 66

Ausnahme für Immobiliar-Verbraucherdarlehensverträge

§ 63 Absatz 10 und 12 sowie § 64 Absatz 3, 4 und 8 gelten nicht für Immobiliar-Verbraucherdarlehensverträge, die an die Vorbedingung geknüpft sind, dass dem Verbraucher eine Wertpapierdienstleistung in Bezug auf gedeckte Schuldverschreibungen, die zur Besicherung der Finanzierung des Kredits begeben worden sind und denen dieselben Konditionen wie dem Immobiliar-Verbraucherdarlehensvertrag zugrunde liegen, erbracht wird, und wenn damit das Darlehen ausgezahlt, refinanziert oder abgelöst werden kann.“

66. Der bisherige § 31a wird § 67 und wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „bei denen das Wertpapierdienstleistungsunternehmen davon ausgehen kann, dass sie“ durch das Wort „die“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Unternehmen, die als

a) Wertpapierdienstleistungsunternehmen,

b) sonstige zugelassene oder beaufsichtigte Finanzinstitute,

c) Versicherungsunternehmen,

d) Organismen für gemeinsame Anlagen und ihre Verwaltungsgesellschaften,

e) Pensionsfonds und ihre Verwaltungsgesellschaften,

f) Börsenhändler und Warenderivatehändler,

g) sonstige institutionelle Anleger, deren Haupttätigkeit nicht von den Buchstaben a bis f erfasst wird,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

im Inland oder Ausland zulassungs- oder aufsichtspflichtig sind, um auf den Finanzmärkten tätig werden zu können;“

bbb) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Schuldenverwaltung“ die Wörter „auf nationaler oder regionaler Ebene“ eingefügt.

c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „Nr. 1 Buchstabe a bis f,“ durch die Wörter „Satz 2 Nummer 1 Buchstabe a bis e sowie“ und wird die Angabe „Nr. 3“ durch die Angabe „Nummer 3“ ersetzt und werden die Wörter „sowie Unternehmen im Sinne des § 2a Abs. 1 Nr. 12“ gestrichen.

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 wird die Angabe „Nr. 2“ durch die Angabe „Nummer 2“ ersetzt.

bbb) In Nummer 2 werden die Wörter „Artikels 24 Absatz 3 Satz 1 der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates (ABl. EU Nummer L 145 S. 1, 2005 Nummer L 45 S. 18) in der jeweils geltenden Fassung“ durch die Wörter „Artikels 30 Absatz 3 Satz 1 der Richtlinie 2014/65/EU“ ersetzt.

d) Absatz 5 wird aufgehoben.

e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 4 wird die Angabe „Nr. 2“ durch die Angabe „Nummer 2“ und die Angabe „Absatzes 7“ durch die Angabe „Absatzes 6“ ersetzt.

bb) In Satz 6 wird die Angabe „2, 5 und 6“ durch die Angabe „2 und 5“ ersetzt und die Angabe „Absatz 6“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt.

f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 6.

g) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 7 und wie folgt gefasst:

„(7) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen zu den Vorgaben an eine Einstufung gemäß Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 und zu den Kriterien, dem Verfahren und den organisatorischen Vorkehrungen bei einer Änderung oder Beibehaltung der Einstufung nach den Absätzen 5 und 6. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

67. Der bisherige § 31b wird § 68 und wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „§ 31 Abs. 2, 3 und 5 bis 7 sowie die §§ 31c, 31d und 33a“ durch die Wörter „§ 63 Absatz 1, 3 bis 7, 9, 10, § 64 Absatz 3 und 5, § 69 Absatz 1, §§ 70, 82, 83 Absatz 2 und § 87 Absatz 1 und 2“ ersetzt.

bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Wertpapierdienstleistungsunternehmen müssen in ihrer Beziehung mit geeigneten Gegenparteien auf eine Art und Weise kommunizieren, die redlich, eindeutig und nicht irreführend ist und müssen dabei der Form der geeigneten Gegenpartei und deren Geschäftstätigkeit Rechnung tragen.“

c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„(2) Nähere Bestimmungen zu Absatz 1, insbesondere zur Form und dem Inhalt einer Vereinbarung nach Absatz 1 Satz 2 und zur Art und Weise der Zustimmung nach § 57 Absatz 4 Satz 2 ergeben sich aus Artikel 71 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].“

68. Der bisherige § 31c wird § 69 und wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 wird der Satzteil nach dem Wort „weiterzuleiten“ durch einen Punkt ersetzt.

cc) Die Nummern 3 bis 6 werden aufgehoben.

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „zugelassen sind“ die Wörter „oder die an einem Handelsplatz gehandelt werden" eingefügt.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Verpflichtung nach Satz 1 gilt als erfüllt, wenn die Aufträge an einen Handelsplatz weitergeleitet worden sind oder werden, der den Vorgaben des Artikels 70 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] entspricht.“

d) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Nähere Bestimmungen zu den Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 ergeben sich aus den Artikeln 67 bis 70 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].“

e) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen zu den Voraussetzungen erlassen, unter denen die Bundesanstalt nach Absatz 2 Satz 3 die Pflicht nach Absatz 2 Satz 1 aufheben kann. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

69. Der bisherige § 31d wird § 70 und wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 70

Zuwendungen und Gebühren; Verordnungsermächtigung“.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach den Wörtern „nicht Kunden dieser Dienstleistung sind“ die Wörter „oder nicht im Auftrag des Kunden tätig werden“ eingefügt.

bbb) In Nummer 1 werden die Wörter „Erbringung der Dienstleistung im Interesse des Kunden im Sinne des § 31 Abs. 1 Nr. 1“ durch die Wörter „Erbringung der Dienstleistung im bestmöglichen Interesse des Kunden im Sinne des § 63 Absatz 1“ ersetzt.

ccc) In Nummer 2 wird das Wort „deutlich“ durch das Wort „unmissverständlich“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Wertpapierdienstleistungsunternehmen müssen nachweisen können, dass jegliche von ihnen erhaltenen oder gewährten Zuwendungen dazu bestimmt sind, die Qualität der jeweiligen Dienst-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

leistung für den Kunden zu verbessern. Konnte ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen den Umfang der Zuwendung noch nicht bestimmen und hat es dem Kunden statt dessen die Art und Weise der Berechnung offengelegt, so muss es den Kunden nachträglich auch über den genauen Betrag der Zuwendung, die es erhalten oder gewährt hat, unterrichten. Solange das Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Zusammenhang mit den für die betreffenden Kunden erbrachten Wertpapierdienstleistungen fortlaufend Zuwendungen erhält, muss es seine Kunden mindestens einmal jährlich individuell über die tatsächliche Höhe der angenommenen oder gewährten Zuwendungen unterrichten."

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „geldwerten" durch das Wort „nichtmonetären" ersetzt.

bb) Die folgenden Sätze werden angefügt:

„Die Bereitstellung von Analysen durch Dritte an das Wertpapierdienstleistungsunternehmen stellt keine Zuwendung dar, wenn sie die Gegenleistung ist für

1. eine direkte Zahlung des Wertpapierdienstleistungsunternehmens aus seinen eigenen Mitteln oder
2. Zahlungen von einem durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen kontrollierten separaten Analysekonto, wenn
   a) auf diesem vom Kunden entrichtete spezielle Analysegebühren verbucht werden,
   b) das Wertpapierdienstleistungsunternehmen ein Analysebudget als Bestandteil der Einrichtung eines Analysekontos festlegt und dieses einer regelmäßigen Bewertung unterzieht,
   c) das Wertpapierdienstleistungsunternehmen für das Analysekonto haftbar ist und
   d) das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Analysen regelmäßig anhand belastbarer Qualitätskriterien und dahingehend bewertet, ob sie zu besseren Anlageentscheidungen beitragen können.

Hat ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen ein Analysekonto eingerichtet, muss es den jeweiligen Kunden vor der Erbringung einer Wertpapierdienstleistung Informationen über die für Analysen veranschlagten Mittel und die Höhe der geschätzten Gebühren sowie jährlich Informationen über die Gesamtkosten, die auf jeden Kunden für die Analysen Dritter entfallen, übermitteln. Für die Bewertung nach Satz 2 Nummer 2 Buchstabe d müssen Wertpapierdienstleistungsunternehmen über alle erforderlichen Bestandteile schriftliche Grundsätze aufstellen und diese ihren Kunden übermitteln."

d) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Führt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen ein Analysekonto, ist es verpflichtet, auf Verlangen des Kunden oder der Bundesanstalt eine Zusammenstellung vorzulegen, die folgendes beinhaltet:

1. die von einem Analysekonto im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 Nummer 2 vergüteten Anbieter,
2. der an die Anbieter von Analysen in einem bestimmten Zeitraum gezahlte Gesamtbetrag,
3. die von dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen erhaltenen Vorteile und Dienstleistungen und
4. eine Gegenüberstellung des von dem Analysekonto gezahlten Gesamtbetrages mit dem von dem Unternehmen für diesen Zeitraum veranschlagten Analysebudget,

wobei jede Rückerstattung oder jeder Übertrag, falls Mittel auf dem Konto verbleiben, auszuweisen ist."

e) Nach Absatz 3 werden die folgenden Absätze 4 bis 6 eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„(4) Die Offenlegung nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Satz 4 kann im Falle geringfügiger nichtmonetärer Vorteile in Form einer generischen Beschreibung erfolgen. Andere nichtmonetäre Vorteile, die das Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Zusammenhang mit der für einen Kunden erbrachten Wertpapierdienstleistung oder Wertpapiernebendienstleistung annimmt oder gewährt, sind der Höhe nach anzugeben und separat offenzulegen. Nähere Einzelheiten zu den Anforderungen nach diesem Absatz sowie nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und den Sätzen 3 und 4 ergeben sich aus Artikel 50 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]; darüber hinaus haben Wertpapierdienstleistungsunternehmen den Vorgaben des § 63 Absatz 7 Satz 3 Nummer 2 Rechnung zu tragen.

(5) Ist ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen dazu verpflichtet, Zuwendungen, die es im Zusammenhang mit der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen oder Wertpapiernebendienstleistungen erhält, an den Kunden auszukehren, muss es ihn über die diesbezüglichen Verfahren informieren.

(6) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss für jede Wertpapierdienstleistung, durch die Aufträge von Kunden ausgeführt werden, separate Gebühren ausweisen, die nur den Kosten für die Ausführung des Geschäfts entsprechen. Die Gewährung jedes anderen Vorteils oder die Erbringung jeder anderen Dienstleistung durch dasselbe Wertpapierdienstleistungsunternehmen für ein anderes Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das seinen Sitz in der Europäischen Union hat, wird mit einer separat erkennbaren Gebühr ausgewiesen. Die Gewährung eines anderen Vorteils oder die Erbringung einer anderen Dienstleistung nach Satz 2 und die dafür verlangten Gebühren dürfen nicht beeinflusst sein oder abhängig gemacht werden von der Höhe der Zahlungen für Wertpapierdienstleistungen, durch die Aufträge von Kunden ausgeführt werden.“

f) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 7 und die Angabe „§ 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1“ durch die Angabe „§ 63 Absatz 1“ ersetzt.

g) Nach dem neuen Absatz 7 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Nähere Bestimmungen betreffend die Annahme von Zuwendungen nach Absatz 1 ergeben sich aus Artikel 40 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].“

h) Nach dem neuen Absatz 8 wird folgender Absatz 9 angefügt:

„(9) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen erlassen zu

1. Kriterien für die Art und Bestimmung einer Verbesserung der Qualität im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 1,
2. Art und Inhalt des Nachweises nach Absatz 1 Satz 2,
3. Art, Inhalt und Verfahren zur Erhebung einer Analysegebühr sowie der Festlegung, Verwaltung und Verwendung des Analysebudgets nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 Buchstabe a und b,
4. Art, Inhalt und Verfahren betreffend die Verwaltung und Verwendung des von Wertpapierdienstleistungsunternehmen geführten Analysekontos nach Absatz 2 Nummer 2,
5. Art und Inhalt der schriftlichen Grundsätze nach Absatz 2 Satz 4.

Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

70. Der bisherige § 31e wird § 71.

71. Der bisherige § 31f wird § 72 und wie folgt gefasst:

„§ 72

Betrieb eines multilateralen Handelssystems oder eines organisierten Handelssystems

(1) Der Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems ist dazu verpflichtet,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. nichtdiskriminierende Regelungen für den Zugang zu dem multilateralen oder organisierten Handelssystem festzulegen, die kein Ermessen des Betreibers vorsehen;
2. Regelungen für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handel, für die ordnungsgemäße Durchführung des Handels und der Preisermittlung, für die Verwendung von einbezogenen Referenzpreisen und für die vertragsgemäße Abwicklung der abgeschlossenen Geschäfte festzulegen;
3. über angemessene Verfahren zur Überwachung der Einhaltung der Regelungen nach Nummer 2 und der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 zu verfügen,
4. alle Informationen zu veröffentlichen, die unter Berücksichtigung der Art der Nutzer und der gehandelten Finanzinstrumente für die Nutzung des multilateralen oder organisierten Handelssystems erforderlich und zweckdienlich sind,
5. separate Entgelte zu verlangen für die übermäßige Nutzung des multilateralen oder organisierten Handelssystems, insbesondere durch unverhältnismäßig viele Auftragseingaben, -änderungen und -löschungen; die Höhe dieser Entgelte ist so zu bemessen, dass einer übermäßigen Nutzung und den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Systemstabilität oder die Marktintegrität wirksam begegnet wird,
6. geeignete Vorkehrungen zu treffen, um auch bei erheblichen Preisschwankungen eine ordnungsgemäße Preisermittlung sicherzustellen; geeignete Vorkehrungen sind insbesondere kurzfristige Änderungen des Marktmodells, kurzzeitige Volatilitätsunterbrechungen unter Berücksichtigung statischer oder dynamischer Preiskorridore und Limitsysteme der mit der Preisfeststellung betrauten Handelsteilnehmer, wobei es dem Betreiber in Ausnahmefällen möglich sein muss, jedes Geschäft aufzuheben, zu ändern oder zu berichtigen; die Parameter für solche Volatilitätsunterbrechungen müssen der Liquidität der einzelnen Kategorien und Teilkategorien der betreffenden Finanzinstrumente, der Art des Marktmodells und der Art der Nutzer Rechnung tragen und ermöglichen, dass wesentliche Störungen eines ordnungsgemäßen Handels unterbunden werden; der Betreiber hat der Bundesanstalt diese Parameter mitzuteilen,
7. sicherzustellen, dass ein angemessenes Verhältnis zwischen Auftragseingaben, -änderungen und -löschungen und den tatsächlich ausgeführten Geschäften (Order-Transaktions-Verhältnis) besteht, um Risiken für den ordnungsgemäßen Handel im multilateralen oder organisierten Handelssystem zu vermeiden; das Order-Transaktions-Verhältnis ist dabei jeweils für ein Finanzinstrument und anhand des zahlenmäßigen Volumens der Aufträge und Geschäfte innerhalb eines Tages zu bestimmen; ein Order- Transaktions-Verhältnis ist insbesondere angemessen, wenn es auf Grund der Liquidität des betroffenen Finanzinstruments, der konkreten Marktlage oder der Funktion des Handelsteilnehmers wirtschaftlich nachvollziehbar ist,
8. eine angemessene Größe der kleinstmöglichen Preisänderung bei den gehandelten Aktien, Aktienzertifikaten, Exchange Traded Funds, Zertifikaten und anderen vergleichbaren Finanzinstrumenten sowie allen anderen Finanzinstrumenten, die von dem auf der Grundlage von Artikel 49 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission erfasst werden, festzulegen, um negative Auswirkungen auf die Marktintegrität und -liquidität zu verringern; dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass diese den Preisfindungsmechanismus und das Ziel eines angemessenen Order-Transaktionsverhältnisses nicht beeinträchtigt; wegen der einzelnen Anforderungen an die Festlegung der Mindestpreisänderungsgröße wird auf die Delegierte Verordnung (EU) … [RTS 11] verwiesen.
9. angemessene Risikokontrollen und Schwellen für den Handel über den direkten elektronischen Zugang festzulegen, insbesondere Regelungen festzulegen über
   a) die Kennzeichnung von Aufträgen, die über einen direkten elektronischen Zugang erteilt werden, und
   b) die Möglichkeit einer jederzeitigen Sperrung oder Beendigung eines direkten elektronischen Zugangs bei Verstößen des Inhabers des direkten Zugangs gegen geltende Rechtsvorschriften,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

10. Regelungen festzulegen für die Kennzeichnung aller Aufträge, die durch den algorithmischen Handel im Sinne des § 80 Absatz 2 Satz 1 erzeugt werden, durch die Handelsteilnehmer und für die Offenlegung der hierfür jeweils verwendeten Handelsalgorithmen sowie der Personen, die diese Aufträge initiiert haben,

11. eine zuverlässige Verwaltung der technischen Abläufe des Handelssystems sicherzustellen, insbesondere

    a) wirksame Notfallmaßnahmen bei einem Systemausfall oder bei Störungen in seinen Handelssystemen vorzusehen, um die Kontinuität des Geschäftsbetriebs gewährleisten zu können,

    b) sicherzustellen, dass die Handelssysteme belastbar sind und über ausreichende Kapazitäten für Spitzenvolumina an Aufträgen und Mitteilungen verfügen und

    c) sicherzustellen, dass die Systeme in der Lage sind, auch unter extremen Stressbedingungen auf den Märkten einen ordnungsgemäßen Handel zu gewährleisten, und dass sie für diese Zwecke vollständig geprüft sind,

12. Vorkehrungen zu treffen, mit denen sich mögliche nachteilige Auswirkungen von Interessenkonflikten zwischen dem multilateralen oder organisierten Handelssystem und seinem Eigentümer oder Betreiber einerseits und dem einwandfreien Funktionieren des multilateralen oder organisierten Handelssystems andererseits auf dessen Betrieb oder auf seine Handelsteilnehmer klar erkennen und regeln lassen,

13. sicherzustellen, dass das multilaterale oder organisierte Handelssystem über mindestens drei aktive Mitglieder oder Nutzer verfügt, denen es jeweils möglich ist, mit allen übrigen Mitgliedern und Nutzern zum Zwecke der Preisbildung zu interagieren.

Die §§ 5 Absatz 4a, 22a, 26c und 26d des Börsengesetzes gelten entsprechend.

(2) Die Gebührenstrukturen, einschließlich der Ausführungsgebühren, Nebengebühren und möglichen Rabatte, müssen transparent und diskriminierungsfrei ausgestaltet sein. Die Gebühren dürfen keine Anreize schaffen, Aufträge so zu platzieren, zu ändern oder zu stornieren oder Geschäfte so zu tätigen, dass dies zu marktstörenden Handelsbedingungen oder Marktmissbrauch beiträgt. Insbesondere dürfen Rabatte in Bezug auf einzelne Aktien oder Aktienportfolios nur als Gegenleistung für die Übernahme von Market-Making-Pflichten gewährt werden.

(3) Der Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems hat der Bundesanstalt eine ausführliche Beschreibung der Funktionsweise des Handelssystems vorzulegen. Diese hat auch etwaige Verbindungen des Handelssystems zu Börsen, anderen multilateralen oder organisierten Handelssystemen oder systematischen Internalisierern, deren Träger oder Betreiber im Eigentum des Betreibers des Handelssystems stehen, sowie eine Liste der Mitglieder, Teilnehmer und Nutzer des Handelssystems zu umfassen. Die Bundesanstalt stellt diese Informationen auf Verlangen der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zur Verfügung. Sie hat der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde jede Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb eines multilateralen oder organisierten Handelssystems mitzuteilen.

(4) Emittenten, deren Finanzinstrumente ohne ihre Zustimmung in den Handel in einem multilateralen oder organisierten Handelssystem einbezogen worden sind, können nicht dazu verpflichtet werden, Informationen in Bezug auf diese Finanzinstrumente für dieses multilaterale oder organisierte Handelssystem zu veröffentlichen.

(5) Der Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems kann von einem Emittenten die Übermittlung von Referenzdaten in Bezug auf dessen Finanzinstrumente verlangen, soweit dies zur Erfüllung der Anforderungen aus Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 erforderlich ist.

(6) Der Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems hat der Bundesanstalt schwerwiegende Verstöße gegen die Handelsregeln, Störungen der Marktintegrität und Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 unverzüglich mitzuteilen und diese bei ihren Untersuchungen umfassend zu unterstützen. Die Bundesanstalt hat die Informationen nach Satz 1 der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und den zuständigen Behörden der ande-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

ren Mitgliedstaaten und der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zu übermitteln. Im Falle von Anhaltspunkten für Verstöße gegen die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 übermittelt die Bundesanstalt Informationen erst dann, wenn sie von einem Verstoß überzeugt ist.

(7) Darüber hinaus hat der Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems der Bundesanstalt unverzüglich mitzuteilen, wenn bei einem an seinem Handelssystem gehandelten Finanzinstrument ein signifikanter Kursverfall im Sinne des Artikels 23 der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 eintritt.

(8) Der Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems hat die Bundesanstalt über den Eingang von Anträgen auf Zugang nach den Artikeln 7 und 8 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 unverzüglich schriftlich zu unterrichten. Die Bundesanstalt kann

1. unter den in Artikel 7 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 genannten Voraussetzungen dem Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems den Zugang zu einer zentralen Gegenpartei im Sinne der genannten Verordnung untersagen sowie
2. unter den in Artikel 8 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 genannten Voraussetzungen dem Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems untersagen, einer zentralen Gegenpartei im Sinne der genannten Verordnung Zugang zu gewähren.“

72. Nach § 72 wird folgender § 73 eingefügt:

„§ 73

Aussetzung des Handels und Ausschluss von Finanzinstrumenten

(1) Der Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems kann den Handel mit einem Finanzinstrument aussetzen oder dieses Instrument vom Handel ausschließen, wenn dies zur Sicherung eines ordnungsgemäßen Handels oder zum Schutz des Publikums geboten erscheint, insbesondere wenn

1. das Finanzinstrument den Regeln des Handelssystems nicht mehr entspricht,
2. der Verdacht eines Marktmissbrauchs im Sinne des Artikels 1 der Verordnung (EU) 596/2014 oder einer Nichtveröffentlichung von Insider-Informationen entgegen Artikel 17 der Verordnung (EU) 596/2014 in Bezug auf das Finanzinstrument besteht oder
3. ein Übernahmeangebot in Bezug auf den Emittenten des Finanzinstruments veröffentlicht wurde.

Im Fall einer Maßnahme nach Satz 1 setzt der Betreiber auch den Handel mit Derivaten, die mit diesem Finanzinstrument verbunden sind oder sich auf dieses beziehen, aus oder stellt den Handel mit diesen Finanzinstrumenten ein, wenn dies zur Verwirklichung der Ziele der Maßnahme nach Satz 1 erforderlich ist. Eine Maßnahme nach Satz 1 oder Satz 2 unterbleibt, wenn sie die Interessen der betroffenen Anleger oder das ordnungsgemäße Funktionieren des Marktes erheblich beeinträchtigen könnte. Der Betreiber veröffentlicht Entscheidungen nach den Sätzen 1 und 2 und teilt sie unverzüglich der Bundesanstalt mit.

(2) Wird ein Finanzinstrument, das in den in Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 oder Nummer 3 genannten Fällen Gegenstand einer Maßnahme nach Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 ist, oder ein Derivat, das mit einem solchen Finanzinstrument verbunden ist oder sich auf dieses bezieht, auch an einem anderen inländischen multilateralen oder organisierten Handelssystem gehandelt, so hat der Betreiber dieses Systems ebenfalls Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 zu treffen. Dies gilt nicht, wenn durch eine solche Maßnahme die Anlegerinteressen oder das ordnungsgemäße Funktionieren des Marktes erheblich beeinträchtigt werden könnten. Absatz 1 Satz 3 und 4 gilt entsprechend.

(3) Die Bundesanstalt veröffentlicht Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 unverzüglich und übermittelt diese der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sowie den zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum. Erhält die Bundesanstalt ihrerseits eine solche Mitteilung von einer zu-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

ständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, teilt sie dies den Geschäftsführungen der Börsen, an denen die betreffenden Finanzinstrumente gehandelt werden, der jeweiligen Börsenaufsichtsbehörde sowie den Betreibern inländischer multilateraler und organisierter Handelssysteme, an denen die betreffenden Finanzinstrumente gehandelt werden, mit. Die Bundesanstalt informiert die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum über Entscheidungen der inländischen Handelsplätze hinsichtlich solcher Maßnahmen, die diese nach einer Mitteilung nach Satz 2 getroffen haben, einschließlich einer Erläuterung, falls keine Handelsaussetzung oder Handelseinstellung erfolgt ist. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für die Aufhebung einer Handelsaussetzung.“

73. Der bisherige § 31g wird § 74 und wie folgt gefasst:

„§ 74

Besondere Anforderungen an multilaterale Handelssysteme

(1) Die Regeln für den Zugang zu einem multilateralen Handelssystem müssen mindestens den Anforderungen nach § 19 Absatz 2 und 4 Satz 1 und 2 des Börsengesetzes entsprechen.

(2) Die Regeln für den Handel und die Preisermittlung dürfen dem Betreiber eines multilateralen Handelssystems keinen Ermessensspielraum einräumen; dabei müssen die Preise im multilateralen Handelssystem entsprechend den Regelungen des § 24 Absatz 2 des Börsengesetzes zustande kommen,

(3) Der Betreiber eines multilateralen Handelssystems hat Vorkehrungen zu treffen, um

1. die Risiken, denen das System ausgesetzt ist, angemessen steuern zu können, insbesondere alle für den Betrieb des Handelssystems wesentlichen Risiken ermitteln und wirksam begrenzen zu können, und
2. einen reibungslosen und rechtzeitigen Abschluss der innerhalb seiner Systeme ausgeführten Geschäfte zu erleichtern.

(4) Der Betreiber eines multilateralen Handelssystems muss fortlaufend über ausreichende Finanzmittel verfügen, um ein ordnungsgemäßes Funktionieren des Systems sicherzustellen, wobei der Art und dem Umfang der an dem Handelssystem abgeschlossenen Geschäfte sowie der Art und der Höhe der Risiken, denen es ausgesetzt ist, Rechnung zu tragen ist.

(5) Dem Betreiber eines multilateralen Handelssystems ist es nicht gestattet, an einem multilateralen Handelssystem Kundenaufträge unter Einsatz seines eigenen Kapitals auszuführen oder auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge im Sinne von § 2 Absatz 29 zurückzugreifen.“

74. Nach § 74 werden die folgenden §§ 75 und 76 eingefügt:

„§ 75

Besondere Anforderungen an organisierte Handelssysteme

(1) Der Betreiber eines organisierten Handelssystems hat geeignete Vorkehrungen zu treffen, durch die die Ausführung von Kundenaufträgen in dem organisierten Handelssystem unter Einsatz des eigenen Kapitals des Betreibers oder eines Mitglieds derselben Unternehmensgruppe verhindert wird.

(2) Der Betreiber eines organisierten Handelssystems darf auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge im Sinne von § 2 Absatz 29 für Schuldverschreibungen, strukturierte Finanzprodukte, Emissionszertifikate und bestimmte Derivate zurückgreifen, wenn der Kunde dem zugestimmt hat. Er darf auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge über Derivate nicht zurückgreifen, wenn diese der Verpflichtung zum Clearing nach Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 unterliegen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(3) Der Handel für eigene Rechnung ist einem Betreiber eines organisierten Handelssystems nur gestattet, soweit es sich nicht um die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge im Sinne von § 2 Absatz 29 handelt und nur in Bezug auf öffentliche Schuldtitel, für die kein liquider Markt besteht.

(4) Ein organisiertes Handelssystem darf nicht innerhalb derselben rechtlichen Einheit mit einer systematischen Internalisierung betrieben werden. Ein organisiertes Handelssystem darf keine Verbindung zu einem systematischen Internalisierer oder einem anderen organisierten Handelssystem in einer Weise herstellen, die eine Interaktion von Aufträgen in dem organisierten Handelssystem mit den Aufträgen oder Angeboten des systematischen Internalisierers oder in dem organisierten Handelssystem ermöglicht.

(5) Der Betreiber eines organisierten Handelssystems kann ein anderes Wertpapierdienstleistungsunternehmen beauftragen, unabhängig von dem Betreiber an dem organisierten Handelssystem Market Making zu betreiben. Ein unabhängiges Betreiben liegt nur dann vor, wenn keine enge Verbindung des Wertpapierdienstleistungsunternehmens zu dem Betreiber des organisierten Handelssystems besteht.

(6) Der Betreiber eines organisierten Handelssystems hat die Entscheidung über die Ausführung eines Auftrags in dem organisierten Handelssystem nach Ermessen zu treffen, wenn er darüber entscheidet

1. einen Auftrag zu platzieren oder zurückzunehmen oder
2. einen bestimmten Kundenauftrag nicht mit anderen zu einem bestimmten Zeitpunkt im System vorhandenen Aufträgen zusammenzuführen.

Im Falle des Satzes 1 Nummer 2 darf eine Zusammenführung nur dann unterbleiben, wenn dies mit etwaigen Anweisungen des Kunden sowie der Verpflichtung zur bestmöglichen Ausführung von Kundenaufträgen im Sinne von § 70 vereinbar ist. Bei einem System, bei dem gegenläufige Kundenaufträge eingehen, kann der Betreiber entscheiden, ob, wann und in welchem Umfang er zwei oder mehr Aufträge innerhalb des Systems zusammenführt. Im Einklang mit den Absätzen 1, 2, 4 und 5 und unbeschadet des Absatzes 3 kann der Betreiber bei einem System, über das Geschäfte mit Nichteigenkapitalinstrumenten in die Wege geleitet werden, die Verhandlungen zwischen den Kunden erleichtern, um so zwei oder mehr möglicherweise kompatible Handelsinteressen in einem Geschäft zusammenzuführen. Diese Verpflichtung gilt unbeschadet der §§ 72 und 82 dieses Gesetzes.

(7) Die Bundesanstalt kann von dem Betreiber eines organisierten Handelssystems jederzeit, insbesondere bei Antrag auf Zulassung des Betriebs, eine ausführliche Erklärung darüber verlangen, warum das organisierte Handelssystem keinem regulierten Markt, multilateralen Handelssystem oder systematischen Internalisierer entspricht und nicht in dieser Form betrieben werden kann. Die Erklärung hat eine ausführliche Beschreibung zu enthalten, wie der Ermessensspielraum genutzt wird, insbesondere wann ein Auftrag im organisierten Handelssystem zurückgezogen werden kann und wann und wie zwei oder mehr sich deckende Kundenaufträge innerhalb des organisierten Handelssystems zusammengeführt werden. Außerdem hat der Betreiber eines organisierten Handelssystems der Bundesanstalt Informationen zur Verfügung zu stellen, mit denen der Rückgriff auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge erklärt wird.

(8) Die Bundesanstalt überwacht den Handel durch Zusammenführung sich deckender Aufträge durch den Betreiber des organisierten Handelssystems, damit sichergestellt ist, dass dieser die hierfür geltenden Anforderungen einhält und dass der von ihm betriebene Handel durch Zusammenführung sich deckender Aufträge nicht zu Interessenkonflikten zwischen dem Betreiber und seinen Kunden führt.

(9) § 63 Absatz 1 und Absatz 3 bis 7 und 9, § 64 Absatz 1 sowie die §§ 69, 70 und 82 gelten entsprechend für Geschäfte, die über ein organisiertes Handelssystem abgeschlossen wurden.

§ 76

KMU-Wachstumsmärkte; Verordnungsermächtigung

(1) Der Betreiber eines multilateralen Handelssystems kann dieses bei der Bundesanstalt als Wachstumsmarkt für kleine und mittlere Unternehmen (KMU-Wachstumsmarkt) registrieren lassen, sofern folgende Anforderungen erfüllt sind:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. bei mindestens 50 Prozent der Emittenten, deren Finanzinstrumente zum Handel auf dem multilateralen Handelssystems zugelassen sind, handelt es sich um kleine und mittlere Unternehmen;
2. der Betreiber hat geeignete Kriterien für die Zulassung der Finanzinstrumente zum Handel an dem Markt festgelegt;
3. der Betreiber macht die Zulassung von Finanzinstrumenten zum Handel an dem Markt davon abhängig, dass bei der Zulassung ausreichende Informationen veröffentlicht werden, um dem Publikum eine zutreffende Beurteilung des Emittenten und der Finanzinstrumente zu ermöglichen; bei diesen Informationen handelt es sich entweder um ein Zulassungsdokument oder einen Prospekt, falls auf Basis der Richtlinie 2003/71/EG festgelegte Anforderungen im Hinblick auf ein öffentliches Angebot im Zusammenhang mit der ursprünglichen Zulassung des Finanzinstruments zum Handel auf dem multilateralen Handelssystem Anwendung finden;
4. der Betreiber stellt sicher, dass eine geeignete regelmäßige Finanzberichterstattung durch den Emittenten am Markt stattfindet, dessen Finanzinstrumente zum Handel an dem multilateralen Handelssystem zugelassen sind, insbesondere durch geprüfte Jahresberichte;
5. die in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 21 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 definierten Emittenten und die in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 25 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 definierten Personen, die bei einem Emittenten Führungsaufgaben wahrnehmen, sowie die in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 26 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 definierten Personen, die in enger Beziehung zu diesen stehen, erfüllen die jeweiligen Anforderungen, die für sie gemäß der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 gelten;
6. der Betreiber erfasst Informationen, die von einem Emittenten auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung veröffentlicht wurden, und stellt diese öffentlich zur Verfügung; und
7. der Betreiber richtet wirksame Systeme und Kontrollen ein, die geeignet sind, einen Marktmissbrauch an dem betreffenden Markt gemäß der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 zu erkennen und zu verhindern.

Die Möglichkeit des Betreibers, zusätzliche Anforderungen festzulegen, bleibt unberührt.

(2) Die Bundesanstalt hebt die Registrierung eines KMU-Wachstumsmarktes auf, wenn dessen Betreiber dies beantragt oder wenn die Voraussetzungen für eine Registrierung nach Absatz 1 nicht mehr vorliegen. Die Bundesanstalt unterrichtet die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde unverzüglich über die Registrierung eines KMU-Wachstumsmarktes und über deren Aufhebung.

(3) Ein Finanzinstrument, das zum Handel an einem KMU-Wachstumsmarkt zugelassen ist, kann nur dann in einem anderen KMU-Wachstumsmarkt gehandelt werden, wenn der Emittent des Finanzinstruments hierüber unterrichtet wurde und dem nicht widersprochen hat. In einem solchen Fall entstehen dem Emittenten im Hinblick auf diesen anderen KMU-Wachstumsmarkt keine Verpflichtungen in Bezug auf die Unternehmensführung und -kontrolle oder erstmalige, laufende oder punktuelle Veröffentlichungspflichten.“

75. § 31h wird aufgehoben.

76. Dem § 76 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen treffen

1. zur Art der Kriterien nach Absatz 1 Nummer 2
2. zu Inhalt, Art, Umfang und Form der bei Zulassung zu veröffentlichenden Informationen nach Absatz 1 Nummer 3 und
3. zu Inhalt, Art, Umfang und Form der Berichterstattung nach Absatz 1 Nummer 4.

Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt übertragen.“

77. Nach § 76 werden die folgenden §§ 77 und 78 eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„§ 77

Direkter elektronischer Zugang

(1) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das einen direkten elektronischen Zugang zu einem Handelsplatz anbietet, muss

1. die Eignung der Kunden, die diesen Dienst nutzen, vor Gewährung des Zugangs beurteilen und regelmäßig überprüfen,
2. die im Zusammenhang mit diesem Dienst bestehenden Rechte und Pflichten des Kunden und des Wertpapierdienstleistungsunternehmens in einem schriftlichen Vertrag festlegen, wobei die Verantwortlichkeit des Wertpapierdienstleistungsunternehmens nach diesem Gesetz nicht auf den Kunden übertragen werden darf,
3. angemessene Handels- und Kreditschwellen für den Handel dieser Kunden festlegen,
4. den Handel dieser Kunden überwachen, um
   a) sicherzustellen, dass die Kunden die nach Nummer 3 festgelegten Schwellen nicht überschreiten,
   b) sicherzustellen, dass der Handel den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, dieses Gesetzes sowie der Vorschriften des Handelsplatzes entspricht,
   c) marktstörende Handelsbedingungen oder auf Marktmissbrauch hindeutende Verhaltensweisen, die an die zuständige Behörde zu melden sind, erkennen zu können, und
   d) sicherzustellen, dass durch den Handel keine Risiken für das Wertpapierdienstleistungsunternehmen selbst entstehen.

(2) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das einen direkten elektronischen Zugang zu einem Handelsplatz anbietet, teilt dies der Bundesanstalt und den zuständigen Behörden des Handelsplatzes, an dem sie den direkten elektronischen Zugang anbietet, mit. Die Bundesanstalt kann dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen vorschreiben, regelmäßig oder jederzeit auf Anforderung eine Beschreibung der in Absatz 1 genannten Systeme und Kontrollen sowie Nachweise für ihre Anwendung vorzulegen. Auf Ersuchen einer zuständigen Behörde des Handelsplatzes, zu dem ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen direkten elektronischen Zugang bietet, leitet die Bundesanstalt diese Informationen unverzüglich an diese Behörde weiter.

(3) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen sorgt dafür, dass Aufzeichnungen zu den in diesem Paragrafen genannten Angelegenheiten mindestens für fünf Jahre aufbewahrt werden, und stellt sicher, dass diese ausreichend sind, um der Bundesanstalt zu ermöglichen, die Einhaltung der Anforderungen dieses Gesetzes zu überprüfen.

§ 78

Handeln als General Clearing-Mitglied

Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das als General Clearing-Mitglied für andere Personen handelt, muss über wirksame Systeme und Kontrollen verfügen, um sicherzustellen, dass die Clearing-Dienste nur für solche Personen erbracht werden, die dafür geeignet sind und die von dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen vorher festgelegte eindeutige Kriterien erfüllen. Es muss diesen Personen geeignete Anforderungen auferlegen, die dafür sorgen, dass die Risiken für das Wertpapierdienstleistungsunternehmen und den Markt verringert werden. Es muss ein schriftlicher Vertrag zwischen dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen und der jeweiligen Person bestehen, der die im Zusammenhang mit diesem Dienst bestehenden Rechte und Pflichten regelt.“

78. Der bisherige § 32 wird § 79 und wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„§ 79

Mitteilungspflicht von systematischen Internalisierern

Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die als systematischer Internalisierer tätig sind, haben dies der Bundesanstalt unverzüglich mitzuteilen. Die Bundesanstalt übermittelt diese Information an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde.“

79. Die §§ 32a bis 32d werden aufgehoben.

80. Der bisherige § 33 wird § 80 und wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „§ 25a Absatz 1, 2 und § 25e des Kreditwesengesetzes“ durch die Wörter „§ 25a Absatz 1 und § 25e des Kreditwesengesetzes“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Nummer 1 wird aufgehoben.

bbb) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 1.

ccc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2 und wie folgt gefasst:

„2. auf Dauer wirksame Vorkehrungen für angemessene Maßnahmen treffen, um Interessenkonflikte bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen oder einer Kombination davon zwischen einerseits ihm selbst einschließlich seiner Geschäftsleitung, seiner Mitarbeiter, seiner vertraglich gebundenen Vermittler und der mit ihm direkt oder indirekt durch Kontrolle im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 37 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 verbundenen Personen und Unternehmen und andererseits seinen Kunden oder zwischen seinen Kunden untereinander zu erkennen und zu vermeiden oder zu regeln; dies umfasst auch solche Interessenkonflikte, die durch die Annahme von Zuwendungen Dritter sowie durch die eigene Vergütungsstruktur oder sonstige Anreizstrukturen des Wertpapierdienstleistungsunternehmens verursacht werden;“

ddd) Die bisherige Nummer 3a wird Nummer 3 und die Angabe „Nummer 3“ wird durch die Angabe „Nummer 2“ ersetzt.

eee) Die Nummern 4 bis 6 werden aufgehoben.

fff) Folgende Nummer 4 wird angefügt:

„4. über solide Sicherheitsmechanismen verfügen, die die Sicherheit und Authentifizierung der Informationsübermittlungswege gewährleisten, das Risiko der Datenverfälschung und des unberechtigten Zugriffs minimieren und verhindern, dass Informationen bekannt werden, so dass die Vertraulichkeit der Daten jederzeit gewährleistet ist.“

cc) Satz 3 wird durch folgenden Satz ersetzt:

„Nähere Bestimmungen zur Organisation der Wertpapierdienstleistungsunternehmen enthalten die Artikel 21 bis 26 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].“

c) Der bisherige Absatz 1a wird Absatz 2 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „mehreren Handelsplätzen oder zur Bestätigung von Aufträgen“ durch die Wörter „mehreren Handelsplätzen, zur Bearbeitung von Aufträgen ohne die Bestimmung von Auftragsparametern, zur Bestätigung von Aufträgen oder zur Nachhandelsbearbeitung ausgeführter Aufträge“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

bb) Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen zeigt der Bundesanstalt und den zuständigen Behörden des Handelsplatzes, dessen Mitglied oder Teilnehmer es ist, an, dass es algorithmischen Handel betreibt.“

d) Nach Absatz 2 werden die folgenden Absätze 3 bis 5 eingefügt:

„(3) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das algorithmischen Handel im Sinne des Artikels 18 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] betreibt, hat ausreichende Aufzeichnungen zu den in Absatz 2 genannten Angelegenheiten für mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Nutzt das Wertpapierdienstleistungsunternehmen eine hochfrequente algorithmische Handelstechnik, müssen diese Aufzeichnungen insbesondere alle von ihm platzierten Aufträge einschließlich Auftragsstornierungen, ausgeführten Aufträgen und Kursnotierungen an Handelsplätzen umfassen und chronologisch geordnet aufbewahrt werden. Auf Verlangen der Bundesanstalt sind diese Aufzeichnungen herauszugeben.

(4) Betreibt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen algorithmischen Handel im Sinne des Absatzes 2 unter Verfolgung einer Market-Making-Strategie, hat es unter Berücksichtigung der Liquidität, des Umfangs und der Art des konkreten Marktes und der konkreten Merkmale des gehandelten Instruments

1. dieses Market Making während eines festgelegten Teils der Handelszeiten des Handelsplatzes kontinuierlich betreiben, abgesehen von außergewöhnlichen Umständen, so dass der Handelsplatz regelmäßig und verlässlich mit Liquidität versorgt wird,
2. einen schriftlichen Vertrag mit dem Handelsplatz zu schließen, in dem zumindest die Verpflichtungen nach Nummer 1 festgelegt werden, sofern es nicht den Vorschriften des § 26c des Börsengesetzes unterliegt, und
3. über wirksame Systeme und Kontrollen zu verfügen, durch die gewährleistet wird, dass es jederzeit diesen Verpflichtungen nachkommt.

(5) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das algorithmischen Handel betreibt, verfolgt eine Market-Making-Strategie im Sinne des Absatzes 4, wenn es Mitglied oder Teilnehmer eines oder mehrerer Handelsplätze ist und seine Strategie beim Handel auf eigene Rechnung beinhaltet, dass es in Bezug auf ein oder mehrere Finanzinstrumente an einem einzelnen Handelsplatz oder an verschiedenen Handelsplätzen feste, zeitgleiche Geld- und Briefkurse vergleichbarer Höhe zu wettbewerbsfähigen Preisen stellt.“

e) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 6 und folgender Satz 4 wird angefügt:

„Nähere Bestimmungen zu den Anforderungen an die Auslagerung ergeben sich aus den Artikeln 30 bis 32 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].“

f) Der bisherige Absatz 3 wird aufgehoben.

g) Der bisherige Absatz 3a wird Absatz 7 und in Satz 2 wird die Angabe „Nummer 3a“ durch die Angabe „Nummer 3“ ersetzt.

h) Nach Absatz 7 werden die folgenden Absätze 8 bis 13 eingefügt:

„(8) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Finanzportfolioverwaltung oder Unabhängige Honorar-Anlageberatung erbringt, muss durch entsprechende Grundsätze sicherstellen, dass alle monetären Zuwendungen, die im Zusammenhang mit der Finanzportfolioverwaltung oder Unabhängigen Honorar-Anlageberatung von Dritten oder von für Dritte handelnden Personen angenommen werden, dem jeweiligen Kunden zugewiesen und an diesen weitergegeben werden.

(9) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Finanzinstrumente zum Verkauf konzipiert, hat ein Verfahren für die Freigabe jedes einzelnen Finanzinstruments und jeder wesentlichen Anpassung bestehender Finanzinstrumente zu unterhalten, zu betreiben und zu überprüfen, bevor das Finanzinstrument an Kunden vermarktet oder vertrieben wird (Produktfreigabeverfahren). Das Verfahren

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

muss sicherstellen, dass für jedes Finanzinstrument für Endkunden innerhalb der jeweiligen Kundengattung ein bestimmter Zielmarkt festgelegt wird. Dabei sind alle einschlägigen Risiken für den Zielmarkt zu bewerten. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die beabsichtigte Vertriebsstrategie dem nach Satz 2 bestimmten Zielmarkt entspricht.

(10) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat von ihm angebotene oder vermarktete Finanzinstrumente regelmäßig zu überprüfen und dabei alle Ereignisse zu berücksichtigen, die wesentlichen Einfluss auf das potentielle Risiko für den bestimmten Zielmarkt haben könnten. Zumindest ist regelmäßig zu beurteilen, ob das Finanzinstrument den Bedürfnissen des nach Absatz 9 Satz 2 bestimmten Zielmarkts weiterhin entspricht und ob die beabsichtigte Vertriebsstrategie zur Erreichung dieses Zielmarkts weiterhin geeignet ist.

(11) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Finanzinstrumente konzipiert, hat allen Vertriebsunternehmen sämtliche erforderlichen und sachdienlichen Informationen zu dem Finanzinstrument und dem Produktfreigabeverfahren nach Absatz 9 Satz 1, einschließlich des nach Absatz 9 Satz 2 bestimmten Zielmarkts, zur Verfügung zu stellen. Vertreibt ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen Finanzinstrumente oder empfiehlt es diese, ohne sie zu konzipieren, muss es über angemessene Vorkehrungen verfügen, um sich die in Satz 1 genannten Informationen vom konzipierenden Wertpapierdienstleistungsunternehmen oder vom Emittenten zu verschaffen und die Merkmale sowie den Zielmarkt des Finanzinstruments zu verstehen.

(12) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Finanzinstrumente anzubieten oder zu empfehlen beabsichtigt und das von einem anderen Wertpapierdienstleistungsunternehmen konzipierte Finanzinstrumente vertreibt, hat geeignete Verfahren aufrechtzuerhalten und Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass die Anforderungen nach diesem Gesetz eingehalten werden. Dies umfasst auch solche Anforderungen, die für die Offenlegung, für die Bewertung der Eignung und der Angemessenheit, für Anreize und für den ordnungsgemäßen Umgang mit Interessenkonflikten gelten. Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen ist zu besonderer Sorgfalt verpflichtet, wenn es als Vertriebsunternehmen ein neues Finanzprodukt anzubieten oder zu empfehlen beabsichtigt oder wenn sich die Dienstleistungen ändern, die es als Vertriebsunternehmen anzubieten oder zu empfehlen beabsichtigt.

(13) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat seine Produktfreigabevorkehrungen regelmäßig zu überprüfen, um sicherzustellen, dass diese belastbar und zweckmäßig sind und zur Umsetzung erforderlicher Änderungen geeignete Maßnahmen zu treffen. Es hat sicherzustellen, dass seine gemäß Artikel 22 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] eingerichtete Compliance-Funktion die Entwicklung und regelmäßige Überprüfung der Produktfreigabevorkehrungen überwacht und etwaige Risiken, dass Anforderungen an den Produktüberwachungsprozess nicht erfüllt werden, frühzeitig erkennt."

i) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 14 und Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmungen zur Anwendung der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] sowie zur Umsetzung der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] [vom 7. April 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf den Schutz der Finanzinstrumente und Gelder von Kunden, Produktüberwachungspflichten und Vorschriften für die Entrichtung beziehungsweise Gewährung oder Entgegennahme von Gebühren, Provisionen oder anderen monetären oder nichtmonetären Vorteilen] und den organisatorischen Anforderungen nach Absatz 1 Satz 2 und Absatz 7, den Anforderungen an das Produktfreigabeverfahren und den Produktvertrieb nach Absatz 9 und das Überprüfungsverfahren nach Absatz 10 sowie den nach Absatz 11 zur Verfügung zu stellenden Informationen und damit zusammenhängenden Pflichten der Wertpapierdienstleistungsunternehmen erlassen."

81. Nach § 80 wird folgender § 81 eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„§ 81

Geschäftsleiter

(1) Die Geschäftsleiter eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens haben im Rahmen der Pflichten aus § 25c Absatz 3 des Kreditwesengesetzes ihre Aufgaben in einer Art und Weise wahrzunehmen, die die Integrität des Marktes wahrt und durch die die Interessen der Kunden gefördert werden. Insbesondere müssen die Geschäftsleiter Folgendes festlegen, umsetzen und überwachen:

1. unter Berücksichtigung von Art, Umfang und Komplexität der Geschäftstätigkeit des Wertpapierdienstleistungsunternehmens sowie aller von dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen einzuhaltenden Anforderungen

   a) die Organisation zur Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen, einschließlich der hierfür erforderlichen Mittel, und organisatorischen Regelungen, sowie

   b) ob das Personal über die erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen verfügt,

2. die Geschäftspolitik hinsichtlich

   a) der angebotenen oder erbrachten Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen und

   b) der angebotenen oder vertriebenen Produkte,

die in Einklang stehen muss mit der Risikotoleranz des Wertpapierdienstleistungsunternehmens und etwaigen Besonderheiten und Bedürfnissen seiner Kunden, wobei erforderlichenfalls geeignete Stresstests durchzuführen sind, sowie

3. die Vergütungsregelungen für Personen, die an der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen oder Wertpapiernebendienstleistungen für Kunden beteiligt sind, und die ausgerichtet sein müssen auf

   a) eine verantwortungsvolle Unternehmensführung,

   b) die faire Behandlung der Kunden und

   c) die Vermeidung von Interessenkonflikten im Verhältnis zu den Kunden.

(2) Die Geschäftsleiter eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens müssen regelmäßig Folgendes überwachen und überprüfen:

1. die Eignung und die Umsetzung der strategischen Ziele des Wertpapierdienstleistungsunternehmens bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen,

2. die Wirksamkeit der Unternehmensführungsregelungen des Wertpapierdienstleistungsunternehmens und

3. die Angemessenheit der Unternehmensstrategie hinsichtlich der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen an die Kunden.

Bestehen Mängel, müssen die Geschäftsleiter unverzüglich die erforderlichen Schritte unternehmen, um diese zu beseitigen.

(3) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat sicherzustellen, dass die Geschäftsleiter einen angemessenen Zugang zu den Informationen und Dokumenten haben, die für die Beaufsichtigung und Überwachung erforderlich sind.

(4) Die Geschäftsleiter haben den Produktfreigabeprozess wirksam zu überwachen. Sie haben sicherzustellen, dass die Compliance-Berichte an die Geschäftsleiter systematisch Informationen über die von dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen konzipierten und empfohlenen Finanzinstrumente enthalten, insbesondere über die jeweilige Vertriebsstrategie. Auf Verlangen sind die Compliance-Berichte der Bundesanstalt zur Verfügung zu stellen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(5) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat einen Beauftragten zu ernennen, der die Verantwortung dafür trägt, dass das Wertpapierdienstleistungsunternehmen seine Verpflichtungen in Bezug auf den Schutz von Finanzinstrumenten und Geldern von Kunden einhält. Der Beauftragte kann daneben auch weitere Aufgaben wahrnehmen."

82. Der bisherige § 33a wird § 82 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „§ 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3" durch die Wörter „§ 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 bis 3" ersetzt.

bb) In Nummer 1 werden die Wörter „mindestens jährlich" durch die Wörter „regelmäßig, insbesondere unter Berücksichtigung der nach den Absätzen 9 bis 11 veröffentlichten Informationen," ersetzt.

b) Absatz 3 Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Zu den bei der Berechnung des Gesamtentgelts zu berücksichtigenden Kosten zählen Gebühren und Entgelte des Ausführungsplatzes, an dem das Geschäft ausgeführt wird, Kosten für Clearing und Abwicklung und alle sonstigen Entgelte, die an Dritte gezahlt werden, die an der Auftragsausführung beteiligt sind."

c) In Absatz 5 Satz 2 wird die Angabe „Nr. 1" durch die Angabe „Nummer 1" ersetzt und werden die Wörter „organisierter Märkte und multilateraler Handelssysteme" durch die Wörter „von Handelsplätzen im Sinne von § 2 Absatz 22" ersetzt.

d) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Wörter „seine Zustimmung" durch die Wörter „ihre Zustimmung" ersetzt und wird am Ende das Wort „und" angefügt.

bb) Nummer 2 wird aufgehoben.

cc) Die bisherige Nummer 3 wird Nummer 2 und die Wörter „Absatz 1 Nr. 1" werden durch die Wörter „Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

dd) Folgender Satz wird angefügt:

„Die Informationen über die Ausführungsgrundsätze müssen klar, ausführlich und auf eine für den Kunden verständliche Weise erläutern, wie das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Kundenaufträge ausführt."

e) Absatz 8 wird wie folgt gefasst:

„(8) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen darf sowohl für die Ausführung von Kundenaufträgen an einem bestimmten Handelsplatz oder Ausführungsplatz als auch für die Weiterleitung von Kundenaufträgen an einen bestimmten Handelsplatz oder Ausführungsplatz weder eine Vergütung, noch einen Rabatt oder einen nichtmonetären Vorteil annehmen, wenn dies einen Verstoß gegen die Anforderungen nach den § 63 Absatz 1 bis 7 und 9, § 64 Absatz 1 und 5, § 70, § 80 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2, Absatz 9 bis 11 oder die Absätze 1 bis 4 darstellen würde."

f) Nach Absatz 8 werden die folgenden Absätze 9 bis 12 eingefügt:

„(9) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss einmal jährlich für jede Gattung von Finanzinstrumenten die fünf Ausführungsplätze, die ausgehend vom Handelsvolumen am wichtigsten sind, auf denen es Kundenaufträge im Vorjahr ausgeführt hat, und Informationen über die erreichte Ausführungsqualität zusammenfassen und nach den Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) ... [RTS 28] der Kommission vom 8. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates durch technische Regulierungsstandards für die jährliche Veröffentlichung von Informationen durch Wertpapierfirmen zur Identität von Handelsplätzen und zur Qualität der Ausführung veröffentlichen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(10) Vorbehaltlich § 26e des Börsengesetzes müssen Handelsplätze und systematische Internalisierer für jedes Finanzinstrument, das der Handelspflicht nach Artikel 23 oder Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 unterliegt, mindestens einmal jährlich gebührenfrei Informationen über die Ausführungsqualität von Aufträgen veröffentlichen.

(11) Vorbehaltlich des § 26e Börsengesetzes müssen Ausführungsplätze für jedes Finanzinstrument, das nicht von Absatz 10 erfasst wird, mindestens einmal jährlich gebührenfrei Informationen über die Ausführungsqualität von Aufträgen veröffentlichen.

(12) Die Veröffentlichungen nach den Absätzen 10 und 11 müssen ausführliche Angaben zum Preis, den mit einer Auftragsausführung verbundenen Kosten, der Geschwindigkeit und der Wahrscheinlichkeit der Ausführung sowie der Abwicklung eines Auftrags in den einzelnen Finanzinstrumenten enthalten. Das Nähere regelt die Delegierte Verordnung (EU) ... [RTS 27] der Kommission vom 8. Juni 2016 zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Märkte für Finanzinstrumente durch technische Regulierungsstandards bezüglich der Daten, die Ausführungsplätze zur Qualität der Ausführung von Geschäften veröffentlichen müssen."

g) Der bisherige Absatz 9 wird Absatz 13 und wird wie folgt gefasst:

„(13) Nähere Bestimmungen ergeben sich aus der Delegierten Verordnung (EU) … [MiFID DV], insbesondere zu

1. der Aufstellung der Ausführungsgrundsätze nach den Absätzen 1 bis 5 aus Artikel 64,
2. der Überprüfung der Vorkehrungen nach Absatz 1 aus Artikel 66,
3. Art, Umfang und Datenträger der Informationen über die Ausführungsgrundsätze nach Absatz 6 aus Artikel 66 und
4. den Pflichten von Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die Aufträge ihrer Kunden an Dritte zur Ausführung weiterleiten oder die Finanzportfolioverwaltung betreiben, ohne die Aufträge oder Entscheidungen selbst auszuführen, im bestmöglichen Interesse ihrer Kunden zu handeln, aus Artikel 65."

83. § 33b wird aufgehoben.

84. Der bisherige § 34 wird § 83 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „nach den Artikeln 7 und 8 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006" durch die Wörter „nach den Artikeln 74 und 75 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]" ersetzt und die Wörter „geregelten Pflichten zu prüfen." durch ein Komma und die Wörter „in diesem Abschnitt, in der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 geregelten Pflichten zu prüfen und durchzusetzen." ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird gestrichen.

bb) Im neuen Satz 2 wird das Wort „Rahmenvereinbarung" durch das Wort „Vereinbarungen" ersetzt.

cc) Die neuen Sätze 3 und 4 werden gestrichen.

dd) Folgender Satz wird angefügt:

„Nähere Bestimmungen zur Aufzeichnungspflicht nach Satz 1 ergeben sich aus Artikel 58 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]."

c) Die Absätze 2a und 2b werden gestrichen.

d) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Hinsichtlich der beim Handel für eigene Rechnung getätigten Geschäfte und der Erbringung von Dienstleistungen, die sich auf die Annahme, Übermittlung und Ausführung von Kundenaufträgen

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

beziehen, hat das Wertpapierdienstleistungsunternehmen für Zwecke der Beweissicherung die Inhalte der Telefongespräche und der elektronischen Kommunikation aufzuzeichnen. Die Aufzeichnung hat insbesondere diejenigen Teile der Telefongespräche und der elektronischen Kommunikation zu beinhalten, in welchen die Risiken, die Ertragschancen oder die Ausgestaltung von Finanzinstrumenten oder Wertpapierdienstleistungen erörtert werden. Hierzu darf das Wertpapierdienstleistungsunternehmen personenbezogene Daten erheben, verarbeiten und nutzen. Dies gilt auch, wenn das Telefongespräch oder die elektronische Kommunikation nicht zum Abschluss eines solchen Geschäftes oder zur Erbringung einer solchen Dienstleistung führt."

e) Nach Absatz 3 werden die folgenden Absätze 4 bis 7 eingefügt:

„(4) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um einschlägige Telefongespräche und elektronische Kommunikation aufzuzeichnen, die über Geräte erstellt oder von Geräten gesendet oder empfangen werden, die das Wertpapierdienstleistungsunternehmen seinen Mitarbeitern oder beauftragten Personen zur Verfügung stellt oder deren Nutzung das Wertpapierdienstleistungsunternehmen billigt oder gestattet. Telefongespräche und elektronische Kommunikation, die nach Absatz 3 Satz 1 aufzuzeichnen sind, dürfen über private Geräte oder private elektronische Kommunikation der Mitarbeiter nur geführt werden, wenn das Wertpapierdienstleistungsunternehmen diese mit Zustimmung der Mitarbeiter aufzeichnen oder nach Abschluss des Gesprächs auf einen eigenen Datenspeicher kopieren kann.

(5) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat Neu- und Altkunden sowie seine Mitarbeiter und beauftragten Personen vorab in geeigneter Weise über die Aufzeichnung von Telefongesprächen nach Absatz 3 Satz 1 zu informieren. Hat ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen seine Kunden nicht vorab über die Aufzeichnung der Telefongespräche oder der elektronischen Kommunikation informiert oder hat der Kunde einer Aufzeichnung widersprochen, darf das Wertpapierdienstleistungsunternehmen für den Kunden keine telefonisch oder mittels elektronischer Kommunikation veranlassten Wertpapierdienstleistungen erbringen, wenn sich diese auf die Annahme, Übermittlung und Ausführung von Kundenaufträgen beziehen. Näheres regelt Artikel 76 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

(6) Erteilt der Kunde dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen seinen Auftrag im Rahmen eines persönlichen Gesprächs, hat das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Erteilung des Auftrags mittels eines dauerhaften Datenträgers zu dokumentieren. Zu diesem Zweck dürfen auch schriftliche Protokolle oder Vermerke über den Inhalt des persönlichen Gesprächs angefertigt werden. Erteilt der Kunde seinen Auftrag auf andere Art und Weise, müssen solche Mitteilungen auf einem dauerhaften Datenträger erfolgen. Näheres regelt Artikel 76 Absatz 9 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

(7) Der Kunde kann von dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen bis zur Löschung oder Vernichtung nach Absatz 8 jederzeit verlangen, dass ihm die Aufzeichnungen nach Absatz 3 Satz 1 und der Dokumentation nach Absatz 6 Satz 1 oder eine Kopie zur Verfügung gestellt werden."

f) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 8 und wie folgt gefasst:

„(8) Die Aufzeichnungen nach den Absätzen 3 und 6 sind für fünf Jahre aufzubewahren, soweit sie für die dort genannten Zwecke erforderlich sind. Sie sind nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist zu löschen oder zu vernichten. Die Löschung oder Vernichtung ist zu dokumentieren. Erhält die Bundesanstalt vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist Kenntnis von Umständen, die eine über die in Satz 1 genannte Höchstfrist hinausgehende Speicherung der Aufzeichnung insbesondere zur Beweissicherung erfordern, kann die Bundesanstalt die in Satz 1 genannte Höchstfrist zur Speicherung der Aufzeichnung um zwei Jahre verlängern."

g) Nach Absatz 8 wird folgender Absatz 9 eingefügt:

„(9) Die nach den Absätzen 3 und 6 erstellten Aufzeichnungen sind gegen nachträgliche Verfälschung und unbefugte Verwendung zu sichern und dürfen nicht für andere Zwecke genutzt werden, insbesondere nicht zur Überwachung der Mitarbeiter durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen. Sie dürfen nur unter bestimmten Voraussetzungen, insbesondere zur Erfüllung eines Kundenauf-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

trags, der Anforderung durch die Bundesanstalt oder eine andere Aufsichts- oder eine Strafverfolgungsbehörde und nur durch einen oder mehrere vom Wertpapierdienstleistungsunternehmen gesondert zu benennende Mitarbeiter ausgewertet werden.“

h) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 10 und in Satz 1 wird die Angabe „Absätzen 1 bis 2a“ durch die Angabe „Absätzen 1 bis 7“ ersetzt.

i) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 11 und die Angabe „Absatz 4“ wird durch die Angabe „Absatz 11“ ersetzt.

j) Folgender Absatz 12 wird angefügt:

„(12) Absatz 2 gilt nicht für Immobiliar-Verbraucherdarlehensverträge nach § 491 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches, die an die Vorbedingung geknüpft sind, dass dem Verbraucher eine Wertpapierdienstleistung in Bezug auf gedeckte Schuldverschreibungen, die zur Besicherung der Finanzierung des Kredits begeben worden sind und denen dieselben Konditionen wie dem Immobiliar-Verbraucherdarlehensvertrag zugrunde liegen, erbracht wird, und wenn damit das Darlehen ausgezahlt, refinanziert oder abgelöst werden kann.“

85. Der bisherige § 34a wird § 84 und wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 84

Vermögensverwahrung und Finanzsicherheiten; Verordnungsermächtigung“.

b) Dem Wortlaut wird folgender Absatz 1 vorangestellt:

„(1) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Gelder von Kunden hält, hat geeignete Vorkehrungen zu treffen, um die Rechte der Kunden zu schützen. Sofern das Wertpapierdienstleistungsunternehmen nicht über eine Erlaubnis für das Einlagengeschäft nach § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Kreditwesengesetzes verfügt, hat es durch geeignete Vorkehrungen zu verhindern, dass die Gelder des Kunden ohne dessen ausdrückliche Zustimmung für eigene Rechnung oder für Rechnung einer anderen Person verwendet werden.“

c) Der bisherige Absatz 1 wird Absatz 2 und wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Satz 2 wird aufgehoben.

bb) Nach dem neuen Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Zustimmung ist nur dann wirksam, wenn das Wertpapierdienstleistungsunternehmen den Kunden vor Erteilung der Zustimmung darüber unterrichtet hat, dass die bei dem qualifizierten Geldmarktfonds verwahrten Gelder nicht entsprechend den Schutzstandards dieses Gesetzes und nicht entsprechend der Verordnung zur Konkretisierung der Verhaltensregeln und Organisationsanforderungen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen gehalten werden.“

d) Nach dem neuen Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„(3) Werden die Kundengelder bei einem Kreditinstitut, einem vergleichbaren Institut mit Sitz in einem Drittstaat oder einem Geldmarktfonds, die zur Unternehmensgruppe des Wertpapierdienstleistungsunternehmens gehören, dürfen die bei einem solchen Unternehmen oder einer Gemeinschaft von solchen Unternehmen verwahrten Gelder 20 Prozent aller Kundengelder des Wertpapierdienstleistungsunternehmens nicht übersteigen. Die Bundesanstalt kann dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen auf Antrag erlauben, die Obergrenze nach Satz 1 zu überschreiten, wenn es nachweist, dass die gemäß Satz 1 geltende Anforderung angesichts der Art, des Umfangs und der Komplexität seiner Tätigkeit sowie angesichts der Sicherheit, die die Verwahrstellen nach Satz 1 bieten sowie angesichts des geringen Saldos an Kundengeldern, das das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hält, unverhältnismäßig ist. Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen überprüft die nach Satz 2 durchgeführte

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bewertung jährlich und leitet der Bundesanstalt seine Ausgangsbewertung sowie die überprüften Bewertungen zur Prüfung zu.

(4) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Finanzinstrumente von Kunden hält, hat geeignete Vorkehrungen zu treffen, um die Eigentumsrechte der Kunden an diesen Finanzinstrumenten zu schützen. Dies gilt insbesondere für den Fall der Insolvenz des Wertpapierdienstleistungsunternehmens. Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat durch geeignete Vorkehrungen zu verhindern, dass die Finanzinstrumente eines Kunden ohne dessen ausdrückliche Zustimmung für eigene Rechnung oder für Rechnung einer anderen Person verwendet werden.“

e) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 5 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 des Gesetzes über das Kreditwesen“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 des Kreditwesengesetzes“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „Absatz 1“ durch die Angabe „Absatz 2“ ersetzt.

f) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden aufgehoben.

g) Nach Absatz 5 werden die folgenden Absätze 6 bis 9 eingefügt:

„(6) Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen darf die Finanzinstrumente eines Kunden nur unter genau festgelegten Bedingungen für eigene Rechnung oder für Rechnung einer anderen Person verwenden und hat geeignete Vorkehrungen zu treffen, um die unbefugte Verwendung der Finanzinstrumente des Kunden für eigene Rechnung oder für Rechnung einer anderen Person zu verhindern. Der Kunde muss den Bedingungen im Voraus ausdrücklich zugestimmt haben und seine Zustimmung muss durch seine Unterschrift oder eine gleichwertige schriftliche Bestätigung eindeutig dokumentiert sein. Werden die Finanzinstrumente auf Sammeldepots bei einem Dritten verwahrt, sind für eine Verwendung nach Satz 1 zusätzlich die ausdrückliche Zustimmung aller anderen Kunden des Sammeldepots oder Systeme und Kontrolleinrichtungen erforderlich, mit denen die Beschränkung der Verwendung auf Finanzinstrumente gewährleistet ist, für die eine Zustimmung nach Satz 2 vorliegt. In den Fällen des Satzes 3 muss das Wertpapierdienstleistungsunternehmen über Kunden, auf deren Weisung hin eine Nutzung der Finanzinstrumente erfolgt, und über die Zahl der von jedem einzelnen Kunden mit dessen Zustimmung verwendeten Finanzinstrumenten Aufzeichnungen führen, die eine eindeutige und zutreffende Zuordnung der im Rahmen der Verwendung eingetretenen Verluste ermöglichen.

(7) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen darf sich von Privatkunden zur Besicherung oder Deckung von Verpflichtungen der Kunden, auch soweit diese noch nicht bestehen, keine Finanzsicherheiten in Form von Vollrechtsübertragungen im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2002/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten (ABl. L 168 vom 27.6.2002, S. 43), die durch die Richtlinie 2009/44/EG (ABl. L 146 vom 10.6.2009, S. 37) geändert worden ist, gewähren lassen.

(8) Soweit eine Vollrechtsübertragung zulässig ist, hat das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Angemessenheit der Verwendung eines Finanzinstruments als Finanzsicherheit ordnungsgemäß vor dem Hintergrund der Vertragsbeziehung des Kunden mit dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen und den Vermögensgegenständen des Kunden zu prüfen und diese Prüfung zu dokumentieren. Professionelle Kunden und geeignete Gegenparteien sind auf die Risiken und die Folgen der Stellung einer Finanzsicherheit in Form der Vollrechtsübertragung hinzuweisen.

(9) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat im Rahmen von Wertpapierleihgeschäften mit Dritten, die Finanzinstrumente von Kunden zum Gegenstand haben, durch entsprechende Vereinbarungen sicherzustellen, dass der Entleiher der Kundenfinanzinstrumente angemessene Sicherheiten stellt. Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hat die Angemessenheit der gestellten Sicherheiten durch geeignete Vorkehrungen sicherzustellen sowie fortlaufend zu überwachen und das Gleichgewicht zwischen dem Wert der Sicherheit und dem Wert des Finanzinstruments des Kunden aufrechtzuerhalten.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

h) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 10 und in Satz 1 werden die Wörter „Absätzen 1 bis 4“ durch die Wörter „Absätzen 1 bis 9“ und die Wörter „im Sinne des Absatzes 1“ durch die Wörter „im Sinne des Absatzes 2“ ersetzt.

86. Der bisherige § 34b wird § 85 und wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „Rechtsverordnung“ durch das Wort „Verordnungsermächtigung“ ersetzt.

b) In Absatz 1 werden die Sätze 3 und 4 aufgehoben.

c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 35“ durch die Angabe „§ 88“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

87. Der bisherige § 34c wird § 86.

88. Der bisherige § 34d wird § 87 und wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 87

Einsatz von Mitarbeitern in der Anlageberatung, als Vertriebsbeauftragte, in der Finanzportfolioverwaltung oder als Compliance-Beauftragte; Verordnungsermächtigung“.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 Nummer 2 wird die Angabe „Absatzes 2“ durch die Angabe „Absatzes 4“ ersetzt.

bb) In Satz 4 werden die Wörter „Beschwerden im Sinne des § 33 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4“ durch die Wörter „Beschwerden im Sinne des Artikels 26 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] durch Privatkunden“ ersetzt.

c) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 2 und 3 eingefügt:

„(2) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen darf einen Mitarbeiter nur dann damit betrauen, Kunden über Finanzinstrumente, strukturierte Einlagen, Wertpapierdienstleistungen oder Wertpapiernebendienstleistungen zu informieren (Vertriebsmitarbeiter), wenn dieser sachkundig ist und über die für die Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit verfügt.

(3) Ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen darf einen Mitarbeiter nur dann mit der Finanzportfolioverwaltung betrauen, wenn dieser sachkundig ist und über die für die Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit verfügt.“

d) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4 und in Satz 1 werden die Wörter „§ 33 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3a“ durch die Wörter „§ 80 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3“ ersetzt.

e) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5 und in Satz 1 werden die Wörter „§ 33 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1“ durch die Wörter „Artikels 22 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]“ und die Wörter „§ 33 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5“ durch die Wörter „Artikel 25 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]“ ersetzt.

f) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 6 und Satz 1 wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden nach den Wörtern „nach Absatz 1 Satz 1,“ die Wörter „Absatz 2, Absatz 3,“ eingefügt und werden die Wörter „Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 3 Satz 1“ durch die Wörter „Absatz 4 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit § 96, oder Absatz 5 Satz 1“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 4“ durch die Angabe „§ 6“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

g) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 7 und die Angabe „1 bis 3“ wird durch die Angabe „1, 4 und 5“ ersetzt, nach den Wörtern „Absatz 1 und die“ werden die Wörter „ihre Tätigkeit betreffenden“ eingefügt und die Angabe „Absatz 4“ wird durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.

h) Der bisherige Absatz 5a wird Absatz 8 und die Angabe „1 bis 5“ wird durch die Angabe „1 bis 7“ ersetzt.

i) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 9 und wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 wird die Angabe „1, 2 oder 3“ durch die Angabe „1, 4 oder 5“ ersetzt.

bbb) In Nummer 2 werden die Wörter „Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 und Absatz 3 Satz 1“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 1, Absätze 2, 3, 4 Satz 1 jeweils auch in Verbindung mit § 96, sowie Absatz 5 Satz 1“ ersetzt.

ccc) In Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 7“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „5“ durch die Angabe „7“ ersetzt.

j) Folgender Absatz 10 wird angefügt:

„(10) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für Immobiliar-Verbraucherdarlehensverträge, die an die Vorbedingung geknüpft sind, dass dem Verbraucher eine Wertpapierdienstleistung in Bezug auf gedeckte Schuldverschreibungen, die zur Besicherung der Finanzierung des Kredits begeben worden sind und denen dieselben Konditionen wie dem Immobiliar-Verbraucherdarlehensvertrag zugrunde liegen, erbracht wird, und wenn damit das Darlehen ausgezahlt, refinanziert oder abgelöst werden kann.“

89. Der bisherige § 35 wird § 88 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Bundesanstalt kann zur Überwachung der Einhaltung

1. der Meldepflichten nach Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014, auch in Verbindung mit gemäß den diesen Artikeln erlassenen technischen Regulierungsstandards,
2. der Verpflichtung zu Positionsmeldungen nach § 57 Absatz 1 bis 4,
3. der Anzeigepflichten nach § 23,
4. der in diesem Abschnitt geregelten Pflichten, auch in Verbindung mit technischen Regulierungsstandards, die gemäß Artikel 17 Absatz 7, Artikel 27, Absatz 10 und Artikel 32 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU erlassen wurden, sowie
5. der Pflichten aus
   a) den Artikeln 4, 16 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, auch in Verbindung mit gemäß diesen Artikeln erlassenen technischen Regulierungsstandards,
   b) den Artikeln 3 bis 15, 17, 18, 20 bis 23, 25, 27 und 31 der Verordnung (EU) Nummer 600/2014, auch in Verbindung mit gemäß diesen Artikeln erlassenen technischen Regulierungsstandards,
   c) der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II],
   d) der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II],
   e) § 29 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 sowie Artikel 5a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009

in der jeweils geltenden Fassung, auch ohne besonderen Anlass Prüfungen vornehmen bei den Wertpapierdienstleistungsunternehmen, den mit diesen verbundenen Unternehmen, den Zweigniederlassungen im Sinne des § 53b des Kreditwesengesetzes, den Unternehmen, mit denen eine Auslage-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

rungsvereinbarung im Sinne des § 25b des Kreditwesengesetzes besteht oder bestand, und sonstigen zur Durchführung eingeschalteten dritten Personen oder Unternehmen.“

b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Bundesanstalt kann Richtlinien aufstellen, nach denen sie nach Maßgabe der Richtlinie 2014/65/EU und der Delegierten Richtlinie (EU) ... [DR MiFID II] für den Regelfall beurteilt, ob die Anforderungen dieses Abschnitts erfüllt sind.“

90. Der bisherige § 36 wird § 89 wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Unbeschadet des § 88 ist einmal jährlich durch einen geeigneten Prüfer zu prüfen, ob die folgenden Pflichten eingehalten werden:

1. die Meldepflichten nach Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014, auch in Verbindung mit den gemäß diesen Artikeln erlassenen technischen Regulierungsstandards,
2. die Verpflichtung zu Positionsmeldungen nach § 57 Absatz 1 bis 4,
3. die Anzeigepflichten nach § 23,
4. die in diesem Abschnitt geregelten Pflichten, auch in Verbindung mit technischen Regulierungsstandards, die gemäß Artikel 17 Absatz 7, Artikel 27, Absatz 10 und Artikel 32 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU erlassen wurden, sowie
5. die Pflichten aus
   a) den Artikeln 4, 16 und 20 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, auch in Verbindung mit gemäß diesen Artikeln erlassenen technischen Regulierungsstandards,
   b) den Artikeln 3 bis 15, 17, 18, 20 bis 23, 25, 27 und 31 der Verordnung (EU) Nummer 600/2014, auch in Verbindung gemäß diesen Artikeln erlassenen technischen Regulierungsstandards,
   c) der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II],
   d) der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFIR],
   e) § 29 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 sowie Artikel 5a Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009

in der jeweils geltenden Fassung.“

bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5“ durch die Wörter „§ 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5“ ersetzt.

cc) In Satz 3 wird die Angabe „§ 34a“ jeweils durch die Angabe „§ 84“ ersetzt.

dd) Die Sätze 7 und 8 werden durch folgenden Absatz 2 ersetzt:

„(2) Der Prüfer oder die Prüfungsverbände oder Prüfungsstellen, soweit Prüfungen nach Absatz 1 Satz 5 von genossenschaftlichen Prüfungsverbänden oder Prüfungsstellen von Sparkassen- und Giroverbänden durchgeführt werden, haben über die Prüfung nach Absatz 1 einen Prüfungsbericht zu erstellen und auf Anforderung der Bundesanstalt oder der Deutschen Bundesbank der Bundesanstalt und der Deutschen Bundesbank einzureichen. Die wesentlichen Prüfungsergebnisse sind in einem Fragebogen zusammenzufassen, der dem Prüfungsbericht beizufügen ist. Der Fragebogen ist auch dann bei der Bundesanstalt und der zuständigen Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank einzureichen, wenn ein Prüfungsbericht nach Satz 1 nicht angefordert wird. Der Prüfer hat den Fragebogen unverzüglich nach Beendigung der Prüfung einzureichen.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

c) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 3 bis 5.

d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und wie folgt gefasst:

„Das Bundesministerium der Finanzen kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, nähere Bestimmung über Aufbau, Inhalt und Art und Weise der Einreichung der Prüfungsberichte nach Absatz 2 sowie nähere Bestimmungen über Art, Umfang und Zeitpunkt der Prüfung nach Absatz 1 und 2 erlassen, soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben der Bundesanstalt erforderlich ist, insbesondere um Missständen im Handel mit Finanzinstrumenten entgegenzuwirken, um auf die Einhaltung der der Prüfung nach Absatz 1 Satz 1 unterliegenden Pflichten hinzuwirken und um zu diesem Zweck einheitliche Unterlagen zu erhalten. Das Bundesministerium der Finanzen kann die Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht übertragen.“

91. Der bisherige § 36a wird § 90 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die in diesem Abschnitt und den Artikeln 14 bis 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geregelten Rechte und Pflichten sind mit Ausnahme von § 63 Absatz 2, §§ 72 bis 78, 80 Absatz 1 bis 6 und Absatz 9 bis 13, §§ 81, 84 bis 86 sowie § 87 Absatz 1 Satz 2 bis 4 und Absatz 3 bis 8 entsprechend anzuwenden auf Zweigniederlassungen und vertraglich gebundene Vermittler mit Sitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland im Sinne des § 53b des Kreditwesengesetzes, die Wertpapierdienstleistungen erbringen.“

bb) In Satz 2 wird die Angabe „Abs. 2“ durch die Angabe „Absatz 2“ und wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 22“ ersetzt.

b) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 7 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 18 Absatz 8“ ersetzt.

c) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Absatz 3 gilt für Betreiber organisierter Märkte, multilateraler Handelssysteme und organisierter Handelssysteme entsprechend mit der Maßgabe, dass für Maßnahmen der Bundesanstalt gegenüber einem solchen Betreiber Verstöße gegen Bestimmungen dieses Abschnitts, des Börsengesetzes oder gegen entsprechende ausländische Vorschriften vorliegen müssen und dass zu den Maßnahmen nach Absatz 3 Satz 2 insbesondere auch gehören kann, dem Betreiber des organisierten Marktes, des multilateralen Handelssystems oder des organisierten Handelssystems zu untersagen, sein System Mitgliedern im Inland zugänglich zu machen.“

92. Nach § 90 wird folgender § 91 eingefügt:

„§ 91

Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat

Vorbehaltlich der Regelungen in Titel VIII der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 kann die Bundesanstalt im Einzelfall bestimmen, dass auf ein Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, das im Inland im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, Wertpapierdienstleistungen erbringen will, § 63 Absatz 2, 72 bis 78, 80 Absatz 1 bis 6 sowie 9 bis 13, § 81, §§ 84 bis 86 sowie 87 Absatz 1 Satz 2 bis 4 und Absatz 3 bis 8 dieses Gesetzes nicht anzuwenden sind, solange das Unternehmen im Hinblick auf seine im Inland betriebenen Wertpapierdienstleistungen wegen seiner Aufsicht durch die zuständige Herkunftsstaatsbehörde insoweit nicht zusätzlich der Aufsicht durch die Bundesanstalt bedarf. Die Befreiung kann mit Auflagen verbunden werden, insbesondere mit der Auflage, dass das Unternehmen eine Überwachung und Prüfung der Einhaltung der Vorschriften ermöglicht, die den §§ 6 bis 15, 88 und 89 gleichwertig ist.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

93. Der bisherige § 36b wird § 92.

94. Der bisherige § 36c wird § 93 und wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 93

Register Unabhängiger Honorar-Anlageberater; Verordnungsermächtigung“.

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Bundesanstalt führt auf ihrer Internetseite ein öffentliches Register Unabhängiger Honorar-Anlageberater über alle Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die die Unabhängige Anlageberatung erbringen wollen.“

c) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Honorar-Anlageberaterregister“ durch die Wörter „Register Unabhängiger Honorar-Anlageberater“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 9“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 10“ ersetzt.

cc) In Nummer 3 wird die Angabe „33 Absatz 3a“ durch die Angabe „80 Absatz 7“ ersetzt.

d) In Absatz 3 wird im Satzteil vor Nummer 1 das Wort „Honorar-Anlageberaterregister“ durch die Wörter „Register Unabhängiger Honorar-Anlageberater“ ersetzt.

e) Absatz 4 wird aufgehoben.

f) Die bisherigen Absätze 5 bis 7 werden die Absätze 4 bis 6.

g) Im neuen Absatz 4 wird das Wort „Honorar-Anlageberatung“ durch die Wörter „Unabhängige Honorar-Anlageberatung“ ersetzt.

h) Im neuen Absatz 5 wird das Wort „Honorar-Anlageberaterregisters“ durch die Wörter „Registers Unabhängiger Honorar-Anlageberater“ ersetzt.

95. Der bisherige § 36d wird § 94 und wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird nach dem Wort „zur“ das Wort „Unabhängigen“ eingefügt.

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Bezeichnungen „Unabhängiger Honorar-Anlageberater“, „Unabhängige Honorar-Anlageberaterin“ „Unabhängige Honorar-Anlageberatung“ oder „Unabhängiger Honoraranlageberater“, „Unabhängige Honoraranlageberaterin“, „Unabhängige Honoraranlageberatung“ auch in abweichender Schreibweise oder eine Bezeichnung, in der diese Wörter enthalten sind, dürfen, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist, in der Firma, als Zusatz zur Firma, zur Bezeichnung des Geschäftszwecks oder zu Werbezwecken nur Wertpapierdienstleistungsunternehmen führen, die im Register Unabhängiger Anlageberater nach § 93 eingetragen sind.“

c) In Absatz 4 werden die Wörter „Honorar-Anlageberaterregister nach § 36c“ durch die Wörter „Register Unabhängiger Honorar-Anlageberater nach § 93“ ersetzt.

96. Der bisherige § 37 wird § 95 und in den Sätzen 1 und 2 werden die Wörter „§ 31 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 bis 8 sowie die §§ 31c, 31d und 33a“ jeweils durch die Wörter „§ 63 Absatz 1 und Absatz 3 bis 7 und 9, § 56 Absatz 1 sowie die §§ 69, 70 und 82“ ersetzt.

97. Nach § 95 wird folgender § 96 eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„§ 96

Strukturierte Einlagen

§ 63 und 64, mit Ausnahme von § 64 Absatz 2, § 67 Absatz 4, §§ 68 bis 71, 80 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 und 3 und Absatz 7 bis 13, § 81, § 83 Absatz 1 und 2, § 87 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2, 3, 4 Satz 1 und Absatz 6 sind auf Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Kreditinstitute entsprechend anzuwenden, wenn sie strukturierte Einlagen verkaufen oder über diese beraten.“

98. Der bisherige Abschnitt 7 wird Abschnitt 12.

99. Der bisherige § 37b wird § 97 und Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Unterlässt es ein Emittent, der für seine Finanzinstrumente die Zulassung zum Handel an einem inländischen Handelsplatz genehmigt oder an einem inländischen regulierten Markt oder multilateralen Handelssystem beantragt hat, unverzüglich eine Insiderinformation, die ihn unmittelbar betrifft, nach Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 596/ 2014 zu veröffentlichen, ist er einem Dritten zum Ersatz des durch die Unterlassung entstandenen Schadens verpflichtet, wenn der Dritte

1. die Finanzinstrumente nach der Unterlassung erwirbt und er bei Bekanntwerden der Insiderinformation noch Inhaber der Finanzinstrumente ist oder
2. die Finanzinstrumente vor dem Entstehen der Insiderinformation erwirbt und nach der Unterlassung veräußert.“

100. Der bisherige § 37c wird § 98 und Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Veröffentlicht ein Emittent, der für seine Finanzinstrumente die Zulassung zum Handel an einem inländischen Handelsplatz genehmigt oder an einem inländischen regulierten Markt oder multilateralen Handelssystem beantragt hat, in einer Mitteilung nach Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 eine unwahre Insiderinformation, die ihn unmittelbar betrifft, ist er einem Dritten zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der dadurch entsteht, dass der Dritte auf die Richtigkeit der Insiderinformation vertraut, wenn der Dritte

1. die Finanzinstrumente nach der Veröffentlichung erwirbt und er bei dem Bekanntwerden der Unrichtigkeit der Insiderinformation noch Inhaber der Finanzinstrumente ist oder
2. die Finanzinstrumente vor der Veröffentlichung erwirbt und vor dem Bekanntwerden der Unrichtigkeit der Insiderinformation veräußert.“

101. Der bisherige Abschnitt 8 wird Abschnitt 13.

102. Der bisherige § 37e wird § 99 und in Satz 2 wird die Angabe „§§ 37g und 37h“ durch die Angabe „§§ 100 und 101“ ersetzt und werden die Wörter „Derivate im Sinne des § 2 Absatz 2“ durch die Wörter „derivativen Geschäfte Sinne des § 2 Absatz 3“ ersetzt.

103. Der bisherige § 37g wird § 100 und in Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 4b“ durch die Angabe „§ 15“ ersetzt.

104. Der bisherige Abschnitt 9 wird Abschnitt 14.

105. Der bisherige § 37h wird § 101.

106. Der bisherige Abschnitt 10 wird Abschnitt 15.

107. Der bisherige § 37i wird § 102 und der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

108. Der bisherige § 37j wird § 103.

109. Der bisherige § 37k wird § 104 und in Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „§ 37j“ durch die Angabe „§ 103“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

110. Der bisherige § 37l wird § 105.

111. Der bisherige Abschnitt 11 wird Abschnitt 16.

112. Der bisherige § 37n wird § 106.

113. Der bisherige § 37o wird § 107 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 4 wird die Angabe „§ 37p Abs. 1 Satz 2“ durch die Wörter „§ 108 Absatz 1 Satz 2“ ersetzt.

bb) In Satz 5 wird die Angabe „§ 37p Abs. 1 Satz 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 108 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1“ ersetzt.

b) Die bisherigen Absätze 1a, 2 und 3 werden Absätze 2, 3 und 4.

c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 37n“ durch die Angabe „§ 106“ ersetzt.

bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 4 Abs. 9“ durch die Angabe „§ 6 Absatz 15“ ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 4 Abs. 4 Satz 2“ durch die Angabe „§ 6 Absatz 11 Satz 2“ ersetzt.

114. Der bisherige § 37p wird § 108 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 Satzteil vor Nummer 1 die Angabe „§ 37o“ durch die Angabe „§ 107“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 37o Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 107 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.

115. Die bisherigen §§ 37q und 37r werden die §§ 109 und § 110.

116. Der bisherige § 37s wird § 111 und Absatz 1 wie folgt geändert:

a) In Satz 2 wird die Angabe „§ 7 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 18 Absatz 2“ und die Angabe „Abs. 7“ durch die Angabe „Absatz 10“ ersetzt.

b) In Satz 3 wird die Angabe „§ 37o Abs. 4 und 5“ durch die Wörter „§ 107 Absatz 5 und 6“ ersetzt.

117. Der bisherige § 37t wird § 112 und in Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Widerspruch gegen Maßnahmen der Bundesanstalt nach § 107 Absatz 1 Satz 1, 3 und 6 sowie Absatz 5 und 6, § 108 Absatz 1 Satz 3 und 4, Absatz 2 und § 109 Absatz 1 und 2 Satz 1 hat keine aufschiebende Wirkung.“

118. Die bisherigen §§ 37u, 37v, 37w und 37x werden die §§ 113 bis § 116.

119. Der bisherige § 37y wird § 117 und wie folgt geändert:

a) Im Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§§ 37v und 37w“ durch die Angabe „§§ 114 und 115“ ersetzt.

b) In Nummer 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 37w Abs. 3“ durch die Angabe „§ 115 Absatz 3“ ersetzt.

120. Der bisherige § 37z wird § 118 und wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) In Absatz 1 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§§ 37v, 37w und 37y“ durch die Angabe „§§ 114, 115 und 117“ ersetzt.

c) In den Absätzen 2 und 3 wird die Angabe „§ 37w“ jeweils durch die Angabe „§ 115“ ersetzt.

d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

aa) In Satz 1 wird die Angabe „§§ 37v, 37w und 37y“ durch die Angabe „§§ 114, 115 und 117“ und werden die Wörter „§ 37v Absatz 3 oder § 37w Absatz 6“ durch die Wörter „§ 114 Absatz 3 oder § 115 Absatz 6“ ersetzt.

bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 37v“ jeweils durch die Angabe „§ 114“ und die Angabe „§ 37w“ jeweils durch die Angabe „§115“ ersetzt.

121. Der bisherige Abschnitt 12 wird Abschnitt 17.

122. Der bisherige § 38 wird § 119 und wie folgt gefasst:

„§ 119

Strafvorschriften

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine in § 120 Absatz 2 Nummer 3 oder Absatz 15 Nummer 2 bezeichnete vorsätzliche Handlung begeht und dadurch einwirkt auf

1. den inländischen Börsen- oder Marktpreis eines Finanzinstruments, eines damit verbundenen Waren-Spot-Kontrakts, einer Ware im Sinne des § 2 Absatz 5 oder eines ausländischen Zahlungsmittels im Sinne des § 51 des Börsengesetzes,
2. den Preis eines Finanzinstruments oder eines damit verbundenen Waren-Spot-Kontrakts an einem organisierten Markt, einem multilateralen oder organisierten Handelssystem in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum,
3. den Preis einer Ware im Sinne des § 2 Absatz 5 oder eines ausländischen Zahlungsmittels im Sinne des § 51 des Börsengesetzes an einem mit einer inländischen Börse vergleichbaren Markt in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
4. die Berechnung eines Referenzwertes im Inland oder in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum.

(2) Ebenso wird bestraft, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 der Kommission vom 12. November 2010 über den zeitlichen und administrativen Ablauf sowie sonstige Aspekte der Versteigerung von Treibhausgasemissionszertifikaten gemäß der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft (ABl. L 302 vom 18.11.2010, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 176/2014 (ABl. L 56 vom 26.2.2014, S. 11) geändert worden ist, verstößt, indem er

1. entgegen Artikel 38 Absatz 1 Unterabsatz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2 oder Artikel 40, ein Gebot einstellt, ändert oder zurückzieht oder
2. als Person nach Artikel 38 Absatz 1 Unterabsatz 2, auch in Verbindung mit Absatz 2,
   a) entgegen Artikel 39 Buchstabe a eine Insiderinformation weitergibt oder
   b) entgegen Artikel 39 Buchstabe b die Einstellung, Änderung oder Zurückziehung eines Gebotes empfiehlt oder eine andere Person hierzu verleitet.

(3) Ebenso wird bestraft, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 1; ABl. L 287 vom 21.10.2016, S. 320), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) geändert worden ist, verstößt, indem er

1. entgegen Artikel 14 Buchstabe a ein Insidergeschäft tätigt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. entgegen Artikel 14 Buchstabe b einem Dritten empfiehlt, ein Insidergeschäft zu tätigen, oder einen Dritten dazu verleitet oder

3. entgegen Artikel 14 Buchstabe c eine Insiderinformation offenlegt.

(4) Der Versuch ist strafbar.

(5) Mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer in den Fällen des Absatzes 1

1. gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat, handelt oder

2. in Ausübung seiner Tätigkeit für eine inländische Finanzaufsichtsbehörde, ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen, eine Börse oder einen Betreiber eines Handelsplatzes handelt.

(6) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1 leichtfertig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.“

123. Der bisherige § 39 wird § 120 und wie folgt gefasst:

„§ 120

Bußgeldvorschriften; Verordnungsermächtigung

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 8 Absatz 2 Satz 1 oder Satz 2 zuwiderhandelt,

2. eine Information entgegen § 26 Absatz 1 oder Absatz 2 nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,

3. eine Mitteilung entgegen § 26 Absatz 1 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,

4. eine Mitteilung entgegen § 26 Absatz 2 nicht oder nicht rechtzeitig macht oder

5. entgegen § 30 Absatz 3 Clearingdienste nutzt.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. eine Information entgegen § 5 Absatz 1 Satz 2 nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,

2. entgegen

a) § 5 Absatz 1 Satz 2,

b) § 22 Absatz 3

c) § 23 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 4 Satz 1,

d) § 33 Absatz 1 Satz 1 oder 2 oder Absatz 2, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 33 Absatz 5,

e) § 38 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 38 Absatz 5, oder § 39 Absatz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 39 Absatz 2,

f) § 40 Absatz 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 40 Absatz 3 Nummer 2,

g) § 41 Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit Absatz 2,

h) § 46 Absatz 2 Satz 1,

i) § 50 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 50 Absatz 2,

j) § 51 Absatz 2,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

k) § 114 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 117, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 114 Absatz 3 Nummer 2,

l) § 115 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit § 117, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 115 Absatz 6 Nummer 3,

m) § 116 Absatz 2 Satz 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 116 Absatz 4 Nummer 2 oder

n) § 118 Absatz 4 Satz 3

eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht,

2a. entgegen § 12 oder § 23 Absatz 1 Satz 2 eine Person über eine Anzeige, eine eingeleitete Untersuchung oder eine Maßnahme in Kenntnis setzt,

2b. einer vollziehbaren Anordnung nach § 15 Absatz 1 zuwiderhandelt,

3. entgegen § 25 in Verbindung mit Artikel 15 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 eine Marktmanipulation begeht,

4. entgegen

a) § 40 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 40 Absatz 3 Nummer 1, oder entgegen § 41 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2, oder § 46 Absatz 2 Satz 1,

b) § 40 Absatz 1 Satz 2, in Verbindung mit Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 40 Absatz 3,

c) § 49 Absatz 1 oder 2,

d) § 50 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 50 Absatz 2 oder entgegen § 51 Absatz 2,

e) § 114 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 114 Absatz 3 Nummer 1, jeweils auch in Verbindung mit § 117, oder entgegen § 118 Absatz 4 Satz 2,

f) § 115 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 115 Absatz 6 Nummer 2, jeweils auch in Verbindung mit § 117, oder

g) § 116 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 116 Absatz 4 Nummer 1

eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt oder nicht oder nicht rechtzeitig nachholt,

5. entgegen § 27 Satz 1 eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt,

6. entgegen § 29 Absatz 5 Satz 1 der Stellung eines Billigungsantrags nicht eine dort genannte Erklärung beifügt,

7. entgegen § 31 Absatz 2 eine Mitteilung nicht oder nicht rechtzeitig macht,

8. entgegen § 32 Absatz 1 Satz 1 die dort genannten Tatsachen nicht oder nicht rechtzeitig prüfen und bescheinigen lässt,

9. entgegen § 32 Absatz 4 Satz 1 eine Bescheinigung nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,

10. entgegen § 40 Absatz 1 Satz 1, § 41 Absatz 1 Satz 3, § 46 Absatz 2 Satz 2, § 50 Absatz 1 Satz 2, § 51 Absatz 2, § 114 Absatz 1 Satz 3, § 115 Absatz 1 Satz 3, § 116 Absatz 2 Satz 2 oder § 118 Absatz 4 Satz 3 eine Information oder eine Bekanntmachung nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

11. entgegen § 48 Absatz 1 Nummer 2, auch in Verbindung mit Absatz 3, nicht sicherstellt, dass Einrichtungen und Informationen im Inland öffentlich zur Verfügung stehen,
12. entgegen § 48 Absatz 1 Nummer 3, auch in Verbindung mit Absatz 3, nicht sicherstellt, dass Daten vor der Kenntnisnahme durch Unbefugte geschützt sind,
13. entgegen § 48 Absatz 1 Nummer 4, auch in Verbindung mit Absatz 3, nicht sicherstellt, dass eine dort genannte Stelle bestimmt ist,
14. entgegen § 86 Satz 1, 2 oder 4 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,
15. entgegen § 114 Absatz 1 Satz 4, § 115 Absatz 1 Satz 4, jeweils auch in Verbindung mit § 117, einen Jahresfinanzbericht einschließlich der Erklärung gemäß § 114 Absatz 2 Nummer 3 und der Eintragungsbescheinigung oder Bestätigung gemäß § 114 Absatz 2 Nummer 4 oder einen Halbjahresfinanzbericht einschließlich der Erklärung gemäß § 115 Absatz 2 Nummer 3 oder entgegen § 116 Absatz 2 Satz 3 einen Zahlungs- oder Konzernzahlungsbericht nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt oder
16. einer unmittelbar geltenden Vorschrift in delegierten Rechtsakten der Europäischen Union, die die Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen (ABl. L 302 vom 17.11.2009, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 462/2013 (ABl. L 146 vom 31.5.2013, S. 1) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung ergänzen, im Anwendungsbereich dieses Gesetzes zuwiderhandelt, soweit eine Rechtsverordnung nach Absatz 28 für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(3) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen Artikel 74 oder Artikel 75 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt.

(4) Ordnungswidrig handelt, wer als Person, die für ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen handelt, gegen die Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 ein Rating verwendet,
2. entgegen Artikel 5a Absatz 1 nicht dafür Sorge trägt, dass das Wertpapierdienstleistungsunternehmen eigene Kreditrisikobewertungen vornimmt,
3. entgegen Artikel 8c Absatz 1 einen Auftrag nicht richtig erteilt,
4. entgegen Artikel 8c Absatz 2 nicht dafür Sorge trägt, dass die beauftragten Ratingagenturen die dort genannten Voraussetzungen erfüllen oder
5. entgegen Artikel 8d Absatz 1 Satz 2 eine dort genannte Dokumentation nicht richtig vornimmt.

(5) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 1031/2010 verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. als Person nach Artikel 40
   a) entgegen Artikel 39 Buchstabe a eine Insider-Information weitergibt oder
   b) entgegen Artikel 39 Buchstabe b die Einstellung, Änderung oder Zurückziehung eines Gebotes empfiehlt oder eine andere Person hierzu verleitet,
2. entgegen Artikel 42 Absatz 1 Satz 2 oder Satz 3 das Verzeichnis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt,
3. entgegen Artikel 42 Absatz 2 eine Unterrichtung nicht, nicht richtig oder nicht innerhalb von fünf Werktagen vornimmt oder
4. entgegen Artikel 42 Absatz 5 die Behörde nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig informiert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(6) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 236/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (ABl. L 86 vom 24.3.2012, S. 1) die durch die Verordnung (EU) Nr. 909/2014 (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 1) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Artikel 5 Absatz 1, Artikel 7 Absatz 1 oder Artikel 8 Absatz 1, jeweils auch in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 1 Unterabsatz 1 oder Artikel 10, eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,
2. entgegen Artikel 6 Absatz 1, auch in Verbindung mit Artikel 9 Absatz 1 Unterabsatz 1 oder Artikel 10, eine Einzelheit nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig offenlegt,
3. entgegen Artikel 12 Absatz 1 oder Artikel 13 Absatz 1 eine Aktie oder einen öffentlichen Schuldtitel leer verkauft,
4. entgegen Artikel 14 Absatz 1 eine Transaktion vornimmt, oder
5. entgegen Artikel 15 Absatz 1 nicht sicherstellt, dass er über ein dort genanntes Verfahren verfügt.

(7) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1; L 321 vom 30.11.2013, S. 6), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2015/2365 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S.1) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Artikel 4 Absatz 1 und 3 einen OTC-Derivatekontrakt nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise cleart,
2. als Betreiber eines multilateralen Handelssystems im Sinne des § 72 Absatz 1 entgegen Artikel 8 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Unterabsatz 1 Handelsdaten nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
3. entgegen Artikel 9 Absatz 1 Satz 2 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,
4. entgegen Artikel 9 Absatz 2 eine Aufzeichnung nicht oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt,
5. entgegen Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a eine Mitteilung nicht oder nicht rechtzeitig macht,
6. entgegen Artikel 11 Absatz 1 nicht gewährleistet, dass ein dort genanntes Verfahren oder eine dort genannte Vorkehrung besteht,
7. entgegen Artikel 11 Absatz 2 Satz 1 den Wert ausstehender Kontrakte nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig ermittelt,
8. entgegen Artikel 11 Absatz 3 kein dort beschriebenes Risikomanagement betreibt,
9. entgegen Artikel 11 Absatz 4 nicht gewährleistet, dass zur Abdeckung der dort genannten Risiken eine geeignete und angemessene Eigenkapitalausstattung vorgehalten wird, oder
10. entgegen Artikel 11 Absatz 11 Satz 1 die Information über eine Befreiung von den Anforderungen des Artikels 11 Absatz 3 nicht oder nicht richtig veröffentlicht.

(8) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. im Zusammenhang mit einer Untersuchung betreffend die Einhaltung der Pflichten nach den Abschnitten 9 bis 11 einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach § 6 bis § 9 zuwiderhandelt.
2. einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach § 9 Absatz 2 zuwiderhandelt, auch wenn im Ausland gehandelt wird,
3. als Betreiber eines inländischen Handelsplatzes, der im Namen eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens Meldungen nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 vornimmt,
   a) entgegen § 22 Absatz 2 Satz 1 dort genannte Sicherheitsmaßnahmen nicht einrichtet oder

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

b) entgegen § 22 Absatz 2 Satz 2 dort genannte Mittel nicht vorhält oder dort genannte Notfallsysteme nicht einrichtet,

4. ein von der Bundesanstalt für ein Warenderivat gemäß § 54 Absatz 1, 3, 5 festgelegtes Positionslimit überschreitet,
5. ein von einer ausländischen zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates für ein Warenderivat festgelegtes Positionslimit überschreitet,
6. entgegen § 54 Absatz 6 Satz 1 nicht über angemessene Kontrollverfahren zur Überwachung des Positionsmanagements verfügt,
7. entgegen § 54 Absatz 6 Satz 4 eine Unterrichtung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig vornimmt,
8. entgegen § 57 Absatz 2, Absatz 3 und Absatz 4 eine Übermittlung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig vornimmt,
9. entgegen § 57 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vornimmt,
10. entgegen § 58 Absatz 1 Satz 1 nicht über die dort genannten Grundsätze und Vorkehrungen verfügt,
11. entgegen § 58 Absatz 2 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
12. entgegen § 58 Absatz 2 Satz 2 nicht in der Lage ist, Informationen in der vorgeschriebenen Weise zu verbreiten,
13. entgegen § 58 Absatz 3 Satz 1 nicht die dort genannten Vorkehrungen trifft,
14. entgegen § 58 Absatz 3 Satz 2, § 59 Absatz 3 Satz 2 oder § 60 Absatz 2 Satz 2 Informationen in diskriminierender Weise behandelt oder keine geeigneten Vorkehrungen zur Trennung unterschiedlicher Unternehmensfunktionen trifft,
15. entgegen § 58 Absatz 4 Satz 1 oder § 60 Absatz 3 Satz 1 dort genannte Mechanismen nicht einrichtet,
16. entgegen § 58 Absatz 4 Satz 2 oder § 60 Absatz 3 Satz 2 nicht über dort genannte Mittel und Notfallsysteme verfügt,
17. entgegen § 58 Absatz 5 nicht über dort genannte Systeme verfügt,
18. entgegen § 59 Absatz 1 Satz 2 nicht über dort genannte Grundsätze oder Vorkehrungen verfügt,
19. entgegen § 59 Absatz 1 Satz 2 nicht die genannten Grundsätze und Vorkehrungen trifft,
20. entgegen § 59 Absatz 1 Satz 3 nicht in der Lage ist, Informationen in der vorgeschriebenen Weise zur Verfügung zu stellen,
21. entgegen § 59 Absatz 2 Informationen nicht in der vorgeschriebenen Weise verbreitet,
22. entgegen § 59 Absatz 3 Satz 1 dort genannte Vorkehrungen nicht trifft,
23. entgegen § 59 Absatz 4 Satz 1 dort genannte Mechanismen nicht einrichtet,
24. entgegen § 59 Absatz 4 Satz 2 nicht über die dort genannten Mittel und Notfallsysteme verfügt,
25. entgegen § 60 Absatz 1 Satz 1 nicht über die dort genannten Grundsätze und Vorkehrungen verfügt,
26. entgegen § 60 Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 4 keine Vorkehrungen trifft,
27. entgegen § 63 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 23 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, eine Darlegung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

28. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen entgegen § 63 Absatz 3 Satz 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 13 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, keine Sicherstellung trifft,

29. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen entgegen § 63 Absatz 3 Satz 2, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 13 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen Anreiz setzt,

30. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen ein Finanzinstrument vertreibt, das nicht gemäß den Anforderungen des § 63 Absatz 4, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 80 Absatz 14 sowie dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 13 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, konzipiert wurde,

31. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen entgegen § 63 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 13 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, Informationen zugänglich macht, die nicht redlich, nicht eindeutig oder irreführend sind,

32. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen einer anderen Person eine Marketingmitteilung zugänglich macht, die entgegen § 63 Absatz 6 Satz 2 nicht eindeutig als solche erkennbar ist,

33. entgegen § 63 Absatz 7 Satz 1 in Verbindung mit Satz 3 und 4, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 13 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, Informationen nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,

34. entgegen § 63 Absatz 7 Satz 5, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 13 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, eine Aufstellung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt,

35. entgegen § 64 Absatz 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen Kunden nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig informiert,

36. entgegen § 63 Absatz 9 Satz 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen Kunden nicht oder nicht richtig informiert oder ihm nicht für jeden Bestandteil getrennt Kosten und Gebühren nachweist,

37. entgegen § 63 Absatz 9 Satz 2, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen Privatkunden nicht oder nicht in angemessener Weise informiert,

38. entgegen

    a) § 64 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 64 Absatz 10 Satz 1 Nummer 1 ein Informationsblatt oder

    b) § 64 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit Satz 1 die wesentlichen Anlegerinformationen oder

    c) § 64 Absatz 2 Satz 3 in Verbindung mit Satz 1 ein Vermögensanlagen-Informationsblatt

    nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,

39. entgegen § 64 Absatz 3 Satz 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 25 Absatz 8 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, die dort genannten Informationen nicht oder nicht vollständig einholt,

40. entgegen § 64 Absatz 3 Satz 2 bis 4 ein Finanzinstrument oder eine Wertpapierdienstleistung empfiehlt oder ein Geschäft tätigt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

41. entgegen § 64 Absatz 4 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 25 Absatz 8 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, eine Geeignetheitserklärung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
42. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das einem Kunden im Verlauf einer Anlageberatung mitgeteilt hat, dass eine Unabhängige Honorar-Anlageberatung erbracht wird, dem Kunden gegenüber eine Empfehlung eines Finanzinstruments ausspricht, der nicht eine im Sinne von § 64 Absatz 5 Nummer 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, ausreichende Palette von Finanzinstrumenten zugrunde liegt,
43. entgegen § 64 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 64 Absatz 10 Nummer 2, eine Information nicht, nicht richtig oder nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gibt,
44. entgegen § 64 Absatz 6 Satz 2 einen Vertragsschluss als Festpreisgeschäft ausführt,
45. entgegen § 64 Absatz 7, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 64 Absatz 10 Nummer 3, eine Zuwendung annimmt oder behält,
46. entgegen § 63 Absatz 10 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, jeweils auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 25 Absatz 8 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, die dort genannten Informationen nicht oder nicht vollständig einholt,
47. entgegen § 63 Absatz 10 Satz 3 oder 4, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 25 Absatz 8 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen Hinweis oder eine Information nicht oder nicht rechtzeitig gibt,
48. entgegen § 63 Absatz 12 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2, auch in Verbindung mit § 64 Absatz 8, jeweils auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 25 Absatz 8 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einem Kunden nicht regelmäßig berichtet oder nicht den Ausführungsort eines Auftrags mitteilt,
49. entgegen § 68 Absatz 1 Satz 2 mit einer geeigneten Gegenpartei nicht in der dort beschriebenen Weise kommuniziert,
50. entgegen § 69 Absatz 1 Nummer 1 oder Nummer 2, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 28 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, keine geeigneten Vorkehrungen in Bezug auf die Ausführung und Weiterleitung von Kundenaufträgen trifft,
51. entgegen § 69 Absatz 2 Satz 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 28 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen Auftrag nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bekannt macht,
52. entgegen § 70 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 60 Absatz 9 Nummer 1, eine Zuwendung annimmt oder gewährt,
53. entgegen § 70 Absatz 5, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 13 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen Kunden nicht über Verfahren betreffend die Auskehrung von Zuwendungen an Kunden informiert,
54. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 1 die dort genannten Regelungen nicht oder nicht im vorgeschriebenen Umfang festlegt,
55. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 2 die dort genannten Regelungen nicht oder nicht im vorgeschriebenen Umfang festlegt,
56. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 3 nicht über angemessene Verfahren verfügt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

57. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 4 eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig vornimmt,
58. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 5 Entgelte nicht oder nicht im vorgeschriebenem Umfang verlangt,
59. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 6 die dort benannten Vorkehrungen nicht oder nicht im vorgeschriebenen Umfang trifft,
60. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 7 kein angemessenes Order-Transaktionsverhältnis sicherstellt,
61. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 8 keine Festlegung über die angemessene Größe der kleinstmöglichen Preisänderung trifft,
62. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 9 die dort genannten Risikokontrollen, Schwellen und Regelungen nicht festlegt,
63. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 10 die dort genannten Regelungen nicht festlegt,
64. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 11 keine zuverlässige Verwaltung der technischen Abläufe des Handelssystems sicherstellt,
65. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 12 die dort genannten Vorkehrungen nicht trifft,
66. entgegen § 72 Absatz 1 Nummer 13 ein multilaterales oder organisiertes Handelssystem betreibt, ohne über mindestens drei Nutzer zu verfügen, die mit allen übrigen Nutzern zum Zwecke der Preisbildung in Verbindung treten können,
67. ein multilaterales oder organisiertes Handelssystem betreibt, ohne über die Systeme im Sinne von § 5 Absatz 4a des Börsengesetzes in Verbindung mit § 72 Absatz 1 zu verfügen,
68. als Betreiber eines multilateralen oder eines organisierten Handelssystems entgegen § 26c Absatz 2 Satz 1 des Börsengesetzes in Verbindung mit § 72 Absatz 1 nicht eine ausreichende Teilnehmerzahl sicherstellt,
69. als Betreiber eines multilateralen oder organisierten Handelssystems einen Vertrag im Sinne des § 26c Absatz 1 des Börsengesetzes in Verbindung mit § 72 Absatz 1 schließt, der nicht sämtliche in § 26c Absatz 3 des Börsengesetzes genannten Bestandteile enthält,
70. entgegen § 72 Absatz 2 Gebührenstrukturen nicht gemäß den dort genannten Anforderungen gestaltet,
71. entgegen § 72 Absatz 3 eine Beschreibung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig vorlegt,
72. entgegen § 72 Absatz 6 Satz 1 eine Mitteilung an die Bundesanstalt über schwerwiegende Verstöße gegen Handelsregeln, über Störungen der Marktintegrität und über Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen die Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, nicht oder nicht rechtzeitig macht,
73. entgegen § 73 Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit § 73 Absatz 2 Satz 1, den Handel mit einem Finanzinstrument nicht aussetzt oder einstellt,
74. entgegen § 73 Absatz 1 Satz 4, auch in Verbindung mit § 73 Absatz 2 Satz 3, eine Entscheidung nicht oder nicht richtig veröffentlicht oder die Bundesanstalt über eine Veröffentlichung nicht oder nicht rechtzeitig informiert,
75. entgegen § 74 Absatz 1 und Absatz 2 als Betreiber eines multilateralen Systems nicht dort genannte Regeln vorhält,
76. entgegen § 74 Absatz 3 die dort genannten Vorkehrungen nicht oder nicht im vorgeschriebenen Umfang trifft,
77. entgegen § 74 Absatz 5 einen Kundenauftrag unter Einsatz des Eigenkapitals ausführt,
78. entgegen § 75 Absatz 1 die dort genannten Vorkehrungen nicht trifft,
79. entgegen § 75 Absatz 2 Satz 1 ohne Zustimmung des Kunden auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge zurückgreift,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

80. entgegen § 75 Absatz 2 Satz 2 Kundenaufträge zusammenführt,
81. entgegen § 75 Absatz 2 Satz 3 bei der Ausführung eines Geschäfts nicht sicherstellt, dass
    a) er während der gesamten Ausführung eines Geschäfts zu keiner Zeit einem Marktrisiko ausgesetzt ist,
    b) beide Vorgänge gleichzeitig ausgeführt werden oder
    c) das Geschäft zu einem Preis abgeschlossen wird, bei dem er, abgesehen von einer vorab offen gelegten Provision, Gebühr oder sonstigen Vergütung, weder Gewinn noch Verlust macht,
82. entgegen § 75 Absatz 3 als Betreiber eines organisierten Handelssystems bei dessen Betrieb ein Geschäft für eigene Rechnung abschließt, das nicht in der Zusammenführung von Kundenaufträgen besteht und das ein Finanzinstrument zum Gegenstand hat, bei dem es sich nicht um einen öffentlichen Schuldtitel handelt, für den es keinen liquiden Markt gibt,
83. entgegen § 75 Absatz 4 Satz 1 innerhalb derselben rechtlichen Einheit ein organisiertes Handelssystem und die systematische Internalisierung betreibt,
84. entgegen § 75 Absatz 4 Satz 2 ein organisiertes Handelssystem betreibt, das eine Verbindung zu einem systematischen Internalisierer in einer Weise herstellt, dass die Interaktion von Aufträgen in dem organisierten Handelssystem und Aufträgen oder Offerten in dem systematischen Internalisierer ermöglicht wird,
85. als Betreiber eines organisierten Handelssystems beim Umgang mit Aufträgen in anderen als den in § 75 Absatz 6 Satz 2 genannten Fällen ein Ermessen ausübt,
86. einem vollziehbaren Erklärungsverlangen nach § 75 Absatz 7 Satz 1 zuwiderhandelt,
87. entgegen § 75 Absatz 7 Satz 3 die dort genannten Informationen nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt,
88. entgegen § 77 Absatz 1 einen direkten elektronischen Zugang zu einem Handelsplatz anbietet, ohne über die dort genannten Systeme und Kontrollen zu verfügen,
89. entgegen § 77 Absatz 1 nicht sicherstellt, dass seine Kunden die dort genannten Anforderungen erfüllen oder die dort genannten Vorschriften einhalten,
90. entgegen § 77 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c Geschäfte nicht überwacht, um Verstöße gegen die Regeln des Handelsplatzes, marktstörende Handelsbedingungen oder auf Marktmissbrauch hindeutende Verhaltensweisen zu erkennen,
91. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen einem Kunden einen direkten elektronischen Zugang zu einem Handelsplatz anbietet, ohne zuvor einen schriftlichen Vertrag mit dem Kunden geschlossen zu haben, der den inhaltlichen Anforderungen des § 77 Absatz 2 entspricht,
92. entgegen § 77 Absatz 3 Satz 1 eine Mitteilung nicht oder nicht richtig macht,
93. einer vollziehbaren Anordnung nach § 77 Absatz 3 Satz 2 zuwiderhandelt,
94. entgegen § 77 Absatz 4 nicht für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen sorgt oder nicht sicherstellt, dass die Aufzeichnungen ausreichend sind,
95. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen als allgemeines Clearing-Mitglied für andere Personen handelt, ohne über die in § 78 Satz 1 genannten Systeme und Kontrollen zu verfügen,
96. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen als allgemeines Clearing-Mitglied für eine andere Person handelt, ohne zuvor mit dieser Person eine nach § 78 Satz 3 erforderliche schriftliche Vereinbarung hinsichtlich der wesentlichen Rechte und Pflichten geschlossen zu haben,
97. entgegen § 80 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 23 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, keine Vorkehrungen trifft,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

98. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen algorithmischen Handel betreibt, ohne über die in § 80 Absatz 2 Satz 3 genannten Systeme und Risikokontrollen zu verfügen,

99. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen algorithmischen Handel betreibt, ohne über die in § 80 Absatz 2 Satz 4 genannten Notfallvorkehrungen zu verfügen,

100. entgegen § 80 Absatz 2 Satz 5 eine Anzeige nicht macht,

101. einer vollziehbaren Anordnung nach § 80 Absatz 3 Satz 3 zuwiderhandelt,

102. entgegen § 80 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise macht oder nicht für die Dauer von 5 Jahren aufbewahrt,

103. entgegen § 80 Absatz 4 Nummer 1 das Market-Making nicht im dort vorgeschriebenen Umfang betreibt,

104. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen algorithmischen Handel unter Verfolgung einer Market-Making-Strategie im Sinne des § 80 Absatz 5 betreibt, ohne zuvor einen schriftlichen Vertrag mit dem Handelsplatz geschlossen zu haben, der zumindest die Verpflichtungen im Sinne des § 80 Absatz 4 Nummer 1 beinhaltet,

105. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen algorithmischen Handel unter Verfolgung einer Market-Making-Strategie im Sinne des § 80 Absatz 5 betreibt, ohne über die in § 80 Absatz 4 Nummer 3 genannten Systeme und Kontrollen zu verfügen,

106. entgegen § 80 Absatz 9 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 80 Absatz 14 Satz 1, ein Produktfreigabeverfahren nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise unterhält oder betreibt oder nicht regelmäßig überprüft,

107. entgegen § 80 Absatz 10 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 80 Absatz 14 Satz 1, die Festlegung eines Zielmarkts nicht regelmäßig überprüft,

108. entgegen § 80 Absatz 11 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 80 Absatz 14 Satz 1, die dort genannten Informationen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise zur Verfügung stellt,

109. entgegen § 80 Absatz 11 Satz 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 80 Absatz 14 Satz 1, nicht über angemessene Vorkehrungen verfügt, um sich die in § 80 Absatz 11 Satz 1 genannten Informationen vom konzipierenden Wertpapierdienstleistungsunternehmen oder vom Emittenten zu verschaffen und die Merkmale und den Zielmarkt des Finanzinstruments zu verstehen,

110. entgegen § 81 Absatz 1 nicht die Organisation, Eignung des Personals, Mittel und Regelungen zur Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und wertpapiernebendienstleistungen, die Firmenpolitik und die Vergütungspolitik festlegt, umsetzt und überwacht

111. entgegen § 81 Absatz 2 nicht die Eignung und die Umsetzung der strategischen Ziele des Wertpapierdienstleistungsunternehmens, die Wirksamkeit der Unternehmensführungsregelungen und die Angemessenheit der Firmenpolitik überwacht und überprüft oder nicht unverzüglich Schritte einleitet, um bestehende Mängel zu beseitigen,

112. entgegen § 81 Absatz 3 keinen angemessenen Zugang sicherstellt,

113. entgegen § 82 Absatz 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 27 Absatz 9 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, nicht sicherstellt, dass ein Kundenauftrag nach den dort benannten Grundsätzen ausgeführt wird,

114. entgegen § 82 Absatz 1 Nummer 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 27 Absatz 9 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission keine regelmäßige Überprüfung vornimmt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

115. entgegen § 82 Absatz 5 Satz 2, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 27 Absatz 9 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen dort genannten Hinweis nicht oder nicht rechtzeitig gibt oder eine dort genannte Einwilligung nicht oder nicht rechtzeitig einholt,

116. entgegen § 82 Absatz 6 Nummer 1, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 27 Absatz 9 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, einen Kunden nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig informiert,

117. entgegen § 82 Absatz 6 Nummer 1 eine dort genannte Zustimmung nicht oder nicht rechtzeitig einholt,

118. entgegen § 82 Absatz 6 Nummer 2, auch in Verbindung mit dem auf Grundlage von Artikel 27 Absatz 9 in Verbindung mit Artikel 89 der Richtlinie 2014/65/EU erlassenen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission, eine dort genannte Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht,

119. entgegen § 82 Absatz 8 eine Vergütung, einen Rabatt oder einen nicht monetären Vorteil annimmt,

120. entgegen § 82 Absatz 9, auch in Verbindung mit einem technischen Regulierungsstandard nach Artikel 27 Absatz 10 Buchstabe b der Richtlinie 2014/65/EU, eine dort genannte Veröffentlichung nicht mindestens einmal jährlich vornimmt,

121. als Betreiber eines Handelsplatzes oder als systematischer Internalisierer, vorbehaltlich der Regelung zu § 26e des Börsengesetzes, entgegen § 82 Absatz 10, auch in Verbindung mit einer Delegierten Verordnung nach Artikel 27 Absatz 9 sowie einem technischen Regulierungsstandard nach Artikel 27 Absatz 10 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU, eine dort genannte Veröffentlichung nicht mindestens einmal jährlich vornimmt,

122. als Betreiber eines Ausführungsplatzes, vorbehaltlich der Regelung zu § 26e des Börsengesetzes, entgegen § 82 Absatz 11, auch in Verbindung mit einer Delegierten Verordnung nach Artikel 27 Absatz 9 sowie einem technischen Regulierungsstandard nach Artikel 27 Absatz 10 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU, eine Veröffentlichung nicht mindestens einmal jährlich vornimmt,

123. entgegen § 83 Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 83 Absatz 11 Satz 1 und Artikel 58 sowie 72 bis 74 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II], eine dort genannte Aufzeichnung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erstellt,

124. entgegen § 83 Absatz 3 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 83 Absatz 11 Satz 1, und Artikel 76 der Delegierten Verordnung (EU) …, [DV MiFID II], ein Telefongespräch oder eine elektronische Kommunikation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise aufzeichnet,

125. entgegen § 83 Absatz 4 Satz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 83 Absatz 11 Satz 1, nicht alle angemessenen Maßnahmen ergreift, um einschlägige Telefongespräche und elektronische Kommunikation aufzuzeichnen,

126. entgegen § 83 Absatz 5, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 83 Absatz 11 Satz 1 und Artikel 76 Absatz 8 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II], einen Kunden nicht oder nicht rechtzeitig vorab in geeigneter Weise über die Aufzeichnung von Telefongesprächen nach § 83 Absatz 3 Satz 1 informiert,

127. entgegen § 84 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 4 Satz 1 keine geeigneten Vorkehrungen trifft, um die Rechte der Kunden an ihnen gehörenden Finanzinstrumenten oder Geldern zu schützen und zu verhindern, dass diese ohne ausdrückliche Zustimmung für eigene Rechnung verwendet werden,

128. entgegen § 84 Absatz 2 Satz 2 die Zustimmung des Kunden zur Verwahrung seiner Vermögensgegenstände bei einem qualifizierten Geldmarktfonds nicht oder nicht rechtzeitig einholt,

129. entgegen § 84 Absatz 2 Satz 4 eine treuhänderische Einlage nicht offenlegt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

130. entgegen § 84 Absatz 2 Satz 5 den Kunden nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig darüber unterrichtet, bei welchem Institut und auf welchem Konto seine Gelder verwahrt werden,

131. entgegen § 84 Absatz 5 Satz 1 ein Wertpapier nicht oder nicht rechtzeitig zur Verwahrung weiterleitet,

132. entgegen § 84 Absatz 7 mit einem Privatkunden eine Finanzsicherheit in Form einer Vollrechtsübertragung nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 2002/47/EG abschließt,

133. entgegen § 84 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit § 84 Absatz 6 Satz 2 ein Wertpapier für eigene Rechnung oder für Rechnung eines anderen Kunden nutzt,

134. entgegen § 87 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2, Absatz 3, Absatz 4 Satz 1 oder Absatz 5 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 87 Absatz 9 Satz 1 Nummer 2, einen Mitarbeiter mit einer dort genannten Tätigkeit betraut,

135. entgegen

    a) § 87 Absatz 1 Satz 2 oder Satz 3, Absatz 4 Satz 2 oder Satz 3 oder Absatz 5 Satz 2 oder Satz 3, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 87 Absatz 9 Satz 1 Nummer 1, oder

    b) § 87 Absatz 1 Satz 4 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 87 Absatz 9 Satz 1 Nummer 1

    eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,

136. einer vollziehbaren Anordnung nach § 87 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 Buchstabe b zuwiderhandelt oder

137. entgegen § 94 Absatz 1 eine dort genannte Bezeichnung führt,

(9) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.06.2014, S. 84) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes entgegen

    a) Artikel 3 Absatz 1,

    b) Artikel 6 Absatz 1,

    c) Artikel 8 Absatz 1 Satz 2,

    d) Artikel 8 Absatz 4 Satz 2,

    e) Artikel 10 Absatz 1,

    f) Artikel 11 Absatz 3 Unterabsatz 3 in Verbindung mit Artikel 10 Absatz 1,

    g) Artikel 31 Absatz 2,

    eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,

2. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes entgegen

    a) Artikel 3 Absatz 3,

    b) Artikel 6 Absatz 2,

    nicht in der dort beschriebenen Weise Zugang zu den betreffenden Systemen gewährt,

3. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes entgegen

    a) Artikel 8 Absatz 3

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

b) Artikel 10 Absatz 2

nicht in der dort beschriebenen Weise Zugang zu den betreffenden Einrichtungen gewährt,

4. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes entgegen

a) Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 3 Satz 1 eine Genehmigung nicht rechtzeitig einholt oder auf geplante Regelungen für eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig hinweist,

b) Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 3 Satz 1 auf geplante Regelungen für eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig hinweist,

c) Artikel 12 Absatz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig offen legt,

d) Artikel 13 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 eine Angabe oder Information nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig offen legt oder bereitstellt oder keinen diskriminierungsfreien Zugang zu den Informationen sicherstellt,

e) entgegen Artikel 14 Absatz 1 Unterabsatz 1 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz 3, 4, 5 und Artikel 15 Absatz 1 Unterabsatz 1 eine Kursofferte nicht, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise, nicht rechtzeitig oder nicht im vorgeschriebenen Umfang offen legt,

f) Artikel 25 Absatz 2 Satz 1 die betreffenden Daten eines Auftrags nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise aufzeichnet oder die aufgezeichneten Daten nicht für mindestens fünf Jahre zur Verfügung der zuständigen Behörde hält,

g) Artikel 26 Absatz 5 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,

h) Artikel 31 Absatz 3 Satz 1 eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise führt,

i) Artikel 31 Absatz 3 Satz 2 der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde eine Aufzeichnung nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,

j) entgegen Artikel 35 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 1 das Clearen nicht oder nicht auf nichtdiskriminierender und transparenter Basis übernimmt,

k) Artikel 35 Absatz 2 Satz 1 einen Antrag nicht in der vorgeschriebenen Form übermittelt,

l) entgegen Artikel 35 Absatz 3 Satz 1 dem Handelsplatz nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig antwortet,

m) entgegen Artikel 35 Absatz 3 Satz 2 einen Antrag ablehnt,

n) entgegen Artikel 35 Absatz 3 Satz 3, auch in Verbindung mit Satz 4, eine Untersagung nicht ausführlich begründet oder eine Unterrichtung oder Mitteilung nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise vornimmt,

o) entgegen Artikel 35 Absatz 3 Satz 5 einen Zugang nicht oder nicht rechtzeitig ermöglich

p) Artikel 36 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 1 Handelsdaten nicht auf nichtdiskriminierender und transparenter Basis bereitstellt,

q) Artikel 36 Absatz 3 Satz 1 einer zentralen Gegenpartei nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig antwortet,

r) Artikel 36 Absatz 3 Satz 2 einen Zugang verweigert, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen für eine Zugangsverweigerung vorliegen,

s) Artikel 36 Absatz 3 Satz 5 einen Zugang nicht oder nicht rechtzeitig ermöglicht,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

5. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes im Zuge des Betriebs eines multilateralen Handelssystems oder eines organisierten Handelssystems ein System zur Formalisierung ausgehandelter Geschäfte betreibt, das nicht oder nicht vollständig den in Artikel 4 Absatz 3 Unterabsatz 1 beschriebenen Anforderungen entspricht,
6. entgegen Artikel 14 Absatz 1 Unterabsatz 2 in Verbindung mit Artikel 14 Absatz 3, 4 und 5 eine Kursofferte nicht, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht im vorgeschriebenen Umfang macht,
7. entgegen Artikel 15 Absatz 4 Satz 2 einen Auftrag nicht in der vorgeschriebenen Weise ausführt,
8. als systematischer Internalisierer entgegen Artikel 17 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 17 Absatz 1 Satz 1 nicht über eindeutige Standards für den Zugang zu Kursofferten verfügt,
9. entgegen Artikel 18 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 18 Absatz 9 eine dort genannte Kursofferte nicht veröffentlicht,
10. entgegen Artikel 18 Absatz 2 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 18 Absatz 9 keine Kursofferte macht,
11. entgegen Artikel 18 Absatz 5 Satz 1 eine Kursofferte nicht zugänglich macht,
12. entgegen Artikel 18 Absatz 6 Unterabsatz 1 nicht eine Verpflichtung zum Abschluss eines Geschäfts mit einem anderen Kunden eingeht,
13. als systematischer Internalisierer entgegen Artikel 18 Absatz 8 die dort vorgeschriebene Bekanntmachung nicht oder nicht in der dort vorgeschriebenen Weise vornimmt,
14. entgegen
    a) Artikel 20 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2,
    b) Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 21 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2, Absatz 3 und Artikel 10

    eine dort vorgeschriebene Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise vornimmt,
15. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen, als genehmigtes Veröffentlichungssystem oder als Bereitsteller konsolidierter Datenträger entgegen Artikel 22 Absatz 2 erforderliche Daten nicht während eines ausreichenden Zeitraums speichert,
16. entgegen Artikel 23 Absatz 1 ein Handelsgeschäft außerhalb der dort genannten Handelssysteme tätigt,
17. entgegen Artikel 25 Absatz 1 Satz 1 die betreffenden Daten eines Auftrags oder eines Geschäfts nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise aufzeichnet oder aufgezeichnete Daten nicht für mindestens fünf Jahre zur Verfügung der zuständigen Behörde hält,
18. entgegen Artikel 26 Absatz 1 Unterabsatz 1, auch in Verbindung mit Artikel 26 Absatz 4 Satz 2, eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,
19. entgegen Artikel 26 Absatz 4 Satz 1 einem übermittelten Auftrag nicht sämtliche Einzelheiten beifügt,
20. als Genehmigter Meldemechanismus oder als Betreiber eines Handelsplatzes entgegen Artikel 26 Absatz 7 Unterabsatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig übermittelt,
21. als Betreiber eines Handelsplatzes im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 24 entgegen Artikel 26 Absatz 5 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebene Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,
22. als Wertpapierdienstleistungsunternehmen, systematischer Internalisierer oder Betreiber eines Handelsplatzes entgegen Artikel 27 Absatz 1 Unterabsatz 1, Unterabsatz 2 oder Unterabsatz 3 Satz 2 iden-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

tifizierende Referenzdaten in Bezug auf ein Finanzinstrument nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt oder aktualisiert,

23. entgegen Artikel 28 Absatz 1, jeweils auch in Verbindung mit Artikel 28 Absatz 2 Unterabsatz 1, ein Geschäft an einem anderen als den dort bezeichneten Plätzen abschließt,

24. als zentrale Gegenpartei im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 oder als Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes entgegen Artikel 29 Absatz 2 Unterabsatz 1 nicht über die dort bezeichneten Systeme, Verfahren und Vorkehrungen verfügt,

25. entgegen Artikel 36 Absatz 2 einen Antrag nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise übermittelt,

26. entgegen Artikel 37 Absatz 1 einen Zugang nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig gewährt,

27. als zentrale Gegenpartei im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 oder als Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne dieses Gesetzes oder als mit einem der beiden Erstgenannten verbundenes Unternehmen entgegen Artikel 37 Absatz 3 eine dort genannte Vereinbarung trifft,

28. einem vollziehbaren Beschluss der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde nach Artikel 40 Absatz 1 zuwiderhandelt,

29. einem vollziehbaren Beschluss der Europäischen Bankenaussichtsbehörde nach Artikel 41 Absatz 1 zuwiderhandelt oder

30. einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 42 Absatz 1 zuwiderhandelt.

(10) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Artikel 4 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,

2. entgegen Artikel 4 Absatz 4 Aufzeichnungen nicht, nicht vollständig oder nicht mindestens für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt,

3. entgegen Artikel 15 Absatz 1 Finanzinstrumente weiterverwendet, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind oder

4. entgegen Artikel 15 Absatz 2 ein Recht auf Weiterverwendung ausübt, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

(11) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171/1 vom 29.06.2016, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1 über keine Regelungen für die Unternehmensführung verfügt oder nur über solche, die nicht den dort genannten Anforderungen nicht entsprechende Regelungen für die Unternehmensführung verfügt,

2. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 keine angemessenen Schritte unternimmt, um Interessenskonflikte zu erkennen, zu vermeiden oder zu regeln,

3. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 nicht dafür sorgt, dass Beurteilungs- oder Ermessensspielräume unabhängig und redlich ausgeübt werden,

4. als Administrator einen Referenzwert entgegen Artikel 4 Absatz 2 nicht organisatorisch getrennt von den übrigen Geschäftsbereichen bereitstellt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

5. als Administrator einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 4 Absatz 3 oder Absatz 4 zuwiderhandelt,
6. als Administrator Interessenkonflikte entgegen Artikel 4 Absatz 5 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich veröffentlicht oder offen legt, nachdem er von deren Bestehen Kenntnis erlangt hat,
7. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 6 die dort genannten Maßnahmen nicht festlegt, nicht anwendet oder nicht regelmäßig überprüft oder aktualisiert,
8. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 7 nicht dafür sorgt, dass Mitarbeiter und die dort genannten anderen natürlichen Personen die in Artikel 4 Absatz 7 Buchstabe a bis e genannten Anforderungen erfüllen,
9. als Administrator entgegen Artikel 4 Absatz 8 keine spezifischen Verfahren der internen Kontrolle zur Sicherstellung der Integrität und Zuverlässigkeit der Mitarbeiter oder Personen, die den Referenzwert bestimmen, festlegt, oder den Referenzwert vor seiner Verbreitung nicht durch die Geschäftsleitung abzeichnen lässt,
10. als Administrator entgegen Artikel 5 Absatz 1 keine ständige und wirksame Aufsichtsfunktion schafft und unterhält,
11. als Administrator entgegen Artikel 5 Absatz 2 keine soliden Verfahren zur Sicherung der Aufsichtsfunktion entwickelt und unterhält oder diese der Bundesanstalt nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich nach Fertigstellung der Entwicklung zur Verfügung stellt,
12. als Administrator die Aufsichtsfunktion entgegen Artikel 5 Absatz 3 nicht mit den dort genannten Zuständigkeiten ausstattet oder diese nicht an die Komplexität, Verwendung und Anfälligkeit des Referenzwerts anpasst,
13. als Administrator entgegen Artikel 5 Absatz 4 die Aufsichtsfunktion nicht einem gesonderten Ausschuss überträgt oder durch andere geeignete Regelungen zur Unternehmensführung die Integrität der Funktion sicherstellt und das Auftreten von Interessenkonflikten verhindert,
14. als Administrator entgegen Artikel 6 Absatz 1, 2 oder 3 keinen oder keinen den dort genannten Anforderungen genügenden Kontrollrahmen vorhält,
15. als Administrator entgegen Artikel 6 Absatz 4 die dort genannten Maßnahmen nicht, nicht vollständig oder nicht wirksam trifft,
16. als Administrator entgegen Artikel 6 Absatz 5 den Kontrollrahmen nicht oder nicht vollständig dokumentiert, überprüft oder aktualisiert oder der Bundesanstalt oder seinen Nutzern nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
17. als Administrator entgegen Artikel 7 Absatz 1 nicht über einen den dort genannten Anforderungen genügenden Rahmen für die Rechenschaftslegung verfügt,
18. als Administrator entgegen Artikel 7 Absatz 2 keine interne Stelle benennt, die ausreichend befähigt ist, die Einhaltung der Referenzwert-Methodik und dieser Verordnung durch den Administrator zu überprüfen und darüber Bericht zu erstatten,
19. als Administrator entgegen Artikel 7 Absatz 3 keinen unabhängigen externen Prüfer benennt,
20. als Administrator entgegen Artikel 7 Absatz 4 die dort bestimmten Informationen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt oder veröffentlicht,
21. als Administrator entgegen Artikel 8 Absatz 1 eine dort genannte Aufzeichnungen nicht oder nicht vollständig führt,
22. als Administrator entgegen Artikel 8 Absatz 2 Satz 1 eine dort genannte Aufzeichnung nicht, nicht vollständig oder nicht mindestens für die Dauer von fünf Jahren aufbewahrt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

23. als Administrator entgegen Artikel 8 Absatz 2 Satz 2 eine dort genannte Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt, oder nicht mindestens für die Dauer von drei Jahren aufbewahrt,
24. als Administrator entgegen Artikel 9 Absatz 1 keine geeigneten Beschwerdeverfahren unterhält und diese nicht unverzüglich nach ihrer Bereitstellung veröffentlicht,
25. als Administrator entgegen Artikel 10 Absatz 1 Aufgaben in einer Weise auslagert, die seine Kontrolle über die Bereitstellung des Referenzwerts oder die Möglichkeit der zuständigen Behörde zur Beaufsichtigung des Referenzwerts wesentlich beeinträchtigt.
26. als Administrator Auslagerungen entgegen Artikel 10 Absatz 3 Aufgaben auslagert, ohne dafür zu sorgen, dass die in Artikel 10 Absatz 3 Buchstabe a bis h genannten Bedingungen erfüllt sind,
27. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 1 einen Referenzwert bereitstellt, ohne dass die in Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben a bis c und e genannten Anforderungen erfüllt sind,
28. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 1 einen Referenzwert bereitstellt, ohne dass die in Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d genannten Anforderungen erfüllt sind,
29. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 2 nicht für Kontrollen im dort genannten Umfang sorgt,
30. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 3 nicht auch aus anderen Quellen Daten einholt oder die Einrichtung von Aufsichts- und Verifizierungsverfahren bei den Kontributoren nicht sicherstellt,
31. als Administrator entgegen Artikel 11 Absatz 4 nicht die nach seiner Ansicht erforderlichen Änderungen der Eingabedaten oder der Methoden zur Abbildung des Marktes oder der wirtschaftlichen Realität vornimmt oder die Bereitstellung des Referenzwertes nicht einstellt,
32. als Administrator bei der Bestimmung eines Referenzwertes entgegen Artikel 12 Absatz 1 eine Methodik anwendet, die die dort genannten Anforderungen nicht erfüllt,
33. als Administrator bei der Entwicklung einer Referenzwert-Methodik entgegen Artikel 12 Absatz 2 die dort genannten Anforderungen nicht erfüllt,
34. als Administrator entgegen Artikel 12 Absatz 3 nicht über eindeutige, veröffentlichte Regelungen verfügt, die festlegen, wann Menge oder Qualität der Eingabedaten nicht mehr den festgelegten Standards entsprechen und keine zuverlässige Bestimmung des Referenzwertes mehr zulassen,
35. als Administrator entgegen Artikel 13 Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 die dort genannten Informationen zur Entwicklung, Verwendung, Verwaltung und Änderung des Referenzwertes und der Referenzwert-Methodik nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig veröffentlicht oder zur Verfügung stellt,
36. als Administrator entgegen Artikel 14 Absatz 1 keine angemessenen Systeme und wirksamen Kontrollen zur Sicherstellung der Integrität der Eingabedaten schafft,
37. als Administrator Eingabedaten und Kontributoren entgegen Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 1 nicht oder nicht wirksam überwacht, damit er die zuständige Behörde benachrichtigen und ihr alle relevanten Informationen mitteilen kann,
38. als Administrator der Bundesanstalt entgegen Artikel 14 Absatz 2 Unterabsatz 1 die dort genannten Informationen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich nach dem Auftreten eines Manipulationsverdachts mitteilt,
39. als Administrator entgegen Artikel 14 Absatz 3 nicht über Verfahren verfügt, um Verstöße seiner Führungskräfte, Mitarbeiter sowie aller anderen natürlichen Personen, von denen er Leistungen in Anspruch nehmen kann, gegen die Verordnung (EU) 2016/1011 intern zu melden,
40. als Administrator einen Verhaltenskodex für auf Eingabedaten von Kontributoren beruhende Referenzwerte entgegen Artikel 15 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 nicht oder nicht den dort genannten Anforderungen genügend ausarbeitet,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

41. als Administrator die Einhaltung eines Verhaltenskodexes entgegen Artikel 15 Absatz 1 Satz 2 nicht oder nicht ausreichend überprüft,
42. als Administrator einen Verhaltenskodex entgegen Artikel 15 Absatz 4 Satz 2 oder Absatz 5 Satz 3 in Verbindung mit Absatz 4 nicht rechtzeitig anpasst,
43. als Administrator die Bundesanstalt entgegen Artikel 15 Absatz 5 Satz 1 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig von dem Verhaltenskodex in Kenntnis setzt,
44. als beaufsichtigter Kontributor entgegen Artikel 16 Absatz 1 die dort genannten Anforderungen an die Unternehmensführung und Kontrolle nicht erfüllt,
45. als beaufsichtigter Kontributor entgegen Artikel 16 Absatz 2 oder Absatz 3 nicht über wirksame Systeme, Kontrollen und Strategien zur Wahrung der Integrität und Zuverlässigkeit aller Beiträge von Eingabedaten oder Expertenschätzungen nach Absatz 3 für den Administrator verfügt,
46. als beaufsichtigter Kontributor entgegen Artikel 16 Absatz 3 Satz 1 Aufzeichnungen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt,
47. als beaufsichtigter Kontributor entgegen Artikel 16 Absatz 4 bei der Prüfung und Beaufsichtigung der Bereitstellung eines Referenzwertes Informationen oder Aufzeichnungen nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt oder nicht uneingeschränkt mit dem Administrator und der Bundesanstalt zusammenarbeitet,
48. als Administrator die Bundesanstalt entgegen Artikel 21 Absatz 1 Unterabsatz 1 nicht oder nicht rechtzeitig über die Absicht der Einstellung eines kritischen Referenzwertes benachrichtigt, oder nicht oder nicht rechtzeitig eine in Buchstabe b genannte Einschätzung vorlegt,
49. als Administrator entgegen Artikel 21 Absatz 1 Unterabsatz 2 in dem dort genannten Zeitraum die Bereitstellung des Referenzwerts einstellt,
50. als Administrator einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 21 Absatz 3 zuwiderhandelt,
51. als Administrator entgegen Artikel 23 Absatz 2 eine Einschätzung nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bei der Bundesanstalt einreicht,
52. als beaufsichtigter Kontributor dem Administrator eine Benachrichtigung entgegen Artikel 23 Absatz 3 Satz 1 nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig mitteilt,
53. als Administrator die Bundesanstalt entgegen Artikel 23 Absatz 3 Satz 1 nicht oder nicht rechtzeitig unterrichtet,
54. als Administrator der Bundesanstalt entgegen Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 eine dort bestimmte Einschätzung nicht oder nicht rechtzeitig unterbreitet,
55. als Kontributor einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 23 Absatz 5, als beaufsichtigtes Unternehmen nach Absatz 6 oder als beaufsichtigter Kontributor nach Absatz 10, zuwiderhandelt,
56. als Kontributor eine Benachrichtigung entgegen Artikel 23 Absatz 11 nicht oder nicht rechtzeitig vornimmt,
57. als Administrator eine Benachrichtigung entgegen Artikel 24 Absatz 3 nicht oder nicht rechtzeitig vornimmt,
58. als Administrator der Bundesanstalt entgegen Artikel 25 Absatz 2 eine Entscheidung oder Informationen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig mitteilt,
59. als Administrator einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 25 Absatz 3 Satz 1 zuwiderhandelt,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

60. als Administrator eine Konformitätserklärung entgegen Artikel 25 Absatz 7 nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig veröffentlicht oder diese nicht aktualisiert,
61. als Administrator entgegen Artikel 26 Absatz 2 Satz 1 die Bundesanstalt nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig von der Überschreitung des in Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe a genannten Schwellenwertes unterrichtet oder die in Satz 2 genannte Frist nicht einhält,
62. als Administrator eine Konformitätserklärung entgegen Artikel 26 Absatz 3
    a) nach der Entscheidung, eine oder mehrere in Artikel 26 Absatz 1 genannte Bestimmungen nicht anzuwenden, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich veröffentlicht oder
    b) nach der Entscheidung, eine oder mehrere in Artikel 26 Absatz 1 genannte Bestimmungen nicht anzuwenden, der Bundesanstalt nicht, nicht vollständig oder nicht unverzüglich vorlegt oder diese nicht aktualisiert,
63. als Administrator einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach Artikel 26 Absatz 4 zuwiderhandelt,
64. als Administrator eine Referenzwert-Erklärung entgegen Artikel 27 Absatz 1 nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig veröffentlicht,
65. als Administrator eine Referenzwert-Erklärung entgegen Artikel 27 Absatz 1 Unterabsatz 3 nicht oder nicht rechtzeitig überprüft und aktualisiert,
66. als Administrator entgegen Artikel 28 Absatz 1 dort genannte Maßnahmen nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig veröffentlicht oder nicht oder nicht rechtzeitig aktualisiert,
67. als beaufsichtigtes Unternehmen entgegen Artikel 28 Absatz 2 einen den dort genannten Anforderungen genügenden Plan nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise aufstellt, nicht aktualisiert, ihn der Bundesanstalt nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder sich daran nicht orientiert,
68. als beaufsichtigtes Unternehmen entgegen Artikel 29 Absatz 1 einen Referenzwert verwendet, der die dort genannten Anforderungen nicht erfüllt,
69. als Emittent, Anbieter oder Person, die die Zulassung eines Wertpapiers zum Handel an einem geregelten Markt beantragt, entgegen Artikel 29 Absatz 2 nicht sicherstellt, dass ein Prospekt Informationen enthält, aus denen hervorgeht, ob der Referenzwert von einem in das Register nach Artikel 36 eingetragenen Administrator bereitgestellt wird,
70. als Administrator entgegen Artikel 34 Absatz 1 tätig wird, ohne zuvor eine Zulassung oder Registrierung nach Absatz 6 erhalten zu haben,
71. als Administrator entgegen Artikel 34 Absatz 2 weiterhin tätig ist, obwohl die Zulassungsvoraussetzungen der Verordnung (EU) 2016/1011 nicht mehr erfüllt sind,
72. als Administrator der Bundesanstalt entgegen Artikel 34 Absatz 2 wesentliche Änderungen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht unverzüglich nach ihrem Auftreten mitteilt,
73. einen Antrag entgegen Artikel 34 Absatz 3 nicht oder nicht rechtzeitig stellt,
74. entgegen Artikel 34 Absatz 4 unrichtige Angaben zu den zum Nachweis der Einhaltung der Anforderungen der Verordnung (EU) 2016/1011 erforderlichen Informationen macht oder
75. im Zusammenhang mit einer Untersuchung hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten nach der Verordnung (EU) 2016/1011 einer vollziehbaren Anordnung der Bundesanstalt nach §§ 6 bis 10 zuwiderhandelt.

(12) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer vollziehbaren Anordnung nach

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

a) § 6 Absatz 3 Satz 1,

b) § 87 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 2 Buchstabe b,

c) § 92 Absatz 1,

d) § 107 Absatz 5 Satz 1 oder § 109 Absatz 2 Satz 1

zuwiderhandelt,

2. entgegen § 6 Absatz 11 Satz 1 oder 2 oder § 107 Absatz 6 Satz 1 ein Betreten nicht gestattet oder nicht duldet,
3. entgegen § 89 Absatz 1 Satz 4 einen Prüfer nicht oder nicht rechtzeitig bestellt,
4. entgegen § 89 Absatz 3 Satz 1 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet oder
5. entgegen § 114 Absatz 1 Satz 1, § 115 Absatz 1 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit § 117, einen Jahresfinanzbericht, einen Halbjahresfinanzbericht oder entgegen § 116 Absatz 1 in Verbindung mit § 341w des Handelsgesetzbuchs einen Zahlungs- oder Konzernzahlungsbericht nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt.

(13) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 236/2012 verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Anordnung nach Artikel 18 Absatz 2 Satz 2 oder Satz 3, Artikel 19 Absatz 2, Artikel 20 Absatz 2 oder Artikel 21 Absatz 1 oder Artikel 23 Absatz 1 zuwiderhandelt.

(14) Ordnungswidrig handelt, wer eine in § 119 Absatz 3 Nummer 1 bis 3 bezeichnete Handlung leichtfertig begeht.

(15) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. als Handelsplatzbetreiber entgegen Artikel 4 identifizierende Referenzdaten in Bezug auf ein Finanzinstrument nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt oder aktualisiert,
2. entgegen Artikel 15 eine Marktmanipulation begeht,
3. entgegen Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 1 oder Absatz 2 Satz 1 wirksame Regelungen, Systeme und Verfahren nicht schafft oder nicht aufrechterhält,
4. entgegen Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 2 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,
5. entgegen Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 eine Unterrichtung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,
6. entgegen Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 1 oder Artikel 17 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 eine Insiderinformation nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig bekannt gibt,
7. entgegen Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 1 eine Veröffentlichung nicht sicherstellt,
8. entgegen Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 2 die Veröffentlichung einer Insiderinformation mit einer Vermarktung seiner Tätigkeiten verbindet,
9. entgegen Artikel 17 Absatz 1 Unterabsatz 2 Satz 3 eine Insiderinformation nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig veröffentlicht oder nicht mindestens fünf Jahre lang auf der betreffenden Website anzeigt,
10. entgegen Artikel 17 Absatz 4 Unterabsatz 3 Satz 1 die zuständige Behörde nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig über den Aufschub einer Offenlegung informiert oder den Aufschub einer Offenlegung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig erläutert,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

11. entgegen Artikel 17 Absatz 8 Satz 1 eine Insiderinformation nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig veröffentlicht,
12. entgegen Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a eine Liste nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig aufstellt,
13. entgegen Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b in Verbindung mit Absatz 4 eine Insiderliste nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig aktualisiert,
14. entgegen Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c eine Insiderliste nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
15. entgegen Artikel 18 Absatz 2 Unterabsatz 1 nicht die dort genannten Vorkehrungen trifft,
16. entgegen Artikel 18 Absatz 5 eine Insiderliste nach einer Erstellung oder Aktualisierung nicht oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt,
17. entgegen Artikel 19 Absatz 1 Unterabsatz 1, auch in Verbindung mit Absatz 7 Unterabsatz 1, jeweils auch in Verbindung mit einem technischen Durchführungsstandard nach Artikel 19 Absatz 15, eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,
18. entgegen Artikel 19 Absatz 3 Unterabsatz 1 in Verbindung mit Absatz 4, auch in Verbindung mit einem technischen Durchführungsstandard nach Artikel 19 Absatz 15, eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig sicherstellt,
19. entgegen Artikel 19 Absatz 5 Unterabsatz 1 Satz 1 oder Unterabsatz 2 eine dort genannte Person nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise in Kenntnis setzt,
20. entgegen Artikel 19 Absatz 5 Unterabsatz 1 Satz 2 eine Liste nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erstellt,
21. entgegen Artikel 19 Absatz 5 Unterabsatz 2 eine Kopie nicht oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt,
22. entgegen Artikel 19 Absatz 11 ein Eigengeschäft oder ein Geschäft für Dritte tätigt oder
23. entgegen Artikel 20 Absatz 1, auch in Verbindung mit einem technischen Regulierungsstandard nach Artikel 20 Absatz 3, nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise dafür Sorge trägt, dass Informationen objektiv dargestellt oder Interessen oder Interessenkonflikte offengelegt werden.

(16) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. November 2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIP) (ABl. L 352 vom 9.12.2014, S. 1; L 358 vom 13.12.2014, S. 50) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen
   a) Artikel 5 Absatz 1,
   b) Artikel 5 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 6,
   c) Artikel 5 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 2,
   d) Artikel 5 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 8 Absatz 1 bis 3

   ein Basisinformationsblatt nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise abfasst oder veröffentlicht,
2. entgegen Artikel 5 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 1 ein Basisinformationsblatt nicht in der vorgeschriebenen Weise abfasst oder übersetzt,
3. entgegen Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 ein Basisinformationsblatt nicht oder nicht rechtzeitig überprüft,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

4. entgegen Artikel 10 Absatz 1 Satz 1 ein Basisinformationsblatt nicht oder nicht vollständig überarbeitet,
5. entgegen Artikel 10 Absatz 1 Satz 2 ein Basisinformationsblatt nicht oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,
6. entgegen Artikel 9 Satz 1 in Werbematerialien Aussagen trifft, die im Widerspruch zu den Informationen des Basisinformationsblattes stehen oder dessen Bedeutung herabstufen,
7. entgegen Artikel 9 Satz 2 die erforderlichen Hinweise in Werbematerialien nicht, nicht richtig oder nicht vollständig aufnimmt,
8. entgegen
   a) Artikel 13 Absatz 1, 3 und 4 oder
   b) Artikel 14

   ein Basisinformationsblatt nicht oder nicht rechtzeitig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise zur Verfügung stellt oder
9. entgegen Artikel 19 Buchstabe a und b nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise geeignete Verfahren und Vorkehrungen zur Einreichung und Beantwortung von Beschwerden vorsieht,
10. entgegen Artikel 19 Buchstabe c nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise geeignete Verfahren und Vorkehrungen vorsieht, durch die gewährleistet wird, dass Kleinanlegern wirksame Beschwerdeverfahren im Fall von grenzüberschreitenden Streitigkeiten zur Verfügung stehen.

(17) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 2 Buchstabe d und e, Nummer 4 Buchstabe a, b und e bis g und des Absatzes 12 Nummer 5 mit einer Geldbuße bis zu zwei Millionen Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; die Geldbuße darf den höheren der folgenden Beträge nicht übersteigen:

1. zehn Millionen Euro oder
2. 5 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat.

Über die in den Sätzen 1 und 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Zweifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

(18) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen der Absätze 14 und 15 Nummer 2 mit einer Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro, in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 3 sowie des Absatzes 15 Nummer 3 bis 11 mit einer Geldbuße bis zu einer Million Euro und in den Fällen des Absatzes 15 Nummer 1 und 12 bis 23 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

1. in den Fällen der Absätze 14 und 15 Nummer 2 den höheren der Beträge von fünfzehn Millionen Euro und 15 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,
2. in den Fällen des Absatzes 15 Nummer 3 bis 11 den höheren der Beträge von zweieinhalb Millionen Euro und 2 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat und
3. in den Fällen des Absatzes 15 Nummer 1 und 12 bis 23 eine Million Euro nicht überschreiten. Über die in den Sätzen 1 und 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(19) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 16 mit einer Geldbuße von bis zu siebenhunderttausend Euro geahndet werden. Gegen-über einer juristischen Person oder einer Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro und 3 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat, nicht überschreiten. Über die in den Sätzen 1 und 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Zweifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

(20) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 8 und des Absatzes 9 mit einer Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße in Höhe von bis zu 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat, verhängt werden. Über die in Satz 1 und 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Zweifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

(21) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 10 mit einer Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

1. in den Fällen des Absatzes 10 Satz 1 Nummer 1 und 2 den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,
2. in den Fällen des Absatzes 10 Satz 1 Nummer 3 und 4 den höheren der Beträge von fünfzehn Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat nicht überschreiten.

Über die in Satz 1 und Satz 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

(22) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 11 Satz 1 Nummer 1 bis 27, 29, 30 und 32 bis 74 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro und in den Fällen des Absatzes 11 Satz 1 Nummer 28, 31 und 75 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

1. in den Fällen des Absatzes 11 Satz 1 Nummer 27, 29, 30 und 32 bis 74 den höheren der Beträge von einer Million Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,
2. in den Fällen des Absatzes 11 Satz 1 Nummer 28, 31 und 75 den höheren der Beträge von zweihundertfünfzigtausend Euro und 2 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,

nicht überschreiten. Über die in Satz 1 und Satz 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden. Die Sätze 1 bis 4 gelten für sonstige Vereinigungen entsprechend mit der Maßgabe, dass der maßgebliche Gesamtumsatz zehn Prozent des aggregierten Umsatzes der Anteilseigner beträgt, wenn es sich bei der sonstigen Vereinigung um ein Mutterunternehmen oder ein Tochterunternehmen handelt.

(23) Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 17 Satz 2 Nummer 2 und des Absatzes 18 Satz 2 Nummer 1 und 2, des Absatzes 19 Satz 2, des Absatzes 20 Satz 2, des Absatzes 21 Satz 2 und des Absatzes 22 Satz 2 ist

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. im Falle von Kreditinstituten, Zahlungsinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten im Sinne des § 340 des Handelsgesetzbuchs der sich aus dem auf das Institut anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit Artikel 27 Nummer 1, 3, 4, 6 und 7 oder Artikel 28 Nummer B1, B2, B3, B4 und B7 der Richtlinie 86/635/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. L 372 vom 31.12.1986, S. 1) ergebende Gesamtbetrag, abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt auf diese Erträge erhobener Steuern,
2. im Falle von Versicherungsunternehmen der sich aus dem auf das Versicherungsunternehmen anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit Artikel 63 der Richtlinie 91/674/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen (ABl. L 374 vom 31.12.1991, S. 7) ergebende Gesamtbetrag, abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt auf diese Erträge erhobener Steuern,
3. im Übrigen der Betrag der Nettoumsatzerlöse nach Maßgabe des auf das Unternehmen anwendbaren nationalen Rechts im Einklang mit Artikel 2 Nummer 5 der Richtlinie 2013/34/EU.

Handelt es sich bei der juristischen Person oder Personenvereinigung um ein Mutterunternehmen oder um eine Tochtergesellschaft, so ist anstelle des Gesamtumsatzes der juristischen Person oder Personenvereinigung der jeweilige Gesamtbetrag in dem Konzernabschluss des Mutterunternehmens maßgeblich, der für den größten Kreis von Unternehmen aufgestellt wird. Wird der Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nicht nach den in Satz 1 genannten Vorschriften aufgestellt, ist der Gesamtumsatz nach Maßgabe der den in Satz 1 Nummer 1 bis 3 vergleichbaren Posten des Konzernabschlusses zu ermitteln. Ist ein Jahresabschluss oder Konzernabschluss für das maßgebliche Geschäftsjahr nicht verfügbar, ist der Jahres- oder Konzernabschluss für das unmittelbar vorausgehende Geschäftsjahr maßgeblich; ist auch dieser nicht verfügbar, kann der Gesamtumsatz geschätzt werden.

(24) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 2 Buchstabe f bis h, Nummer 2b und 4 Buchstabe c, Nummer 10 und 15 sowie des Absatzes 6 Nummer 3 bis 5 sowie des Absatzes 7 Nummer 5, 8 und 9 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 2 und 3, des Absatzes 2 Nummer 1, 2 Buchstabe a, b und k bis n, Nummer 2a, und 16, des Absatzes 4 Nummer 5, des Absatzes 6 Nummer 1 und 2, des Absatzes 7 Nummer 1, 3 und 4 und des Absatzes 12 Nummer 1 Buchstabe b mit einer Geldbuße bis zu zweihunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4, des Absatzes 2 Nummer 6 bis 8, 11 bis 13, des Absatzes 7 Nummer 2, 6 und 7 und des Absatzes 12 Nummer 1 Buchstabe c mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

(25) § 17 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist nicht anzuwenden bei Verstößen gegen Gebote und Verbote, die in den Absätzen 17 bis 22 in Bezug genommen werden. Dies gilt nicht für Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe a, Absatz 8 Nummer 43 und 44, 134 bis 137 und Absatz 15 Nummer 1. § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gilt auch für juristische Personen oder Personenvereinigungen, die über eine Zweigniederlassung oder im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs im Inland tätig sind.

(26) Die Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten nach den Absätzen 17 bis 22 verjährt in drei Jahren.

(27) Absatz 2 Nummer 5 und 14, Absatz 3 sowie Absatz 12 Nummer 1 Buchstabe c, Nummer 3 und 4, jeweils in Verbindung mit Absatz 24, gilt auch für die erlaubnispflichtige Anlageverwaltung im Sinne des § 2 Absatz 13 Satz 3. Absatz 8 Nummer 27 bis 37, 39 bis 53, 97 bis 100, 103 bis 112 und 123, jeweils in Verbindung mit Absatz 20, gilt auch für Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Kreditinstitute, wenn sie im Sinne des § 85 strukturierte Einlagen verkaufen oder über diese beraten. Absatz 8 Nummer 88 bis 96 und 98 bis 102, jeweils in Verbindung mit Absatz 20, gilt auch für Unternehmen im Sinne des § 3 Satz 1. Absatz 8 Nummer 2, 27 bis 126 und 134 bis 136, jeweils in Verbindung mit Absatz 20, gilt auch für Unternehmen im Sinne des § 3 Absatz 3 Satz 1 und 2.

(28) Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, soweit dies zur Durchsetzung der Rechtsakte der Europäischen Union erforderlich ist, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

die Tatbestände zu bezeichnen, die als Ordnungswidrigkeit nach Absatz 2 Nummer 16 geahndet werden können.“

124. Der bisherige § 40 wird § 121.

125. Der bisherige § 40a wird § 122 und in Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 und Absatz 4 Satz1 Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 38“ jeweils durch die Angabe „§ 119“ ersetzt.

126. Der bisherige § 40b wird § 123 und wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 4 Abs. 1 Satz 2“ durch die Wörter „§ 6 Absatz 1 Satz 2“ ersetzt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 4 Abs. 2 Satz 2“ durch die Wörter „§ 6 Absatz 2 Satz 4“ ersetzt.

b) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 39 Absatz 2e“ durch die Angabe „§ 120 Absatz 7“ ersetzt.

c) Es wird der folgende Absatz 5 eingefügt:

„(5) Eine Bekanntmachung nach den Absätzen 1, 3 und 4 ist fünf Jahre nach ihrer Veröffentlichung zu löschen. Abweichend von Satz 1 sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald ihre Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist.“

127. Der bisherige § 40c wird § 124 und wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Wörter „nach den Abschnitten 5, 5a und 11 Unterabschnitt 2“ durch die Wörter „nach den Abschnitten 6, 7 und 16 Unterabschnitt 2“ ersetzt.

b) Es wird der folgende Absatz 4 eingefügt:

„(4) Eine Bekanntmachung nach Absatz 1 ist fünf Jahre nach ihrer Veröffentlichung zu löschen. Abweichend von Satz 1 sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald ihre Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist.“

128. Der bisherige § 40d wird § 125 und folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Bei Entscheidungen über Maßnahmen und Sanktionen, die erlassen wurden wegen eines Verstoßes gegen die Artikel 4 bis 16, 21, 23 bis 29 und 34 der Verordnung (EU) 2016/1011 oder wegen eines Verstoßes gegen eine vollziehbare Anordnung, die die Bundesanstalt im Zusammenhang mit einer Untersuchung betreffend die Pflichten nach dieser Verordnung gemäß § 6 Absatz 3 Satz 4 und Absatz 6, 8, 11 bis 13, § 7 Absatz 2, § 10 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 oder 2 erlassen hat, gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Aufhebung einer Entscheidung auch dann veröffentlicht wird, wenn sie nicht aufgrund eines Rechtsbehelfs erfolgt ist.“

129. Nach § 125 wird folgender § 126 eingefügt:

„§ 126

Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen Vorschriften der Abschnitte 9 bis 11 und gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014

(1) Die Bundesanstalt macht Entscheidungen über Maßnahmen und Sanktionen, die erlassen wurden wegen Verstößen gegen

1. die Verbote oder Gebote der Abschnitte 9 bis 11 dieses Gesetzes
2. die Rechtsverordnungen, die zur Durchführung dieser Vorschriften erlassen wurden oder
3. die Verbote oder Gebote der in Titel II bis VI enthaltenen Artikel der Verordnung (EU) Nr. 600/2014,

auf ihrer Internetseite unverzüglich nach Unterrichtung der natürlichen oder juristischen Person, gegen die die Maßnahme oder Sanktion verhängt wurde, bekannt. Dies gilt nicht für

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. Entscheidungen über Maßnahmen und Sanktionen, die wegen Verstößen gegen § 64 Absatz 6, § 86, § 87, § 89 oder § 94 verhängt wurden,
2. Entscheidungen, mit denen Maßnahmen mit Ermittlungscharakter verhängt werden sowie
3. Entscheidungen, die gemäß § 50a des Börsengesetzes von den Börsenaufsichtsbehörden bekannt zu machen sind.

(2) Die Bundesanstalt hat in der Bekanntmachung die Vorschrift, gegen die verstoßen wurde, und die für den Verstoß verantwortliche natürliche oder juristische Person oder Personenvereinigung zu benennen.

(3) Ist die Bekanntmachung der Identität der juristischen Personen oder der personenbezogenen Daten der natürlichen Personen unverhältnismäßig, oder gefährdet die Bekanntmachung die Stabilität der Finanzmärkte oder laufende Ermittlungen, so kann die Bundesanstalt

1. die Entscheidung, mit der die Maßnahme oder Sanktion verhängt wird, erst dann bekanntmachen, wenn die Gründe für einen Verzicht auf ihre Bekanntmachung nicht mehr bestehen, oder
2. die Entscheidung, mit der die Maßnahme oder Sanktion verhängt wird, ohne Nennung personenbezogener Daten bekanntmachen, wenn eine anonymisierte Bekanntmachung einen wirksamen Schutz der betreffenden personenbezogenen Daten gewährleistet, oder
3. gänzlich von der Bekanntmachung der Entscheidung, mit der die Maßnahme oder Sanktion verhängt wird, absehen, wenn die in den Nummern 1 und 2 genannten Möglichkeiten nicht ausreichend gewährleisten, dass
   a) die Stabilität der Finanzmärkte nicht gefährdet wird,
   b) die Bekanntmachung von Entscheidungen über Maßnahmen oder Sanktionen, die als geringfügiger eingestuft werden, verhältnismäßig ist.

Liegen die Voraussetzungen vor, unter denen eine Bekanntmachung nur auf anonymisierter Basis zulässig wäre, kann die Bundesanstalt die Bekanntmachung der einschlägigen Daten auch um einen angemessenen Zeitraum aufschieben, wenn vorhersehbar ist, dass die Gründe für die anonyme Bekanntmachung innerhalb dieses Zeitraums wegfallen werden.

(4) Wird gegen die Entscheidung, mit der die Maßnahme oder Sanktion verhängt wird, ein Rechtsbehelf eingelegt, so macht die Bundesanstalt auch diesen Sachverhalt und alle weiteren Informationen über das Ergebnis des Rechtsbehelfsverfahrens umgehend auf ihrer Internetseite bekannt. Ferner wird jede Entscheidung, mit der eine frühere Entscheidung über die Verhängung einer Sanktion oder Maßnahme aufgehoben oder geändert wird, ebenfalls bekannt gemacht.

(5) Eine Bekanntmachung nach Absatz 1 ist fünf Jahre nach ihrer Veröffentlichung zu löschen. Abweichend von Satz 1 sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald ihre Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist.

(6) Die Bundesanstalt unterrichtet die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde über alle Maßnahmen und Sanktionen, die nach Absatz 3 Nummer 3 nicht bekannt gemacht wurden, sowie über alle Rechtsbehelfsmittel in Verbindung mit diesen Maßnahmen und Sanktionen und über die Ergebnisse der Rechtsmittelverfahren. Hat die Bundesanstalt eine Maßnahme oder Sanktion bekanntgemacht, so unterrichtet sie die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde gleichzeitig darüber.“

130. Der bisherige Abschnitt 13 wird Abschnitt 18.

131. Der bisherige § 41 wird § 127 und wie folgt geändert:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„§ 127

Übergangsregelung für Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten

(1) Ein Unternehmen im Sinne des § 9 Absatz 1 Satz 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 26. Juli 1994 (BGBl. I S. 1749), das am 1. August 1997 besteht und nicht bereits vor diesem Zeitpunkt der Meldepflicht nach § 9 Absatz 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 26. Juli 1994 (BGBl. I, S. 1749) unterlag, muss Mitteilungen nach § 9 Abs. 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 22. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2518) erstmals am 1. Februar 1998 abgeben.

(2) Wem am 1. April 2002 unter Berücksichtigung des § 22 Absatz 1 und 2 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822) fünf Prozent oder mehr der Stimmrechte einer börsennotierten Gesellschaft zustehen, hat der Gesellschaft und der Bundesanstalt unverzüglich, spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen, die Höhe seines Stimmrechtsanteils unter Angabe seiner Anschrift schriftlich mitzuteilen; in der Mitteilung sind die zuzurechnenden Stimmrechte für jeden Zurechnungstatbestand getrennt anzugeben. Eine Verpflichtung nach Satz 1 besteht nicht, sofern nach dem 1. Januar 2002 und vor dem 1. April 2002 bereits eine Mitteilung gemäß § 21 Absatz 1 oder 1a in der Fassung dieses Gesetzes vom 24. März 1998 (BGBl. I S. 529) abgegeben worden ist.

(3) Die Gesellschaft hat Mitteilungen nach Absatz 2 innerhalb von einem Monat nach Zugang nach Maßgabe des § 25 Absatz 1 Satz 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 24. März 1998 (BGBl. I S. 529) und Satz 2 in der Fassung dieses Gesetzes vom 22. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2518) sowie Absatz 2 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822) zu veröffentlichen und der Bundesanstalt unverzüglich einen Beleg über die Veröffentlichung zu übersenden.

(4) Auf die Pflichten nach den Absätzen 2 und 3 sind die §§ 23 und 24 in der Fassung dieses Gesetzes vom 24. März 1998 (BGBl. I S. 529), 25 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 in der Fassung dieses Gesetzes vom 26. Juli 1994 (BGBl. I S. 1749), §§ 27 in der Fassung dieses Gesetzes vom 24. März 1998 (BGBl. I S. 529) und 28 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822) sowie §§ 29 und 30 in der Fassung dieses Gesetzes vom 26. Juli 1994 (BGBl. I S. 1749) entsprechend anzuwenden.

(5) Wer am 20. Januar 2007, auch unter Berücksichtigung des § 22 in der in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), einen mit Aktien verbundenen Stimmrechtsanteil hält, der die Schwelle von 15, 20 oder 30 Prozent erreicht, überschreitet oder unterschreitet, hat dem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, spätestens am 20. März 2007 seinen Stimmrechtsanteil mitzuteilen. Das gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat; der Inhalt der Mitteilung richtet sich nach § 21 Absatz 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 2. Wem am 20. Januar 2007 aufgrund Zurechnung nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10) ein Stimmrechtsanteil an einem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, von 5 Prozent oder mehr zusteht, muss diesen dem Emittenten spätestens am 20. März 2007 mitteilen. Dies gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat und ihm die Stimmrechtsanteile nicht bereits nach § 22 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822) zugerechnet werden konnten; der Inhalt der Mitteilung richtet sich nach § 21 Absatz 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 2. Wer am 20. Januar 2007 Finanzinstrumente im Sinne des § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10) hält, muss dem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, spätestens am 20. März 2007 mitteilen, wie hoch sein Stimmrechtsanteil wäre, wenn er statt der Finanzinstrumente die Aktien hielte, die aufgrund der rechtlich bindenden Vereinbarung erworben werden können, es sei denn, sein Stimmrechtsanteil läge unter 5 Prozent. Dies gilt nicht, wenn er bereits vor dem 20. Januar 2007 eine Mitteilung mit gleichwertigen Informationen an diesen Emittenten gerichtet hat; der Inhalt der Mitteilung richtet sich nach § 25 Absatz 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), auch in Verbindung mit den §§ 17 und 18 der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung in der Fassung vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10). Erhält ein Inlandsemittent eine Mitteilung nach Satz 1, 3 oder 5,

so muss er diese bis spätestens zum 20. April 2007 nach § 26 Absatz 1 Satz 1 in der Fassung dieses Gesetzes 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3, veröffentlichen. Er übermittelt die Information außerdem unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b des Handelsgesetzbuchs zur Speicherung. Er hat gleichzeitig mit der Veröffentlichung nach Satz 7 diese der Bundesanstalt nach § 26 Absatz 2 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Nr. 2, mitzuteilen. Auf die Pflichten nach Satz 1 bis 9 sind die §§ 23 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), 24 in der Fassung dieses Gesetzes vom 24. März 1998 (BGBl. I S. 529), 27 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I, S. 10), 28 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822), 29 in der Fassung dieses Gesetzes vom 28. Oktober 2004 (BGBl. I S. 2630) und 29a Absatz 3 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10) entsprechend anzuwenden. Auf die Pflichten nach Satz 4 ist § 29a Absatz 1 und 2 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10) entsprechend anzuwenden.

(6) Wer, auch unter Berücksichtigung des § 22 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666), einen mit Aktien verbundenen Stimmrechtsanteil sowie Finanzinstrumente im Sinne des § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) hält, muss das Erreichen oder Überschreiten der für § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) geltenden Schwellen, die er am 1. März 2009 ausschließlich auf Grund der Änderung des § 25 in die Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) mit Wirkung vom 1. März 2009 durch Zusammenrechnung nach § 25 Absatz 1 Satz 3 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) erreicht oder überschreitet, nicht mitteilen. Eine solche Mitteilung ist erst dann abzugeben, wenn erneut eine der für § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) geltenden Schwellen erreicht, überschritten oder unterschritten wird. Mitteilungspflichten nach § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10), die nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise erfüllt wurden, sind unter Berücksichtigung von § 25 Absatz 1 Satz 3 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) zu erfüllen.

(7) Wer, auch unter Berücksichtigung des § 22 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666), einen mit Aktien verbundenen Stimmrechtsanteil hält, muss das Erreichen oder Überschreiten der für § 21 in der Fassung dieses Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3089) geltenden Schwellen, die er am 19. August 2008 ausschließlich durch Zurechnung von Stimmrechten auf Grund der Neufassung des § 22 Absatz 2 in die Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) mit Wirkung vom 19. August 2008 erreicht oder überschreitet, nicht mitteilen. Eine solche Mitteilung ist erst dann abzugeben, wenn erneut eine der für § 21 in der Fassung dieses Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3089) geltenden Schwellen erreicht, überschritten oder unterschritten wird. Die Sätze 1 und 2 gelten für die Mitteilungspflicht nach § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) entsprechend mit der Maßgabe, dass die für § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) geltenden Schwellen maßgebend sind.

(8) Wer am 1. Februar 2012 Finanzinstrumente oder sonstige Instrumente im Sinne des § 25a Absatz 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. April 2011 (BGBl. I S. 538) hält, die es ihrem Inhaber auf Grund ihrer Ausgestaltung ermöglichen, 5 Prozent oder mehr der mit Stimmrechten verbundenen und bereits ausgegebenen Aktien eines Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, zu erwerben, hat dem Emittenten und gleichzeitig der Bundesanstalt unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 30 Handelstagen, die Höhe seines Stimmrechtsanteils nach § 25a Absatz 2 entsprechend § 25a Absatz 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 25a Absatz 4, jeweils in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. April 2011 (BGBl. I S. 538), mitzuteilen. § 24 in der Fassung dieses Gesetzes vom 24. März 1998 (BGBl. I S. 529) gilt entsprechend. Eine Zusammenrechnung mit den Beteiligungen nach den §§ 21 in der Fassung dieses Gesetzes vom 21. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3089), 22 in der Fassung dieses Gesetzes vom 12. August 2008 (BGBl. I S. 1666) und 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. April 2011 (BGBl. I S. 538) findet statt.

(9) Der Inlandsemittent hat die Informationen nach Absatz 8 unverzüglich, spätestens jedoch drei Handelstage nach ihrem Zugang gemäß § 26 Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 in der Fassung dieses Gesetzes vom 5. April 2011 (BGBl. I S. 538) zu veröffentlichen und dem Unternehmensregister im Sinne des § 8b

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

des Handelsgesetzbuchs unverzüglich, jedoch nicht vor ihrer Veröffentlichung zur Speicherung zu übermitteln. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung hat der Inlandsemittent diese der Bundesanstalt mitzuteilen.

(10) Wer, auch unter Berücksichtigung des § 22 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029), am 26. November 2015 Stimmrechte im Sinne des § 21 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) hält und ausschließlich auf Grund der Änderung des § 21 mit Wirkung zum 26. November 2015 an einem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, eine der für § 21 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geltenden Schwellen erreicht, überschreitet oder unterschreitet, hat dies bis zum 15. Januar 2016 nach Maßgabe des § 21 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) mitzuteilen. Wer am 26. November 2015 Instrumente im Sinne des § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) hält, die sich nach Maßgabe des § 25 Absatz 3 und 4 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) auf mindestens 5 Prozent der Stimmrechte an einem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, beziehen, hat dies bis zum 15. Januar 2016 nach Maßgabe des § 25 in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) mitzuteilen. Wer eine der für § 25a in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geltenden Schwellen ausschließlich auf Grund der Änderung des § 25a mit Wirkung zum 26. November 2015 erreicht, überschreitet oder unterschreitet, hat dies bis zum 15. Januar 2016 nach Maßgabe des § 25a in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) mitzuteilen. Absatz 9 gilt entsprechend.

(11) Wer an einem Emittenten, für den die Bundesrepublik Deutschland der Herkunftsstaat ist, eine der für die §§ 21, 25 oder 25a, jeweils in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029), geltenden Schwellen ausschließlich auf Grund der Änderung des § 1 Absatz 3 mit Wirkung zum 2. Juli 2016 erreicht, überschreitet oder unterschreitet, hat dies bis zum 23. Juli 2016 nach Maßgabe der §§ 21, 25 und 25a, jeweils in der Fassung dieses Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029), mitzuteilen. Absatz 10 gilt entsprechend.

(12) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Absatz 5 Satz 7 eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,
2. entgegen Absatz 5 Satz 8 eine Information nicht oder nicht rechtzeitig übermittelt,
3. entgegen Absatz 5 Satz 1, 3, 5 oder 9, Absatz 8 Satz 1 oder Absatz 10 Satz 1, 2 oder Satz 3 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig macht,
4. entgegen Absatz 9 Satz 1 eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt.

(13) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 12 mit einer Geldbuße bis zu zweihunderttausend Euro geahndet werden.“

132. Der bisherige § 41a wird § 128 und die Angabe „§ 2 Absatz 6“ wird durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ und die Angabe „§ 2c“ wird durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

133. Der bisherige § 42 wird § 129 und der Überschrift werden die Wörter „der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes“ angefügt.

134. Der bisherige § 42a wird aufgehoben.

135. Der bisherige § 42b wird § 130 und wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Wörter „in der Fassung dieses Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2481)“ angefügt.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

aa) In Satz 1 werden nach der Angabe „Satz 1“ die Wörter „in der Fassung dieses Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2481)“ und nach den Angaben „Absatz 3“ und „Absatz 5“ jeweils die Wörter „der vorgenannten Fassung dieses Gesetzes“ eingefügt.

bb) In Satz 2 werden nach den Angaben „Satz 2“, „Absatz 3“ und „Absatz 5“ jeweils die Wörter „der vorgenannten Fassung dieses Gesetzes“ eingefügt.

136. Der bisherige § 42c wird aufgehoben.

137. Die bisherigen §§ 42d und 42e werden aufgehoben:

138. Der bisherige § 43 wird § 131 und der Überschrift werden die Wörter „der bis zum 4. August 2009 gültigen Fassung dieses Gesetzes“ angefügt.

139. Der bisherige § 44 wird aufgehoben.

140. Der bisherige § 45 wird aufgehoben.

141. Der bisherige § 46 wird § 132 und in Absatz 1 bis 3 werden jeweils die Wörter „vom 20. Januar 2007 an geltenden Fassung“ durch die Wörter „Fassung des Gesetzes vom 5. Januar 2007 (BGBl. I S. 10)“ ersetzt.

142. Der bisherige § 47 wird § 133 und wie folgt gefasst:

„§ 133

Anwendungsbestimmung für § 34 der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes

Auf Ansprüche auf Herausgabe einer Ausfertigung des Protokolls nach § 34 Absatz 2a der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes, die bis zum Ablauf des 2. Januar 2018 entstanden sind, findet § 34 Absatz 2b in der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes weiterhin Anwendung.“

143. Der bisherige § 48 wird aufgehoben.

144. Der bisherige § 49 wird § 134 und in Absatz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „ab dem 26. November 2015 geltenden Fassung“ durch die Wörter „Fassung des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I. S. 2029)“ ersetzt.

145. Der bisherige § 50 wird § 135 und wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Wörter „ab dem 2. Juli 2016 geltenden Fassung“ durch die Wörter „Fassung dieses Gesetzes vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514)“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden die Wörter „zu dem Tag, ab dem die Richtlinie 2014/65/EU nach ihrem Artikel 93 angewendet wird“ durch die Wörter „zum Ablauf des 2. Januar 2018“ ersetzt.

c) Satz 4 wird aufgehoben.

146. Der bisherige § 51 wird § 136 und wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird die Angabe „§§ 38, 39“ durch die Angabe „§§ 119, 120“ ersetzt.

b) In Absatz 1 wird die Angabe „§ 38“ durch die Angabe „§ 119“ ersetzt.

c) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 39“ durch die Angabe „§ 120“ ersetzt.

147. Nach § 136 wird folgender § 37 eingefügt:

„§ 137

Übergangsvorschrift zur Richtlinie 2014/65/EU über Märkte für Finanzinstrumente

(1) C.6-Energiederivatkontrakte, die von einer nichtfinanziellen Gegenpartei im Sinne von Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 oder von nichtfinanziellen Gegenparteien, die nach dem 3.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Januar 2018 erstmals als Wertpapierdienstleistungsunternehmen zugelassen worden sind, eingegangen werden, unterliegen bis zum 3. Januar 2021 weder der Clearingpflicht nach Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 noch den Risikominderungstechniken nach Artikel 11 Absatz 3 der vorgenannten Verordnung.

(2) C.6-Energiederivatkontrakte gelten bis zum 3. Januar 2021 nicht als OTC-Derivatkontrakte für die Zwecke des Clearingschwellenwerts nach Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012.

(3) C.6-Energiederivatkontrakte unterliegen allen übrigen Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 648/2012.

(4) C.6-Energiederivatkontrakt im Sinne dieser Vorschrift ist eine Option, ein Terminkontrakt (Future), ein Swap oder ein anderer in Anhang I Abschnitt C Nummer 6 der Richtlinie 2014/65/EU, in der jeweils geltenden Fassung, genannter Derivatkontrakt in Bezug auf Kohle oder Öl, der an einem organisierten Handelssystem gehandelt werden und effektiv geliefert werden muss.

(5) Die Ausnahmen nach den Absätzen 1 und 2 sind bei der Bundesanstalt zu beantragen. Die Bundesanstalt teilt der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde mit, für welche C.6-Energiederivatekontrakte Ausnahmen nach den Absätzen 1 und 2 gewährt worden sind.“

Artikel 4

Änderung des Kreditwesengesetzes

Das Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel […] des Gesetzes vom [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes* (BGBl. …)] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) In der Angabe zum Ersten Abschnitt Nummer 1 und zum Zweiten Abschnitt werden jeweils die Wörter „gemischte Unternehmen“ durch die Wörter „gemischte Holdinggesellschaften“ ersetzt.
   b) In der Angabe zu § 13c und zum Zweiten Abschnitt Nummer 5 werden jeweils die Wörter „gemischten Unternehmen“ durch die Wörter „gemischten Holdinggesellschaften“ ersetzt.
   c) Der Angabe zu § 60c werden die Wörter „oder die Verordnung (EU) 2015/2365“ angefügt.
2. In der Überschrift vor § 1 werden die Wörter „gemischte Unternehmen“ durch die Wörter „gemischte Holdinggesellschaften“ ersetzt.
3. In § 2 Absatz 9e werden die Wörter „sowie die Artikel 25 bis 455 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013“ gestrichen.
4. § 7b Absatz 4 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 1 wird das Wort „und“ gestrichen.
   b) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
   c) Die folgenden Nummern 3 und 4 werden angefügt:
      „3. jährlich eine Zusammenfassung von allen gegenüber Instituten als Gegenparteien von Wertpapierfinanzierungsgeschäften ergriffenen Verwaltungsmaßnahmen und verhängten Sanktionen,
      4. zeitgleich mit der Bekanntmachung alle nach den §§ 60b und 60c bekannt gemachten Verwaltungsmaßnahmen und Sanktionen, soweit sie Institute als finanzielle Gegenparteien von Wertpapierfinanzierungsgeschäften betreffen.“
5. In der Überschrift vor § 10 werden die Wörter „gemischte Unternehmen“ durch die Wörter „gemischte Holdinggesellschaften“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

6. § 10a Absatz 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 3 werden nach den Wörtern „Institute, die nach § 1a als CRR-Institute gelten“ die Wörter „und die nicht ausschließlich über eine Erlaubnis verfügen, die Tätigkeit einer zentralen Gegenpartei im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 12 auszuüben“ eingefügt.

   b) In Satz 8 werden nach den Wörtern „übergeordnete Unternehmen“ die Wörter „ein Kreditinstitut, das ausschließlich über eine Erlaubnis verfügt, die Tätigkeit einer zentralen Gegenpartei im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 12 auszuüben,“ eingefügt.

7. In der Überschrift zu § 13c, in Absatz 1 Satz 1, in Absatz 2 und in Absatz 3 Satz 1, in der Überschrift vor § 24 werden jeweils die Wörter „gemischten Unternehmen“ durch die Wörter „gemischten Holdinggesellschaften“ ersetzt.

8. In § 25 Absatz 3 Satz werden die Wörter „gemischte Unternehmen“ durch die Wörter „gemischte Holdinggesellschaften“ ersetzt und die Wörter „gemischten Unternehmen“ durch die Wörter „gemischten Holdinggesellschaften“ ersetzt.

9. § 29 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird wie folgt geändert:

   a) In Buchstabe f wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

   b) Folgender Buchstabe g wird angefügt:

      „g) nach Artikel 4 Absatz 1 bis 5 und Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1).“

10. In § 32 Absatz 3a wird nach den Wörtern „sofern es“ das Wort „nach“ gestrichen.

11. § 35 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 8 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

   b) Folgende Nummer 9 wird angefügt:

      „9. das Institut als Gegenpartei von Wertpapierfinanzierungsgeschäften nachhaltig gegen die Pflichten und Anforderungen der Artikel 4 oder 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 oder sich auf diese Bestimmungen beziehende Anordnungen der Bundesanstalt verstoßen hat.“

12. In § 36 Absatz 2 werden nach den Wörtern „der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, der Verordnung (EU) Nr. 909/2014,“ die Wörter „der Verordnung (EU) 2015/2365,“ eingefügt und werden die Wörter „der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder der Verordnung (EU) Nr. 909/2014“ durch die Wörter „der Verordnung (EU) Nr. 596/2014, der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 oder der Verordnung (EU) 2015/2365“ ersetzt.

13. § 36a Absatz 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 35 Absatz 2 Nummer 7“ durch die Angabe „§ 35 Absatz 2 Nummer 7 oder 9“ ersetzt.

   b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 35 Absatz 2 Nummer 7“ durch die Angabe „§ 35 Absatz 2 Nummer 7 oder 9“ ersetzt und werden nach der Angabe „Verordnung (EU) Nr. 596/2014“ die Wörter „oder Artikel 4 oder Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ eingefügt.

14. In § 44 Absatz 2 Satz 5 werden die Wörter „gemischtes Unternehmen“ durch die Wörter „gemischte Holdinggesellschaft“ ersetzt.

15. In § 44c Absatz 1 Satz 1 und in § 53b Absatz 7 Satz 2 werden jeweils die Wörter „gemischten Unternehmen“ durch die Wörter „gemischten Holdinggesellschaften“ ersetzt.

16. § 60c wird wie folgt geändert:

   a) Der Überschrift werden die Wörter „oder die Verordnung (EU) 2015/2365“ angefügt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

b) In Absatz 1 werden nach der Angabe „Verordnung (EU) Nr. 909/2014“ die Wörter „oder Artikel 4 oder 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ eingefügt und die Wörter „darauf basierende delegierte Rechtsakte“ durch die Wörter „die jeweils darauf basierenden delegierten Rechtsakte“ ersetzt.

17. In § 64g Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „gemischten Unternehmen“ durch die Wörter „gemischten Holdinggesellschaften“ ersetzt.

18. Dem § 64r wird folgender Absatz 19 angefügt:

„(19) Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung, die am 31.12.2013 über eine Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften nach § 32 Absatz 1 verfügt haben, dürfen abweichend von § 51c Absatz 5 über ein geringeres Anfangskapital als den Gegenwert von 5 Millionen Euro verfügen. In diesem Fall darf das Anfangskapital nicht unter den am 31.12.2013 vorhandenen Betrag sinken.“

Artikel 5

Weitere Änderungen des Kreditwesengesetzes

Das Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden in der Angabe zu § 60c das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und die Wörter „oder die Verordnung (EU) 2016/1011“ angefügt.

2. § 29 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird wie folgt geändert:

a) In Buchstabe g wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

b) Folgender Buchstabe h wird angefügt:

„h) nach den Artikeln 16, 23 Absatz 3 Satz 1, Absatz 5, 6 und 10, nach Artikel 28 Absatz 2 sowie nach Artikel 29 der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Weiterentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1).“

3. In § 36 Absatz 2 werden nach den Wörtern „der Verordnung (EU) Nr. 909/2014, der Verordnung (EU) 2015/2365“ die Wörter „der Verordnung (EU) 2016/1011“ eingefügt und werden die Wörter „der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 oder der Verordnung (EU) 2015/2365“ durch die Wörter „der Verordnung (EU) Nr. 909/2014, der Verordnung (EU) 2015/2365 oder der Verordnung (EU) 2016/1011“ ersetzt.

4. § 60c wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und werden die Wörter „die Verordnung (EU) 2016/1011, oder“ angefügt.

b) In Absatz 1 werden nach der Angabe „Verordnung (EU) 2015/2365“ ein Komma und die Wörter „Artikel 16 Absatz 1 bis 4 der Verordnung (EU) 2016/1011“ eingefügt.

Artikel 6

Weitere Änderungen des Kreditwesengesetzes

Das Kreditwesengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2776), das zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) Der Angabe zu § 53c wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.
   b) Nach der Angabe zu § 60c wird folgende Angabe eingefügt
      „§ 60d Bekanntmachung von Sanktionen und Maßnahmen gegen Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten“.
   c) Nach der Angabe zu § 64u wird folgende Angabe eingefügt
      „§ 64v Übergangsvorschrift zum Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1a wird wie folgt geändert:
      aa) Satz 2 wird wie folgt geändert:
         aaa) Nach Nummer 1c wird folgende Nummer 1d eingefügt:
            „1d. der Betrieb eines multilateralen Systems, bei dem es sich nicht um einen organisierten Markt oder ein multilaterales Handelssystem handelt und das die Interessen einer Vielzahl Dritter am Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen, strukturierten Finanzprodukten, Emissionszertifikaten oder Derivaten innerhalb des Systems auf eine Weise zusammenführt, die zu einem Vertrag über den Kauf dieser Finanzinstrumente führt (Betrieb eines organisierten Handelssystems);“.
         bbb) Nummer 4 wird wie folgt geändert:
            aaaa) Das Wort „das“ vor Buchstabe a wird durch die Wörter „der Eigenhandel durch das“ ersetzt.
            bbbb) Die Buchstaben a und b werden wie folgt gefasst:
            „a) kontinuierliche Anbieten des An- oder Verkaufs von Finanzinstrumenten zu selbst gestellten Preisen für eigene Rechnung unter Einsatz des eigenen Kapitals,
            b) häufige organisierte und systematische Betreiben von Handel für eigene Rechnung in erheblichem Umfang außerhalb eines organisierten Marktes oder eines multilateralen oder organisierten Handelssystems, wenn Kundenaufträge außerhalb eines geregelten Marktes oder eines multilateralen oder organisierten Handelssystem ausgeführt werden, ohne dass ein multilaterales Handelssystem betrieben wird (systematische Internalisierung),“.
            cccc) Buchstabe d wird wie folgt gefasst:
            „d) Kaufen oder Verkaufen von Finanzinstrumenten für eigene Rechnung als unmittelbarer oder mittelbarer Teilnehmer eines inländischen organisierten Marktes oder eines multilateralen oder organisierten Handelssystems mittels einer hochfrequenten algorithmischen Handelstechnik, die gekennzeichnet ist durch
               aa) eine Infrastruktur zur Minimierung von Netzwerklatenzen und anderen Verzögerungen bei der Orderübertragung (Latenzen), die mindestens ein der folgenden Vorrichtungen für die Eingabe algorithmischer Aufträge aufweist: Kollokation, Proximity Hosting oder direkten elektronischen Hochgeschwindigkeitszugang,
               bb) die Fähigkeit des Systems, einen Auftrag ohne menschliche Intervention im Sinne des Artikels 18 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] einzuleiten, zu erzeugen, weiterzuleiten oder auszuführen und

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

cc) ein hohes untertägiges Mitteilungsaufkommen im Sinne des Artikels 19 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] in Form von Aufträgen, Kursangaben oder Stornierungen

auch ohne dass eine Dienstleistung für andere vorliegt (Hochfrequenzhandel),“.

bb) Folgende Sätze werden angefügt:

„Ob ein häufiger systematischer Handel im Sinne des Absatzes 1a Satz 2 Nummer 4 Buchstabe b vorliegt, bemisst sich nach der Zahl der Geschäfte außerhalb eines Handelsplatzes im Sinne des § 2 Absatz 22 des Wertpapierhandelsgesetzes (OTC- Handel) mit einem Finanzinstrument zur Ausführung von Kundenaufträgen, die für eigene Rechnung durchgeführt werden. Ob ein Handel in erheblichem Umfang im Sinne des Absatzes 1a Satz 2 Nummer 4 Buchstabe b vorliegt, bemisst sich entweder nach dem Anteil des OTC-Handels an dem Gesamthandelsvolumen des Unternehmens in einem bestimmten Finanzinstrument oder nach dem Verhältnis des OTC-Handels des Unternehmens zum Gesamthandelsvolumen in einem bestimmten Finanzinstrument in der Europäischen Union. Die Voraussetzungen der systematischen Internalisierung sind erst dann erfüllt, wenn sowohl die in den Artikeln 12 bis 17 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] bestimmte Obergrenze für häufigen systematischen Handel als auch die in der vorgenannten Delegierten Verordnung bestimmte einschlägige Obergrenze für den Handel in erheblichem Umfang überschritten werden oder wenn ein Unternehmen sich freiwillig den für die systematische Internalisierung geltenden Regelungen unterworfen und einen entsprechenden Erlaubnisantrag bei der Bundesanstalt gestellt hat.“

b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „eines Instituts“ die Wörter „oder eines Unternehmens“ eingefügt.

c) Absatz 3a wird wie folgt gefasst:

„(3a) Datenbereitstellungsdienste im Sinne dieses Gesetzes sind genehmigte Veröffentlichungssysteme, Bereitsteller konsolidierter Datenticker und genehmigte Meldemechanismen im Sinne des § 2 Absatz 37, 38 und 39 des Wertpapierhandelsgesetzes.“

d) In Absatz 9 Satz 2 werden die Wörter „§ 21 Absatz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3, § 22 Absatz 1 und 2, § 22a Absatz 1 bis 3 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 6 und § 23“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 3, § 34 Absatz 1 und 2, § 35 Absatz 1 bis 3 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 6 und § 36“ ersetzt.

e) Absatz 11 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In den Nummern 1 und 3 wird jeweils das Wort „Zertifikate“ durch das Wort „Hinterlegungsscheine“ ersetzt.

bbb) In Nummer 7 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.

ccc) Nummer 8 wird wie folgt gefasst:

„8. Derivate sowie“.

ddd) Folgende Nummer 9 wird angefügt:

„9. Berechtigungen, Emissionsreduktionseinheiten und zertifizierte Emissionsreduktionen im Sinne des § 3 Nummern 3, 6 und 16 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes, soweit sie im EU-Emissionshandelsregister gehalten werden dürfen (Emissionszertifikate).“

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Hinterlegungsscheine im Sinne dieses Gesetzes sind Wertpapiere, die auf dem Kapitalmarkt handelbar sind, ein Eigentumsrecht an Wertpapieren von Emittenten mit Sitz im Ausland ver-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

briefen, zum Handel auf einem organisierten Markt zugelassen sind und unabhängig von den Wertpapieren des jeweiligen gebietsfremden Emittenten gehandelt werden können."

cc) Der neue Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Geldmarktinstrumente sind Instrumente im Sinne des Artikels 11 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] mit Ausnahme von Zahlungsinstrumenten."

dd) Der neue Satz 4 wird wie folgt geändert:

aaa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aaaa) In Buchstabe b werden nach dem Wort „Devisen" ein Komma und die Wörter „soweit das Geschäft nicht die Voraussetzungen des Artikels 10 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] erfüllt," eingefügt.

bbbb) In Buchstabe d wird die Angabe „oder c, durch die Angabe „, c oder f" ersetzt und wird das Wort „oder" am Ende durch ein Komma ersetzt.

cccc) In Buchstabe e wird das Semikolon am Ende durch das Wort „oder" ersetzt.

dddd) Folgender Buchstabe f wird angefügt:

„f) Emissionszertifikate;".

bbb) Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aaaa) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird die Angabe „Emissionsberechtigungen," gestrichen.

bbbb) Die Buchstaben b und c werden wie folgt gefasst:

„b) auf einem organisierten Markt oder in einem multilateralen oder organisierten Handelssystem geschlossen werden, soweit es sich nicht um über ein organisiertes Handelssystem gehandelte Energiegroßhandelsprodukte handelt, die effektiv geliefert werden müssen, oder

c) die Merkmale anderer Derivatekontrakte im Sinne des Artikels 7 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] aufweisen und nichtkommerziellen Zwecken dienen,".

cccc) Im letzten Halbsatz nach Buchstabe c werden die Wörter „des Artikels 38 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006" durch die Wörter „des Artikels 7 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]" ersetzt.

ccc) In Nummer 5 werden die Wörter „in Artikel 39 der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006" durch die Wörter „in Artikel 8 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]" ersetzt.

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Bundesbank" die Wörter „und die vergleichbaren Institutionen in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sofern sie Mitglieder des Europäischen Systems der Zentralbanken sind" eingefügt.

bb) Nach Nummer 1 werden die folgenden Nummern 1a und 1b eingefügt:

„1a. andere Behörden in den anderen Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums, soweit sie Zentralbankaufgaben wahrnehmen;

1b. von zwei oder mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegründete internationale Finanzinstitute, die dem Zweck dienen, Finanzmittel zu mobilisieren und seinen Mitgliedern Finanzhilfen zu gewähren, sofern diese von schwerwiegenden Finanzierungsproblemen betroffen oder bedroht sind;".

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

cc) Nummer 8 wird aufgehoben.

dd) Nummer 9 wird wie folgt gefasst:

„9. Unternehmen, die außer dem Finanzkommissionsgeschäft und dem Emissionsgeschäft, jeweils ausschließlich mit Warentermingeschäften, Emissionszertifikaten und Derivate auf Emissionszertifikate, kein Bankgeschäft betreiben und keinen Eigenhandel im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 4 Buchstabe c und d erbringen, unter den weiteren Voraussetzungen, dass

a) das Unternehmen nicht Teil einer Unternehmensgruppe ist, deren Haupttätigkeit in dem Betreiben von Bankgeschäften oder dem Erbringen von Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummern 1 bis 4 besteht,

b) das Bankgeschäft des Unternehmens und der Gruppe im Verhältnis zu der sonstigen Tätigkeit des Unternehmens sowie der Gruppe auf individueller und aggregierter Basis eine Nebentätigkeit im Sinne des Art. … der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 20] ist,

c) dieses Nebengeschäft ausschließlich als Dienstleistung für die Kunden oder Zulieferer ihrer Haupttätigkeit betrieben wird und

d) das Unternehmen die Inanspruchnahme dieser Ausnahme der Bundesanstalt jährlich anzeigt für Zeitpunkt, Inhalt und Form der Anzeige und gegebenenfalls für die Führung eines öffentlichen Registers können nähere Bestimmungen in der Rechtsverordnung nach § 24 Absatz 4 erlassen werden; insbesondere kann dem Betreiber ein schreibender Zugriff auf die für dieses Unternehmen einzurichtende Seite des Registers eingeräumt und er mit der Verantwortung für die Richtigkeit und Aktualität der Seite belastet werden;“.

ee) In Nummer 12 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

ff) Die folgenden Nummern 13 und 14 werden angefügt:

„13. soweit sie das Finanzkommissionsgeschäft und das Emissionsgeschäft im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und 10 des Kreditwesengesetzes in Bezug auf Warenderivate betreiben, die mit ihrer jeweiligen Haupttätigkeit in Zusammenhang stehen:

a) Übertragungsnetzbetreiber im Sinne des Artikels 2 Nummer 4 der Richtlinie 2009/72/EG oder des Artikels 2 Nummer 4 der Richtlinie 2009/73/EG, wenn sie ihre Aufgaben gemäß diesen Richtlinien, der Verordnung (EG) Nr. 714/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1228/2003 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 15), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 543/2013 (ABl. L 163 vom 15.6.2013, S. 1) geändert worden ist, der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005 (ABl. L 211 vom 14.8.2009, S. 36; L 229 vom 1.9.2009, S. 29; L 309 vom 24.11.2009, S. 87), die zuletzt durch die Verordnung 347/2013 (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39) geändert worden ist, oder gemäß der nach diesen Verordnungen erlassenen Netzcodes oder Leitlinien wahrnehmen,

b) Personen, die in ihrem Namen als Dienstleister handeln, um die Aufgaben eines Übertragungsnetzbetreibers gemäß der Verordnung (EG) Nr. 714/2009, der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 oder gemäß der nach diesen Verordnungen erlassenen Netzcodes oder Leitlinien wahrzunehmen, sowie

c) Betreiber oder Verwalter eines Energieausgleichssystems, eines Rohrleitungsnetzes oder eines Systems zum Ausgleich von Energieangebot und -verbrauch;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

14. Zentralverwahrer, die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 zugelassen sind, soweit sie das Finanzkommissionsgeschäft und das Emissionsgeschäft im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und 10 betreiben."

b) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Vorbehaltlich der Regelungen in Titel VIII der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84; L 6 vom 10.1.2015, S. 6; L 270 vom 15.10.2015, S. 4), die durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) geändert worden ist, kann die Bundesanstalt im Einzelfall bestimmen, dass auf ein Institut mit Sitz in einem Drittstaat, das im Inland im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, Bankgeschäfte betreiben oder Finanzdienstleistungen erbringen will, die §§ 1a, 2c, 10 bis 18, 24, 24a, 25, 25a bis 25e, 26 bis 38, 45, 46 bis 46c und 51 Absatz 1 insgesamt nicht anzuwenden sind, solange das Institut im Hinblick auf seine im Inland betriebenen Geschäfte wegen seiner Aufsicht durch die im Herkunftsstaat zuständige Behörde insoweit nicht zusätzlich der Aufsicht durch die Bundesanstalt bedarf. Auf Grundlage einer Freistellung nach Satz 1 kann sie auch bestimmen, dass auf das Institut auch § 24c nicht anzuwenden ist. Satz 1 und 2 gelten entsprechend für Institute mit Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum, für die der Marktzutritt nicht in § 53b Absatz 1 geregelt ist."

c) Absatz 6 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Bundesbank" die Wörter „und vergleichbare Institutionen in den anderen Staaten der Europäischen Union, die Mitglieder des Europäischen Systems der Zentralbanken sind" eingefügt.

bb) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:

„1a. von zwei oder mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union gegründete internationale Finanzinstitute, die dem Zweck dienen, Finanzmittel zu mobilisieren und seinen Mitgliedern Finanzhilfen zu gewähren, sofern diese von schwerwiegenden Finanzierungsproblemen betroffen oder bedroht sind;".

cc) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. Unternehmen, die Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 ausschließlich für ihre Mutterunternehmen oder ihre Tochter- oder Schwesterunternehmen erbringen;".

dd) Nummer 9 wird aufgehoben.

ee) In Nummer 10 werden nach dem Wort „gelegentlich" die Wörter „im Sinne des Artikels 4 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] und" eingefügt.

ff) Nummer 11 wird wie folgt gefasst:

„11. Unternehmen, die außer Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 3 und Nummer 4 Buchstabe a und b, jeweils ausschließlich mit Warentermingeschäften, Emissionszertifikaten und mit Derivaten auf Emissionszertifikate, keine Finanzdienstleistungen erbringen, unter den weiteren Voraussetzungen, dass

a) das Unternehmen nicht Teil einer Unternehmensgruppe ist, die in der Haupttätigkeit Bankgeschäfte betreibt oder Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummern 1 bis 4 erbringt,

b) die Finanzdienstleistung des Unternehmens und der Gruppe im Verhältnis zu der sonstigen Tätigkeit des Unternehmens sowie der Gruppe auf individueller und aggregierter Basis eine Nebentätigkeit im Sinne des Artikels [..] der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 20] ist,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

c) dieses Nebengeschäft, soweit das Unternehmen nicht die Finanzdienstleistung im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 4 Buchstabe a erbringt, ausschließlich als Dienstleistung für die Kunden oder Zulieferer ihrer Haupttätigkeit betrieben wird und

d) das Unternehmen die Inanspruchnahme dieser Ausnahme der Bundesanstalt jährlich anzeigt für Zeitpunkt, Inhalt und Form der Anzeige und gegebenenfalls für die Führung eines öffentlichen Registers können nähere Bestimmungen in der Rechtsverordnung nach § 24 Absatz 4 erlassen werden; insbesondere kann dem Betreiber ein schreibender Zugriff auf die für dieses Unternehmen einzurichtende Seite des Registers eingeräumt und er mit der Verantwortung für die Richtigkeit und Aktualität der Seite belastet werden;“

gg) Nummer 13 wird aufgehoben.

hh) In Nummer 16 werden nach dem Wort „multilateralen“ die Wörter „oder organisierten“ eingefügt.

ii) In Nummer 19 werden die Wörter „erbringen, und“ durch die Angabe „erbringen;“ ersetzt.

jj) In Nummer 20 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

kk) Die folgenden Nummern 21 und 22 werden angefügt:

„21. soweit sie Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 4 in Bezug auf Warenderivate erbringen, die mit ihren Haupttätigkeiten in Zusammenhang stehen:

a) Übertragungsnetzbetreiber im Sinne des Artikels 2 Nummer 4 der Richtlinie 2009/72/EG oder des Artikels 2 Nummer 4 der Richtlinie 2009/73/EG, wenn sie ihre Aufgaben gemäß diesen Richtlinien, der Verordnung (EG) Nr. 714/2009, der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 oder den nach diesen Verordnungen erlassenen Netzcodes oder Leitlinien wahrnehmen,

b) Personen, die in ihrem Namen als Dienstleister handeln, um die Aufgaben eines Übertragungsnetzbetreibers gemäß der Verordnung (EG) Nr. 714/2009, der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 oder den nach diesen Verordnungen erlassenen Netzcodes oder Leitlinien wahrzunehmen, sowie

c) Betreiber oder Verwalter eines Energieausgleichssystems, eines Rohrleitungsnetzes oder eines Systems zum Ausgleich von Energieangebot und -verbrauch bei der Wahrnehmung solcher Aufgaben;

22. Zentralverwahrer, die gemäß Artikel 16 der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 zugelassen sind, soweit sie Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 4 erbringen.“

d) Nach Absatz 9f werden die folgenden Absätze 9g und 9h eingefügt:

„(9g) Auf Institute, die nur Bankgeschäfte im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und 10 betreiben und Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 4 in Bezug auf Warentermingeschäfte, Emissionszertifikate und Derivate auf Emissionszertifikate erbringen und die diese Dienstleistungen allein mit dem Ziel der Absicherung der Geschäftsrisiken ihrer Kunden erbringen, sind die §§ 1a, 10, 10c bis 10i, 11 bis 13c, 15 bis 18 und 24 Absatz 1 Nummer 4, 6, 9, 11, 14, 14a, 16 und 17, Absatz 1a Nummer 5, die §§ 24a, 25, 25a Absatz 5, §§ 26a und 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, die §§ 45 und 46 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 bis 6 sowie die §§ 46b und 46c nicht anzuwenden, sofern diese Kunden

1. ausschließlich lokale Elektrizitätsunternehmen im Sinne des Artikels 2 Nummer 35 der Richtlinie 2009/72/EG, Erdgasunternehmen im Sinne des Artikels 2 Nummer 1 der Richtlinie 2009/73/EG oder Betreiber im Sinne des Artikels 3 Buchstabe f der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

96/61/EG des Rates (ABl. L 275 vom 25.10.2003, S. 32) die zuletzt durch den Beschluss (EU) 2015/1814 (ABl. L 264 vom 9.10.2015, S. 1) geändert worden ist, sind,

2. zusammen 100 Prozent des Kapitals oder der Stimmrechte des Instituts halten und diese gemeinsam kontrollieren und

3. nach Absatz 1 Nummer 9 oder Absatz 6 Satz 1 Nummer 11 nicht als Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut gälten, wenn sie diese Dienstleistungen selbst erbrächten.

(9h) Auf Institute, die nur Bankgeschäfte im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und 10 betreiben und Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 4 in Bezug auf Warentermingeschäfte, Emissionszertifikate und Derivate auf Emissionszertifikate erbringen und die diese Dienstleistungen allein mit dem Ziel der Absicherung der Geschäftsrisiken ihrer Kunden erbringen, sind die §§ 1a, 10, 10c bis 10i, 11 bis 13c, 15 bis 18 und 24 Absatz 1 Nummer 4, 6, 9, 11, 14, 14a, 16 und 17, Absatz 1a Nummer 5, §§ 24a, 25, 25a Absatz 5, §§ 26a und 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, die §§ 45 und 46 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 bis 6 sowie die §§ 46b und 46c nicht anzuwenden, sofern diese Kunden

1. ausschließlich Betreiber im Sinne des Artikels 3 Buchstabe f der Richtlinie 2003/87/EG sind,

2. zusammen 100 Prozent des Kapitals oder der Stimmrechte des Instituts halten und diese gemeinsam kontrollieren und

3. nach Absatz 1 Nummer 9 oder nach Absatz 6 Satz 1 Nummer 11 nicht als Kreditinstitut oder Finanzdienstleistungsinstitut gälten, wenn sie diese Dienstleistungen selbst erbrächten.“

e) Absatz 10 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Ein Unternehmen mit Sitz im Inland, das keine Bankgeschäfte im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 betreibt und das als Finanzdienstleistungen nur die Anlagevermittlung, die Anlageberatung oder das Platzierungsgeschäft erbringt und dies ausschließlich für Rechnung und unter der Haftung eines CRR-Kreditinstituts oder eines Wertpapierhandelsunternehmens, das seinen Sitz im Inland hat oder nach § 53b Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 7 im Inland tätig ist, (vertraglich gebundener Vermittler), gilt nicht als Finanzdienstleistungsinstitut, sondern als Finanzunternehmen, wenn das CRR-Institut oder Wertpapierhandelsunternehmen dies der Bundesanstalt zuvor angezeigt hat.“

bb) Satz 5 wird aufgehoben.

f) Absatz 12 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „multilaterales“ die Wörter „oder organisiertes“ eingefügt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Freiverkehr“ die Wörter „nach § 48 des Börsengesetzes oder einem organisierten Handelssystem nach § 48b des Börsengesetzes“ und nach dem Wort „multilaterales“ die Wörter „oder organisiertes“ eingefügt.

cc) In Satz 5 werden nach dem Wort „multilateralen“ die Wörter oder „organisierten“ eingefügt.

4. § 2c wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1a Satz 9 Nummer 2 werden die Wörter „der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente“ durch die Wörter „der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349; L 74 vom 18.3.2015, S. 38), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2016/1034 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 8) geändert worden ist“ ersetzt.

b) In Absatz 1b Satz 1 Nummer 2 werden nach den Wörtern „jeweils geltenden Fassung,“ die Wörter „der Richtlinie 2014/65/EU,“ eingefügt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

c) In Absatz 4 Satz 1 werden die Wörter „oder Artikel 15 Absatz 3 Satz 2 der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente (ABl. EU Nummer L 145 S. 1, 2005 Nummer L 45 S. 18) (Finanzmarktrichtlinie)“ gestrichen.

5. In § 6 Absatz 1b wird die Angabe „§ 17“ durch die Angabe „§ 29“ ersetzt.

6. § 7b Absatz 4 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. sofern ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne des § 2 Absatz 10 des Wertpapierhandelsgesetzes betroffen ist,

a) die Erteilung sowie das Erlöschen oder die Aufhebung einer Erlaubnis nach § 32 und

b) die Genehmigung, ein weiteres Mandat in dem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan gemäß § 25c Absatz 2 Satz 5 oder § 25d Absatz 3 Satz 5 innezuhaben,“.

b) In Nummer 3 werden nach den Wörtern „von allen“ die Wörter „im Zusammenhang mit der Überwachung von Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Datenbereitstellungsdiensten sowie“ eingefügt.

c) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

„4. jährlich in aggregierter und anonymisierter Form Daten über strafrechtliche Ermittlungen und verhängte strafrechtliche Sanktionen wegen Verstößen gegen § 54, sofern diese im Zusammenhang mit dem unerlaubten Erbringen von Finanzdienstleistungen erfolgten, die zugleich Wertpapierdienstleistungen im Sinne des § 2 Absatz 6 des Wertpapierhandelsgesetzes sind,“.

d) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.

e) In der neuen Nummer 5 werden nach dem Wort „alle“ die Wörter „im Zusammenhang mit der Überwachung von Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Datenbereitstellungsdiensten sowie“ eingefügt und wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

f) Folgende Nummern 6 und 7 werden angefügt:

„6. alle Bußgeldentscheidungen, die nach Maßgabe des § 60d Absatz 3 Nummer 3 nicht bekanntgemacht wurden, sowie alle Rechtsmittel in Verbindung mit diesen Bußgeldentscheidungen und die Ergebnisse der Rechtsmittelverfahren und

7. die Erteilung sowie das Erlöschen oder die Aufhebung einer Erlaubnis nach § 32 Absatz 1f.“

7. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3c wird folgender Absatz 3d eingefügt:

„(3d) Ein Datenbereitstellungsdienst hat der Bundesanstalt unverzüglich anzuzeigen:

1. die Absicht der Bestellung eines Geschäftsleiters unter Angabe der Tatsachen, die für die Beurteilung der Zuverlässigkeit, der fachlichen Eignung und der ausreichenden zeitlichen Verfügbarkeit für die Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben wesentlich sind, sowie den Vollzug einer solchen Absicht;

2. das Ausscheiden eines Geschäftsleiters;

3. die Bestellung eines Mitglieds und stellvertretender Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans unter Angabe der Tatsachen, die zur Beurteilung ihrer Zuverlässigkeit, Sachkunde und der ausreichenden zeitlichen Verfügbarkeit für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendig sind;

4. das Ausscheiden eines Mitglieds und stellvertretender Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans.“

b) In Absatz 4 wird nach Satz 1 folgender Satz eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„In der Rechtsverordnung können ebenfalls nähere Bestimmungen für die Führung eines öffentlichen Registers durch die Bundesanstalt sowie über die Zugriffsmöglichkeiten auf Seiten dieses Registers und die Zuweisung von Verantwortung für die Richtigkeit und Aktualität der Seiten erlassen werden.“

8. § 24a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Ein CRR-Kreditinstitut oder Wertpapierhandelsunternehmen, das die Absicht hat, in einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraums

1. eine Zweigniederlassung zu errichten oder
2. ohne dort eine Zweigniederlassung zu errichten, vertraglich gebundene Vermittler mit Sitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in diesem Staat des Europäischen Wirtschaftsraums heranzuziehen,

hat dies der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Bundesbank unverzüglich nach Maßgabe des Satzes 2 anzuzeigen.“

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „soll“ die Wörter „oder in dem ohne Errichtung einer Zweigniederlassung dort ansässige vertraglich gebundenen Vermittler herangezogen werden sollen“ eingefügt.

bbb) In Nummer 2 werden nach der Angabe „hervorgehen,“ die Wörter „sowie die Namen der vertraglich gebundenen Vermittler,“ angefügt.

cc) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 2a eingefügt:

„2a. soweit vertraglich gebundene Vermittler in einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraums ohne Errichtung einer Zweigniederlassung herangezogen werden sollen, eine Beschreibung des beabsichtigten Einsatzes der vertraglich gebundenen Vermittler und der Organisationsstruktur, einschließlich der Berichtswege, aus der hervorgeht, wie die vertraglich gebundenen Vermittler in die Unternehmensstruktur des Instituts eingebunden sind, sowie die Namen der vertraglich gebundenen Vermittler,“.

b) In Absatz 2 Satz 1 und 3 werden die Wörter „von zwei Monaten“ jeweils durch die Wörter „von drei Monaten“ ersetzt.

c) Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Anzeige muss enthalten:

1. die Angabe des Staates, in dem die grenzüberschreitende Dienstleistung erbracht werden soll,
2. einen Geschäftsplan mit Angabe der beabsichtigten Tätigkeiten und
3. die Angabe, ob in diesem Staat vertraglich gebundene Vermittler, die ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben, herangezogen werden sollen, sowie deren Namen.“

d) In Absatz 3a Satz 1 werden nach dem Wort „multilateralen“ die Wörter „oder organisierten“ eingefügt und nach den Wörtern „zu gewähren“ die Wörter „und ihnen das Handeln an seinen Märkten zu ermöglichen“ eingefügt.

e) Absatz 3b wird aufgehoben.

f) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „Deutsche Bundesbank und“ die Wörter „, sofern es sich um ein CRR-Kreditinstitut handelt, auch“ eingefügt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„Die Aufsichtsbehörde teilt den zuständigen Stellen des Aufnahmemitgliedstaates die Änderungen nach Satz 1 mit, sofern sie Wertpapierhandelsunternehmen betreffen."

cc) In dem neuen Satz 4 werden nach den Wörtern „Deutschen Bundesbank und" die Wörter „, sofern es sich um ein CRR-Kreditinstitut handelt, auch" eingefügt.

dd) In dem neuen Satz 5 wird die Angabe „Satz 3" durch die Angabe „Satz 4" ersetzt.

9. In § 24b Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 1 Abs. 16 betreibt, hat" durch die Wörter „§ 1 Absatz 16 betreibt, hat unbeschadet der Titel III, IV und V der Verordnung (EU) Nr. 648/2012," ersetzt.

10. In § 25a Absatz 1 Satz 6 Nummer 3 werden nach den Wörtern „die Verordnung (EU) Nr. 596/2014" die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) geändert worden ist, die Verordnung (EU) Nr. 600/2014" und nach dem Wort „Rechtsverordnungen" die Wörter „oder gegen das Wertpapierhandelsgesetz oder gegen die auf Grund des Wertpapierhandelsgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen" eingefügt.

11. Dem § 25c wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Die Geschäftsleiter eines Datenbereitstellungsdienstes müssen zuverlässig und für dessen Leitung fachlich geeignet sein und der Wahrnehmung ihrer Aufgabe ausreichend Zeit widmen."

12. Dem § 25d wird folgender Absatz 13 angefügt:

„(13) Für die Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans eines Datenbereitstellungsdienstes gilt § 25d Absatz 1 und Absatz 2 entsprechend."

13. § 25e Satz 4 wird aufgehoben.

14. § 29 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe e werden die Wörter „§ 17 Absatz 2" durch die Wörter „§ 29 Absatz 2" ersetzt und die Wörter „§ 36 Absatz 1 Satz 1" durch die Wörter „§ 89 Absatz 1 Satz 1" ersetzt.

bb) In Buchstabe h wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

cc) Nach Buchstabe h wird folgender Buchstabe i angefügt:

„i) nach Artikel 28 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014."

b) In Absatz 1a werden die Wörter „und den Artikeln 26, 29, 33 bis 54 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 sowie" durch die Wörter „, Artikel 26, 29 und 33 bis 54 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 und nach Artikel 29 Absatz 2, Artikel 30 und 35 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014" ersetzt.

c) In Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter „§ 36 Abs. 1 Satz 2" durch die Wörter „§ 89 Absatz 1 Satz 2" ersetzt.

15. § 32 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1a Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Dies gilt unabhängig von einem Betreiben von Bankgeschäften oder dem Erbringen von Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 5 und 11 auch dann, wenn das Unternehmen das Eigengeschäft als Mitglied oder Teilnehmer eines organisierten Marktes oder eines multilateralen Handelssystems oder mit einem direkten elektronischen Zugang zu einem Handelsplatz oder mit Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivate auf Emissionszertifikate betreibt. Einer schriftlichen Erlaubnis der Bundesanstalt bedarf es in den Fällen des Satzes 2 nicht, wenn

1. das Eigengeschäft von einem Unternehmen, das keine Bankgeschäfte betreibt oder Finanzdienstleistungen erbringt, betrieben wird, um objektiv messbar die Risiken aus der Geschäftstätigkeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

oder dem Liquiditäts- und Finanzmanagement des Unternehmens oder der Gruppe, dem das Unternehmen angehört, zu reduzieren,

2. das Eigengeschäft mit Emissionszertifikaten von einem Betreiber im Sinne des § 3 Nummer 4 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes betrieben wird, der keine Bankgeschäfte betreibt und Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummern 1 bis 4 erbringt, oder
3. das Eigengeschäft ausschließlich mit Warentermingeschäften, Emissionszertifikaten und Derivate auf Emissionszertifikate betrieben wird und
   a) das Unternehmen nicht Teil einer Unternehmensgruppe ist, die in der Haupttätigkeit Bankgeschäfte betreibt oder Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummern 1 bis 4 erbringt,
   b) das Bankgeschäft des Unternehmens und der Gruppe im Verhältnis zu der sonstigen Tätigkeit des Unternehmens sowie der Gruppe auf individueller und aggregierter Basis eine Nebentätigkeit im Sinne des Artikels … der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 20] ist und
   c) das Unternehmen die Inanspruchnahme dieser Ausnahme der Bundesanstalt jährlich anzeigt. Für Zeitpunkt, Inhalt und Form der Anzeige und gegebenenfalls für die Führung eines öffentlichen Registers können nähere Bestimmungen in der Rechtsverordnung nach § 24 Absatz 4 erlassen werden; insbesondere kann dem Betreiber ein schreibender Zugriff auf die für dieses Unternehmen einzurichtende Seite des Registers eingeräumt und er mit der Verantwortung für die Richtigkeit und Aktualität der Seite belastet werden.

Einer schriftlichen Erlaubnis der Bundesanstalt bedarf es auch, wenn ein Institut, dem eine Erlaubnis nach § 32 Absatz 1 Satz 1 erteilt wurde, eigene Finanzinstrumente vertreibt, soweit dies nicht ohnehin bereits als Betreiben eines Bankgeschäfts oder als Erbringen einer Finanzdienstleistung nach Absatz 1 Satz 1 oder als Betreiben des Eigengeschäfts nach Satz 1 unter Erlaubnisvorbehalt steht.“

b) Nach Absatz 1e wird folgender Absatz 1f eingefügt:

„(1f) Wer im Inland gewerbsmäßig oder in einem Umfang, der einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, als Datenbereitstellungsdienst tätig werden will, bedarf der schriftlichen Erlaubnis der Bundesanstalt; die Bundesanstalt hat § 37 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes anzuwenden. Der Erlaubnisantrag muss enthalten:

1. die Angabe der Geschäftsleiter;
2. die Angaben, die für die Beurteilung der Zuverlässigkeit der Geschäftsleiter erforderlich sind;
3. die Angaben, die für die Beurteilung der zur Leitung des Unternehmens erforderlichen fachlichen Eignung der in § 1 Absatz 2 Satz 1 bezeichneten Personen erforderlich sind;
4. die Angaben, die für die Beurteilung, ob die Geschäftsleiter über die zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe ausreichende Zeit verfügen, erforderlich sind;
5. einen tragfähigen Geschäftsplan, aus dem die Art der geplanten Geschäfte, der organisatorische Aufbau und die geplanten internen Kontrollverfahren des Unternehmens hervorgehen;
6. die Angabe der Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans nebst der zur Beurteilung ihrer Zuverlässigkeit und Sachkunde erforderlichen Tatsachen sowie Angaben, die für die Beurteilung erforderlich sind, ob sie der Wahrnehmung ihrer Aufgabe ausreichend Zeit widmen können.

Das Nähere zu Inhalt und Form des Erlaubnisantrages regeln die technischen Regulierungs- und Durchführungsstandards gemäß Artikel 61 Absatz 4 und 5 der Richtlinie 2014/65/EU. Abweichend von Satz 1 bis 3 ist Instituten und Trägern einer inländischen Börse, die eine Börse, ein multilaterales Handelssystem oder ein organisiertes Handelssystem betreiben, die Tätigkeit als Datenbereitstellungsdienst gestattet, sofern festgestellt wurde, dass sie den Anforderungen des Titels V der Richtlinie 2014/65/EU genügen. Diese Dienstleistungen sind in ihrer Erlaubnis eingeschlossen.“

c) Dem Absatz 3a wird der folgende Satz angefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„Bezieht sich die Tätigkeit eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens im Sinne des § 2 Absatz 10 des Wertpapierhandelsgesetzes auf strukturierte Einlagen im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes und wird die strukturierte Einlage von einem Kreditinstitut ausgegeben, das Mitglied eines Einlagensicherungssystems im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes ist, so deckt das Einlagensicherungssystem des Kreditinstituts auch die von dem Kreditinstitut ausgegebenen strukturierten Einlagen ab.“

d) Nach Absatz 5 wird der folgende Absatz 5a eingefügt:

„(5a) Die Bundesanstalt führt auf ihrer Internetseite ein öffentlich zugängliches Register, in das sie alle Datenbereitstellungsdienste, denen eine Erlaubnis nach § 32 Absatz 1f erteilt worden ist, mit dem Datum der Erteilung und dem Umfang der Erlaubnis und gegebenenfalls dem Datum des Erlöschens oder der Aufhebung der Erlaubnis einträgt. Das Erlöschen oder die Aufhebung der Erlaubnis bleibt für einen Zeitraum von fünf Jahren ab der entsprechenden Entscheidung im Register eingetragen.“

16. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe a werden nach dem Wort „multilateraler“ die Wörter „oder organisierter“ eingefügt.

bb) In Buchstabe g wird die Angabe „§ 23 Abs. 4“ durch die Angabe „§ 36 Absatz 5“ ersetzt.

b) Nach Absatz 1 wird der folgende Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Die Erlaubnis für die Erbringung von Datenbereitstellungsdienstleistungen ist zu versagen, wenn

1. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass ein Geschäftsleiter nicht zuverlässig ist, nicht die zur Leitung des Unternehmens erforderliche fachliche Eignung hat oder nicht über die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben ausreichende Zeit verfügt;
2. das Unternehmen nicht bereit oder in der Lage ist, die erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen zum ordnungsmäßigen Betreiben der Geschäfte, für die es die Erlaubnis beantragt, zu schaffen.

Die Bundesanstalt kann die Erlaubnis auch versagen, wenn entgegen § 32 Absatz 1f Satz 2 der Antrag keine ausreichenden Angaben oder Unterlagen enthält.“

c) In Absatz 3 wird nach der Angabe „Absätzen 1“ ein Komma und die Angabe „1a“ eingefügt.

d) In Absatz 4 Satz 1 wird nach der Angabe „§ 32 Absatz 1 Satz 2“ die Angabe „oder Absatz 1f“ eingefügt.

17. In § 33b Satz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „CRR-Instituts“ die Wörter „, eines Wertpapierhandelsunternehmens, eines Börsenbetreibers“ eingefügt.

b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „CRR-Institut“ die Wörter „, ein Wertpapierhandelsunternehmen, ein Börsenbetreiber“ eingefügt.

18. § 35 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 33 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 8“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 8, Absatz 1a“ ersetzt.

b) In Nummer 9 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.

c) Nach Nummer 9 wird folgende Nummer 10 angefügt:

„10. das Institut nachhaltig gegen Artikel 7 Absatz 1 Satz 3 oder Artikel 11 Absatz 1 Satz 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 oder sich auf diese Bestimmungen beziehende Anordnungen der Bundesanstalt verstoßen hat.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

19. § 36 wird wie folgt geändert:

    a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „bei Instituten“ die Wörter „oder Unternehmen“ eingefügt.

    b) In Absatz 2 werden nach den Wörtern „bei Instituten“ die Wörter „oder Unternehmen“ und werden jeweils nach den Wörtern „der Verordnung (EU) Nr. 596/2014“ die Wörter „, der Verordnung (EU) Nr. 600/2014“ eingefügt.

    c) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

    „(4) Die Bundesanstalt kann von den in § 25d Absatz 13 genannten Unternehmen die Abberufung eines Mitglieds des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans verlangen und einer solchen Person die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen, wenn

    1. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Person nicht zuverlässig ist,
    2. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Person nicht die erforderliche Sachkunde besitzt,
    3. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Person der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht ausreichend Zeit widmet,
    4. der Person wesentliche Verstöße des Unternehmens gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung wegen sorgfaltswidriger Ausübung ihrer Überwachungs- und Kontrollfunktion verborgen geblieben sind und sie dieses sorgfaltswidrige Verhalten trotz Verwarnung durch die Bundesanstalt fortsetzt, oder
    5. die Person nicht alles Erforderliche zur Beseitigung festgestellter Verstöße veranlasst hat und dies trotz Verwarnung durch die Bundesanstalt auch weiterhin unterlässt.

    Soweit das Gericht auf Antrag des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans ein Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans abzuberufen hat, kann dieser Antrag bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Satz 1 auch von der Bundesanstalt gestellt werden, wenn das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan dem Abberufungsverlangen der Bundesanstalt nicht nachgekommen ist. Die Abberufung von Arbeitnehmervertretern im Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan erfolgt allein nach den Vorschriften der Mitbestimmungsgesetze.“

20. In § 36a Absatz 1 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „§ 35 Absatz 2 Nummer 7 oder 9“ durch die Wörter „§ 35 Absatz 2 Nummern 7, 9 oder 10“ ersetzt.

21. § 53b wird wie folgt geändert:

    a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

    „Ein CRR-Kreditinstitut oder ein Wertpapierhandelsunternehmen mit Sitz in einem anderen Staat des Europäischen Wirtschaftsraums darf ohne Erlaubnis durch die Aufsichtsbehörde über eine Zweigniederlassung oder über gemäß § 2 Absatz 10 angezeigte vertraglich gebundene Vermittler, die ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben, sowie im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs, auch durch vertraglich gebundene Vermittler, die ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Herkunftsmitgliedstaat haben, im Inland Bankgeschäfte betreiben oder Finanzdienstleistungen erbringen, wenn das Unternehmen von den zuständigen Stellen seines Herkunftsmitgliedstaates zugelassen worden ist, die Geschäfte von der Zulassung abgedeckt sind und das Unternehmen von den zuständigen Stellen nach Maßgabe der Richtlinien und Verordnungen der Europäischen Union beaufsichtigt wird.“

    b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

    „(1a) Ein Unternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraums darf ohne Erlaubnis durch die Bundesanstalt über eine Zweigniederlassung oder im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs im Inland als Datenbereitstellungsdienst tätig werden, wenn das Unterneh-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

men von den zuständigen Stellen seines Herkunftsmitgliedstaates zugelassen worden ist und die Geschäfte durch die Zulassung abgedeckt sind.“

c) Absatz 2 Satz 3 und 4 werden aufgehoben.

d) Dem Absatz 2a wird folgender Satz angefügt:

„Die Bundesanstalt veröffentlicht die Namen von vertraglich gebundenen Vermittlern, die ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Herkunftsmitgliedstaat des Instituts haben und die das Institut im Inland heranziehen will, auf ihrer Internetseite, soweit die zuständigen Stellen des Herkunftsmitgliedstaates diese mitgeteilt haben.“

e) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nummer 4 wird das Wort „CRR-Kreditinstitut“ durch das Wort „CRR-Institut“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

cc) In dem neuen Satz 3 werden nach den Wörtern „eines multilateralen “ die Wörter „oder organisierten “ eingefügt.

22. § 53c wird wie folgt geändert:

a) Der Überschrift wird ein Semikolon und das Wort „Verordnungsermächtigung“ angefügt.

b) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.

c) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Ungeachtet der Regelungen des Absatzes 1 können Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, die in das Register nach Artikel 48 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 eingetragen wurden, gegenüber geeigneten Gegenparteien und professionellen Kunden im Inland Wertpapierdienstleistungen im Sinne des § 2 Absatz 3 und Absatz 3a des Wertpapierhandelsgesetzes erbringen. In diesem Fall ist § 53b Absatz 1 und 3 entsprechend anzuwenden.“

23. § 56 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Buchstabe f wird die Angabe „Nummer 4,“ durch die Angabe „1, 2, 4,“ und das Komma am Ende durch die Wörter „oder Absatz 3d,“ ersetzt.

bb) In Buchstabe k werden nach den Wörtern „Absatz 3 Satz 1,“ die Wörter „Absatz 3a Satz 1, Absatz 3b Satz 1, Absatz 3c Satz 1“ eingefügt.

b) Nach Absatz 4g wird folgender Absatz 4h eingefügt:

„(4h) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen § 25e Satz 1 nicht durch entsprechende Maßnahmen sicherstellt, dass ein vertraglich gebundener Vermittler die dort geforderten Anforderungen fortlaufend erfüllt,
2. entgegen § 25e Satz 2 danach erforderliche Nachweise nicht oder nicht für die gesetzlich vorgesehene Dauer aufbewahrt,
3. entgegen § 25e Satz 4 Vergütungssysteme nicht oder nicht ordnungsgemäß ausgestaltet,
4. bei der Antragstellung für die Zulassung zum Geschäftsbetrieb nach § 32 Absatz 1 Satz 2 oder § 32 Absatz 1f Satz 2 gegenüber der Bundesanstalt unrichtige Angaben im Hinblick auf die nach § 32 Absatz 1 Satz 2 oder § 32 Absatz 1f Satz 2 erforderlichen Informationen macht,
5. entgegen § 25c Absatz 1 Satz 1 der Wahrnehmung seiner Aufgaben als Geschäftsleiter nicht ausreichend Zeit widmet,
6. entgegen § 25c Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 25c Absatz 1 Satz 3, 4 und 5 als Geschäftsleiter eine zu hohe Anzahl an Leitungs- oder Aufsichtsmandaten innehat.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

c) In Absatz 6 Nummer 1 wird nach den Wörtern „der Absätze 4f“ ein Komma und die Angabe „4h“ eingefügt.

d) In Absatz 6a wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 3 eingefügt:

„3. in den Fällen des Absatzes 4h den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro oder 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder die Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielt hat.“

e) In Absatz 6b Satz 1 und Absatz 6d Satz 3 wird jeweils die Angabe „und 4g“ durch die Angabe „4f bis 4h“ ersetzt.

f) In Absatz 7 Satz 2 werden die Wörter „das Höchstmaß nach Absatz 6“ durch die Wörter „in den Fällen des Absatzes 6 das Höchstmaß“ ersetzt.

24. In § 60b Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „soll“ ein Komma sowie die Wörter „sofern die Bekanntmachung nicht bereits nach § 60c Absatz 1 Satz 1 erfolgt,“ eingefügt.

25. Nach § 60c wird folgender § 60d eingefügt:

„§ 60d

Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen gegen Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten

(1) Die Bundesanstalt macht Entscheidungen über Maßnahmen und Sanktionen gemäß § 56 Absatz 4h, die gegen Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne des § 2 Absatz 10 des Wertpapierhandelsgesetzes und Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten erlassen wurden, unverzüglich nach Unterrichtung der natürlichen oder juristischen Person, gegen die die Maßnahme oder Sanktion verhängt wurde, auf ihrer Internetseite bekannt. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Ermittlungsmaßnahmen.

(2) In der Bekanntmachung benennt die Bundesanstalt die Vorschrift, gegen die verstoßen wurde, und die für den Verstoß verantwortliche natürliche oder juristische Person oder Personenvereinigung.

(3) Ist die Bundesanstalt nach einer fallbezogenen Bewertung der Verhältnismäßigkeit der Bekanntmachung zu der Ansicht gelangt, dass die Bekanntmachung der Identität der juristischen Personen oder der personenbezogenen Daten der natürlichen Personen unverhältnismäßig wäre, oder würde die Bekanntmachung die Stabilität der Finanzmärkte oder laufende Ermittlungen gefährden, so kann die Bundesanstalt

1. die Entscheidung erst dann bekanntmachen, wenn die Gründe für den Verzicht auf ihre Bekanntmachung nicht mehr bestehen, oder
2. die Entscheidung ohne Nennung personenbezogener Daten bekanntmachen, wenn diese anonymisierte Bekanntmachung einen wirksamen Schutz der betreffenden personenbezogenen Daten gewährleistet, oder
3. gänzlich von der Bekanntmachung der Entscheidung, absehen, wenn den in Nummern 1 und 2 genannten Möglichkeiten ihrer Ansicht nach nicht ausreichend gewährleisten, dass
   a) die Stabilität der Finanzmärkte nicht gefährdet wird,
   b) die Bekanntmachung von Entscheidungen über Maßnahmen, die als geringfügiger einzustufen sind, verhältnismäßig ist.

Entscheidet sich die Bundesanstalt für eine Bekanntmachung in anonymisierter Form, kann die Bekanntmachung um einen angemessenen Zeitraum aufgeschoben werden, wenn vorhersehbar ist, dass die Gründe für die anonymisierte Bekanntmachung innerhalb dieses Zeitraums wegfallen werden.

(4) Wird gegen die Entscheidung, mit der die Sanktion bzw. Maßnahme erlassen wird, ein Rechtsbehelf eingelegt, so macht die Bundesanstalt auch diesen Sachverhalt und alle weiteren Informationen über

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

das Ergebnis des Rechtsbehelfsverfahrens umgehend auf ihrer Internetseite bekannt. Ferner wird jede Entscheidung, mit der eine frühere Entscheidung aufgehoben oder geändert wird, ebenfalls bekannt gemacht.

(5) Eine Bekanntmachung nach Absatz 1 ist fünf Jahre nach ihrer Bekanntmachung zu löschen. Abweichend von Satz 1 sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald ihre Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist.“

26. Nach § 64u wird folgender § 64v eingefügt:

„§ 64v

Übergangsvorschrift zum Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz

(1) Für ein Kreditinstitut, das am 3. Januar 2018 über eine Erlaubnis als CRR-Kreditinstitut verfügt, und ein Finanzdienstleistungsinstitut, das über eine Erlaubnis für den Betrieb eines multilateralen Handelssystems im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1c verfügt, gilt die Erlaubnis für den Betrieb eines organisierten Handelssystems im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1d als erteilt.

(2) Für ein Unternehmen, das auf Grund des neuen Tatbestands in § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1d am 3. Januar 2018 zum Finanzdienstleistungsinstitut wird, gilt die Erlaubnis für den Betrieb eines organisierten Handelssystems als zu diesem Zeitpunkt vorläufig erteilt, wenn es bis zum 2. Juli 2018 einen vollständigen Erlaubnisantrag nach § 32 Absatz 1 Satz 1 und 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 24 Absatz 4, stellt. Für ein Unternehmen, das nicht im Inland ansässig und das kein Unternehmen im Sinne des § 53b Absatz 1 Satz 1 und 2 ist, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der vollständige Erlaubnisantrag bis zum 2. Oktober 2018 zu stellen ist.

(3) Für ein Unternehmen, das am 3. Januar 2018 als Datenbereitstellungsdienst tätig ist, ohne über eine Erlaubnis der Bundesanstalt zu verfügen, gilt die Erlaubnis als zu diesem Zeitpunkt vorläufig erteilt, wenn es bis zum 2. Juli 2018 einen vollständigen Erlaubnisantrag nach § 32 Absatz 1f stellt.

(4) Für ein Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat, das als Finanzdienstleistung ausschließlich die Anschaffung und Veräußerung von Finanzinstrumenten für eigene Rechnung nach § 1 Absatz 1a Satz 3, die keine Dienstleistung für andere darstellt, erbringt, gilt die Befreiung nach § 2 Absatz 5 ab dem 3. Januar 2018 bis zur Entscheidung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde über eine Eintragung des Unternehmens in das Register nach Artikel 48 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 als vorläufig erteilt, wenn es einen vollständigen Antrag auf Eintragung in das Register innerhalb von einem Jahr nach einer Entscheidung der Europäischen Kommission nach Artikel 47 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 bei der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde gestellt hat.“

Artikel 7

Änderung des Börsengesetzes

Das Börsengesetz vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1330, 1351), das zuletzt durch Artikel xxx des/durch xxx vom xx.xx.201x (BGBl. I S. xx) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden nach der Angabe zu § 3 folgende Angaben eingefügt:

„§ 3a Aufgaben und Befugnisse der Börsenaufsichtsbehörde zur Ausführung der Verordnung (EU) 2015/2365

§ 3b Meldung von Verstößen“.

2. § 1 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Dieses Gesetz enthält Regelungen insbesondere zum Betrieb und zur Organisation von Börsen, zur Zulassung von Handelsteilnehmern, Finanzinstrumenten, Rechten und Wirtschaftsgütern zum Börsen-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

handel, zur Ermittlung von Börsenpreisen, zu den Zuständigkeiten und Befugnissen der zuständigen obersten Landesbehörde (Börsenaufsichtsbehörde) und zur Ahndung von Verstößen hinsichtlich

1. der Vorschriften dieses Gesetzes sowie
2. der Artikel 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1) sowie der auf Grundlage des Artikels 4 dieser Verordnung erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission in der jeweils geltenden Fassung."

3. Nach § 3 werden die folgenden §§ 3a und 3b eingefügt:

„§ 3a

Aufgaben und Befugnisse der Börsenaufsichtsbehörde zur Ausführung der Verordnung (EU) 2015/2365

(1) Die Börsenaufsichtsbehörde überwacht die Einhaltung der Verbote und Gebote der Verordnung (EU) 2015/2365 durch die Börse und den Börsenträger und kann Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, Verstöße gegen Artikel 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 sowie gegen die auf Grundlage des Artikels 4 erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission in der jeweils gültigen Fassung zu verhindern oder Missstände zu beseitigen.

(2) Bei Verstößen gegen die in Absatz 1 genannten Vorschriften sowie sich hierauf beziehende Anordnungen der Börsenaufsichtsbehörde kann diese eine dauerhafte Einstellung der den Verstoß begründenden Handlungen oder Verhaltensweisen verlangen. Verstößt eine Person, die bei der Börse oder dem Börsenträger tätig ist, vorsätzlich gegen eine der in Absatz 1 genannten Vorschriften oder eine sich auf diese Vorschriften beziehende Anordnung der Börsenaufsichtsbehörde und setzt sie dieses Verhalten trotz Verwarnung durch die Börsenaufsichtsbehörde fort, kann die Börsenaufsichtsbehörde dieser Person für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Wahrnehmung von Führungsaufgaben bei Börsen oder Börsenträgern untersagen.

§ 3b

Meldung von Verstößen

(1) Die Börsenaufsichtsbehörde trifft geeignete Vorkehrungen, um die Meldung von möglichen oder tatsächlichen Verstößen gegen Artikel 4 oder 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 sowie gegen die auf Grundlage des Artikels 4 erlassenen Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission in der jeweils gültigen Fassung, zu ermöglichen. Die Meldungen können auch anonym abgegeben werden.

(2) Die Börsenaufsichtsbehörde ist zu diesem Zweck befugt, personenbezogene Daten zu erheben, zu verarbeiten, zu nutzen und zu speichern, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Absatz 1 erforderlich ist. Die eingehenden Meldungen unterliegen den datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

(3) Die Börsenaufsichtsbehörde macht die Identität einer Person, die eine Meldung erstattet hat, nicht bekannt, ohne zuvor die ausdrückliche Zustimmung dieser Person eingeholt zu haben. Ferner gibt die Börsenaufsichtsbehörde die Identität einer Person, die Gegenstand einer Meldung ist, nicht preis. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, wenn eine Weitergabe der Information im Zusammenhang mit weiteren Ermittlungen oder nachfolgenden Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erforderlich ist oder wenn die Offenlegung durch eine gerichtliche Entscheidung angeordnet wird.

(4) Die Informationsfreiheitsgesetze der Länder finden auf die Meldung von Verstößen nach Absatz 1 keine Anwendung.

(5) Mitarbeiter, die bei Unternehmen oder Personen beschäftigt sind, die von einer Börsenaufsichtsbehörde beaufsichtigt werden, oder die bei Unternehmen oder Personen beschäftigt sind, auf die Tätigkeiten von beaufsichtigten Unternehmen oder Personen ausgelagert wurden, und die eine Meldung nach Ab-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

satz 1 abgeben, dürfen wegen dieser Meldung weder nach arbeitsrechtlichen oder strafrechtlichen Vorschriften verantwortlich noch schadensersatzpflichtig gemacht werden, es sei denn, es ist vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unwahre Meldung abgegeben worden.

(6) Die Berechtigung zur Abgabe von Meldungen nach Absatz 1 durch Mitarbeiter, die bei Unternehmen oder Personen beschäftigt sind, die von der Börsenaufsichtsbehörde beaufsichtigt werden oder die bei anderen Unternehmen oder Personen beschäftigt sind, auf die Tätigkeiten von beaufsichtigten Unternehmen oder Personen ausgelagert wurden, die bei einer Börse oder einem Börsenträger beschäftigt sind, darf vertraglich nicht eingeschränkt werden. Entgegenstehende Vereinbarungen sind unwirksam.

(7) Die Rechte einer Person, die Gegenstand einer Meldung ist, insbesondere die Rechte nach den anwendbaren Verwaltungsverfahrensgesetzen, nach den §§ 68 bis 71 der Verwaltungsgerichtsordnung und nach den §§ 137, 140, 141 und 147 der Strafprozessordnung werden durch die Einrichtung des Systems zur Meldung von Verstößen nach Absatz 1 nicht eingeschränkt.“

4. In § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 werden nach den Wörtern „dieses Gesetzes“ die Wörter „oder Artikel 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ eingefügt.“

5. In § 5 Absatz 7 werden die Wörter „potenzielle oder tatsächliche Verstöße gegen die Verordnung (EU) Nr. 596/2014,“ durch die Wörter „mögliche oder tatsächliche Verstöße gegen die Verordnung (EU) Nr. 596/2014, gegen die Verordnung (EU) 2015/2365,“ ersetzt.

6. § 50 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2a wird der folgende Absatz 2b eingefügt:

„(2b) Ordnungswidrig handelt, wer als Börsenträger gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Artikel 4 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,

2. entgegen Artikel 4 Absatz 4 Aufzeichnungen nicht, nicht vollständig oder nicht mindestens für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt,

3. entgegen Artikel 15 Absatz 1 Finanzinstrumente weiterverwendet, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind oder

4. entgegen Artikel 15 Absatz 2 ein Recht auf Weiterverwendung ausübt, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind.“

b) Nach Absatz 3 werden die folgenden Absätze 4, 5 und 6 angefügt:

„(4) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 2b mit einer Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

1. in den Fällen des Absatzes 2b Satz 1 Nummer 1 und 2 den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,

2. in den Fällen des Absatzes 2b Satz 1 Nummer 3 und 4 den höheren der Beträge von fünfzehn Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat nicht überschreiten.

Über die in Satz 1 und Satz 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(5) Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 4 Satz 2 ist der Betrag der Nettoumsätze nach Maßgabe des auf den Börsenträger anwendbaren nationalen Rechts im Einklang mit Artikel 2 Nummer 5 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19; L 369 vom 24.12.2014, S. 79), die zuletzt durch die Richtlinie 2014/102/EU (ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 86) geändert worden ist. Handelt es sich bei dem Börsenträger um eine juristische Person oder Personenvereinigung, die zugleich Mutterunternehmen oder Tochtergesellschaft ist, so ist anstelle des Gesamtumsatzes der juristischen Person oder Personenvereinigung der jeweilige Gesamtbetrag in dem Konzernabschluss des Mutterunternehmens maßgeblich, der für den größten Kreis von Unternehmen aufgestellt wird. Wird der Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nicht nach den in Satz 4 genannten Vorschriften aufgestellt, ist der Gesamtumsatz nach Maßgabe der dem in Satz 1 vergleichbaren Posten des Konzernabschlusses zu ermitteln. Ist ein Jahresabschluss oder Konzernabschluss für das maßgebliche Geschäftsjahr nicht verfügbar, ist der Jahres- oder Konzernabschluss für das unmittelbar vorangehende Geschäftsjahr maßgeblich; ist auch dieser nicht verfügbar, kann der Gesamtumsatz geschätzt werden.

(6) § 17 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist nicht anzuwenden bei Verstößen gegen Gebote und Verbote, die in Absatz 4 in Bezug genommen werden. § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gilt auch für juristische Personen oder Personenvereinigungen, die über eine Zweigniederlassung oder im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs im Inland tätig sind. Die Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 4 verjährt in 3 Jahren.“

7. § 50a wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Absatz 1.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Die Börsenaufsichtsbehörde macht Entscheidungen über Maßnahmen und Sanktionen, die wegen Verstößen gegen Verbote oder Gebote der Artikel 4 oder 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 sowie gegen die zur Durchführung dieser Vorschriften erlassenen Rechtsakte auf ihrer Internetseite unverzüglich nach Unterrichtung der natürlichen oder juristischen Person, gegen die die Maßnahme oder Sanktion verhängt wurde, bekannt. Dies gilt nicht für Entscheidungen, mit denen Maßnahmen mit Ermittlungscharakter verhängt werden. In der Bekanntmachung benennt die Börsenaufsichtsbehörde die Vorschrift, gegen die verstoßen wurde, und die für den Verstoß verantwortliche natürliche oder juristische Person oder Personenvereinigung. Ist die Bekanntmachung der Identität der juristischen Personen oder der personenbezogenen Daten der natürlichen Person unverhältnismäßig oder gefährdet die Bekanntmachung laufende Ermittlungen oder die Stabilität der Finanzmärkte, so kann die Börsenaufsichtsbehörde

1. die Entscheidung, mit der die Sanktion bzw. Maßnahme verhängt wird, erst dann bekanntmachen, wenn die Gründe für den Verzicht auf ihre Bekanntmachung nicht mehr bestehen, oder
2. die Entscheidung, mit der die Sanktion bzw. Maßnahme verhängt wird, ohne Nennung personenbezogener Daten bekanntmachen, wenn diese anonymisierte Bekanntmachung einen wirksamen Schutz der betreffenden personenbezogenen Daten gewährleistet, oder
3. gänzlich von der Bekanntmachung der Entscheidung, mit der die Sanktion bzw. Maßnahme verhängt wird, absehen, wenn die unter den Nummern 1 und 2 genannten Möglichkeiten nicht ausreichen, um zu gewährleisten, dass
   a) die Stabilität der Finanzmärkte nicht gefährdet wird oder
   b) die Verhältnismäßigkeit der Bekanntmachung gewahrt bleibt.

Entscheidet sich die Börsenaufsichtsbehörde für eine Bekanntmachung in anonymisierter Form, kann die Bekanntmachung um einen angemessenen Zeitraum aufgeschoben werden, wenn vorhersehbar ist, dass die Gründe für die anonymisierte Bekanntmachung innerhalb dieses Zeitraums wegfallen wer-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

den. Wird gegen die Bußgeldentscheidung ein Rechtsbehelf eingelegt, so macht die Börsenaufsichtsbehörde auch diesen Sachverhalt und das Ergebnis des Rechtsbehelfsverfahrens umgehend auf ihrer Internetseite bekannt. Ferner wird jede Entscheidung, mit der eine frühere Bußgeldentscheidung aufgehoben oder geändert wird, ebenfalls bekannt gemacht. Eine Bekanntmachung nach Satz 1 ist nach fünf Jahren zu löschen. Abweichend davon sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald ihre Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist. Die Börsenaufsichtsbehörde unterrichtet die Bundesanstalt und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde über alle Bußgeldentscheidungen, die im Einklang mit Nummer 3 nicht bekannt gemacht wurden, sowie über alle Rechtsbehelfe in Verbindung mit diesen Bußgeldentscheidungen und die Ergebnisse der Rechtsbehelfsverfahren. Über die Bekanntmachung einer Bußgeldentscheidung unterrichtet die Börsenaufsichtsbehörde die Bundesanstalt und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde gleichzeitig.“

Artikel 8

Weitere Änderungen des Börsengesetzes

Das Börsengesetz vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1330, 1351), das zuletzt durch Artikel 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) Die Angabe zu § 2 wird wie folgt gefasst:
      „§ 2 Börsen und weitere Begriffsbestimmungen“.
   b) Nach der Angabe zu § 4 werden die folgenden Angaben eingefügt:
      „§ 4a Geschäftsleitung des Börsenträgers
      § 4b Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan des Börsenträgers“.
   c) Nach der Angabe zu § 19 wird folgende Angabe eingefügt:
      „§ 19a Mittelbare Börsenteilnehmer“.
   d) Nach der Angabe zu § 22 wird folgende Angabe eingefügt:
      „§ 22a Synchronisierung von im Geschäftsverkehr verwendeten Uhren“.
   e) Nach der Angabe zu § 26b werden die folgenden Angaben eingefügt:
      „§ 26c Market-Making-Systeme
      § 26d Algorithmische Handelssysteme und elektronischer Handel
      § 26e Informationen über die Ausführungsqualität
      § 26f Positionsmanagementkontrollen
      § 26g Übermittlung von Daten“.
   f) Die Angabe vor § 48 wird wie folgt gefasst:
      „Abschnitt 5. Freiverkehr, KMU Wachstumsmarkt und organisiertes Handelssystem“.
   g) Nach der Angabe zu § 48 werden folgende Angaben eingefügt:
      „§ 48a KMU-Wachstumsmarkt
      § 48b Organisiertes Handelssystem an einer Börse“.
2. § 1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 1 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

b) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt und die folgende Nummer 3 angefügt:

„3. der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84; L 6 vom 10.1.2015, S. 6; L 270 vom 15.10.2015, S. 4), die durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) im der jeweils geltenden Fassung.“

c) Folgender Satz wird angefügt:

„Es ist auch anzuwenden auf den Betrieb von multilateralen oder organisierten Handelssystemen durch Börsenträger an einer Börse.“

3. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden an das Wort „Börsen“ die Wörter „und weitere Begriffsbestimmungen“ angefügt.

b) Nach Absatz 4 werden die folgenden Absätze 5 bis 10 eingefügt:

„(5) Handelsplätze im Sinne dieses Gesetzes sind Börsen, multilaterale Handelssysteme und organisierte Handelssysteme.

(6) Ein multilaterales Handelssystem im Sinne dieses Gesetzes ist ein multilaterales System, das die Interessen einer Vielzahl von Personen am Kauf und Verkauf von Finanzinstrumenten innerhalb des Systems und nach nichtdiskretionären Bestimmungen in einer Weise zusammenbringt, die zu einem Vertrag über den Kauf dieser Finanzinstrumente führt.

(7) Ein organisiertes Handelssystem im Sinne dieses Gesetzes ist ein multilaterales System, bei dem es sich nicht um eine Börse oder ein multilaterales Handelssystem handelt und das die Interessen einer Vielzahl Dritter am Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen, strukturierten Finanzprodukten, Emissionszertifikaten oder Derivaten innerhalb des Systems in einer Weise zusammenbringt, die zu einem Vertrag über den Kauf dieser Finanzinstrumente führt.

(8) Handelsteilnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind die nach § 19 zur Teilnahme am Börsenhandel zugelassenen Unternehmen, Börsenhändler, Skontroführer und skontroführenden Personen. Mittelbare Handelsteilnehmer im Sinne dieses Gesetzes sind Personen, die einem Handelsteilnehmer Aufträge elektronisch übermitteln, die unter eingeschränkter oder ohne menschliche Beteiligung von dem Handelsteilnehmer an die Börse weitergeleitet werden oder die einen direkten elektronischen Zugang nutzen.

(9) Ein direkter elektronischer Zugang im Sinne dieses Gesetzes ist eine Vereinbarung, in deren Rahmen ein Handelsteilnehmer einer anderen Person die Nutzung seines Handelscodes gestattet, damit diese Person Aufträge in Bezug auf Finanzinstrumente elektronisch direkt an den Handelsplatz übermitteln kann, mit Ausnahme der in Artikel 20 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] genannten Fälle. Der direkte elektronische Zugang umfasst auch Vereinbarungen, die die Nutzung der Infrastruktur oder eines anderweitigen Verbindungssystems des Handelsteilnehmers durch diese Person zur Übermittlung von Aufträgen beinhalten (direkter Marktzugang), sowie diejenigen Vereinbarungen, bei denen eine solche Infrastruktur nicht durch diese Person genutzt wird (geförderter Zugang).

(10) Kleine und mittlere Unternehmen im Sinne dieses Gesetzes sind Unternehmen, deren durchschnittliche Marktkapitalisierung auf der Grundlage der Notierungen zum Jahresende in den letzten drei Kalenderjahren weniger als 200 Millionen Euro betrug. Nähere Bestimmungen enthalten die Artikel 77 bis 79 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].“

c) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 11.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„Die Börsenaufsichtsbehörde kann, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, auch ohne besonderen Anlass von der Börse und dem Börsenträger sowie von den Handelsteilnehmern, von mittelbaren Handelsteilnehmern und von den Emittenten der zum regulierten Markt zugelassenen Wertpapiere Auskünfte und die Vorlage von Unterlagen verlangen sowie Prüfungen vornehmen.“

b) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

„(4a) Die Börsenaufsichtsbehörde kann, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, auch ohne besonderen Anlass von der Börse und von dem Börsenträger Informationen über die durch algorithmischen Handel im Sinne des § 80 Absatz 2 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes erzeugten Aufträge verlangen. Auch kann sie verlangen, insoweit von der Börse Zugang zu dem Orderbuch oder den entsprechenden Daten zu erhalten.“

c) In Absatz 5 Satz 2 werden die Wörter „gegenüber der Börse, dem Börsenträger und den Handelsteilnehmern“ durch die Wörter „gegenüber jedermann“ ersetzt.

d) Nach Absatz 5 werden die folgenden Absätze 5a bis 5c eingefügt:

„(5a) Hat die Geschäftsführung die Zulassung eines Finanzinstruments gemäß § 39 widerrufen oder den Handel mit diesem gemäß § 25 Absatz 1 ausgesetzt oder eingestellt, ordnet die Börsenaufsichtsbehörde den Widerruf der Zulassung, die Aussetzung oder die Einstellung des Handels dieses Finanzinstruments oder der mit diesem verbundenen Derivate im Sinne von Anhang I Abschnitt C Nummer 4 bis 10 der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349; L 74 vom 18.3.2015, S. 38; L 188 vom 13.7.2016, S. 28; L 273 vom 8.10.2016, S. 35), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2016/1034 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 8) geändert worden ist, auch an anderen Börsen in ihrem Zuständigkeitsbereich an, soweit der Widerruf der Zulassung oder die Aussetzung oder die Einstellung des Handels durch den Verdacht eines Marktmissbrauchs, ein Übernahmeangebot oder die Nichtveröffentlichung von Insiderinformationen über den Emittenten oder einen Verstoß gegen die Artikel 7 und 17 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) geändert worden ist, bedingt ist. Dies gilt nicht in den Fällen, in denen der Widerruf oder die Aussetzung oder Einstellung des Handels die Anlegerinteressen oder das ordnungsgemäße Funktionieren des Marktes erheblich schädigen könnte.

(5b) Die Börsenaufsichtsbehörde teilt eine Entscheidung nach Absatz 5a Satz 1 unverzüglich der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt), anderen inländischen Börsenaufsichtsbehörden, die Börsen beaufsichtigen, an denen die jeweils betroffenen Finanzinstrumente ebenfalls gehandelt werden, und der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde mit und veröffentlicht diese Entscheidung unverzüglich. Ergreift sie keine Maßnahmen an weiteren Börsen in ihrem Zuständigkeitsbereich, so teilt sie die Gründe hierfür den in Satz 1 genannten Behörden mit.

(5c) Erhält die Börsenaufsichtsbehörde Kenntnis vom Widerruf der Zulassung oder der Aussetzung oder der Einstellung des Handels eines Finanzinstruments oder eines mit diesem verbundenen Derivats im Sinne von Anhang I Abschnitt C Nummer 4 bis 10 der Richtlinie 2014/65/EU an einer Börse in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder an einer anderen inländischen Börse, so ordnet sie den Widerruf der Zulassung oder die Aussetzung oder die Einstellung des Handels der betroffenen Finanzinstrumente im Sinne des Satzes 1 an Börsen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches an, soweit der Widerruf der Zulassung oder die Aussetzung oder die Einstellung des Handels durch den Verdacht eines Marktmissbrauchs, ein Übernahmeangebot oder die Nichtveröffentlichung von Insiderinformationen über den Emittenten oder einen Verstoß gegen die Artikel 7 und 17 der Verordnung (EU) 596/2014 bedingt ist. Absatz 5a Satz 2 und Absatz 5b gelten entsprechend.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

e) Folgender Absatz 12 wird angefügt:

„(12) Die Börsenaufsichtsbehörde ist zuständige Behörde im Sinne des Titels II sowie der Artikel 22 und 25 Absatz 2, der Artikel 29 bis 31 und des Artikels 36 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geändert worden ist, soweit die Pflichten von Börsenträgern und Börsen betroffen sind."

5. § 3b Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Börsenaufsichtsbehörde trifft geeignete Vorkehrungen, um die Meldung von möglichen oder tatsächlichen Verstößen gegen dieses Gesetz oder gegen die Verordnung (EU) 600/2014 oder gegen Artikel 4 oder 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 oder gegen die zur Durchführung dieses Gesetzes oder der Verordnung (EU) 600/2014 oder der Artikel 4 oder 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 erlassenen Verordnungen, Rechtsakte oder Anordnungen oder gegen sonstige Vorschriften, deren Einhaltung sie zu überwachen hat, zu ermöglichen. Die Meldungen können auch anonym abgegeben werden."

6. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. die Namen der Geschäftsleiter und der Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Börsenträgers sowie die Angaben, die für die Beurteilung der Anforderungen nach den §§ 4a und 4b erforderlich sind,".

b) Absatz 3 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass eine der in Absatz 2 Satz 2 Nummer 2 genannten Personen den Anforderungen nach den §§ 4a und 4b nicht entspricht."

c) In Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 werden nach den Wörtern „dieses Gesetzes" die Wörter „oder die Verordnung (EU) Nr. 600/2014" eingefügt.

7. Nach § 4 werden die folgenden §§ 4a und 4b eingefügt:

„§ 4a

Geschäftsleitung des Börsenträgers

(1) Die Geschäftsleiter des Börsenträgers müssen fachlich geeignet und zuverlässig sein und der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen.

(2) Bei der Zahl der Leitungs- oder Aufsichtsmandate, die ein Geschäftsleiter gleichzeitig innehaben kann, sind der Einzelfall und die Art, der Umfang und die Komplexität der Geschäfte des Börsenträgers zu berücksichtigen. Geschäftsleiter eines Börsenträgers, der auf Grund seiner Größe, seiner internen Organisation und der Art, des Umfangs und der Komplexität seiner Geschäfte von erheblicher Bedeutung ist, kann nicht sein, wer in einem anderen Unternehmen Geschäftsleiter ist oder bereits in mehr als zwei Unternehmen Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans ist. Dabei gelten mehrere Mandate als ein Mandat, wenn sie bei Unternehmen wahrgenommen werden,

1. die derselben Gruppe im Sinne des Artikels 2 Nummer 11 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates angehören oder

2. an denen der Börsenträger eine bedeutende Beteiligung im Sinne des § 1 Absatz 9 des Kreditwesengesetzes hält.

Mandate als Geschäftsleiter einer Börse oder als Mitglied eines Börsenrates und Mandate bei Organisationen und Unternehmen, die nicht überwiegend gewerbliche Ziele verfolgen, insbesondere Unternehmen, die der kommunalen Daseinsvorsorge dienen, werden bei den nach Satz 2 höchstens zulässigen Mandaten nicht berücksichtigt. Die Börsenaufsichtsbehörde kann einem Geschäftsleiter unter Berücksichtigung der

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Umstände im Einzelfall gestatten, ein zusätzliches Mandat in einem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan innezuhaben, wenn dies den Geschäftsleiter nicht daran hindert, der Wahrnehmung seiner Aufgaben bei dem Börsenträger ausreichend Zeit zu widmen.

§ 4b

Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan des Börsenträgers

(1) Die Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Börsenträgers müssen zuverlässig sein, die erforderliche Sachkunde zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das jeweilige Unternehmen betreibt, besitzen und der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen. Bei der Prüfung, ob eine der in Satz 1 genannten Personen die erforderliche Sachkunde besitzt, sind die Art, der Umfang und die Komplexität des Börsenträgers zu berücksichtigen.

(2) Das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan muss in seiner Gesamtheit die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen haben, die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäftsleitung notwendig sind. Jedes Mitglied hat aufrichtig und unvoreingenommen zu handeln, um die Entscheidungen der Geschäftsleitung beurteilen und erforderlichenfalls in Frage stellen zu können und die Entscheidungsfindung wirksam überwachen zu können. Die Vorschriften der Mitbestimmungsgesetze über die Wahl und die Abberufung der Arbeitnehmervertreter im Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan bleiben unberührt.

(3) Das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan hat insbesondere die Aufgabe, zu überwachen, ob Unternehmensführungsregelungen bestehen und eingehalten werden, die eine wirksame und umsichtige Führung sicherstellen und insbesondere eine Aufgabentrennung in der Organisation und die Vorbeugung von Interessenkonflikten vorsehen. Dies hat auf eine Weise zu erfolgen, durch die die Integrität des Markts gefördert wird. Das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan hat gegebenenfalls angemessene Schritte zur Behebung etwaiger Mängel einzuleiten.

(4) Bei der Zahl der Leitungs- oder Aufsichtsmandate, die ein Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans gleichzeitig innehaben kann, sind der Einzelfall und die Art, der Umfang und die Komplexität der Geschäfte des Börsenträgers zu berücksichtigen. Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorganes eines Börsenträgers, der auf Grund seiner Größe, seiner internen Organisation und der Art, des Umfangs und der Komplexität seiner Geschäfte von erheblicher Bedeutung ist, kann nicht sein,

1. wer in einem anderen Unternehmen Geschäftsleiter ist und zugleich in mehr als zwei Unternehmen Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans ist oder
2. wer in mehr als vier Unternehmen Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans ist.

Dabei gelten mehrere Mandate als ein Mandat, wenn die Mandate bei Unternehmen wahrgenommen werden,

1. die derselben Gruppe im Sinne des Artikels 2 Nummer 11 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates angehören oder
2. an denen der Börsenträger eine bedeutende Beteiligung im Sinne des § 1 Absatz 9 des Kreditwesengesetzes hält.

Mandate als Geschäftsleiter einer Börse oder als Mitglied eines Börsenrates und Mandate bei Organisationen und Unternehmen, die nicht überwiegend gewerbliche Ziele verfolgen, insbesondere Unternehmen, die der kommunalen Daseinsvorsorge dienen, werden bei den höchstens zulässigen Mandaten nicht berücksichtigt. Die Börsenaufsichtsbehörde kann einem Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Börsenträgers unter Berücksichtigung der Umstände im Einzelfall gestatten, ein zusätzliches Mandat in ei-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

nem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan innezuhaben, wenn dies das Mitglied nicht daran hindert, der Wahrnehmung seiner Aufgaben bei dem Börsenträger ausreichend Zeit zu widmen.

(5) Das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan eines Börsenträgers, der auf Grund seiner Größe, seiner internen Organisation und der Art, des Umfangs und der Komplexität seiner Geschäfte von erheblicher Bedeutung ist, hat aus seiner Mitte einen Nominierungsausschuss zu bestellen. Der Nominierungsausschuss unterstützt das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan bei der:

1. Ermittlung von Bewerbern für die Besetzung einer Stelle im Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan und in der Geschäftsleitung und Vorbereitung von Wahlvorschlägen für die Wahl von deren Mitgliedern; hierbei hat er auf darauf zu achten, dass die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des betreffenden Organs unterschiedlich und ausgewogen sind und eine Stellenbeschreibung mit einem Bewerberprofil zu entwerfen sowie den mit der Aufgabe verbundenen Zeitaufwand anzugeben;
2. Erarbeitung einer Strategie zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan sowie zur Förderung der Diversität, um eine große Bandbreite von Eigenschaften und Fähigkeiten bei dessen Mitgliedern zu erreichen;
3. regelmäßige, mindestens jährliche Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung der Geschäftsleitung und des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans und Erarbeitung von Empfehlungen an das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan zu Verbesserungen;
4. regelmäßige, mindestens jährliche Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der einzelnen Geschäftsleiter und der einzelnen Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans als auch des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit und
5. Überprüfung der Grundsätze des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans für die Auswahl und Bestellung der Geschäftsleiter und Abgabe diesbezüglicher Empfehlungen an das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan.

Der Nominierungsausschuss hat bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben insbesondere darauf zu achten, dass die Entscheidungsfindung innerhalb der Geschäftsleitung oder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans durch einzelne Personen oder Gruppen nicht in einer Weise beeinflusst wird, die dem Börsenbetreiber insgesamt schadet. Er kann bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben auf alle aus seiner Sicht erforderlichen Mittel zurückgreifen und auch externe Berater hinzuziehen. Zu diesem Zweck soll er vom Unternehmen angemessene Finanzmittel erhalten."

8. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die technische Funktionsfähigkeit der Börsenhandels- und Abwicklungssysteme sicherzustellen, technische Vorkehrungen für einen reibungslosen und zeitnahen Abschluss der im Handelssystem geschlossenen Geschäfte zu schaffen und insbesondere wirksame Notfallmaßnahmen vorzusehen, die bei einem Systemausfall oder bei Störungen in seinen Handelssystemen die Kontinuität seines Geschäftsbetriebs gewährleisten,".

b) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

„(4a) Der Börsenträger muss über Systeme und Verfahren verfügen, um

1. sicherzustellen, dass seine Handelssysteme belastbar sind und über ausreichende Kapazitäten für Spitzenvolumina an Aufträgen und Mitteilungen verfügen, und
2. Aufträge abzulehnen, die die im Voraus festgelegten Grenzen für Volumina und Kurse überschreiten oder eindeutig irrtümlich zustande kamen."

c) Nach Absatz 6 wird folgender Absatz 7 eingefügt:

„(7) Dem Börsenträger ist es nicht gestattet, an einer Börse Kundenaufträge unter Einsatz seines eigenen Kapitals auszuführen oder auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge im Sinne von § 2 Absatz 29 des Wertpapierhandelsgesetzes zurückzugreifen."

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und nach der Angabe „Verordnung (EU) 2015/2365,“ werden die Wörter „gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014,“ eingefügt.

9. In § 7 Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Börsengeschäftsabwicklung“ die Wörter „, einschließlich der Daten gemäß Artikel 25 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014,“ eingefügt.

10. Dem § 8 werden die folgenden Absätze 3 bis 5 angefügt:

„(3) Die Börsenaufsichtsbehörde unterrichtet die Bundesanstalt unverzüglich über gemäß § 4a Absatz 2 Satz 5, § 4b Absatz 4 Satz 5 erteilte Genehmigungen.

(4) Die Börsenaufsichtsbehörde unterrichtet die Bundesanstalt regelmäßig und auf eine einheitliche und vergleichbare Art über die gemäß § 24 Absatz 2b festgelegten Parameter für eine Volatilitätsunterbrechung.

(5) Die Börsenaufsichtsbehörde und die für die Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über eine gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 922/72, (EWG) Nr. 234/79, (EG) Nr. 1037/2001 und (EG) Nr. 1234/2007 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 671; L 189 vom 27.6.2014, S. 261; L 130 vom 19.5.2016, S. 18), die zuletzt durch die Delegierte Verordnung (EU) 2016/1226 (ABl. L 202 vom 28.7.2016, S. 5) geändert worden ist, zuständigen Behörden tauschen untereinander Informationen einschließlich personenbezogener Daten aus, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.“

11. Nach § 12 Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Zur Überwachung der Geschäftsführung ist dem Börsenrat angemessener Zugang zu den dafür erforderlichen Informationen und Dokumenten zu gewähren.“

12. Dem § 13 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„§ 4b Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 gelten entsprechend.“

13. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die Geschäftsführer müssen zuverlässig sein, der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen und die für die Leitung der Börse erforderliche fachliche Eignung besitzen.“

b) In Absatz 2 werden nach den Wörtern „ordnungsgemäße Leitung der Börse“ die Wörter „und die Marktintegrität“ eingefügt.

c) Die Absätze 4 und 5 werden wie folgt gefasst:

„(4) Die Geschäftsführung kann gegenüber Handelsteilnehmern alle Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, um Verstöße gegen börsenrechtliche Vorschriften und Anordnungen zu verhindern oder Missstände zu beseitigen, welche die ordnungsgemäße Durchführung des Handels an der Börse beeinträchtigen können. Sie kann zu diesem Zweck insbesondere Handelsteilnehmern längstens für die Dauer von sechs Monaten die vollständige oder teilweise Teilnahme am Börsenhandel untersagen.

(5) Die Geschäftsführung einer Börse, an der Warenderivate gehandelt werden, überwacht, ob die Handelsteilnehmer und die für sie tätigen Personen ihre Pflichten einhalten; dies umfasst insbesondere die Einhaltung der Positionslimits nach Abschnitt 9 des Wertpapierhandelsgesetzes. § 57 Absatz 3 des Wertpapierhandelsgesetzes gilt hinsichtlich der Überwachung der Einhaltung der Positionslimits entsprechend mit der Maßgabe, dass die Geschäftsführung die Börsenaufsichtsbehörde und diese die Bundesanstalt unterrichtet. Die Aufgaben der Handelsüberwachungsstelle nach § 7 bleiben unberührt.“

d) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„(6) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Absatz 4 haben keine aufschiebende Wirkung.“

e) Die bisherigen Absätze 5a und 6 werden die Absätze 7 und 8.

14. § 16 Absatz 2 Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. die Kennzeichnung der durch algorithmischen Handel im Sinne des § 80 Absatz 2 Satz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes erzeugten Aufträge durch die Handelsteilnehmer, die Kenntlichmachung der hierfür jeweils verwendeten Handelsalgorithmen sowie die Kenntlichmachung der Personen, die diese Aufträge initiiert haben;“

15. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Die Gebührenstrukturen, einschließlich der Ausführungsgebühren, Nebengebühren und möglichen Rabatte müssen transparent und diskriminierungsfrei ausgestaltet sein. Die Gebühren dürfen keine Anreize schaffen, Aufträge so zu platzieren, zu ändern oder zu stornieren oder Geschäfte so zu tätigen, dass dies zu Beeinträchtigungen des ordnungsgemäßen Börsenhandels oder zu Marktmissbrauch beiträgt. Insbesondere dürfen Rabatte in Bezug auf einzelne Aktien oder Aktienportfolios nur als Gegenleistung für die Übernahme von Market-Making-Pflichten gewährt werden.“

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Unbeschadet der nach Absatz 1 erhobenen Gebühren kann der Börsenträger separate Entgelte verlangen. Dies gilt auch für Dienstleistungen, welche er im Rahmen des Börsenbetriebs für Handelsteilnehmer oder Dritte erbringt, sowie für die Offenlegung von Vorhandels- und Nachhandelsdaten.“

16. § 19 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Ein direkter elektronischer Zugang darf nur eingeräumt werden, wenn die Börsenordnung angemessene Standards für Risikokontrollen und Schwellen für den Handel über diesen Zugang festlegt. Die Börsenordnung muss Regelungen über die Kennzeichnung von Aufträgen und Geschäften, die von einer Person über einen direkten elektronischen Zugang abgeschlossen werden, enthalten. Dabei muss die Börsenordnung auch die Möglichkeit vorsehen, dass ein direkter elektronischer Zugang bei Verstößen gegen die entsprechenden Vorschriften der Börsenordnung jederzeit ausgesetzt oder beendet werden kann.“

b) In Absatz 8 Satz 2 werden nach dem Wort „Gebühren“ die Wörter „oder der nach § 22 Absatz 2 auferlegten Ordnungsgelder“ eingefügt.

17. Nach § 19 wird folgender § 19a eingefügt:

„§ 19a

Mittelbare Börsenteilnehmer

Für mittelbare Börsenteilnehmer im Sinne des § 2 Absatz 8 Satz 2 gelten § 19 Absatz 9, § 22 sowie die börsenrechtlichen Vorschriften, die eine ordnungsgemäße Durchführung des Börsenhandels betreffen, entsprechend.“

18. § 21 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Wegen der Anbindung von externen Abwicklungssystemen an die Systeme der Börse für den Börsenhandel und die Börsengeschäftsabwicklung wird auf Artikel 35 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 verwiesen.“

19. § 22 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„(2) Der Sanktionsausschuss kann einen Handelsteilnehmer mit Verweis, mit Ordnungsgeld bis zu einer Million Euro oder mit vollständigem oder teilweisem Ausschluss von der Börse bis zu 30 Handelstagen belegen, wenn der Handelsteilnehmer oder eine für ihn tätige Person vorsätzlich oder fahrlässig gegen börsenrechtliche Vorschriften verstößt, die eine ordnungsgemäße Durchführung des Börsenhandels oder der Börsengeschäftsabwicklung sicherstellen sollen. Mit einem Verweis oder mit Ordnungsgeld bis zu einer Million Euro kann der Sanktionsausschuss auch einen Emittenten belegen, wenn dieser oder eine für ihn tätige Person vorsätzlich oder fahrlässig gegen seine Pflichten aus der Zulassung verstößt. Der Sanktionsausschuss nimmt die ihm nach diesem Gesetz zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse nur im öffentlichen Interesse wahr.“

20. Nach § 22 wird folgender § 22a eingefügt:

„§ 22a

Synchronisierung von im Geschäftsverkehr verwendeten Uhren

Börse und Handelsteilnehmer müssen die von ihnen im Geschäftsverkehr verwendeten Uhren synchronisieren. Zum Verfahren wird auf die Delegierte Verordnung … [RTS 25] verwiesen.“

21. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird die Angabe „§ 30“ durch die Angabe „Titel II der Verordnung (EU) Nr. 600/2014“ ersetzt.

bb) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Börse trifft nähere Bestimmungen über die Aufhebung, Änderung und Berichtigung von Geschäften durch die Geschäftsführung, insbesondere auch für den Fall, dass Börsenpreise auf Grund erheblicher Preisschwankungen nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sind.“

b) Nach Absatz 2a wird folgender Absatz 2b eingefügt:

„(2b) Die Börse hat geeignete Vorkehrungen zu treffen, um auch bei erhebliche Preisschwankungen eine ordnungsgemäße Preisermittlung sicherzustellen; geeignete Vorkehrungen sind insbesondere kurzfristige Änderungen des Marktmodells, kurzzeitige Volatilitätsunterbrechungen unter Berücksichtigung statischer oder dynamischer Preiskorridore und Limitsysteme der mit der Preisfeststellung betrauten Handelsteilnehmer, wobei es der Börse in Ausnahmefällen möglich sein muss, jedes Geschäft aufzuheben, zu ändern oder zu berichtigen; die Parameter für solche Volatilitätsunterbrechungen müssen der Liquidität der einzelnen Kategorien und Teilkategorien der betreffenden Finanzinstrumente, der Art des Marktmodells und der Art der Handelsteilnehmer Rechnung tragen und ermöglichen, dass wesentliche Störungen eines ordnungsgemäßen Börsenhandels unterbunden werden; die Börse hat der Börsenaufsichtsbehörde diese Parameter mitzuteilen.“

c) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 31“ durch die Angabe „Titel II der Verordnung (EU) Nr. 600/2014“ ersetzt.

22. § 25 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird nach den Wörtern Wort „Handel von“ die Angabe „Finanzinstrumenten,“ eingefügt.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

cc) Der bisherige Satz 3 wird Satz 2 und wie folgt gefasst:

„Die Geschäftsführung ist verpflichtet, Maßnahmen nach Satz 1 zu veröffentlichen.“

b) Nach Absatz 1 werden die folgenden Absätze 1a und 1b eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„(1a) Betrifft die Aussetzung des Handels nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ein Finanzinstrument im Sinne von Anhang I Abschnitt C der Richtlinie 2014/65/EU, so setzt die Geschäftsführung auch den Handel von mit diesem Finanzinstrument verbundenen Derivaten im Sinne von Anhang I Abschnitt C Nummern 4 bis 10 dieser Richtlinie aus, wenn dies zur Verwirklichung der Ziele der Aussetzung des Handels mit dem zugrundeliegenden Finanzinstrument erforderlich ist. Das Gleiche gilt für eine Einstellung des Handels nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2.

(1b) Die Börsenaufsichtsbehörde und die Bundesanstalt sind von einer Aussetzung oder Einstellung des Handels nach den Absätzen 1 oder 1a unverzüglich in Kenntnis zu setzen.“

23. In § 26a Satz 2 wird das Wort „Monats“ durch das Wort „Tages“ ersetzt.

24. Nach § 26b Satz 2 wird der folgende Satz eingefügt:

„Wegen der einzelnen Anforderungen an die Festlegung der Mindestpreisänderungsgröße wird auf die Delegierte Verordnung (EU) … [RTS 11] verwiesen.“

25. Nach § 26b werden die folgenden §§ 26c, 26d, 26e, 26f und 26g eingefügt:

„§ 26c

Market-Making-Systeme

(1) Die Börsenordnung muss Bestimmungen enthalten über die Zulassung von Wertpapierdienstleistungsunternehmen durch die Geschäftsführung, die an der Börse eine Market-Making-Strategie im Sinne des § 80 Absatz 5 des Wertpapierhandelsgesetzes verfolgen.

(2) Die Börse trifft geeignete Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass eine ausreichende Zahl an Wertpapierdienstleistungsunternehmen als Market-Maker zugelassen werden, die feste und wettbewerbsfähigen Preisen stellen, wodurch dem Markt in stetiger und verlässlicher Weise Liquidität zugeführt wird (Market-Making-Systeme). Dies gilt nicht, soweit die in Artikel 5 der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 8] geregelte Ausnahme eingreift, oder soweit eine solche Anforderung nach Art und Umfang des Handels an der jeweiligen Börse aus sonstigen Gründen nicht sachgerecht ist.

(3) Die Börsenordnung muss Verpflichtungen des Wertpapierdienstleistungsunternehmens im Zusammenhang mit der Zuführung von Liquidität enthalten. Sie kann Bestimmungen über sonstige Rechte und Pflichten enthalten, die sich aus der Teilnahme an den in Absatz 2 genannten Systemen ergeben.

(4) Die Gebührenordnung muss Bestimmungen über die Verringerung von Gebühren enthalten, die einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen dafür gewährt werden, dass es dem Markt in stetiger und verlässlicher Weise Liquidität zuführt. Dies gilt nicht, sofern und soweit der Börsenträger bereits entsprechende Vereinbarungen mit dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen getroffen hat.

(5) Wegen der einzelnen Anforderungen an die Ausgestaltung von Market-Making-Systemen wird auf die Delegierte Verordnung (EU) … [RTS 8] verwiesen.

§ 26d

Algorithmische Handelssysteme und elektronischer Handel

(1) Die Börse muss sicherstellen, dass algorithmische Handelssysteme nicht zu Beeinträchtigungen des ordnungsgemäßen Börsenhandels führen oder zu solchen Beeinträchtigungen beitragen. Um den von algorithmischen Handelssystemen ausgehenden Gefahren für den ordnungsgemäßen Börsenhandel vorzubeugen, hat die Börse geeignete Vorkehrungen zu treffen, einschließlich Vorkehrungen zur Begrenzung des Verhältnisses von nicht ausgeführten Handelsaufträgen zu ausgeführten Handelsaufträgen für den Fall, dass die Systemkapazität der Börse übermäßig in Anspruch genommen wird und die Gefahr besteht, dass die Kapazitätsgrenze erreicht wird.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(2) Die Handelsteilnehmer sind verpflichtet, ihre Algorithmen in einer von der Börse zur Verfügung gestellten Umgebung zu testen. Die Geschäftsführung überwacht die Einhaltung der Pflicht nach Satz 1 und teilt der Börsenaufsichtsbehörde Anhaltspunkte für Verstöße mit.

(3) Wegen der geeigneten Vorkehrungen nach Absatz 1 und der Anforderungen an die Ausgestaltung der Tests nach Absatz 2 wird auf die Delegierte Verordnung (EU) ….[RTS 7] verwiesen.

§ 26e

Informationen über die Ausführungsqualität

Börsen müssen für jedes Finanzinstrument, das an ihnen gehandelt wird, mindestens einmal jährlich gebührenfrei Informationen über die Qualität der Ausführung von Aufträgen veröffentlichen. Die Veröffentlichungen müssen ausführliche Angaben zum Preis, den mit einer Auftragsausführung verbundenen Kosten, der Geschwindigkeit und der Wahrscheinlichkeit der Ausführung enthalten. Wegen der einzelnen Anforderungen an Inhalt und Form der Veröffentlichungen nach Satz 1 und 2 wird auf die Delegierte Verordnung (EU) … [RTS 27] verwiesen.

§ 26f

Positionsmanagementkontrollen

(1) Eine Börse, an der Warenderivate gehandelt werden, muss Verfahren zur Überwachung der Einhaltung der nach den Absätzen § 54 Absatz 1 bis 5 und § 55 des Wertpapierhandelsgesetzes festgelegten Positionslimits (Positionsmanagementkontrollen) einrichten. Diese müssen transparent und diskriminierungsfrei ausgestaltet werden, festlegen, wie sie anzuwenden sind und der Art und Zusammensetzung der Handelsteilnehmer sowie deren Nutzung der zum Handel zugelassenen Kontrakte Rechnung tragen. Im Rahmen von Kontrollen nach Satz 1 und 2 hat die Börse insbesondere sicherzustellen, dass sie das Recht hat,

1. die offenen Kontraktpositionen jedes Handelsteilnehmers zu überwachen,
2. von jedem Handelsteilnehmer Zugang zu Informationen, einschließlich aller einschlägigen Unterlagen, über Größe und Zweck einer von ihm eingegangenen Position oder offenen Forderung, über wirtschaftliche oder tatsächliche Eigentümer, etwaige Absprachen sowie über alle zugehörigen Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten am Basismarkt zu erhalten,
3. von jedem Handelsteilnehmer die zeitweilige oder dauerhafte Auflösung oder Reduzierung einer von ihr eingegangenen Position zu verlangen und, falls der Betreffende dem nicht nachkommt, einseitig geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Auflösung oder Reduzierung sicherzustellen, und
4. von jedem Handelsteilnehmer zu verlangen, zeitweilig Liquidität zu einem vereinbarten Preis und in vereinbartem Umfang eigens zu dem Zweck in den Markt zurückfließen zu lassen, die Auswirkungen einer großen oder marktbeherrschenden Position abzumildern.

(2) Die Börse unterrichtet die Börsenaufsichtsbehörde über Einzelheiten der Positionsmanagementkontrollen nach Absatz 1. Die Börsenaufsichtsbehörde übermittelt diese Informationen an die Bundesanstalt und an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde.

§ 26g

Übermittlung von Daten

Die Geschäftsführung kann von den Handelsteilnehmern die Übermittlung von Daten in Bezug auf deren Finanzinstrumente verlangen, soweit dies zur Erfüllung der Anforderungen aus Artikel 25 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 erforderlich ist.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

26. Die §§ 30 und 31 werden aufgehoben.

27. In § 39 wird nach Absatz 1 folgender Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Börsenaufsichtsbehörde und Bundesanstalt sind von einem Widerruf nach Absatz 1 unverzüglich in Kenntnis zu setzen.“

28. § 48 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Der Betrieb eines Freiverkehrs bedarf der schriftlichen Erlaubnis der Börsenaufsichtsbehörde. Der Freiverkehr gilt als multilaterales Handelssystem. Der Börsenträger legt der Börsenaufsichtsbehörde eine ausführliche Beschreibung der Funktionsweise des Handelssystems, einschließlich etwaiger Verbindungen zu einem anderen multilateralen oder organisierten Handelssystem oder einem systematischen Internalisierer in seinem Eigentum, sowie eine Liste der Handelsteilnehmer vor. Die Börsenaufsichtsbehörde stellt diese Informationen der Bundesanstalt und auf deren Verlangen der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zur Verfügung und teilt diesen jede Erteilung einer Erlaubnis eines Freiverkehrs mit. Auf den Betrieb des Freiverkehrs sind unbeschadet der Absätze 4 und 5 die Vorschriften dieses Gesetzes mit Ausnahme der §§ 27 bis 43 entsprechend anzuwenden.“

b) Nach Absatz 3 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

„(4) Der Börsenträger hat sicherzustellen, dass der Freiverkehr über mindestens drei aktive Handelsteilnehmer verfügt, denen es jeweils möglich ist, mit allen übrigen Handelsteilnehmern zum Zwecke der Preisbildung zu interagieren.

(5) Der Börsenträger kann von einem Emittenten die Übermittlung von Referenzdaten in Bezug auf dessen Finanzinstrumente verlangen, soweit dies zur Erfüllung der Anforderungen aus Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 erforderlich ist.“

29. Nach § 48 werden die folgenden §§ 48a und 48b eingefügt:

„§ 48a

KMU-Wachstumsmarkt

(1) Der Börsenträger kann einen Freiverkehr bei der Börsenaufsichtsbehörde als Wachstumsmarkt für kleine und mittlere Unternehmen (KMU-Wachstumsmarkt) registrieren lassen, sofern folgende Anforderungen erfüllt sind:

1. bei mindestens 50 Prozent der Emittenten, deren Finanzinstrumente zum Handel in den Freiverkehr einbezogen sind, handelt es sich um kleine und mittlere Unternehmen;

2. der Börsenträger hat geeignete Kriterien für die Einbeziehung der Finanzinstrumente zum Handel in den Freiverkehr festgelegt;

3. der Börsenträger macht die Einbeziehung von Finanzinstrumenten zum Handel in den Freiverkehr davon abhängig, dass bei der Zulassung ausreichende Informationen veröffentlicht werden, um dem Publikum eine zutreffende Beurteilung des Emittenten und der Finanzinstrumente zu ermöglichen; bei diesen Informationen handelt es sich entweder um ein Einbeziehungsdokument oder einen Prospekt, falls auf Basis der Richtlinie 2003/71/EG festgelegte Anforderungen im Hinblick auf ein öffentliches Angebot im Zusammenhang mit der ursprünglichen Einbeziehung des Finanzinstruments zum Handel in den Freiverkehr Anwendung finden;

4. der Börsenträger stellt sicher, dass eine geeignete regelmäßige Finanzberichterstattung durch den Emittenten am Markt stattfindet, dessen Finanzinstrumente zum Handel in den Freiverkehr einbezogen sind, insbesondere durch geprüfte Jahresberichte;

5. die in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 21 der Verordnung (EU) 596/2014 definierten Emittenten und die in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 25 der Verordnung (EU) 596/2014 definierten Personen, die bei einem

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Emittenten Führungsaufgaben wahrnehmen, sowie die in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 26 der Verordnung (EU) 596/2014 definierten Personen, die in enger Beziehung zu diesen stehen, erfüllen die jeweiligen Anforderungen, die für sie gemäß der Verordnung (EU) 596/2014 gelten;

6. der Börsenträger erfasst Informationen, die von einem Emittenten auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung veröffentlicht wurden, und stellt diese öffentlich zur Verfügung; und

7. der Börsenträger richtet wirksame Systeme und Kontrollen ein, die geeignet sind, einen Marktmissbrauch an dem betreffenden Markt gemäß der Verordnung (EU) 596/2014 zu erkennen und zu verhindern.

Die Möglichkeit des Börsenträgers, zusätzliche Anforderungen festzulegen, bleibt unberührt.

(2) Die Börsenaufsichtsbehörde hebt die Registrierung eines KMU-Wachstumsmarktes auf, wenn der Börsenträger dies beantragt oder wenn die Voraussetzungen für eine Registrierung nach Absatz 1 nicht mehr vorliegen. Die Börsenaufsichtsbehörde unterrichtet die Bundesanstalt und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde unverzüglich über die Registrierung eines KMU-Wachstumsmarktes und über deren Aufhebung.

(3) Ein Finanzinstrument, das zum Handel in den Freiverkehr einbezogen ist, kann nur dann in einem anderen KMU-Wachstumsmarkt gehandelt werden, wenn der Emittent des Finanzinstruments hierüber unterrichtet wurde und dem nicht widersprochen hat. In einem solchen Fall entstehen dem Emittenten im Hinblick auf diesen anderen KMU-Wachstumsmarkt keine Verpflichtungen in Bezug auf die Unternehmensführung und -kontrolle oder erstmalige, laufende oder punktuelle Veröffentlichungspflichten.

§ 48b

Organisiertes Handelssystems an einer Börse

(1) Der Betrieb eines organisierten Handelssystems an einer Börse bedarf der schriftlichen Erlaubnis der Börsenaufsichtsbehörde. Der Börsenträger legt der Börsenaufsichtsbehörde eine ausführliche Beschreibung der Funktionsweise des organisierten Handelssystems vor, einschließlich etwaiger Verbindungen zu einem anderen organisierten oder multilateralen Handelssystem oder einem systematischen Internalisierer in seinem Eigentum, sowie eine Liste der Handelsteilnehmer. Die Börsenaufsichtsbehörde stellt diese Informationen der Bundesanstalt und auf deren Verlangen der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zur Verfügung und teilt diesen jede Zulassung eines organisierten Handelssystems mit. Soweit die Absätze 2 bis 9 keine abweichende Regelung treffen, sind die für den Freiverkehr geltenden Vorschriften dieses Gesetzes entsprechend anzuwenden.

(2) Der Börsenträger als Betreiber eines organisierten Handelssystems hat geeignete Vorkehrungen zu treffen, durch die die Ausführung von Kundenaufträgen in dem organisierten Handelssystem unter Einsatz des eigenen Kapitals des Betreibers oder eines Mitglieds derselben Unternehmensgruppe verhindert wird.

(3) Der Börsenträger als Betreiber eines organisierten Handelssystems darf auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge im Sinne von § 2 Absatz 29 des Wertpapierhandelsgesetzes für Schuldverschreibungen, strukturierte Finanzprodukte, Emissionszertifikate und bestimmte Derivate zurückgreifen, wenn der Kunde dem zugestimmt hat. Er darf auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge über Derivate nicht zurückgreifen, wenn diese der Verpflichtung zum Clearing nach Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 unterliegen.

(4) Der Handel für eigene Rechnung ist dem Börsenträger als Betreiber eines organisierten Handelssystems nur gestattet, soweit es sich nicht um die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge im Sinne von § 2 Absatz 29 des Wertpapierhandelsgesetzes handelt und nur in Bezug auf öffentliche Schuldtitel, für die kein liquider Markt besteht.

(5) Der Börsenträger darf ein organisiertes Handelssystem nicht innerhalb derselben rechtlichen Einheit mit einer systematischen Internalisierung betreiben. Ein organisiertes Handelssystem darf keine Verbindung zu einem systematischen Internalisierer oder einem anderen organisierten Handelssystem in

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

einer Weise herstellen, die eine Interaktion von Aufträgen in dem organisierten Handelssystem mit den Aufträgen oder Angeboten des systematischen Internalisierers oder in dem organisierten Handelssystem ermöglicht.

(6) Der Börsenträger als Betreiber eines organisierten Handelssystems kann ein anderes Wertpapierdienstleistungsunternehmen beauftragen, unabhängig an diesem organisierten Handelssystem Market Making zu betreiben. Ein unabhängiges Betreiben liegt nur dann vor, wenn keine enge Verbindung des Wertpapierdienstleistungsunternehmens zu dem Börsenträger besteht.

(7) Der Börsenträger als Betreiber des organisierten Handelssystems hat die Entscheidung über die Ausführung eines Auftrags in dem organisierten Handelssystem nach Ermessen zu treffen, wenn er darüber entscheidet

1. einen Auftrag über das von ihnen betriebene organisierte Handelssystem zu platzieren oder zurückzunehmen oder
2. einen bestimmten Kundenauftrag nicht mit anderen zu einem bestimmten Zeitpunkt im System vorhandenen Aufträgen zusammenzuführen.

Im Falle des Satzes 1 Nummer 2 darf eine Zusammenführung nur dann unterbleiben, wenn dies mit etwaigen Anweisungen des Kunden sowie der Verpflichtung zur bestmöglichen Ausführung von Kundenaufträgen im Sinne von § 70 des Wertpapierhandelsgesetzes vereinbar ist. Bei einem System, bei dem gegenläufige Kundenaufträge eingehen, kann der Betreiber entscheiden, ob, wann und in welchem Umfang er zwei oder mehr Aufträge innerhalb des Systems zusammenführt. Im Einklang mit den Absätzen 2, 3, 5 und 6 und unbeschadet des Absatzes 4 kann der Betreiber bei einem System, über das Geschäfte mit Nichteigenkapitalinstrumenten in die Wege geleitet werden, die Verhandlungen zwischen den Kunden erleichtern, um so zwei oder mehr möglicherweise kompatible Handelsinteressen in einem Geschäft zusammenzuführen. Diese Verpflichtung gilt unbeschadet der §§ 72 und 82 des Wertpapierhandelsgesetzes.

(8) Die Börsenaufsichtsbehörde kann von dem Börsenträger als Betreiber eines organisierten Handelssystems jederzeit, insbesondere bei Antrag auf Zulassung des Betriebs, eine ausführliche Erklärung darüber verlangen, warum das organisierte Handelssystem keinem regulierten Markt, multilateralen Handelssystem oder systematischen Internalisierer entspricht und nicht in dieser Form betrieben werden kann. Die Erklärung hat eine ausführliche Beschreibung zu enthalten, wie der Ermessensspielraum genutzt wird, insbesondere wann ein Auftrag im organisierten Handelssystem zurückgezogen werden kann und wann und wie zwei oder mehr sich deckende Kundenaufträge innerhalb des organisierten Handelssystems zusammengeführt werden. Außerdem hat der Börsenträger als Betreiber eines organisierten Handelssystems der Börsenaufsichtsbehörde Informationen zur Verfügung zu stellen, mit denen der Rückgriff auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge erklärt wird. Die Börsenaufsichtsbehörde hat diese Informationen der Bundesanstalt und auf deren Verlangen der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zur Verfügung zu stellen.

(9) Die Börsenaufsichtsbehörde überwacht den Handel durch Zusammenführung sich deckender Aufträge durch den Börsenträger als Betreiber des organisierten Handelssystems, damit sichergestellt ist, dass dieser die hierfür geltenden Anforderungen einhält und dass der von ihm betriebene Handel durch Zusammenführung sich deckender Aufträge nicht zu Interessenkonflikten zwischen dem Betreiber und seinen Kunden führt.

(10) § 63 Absatz 1 und Absatz 3 bis 7 und 9, § 64 Absatz 1 sowie die §§ 69, 70 und 82 des Wertpapierhandelsgesetzes gelten entsprechend für Geschäfte, die über ein organisiertes Handelssystem an einer Börse abgeschlossen wurden.“

30. § 50 wird wie folgt gefasst:

„§ 50

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig entgegen

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. § 3 Absatz 11 eine Person über eine Maßnahme oder ein eingeleitetes Ermittlungsverfahren in Kenntnis setzt oder
2. § 41 Absatz 1 der Geschäftsführung der Börse eine dort benannte Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einer vollziehbaren Anordnung nach
   a) § 3 Absatz 4 Satz 1 oder Satz 3, jeweils auch in Verbindung mit § 7 Absatz 3, oder § 3 Absatz 5 Satz 2 oder
   b) § 6 Absatz 2 Satz 1 oder § 6 Absatz 4 Satz 1

   zuwiderhandelt,
2. entgegen § 3 Absatz 4 Satz 5 oder 6, jeweils auch in Verbindung mit Satz 8, ein Betreten nicht gestattet oder nicht duldet,
3. als Börsenträger einer vollziehbaren Anordnung nach § 3 Absatz 4a Satz 1 zuwiderhandelt,
4. bei der Antragstellung nach § 4 Absatz 2 Satz 1 unrichtige Angaben zu den in § 4 Absatz 2 Satz 2 oder 3 genannten Tatsachen macht,
5. entgegen § 4 Absatz 7 Satz 1 einen Wechsel bei einer dort genannten Person der Geschäftsleitung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig anzeigt,
6. als Geschäftsleiter eines Börsenträgers von erheblicher Bedeutung die nach § 4a Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit den Sätzen 3 und 4 und einer etwaigen Genehmigung nach Satz 5 zulässige Anzahl von Mandaten durch Annahme eines weiteren Mandats überschreitet,
7. als Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans eines Börsenträgers von erheblicher Bedeutung die nach § 4b Absatz 4 Satz 2 in Verbindung mit den Sätzen 3 und 4 und einer etwaigen Genehmigung nach Satz 5 zulässige Anzahl von Mandaten durch Annahme eines weiteren Mandats überschreitet,
8. entgegen § 4a Absatz 1 der Wahrnehmung der Aufgaben als Geschäftsleiter nicht die erforderliche Zeit widmet,
9. als Mitglied des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans eines Börsenträgers bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 4b Absatz 5 Satz 1 nicht auf die Einsetzung eines Nominierungsausschusses hinwirkt,
10. entgegen § 5 Absatz 4 Nummer 1 keine oder keine hinreichenden Vorkehrungen trifft, um dort genannte Konflikte zu erkennen und zu verhindern,
11. entgegen § 5 Absatz 4 Nummer 2 keine angemessenen Vorkehrungen und Systeme schafft,
12. entgegen § 5 Absatz 4 Nummer 3 nicht die technische Funktionsfähigkeit der betreffenden Systeme sicherstellt oder keine technischen Vorkehrungen für den reibungslosen und zeitnahen Abschluss der betreffenden Geschäfte schafft,
13. als Börsenträger eine Börse betreibt, ohne über die in § 5 Absatz 4a genannten Systeme und Verfahren zu verfügen,
14. als Börsenträger eine Börse betreibt, ohne über ausreichende finanzielle Mittel im Sinne des § 5 Absatz 5 zu verfügen,
15. als Börsenträger entgegen § 5 Absatz 7 an einer von ihm betriebenen Börse Kundenaufträge unter Einsatz seines eigenen Kapitals auszuführen oder auf die Zusammenführung sich deckender Kundenaufträge zurückzugreifen,
16. entgegen
    a) § 6 Absatz 1 Satz 1, 5 oder 6 oder

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

b) § 6 Absatz 5 Satz 1 oder 4 oder Absatz 6 Satz 1,

jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 6 Absatz 7, eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,

17. einer vollziehbaren Anordnung der Börsenaufsichtsbehörde nach § 6 Absatz 1 Satz 7 zuwiderhandelt,

18. entgegen § 6 Absatz 6 Satz 2 eine Veröffentlichung nicht oder nicht rechtzeitig vornimmt,

19. entgegen § 26c Absatz 2 Satz 1 kein Market-Making-System einrichtet,

20. als Handelsteilnehmer bei der Teilnahme am Börsenhandel einen Algorithmus im Sinne von § 26d Absatz 2 einsetzt, ohne diesen zuvor auf etwaige marktstörende Auswirkungen getestet zu haben oder

21. als Börsenträger entgegen § 26e Satz 1 die dort genannte Veröffentlichung nicht mindestens einmal jährlich vornimmt,

22. als Börsenträger entgegen § 26f Absatz 1 keine Positionsmanagementkontrollen einrichtet,

23. als Handelsteilnehmer entgegen § 26g die von der Geschäftsführung verlangten Daten nicht übermittelt.

(3) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig als Betreiber eines Freiverkehrs im Sinne des § 48 entgegen Artikel 8 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Unterabsatz 1 Handelsdaten nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt.

(4) Ordnungswidrig handelt, wer als Börsenträger gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Artikel 4 Absatz 1 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,

2. entgegen Artikel 4 Absatz 4 Aufzeichnungen nicht, nicht vollständig oder nicht mindestens für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt,

3. entgegen Artikel 15 Absatz 1 Finanzinstrumente weiterverwendet, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind oder

4. entgegen Artikel 15 Absatz 2 ein Recht auf Weiterverwendung ausübt, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind.

(5) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.06.2014, S. 84; L 6 vom 10.1.2015, S. 6; L 270 vom 15.10.2015, S. 4), die durch die Verordnung (EU) 2016/1033 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig als Marktbetreiber im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 18 der Richtlinie 2014/65/EU oder als Börsenträger, der ein multilaterales Handelssystem im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 22 der Richtlinie 2014/65/EU oder ein organisiertes Handelssystem im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 23 der Richtlinie 2014/65/EU betreibt,

1. entgegen

a) Artikel 3 Absatz 1,

b) Artikel 6 Absatz 1,

c) Artikel 8 Absatz 1,

d) Artikel 8 Absatz 4,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

e) Artikel 10 Absatz 1,

f) Artikel 11 Absatz 3 Unterabsatz 3 in Verbindung mit Artikel 10 Absatz 1 oder

g) Artikel 31 Absatz 2

eine Veröffentlichung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt,

2. beim Betrieb eines Handelsplatzes ein dort genanntes System betreibt, das nicht oder nicht vollständig den in Artikel 4 Absatz 3 Unterabsatz 1 beschriebenen Anforderungen entspricht,

3. entgegen

a) Artikel 3 Absatz 3 oder Artikel 6 Absatz 2 nicht in der dort beschriebenen Weise Zugang zu den betreffenden Systemen gewährt,

b) Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 3 Satz 1 oder Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 3 Satz 1 eine Genehmigung nicht oder nicht rechtzeitig einholt oder auf geplante Regelungen nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig hinweist,

c) Artikel 8 Absatz 3 oder Artikel 10 Absatz 2 nicht in der dort beschriebenen Weise Zugang zu den betreffenden Regelungen gewährt,

d) Artikel 12 Absatz 1 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig offen legt,

e) Artikel 13 Absatz 1 eine Angabe oder Information nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig offen legt oder bereitstellt oder keinen diskriminierungsfreien Zugang zu den Informationen sicherstellt,

f) Artikel 22 Absatz 2 erforderliche Daten nicht für einen ausreichend langen Zeitraum speichert,

g) Artikel 25 Absatz 2 die einschlägigen Daten eines Auftrags nicht für mindestens fünf Jahre zur Verfügung hält,

h) Artikel 29 Absatz 1 nicht sicherstellt, dass Geschäfte von einer zentralen Gegenpartei gecleart werden,

i) Artikel 29 Absatz 2 Unterabsatz 1 nicht über die dort bezeichneten Systeme, Verfahren und Vorkehrungen verfügt,

j) Artikel 31 Absatz 3 Satz 1 eine Aufzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise führt,

k) Artikel 31 Absatz 3 Satz 2 eine Aufzeichnung nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,

l) Artikel 35 Absatz 2 einen Antrag nicht, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise an eine zuständige Behörde übermittelt,

m) Artikel 36 Absatz 1 Handelsdaten nicht auf diskriminierungsfreier und transparenter Basis bereitstellt,

n) Artikel 36 Absatz 3 Satz 1 nicht, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig antwortet,

o) Artikel 36 Absatz 3 Satz 2 einen Zugang verweigert,

p) Artikel 36 Absatz 3 Satz 3, auch in Verbindung mit Satz 4, eine Untersagung nicht ausführlich begründet oder eine Unterrichtung oder Mitteilung nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise vornimmt oder

q) Artikel 36 Absatz 3 Satz 5 einen Zugang nicht oder nicht rechtzeitig ermöglicht.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(6) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig

1. als Marktbetreiber im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 18 der Richtlinie 2014/65/EU,
2. als Börsenträger, der ein multilaterales Handelssystem im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 22 der Richtlinie 2014/65/EU oder ein organisiertes Handelssystem im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 23 der Richtlinie 2014/65/EU betreibt oder
3. als ein mit einem Marktbetreiber nach Nummer 1 oder mit einem Börsenträger nach Nummer 2 verbundenes Unternehmen

entgegen Artikel 37 Absatz 3 mit dem Erbringer eines Referenzwerts eine Vereinbarung trifft, die eine andere zentrale Gegenpartei oder einen anderen Handelsplatz am Zugang zu den in Artikel 37 Absatz 1 genannten Informationen, Rechten oder Lizenzen hindern würde.

(7) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 (ABl. L 257 vom 28.08.2014, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2016/1022 (Abl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig als Börsenträger oder als Betreiber eines Freiverkehrs im Sinne des § 48 einem Zentralverwahrer entgegen Artikel 53 Absatz 1 Unterabsatz 1 Transaktionsdaten nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt.

(8) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 2 und des Absatzes 3 mit einer Geldbuße bis hunderttausend Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis fünfzigtausend Euro geahndet werden.

(9) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen der Absätze 2 und 5 bis 7 mit einer Geldbuße von bis zu fünf Millionen Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße in Höhe von bis zu zehn Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat, verhängt werden. Über die in den Sätzen 1 und 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Zweifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

(10) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 4 mit einer Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro geahndet werden. Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Satz 1 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

1. in den Fällen des Absatzes 4 Satz 1 Nummer 1 und 2 den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,
2. in den Fällen des Absatzes 4 Satz 1 Nummer 3 und 4 den höheren der Beträge von fünfzehn Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat nicht überschreiten.

Über die in Satz 1 und Satz 2 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

(11) Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 9 Satz 2 und des Absatzes 10 Satz 2 ist

1. im Falle des Börsenträgers der Betrag der Nettoumsätze nach Maßgabe des auf den Börsenträger anwendbaren nationalen Rechts im Einklang mit Artikel 2 Nummer 5 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19; L 369 vom 24.12.2014, S. 79), die zuletzt durch die Richtlinie 2014/102/EU (ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 86) geändert worden ist,

2. im Falle von Kreditinstituten, Zahlungsinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten der Gesamtbetrag, der sich aus dem auf das Institut anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit Artikel 27 Nummer 1, 3, 4, 6 und 7 oder Artikel 28 Nummer B1, B2, B3, B4 und B7 der Richtlinie 86/635/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. L 372 vom 31.12.1986, S. 1; L 316 vom 23.11.1988, S. 51), die zuletzt durch die Richtlinie 2006/46/EG (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 1) geändert worden ist, ergibt, abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt auf diese Erträge erhobener Steuern,

3. im Falle von Versicherungsunternehmen der Gesamtbetrag, der sich aus dem auf das Versicherungsunternehmen anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit Artikel 63 der Richtlinie 91/674/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen (ABl. L 374 vom 31.12.1991, S. 7), die zuletzt durch die Richtlinie 2006/46/EG (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 1) geändert worden ist, ergibt, abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt auf diese Erträge erhobener Steuern,

4. im Übrigen der Betrag der Nettoumsätze nach Maßgabe des auf das Unternehmen anwendbaren nationalen Rechts im Einklang mit Artikel 2 Nummer 5 der Richtlinie 2013/34/EU.

Handelt es sich bei den in Satz 1 genannten Personen um juristische Personen oder Personenvereinigungen, die zugleich Mutterunternehmen oder Tochtergesellschaften sind, so ist anstelle des Gesamtumsatzes der juristischen Person oder Personenvereinigung der jeweilige Gesamtbetrag in dem Konzernabschluss des Mutterunternehmens maßgeblich, der für den größten Kreis von Unternehmen aufgestellt wird. Wird der Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nicht nach den in Satz 1 genannten Vorschriften aufgestellt, ist der Gesamtumsatz nach Maßgabe der dem in Satz 1 vergleichbaren Posten des Konzernabschlusses zu ermitteln. Ist ein Jahresabschluss oder Konzernabschluss für das maßgebliche Geschäftsjahr nicht verfügbar, ist der Jahres- oder Konzernabschluss für das unmittelbar vorangehende Geschäftsjahr maßgeblich; ist auch dieser nicht verfügbar, kann der Gesamtumsatz geschätzt werden.

(12) § 17 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist nicht anzuwenden bei Verstößen gegen Gebote und Verbote, die in Absatz 9 und Absatz 10 in Bezug genommen werden. § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gilt auch für juristische Personen oder Personenvereinigungen, die über eine Zweigniederlassung oder im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs im Inland tätig sind. Die Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 9 und Absatz 10 verjährt in 3 Jahren.“

31. § 50a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird die Angabe „§ 50 Abs. 2a“ durch die Angabe „§ 50 Abs. 3“ ersetzt.

b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Die Börsenaufsichtsbehörde macht Entscheidungen über Maßnahmen und Sanktionen, die von ihr wegen Verstößen gegen Verbote oder Gebote der §§ 4, 4a, 4b, 5, 6, 26c, 26d, 26e, 26f und 26g oder gegen die Verbote oder Gebote der Artikel 3, 4, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 22, 25, 29, 31, 35, 36 und 37 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 oder der Artikel 4 oder 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 sowie gegen die zur Durchführung dieser Vorschriften erlassenen Rechtsverordnungen oder sonstigen Rechtsakte oder gegen eine im Zusammenhang mit einer Untersuchung betreffend die Pflichten nach diesen Vorschriften ergangene vollziehbare Anordnung der Börsenaufsichtsbehörde nach § 3 oder § 6, erlassen wurden, auf ihrer Internetseite unverzüglich nach Unterrichtung der natürlichen oder juristischen Person, gegen die die Maßnahme oder Sanktion verhängt wurde, bekannt.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Artikel 9

Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes

Das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 50 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, wird wie folgt geändert

1. In § 5 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „Abs. 4“ durch die Angabe „Absatz 10“ ersetzt.
2. In § 10 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „Abs. 2“ durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.
3. In § 23 wird die Angabe „§§ 25 und 25a“ durch die Angabe „§§ 38 und 39“ ersetzt.
4. In § 30 Absatz 3 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 8“ ersetzt.
5. § 60 Absatz 3 wird durch die folgenden Absätze 3 bis 7 ersetzt:

„(3) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 Buchstabe a, Nummer 3, 6 bis 8 mit einer Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 Buchstabe b, Nummer 2 Buchstabe a und Nummer 4 mit einer Geldbuße bis zu zweieinhalb Millionen Euro, und in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu einer Million Euro geahndet werden.

(4) Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann über Absatz 3 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

1. in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 Buchstabe a, Nummer 3, 6 bis 8 den höheren der Beträge von zehn Millionen Euro und 5 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,
2. in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 Buchstabe b, Nummer 2 Buchstabe a und Nummer 4 den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro und 2 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat und
3. in den übrigen Fällen zwei Millionen Euro

nicht überschreiten.

(5) Über die in den Absätzen 3 und 4 genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zum Zweifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden. Der wirtschaftliche Vorteil umfasst erzielte Gewinne und vermiedene Verluste und kann geschätzt werden.

(6) Gesamtumsatz im Sinne des Absatzes 4 ist

1. im Falle von Kreditinstituten, Zahlungsinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten im Sinne des § 340 des Handelsgesetzbuchs der Gesamtbetrag, der sich aus dem auf das Institut anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit Artikel 27 Nummer 1, 3, 4, 6 und 7 oder Artikel 28 Nummer B1, B2, B3, B4 und B7 der Richtlinie 86/635/EWG des Rates vom 8. Dezember 1986 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten (ABl. L 372 vom 31.12.1986, S. 1; L 316 vom 23.11.1988, S. 51), die zuletzt durch die Richtlinie 2006/46/EG (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 1) geändert worden ist, ergibt, abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt auf diese Erträge erhobener Steuern,
2. im Falle von Versicherungsunternehmen der Gesamtbetrag, der sich aus dem auf das Versicherungsunternehmen anwendbaren nationalen Recht im Einklang mit Artikel 63 der Richtlinie 91/674/EWG des Rates vom 19. Dezember 1991 über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen (ABl. L 374 vom 31.12.1991, S. 7), die zuletzt durch die Richtlinie

2006/46/EG (ABl. L 224 vom 16.8.2006, S. 1) geändert worden ist, ergibt, abzüglich der Umsatzsteuer und sonstiger direkt auf diese Erträge erhobener Steuern,

3. im Übrigen der Betrag der Nettoumsatzerlöse nach Maßgabe des auf das Unternehmen anwendbaren nationalen Rechts im Einklang mit Artikel 2 Nummer 5 der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates (ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19; L 369 vom 24.12.2014, S. 79), die zuletzt durch die Richtlinie 2014/102/EU (ABl. L 334 vom 21.11.2014, S. 86) geändert worden ist.

(7) Handelt es sich bei der juristischen Person oder Personenvereinigung nach Absatz 4 um ein Mutterunternehmen oder um eine Tochtergesellschaft, so ist anstelle des Gesamtumsatzes der juristischen Person oder Personenvereinigung der jeweilige Gesamtbetrag in dem Konzernabschluss des Mutterunternehmens maßgeblich, der für den größten Kreis von Unternehmen aufgestellt wird. Wird der Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nicht nach den in Absatz 6 genannten Vorschriften aufgestellt, ist der Gesamtumsatz nach Maßgabe der den in Absatz 6 Nummer 1 bis 3 vergleichbaren Posten des Konzernabschlusses zu ermitteln. Ist ein Jahresabschluss oder Konzernabschluss für das maßgebliche Geschäftsjahr nicht verfügbar, ist der Jahres- oder Konzernabschluss für das unmittelbar vorausgehende Geschäftsjahr maßgeblich; ist auch dieser nicht verfügbar, kann der Gesamtumsatz geschätzt werden.“

Artikel 10

Änderung des Kapitalanlagegesetzbuchs

Das Kapitalanlagegesetzbuch vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

   a) Die Angabe „§ 8a Anzeige von Verdachtsfällen“ wird gestrichen.

   b) Folgende Angabe wird angefügt:

   „§ 359 Übergangsvorschrift zu § 26 Absatz 7 Satz 3, § 82 Absatz 6 Satz 2 und § 85 Absatz 5 Satz 4“.

2. In § 2 Absatz 4 Satz 1 Nummer 4 wird nach den Wörtern „§ 26 Absatz 1, 2 und 7“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.

3. Dem § 5 wird der folgende Absatz 9 angefügt:

   „(9) Die Bundesanstalt ist zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1), soweit diese Verordnung Rechte und Pflichten enthält, die die Verwaltungsgesellschaften und Investmentvermögen im Sinne dieses Gesetzes betreffen. Die Bundesanstalt ist befugt, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet und erforderlich sind, um zu überwachen, ob die Verordnung (EU) 2015/2365 und die auf ihrer Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakte und technischen Regulierungsstandards der Europäischen Kommission, eingehalten werden. Insbesondere kann sie die in den Artikeln 22 und 28 der Verordnung (EU) 2015/2365 genannten und die Befugnisse auf die dort verwiesenen wird, ausüben.“

4. In § 12 Absatz 6 Satz 1 Nummer 19 werden nach den Wörtern „§ 341a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ die Wörter „und 3 soweit sie auf die Richtlinie 2009/65/EG zurückgehen, oder die in § 39 Absatz 4c des Wertpapierhandelsgesetzes in Bezug genommen werden und auf die Verordnung (EU) 2015/2365 zurückgehen,“ eingefügt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

5. § 14 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Kapitalverwaltungsgesellschaften, extern verwaltete Investmentgesellschaften, Gesellschaften in den sonstigen nach diesem Gesetz zulässigen Rechtsformen für Investmentvermögen, die an ihnen jeweils bedeutend beteiligten Inhaber und Verwahrstellen haben der Bundesanstalt Auskünfte entsprechend § 44 Absatz 1 und 6 und § 44b des Kreditwesengesetzes zu erteilen."

6. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:

„(6) Die Bundesanstalt darf einzelne Daten aus der Datei nach § 24c Absatz 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes abrufen, soweit dies erforderlich ist zur Erfüllung ihrer aufsichtlichen Aufgaben nach diesem Gesetz, insbesondere im Hinblick auf unerlaubt betriebene Investmentgeschäfte, und sofern besondere Eilbedürftigkeit im Einzelfall vorliegt. § 24c Absatz 4 des Kreditwesengesetzes ist entsprechend anzuwenden."

b) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und die Angabe „5" wird durch die Angabe „6" ersetzt.

7. § 18 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 2 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Für nähere Einzelheiten der Anforderungen an die Unabhängigkeit eines Mitglieds des Aufsichtsrats der externen OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft von der Verwahrstelle im Sinne der Sätze 1 und 2 wird auf Artikel 21 Buchstabe d und Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Pflichten der Verwahrstellen (ABl. L 78 vom 24.3.2016, S. 11) verwiesen. Artikel 21 Buchstabe d und Artikel 24 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 gelten entsprechend für externe AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaften."

b) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „Sätze 1 und 2" durch die Wörter „Sätze 1, 2 und 4" ersetzt.

8. Dem § 26 Absatz 7 werden folgende Sätze angefügt:

„Für nähere Einzelheiten der Anforderungen an OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaften zur Erfüllung ihrer Pflicht, im Sinne des Absatzes 1 bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Verwahrstelle zu handeln, wird auf Artikel 21 Buchstabe a bis c, Artikel 22 Absatz 1 bis 4 und Artikel 23 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen. Für AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaften, die nicht ausschließlich Spezial-AIF verwalten, gelten Artikel 21 Buchstabe a bis c, Artikel 22 Absatz 1 bis 4 und Artikel 23 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 entsprechend."

9. § 38 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 Satz 2 wird nach den Wörtern „Transaktionsregister (ABl. L 201 vom 27.7.2012, S. 1" die Klammer durch ein Semikolon ersetzt und werden die Wörter „L 321 vom 30.11.2013, S. 6), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2015/2365 geändert worden ist, sowie die Anforderungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365" eingefügt.

b) In Absatz 4 Satz 5 wird die Angabe „Absatz 4" durch die Wörter „Absatz 3 und 4" ersetzt.

10. In § 39 Absatz 3 Nummer 5 wird nach den Wörtern „§ 340 Absatz 1 Nummer 1, 4 oder" das Wort „Nummer" gestrichen und werden nach der Angabe „oder 79" die Wörter „oder auf Grund einer Ordnungswidrigkeit oder auf Grund einer wiederholten Ordnungswidrigkeit nach § 39 Absatz 2f des Wertpapierhandelsgesetzes" eingefügt.

11. In § 45 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 328 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 und Nummer 2 des Handelsgesetzbuchs" durch die Angabe „§ 328 Absatz 1a Satz 1 und 3 des Handelsgesetzbuchs" ersetzt.

12. In § 48a Absatz 1 Satz 3 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und werden die Wörter „dies gilt auch für AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaften, die die Voraussetzungen nach § 2 Absatz 4 erfüllen und die Gelddarlehen gemäß § 285 Absatz 2 für Rechnung eines inländischen Spezial-AIF vergeben, der

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs verpflichtet ist, einen Jahresabschluss offenzulegen.“ eingefügt.

13. § 68 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Für nähere Einzelheiten zum Mindestinhalt des Vertrags nach Absatz 1 wird auf Artikel 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen. Der Vertrag unterliegt dem Recht des Herkunftsmitgliedstaates des OGAW.“

14. Dem § 69 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Für nähere Einzelheiten zu den Meldepflichten der OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft gegenüber der Bundesanstalt oder der EU-OGAW-Verwaltungsgesellschaft gegenüber der zuständigen Behörde in Bezug auf die Vorgaben des § 73 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe d sowie zu den Pflichten der OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft oder der EU-OGAW-Verwaltungsgesellschaft zur Prüfung angemessener Maßnahmen zum Schutz der Vermögenswerte des inländischen OGAW wird auf Artikel 15 Absatz 9 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen.“

15. § 70 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Für nähere Einzelheiten zu den Anforderungen an Verwahrstellen zur Erfüllung ihrer Pflicht, im Sinne des Absatzes 1 bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft zu handeln, wird auf Artikel 21 Buchstabe a bis c und e, Artikel 22 Absatz 5, Artikel 23 und 24 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen.“

b) In Absatz 5 Satz 2 werden nach den Wörtern „Verkauf und Leihe“ ein Semikolon und die Wörter „hinsichtlich der Weiterverwendung von als Sicherheit erhaltenen Finanzinstrumenten wird auf Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 verwiesen“ eingefügt.

16. § 72 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Für nähere Einzelheiten zu den Verwahrpflichten nach Absatz 1 wird auf die Artikel 12 bis 14 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen.“

17. Dem § 73 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Für nähere Einzelheiten zu den Pflichten einer Verwahrstelle nach Absatz 1 Nummer 3 sowie zu der Trennungspflicht nach Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c wird auf Artikel 15 Absatz 1 bis 8 und Artikel 16 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen. Für nähere Einzelheiten zu den notwendigen Schritten, die der Unterverwahrer sowie die ein Unternehmen, auf das der Unterverwahrer Verwahraufgaben nach Absatz 3 unterausgelagert hat, nach Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe d unternehmen muss, wird auf Artikel 17 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen. Für nähere Einzelheiten zu den Pflichten der Verwahrstelle zur Sicherstellung, dass der Unterverwahrer die Bedingungen nach Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe d einhält, wird auf Artikel 15 Absatz 1 bis 8, Artikel 16 und 17 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen.“

18. Dem § 74 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Für nähere Einzelheiten zu den Anforderungen an die Überwachung der Zahlungsströme des OGAW wird auf Artikel 10 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen.“

19. Dem § 76 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Für nähere Einzelheiten zu den Pflichten der Verwahrstelle nach Absatz 1 und 2 wird auf die Artikel 3 bis 8 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen.“

20. § 77 Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Für nähere Einzelheiten zu den Voraussetzungen, unter denen verwahrte Finanzinstrumente als abhandengekommen anzusehen sind, wird auf Artikel 18 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen. Für nähere Einzelheiten zu Voraussetzungen, unter denen die Verwahrstelle nach Absatz 1 Satz 3 von einer Haftung befreit ist, wird auf Artikel 19 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 verwiesen.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

21. § 82 wird wie folgt geändert:

    a) In Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe d werden nach den Wörtern „Voraussetzungen des § 70 Absatz 5 zulässig“ ein Semikolon und die Wörter „hinsichtlich der Weiterverwendung von als Sicherheit erhaltenen Finanzinstrumenten wird auf Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 sowohl für Spezial-AIF als auch für Publikums-AIF verwiesen“ eingefügt.

    b) Dem Absatz 6 wird folgender Satz angefügt:

    „Für Verwahrstellen, die Vermögenswerte von Publikums-AIF verwahren, gelten zudem § 73 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe d, Artikel 15 Absatz 1 bis 8 und die Artikel 16 und 17 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 entsprechend.“

22. § 85 wird wie folgt geändert:

    a) In Absatz 3 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und werden die Wörter „hinsichtlich der Weiterverwendung von als Sicherheit erhaltenen Finanzinstrumenten wird auf Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 sowohl für Spezial-AIF als auch für Publikums-AIF verwiesen.“ eingefügt.

    b) In Absatz 5 wird nach Satz 3 folgender Satz eingefügt:

    „Für die Anforderungen an die Verwahrstelle, die Vermögenswerte von Publikums-AIF verwahrt, zur Erfüllung ihrer Pflicht, im Sinne des Absatzes 1 bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft zu handeln, gelten Artikel 21 Buchstabe a bis c und e, Artikel 22 Absatz 5, Artikel 23 und 24 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 entsprechend.“

23. In § 93 Absatz 4 Satz 2 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt und die Wörter „hinsichtlich der Weiterverwendung von als Sicherheit erhaltenen Finanzinstrumenten wird auf Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 verwiesen.“ eingefügt.

24. § 101 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt geändert:

    a) In Nummer 6 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

    b) Folgende Nummer 7 wird angefügt:

    „7. die in Artikel 13 Absatz 2 in Verbindung mit Anhang Abschnitt A der Verordnung (EU) 2015/2365 genannten Informationen.“

25. In § 103 Satz 1 werden nach den Wörtern „Nummer 1 bis 3“ die Wörter „sowie für OGAW die in Artikel 13 Absatz 2 in Verbindung mit Anhang Abschnitt A der Verordnung (EU) 2015/2365 genannten Informationen“ eingefügt.

26. In § 121 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „Verordnung (EU) Nr. 648/2012“ die Wörter „sowie die Anforderungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ eingefügt.

27. In § 136 Absatz 3 Satz 2 werden nach der Angabe „Verordnung (EU) Nr. 648/2012“ die Wörter „sowie die Anforderungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ eingefügt.

28. In § 153 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „Satz 2“ durch die Wörter „Satz 2 und 4“ ersetzt.

29. § 165 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

    a) In Nummer 39 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

    b) Folgende Nummer 40 wird angefügt:

    „40. die in Artikel 14 der Verordnung (EU) 2015/2365 genannten Informationen.“

30. § 221 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

    „Ist es der AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft nach den Anlagebedingungen gestattet, für Rechnung des Sonstigen Investmentvermögens Anteile oder Aktien an inländischen Investmentvermögen nach Maßgabe des § 218 sowie an entsprechenden EU-AIF oder ausländischen AIF zu erwerben, gilt § 219 Absatz 2 und 3 entsprechend.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

31. In § 269 Absatz 1 wird die Angabe „27 bis 39“ durch die Angabe „27 bis 40“ ersetzt.

32. § 295 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

    a) In Satz 2 werden die Wörter „, wenn nur ein Vertrieb im Inland beabsichtigt ist“ gestrichen.

    b) Die Sätze 3 und 4 werden gestrichen.

33. § 307 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

    a) In Nummer 19 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

    b) Folgende Nummer 20 wird angefügt:

    „20. die in Artikel 14 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2015/2365 genannten Informationen.“

34. In § 340 Absatz 6 Nummer 7, 8 und 9 wird jeweils nach den Wörtern „nicht vollständig oder“ das Wort „nicht“ eingefügt.

35. § 341a wird wie folgt geändert:

    a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

        aa) In Nummer 1 wird das Wort „hat“ durch das Wort „muss“ ersetzt.

        bb) Der Nummer 2 wird das Wort „und“ angefügt.

        cc) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

        „3. wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 im Zusammenhang mit OGAW und AIF, muss die Bundesanstalt“.

    b) In Absatz 4 Satz 1 werden nach den Wörtern „Nummer 1“ die Wörter „und Nummer 3“ eingefügt.

36. Dem § 346 werden folgende Absätze 7 und 8 angefügt:

„(7) Um die Voraussetzungen für eine Immobilienteilfreistellung gemäß § 20 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Investmentsteuergesetzes für das Immobilien-Sondervermögen zu erfüllen, dürfen Immobilien-Sondervermögen, die unter Einhaltung ihrer im Zeitpunkt der Antragsstellung nach Satz 2 geltenden Anlagebedingungen mit 51 Prozent oder mehr des Wertes des Sondervermögens in ausländische Immobilien und Auslands-Immobiliengesellschaften investiert sind, ihre Anlagebedingungen mit Genehmigung der Bundesanstalt so ändern, dass sie mindestens 51 Prozent des Wertes des Sondervermögens in ausländische Immobilien und Auslands-Immobiliengesellschaften investieren müssen. Anträge nach Satz 1 müssen bis zum 1. Januar 2018 bei der Bundesanstalt eingegangen sein. § 163 Absatz 3 Satz 4 und die § 163 Absatz 3 Satz 4 entsprechende Regelung in den Anlagebedingungen des Immobilien-Sondervermögens finden in diesem Fall keine Anwendung. Absatz 1 bis 5 und § 255 Absatz 2 bis 4 gelten bei Änderungen der Anlagebedingungen nach Satz 1 auch für die Rückgaberechte nach § 163 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2. Im Übrigen gilt § 163 mit der Maßgabe, dass Absatz 2 Satz 5 und 6 keine Anwendung findet, die in Absatz 2 Satz 1 genannte Frist drei Monate ab Eingang des Genehmigungsantrags beträgt und nicht beginnt, bevor der Bundesanstalt zusätzlich folgende Unterlagen vorliegen:

1. der letzte geprüfte Jahres- oder Halbjahresbericht, der eine Angabe zum Anteil der ausländischen Immobilien und der Auslands-Immobiliengesellschaften im Sinne von § 20 Absatz 3 Satz 2 des Investmentsteuergesetzes am Wert des Sondervermögens enthalten muss, und

2. eine schriftliche Versicherung der Geschäftsleiter, dass das Immobilien-Sondervermögen im Zeitpunkt der Antragstellung zu mindestens 51 Prozent des Wertes des Investmentvermögens in ausländische Immobilien und Auslands-Immobiliengesellschaften im Sinne von § 20 Absatz 3 Satz 2 des Investmentsteuergesetzes investiert ist, einschließlich einer dies belegenden Vermögensaufstellung.

(8) Für die Genehmigung der Änderung der Anlagebedingungen, um die Voraussetzungen für eine Immobilienteilfreistellung gemäß § 20 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 Investmentsteuergesetz für das Immobilien-Sondervermögen zu erfüllen, gilt § 163 mit der Maßgabe, dass Absatz 2 Satz 5 und 6 keine Anwen-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

dung findet und die in Absatz 2 Satz 1 genannte Frist drei Monate ab Eingang des Genehmigungsantrags beträgt. Anträge nach Satz 1 müssen bis zum 1. Januar 2018 bei der Bundesanstalt eingegangen sein."

37. Nach § 358 wird folgender § 359 angefügt:

„§ 359

Übergangsvorschrift zu § 26 Absatz 7 Satz 3, § 82 Absatz 6 Satz 2 und § 85 Absatz 5 Satz 4

§ 26 Absatz 7 Satz 3, § 82 Absatz 6 Satz 2 und § 85 Absatz 5 Satz 4 in der ab dem [einsetzen: Datum des Inkrafttretens des Gesetzes] geltenden Fassung sind erst ab dem [einsetzen: Datum 6 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes] anzuwenden."

Artikel 11

Weitere Änderungen des Kapitalanlagegesetzbuchs

Das Kapitalanlagegesetzbuch vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), das zuletzt durch Artikel 10 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 5 wird der folgende Absatz 10 angefügt:

„(10) Die Bundesanstalt ist zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.06.2016, S. 1), soweit diese Verordnung Rechte und Pflichten enthält, die die Verwaltungsgesellschaften und Investmentvermögen im Sinne dieses Gesetzes betreffen. Die Bundesanstalt ist befugt, alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet und erforderlich sind, um zu überwachen, ob die Verordnung (EU) 2016/1011 und die auf ihrer Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakte und technischen Regulierungsstandards der Europäischen Kommission eingehalten werden. Insbesondere kann sie die in den Artikeln 41 und 42 der Verordnung (EU) 2016/1011 genannten Befugnisse ausüben."

2. In § 12 Absatz 6 Satz 1 Nummer 19 werden nach den Wörtern „oder die in § 39 Absatz 4c des Wertpapierhandelsgesetzes in Bezug genommen werden und auf die Verordnung (EU) 2015/2365 zurückgehen" die Wörter „sowie die in § 39 Absatz 4d des Wertpapierhandelsgesetzes in Bezug genommen werden und auf die Artikel 16, 23, 28 und 29 der Verordnung (EU) 2016/1011 zurückgehen" eingefügt.

3. In § 38 Absatz 3 Satz 2 werden nach den Wörtern „sowie die Anforderungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365" die Wörter „und nach den Artikeln 16 Absatz 1 bis 4, 23 Absatz 3 und 10 und 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011" eingefügt.

4. In § 121 Absatz 3 Satz 1 werden nach den Wörtern „sowie die Anforderungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365" die Wörter „und nach den Artikeln 16 Absatz 1 bis 4, 23 Absatz 3 und 10 und 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011" eingefügt.

5. In § 136 Absatz 3 Satz 2 werden nach den Wörtern „sowie die Anforderungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365" die Wörter „und nach den Artikeln 16 Absatz 1 bis 4, 23 Absatz 3 und 10 und 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011" eingefügt.

6. In § 165 Absatz 2 Nummer 40 werden nach den Wörtern „der Verordnung (EU) 2015/2365" die Wörter „sowie für OGAW die in Artikel 29 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011" eingefügt.

7. In § 341a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 werden nach den Wörtern „die Verordnung (EU) 2015/2365" die Wörter „und die Verordnung (EU) 2016/1011" eingefügt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Artikel 12

Weitere Änderungen des Kapitalanlagegesetzbuchs

Das Kapitalanlagegesetzbuch vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981), das zuletzt durch Artikel 11 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 19 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 6 Satz 2 werden die Wörter „§ 22 Absatz 1 und 2, § 22a Absatz 1 und 2 in Verbindung mit der Rechtsverordnung nach Absatz 6 und § 23“ durch die Wörter „§ 34 Absatz 1 und 2, § 35 Absatz 1 und 2 in Verbindung mit der Rechtsverordnung nach Absatz 6 und § 36“ ersetzt.

   b) Nummer 27 wird wie folgt gefasst:

   „27. Nicht börsennotiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, das seinen satzungsmäßigen Sitz in der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum hat und dessen Anteile nicht zum Handel auf einem geregelten Markt im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 21 der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 349; L 74 vom 18.3.2015, S. 38; L 188 vom 13.7.2016, S. 28; L 273 vom 8.10.2016, S. 35), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2016/1034 (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 8) geändert worden ist, zugelassen sind.“

   c) In den Nummern 30, 32 und 33 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc wird die Angabe „2004/39/EG“ jeweils durch die Angabe „2014/65/EU“ ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa wird die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 11“ ersetzt.

3. § 5 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 2 werden die Wörter „§§ 31 bis 31 b, 31 d und 33 bis 34a“ durch die Wörter „§§ 63 bis 68, 70, 80, 82 Absatz 1 bis 9 und 13, 83 und 84“ ersetzt.

   b) In Absatz 6 Satz 6 wird die Angabe „§ 4 Absatz 9“ durch die Angabe „§ 6 Absatz 27“ ersetzt.

4. In § 12 Absatz 6 Satz 1 Nummer 19 werden die Wörter „§ 39 Absatz 4c“ durch die Wörter „§ 120 Absatz 21“ und die Wörter „§ 39 Absatz 4d“ durch die Wörter „§ 120 Absatz 22“ ersetzt.

5. In § 24 Absatz 1 Nummer 1 und 2 wird die Angabe „2004/39/EG“ jeweils durch die Angabe „2014/65/EU“ ersetzt.

6. § 28 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

   „Die §§ 77, 78 und 80 Absatz 2 und 3 des Wertpapierhandelsgesetzes gelten entsprechend.“

7. § 38 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 3 Satz 2 werden nach den Wörtern „nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 und nach den Artikeln 16 Absatz 1 bis 4, 23 Absatz 3 und 10 und 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011“ die Wörter „sowie nach Artikel 28 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014“ eingefügt.

   b) In Absatz 4 Satz 4 und 5 wird die Angabe „§ 36“ jeweils durch die Angabe „§ 89“ ersetzt.

8. In § 39 Absatz 3 Nummer 5 werden die Wörter „§ 39 Absatz 2f“ durch die Wörter „§ 120 Absatz 10“ ersetzt.

9. § 51 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 4 und Absatz 3 Satz 4 werden jeweils die Wörter „§ 22a Absatz 3 und 5“ durch die Wörter „§ 28 Absatz 3 und 5“ ersetzt.

b) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „§ 31 Absatz 1 bis 9 und 11 sowie die §§ 31a, 31b, 31d, 33a, 34, 34a Absatz 3 und § 36“ durch die Wörter „die §§ 63 Absatz 1 bis 9 und 11, § 64 Absatz 1 und 2, § 63 und 66 bis 68, 70, 82 Absatz 1 bis 9 und 13 und § 83“ ersetzt.

c) Nach Absatz 4 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Soweit diese Zweigniederlassungen Dienst- und Nebendienstleistungen im Sinne des § 20 Absatz 2 Nummer 1, 2, 3 oder 4 erbringen, hat ein geeigneter Prüfer mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob sie die in Satz 2 genannten Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes einhalten; § 38 Absatz 4 Satz 4 bis 6 und Absatz 5 gilt entsprechend.“

10. § 54 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „§ 31 Absatz 1 bis 9 und 11 sowie die §§ 31a, 31b, 31d, 33a, 34, 34a Absatz 3 und § 36“ durch die Wörter „§§ 63 Absatz 1 bis 9 und 11, § 64 Absatz 1 und 2, § 63 und 66 bis 68, 70, 82 Absatz 1 bis 9 und 13 und § 83“ ersetzt.

b) Nach Absatz 4 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:

„Soweit diese Zweigniederlassungen Dienst- und Nebendienstleistungen im Sinne des Artikels 6 Absatz 4 der Richtlinie 2011/61/EU erbringen, hat ein geeigneter Prüfer mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob sie die in Satz 2 genannten Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes einhalten; § 38 Absatz 4 Satz 4 bis 6 und Absatz 5 gilt entsprechend.“

11. In § 72 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b wird die Angabe „2004/39/EG“ durch die Angabe „2014/65/EU“ ersetzt.

12. In § 80 Absatz 2 Nummer 2 wird die Angabe „2004/39/EG“ jeweils durch die Angabe „2014/65/EU“ ersetzt.

13. In § 120 Absatz 7 wird die Angabe „§ 37v“ durch die Angabe „§ 114“ ersetzt.

14. In § 121 Absatz 3 Satz 1 werden nach der Angabe „die Anforderungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 und nach den Artikeln 16 Absatz 1 bis 4, 23 Absatz 3 und 10 und 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011“ die Wörter „sowie nach Artikel 28 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014“ eingefügt.

15. In § 122 Absatz 1 Satz 1 und § 123 Absatz 2 Satz 1 wird jeweils die Angabe „§ 37w“ durch die Angabe „§ 115“ ersetzt.

16. In § 135 Absatz 8 Satz 1 wird die Angabe „§ 37v“ durch die Angabe „§ 114“ ersetzt.

17. In § 136 Absatz 3 Satz 2 werden nach der Angabe „die Anforderungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 und nach den Artikeln 16 Absatz 1 bis 4, 23 Absatz 3 und 10 und 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011“ die Wörter „sowie nach Artikel 28 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014“ eingefügt.

18. In § 198 Nummer 4 Buchstabe d wird die Angabe „§ 2 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ und die Angabe „2004/39/EG“ durch die Angabe „2014/65/EU“ ersetzt.

19. In § 253 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 Buchstabe b wird die Angabe „§ 2 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.

20. In § 287 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „Nummer 14 der Richtlinie 2004/39/EG“ durch die Wörter „Nummer 21 der Richtlinie 2014/65/EU“ und die Angabe „§ 2 Absatz 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.

21. In § 296 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 22a Absatz 3 bis 5“ durch die Wörter „§ 35 Absatz 3 bis 5“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

22. In § 299 Absatz 3 und 4 Satz 3 Nummer 1 werden jeweils die Wörter „§ 2 Absatz 5“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 11“ und wird jeweils die Angabe „2004/39/EG“ durch die Angabe „2014/65/EU“ ersetzt.

Artikel 13

Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes

Das Versicherungsaufsichtsgesetz vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 6 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1824) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) Nach der Angabe zu § 303 wird folgende Angabe eingefügt:
      „§ 303a Tätigkeitsverbot für natürliche Personen“.
   b) Nach der Angabe zu § 319 wird folgende Angabe eingefügt:
      „§ 319a Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2015/2365“.
   c) Nach der Angabe zu § 355 wird folgende Angabe eingefügt:
      „§ 356 Übergangsvorschrift zu § 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5“.
2. § 35 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 3 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.
   b) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
   c) Folgende Nummer 5 wird angefügt:
      „5. die Anforderungen nach Artikel 4 Absatz 1 bis 5 und Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1) in der jeweils geltenden Fassung.“
3. § 295 wird wie folgt geändert:
   a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
   b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:
      „(2) Die Aufsichtsbehörde ist zuständige Stelle nach Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 (ABl. L 60 vom 28.2.2014, S. 34; L 47 vom 20.2.2015, S. 34; L 246 vom 23.9.2015, S. 11) für die von ihr beaufsichtigten Unternehmen.“
4. § 303 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „der Verordnung (EU) Nr. 648/2012“ ein Komma und die Wörter „gegen Artikel 4 Absatz 1 bis 5 oder Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ eingefügt, sowie nach den Wörtern „Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012“ ein Komma und die Wörter „des Artikels 4 Absatz 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2015/2365“.
   b) In Absatz 2 Nummer 2 werden nach den Wörtern „der Verordnung (EU) Nr. 648/2012“ ein Komma und die Wörter „gegen Artikel 4 Absatz 1 bis 5 oder Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ eingefügt, sowie nach den Wörtern „Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012“ ein Komma und die Wörter „des Artikels 4 Absatz 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2015/2365“.
5. Nach § 303 wird folgender § 303a eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„§ 303a

Tätigkeitsverbot für natürliche Personen

In den Fällen des § 304 Absatz 3 Nummer 3 kann die Aufsichtsbehörde auch einer für den Verstoß verantwortlichen natürlichen Person, die zum Zeitpunkt des Verstoßes nicht Geschäftsleiter ist, vorübergehend für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren eine künftige Wahrnehmung von Führungsaufgaben untersagen.“

6. § 304 Absatz 3 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 1 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.

   b) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.

   c) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

      „3. das Unternehmen nachhaltig gegen Artikel 4 oder Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 oder sich auf diese Bestimmungen beziehende Anordnungen der Aufsichtsbehörde verstößt.“

7. Nach § 319 wird folgender § 319a eingefügt:

„§ 319a

Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2015/2365

(1) Die Aufsichtsbehörde macht Entscheidungen über Maßnahmen und Sanktionen, die wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 oder darauf basierende delegierte Rechtsakte erlassen wurden, auf ihrer Internetseite unverzüglich nach Unterrichtung der natürlichen oder juristischen Person, gegen die die Maßnahme oder Sanktion verhängt wurde, bekannt.

(2) In der Bekanntmachung benennt die Aufsichtsbehörde die Vorschrift, gegen die verstoßen wurde, und die für den Verstoß verantwortliche natürliche oder juristische Person oder Personenvereinigung.

(3) Ist die Bekanntmachung der Identität einer von der Entscheidung betroffenen juristischen Person oder der personenbezogenen Daten einer natürlichen Person unverhältnismäßig oder würde die Bekanntmachung laufende Ermittlungen oder die Stabilität der Finanzmärkte gefährden, so

1. schiebt die Aufsichtsbehörde die Bekanntmachung der Entscheidung auf, bis die Gründe für das Aufschieben weggefallen sind,

2. macht die Aufsichtsbehörde die Entscheidung ohne Nennung der Identität oder der personenbezogenen Daten bekannt, wenn hierdurch ein wirksamer Schutz der Identität oder der betreffenden personenbezogenen Daten gewährleistet ist oder

3. macht die Aufsichtsbehörde die Entscheidung nicht bekannt, wenn eine Bekanntmachung gemäß den Nummern 1 und 2 nicht ausreichend wäre, um sicherzustellen, dass

   a) die Stabilität der Finanzmärkte nicht gefährdet wird oder

   b) die Verhältnismäßigkeit der Bekanntmachung gewahrt bleibt.

(4) Bei nicht bestands- oder nicht rechtskräftigen Entscheidungen fügt die Aufsichtsbehörde einen entsprechenden Hinweis hinzu. Wird gegen die bekanntzumachende Entscheidung ein Rechtsbehelf eingelegt, so ergänzt die Aufsichtsbehörde die Bekanntmachung unverzüglich um einen Hinweis auf den Rechtsbehelf sowie um alle weiteren Informationen über das Ergebnis des Rechtsbehelfsverfahrens.

(5) Eine Bekanntmachung nach Absatz 1 ist fünf Jahre nach ihrer Bekanntmachung zu löschen. Abweichend von Satz 1 sind personenbezogene Daten zu löschen, sobald ihre Bekanntmachung nicht mehr erforderlich ist.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

8. § 332 wird wie folgt geändert:

   a) Nach Absatz 4e wird folgender Absatz 4f eingefügt:

   „(4f) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 337 vom 23.12.2015, S. 1) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

   1. entgegen Artikel 4 Absatz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2 und Absatz 3 oder Absatz 5, auch in Verbindung mit einem technischen Regulierungsstandard nach Artikel 4 Absatz 9 oder einem technischen Durchführungsstandard nach Artikel 4 Absatz 10, eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig vornimmt oder

   2. entgegen Artikel 4 Absatz 4 Aufzeichnungen nicht, nicht vollständig oder nicht mindestens für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt oder

   3. entgegen Artikel 15 Absatz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2, Finanzinstrumente weiterverwendet, ohne dass die dort genannten Voraussetzungen erfüllt sind.“

   b) In Absatz 5 werden nach den Wörtern „Die Ordnungswidrigkeit kann“ die Wörter „in den Fällen des Absatzes 4f mit einer Geldbuße bis zu fünf Millionen Euro,“ eingefügt.

   c) Nach Absatz 6a wird folgender Absatz 6b eingefügt:

   „(6b) Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann in den Fällen des Absatzes 4f über Absatz 5 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf

   1. in den Fällen des Absatzes 4f Nummer 1 und 2 den höheren der Beträge von fünf Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,

   2. in den Fällen des Absatzes 4f Nummer 3 den höheren der Beträge von fünfzehn Millionen Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorangegangenen Geschäftsjahr erzielt hat,

   nicht überschreiten.“

   d) Absatz 7 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

   „Über die in den Absätzen 5, 6 und 6b genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit in den Fällen des Absatzes 4d mit einer Geldbuße bis zum Zweifachen, in den Fällen des Absatzes 4f mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden.“

   e) In Absatz 8 Satz 1 werden die Wörter „des Absatzes 6 und 6a“ durch die Wörter „der Absätze 6, 6a und 6b“ ersetzt.

   f) Absatz 9 wird wie folgt geändert:

   aa) In Satz 1 werden die Wörter „Absatz 4d und 4e“ durch die Wörter „den Absätzen 4d, 4e und 4f“ ersetzt.

   bb) In Satz 3 werden die Wörter „Absatz 4d und 4e“ durch die Wörter „den Absätzen 4d, 4e und 4f“ ersetzt.

9. Nach § 355 wird folgender § 356 eingefügt:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„§ 356

Übergangsvorschrift zu § 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5

§ 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 ist erstmals auf die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 2017 beginnt."

Artikel 14

Weitere Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes

Das Versicherungsaufsichtsgesetz vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434), das zuletzt durch Artikel 13 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
   a) Nach der Angabe zu § 308b wird folgende Angabe eingefügt:
      „§ 308c Befugnisse und Maßnahmen gegen beaufsichtigte Kontributoren und Verwender von Indizes im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011".
   b) Die Angabe zu § 319a wird wie folgt gefasst:
      „§ 319a Bekanntmachung von Maßnahmen und Sanktionen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 oder die Verordnung (EU) 2016/1011".
   c) Die Angabe zu § 356 wird wie folgt gefasst:
      „§ 356 Übergangsvorschrift zu § 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 und 6".
2. § 35 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 4 wird das Wort „und" am Ende durch ein Komma ersetzt.
   b) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und" ersetzt.
   c) Folgende Nummer 6 wird angefügt:
      „6. die Anforderungen nach Artikel 16 Absatz 1 bis 4, Artikel 23 Absatz 3 Satz 1, Absatz 5, 6 und 10, Artikel 28 Absatz 2 sowie Artikel 29 der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.6.2016, S. 1)."
3. § 295 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
   a) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
   b) Folgende Nummer 3 wird angefügt:
      „3. zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011 in der jeweils geltenden Fassung, für die in den Geltungsbereich der Verordnung (EU) 2016/1011 einbezogenen Unternehmen."
4. § 303 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „oder Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365" ein Komma und die Wörter „gegen Artikel 16 Absatz 1 bis 4, Artikel 23 Absatz 3 Satz 1, Absatz 5, 6 oder 10, Artikel 28 Absatz 2 oder Artikel 29 der Verordnung (EU) 2016/1011" eingefügt, sowie nach den Wörtern „Artikels 4 Absatz 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2015/2365" ein Komma und die Wörter „der Verordnung (EU) 2016/1011".

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

b) In Absatz 2 Nummer 2 werden nach den Wörtern „oder Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365“ ein Komma und die Wörter „gegen Artikel 16 Absatz 1 bis 4, Artikel 23 Absatz 3 Satz 1, Absatz 5, 6 oder 10, Artikel 28 Absatz 2 oder Artikel 29 der Verordnung (EU) 2016/1011“ eingefügt, sowie nach den Wörtern „des Artikels 4 Absatz 1 bis 5 der Verordnung (EU) 2015/2365“ ein Komma und die Wörter „der Verordnung (EU) 2016/1011“.

5. Nach § 308b wird folgender § 308c eingefügt:

„§ 308c

Befugnisse und Maßnahmen gegen beaufsichtigte Kontributoren und Verwender von Indizes im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011

(1) Die Aufsichtsbehörde kann Personen, die an der Bereitstellung eines Referenzwerts im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011 beteiligt sind oder dazu beitragen, laden und vernehmen, soweit dies auf Grund von Anhaltspunkten für die Überwachung der Einhaltung eines Verbots oder Gebots der Verordnung (EU) 2016/1011 erforderlich ist. Gesetzliche Auskunfts- oder Aussageverweigerungsrechte sowie gesetzliche Verschwiegenheitspflichten bleiben unberührt.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann von beaufsichtigten Unternehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 der Verordnung (EU) 2016/1011 die Herausgabe von in deren Besitz befindlichen, bereits existierenden

1. Aufzeichnungen von Telefongesprächen,
2. elektronischen Mitteilungen oder
3. Verkehrsdaten im Sinne des § 3 Nummer 30 des Telekommunikationsgesetzes

verlangen, soweit dies auf Grund von Anhaltspunkten für die Überwachung der Einhaltung eines Verbots oder Gebots nach Artikel 16 Absatz 1 bis 4, Artikel 23 Absatz 3 Satz 1, Absatz 5, 6 und 10, 28 Absatz 2 und 29 der Verordnung (EU) 2016/1011 erforderlich ist. Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 des Grundgesetzes werden insoweit eingeschränkt.

(3) Im Falle eines Verstoßes gegen Vorschriften der Verordnung (EU) 2016/1011 sowie gegen auf deren Grundlage erlassene delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte der Europäischen Kommission kann die Aufsichtsbehörde zur Verhinderung weiterer Verstöße für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Einstellung der den Verstoß begründenden Handlungen oder Verhaltensweisen verlangen.

(4) Die Aufsichtsbehörde kann die Beschlagnahme von Vermögenswerten beantragen, soweit dies zur Durchsetzung der Verbote und Gebote der Verordnung (EU) 2016/1011 geboten ist. Maßnahmen nach Satz 1 sind durch den Richter anzuordnen. Zuständig ist das Amtsgericht Frankfurt am Main. Gegen eine richterliche Entscheidung ist die Beschwerde zulässig; die §§ 306 bis 310 und 311a der Strafprozessordnung geltend entsprechend.

(5) Die Aufsichtsbehörde kann Anordnungen treffen, die zur Durchsetzung der Verbote und Gebote der Verordnung (EU) 2016/1011 sowie der auf deren Grundlage erlassenen delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtakte der Europäischen Kommission geeignet und erforderlich sind. Insbesondere kann sie

1. von Kontributoren, die an Spotmärkten tätig sind und dabei Daten zur Erstellung eines Rohstoff-Referenzwertes bereitstellen, Auskünfte und die Meldung von Geschäften verlangen, soweit dies zur Überwachung der Einhaltung der Gebote und Verbote der Verordnung (EU) 2016/1011 in Bezug auf diese Rohstoff-Referenzwerte erforderlich ist;
2. bei einem Verstoß gegen die Artikel 16, 23 Absatz 3 Satz 1, Absatz 5, 6 und 10, Artikel 28 Absatz 2 und 29 der Verordnung (EU) 2016/1011 oder gegen eine Anordnung der Aufsichtsbehörde, die im Zusammenhang mit einer Untersuchung betreffend die Einhaltung der Pflichten nach dieser Verordnung gemäß Absatz 1 oder 2 ergangen und vollziehbar ist,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

a) von einem beaufsichtigten Unternehmen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 dieser Verordnung eine dauerhafte Einstellung der den Verstoß begründenden Handlungen oder Verhaltensweisen sowie eine Verhinderung von deren Wiederholung verlangen;

b) bezüglich eines beaufsichtigten Unternehmens im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 dieser Verordnung eine Warnung unter Nennung der natürlichen oder juristischen Person oder der Personenvereinigung, die den Verstoß begangen hat, sowie der Art des Verstoßes veröffentlichen; § 319a Absatz 3 und 5 gelten entsprechend;

c) einer Person für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren die Wahrnehmung von Führungsaufgaben bei einem Administrator oder beaufsichtigten Kontributor untersagen, wenn diese den Verstoß vorsätzlich begangen hat und das Verhalten trotz Verwarnung durch die Aufsichtsbehörde fortsetzt.“

6. § 319a wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden nach der Angabe „Verordnung (EU) 2015/2365“ die Wörter „oder die Verordnung (EU) 2016/1011“ angefügt.

b) In Absatz 1 werden nach der Angabe „Verordnung (EU) 2015/2365 oder“ das Wort „darauf“ gestrichen und die Wörter „die Verordnung (EU) 2016/1011 oder auf diesen Verordnungen“ eingefügt.

7. § 332 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 4f wird folgender Absatz 4g eingefügt:

„(4g) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 171 vom 29.06.2016, S. 1; L 306 vom 15.11.2016, S. 43) verstößt, indem er vorsätzlich oder leichtfertig

1. entgegen Artikel 16 Absatz 1 als beaufsichtigter Kontributor die dort genannten Anforderungen an die Unternehmensführung und Kontrolle nicht erfüllt,

2. entgegen Artikel 16 Absatz 2 oder Absatz 3 als beaufsichtigter Kontributor nicht über wirksame Systeme, Kontrollen und Strategien zur Wahrung der Integrität und Zuverlässigkeit aller Beiträge von Eingabedaten oder Expertenschätzungen nach Absatz 3 für den Administrator verfügt,

3. entgegen Artikel 16 Absatz 3 Satz 1 als beaufsichtigter Kontributor Aufzeichnungen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt,

4. entgegen Artikel 16 Absatz 4 als beaufsichtigter Kontributor bei der Prüfung und Beaufsichtigung der Bereitstellung eines Referenzwertes Informationen oder Aufzeichnungen nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt oder nicht uneingeschränkt mit dem Administrator und der Aufsichtsbehörde zusammenarbeitet,

5. entgegen Artikel 23 Absatz 3 Satz 1 als beaufsichtigter Kontributor eine Benachrichtigung nicht, nicht richtig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig dem Administrator mitteilt,

6. einer ergangenen und vollziehbaren Anordnung der Aufsichtsbehörde als Kontributor nach Artikel 23 Absatz 5, als beaufsichtigtes Unternehmen nach Absatz 6 oder als beaufsichtigter Kontributor nach Absatz 10 zuwiderhandelt,

7. entgegen Artikel 28 Absatz 2 als beaufsichtigtes Unternehmen einen den dort genannten Anforderungen genügenden Plan nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise aufstellt, nicht aktualisiert, der Aufsichtsbehörde nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder sich daran nicht orientiert,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

8. entgegen Artikel 29 Absatz 1 als beaufsichtigtes Unternehmen einen Referenzwert verwendet, der die dort genannten Anforderungen nicht erfüllt oder

9. entgegen Artikel 29 Absatz 2 nicht sicherstellt, dass ein Prospekt die dort genannten Informationen enthält.“

b) In Absatz 5 werden nach den Wörtern „des Absatzes 1 Nummer 2 Buchstabe b“ das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach den Wörtern „des Absatzes 2 Nummer 3“ die Wörter „und des Absatzes 4g“ eingefügt.

c) Nach Absatz 6b wird folgender Absatz 6c eingefügt:

„(6c) Gegenüber einer juristischen Person oder Personenvereinigung kann in den Fällen des Absatzes 4g über Absatz 5 hinaus eine höhere Geldbuße verhängt werden; diese darf den höheren der Beträge von einer Million Euro und 10 Prozent des Gesamtumsatzes, den die juristische Person oder Personenvereinigung im der Behördenentscheidung vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielt hat, nicht überschreiten.“

d) Absatz 7 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Über die in den Absätzen 5, 6, 6b und 6c genannten Beträge hinaus kann die Ordnungswidrigkeit in den Fällen des Absatzes 4d mit einer Geldbuße bis zum Zweifachen, in den Fällen des Absatzes 4f und 4g mit einer Geldbuße bis zum Dreifachen des aus dem Verstoß gezogenen wirtschaftlichen Vorteils geahndet werden.“

e) In Absatz 8 Satz 1 werden die Wörter „Absatzes 6, 6a und 6b“ durch die Wörter „Absatzes 6, 6a, 6b und 6c“ ersetzt.

f) Absatz 9 wird wie folgt gefasst:

aa) In Satz 1 werden die Wörter „den Absätzen 4d, 4e und 4f“ durch die Wörter „den Absätzen 4d, 4e, 4f und 4g“ ersetzt.

bb) In Satz 3 werden die Wörter „den Absätzen 4d, 4e und 4f“ durch die Wörter „den Absätzen 4d, 4e, 4f und 4g“ ersetzt.

8. § 356 wird wie folgt gefasst:

„§ 356

Übergangsvorschrift zu § 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 und 6

§ 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 und 6 ist erstmals auf die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 2017 beginnt.“

Artikel 15

Weitere Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes

Das Versicherungsaufsichtsgesetz vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434), das zuletzt durch Artikel 14 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 356 wie folgt gefasst:

„§ 356 Übergangsvorschrift zu § 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, 6 und 7“.

2. § 7 Nummer 3 zweiter Teilsatz wird wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„bei der Berechnung des Anteils der Stimmrechte sind § 33 Absatz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 5, § 34 Absatz 1 und 2, § 35 Absatz 1 bis 3 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 6 sowie § 36 des Wertpapierhandelsgesetzes entsprechend anzuwenden;“.

3. § 35 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 5 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.

   b) In Nummer 6 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.

   c) Folgende Nummer 7 wird angefügt:

      „7. die Anforderungen nach Artikel 28 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 84; L 6 vom 10.1.2015, S. 6; L 270 vom 15.10.2015, S. 4).“

4. § 356 wird wie folgt gefasst:

„§ 356

Übergangsvorschrift zu § 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, 6 und 7

§ 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, 6 und 7 ist erstmals auf die Abschlussprüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr anzuwenden, das nach dem 31. Dezember 2017 beginnt.“

Artikel 16

Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes

Das Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz vom 22. April 2002 (BGBl. I S. 1310), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4d Absatz 9 Satz 1 wird vor den Wörtern „zur Konkretisierung“ das Komma gestrichen und werden die Wörter „sowie gegen sonstige Gesetze, Rechtsverordnungen, Allgemeinverfügungen und sonstige Vorschriften sowie Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union nach Absatz 1,“ eingefügt.

2. In § 15 Absatz 1 Nummer 2 wird die Angabe „§ 35 Abs. 1 oder § 36 Abs. 4“ durch die Wörter „§ 88 Absatz 1 oder § 89 Absatz 5“ ersetzt.

3. § 16e wird wie folgt geändert:

   a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 4 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

      bb) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

         „5. Gruppe Datenbereitstellungsdienstleister: Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten mit einer Erlaubnis zum Erbringen von Datenbereitstellungsdiensten nach § 32 Absatz 1f des Kreditwesengesetzes, soweit ihnen keine Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften oder zur Erbringung von Finanzdienstleistungen erteilt ist und sie nach dem Kreditwesengesetz beaufsichtigt werden.“

   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

      aa) In Nummer 1 werden die Wörter „§ 2 Absatz 1 Nummer 1, 3 und 3a, 3c bis 6 und 7 bis 12“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 1b, 3 und 3a, 3c bis 7 und 9 bis 14“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

bb) In Nummer 2 werden die Wörter „§ 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1, 3 bis 5, 5b bis 20 und“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 1, 1a, 3 bis 5, 5b bis 8, 10, 12, 15 bis 22 und“ ersetzt.

cc) In Nummer 3 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Wörter „Absatz 4 und 5“ ersetzt.

4. § 16f Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

b) Nach Nummer 2 wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. in der Gruppe Datenbereitstellungsdienstleister nach dem Verhältnis zwischen der Anzahl der angefangenen Monate, in denen der einzelne Umlagepflichtige umlagepflichtig war, zur Gesamtzahl der angefangenen Monate eines jeden Umlagepflichtigen der Gruppe, in denen dieser jeweils im Umlagejahr umlagepflichtig war.“

5. In § 16g Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb wird die Angabe „1b oder 4“ durch die Angabe „1b, 1d oder 4“ ersetzt.

6. § 16i wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 10“ und werden die Wörter „Absatz 3 Satz 3“ durch die Wörter „Absatz 8 Satz 7“ ersetzt und wird das Wort „sowie“ am Ende gestrichen.

bb) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

cc) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

„3. Gruppe Datenbereitstellungsdienstleister: Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten mit einer Erlaubnis oder einer Fiktion der Erlaubnis zum Erbringen von Datenbereitstellungsdiensten nach § 32 Absatz 1f des Kreditwesengesetzes, soweit sie nach dem Wertpapierhandelsgesetz beaufsichtigt werden.“

dd) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Der Bund und die Länder sind keine Emittenten im Sinne von Satz 1 Nummer 2.“

b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Umlagepflicht in den Gruppen Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Anlageverwalter sowie Datenbereitstellungsdienstleister besteht mit Erteilung oder Fiktion der Erlaubnis zum Erbringen einer oder mehrerer Wertpapierdienstleistungen, mit Erteilung der Erlaubnis zum Erbringen der Dienstleistung Anlageverwaltung oder mit Erteilung oder Fiktion der Erlaubnis zum Erbringen von Datenbereitstellungsdiensten.“

7. § 16j wird wie folgt geändert:

a) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Für Umlagepflichtige der Gruppe Emittenten ist der Umlagebetrag nach den Umsätzen von Wertpapieren der Umlagepflichtigen zu bemessen, die an den inländischen Handelsplätzen im Sinne von § 2 Absatz 22 des Wertpapierhandelsgesetzes in einem Umlagejahr angefallen sind. Wertpapiere im Sinne von Satz 1 sind Wertpapiere im Sinne von § 2 Absatz 1 des Wertpapierhandelsgesetzes, die an einer inländischen Börse zum Handel zugelassen oder in den Freiverkehr einbezogen sind. Bei der Bemessung des Umlagebetrages ist vorbehaltlich der Regelungen des Absatzes 6 die Höhe der von den inländischen Handelsplätzen nach Satz 4 an die Bundesanstalt gemeldeten Umsätze für den einzelnen Umlagepflichtigen in das Verhältnis zum Gesamtbetrag der für alle Umlagepflichtigen gemeldeten Umsätze zu setzen. Die Handelsplätze haben der Bundesanstalt zur Festsetzung der Umlage und der Umlagevorauszahlung über die Umsätze nach Satz 1 Auskunft zu erteilen und Unterlagen vorzulegen. Die Bundesanstalt kann von den Emittenten Auskunft und die Vorlage von Unterlagen verlangen, soweit dies zur Festsetzung der Umlage und der Umlagevorauszahlung erforderlich ist.“

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

b) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 5a eingefügt:

„(5a) Auf die Bemessung der Umlagebeträge in der Gruppe Datenbereitstellungsdienstleister ist § 16f Absatz 1 Nummer 3 entsprechend anzuwenden.“

c) In Absatz 6 werden die Wörter „des Aufsichtsbereichs Wertpapierhandel“ durch die Wörter „der Gruppe Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Anlageverwaltung sowie der Gruppe Emittenten“ ersetzt.

d) In Absatz 7 Satz 1 werden nach den Wörtern „nach Absatz 2“ die Wörter „sowie die Umsätze nach Absatz 5“ und nach den Wörtern „zu übermitteln sind“ die Wörter „und wie sich die Umsätze nach Absatz 5 bestimmen“ eingefügt.

8. In § 17a Satz 1 und § 17b Satz 1 wird jeweils die Angabe „Abschnitt 11“ durch die Angabe „Abschnitt 16“ ersetzt.

9. § 17c wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 37p Abs. 1 Satz 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 108 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1“ und wird die Angabe „§ 37n“ durch die Angabe „§ 106“ ersetzt.

b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 37p Abs. 1 Satz 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 108 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1“ ersetzt.

c) In Satz 3 wird die Angabe „§ 37o Abs. 3“ durch die Angabe „§ 107 Absatz 4“ ersetzt.

10. In § 17d Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 2 Absatz 6“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 13“ ersetzt.

11. Dem § 23 wird folgender Absatz 10 angefügt:

„(10) § 16e Absatz 1 und 3, § 16f Absatz 1, § 16g Absatz 1, § 16i Absatz 1 und 2, § 16j Absatz 5 bis 7 sind erstmals auf das Umlagejahr 2018 anzuwenden.“

Artikel 17

Änderung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes

Das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz vom 21. Juli 2011 (BGBl. I S. 1475), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 27 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, wird wie folgt geändert.

1. § 7 Absatz 5 wird aufgehoben.

2. § 8 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Wörter „§ 2a Absatz 1 Nummer 9“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 1 Nummer 8“ ersetzt.

b) Satz 2 wird aufgehoben.

c) In Satz 4 werden die Wörter „Satz 3“ durch „Satz 2“ ersetzt.

3. In § 16 Absatz 2 werden die Wörter „ Absatz 3 bis 5“ durch „Absatz 3 und 4“ ersetzt.

Artikel 18

Änderung der WpÜG-Angebotsverordnung

Die WpÜG-Angebotsverordnung vom 27. Dezember 2001 (BGBl. I S. 4263), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. In § 2 Nummer 5 wird die Angabe „§§ 25 und 25a“ durch die Angabe „§§ 38 und 39“ ersetzt.
2. In § 5 Absatz 3 werden die Wörter „nach § 9 des Wertpapierhandelsgesetzes als börslich gemeldeten Geschäfte.“ durch die Wörter „Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 oder von einer zentralen Gegenpartei nach § 22 Absatz 3 des Wertpapierhandelsgesetzes als an einem organisierten Markt getätigt gemeldeten oder übermittelten Geschäfte.“ ersetzt.
3. Nach § 12 wird folgender § 12a eingefügt:

„§ 12a

Übergangsvorschriften

Soweit der nach § 5 oder der nach § 39 Absatz 3 des Börsengesetzes maßgebliche Zeitraum teilweise oder vollständig in die Zeit vor dem 3. Januar 2018 fällt, sind für diesen Zeitraum die nach § 9 des Wertpapierhandelsgesetzes in der bis zum 3. Januar 2018 geltenden Fassung als börslich gemeldeten Geschäfte zu berücksichtigen.“

Artikel 19

Änderung der KWG-Vermittlerverordnung

Die KWG-Vermittlerverordnung vom 4. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2785) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird die Angabe „6“ durch die Angabe „5“ ersetzt.
2. In § 4 Absatz 1 Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „6“ durch die Angabe „5“ ersetzt.
3. In § 6 wird die Angabe „6“ durch die Angabe „5“ ersetzt.

Artikel 20

Änderung der Gewerbeordnung

§ 34g Absatz 1 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. November 2016 (BGBl. I S. 2500) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 2 Nummer 3 wird das Wort „Beratungsprotokolle“ durch das Wort „Geeignetheitserklärungen“ ersetzt.
2. In Satz 3 wird die Angabe „Abschnitt 6“ durch die Angabe „Abschnitt 11“ ersetzt.

Artikel 21

Änderung der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Die Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 13. Dezember 2002 (BGBl. 2003 I S. 3), die zuletzt durch Artikel 4 Absatz 78 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

„1. Rechtsverordnungen nach Maßgabe des § 3 Absatz 4 Satz 1, § 32 Absatz 6 Satz 1, des § 53 Absatz 4 Satz 1, des § 57 Absatz 6 Satz 1, des § 62 Absatz 2 Satz 1, des § 76 Absatz 4 Satz 1, des § 83 Absatz 10 Satz 1, des § 84 Absatz 10 Satz 1, des § 87 Absatz 9 Satz 1, des § 89 Absatz 6 Satz 1, des § 93 Absatz 5 und des § 102 Absatz 1 Satz 3 des Wertpapierhandelsgesetzes,“.

2. In § 1 Nummer 7 werden die Wörter „Rechtsverordnungen nach § 27 Abs. 5 Satz 1 und § 28 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Wertpapierprospektgesetzes“ durch die Wörter „Rechtsverordnungen nach Maßgabe des § 33 Absatz 2 Satz 1 des Wertpapierprospektgesetzes“ ersetzt.

Artikel 22

Änderung der Marktmanipulations-Verstoßmeldeverordnung

Die Marktmanipulations-Verstoßmeldeverordnung vom 2. Juli 2016 (BGBl. I S. 1572), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift der Verordnung wird wie folgt gefasst:

„Verordnung zur Meldung von Verstößen bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
(BaFin-Verstoßmeldeverordnung – BaFinVerstMeldV“.

2. § 1 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Verstoßmeldungen im Sinne dieser Verordnung sind Meldungen nach § 4d des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes über tatsächliche oder mögliche Verstöße gegen Gesetze, Rechtsverordnungen, Allgemeinverfügungen und sonstige Vorschriften sowie Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union, bei denen es die Aufgabe der Bundesanstalt ist, deren Einhaltung durch die von ihr beaufsichtigten Unternehmen und Personen sicherzustellen oder Verstöße dagegen zu ahnden.“

Artikel 23

Änderung des Kleinanlegerschutzgesetzes

Artikel 3 Nummer 7 und Artikel 7 des Kleinanlegerschutzgesetzes vom 3. Juli 2015 (BGBl. I S. 1114), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 1. Juli 2016 (BGBl. I S. 1514) geändert worden ist, werden aufgehoben.

Artikel 24

Folgeänderungen

(1) In § 1 Absatz 2 Nummer 3 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes vom 19. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2182), das zuletzt durch Artikel 16 Absatz 1 des Gesetzes vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 15“ durch die Angabe „§ 26“ ersetzt.

(2) In § 1 Absatz 3 Nummer 3 der Klageregisterverordnung vom 14. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2694), die zuletzt durch Artikel 16 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 15“ durch die Angabe „§ 26“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(3) In § 340 Absatz 1 der Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), die zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2010) geändert worden ist, wird die Angabe „Abs. 5“ durch die Angabe „Absatz 11“ ersetzt.

(4) In § 50 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Gerichtskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2014 (BGBl. I S. 154), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2222) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 37u Absatz 1“ durch die Angabe „§ 113 Absatz 1“ ersetzt.

(5) In § 2 Absatz 2 Nummer 7 des Unterlassungsklagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2002 (BGBl. I S. 3422, 4346), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) geändert worden ist, wird die Angabe „Abschnitt 6“ durch die Angabe „Abschnitt 11“ ersetzt.

(6) Das Handelsgesetzbuch in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 4100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2016 (BGBl. I S. 1578) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 8b wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 2 Nummer 9 wird die Angabe „§§ 2c, 15 Abs. 1 und 2, § 26 Abs. 1, §§ 26a, 29a Abs. 2, §§ 30e, 30f Abs. 2, § 37v Abs. 1 bis § 37x Absatz 2, §§ 37y, 37z Abs. 4 und § 41“ durch die Angaben „§§ 5, 26 Absatz 1 und 2, § 40 Absatz 1, §§ 41, 46 Absatz 2, §§ 50, 51 Absatz 2, § 114 Absatz 1 bis 116 Absatz 2, §§ 117, 118 Absatz 4 und 127“ ersetzt.
   b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 3 wird die Angabe „§§ 2c, 15 Abs. 1 und 2, § 26 Abs. 1, §§ 26a, 29a Abs. 2, §§ 30e, 30f Abs. 2, § 37v Abs. 1 bis § 37x Absatz 2, §§ 37y, 37z Abs. 4 und § 41“ durch die Wörter „§§ 5, 26 Absatz 1 und 2, § 40 Absatz 1, §§ 41, 46 Absatz 2, §§ 50, 51 Absatz 2, § 114 Absatz 1 bis 116 Absatz 2, §§ 117, 118 Absatz 4 und 127“ ersetzt.
      bb) In Satz 5 werden die Wörter „§ 4 Abs. 3 Satz 1 und 3, Abs. 7, 9 und 10, § 7 und § 8“ durch die Wörter „§ 6 Absatz 3 Satz 1 und 3, Absatz 15 und 16, § 13, § 18 und § 21“ ersetzt.
2. In § 264 Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 2 Absatz 7“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 14“ ersetzt.
3. In § 264d wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.
4. In § 289a Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ und die Angabe „§ 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 8“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 8 Satz 1 Nummer 8“ ersetzt.
5. In § 291 Absatz 3 Nummer 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt
6. In § 297 Absatz 2 Satz 4 wird die Angabe „§ 2 Abs. 7“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 14“ ersetzt.
7. In § 315a Absatz 2 wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.
8. In § 324 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.

(7) In § 10 der Börsenzulassungs-Verordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2832), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 43 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird die Angabe „Abs. 5“ durch die Angabe „Absatz 11“ ersetzt.

(8) In § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 Buchstabe c und in § 12 Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe c der Vermögensanlagen-Verkaufsprospektverordnung vom 16. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3464), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. August 2015 (BGBl. I S. 1434) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 38“ jeweils durch die Angabe „§ 119“ ersetzt.

(9) Die Marktzugangsangabenverordnung vom 30. September 2004 (BGBl. I S. 2576), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 24. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2498) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird die Angabe „§ 37i“ durch die Angabe „§ 102“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. In § 1 und der Überschrift zu Abschnitt 2 wird die Angabe „§ 37i“ jeweils durch die Angabe „§ 102“ ersetzt.

3. In § 9 wird die Angabe „§ 37i Abs. 1“ durch die Angabe „§ 102 Absatz 1“ ersetzt.

(10) Die Transparenzrichtlinie-Durchführungsverordnung vom 13. März 2008 (BGBl. I S. 408), die zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2029) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 22a“ durch die Angabe „§ 35“ ersetzt.

   b) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 23 Abs. 4“ durch die Angabe „§ 36 Absatz 5“ ersetzt.

   c) In Nummer 3 wird die Angabe „§ 37w Abs. 1 Satz 1“ durch die Angabe „§ 115 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.

   d) In Nummer 5 wird die Angabe „§ 22a Absatz 3 Nummer 1“ durch die Angabe „§ 35 Absatz 3 Nummer 1“ ersetzt.

   e) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

      „6. die Gleichwertigkeit der Regeln eines Drittstaates zu den Anforderungen des § 35 Absatz 4, des § 40 Absatz 1, der §§ 41, 48, 49 und 50 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 sowie der §§ 114 bis 117 des Wertpapierhandelsgesetzes.“

2. In § 2 Absatz 1 Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 22a“ durch die Angabe „§ 35“ ersetzt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 wird die Angabe „§ 22a“ durch die Angabe „§ 35“ ersetzt.

   b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 22a“ durch die Angabe „§ 35“ ersetzt.

4. In § 4 Absatz 1 wird die Angabe „§ 25“ durch die Angabe „§ 38“ ersetzt.

5. § 5 wird wie folgt geändert:

   a) In Satz 1 wird die Angabe „§ 29a Abs. 1“ durch die Angabe „§ 46 Absatz 1“ und die Angabe „§ 26 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 40 Absatz 1“ ersetzt.

   b) In Satz 2 wird die Angabe „§ 21 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 33 Absatz 1“ ersetzt.

6. In § 6 Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 29a Abs. 1“ durch die Angabe „§ 46 Absatz 1“ und die Angabe „§ 26 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 40 Absatz 1“ ersetzt.

7. In § 7 wird die Angabe „§ 29a Abs. 1“ durch die Angabe „§ 46 Absatz 1“ und die Angabe „§ 26“ durch die Angabe „§ 40“ ersetzt.

8. § 8 wird wie folgt geändert

   a) In der Überschrift wird die Angabe „§ 22“ die Angabe durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.

   b) In Absatz 1 Satzteil vor Nummer 1 und Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 22a“ jeweils durch die Angabe „§ 35“ ersetzt.

9. In § 9 wird die Angabe „§ 30f Abs. 1“ durch die Angabe „§ 51 Absatz 1“ und werden die Wörter „§ 30b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 49 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

10. In § 12 wird die Angabe „§ 37v Abs. 2 Nr. 2“ durch die Wörter „§ 114 Absatz 2 Nummer 2“ ersetzt.

11. In § 13 wird die Angabe „§ 37w Abs. 2 Nr. 2, Abs. 4“ durch die Wörter „§ 115 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 4“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

12. In § 14 wird die Angabe „§ 37v Abs. 2 Nr. 3“ durch die Wörter „§ 114 Absatz 2 Nummer 3“ und die Angabe „§ 37w Abs. 2 Nr. 3“ durch die Wörter „§ 115 Absatz 2 Nummer 3“ ersetzt.

13. In § 16 wird die Angabe „§ 37y Nr. 1“ durch die Angabe „§ 117 Nummer 1“ ersetzt.

14. In § 17 wird die Angabe „§ 37v Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 114 Absatz 2 Nummer 1“ ersetzt.

15. In § 19 Absatz 2 wird die Angabe „§ 25“ durch die Angabe „§ 38“ ersetzt.

(11) In § 14 Absatz 2 Satz 1 der Netto-Leerverkaufspositionsverordnung vom 17. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2699), die durch Artikel 193 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 30h“ durch die Angabe „§ 53“ ersetzt.

(12) Die Gegenpartei-Prüfbescheinigungsverordnung vom 19. März 2014 (BGBl. I S. 266) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 2 sowie in Absatz 2 Nummer 3 wird die Angabe „§ 20“ jeweils durch die Angabe „§ 32“ ersetzt.

2. In § 3 Absatz 3 Nummer 2 bis 4 wird die Angabe „§ 19“ jeweils durch die Angabe „§ 31“ ersetzt.

(13) Das Wertpapierprospektgesetz vom 22. Juni 2005 (BGBl. I S. 1698), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 52 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Nummer 6 Buchstabe a wird die Angabe „§ 31a Absatz 2 oder 4“ durch die Angabe „§ 67 Absatz 2 oder 4“, die Angabe „§ 31a Absatz 5 Satz 1 oder Absatz 7“ durch die Angabe „§ 67 Absatz 6“ und die Angabe „§ 31a Absatz 6 Satz 5“ durch die Angabe „§ 67 Absatz 5 Satz 5“ ersetzt.

2. § 11 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„2. deren Veröffentlichung der Bundesanstalt nach § 4 Absatz 1, § 26 Absatz 1 oder Absatz 2, § 40 Absatz 2, den §§ 41, 46 Absatz 2, § 50 Absatz 1, § 51 Absatz 2 des Wertpapierhandelsgesetzes, jeweils auch in Verbindung mit der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung, mitgeteilt worden ist, oder

3. deren öffentliches Zurverfügungstellen der Bundesanstalt nach § 114 Absatz 1, § 115 Absatz 1, § 116 Absatz 2, § 117 oder § 118 des Wertpapierhandelsgesetzes, jeweils auch in Verbindung mit der Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung, mitgeteilt worden ist.“

3. In § 32 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 10“ und die Angabe „§ 31a“ durch die Angabe „§ 67“ ersetz.

(14) Das Vermögensanlagengesetz vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2481), das durch Artikel 4 Absatz 54 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 18 Absatz 2 wird die Angabe „§ 4b“ durch die Angabe „§ 15“ ersetzt.

2. § 24 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 5 Satz 4 und 5 wird jeweils die Angabe „§ 37o“ durch die Angabe „§ 107“ ersetzt.

b) In Absatz 6 Satz 5 werden die Wörter „§ 4 Absatz 4 Satz 2“ durch die Wörter „§ 6 Absatz 11 Satz 2“ ersetzt.

(15) In § 63 Absatz 2 Satz 6 des Umwandlungsgesetzes vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3210; 1995 I S. 428), das zuletzt durch Artikel 22 des Gesetzes vom 24. April 2015 (BGBl. I S. 642) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 37w“ durch die Angabe „§ 115“ ersetzt.

(16) Das Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Absatz 8 und in § 21 Absatz 5 wird jeweils die Angabe „§ 21 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 33 Absatz 4“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

2. In § 33a Absatz 1 Nummer 1 werden die Wörter „§ 2 Absatz 1 und 1a“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 1 und 2“ ersetzt und die Angabe „§ 2 Abs. 5“ wird durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.

3. § 135 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 2 Satz 5 wird die Angabe „§ 21“ durch die Angabe „§ 33“ ersetzt.

   b) In Absatz 3 Satz 4 werden die Wörter „§ 22a Absatz 3 bis 6“ durch die Wörter „§ 35 Absatz 3 bis 6“ ersetzt.

4. In § 160 Absatz 1 Nummer 8 werden die Wörter „§ 21 Abs. 1 oder Abs. 1a“ durch die Wörter „§ 33 Absatz 1 oder Absatz 2“ ersetzt und die Angabe „§ 26 Abs. 1“ wird durch die Angabe „§ 40 Absatz 1“ ersetzt.

5. In § 161 Satz 2 wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt und die Angabe „§ 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 8“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 8 Satz 1 Nummer 8“.

(17) Das Luftverkehrsnachweissicherungsgesetz vom 5. Juni 1997 (BGBl. I S. 1322), das zuletzt durch Artikel 16 Absatz 10 des Gesetzes vom 30. Juni 2016 (BGBl. I S. 1514) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 1 Nummer 3, § 4 Absatz 3 und § 5 Absatz 2 Nummer 1 wird die Angabe „§§ 21ff.“ jeweils durch die Angabe „§§ 33 ff.“ ersetzt.

2. In § 6 Absatz 1 werden die Wörter „§ 30b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ durch die Wörter „§ 49 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ ersetzt.

(18) Das REIT-Gesetzes vom 28. Mai 2007 (BGBl. I S. 914), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1679) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In den § 1 Satzteil nach Nummer 5 und § 10 Absatz 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ jeweils durch die Wörter „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.

2. § 11 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 wird die Angabe „§§ 22 und 23“ durch die Angabe „§§ 34 und 36“ ersetzt.

   b) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 21 Abs. 1“ durch die Angabe „§ 33 Absatz 1“ und werden die Wörter „§ 26 Absatz 1 und 2“ durch die Wörter „§ 40 Absatz 1 und 2“ ersetzt.

(19) In § 166 Absatz 2 des Genossenschaftsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2230), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.

(20) Das Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2765), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 5 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3395) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 2 wird die Angabe „§ 2 Abs. 5“ durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.

2. In § 7 Absatz 1 Satz 4 wird die Angabe „§ 22 Abs. 1 und 3“ durch die Wörter „§ 34 Absatz 1 und 3“ ersetzt.

(21) Das Schuldverschreibungsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2512), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13. September 2012 (BGBl. I S. 1914) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 11 Satz 3 wird die Angabe „§ 30a Absatz 2“ durch die Angabe „§ 48 Absatz 2“ ersetzt.

2. In § 17 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „§ 30e Absatz 1“ durch die Angabe „§ 50 Absatz 1“ ersetzt.

(22) In § 261 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b des Strafgesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2226) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 38 Absatz 1 bis 4“ durch die Wörter „§ 119 Absatz 1 bis 4“ ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(23) In § 22 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 der Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung vom 13. Oktober 2014 (BGBl. I S. 1603) wird die Angabe „§ 23 Absatz 4“ durch die Angabe „§ 36 Absatz 5“ ersetzt.

(24) Das Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz vom 17. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1982), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 2. November 2015 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 3b Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 21“ ersetzt.
2. In § 8a Absatz 5 Satz 2 wird die Angabe „§§ 9 und 10“ durch die Angabe „§§ 22 und 23“ ersetzt.

(25) In § 11 des Finanzmarktstabilisierungsbeschleunigungsgesetzes vom 17. Oktober 2008 (BGBl. I S. 1982, 1986), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2565) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 27a“ durch die Angabe „§ 43“ ersetzt.

(26) In § 4 Absatz 4 Nummer 1 Satz 2 des Rettungsübernahmegesetzes vom 7. April 2009 (BGBl. I S. 725, 729), das durch Artikel 2 Absatz 60 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 22“ ersetzt.

(27) Die Wirtschaftsprüferordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. November 1975 (BGBl. I S. 2803), die zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 10. Mai 2016 (BGBl. I S. 1142) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 36a Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 21“ ersetzt.
2. In § 43a Absatz 1 Nummer 10 Buchstabe a wird die Angabe „Abschnitt 11“ durch die Angabe „Abschnitt 16“ ersetzt.
3. In § 66a Absatz 6 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „§ 37r“ durch die Angabe „§ 110“ ersetzt.

(28) § 5a Absatz 3 Nummer 2 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 13. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2258) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„2. Artikel 72 bis 76 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] oder“.

(29) In § 79 Absatz 5 und § 92 Nummer 5 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2258) geändert worden ist, wird die Angabe „Absatz 2b“ jeweils durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.

(30) In Anlage 4 Fußnote E der Anzeigenverordnung vom 19. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3245), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 40 des Gesetzes vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 22“ jeweils durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.

(31) In § 6 Absatz 1 Satz 3 und in der Anlage 2 Fußnote 12 der Inhaberkontrollverordnung vom 20. März 2009 (BGBl. I S. 562, 688), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. November 2015 (BGBl. I S. 1947) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 22“ jeweils durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.

(32) Die Prüfungsberichtsverordnung vom 11. Juni 2015 (BGBl. I S. 930), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Absatz 5 wird die Angabe „§ 4“ durch die Angabe „§ 6“ ersetzt.
2. In § 66 Absatz 1 wird die Angabe „Absatz 4“ durch die Angabe „Absatz 10“ ersetzt.

(33) In § 1 Absatz 9 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1506), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 11. März 2016 (BGBl. I S. 396) geändert worden ist, werden die Angabe „§ 21“ durch die Angabe „§ 33“, die Angabe „Absatz 3“ durch Angabe „Absatz 5“, die Wörter „§ 22 Absatz 1 bis 3a in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 5“ durch die Wörter „§ 34 Absatz 1 und 2 und § 35 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 6“ und die Angabe „§ 23“ durch die Angabe „§ 36“ ersetzt.

(34) Die ZAG-Anzeigenverordnung vom 15. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3603), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 43 des Gesetzes vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. In § 4 Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter „§ 22 Absatz 1 bis 3a“ durch die Wörter „§ 34 Absatz 1 und 2 und § 35“ ersetzt.
2. In Anlage 2 Fußnote E wird die Angabe „§ 22“ jeweils durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.

(35) In § 2 Absatz 7 und § 5 Absatz 1 Satz 3 des Finanzstabilitätsgesetzes vom 28. November 2012 (BGBl. I S. 2369), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 36 des Gesetzes vom 1. April 2015 (BGBl. I S. 434) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 8 Absatz 1“ jeweils durch die Angabe „§ 21 Absatz 1“ ersetzt.

(36) In § 2 Absatz 3 Satz 2 Nummer 1 des Einlagensicherungsgesetzes vom 28. Mai 2015 (BGBl. I S. 786), das durch Artikel 8 des Gesetzes vom 2. November 2015 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist, wird die Angabe „Absatz 2b“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.

(37) In § 1 Absatz 6 Satz 2 Nummer 1, § 2 Absatz 1 Nummer 9 Buchstabe e und § 5 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Geldwäschegesetzes vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. April 2016 (BGBl. I S. 720) geändert worden ist, wird die Angabe „Abs. 5“ jeweils durch die Angabe „Absatz 11“ ersetzt.

(38) In § 4 Absatz 3 Satz 2 des Pfandbriefgesetzes vom 22. Mai 2005 (BGBl. I S. 1373), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 2. November 2015 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist, wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 4“ ersetzt.

(39) In § 2 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb der Anlageverordnung vom 18. April 2016 (BGBl. I S. 769) wird die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 11“ ersetzt

(40) In § 17 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung vom 18. April 2016 (BGBl. I S. 842), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 18. Mai 2016 (BGBl. I S. 1231) geändert worden ist, wird die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 11“ ersetzt.

(41) In § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 5 Buchstabe c und Nummer 6 Buchstabe c des Gesetzes über Bausparkassen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Februar 1991 (BGBl. I S. 454), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2399) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 2 Absatz 5“ jeweils durch die Angabe „§ 2 Absatz 11“ ersetzt.

Artikel 25

Aufhebung von Rechtsverordnungen

(1) Die Wertpapierhandel-Meldeverordnung vom 21. Dezember 1995 (BGBl. I S. 2094; 1996 I S. 220), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3014) geändert worden ist, wird aufgehoben.

(2) Die Finanzanalyseverordnung vom 17. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3522), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Juli 2007 (BGBl. I S. 1430) geändert worden ist, wird aufgehoben.

(3) Die Marktmanipulations-Konkretisierungsverordnung vom 1. März 2005 (BGBl. I S. 515), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 7. Mai 2013 (BGBl. I S. 1162) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 26

Inkrafttreten

(1) Artikel 1, 3 Nummer 4 Buchstabe e, 10, 24 Buchstabe c, 58, 60, 64, 66 Buchstabe g, 68 Buchstabe e, 69 Buchstabe h, 76, 80 Buchstabe i, 84 Buchstabe h, 85 Buchstabe h, 88 Buchstabe i und 90 Buchstabe d, Artikel 4, 6 Nummer 7 Buchstabe b, Artikel 7, 10, 13, 21 und 23 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

(2) Artikel 2, 5, 11 und 14 treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

(3) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am 3. Januar 2018 in Kraft.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rats vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente. Daneben werden Ausführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 600/2014 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 15. Mai 2014 über Märkte für Finanzinstrumente, der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 sowie zur Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden, und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2014/17/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 geschaffen.

Zur weiteren Ausgestaltung der Richtlinie 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 hat die Europäische Kommission die Delegierte Richtlinie …./EU [DR MiFID II] sowie eine Reihe von Europäischen Verordnungen (sog. Level 2-Regelungen) erlassen, welche die technischen Einzelheiten zu deren Vorgaben näher bestimmen. Der Gesetzentwurf hat das Ziel, die genannten Richtlinien in das nationale Recht umzusetzen und soweit angebracht die genannten Verordnungen dabei zu berücksichtigen sowie mit den europäischen Vorschriften inhaltlich nicht vereinbare oder redundante Inhalte im deutschen Kapitalmarktrecht aufzuheben.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

1. Wertpapierhandelsgesetz

Im Wertpapierhandelsgesetz werden insbesondere zahlreiche Vorschriften des bisherigen Abschnitts 6 geändert. Dieser wird als neuer Abschnitt 11 an die geänderten Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU zu Verhaltens- und Organisationspflichten sowie die auf dieser Richtlinie beruhende Delegierte Richtlinie …./EU [DR MiFID II] angepasst. Daneben werden Abschnitte zur Überwachung von Positionslimits und zu Anforderungen an Datenbereitstellungsdienste neu eingefügt. Zahlreiche Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes sind aufzuheben, da deren Inhalt künftig in der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geregelt wird. Streichungen sind ferner erforderlich, da sich Einzelheiten zur näheren Bestimmung der Vorschriften aus den unmittelbar geltenden Level 2-Regelungen ergeben und nicht mehr durch das nationale Gesetz erfolgen können.

Wesentliche Änderungen enthält zudem Abschnitt 2 bei der Ausweitung der Befugnisse der BaFin sowie verbessertem Informationsaustausch mit anderen Behörden. Ein weiterer Schwerpunkt der Änderungen liegt im bisherigen Abschnitt 12 bei den Straf- und Bußgeldvorschriften. Dort wurde zum einen eine inhaltliche Ausweitung der zu ahndenden Verstöße vorgenommen, zum anderen auch die europäischen Vorgaben zu schärferen Sanktionsmöglichkeiten, insbesondere bei der Bußgeldhöhe, berücksichtigt. Ferner wird das Wertpapierhandelsgesetz neu nummeriert, um die Lesbarkeit zu erhöhen. Die Aufspaltung der Änderungen des WpHG sowie anderer gesetzlicher Regelungen auf verschiedene Artikel erfolgt, um unterschiedlichen Inkrafttretenszeitpunkten Rechnung zu tragen.

2. Kreditwesengesetz

Im Kreditwesengesetz wurden als wichtige Änderung die neuen Erlaubnistatbestände für das Betreiben eines organisierten Handelssystems sowie das Erbringen von Datenbereitstellungsdiensten verankert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

3. Börsengesetz

Im Börsengesetz werden in erster Linie die Vorschriften des Titels III der Richtlinie 2014/65/EU zu geregelten Märkten umgesetzt. Hervorzuheben sind hier Vorschriften zur Zusammenarbeit zwischen den Aufsichtsbehörden, die geänderten Anforderungen an Leitungs- und Verwaltungsorgane der Börse sowie Anpassungen bei der Handelsaussetzung, bei der Regulierung von Market Makern sowie eine durch die Richtlinie vorgegebene Ausdehnung der Bußgeldvorschriften bei Zuwiderhandlungen gegen das Börsengesetz.

4. Kapitalanlagegesetzbuch

Das Kapitalanlagegesetzbuch wird insbesondere an die Vorgaben der delegierten Verordnung (EU) 2016/438 angepasst, die u.a. Regelungen zur Unabhängigkeit zwischen Verwaltungsgesellschaft und Verwahrstelle sowie zur Sicherstellung der Insolvenzfestigkeit der Vermögensgegenstände von Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) trifft. Diese Vorgaben sollen zudem über OGAW hinaus entsprechend anzuwenden sein.

III. Alternativen

Das Zweite Finanzmarktnovellierungsgesetz dient der Umsetzung der europäischen Richtlinie 2014/65/EU und der Delegierten Richtlinie …/EU [DR MiFID II] sowie der Verordnungen (EU) Nr. 600/2014, (EU) 2015/2365 und (EU) 2016/1011. Eine Nichtumsetzung oder eine nicht fristgerechte Umsetzung der europäischen Richtlinien und Ausführung der Verordnungen in nationales Recht kommt nicht in Betracht.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 11 des Grundgesetzes (Recht der Wirtschaft) und für die Straf- und Bußgeldvorschriften zudem aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes (Strafrecht).

Der Bund kann die Gesetzgebungskompetenzen nach Artikel 74 Absatz 1 Nummer 11 i.V.m. Artikel 72 Absatz 2 des Grundgesetzes in Anspruch nehmen, da für den Finanzmarkt bundeseinheitliche Regelungen bestehen müssen, um die Rechts- und Wirtschaftseinheit zu wahren. Das Regelungsziel, die Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU und die Ausführung der genannten europäischen Verordnungen, kann nur durch eine bundeseinheitliche Regelung erreicht werden. Nur auf diesem Wege können die vorgesehenen Regelungen einheitlich umgesetzt und werden und die vorgesehene Wirkung entfalten. Im gesamtstaatlichen Interesse ist daher eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich.

Im gesamtstaatlichen Interesse ist daher eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Dieser Gesetzentwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

Der Entwurf hat keine erkennbaren gleichstellungspolitischen Auswirkungen. Grundsätzlich sind Männer und Frauen von den Vorschriften des Entwurfs in gleicher Weise betroffen. Die Wirkungen des Vorhabens zielen auf eine nachhaltige Entwicklung, weil sie Instrumente und Verfahren schaffen, die die Funktionsfähigkeit und Integrität des Finanzmarkts verbessern. Damit wird das Vertrauen der Anleger in den Finanzmarkt gestärkt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Mit dem Entwurf werden in erster Linie neue Pflichten eingeführt, die zu keiner Rechts- und Verwaltungsvereinfachung führen. Das Gesetz setzt allerdings hiermit europäische Vorgaben ohne Spielraum um; wesentliche zusätzliche nationale Pflichten, die nicht auf europäischen Rechtsakten beruhen, werden nicht eingeführt.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Die neuen Regeln sollen eine weitere Stärkung der Integrität und Transparenz des Kapitalmarkts bewirken sowie den Anlegerschutz stärken und kommen damit dem Ziel eines reibungslosen Funktionierens der Märkte und einer besseren Aufklärung der Verbraucher mit einem entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrtsgewinn zugute. Das Gesetz entfaltet keine Wirkungen, die im Widerspruch zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung stehen.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es ergeben sich durch dieses Gesetz keine Veränderungen bei den Haushaltsausgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden.

4. Erfüllungsaufwand

Änderungen beim Erfüllungsaufwand ergeben sich weit überwiegend aus der Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben. Die im Folgenden genannten Beträge sind die Gesamtsummen des jeweils prognostizierten Erfüllungsaufwands, die nach einem Standardkostenmodell geschätzt wurden. Sofern nicht anders angegeben beziehen sich die angegebenen Beträge auf den Zeitraum eines Kalenderjahres.

a) Erfüllungsaufwand Wirtschaft

Wesentliche Erfüllungsaufwendungen aus neu eingeführten Pflichten ergeben sich für Wirtschaftsteilnehmer zum einen durch die neue Erlaubnispflicht für das Betreiben von Eigengeschäft nach § 32 Absatz 1a Satz 1 Halbsatz 2 KWG ohne gleichzeitiges Betreiben von Bankgeschäften (einmalig ca. 400 000 Euro). Für die Anpassung der Regelungen zu den Wohlverhaltens- und Organisationspflichten des 11. Abschnitts des Wertpapierhandelsgesetzes fallen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen einmalig ca. 6,2 Mio. Euro an, insbesondere für die Anpassung an die Vorgaben betreffend die Geeignetheitserklärung nach § 64 Absatz 4 (ca. 1,5 Mio. Euro), die organisatorischen Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten nach § 80 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 (ca. 1,7 Mio. Euro) und Einhaltung der Zuwendungsregelungen im Rahmen der bestmöglichen Ausführung nach § 82 Absatz 8 (ca. 1,7 Mio. Euro). Wiederkehrender Erfüllungsaufwand fällt darüber hinaus mit ca. 48 Mio. Euro an, wobei der Großteil der Kosten für die Berücksichtigung des Zielmarktes im Rahmen des Vertriebs nach § 63 Absatz 5 WpHG (ca. 31 Mio. Euro) anfällt. Ferner fallen für das Erfordernis nach § 87 Absatz 3 WpHG ca. 770.000 Euro an. Hiernach dürfen Mitarbeiter nur dann mit der Finanzportfolioverwaltung durch Wertpapierdienstleistungsunternehmen betraut werden, wenn sie hierfür die erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit haben. Bei der Berechnung wurde berücksichtigt, dass dies, vergleichbar mit der Anforderung an Mitarbeiter in der Anlageberatung, jährlich zu überprüfen ist. Im Rahmen der Bemessung wurde die Komplexität als gering eingestuft, da nach vergleichbaren Regelungen des geltenden Rechts bereits Anforderungen an die Sachkunde und Zuverlässigkeit von Mitarbeitern bestehen, beispielsweise Mitarbeiter, die Anlageberatung erbringen. Daher besteht bereits Erfahrung mit der Umsetzung solcher Vorgaben. Die umzusetzenden Anforderungen müssen überwacht und dokumentiert werden. Die nähere Ausgestaltung der Sachkunde- und Zuverlässigkeitsanforderungen erfolgt durch Rechtsverordnung.

Ferner ergeben sich Aufwendungen für Handelsteilnehmer und Wertpapierdienstleistungsunternehmen durch die Pflicht nach § 57 WpHG Positionsmeldungen zu Warenderivaten zu erstellen und zu übermitteln (jährlich mit ca. 4,5 Mio. Euro).

Handelsteilnehmer, die algorithmischen Handel betreiben, müssen ihre Algorithmen künftig nach den Vorgaben des § 26d BörsG testen, was mit ca. 300 000 Euro Erfüllungsaufwand zu Buche schlägt.

Beim Erfüllungsaufwand im engeren Sinne durch Informationspflichten ist insbesondere, zu berücksichtigen, dass sich der Aufwand für die Wirtschaft durch die Pflicht zur Zurverfügungstellung der sog. Geeignetheitser-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

klärung nach § 64 Absatz 4 WpHG (EU-Vorgabe) tatsächlich nicht ändert, da im Gegenzug die Pflicht zur Übergabe eines Beratungsprotokolls (bisherige nationale Regelung) mit Aufwand in gleicher Höhe entfällt. Für Nachweis- und Offenlegungspflichten, die im Zusammenhang mit Zuwendungen zu erfüllen sind, fallen ca. 1,8 Mio. Euro an. Ferner sind Ausführungsplätze künftig verpflichtet, im Zusammenhang mit der Regelung zur bestmöglichen Ausführung von Kundenaufträgen Informationen zur Ausführungsqualität zu veröffentlichen, § 82 Absatz 11 WpHG. Die hierfür angenommenen Kosten betragen ca. 7 Mio. Euro. Im Rahmen der Anpassung an die geänderten Informationspflichten gem. § 63 Absatz 7 WpHG wurde ein einmaliger Aufwand von ca. 54 Mio. angenommen, wovon ca. 52 Mio. auf die Erstellung und Versendung der Informationen an die Kunden entfallen. Hierbei wurde die Anzahl an Wertpapierdepots in privaten Haushalten im Jahr 2015 zugrunde gelegt. Im Übrigen wurden Kosten von ca. 7,70 Euro für die Erstellung einer Druckversion und in Höhe von ca. 1,50 Euro für die Versendung angenommen. Dabei wurde ferner geschätzt, dass eine Versendung der Informationen nicht in allen Fällen in Papierform erfolgt (ca. 25 %). Die Vorgaben an die Form der Versendung ergeben sich im Übrigen nicht im hier geänderten WpHG, sondern vielmehr aus unmittelbar geltenden Delegierten Verordnungen, die nicht Gegenstand des Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetzes sind.

Wertpapierdienstleistungsunternehmen müssen in den Fällen, in denen die organisatorischen Vorkehrungen nicht ausreichen, das Risiko der Beeinträchtigung von Kundeninteressen zu vermeiden, Kunden dies im Einzelnen nach § 63 Absatz 2 WpHG darlegen, wofür einmalig ca. 180.000 Euro angenommen werden.

Im Sinne der ‚One in one out'-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben aufgrund von nationalen Vorgaben ein „In" von 770.040 Euro dar. Es wird derzeit geprüft, in welchem Rahmen diese Belastung kompensiert werden wird.

b) Erfüllungsaufwand Verwaltung

Die Berechnung des Erfüllungsaufwandes für die Verwaltung beruht ebenfalls auf einem standardisierten Kostenmodell.

Erfüllungsaufwand entsteht hier insbesondere für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Sie muss künftig über neue Erlaubnisanträge zum Betreiben von Eigengeschäft nach § 32 Absatz 1a Satz 1 Halbsatz 2 KWG entscheiden (ca. 101 000 Euro) und hat insbesondere zur Umsetzung der Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU und Verordnung (EU) Nr. 600/2014 angepasste Einzelbefugnisse nach den § 6 bis 9 WpHG (ca. 130 000 Euro). Größerer Erfüllungsaufwand wird ihr durch die Pflicht zur Festlegung und Überprüfung von Positionslimits für Warenderivate nach § 54 Absatz 1, 3 WpHG entstehen (ca. 7,1 Mio. Euro). Für die Verarbeitung und Überprüfung entsprechender Positionsmeldungen von Handelsplatzbetreibern bzw. Wertpapierdienstleistungsunternehmen nach § 57 Absatz 3, 4 WpHG muss sie jährlich ca. 3,5 Mio. Euro aufwenden.

Schließlich muss sie künftig die Geschäftspolitik und Vergütungsregelungen von Wertpapierdienstleistungsunternehmen nach § 81 WpHG überwachen (ca. 887 000 Euro).

Die gesetzliche Änderung, nach der Prüfungsberichte über die Prüfungen der nicht verbandsgeprüften Wertpapierdienstleistungsunternehmen nur noch auf Anforderung einzureichen sind, führt zu einer Entlastung der Verwaltung in Höhe von ca. 80.000 €. Eine Auswertung dieser Prüfungsberichte beschränkt sich lediglich auf die eingereichten Fragebögen, die Bestandteile dieser Berichte sind.

Trotz der Entlastung geht die Erweiterung der Aufsichtstätigkeit mit einem zusätzlichen Personalbedarf der BaFin einher.

Die durch dieses Gesetz hinzukommenden neuen Aufsichtstätigkeiten der Bundesanstalt betreffen weit überwiegend Pflichten von Wertpapierdienstleistungsunternehmen oder knüpfen an den Wertpapierhandel an. Daher haben auch die Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Kosten der erweiterten Aufsichtstätigkeit der Bundesanstalt entsprechend zu tragen. Die Kosten der neuen Aufgabe der Zulassung und laufender Überwachung von Datenbereitstellungsdiensten ist von diesen als eigenständige Gruppe zu tragen.

c) Erfüllungsaufwand Bürger

Regelungen, die sich an Bürgerinnen und Bürger richten, sind in dem Gesetzgebungsvorschlag nicht enthalten.

Zwar können auch Einzelpersonen verpflichtet sein, neue Pflichten nach WpHG einzuhalten. Auch in diesem Fall steht aber das Handeln als Vertreter der Wirtschaft im Vordergrund. Die entsprechenden Pflichten werden folglich als Teil des Erfüllungsaufwandes der Wirtschaft erfasst.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

d) Überblick über wesentliche Erfüllungsaufwendungen

Regelungen, die auf nationalem / internationalem Recht basieren

Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft

Wiederkehrender Erfüllungsaufwand

Gesetz	Paragraf	Inhalt	Komplexi-tät	Zeit in Min.	Fallzahl	Erfüllungsauf-wand gesamt
WpHG / WpHG-MAanV	§ 87 Abs. 3	Sachkunde und Zuverlässigkeitserfordernis für Mitarbeiter, die mit der Finanzportfolioverwaltung betraut sind	einfach	72	15.000	770.040,00 €
						770.040,00 €

Wiederkehrender Erfüllungsaufwand	770.040,00 €
Einmaliger Erfüllungsaufwand	0,00 €
Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft	**770.040,00 €**

Informationspflichten Wirtschaft

Wiederkehrende Informationspflichten

Gesetz	Paragraf	Inhalt	Komplexi-tät	Zeit in Min.	Fallzahl	Informations-pflichten gesamt
WpHG	§ 34 Absatz 2a	Wegfall des Beratungsprotokolls	einfach	14	-8.000.000	-51.520.000,00 €
						-51.520.000,00 €

Wiederkehrende Informationspflichten	-51.520.000,00 €
Einmalige Informationspflichten	0,00 €
Informationspflichten Wirtschaft	**-51.520.000,00 €**

Erfüllungsaufwand Verwaltung

Wiederkehrender Erfüllungsaufwand

Gesetz	Paragraf	Inhalt	Komplexi-tät	Zeit in Min.	Fallzahl	Erfüllungsauf-wand gesamt

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

WpHG	§ 89 Abs. 2 WpHG	Anforderung von nicht verbandsgeprüften Prüfungsberichten	einfach	420	-370	-83.398,00 €
						-83.398,00 €

Wiederkehrender Erfüllungsaufwand	-83.398,00 €
Einmaliger Erfüllungsaufwand	0,00 €
Erfüllungsaufwand Verwaltung	**-83.398,00 €**

Wiederkehrender Erfüllungsaufwand	770.040,00 €
Einmaliger Erfüllungsaufwand	0,00 €
Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft	**770.040,00 €**

Wiederkehrende Informationspflichten	-51.520.000,00 €
Einmalige Informationspflichten	0,00 €
Informationspflichten Wirtschaft	**-51.520.000,00 €**

Erfüllungsaufwand gesamt

Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft gesamt	770.040,00 €
Informationspflichten Wirtschaft gesamt	-51.520.000,00 €
Erfüllungsaufwand inkl. Informationspflicht	**-50.749.960,00 €**

Wiederkehrender Erfüllungsaufwand

Wiederkehrender Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft	770.040,00 €
Wiederkehrende Informationspflichten Wirtschaft	-51.520.000,00 €
Erfüllungsaufwand inkl. Informationspflicht	**-50.749.960,00 €**

Einmaliger Erfüllungsaufwand

Einmaliger Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft	0,00 €
Einmalige Informationspflichten Wirtschaft	0,00 €
Erfüllungsaufwand inkl. Informationspflicht	**0,00 €**

Regelungen, die auf EU-Recht basieren						

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft						
Wiederkehrender Erfüllungsaufwand						
Gesetz	**Paragraf**	**Inhalt**	**Komplexität**	**Zeit in Min.**	**Fallzahl**	**Erfüllungsaufwand gesamt**
KAGB	§ 28 Abs. 1 S. 3 KAGB i.V.m. §§ 77, 78 und § 80 Abs. 2 und 3 WpHG	Erstreckung der organisatorischen Pflichten im Hinblick auf den elektronischen/algorithmischen Handel auf Kapitalverwaltungsgesellschaften	hoch	5.695	5	37.148,01 €
BörsG	§ 4a	Prüfung der Eignung von Geschäftsleitern von Börsenträgern	einfach	336	2	479,14 €
BörsG	§ 4b Abs. 1 bis 2, 4	Prüfung der Eignung von Mitgliedern des Verwaltungs- und Aufsichtsorgans des Börsenträgers und Prüfung von Mehrfachmandaten	einfach	336	4	958,27 €
BörsG	§ 4b Abs. 3, § 5 Abs. 4a und 7	Modifizierung interner Kontrollverfahren bei Börsenträgern, im Kern aber bereits jetzt vorhanden	einfach	332	10	2.367,16 €
WpHG	§ 56 Abs. 4	Kontrolle der Einhaltung von Positionslimits durch Auskunftsersuchen und ggf. Aufforderungen, Positionen zu reduzieren	mittel	770	80	66.676,87 €
WpHG	§ 57 Abs. 1	Erstellung von Positionsmeldungen in Warenderivaten von Handelsplatzteilnehmern an die Handelsplätze	einfach	201	12.000	1.719.756,00 €
WpHG	§ 57 Abs. 2	Erstellung eines Berichts mit aggregierten Positionen in Warenderivaten durch Betreiber eines Handelsplatzes	einfach	201	260	37.261,38 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

WpHG	§ 57 Abs. 3	Erstellung eines Berichts mit sämtlichen Positionen in Warenderivaten durch Betreiber eines Handelsplatzes an die BaFin	einfach	201	1.200	171.975,60 €
WpHG	§ 57 Abs. 4	Erstellung von Positionen in Warenderivaten durch WpDUs, die OTC handeln an die BaFin oder eine andere zuständige Behörde	einfach	201	18.250	2.615.462,25 €
WpHG	§ 58 Abs. 1 bis 5	laufender Betrieb von Organisations- und Kontrollverfahren für Betreiber von genehmigten Veröffentlichungssystemen	mittel	390	3	1.266,43 €
WpHG	§ 59 Abs. 1 bis 4	laufender Betrieb von Organisations- und Kontrollverfahrenn für Anbieter konsolidierter Datenticker	mittel	390	2	844,29 €
WpHG	§ 60 Abs. 1 bis 4	laufender Betrieb von Organisations- und Kontrollverfahren für Betreiber von genehmigten Meldemechanismen	mittel	390	2	844,29 €
WpHG	§ 62	Jährliche Prüfung bei den in den §§ 50 bis 52 genannten Datenbereitstellungsdiensten	mittel	1.465	7	21.279,13 €
WpHG	§ 63 Abs. 5	Vertriebsbezogene Berücksichtigung des Zielmarktes	einfach	89	500.000	31.728.500,00 €
WpHG	§ 63 Abs. 10	Angemessenheitsprüfung auf verbundene Geschäfte erstrecken	einfach	104	20.000	1.483.040,00 €
WpHG	§ 64 Abs. 3	Geeignetheitsprüfung im Rahmen der Anlageberatung auf verbundene Geschäfte erstrecken	einfach	109	20.000	1.554.340,00 €
WpHG	§§ 72 und 74, auch i.V.m. §	Organisations- und Kontrollpflichten für Betreiber von multilateralen Handelssyste-	hoch	4.945	10	64.511,65 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

	48 BörsG	men				
WpHG	§§ 72 und 75, auch i.V.m. § 48a BörsG	Organisations- und Kontrollpflichten für Betreiber von organisierten Handelssystemen	hoch	4.945	2	12.902,33 €
WpHG	§ 77 Abs. 1 und 2	Aufzeichnungs- und Kontrollverfahren bei der Einräumung von direktem elektronischen Zugang zu einem Handelsplatz	einfach	356	10	2.538,28 €
WpHG	§ 78	Einrichtung von Kontrollverfahren für General Clearing-Mitglieder einschließlich Dokumentation der vertraglichen Beziehungen (Tätigkeiten WP)	mittel	4.465	200	1.852.975,00 €
WpHG	§ 78	Einrichtung von Kontrollverfahren für General Clearing-Mitglieder einschließlich Dokumentation der vertraglichen Beziehungen (Tätigkeiten Institut)	mittel	930	200	201.329,50 €
WpHG	§ 80 Abs. 1 S. 2 Nr. 4	Vorhalten solider Sicherheitsmechanismen, die die Sicherheit und Authentifizierung der Informationsübermittlungswege gewährleisten	mittel	990	676	724.396,53 €
WpHG	§ 80 Abs. 3	Aufzeichnungspflichten für Hochfrequenzhändler	einfach	197	100	14.046,10 €
WpHG	§ 80 Abs. 4 und 5	Kontroll- und Dokumentationspflicht für Market-Maker, die algorithmischen Handel betreiben	mittel	920	150	149.373,50 €
WpHG	§ 80 Abs. 12	Aufrechterhaltung geeigneter Verfahren durch Vertriebsunternehmen um Produkt-	mittel	940	676	687.810,85 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		überwachungspflichten einzuhalten				
WpHG	§ 80 Abs. 13	Überwachung der Entwicklung und regelmäßige Überprüfung der Produktüberwachung	mittel	990	676	724.396,53 €
WpHG	§ 81 Abs. 1 S. 3 Nr. 2	Umsetzung, Festlegung und Überwachung der Geschäftspolitik durch Geschäftsleiter	mittel	1.050	676	768.299,35 €
WpHG	§ 81 Abs. 1 S. 3 Nr. 3	Umsetzung, Festlegung und Überwachung der Vergütungsregelungen für Personen, die Wertpapierdienstleistungen erbringen	mittel	990	676	724.396,53 €
WpHG	§ 81 Abs. 4	Überwachung des Produktfreigabeverfahrens durch Geschäftsleiter	mittel	920	676	673.176,57 €
WpHG	§ 83 Abs. 3	Aufzeichnung von Telefongesprächen und elektronischer Kommunikation mit Kunden	einfach	77	676	1.263.039,08 €
WpHG / WpHG MAanV	§ 87 Abs. 2	Sachkunde- und Zuverlässigkeitserfordernis an Vertriebsmitarbeiter	einfach	72	30.000	1.540.080,00 €
WpHG/ WpDPV	§ 89	Prüfung der Pflichten des 11 Abschnitts, MiFIR und Delegierter Verordnungen	hoch	745	2.300	4.283.750,00 €
						53.129.220,59 €
Einmaliger Erfüllungsaufwand						
Gesetz	**Paragraf**	**Inhalt**	**Komplexität**	**Zeit in Min.**	**Fallzahl**	**Erfüllungsaufwand gesamt**
KWG	§ 32 Abs. 1a S. 1 Halbsatz 2	Erlaubnispflicht für das Betreiben von Eigengeschäft ohne gleichzeitiges Betreiben von Bankgeschäf-	hoch	5.950	50	388.113,54 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		ten				
BörsG	§ 4b Abs. 5	Einrichtung eines Nominierungsausschusses, der Leitungs- und Aufsichtsorgane mit auswählt; Pflicht gilt nur für bedeutende Börsenträger	einfach	229	1	163,28 €
BörsG	§ 22a	Pflicht zur Synchronisierung von Uhren für Börsen und Handelsteilnehmer	hoch	2.460	30	96.278,25 €
BörsG	§ 26c	Pflicht der Börsen, Verträge mit Market Makern zu schließen und deren Einhaltung zu überwachen	einfach	144	30	3.080,16 €
BörsG	§ 26d Abs. 1	Pflicht der Börsen, Risiken aus algorithmischen Handelssystmen zu kontrollieren und einzudämmen	mittel	650	10	7.035,71 €
BörsG	§ 26d Abs. 2	Pflicht der Handelsteilnehmer, Tests ihrer Algorithmen durchzuführen	einfach	207	2.000	295.182,00 €
BörsG	§ 26f	Einführung von Positionsmanagementkontrollen für Warenderivate durch Börsen	hoch	4.705	5	30.690,32 €
WpHG	§ 57	Einführung des Reportingsystems zur Erstellung der Berichte und Meldungen	hoch	4.705	5	30.690,32 €
WpHG	§ 58 Abs. 1 bis 5	Einführung von Organisations- und Kontrollverfahren für Betreiber von genehmigten Veröffentlichungssystemen (Tätigkeit WP)	mittel	5.185	3	32.276,63 €
WpHG	§ 58 Abs. 1 bis 5	Einführung von Organisations- und Kontrollverfahren für Betreiber von genehmigten Veröffentlichungssystemen (Tä-	mittel	1.020	3	3.312,20 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		tigkeit Institut)				
WpHG	§ 58 Abs. 6	Einführung eines Prozesses zur Meldung von Verstöße gegen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU, die Verordnung (EU) Nr. 596/2014, gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014, gegen die Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 bei genehmigten Veröffentlichungssystemen (Tätigkeit WP)	hoch	3.180	1	7.950,00 €
WpHG	§ 58 Abs. 6	Einführung eines Prozesses zur Meldung von Verstöße gegen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU, die Verordnung (EU) Nr. 596/2014, gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014, gegen die Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 bei genehmigten Veröffentlichungssystemen (Tätigkeit Institut)	hoch	3.180	1	4.148,58 €
WpHG	§ 59 Abs. 1 bis 4	Einführung von Organisations- und Kontrollverfahrenn für Anbieter konsolidierter Datenticker (Tätigkeit WP)	mittel	5.185	2	21.517,75 €
WpHG	§ 59 Abs. 1 bis 4	Einführung von Organisations- und Kontrollverfahrenn für Anbieter konsolidierter Datenticker (Tätigkeit Institut)	mittel	1.020	2	2.208,13 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

WpHG	§ 59 Abs. 5	Einführung eines Prozesses zur Meldung von Verstöße gegen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU, die Verordnung (EU) Nr. 596/2014, gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014, gegen die Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 bei Anbietern konsolidierter Datenticker	hoch	3.180	1	4.148,58 €
WpHG	§ 60 Abs. 1 bis 4	Einführung von Organisations- und Kontrollverfahren für Betreiber von genehmigten Meldemechanismen (Tätigkeit WP)	mittel	5.185	2	21.517,75 €
WpHG	§ 60 Abs. 1 bis 4	Einführung von Organisations- und Kontrollverfahren für Betreiber von genehmigten Meldemechanismen (Tätigkeit Institut)	mittel	1.020	2	2.208,13 €
WpHG	§ 60 Abs. 5	Einführung eines Prozesses zur Meldung von Verstöße gegen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU, die Verordnung (EU) Nr. 596/2014, gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014, gegen die Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 bei genehmigten Meldemechanismen	hoch	3.180	1	4.148,58 €
WpHG	§ 64 Abs. 4	Anpassung an die Vorgaben betreffend die Geeignetheitserklärung	mittel	690	2.050	1.531.078,38 €
WpHG	§ 64 Abs. 7	Einhaltung Zuwendungsregelung bei der Finanzportfoliover-	mittel	690	750	560.150,63 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		waltung				
WpHG	§ 72 Abs. 2	Einrichtung eines Kontrollverfahrens von Handelsplätzen hinsichtlich der Einhaltung von Positionslimits und Information der BaFin hierüber (Tätigkeiten WP)	mittel	5.665	1	11.754,88 €
WpHG	§ 72 Abs. 2	Einrichtung eines Kontrollverfahrens von Handelsplätzen hinsichtlich der Einhaltung von Positionslimits und Information der BaFin hierüber (Tätigkeiten Institut)	mittel	1.080	1	1.169,01 €
WpHG	§ 80 Abs. 1 S. 2 Nr. 2	Anpassung der organisatorischen Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten	mittel	710	2.300	1.767.586,42 €
WpHG	§ 80 Abs. 8 WpHG-E	Einführung von Grundsätzen, dass Zuwendungen an Kunden weitergegeben werden	mittel	710	775	595.599,77 €
WpHG	§ 82 Abs. 8	Einhaltung der Zuwendungsregelung im Rahmen der bestmöglichen Ausführung	mittel	710	2.300	1.767.586,42 €
						7.189.595,38 €
Wiederkehrender Erfüllungsaufwand						53.129.220,59 €
Einmaliger Erfüllungsaufwand						7.189.595,38 €
Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft						**60.318.815,97 €**
Informationspflichten Wirtschaft						
Wiederkehrende Informationspflichten						
Gesetz	**Paragraf**	**Inhalt**	**Komplexität**	**Zeit in Min.**	**Fallzahl**	**Informationspflichten gesamt**
KWG	§ 32 Abs. 1f	Antrag auf Erlaubnis für das Betreiben eines Datenbereitstel-	hoch	1380	3	3.484,50 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		lungsdienstes				
BörsG	§ 26e	Veröffentlichung von Informationen über Ausführungsqualität von Aufträgen	einfach	21	60.000	579.600,00 €
BörsG	§ 26g	Pflicht von Handelsteilnehmern, der Geschäftsführung auf Anforderung Daten in Bezug auf Finanzinstrumente zu liefern	einfach	18	100.000	828.000,00 €
WpHG	§ 3 Abs. 1 S. 2	Einreichung Anzeige aufgrund Inanspruchnahme der Ausnahmen nach § 3 Abs. 1 Nr. 8, 9 und 10 WpHG	mittel	224	80	12.514,13 €
WpHG	§ 57 Abs. 1	Übermittlung von Positionsmeldungen in Warenderivaten von Handelsplatzteilnehmern an die Handelsplätze	einfach	14	12.000	77.280,00 €
WpHG	§ 57 Abs. 2	Veröffentlichung eines Berichts mit aggregierten Positionen in Warenderivaten durch Betreiber eines Handelsplatzes	einfach	14	260	1.674,40 €
WpHG	§ 57 Abs. 3	Übermitlung eines Berichts sämtlichen mit Positionen in Warenderivaten durch Betreiber eines Handelsplatzes an die BaFin	einfach	14	1.200	7.728,00 €
WpHG	§ 57 Abs. 4	Übermittlung von Positionen in Warenderivaten durch WpDUs, die OTC handeln an die BaFin oder eine andere zuständige Behörde	einfach	14	18.250	117.530,00 €
WpHG	§ 63 Abs. 9	Informationspflichten bei verbundenen Geschäften	einfach	17	2.000	15.640,00 €
WpHG	§ 64 Abs. 1	Informationspflichten bei der Anlageberatung	einfach	11	2.050	10.373,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

WpHG	§ 64 Abs. 4	zur Verfügungstellung der Geeignetheitserklärung	einfach	14	8.000.000	51.520.000,00 €
WpHG	§ 70 Absatz 1, 4	Nachweis- und Offenlegungspflichten bei Zuwendungen	einfach	20	200.000	1.840.000,00 €
WpHG	§ 70 Abs. 5	Information von Kunden über das Verfahren bei Auskehr von Zuwendungen	einfach	11	2.300	11.638,00 €
WpHG	§ 77 Abs. 3	Information über direkten elektronischen Zugang und der Beschreibung von Kontrollverfahren auf Anfrage der BaFin	mittel	104	20	1.452,53 €
WpHG	§ 79	Information von WpDUs, die systematische Internalisierung betreiben, an die BaFin	einfach	14	2	12,88 €
WpHG	§ 82 Abs. 5 S. 2	Hinweis an Kunden, soweit Auftragsausführung im Rahmen der Auftragsgrundsätze auch eine Ausführung außerhalb von Handelsplätzen zulässt und Einholung von Einwilligung (Erweiterung um organisierte Handelssysteme)	einfach	7	50.000	161.000,00 €
WpHG	§ 82 Abs. 9	Veröffentlichung der 5 wichtigsten Handelsplätze und Informationen zur Auftragsqualität für jede Gattung von Finanzinstrument	einfach	25	50.600	581.900,00 €
WpHG	§ 82 Abs. 10	Veröffentlichung von Informationen zur Auftragsqualität durch MTF, OTF und systematische Internalisierer für Finanzinstrumente, die der Handelspflicht unterliegen	einfach	28	35.000	450.800,00 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

WpHG	§ 82 Abs. 11	Veröffentlichung von Informationen über die Ausführungsqualität von Aufträgen durch Ausführungsplätze	einfach	28	535.000	6.890.800,00 €
WpHG	§ 83 Abs. 7	Zurverfügungstellen der Telefonaufzeichnungen und Gesprächsprotokolle an Kunden	einfach	12	676	3.731,52 €
						63.115.158,97 €
Einmalige Informationspflichten						
Gesetz	**Paragraf**	**Inhalt**	**Komplexität**	**Zeit in Min.**	**Fallzahl**	**Informationspflichten gesamt**
BörsG	§ 26f	Pflicht der Börsen, Börsenaufsichtsbehörden über Positionsmanagementkontrollen zu informieren	mittel	84	5	293,30 €
WpHG	§ 63 Abs. 2	Angepasste Darlegung von Interessenkonflikten	einfach	20	20.000	184.000,00 €
WpHG	§ 63 Abs. 7	Informationspflichten	hoch	1120	2.300	54.168.833,33 €
WpHG	§ 72 Abs. 2	Information von Handelsplätzen an die BaFin über Einrichtung von Kontrollverfahren zur Einhaltung von Positionslimits	mittel	142	1	99,16 €
WpHG	§ 72 Abs. 4	Übermittlung von Informationen von MTFs und OTFS an die BaFin über Funktionsweise, Eigentümer- und Mitgliederstruktur des Handelssystems	mittel	74	12	620,12 €
WpHG	§ 80 Abs. 2 Satz 5	Mitteilung von Handelsteilnehmern, die algorithmischen Handel betreiben, an die BaFin	einfach	17	2.000	15.640,00 €
						54.369.485,92 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Wiederkehrende Informationspflichten						63.115.158,97 €
Einmalige Informationspflichten						54.369.485,92 €
Informationspflichten Wirtschaft						**117.484.644,88 €**
Erfüllungsaufwand Verwaltung						
Wiederkehrender Erfüllungsaufwand						
Gesetz	**Paragraf**	**Inhalt**	**Komplexität**	**Zeit in Min.**	**Fallzahl**	**Erfüllungsaufwand gesamt**
KAGB	§ 28 Abs. 1 S. 3 i.V.m. §§ 77, 78 und § 80 Abs. 2 und 3 WpHG	Prüfung der Einhaltung der organisatorischen Pflichten im Hinblick auf den elektronischen/algorithmischen Handel bei Kapitalverwaltungsgesellschaften	mittel	890	5	3.281,13 €
BörsG	§ 3 Abs. 5a und 5b	Erweiterung der Informationspflichten der Börsenaufsichtsbehörde gegenüber der BaFin	einfach	390	20	4.186,00 €
BörsG	§ 8 Abs. 3 bis 5	Erweiterung der Informationspflichten der Börsenaufsichtsbehörde gegenüber der BaFin hinsichtlich Ausnahmegenehmigungen für Leitungspersonal	einfach	421	4	903,75 €
BörsG	§ 15 Abs. 5	Institutionalisierte und anlassbezogene Kontrolle der Einhaltung der Positionslimits in Warenderivaten durch die Geschäftsführung der Börsen	hoch	5163	5	34.815,83 €
KWG	§ 7b Abs. 4 Nr. 1 Buchstabe b	Meldung der Genehmigung eines zusätzlichen Mandates eines Organmitglieds an ESMA	einfach	260	20	2.790,67 €
KWG	§ 7b Abs. 4 Nr. 3 bis 6	Meldung von Verwaltungsmaßnahmen, Sanktionen, strafrechtliche Ermittlun-	einfach	90	3	144,90 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		gen und Veröffentlichungen an ESMA				
KWG	§ 24a Abs. 4 S. 2	Aufsichtsbehörde teilt Änderung der Verhältnisse bei Zweigniederlassungen von CRR-Wertpapierfirmen und Wertpapierhandelsunternehmen der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaates mit	einfach	30	1.500	24.150,00 €
KWG	§ 32f	Bearbeitung und Bescheidung von Anträgen auf Erlaubnis für die Erbringung von Datenbereitstellungsdiensten	hoch	4738	3	19.169,95 €
KWG	§ 53b Abs. 2a S. 2	Veröffentlichung der Namen herangezogener vertraglich gebundener Vermittler aus dem Herkunftsmitgliedstaat der Institute	einfach	91	50	2.441,83 €
WpHG	§ 3 Abs. 1 S. 2	Entgegennahme und Prüfung der Anzeigen aufgrund Inanspruchnahme der Ausnahmen nach § 3 Abs. 1 Nr 8, 9 und 10 WpHG	mittel	1295	80	76.387,73 €
WpHG	§ 6 Abs. 2 S. 3	Bekanntmachung von Warnungen auf der Internetseite	mittel	1212	6	5.361,89 €
WpHG	§ 6 Abs. 2 S. 4	Aussetzen des Vertriebs oder Verkaufs von Finanzinstrumenten oder strukturierten Anlagen, wenn kein wirksames Produktfreigabeverfahren entwickelt wurde	mittel	1055	2	1.555,77 €
WpHG	§ 6 Abs. 3 S. 2 Nr. 2	Verlangen zur Angabe von Volumen und Zweck einer mittels eines Warenderivats eingegangen Position	mittel	1055	30	23.336,60 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

WpHG	§ 6 Abs. 6	Anordnung zur vorübergehenden oder dauerhaften Einstellung von Handlungen, die einen Verstoß gegen Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und Vorschriften des WpHG und des KWG, die Richtlinie 2014/65/EU umsetzen, begründen	hoch	4340	5	29.266,07 €
WpHG	§ 6 Abs. 8	Untersagung der vorübergehenden Ausübung der Berufstätigkeit bei Verstößen gegen Verordnung (EU) Nr. 600/2014 sowie Vorschriften des WpHG und des KWG, die Richtlinie 2014/65/EU umsetzen	hoch	4340	5	29.266,07 €
WpHG	§ 6 Abs. 13	Einfrieren oder Beschlagnahme von Vermögenswerten	mittel	1055	2	1.555,77 €
WpHG	§ 7 Abs. 1	Verlangen zur Herausgabe von Verkehrsdaten	einfach	411	40	8.822,80 €
WpHG	§ 7 Abs. 2	Anforderung von Aufzeichnungen von Telefongesprächen, elektronischen Mitteilungen oder Verkehrsdaten	einfach	411	150	33.085,50 €
WpHG	§ 9 Abs. 1	Verlangen, Schritte zur Verringerung der Größe der Positionen oder offenen Forderungen in Finanzinstrumenten zu unternehmen	mittel	1055	2	1.555,77 €
WpHG	§ 9 Abs. 2	Einschränkung der Möglichkeit, Positionen in Warenderivaten einzugehen	mittel	1055	2	1.555,77 €
WpHG	§ 17 Abs. 2	Zusammenarbeit mit zuständigen Behörden nach (EU) Nr. 1308/2013 (Derivate auf landwirtschaftli-	mittel	320	4	943,79 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		che Grunderzeugnisse)				
WpHG	§ 17 Abs. 3	Zusammenarbeit zur Verschaffung eines Gesamtüberblicks über den Emissionszertifikatemarktes	mittel	290	4	855,31 €
WpHG	§ 18 Abs. 8 S. 4 Nr. 3 und 4 i.V.m. § 18 Abs. 8 S. 5 und 6	Unterrichtung der zuständigen Stellen bei Maßnahmen nach § 6 Abs. 3 und 4 WpHG-E	mittel	285	4	840,56 €
WpHG	§ 54 Abs. 1, Abs. 3	Festlegung und Überprüfung von Positionslimits für Warenderivate unter Beteiligung von Handelsplätzen, anderen nationalen Behörden und ESMA; Information über Positionslimits an diese Beteiligten	einfach	330	40.000	7.084.000,00 €
WpHG	§ 57 Abs. 2	Entgegennahme, Verarbeitung und Überprüfung von wöchentlichen Berichten der Handelsplatzbetreiber mit aggregierten Positionen in Warenderivaten	einfach	325	260	45.348,33 €
WpHG	§ 57 Abs. 3	Entgegennahme, Verarbeitung und Überprüfung von täglichen Meldungen von Handelsplatzbetreibern mit vollständiger Aufschlüsselung der Positionen	einfach	335	1.200	215.740,00 €
WpHG	§ 57 Abs. 4	Entgegennahme, Verarbeitung und Überprüfung von täglichen Meldungen von WpDUs, die OTC mit Warenderivaten handeln, an die BaFin mit vollständiger Aufschlüsselung der Posi-	einfach	335	18.250	3.281.045,83 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		tionen				
WpHG	§§ 61 und 62	Jährliche und ggf. anlassbezogene Prüfung der Datenbereitstellungsdienste durch Auswertung der Prüfberichte und ggf. ergänzende laufende Aufsichtsmaßnahmen	hoch	4935	7	46.589,69 €
WpHG	§ 72 Abs. 2	Überprüfung der Kontrollverfahren der Handelsplätze zur Einhaltung von Positionslimits	hoch	5168	1	6.969,91 €
WpHG	§ 80 Abs. 1 S. 2 Nr. 4	Prüfung des Vorhaltens solider Sicherheitsmechanismen, die die Sicherheit und Authentifizierung der Informationsübermittlungswege gewährleisten	mittel	890	30	19.686,80 €
WpHG	§ 81 Abs. 1 S. 2 Nr. 2	Prüfung der Umsetzung, Festlegung und Überwachung der Geschäftspolitik durch Geschäftsleiter	mittel	890	676	443.609,23 €
WpHG	§ 81 Abs. 1 S. 2 Nr. 3	Prüfung der Umsetzung, Festlegung und Überwachung der Vergütungsregelungen für Personen, die Wertpapierdienstleistungen erbringen	mittel	890	676	443.609,23 €
						11.892.872,48 €

Einmaliger Erfüllungsaufwand

Gesetz	**Paragraf**	**Inhalt**	**Komplexität**	**Zeit in Min.**	**Fallzahl**	**Erfüllungsaufwand gesamt**
BörsG	§ 3c	Einführung eines Hinweisgebersystems zur Meldung von Verstößen gegen das BörsG bei Börsenauf-	hoch	5043	1	6.801,33 €

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

		sichtsbehörden				
KWG	§ 32 Abs. 1a S. 1 Halbsatz 2	Bearbeitung der Erlaubnisanträge für das Betreiben von Eigengeschäft ohne gleichzeitiges Betreiben von Bankgeschäften	mittel	1370	100	101.014,67 €
WpHG	§ 54 Abs. 1, Abs. 3	Implementierung des IT-Systems zur Festlegung und Überprüfung von Positionslimits für Warenderivate	hoch	3233	1	4.360,24 €
WpHG	§ 57	Implementierung des IT-Systems zur Entgegennahme, Verarbeitung und Überprüfung der Berichte	hoch	3363	1	4.535,57 €
						116.711,80 €
Wiederkehrender Erfüllungsaufwand						11.892.872,48 €
Einmaliger Erfüllungsaufwand						116.711,80 €
Erfüllungsaufwand Verwaltung						**12.009.584,28 €**
Wiederkehrender Erfüllungsaufwand						53.129.220,59 €
Einmaliger Erfüllungsaufwand						7.189.595,38 €
Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft						**60.318.815,97 €**
Wiederkehrende Informationspflichten						63.115.158,97 €
Einmalige Informationspflichten						54.369.485,92 €
Informationspflichten Wirtschaft						**117.484.644,88 €**
<u>Erfüllungsaufwand gesamt</u>						
Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft gesamt						60.318.815,97 €
Informationspflichten Wirtschaft gesamt						117.484.644,88 €
Erfüllungsaufwand inkl. Informationspflicht						**177.803.460,85 €**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Wiederkehrender Erfüllungsaufwand	
Wiederkehrender Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft	53.129.220,59 €
Wiederkehrende Informationspflichten Wirtschaft	63.115.158,97 €
Erfüllungsaufwand inkl. Informationspflicht	**116.244.379,56 €**
Einmaliger Erfüllungsaufwand	
Einmaliger Erfüllungsaufwand i.e.S. Wirtschaft	7.189.595,38 €
Einmalige Informationspflichten Wirtschaft	54.369.485,92 €
Erfüllungsaufwand inkl. Informationspflicht	**61.559.081,29 €**

5. Weitere Kosten

Weitere Kosten entstehen absehbar nicht.

6. Weitere Gesetzesfolgen

Der Gesetzentwurf enthält keine gleichstellungsrelevanten Aspekte. Spezifische Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen und Männern sind nicht zu erwarten, da das Gesetz ausschließlich sachbezogene Regelungen enthält.

VII. Befristung; Evaluation

Die Richtlinie 2014/65/EU, die Delegierte Richtlinie …./EU [DR MiFID II] sowie die Verordnungen (EU) Nr. 600/2014, (EU) 2015/2365 und (EU) 2016/1011 sind nicht befristet, so dass für die nationale Umsetzung dieser Richtlinien und Verordnungen ebenfalls eine Befristung nicht angezeigt ist.

Nach Artikel 90 der Finanzmarktrichtlinie (Richtlinie 2014/65/EU) und Artikel 52 der Finanzmarktverordnung (Verordnung (EU) Nr. 600/2014) wird die Kommission vor dem 3. März 2020 dem Europäischen Parlament und dem Rat jeweils einen Bericht vorlegen. Das Bundesministerium der Finanzen wird der EU-Kommission in diesem Zusammenhang seine Erkenntnisse zur Anwendung der EU-Vorschriften mitteilen. Die Ergebnisse werden gemäß der Konzeption der Bundesregierung zur Evaluierung neuer Regelungsvorhaben an den Nationalen Normenkontrollrat übermittelt.

B. Besonderer Teil

Die Aufspaltung der Änderungsbefehle zum Wertpapierhandelsgesetz (Artikel 1 bis 3), Kreditwesengesetz (Artikel 4 bis 6), Börsengesetz (Artikel 7 und 8), Kapitalanlagegesetzbuch (Artikel 10 bis 12) und Versicherungsaufsichtsgesetz (Artikel 13 bis 15) in jeweils mehrere Artikel dient der besseren Übersichtlichkeit im Hinblick auf unterschiedliche Umsetzungs- und Anwendungsfristen der umgesetzten und verankerten europäischen Vorgaben.

Zu Artikel 1 (Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wurde an die Änderung der Überschrift zu § 40d und zu § 51 angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 1)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

In Buchstabe h wird die zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EU) 2015/2365 für die in den Anwendungsbereich der Verordnung fallenden Unternehmen, die der Aufsicht nach dem Wertpapierhandelsgesetz unterliegen, konkretisiert.

Zu Nummer 3 (§ 4)

Die Änderung in Absatz 3h dient der Umsetzung von Artikel 22 Absatz 4 Satz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2015/2365. Danach muss das nationale Recht bei bestimmten Verstößen den zuständigen Behörden die verwaltungsrechtliche Möglichkeit einräumen, gegenüber der für den Verstoß verantwortlichen Person Anordnungen treffen zu können, die Verhaltensweise – auch dauerhaft – einzustellen und von einer Wiederholung abzusehen.

In Absatz 3j Satz 2 wird Artikel 22 Absatz 4 Satz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2015/2365 umgesetzt. Eine Einfügung als Satz 2 ist erforderlich, da der Adressatenkreis in Satz 1 auf Personen, „die bei einem von der Bundesanstalt beaufsichtigten Unternehmen tätig“ sind, beschränkt ist. Eine solche Einschränkung sieht die Verordnung (EU) 2015/2365 nicht vor, sondern erstreckt die Befugnis vielmehr auch auf „nicht-finanzielle Gegenparteien“ (Artikel 3 Nr. 4 der Verordnung (EU) 2015/2365), die regelmäßig nicht der Aufsicht durch die Bundesanstalt unterliegen. Außerdem ermöglicht die Verordnung nur ein Verbot der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben, nicht der Berufsausübung schlechthin.

Der Verweis auf Absatz 3h in Absatz 3k bleibt unverändert. Der darin enthaltene Verweis auf die neue Nummer 3 setzt Artikel 22 Absatz 4 Satz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2015/2365 um. Dieser spricht zwar nicht ausdrücklich von einer „Warnung“, jedoch handelt es sich auch dort wie bei der „Warnung“ um eine repressive Maßnahme durch Veröffentlichung.

In Absatz 4a wird das Betretensrecht zu einem Durchsuchungsrecht erweitert, um die Möglichkeiten der Bundesanstalt zu verbessern, Verstöße gegen die Verordnung (EU) 596/2014 zu verfolgen. Gleichzeitig wird durch den für Durchsuchungen vorzusehenden Richtervorbehalt ein besserer Schutz vor unzulässigen Maßnahmen der Bundesanstalt erreicht.

Zu Nummer 4 (§ 7)

Zu Buchstabe a

Die Überschrift wird ergänzt.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur zur Klarstellung des Bedeutungsgehalts der Vorschrift.

Zu Buchstabe c

Der neu eingefügte Absatz 9 setzt die Befugnisse der Bundesanstalt im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit nach der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 um. Dies ist notwendig, um eine wirksame Durchsetzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 bei länderübergreifendem Marktmissbrauch sicherzustellen. Sofern die angefragten Informationen nicht bei der Bundesanstalt vorhanden sind, muss die Bundesanstalt ihre Befugnisse z.B. nach § 6 einsetzen, um Untersuchungen der anfragenden ausländischen Stellen zu unterstützen.

Zu Nummer 5 (§ 34c)

Erfahrungen aus der Aufsichtspraxis haben gezeigt, dass es erforderlich ist, den deutschen Kapitalmarkt besser vor unseriösen Marktteilnehmern im Bereich der Finanzanalysen zu schützen. Verhindert werden sollen Marktmanipulationen durch Finanzanalysten, die mit verschleierter Identität auftreten. Die Änderungen in § 34c sollen zum einen die Informationsbasis der Bundesanstalt stärken, damit diese die Einhaltung der Vorschriften des Artikels 20 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 in Verbindung mit der auf der Grundlage des Artikels 20 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 erlassenen delegierten Verordnung noch wirksamer überwachen und durchsetzen kann. Zum anderen soll die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes durch mehr Transparenz gestärkt werden.

Die Änderungen stehen im Einklang mit den Vorgaben des Artikels 23 Absatz 2 und Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014. Danach sind die Mitgliedstaaten nicht daran gehindert, über die in der Marktmissbrauchsverordnung aufgeführten Befugnisse hinauszugehen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Personen, die verantwortlich sind für die Erstellung oder Weitergeber von Anlageempfehlungen oder anderen Informationen, durch die eine Anlagestrategie empfohlen oder vorgeschlagen wird, haben ihre Anzeige an die Bundesanstalt nach § 34c künftig vor deren Erstellung oder Weitergabe anzuzeigen. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Bundesanstalt Kenntnis über die Existenz der Marktteilnehmer und deren Aktivitäten hat, noch bevor Informationen zu Finanzinstrumenten oder Emittenten an den Kapitalmarkt gelangen.

Die Erweiterung der Pflichtangaben zum Anzeigepflichtigen fördert die wirksame Identifizierung und anschließende Überwachung der anzeigepflichtigen Personen im Hinblick auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Anforderungen. Vor dem Hintergrund möglicher Verwaltungsverfahren (u. a. Auskunftsersuchen, Bußgeldverfahren) oder Abgaben an Strafverfolgungsbehörden (z. B. wg. Marktmanipulation) ist der Umfang des Datenkranzes notwendig, um verantwortliche Personen – ohne Verwechslungsgefahr – eindeutig bestimmen und Maßnahmen wirksam adressieren zu können. Angesichts der Bedeutung von Finanzanalysen für die Entscheidungsfindung der Anleger steht der Eingriff in das Recht der informationellen Selbstbestimmung der anzeigepflichtigen Personen nicht außer Verhältnis zu dem hiermit verfolgten Ziel, die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes besser zu schützen

Ferner sind die anzeigepflichtigen Personen künftig verpflichtet, ihre Angaben zur Identität glaubhaft zu machen. Dies kann insbesondere erfolgen:

- durch Vorlage eines gültigen amtlichen Ausweises bei der BaFin, der ein Lichtbild des Inhabers enthält und mit dem die Pass- und Ausweispflicht im Inland erfüllt werden kann,

- durch elektronischen Identitätsnachweis nach § 18 des Personalausweisgesetzes (Online-Ausweisfunktion des Personalausweises), sofern von der Bundesanstalt hierfür die technischen Voraussetzungen geschaffen werden,

- durch elektronische Signatur, sofern von der Bundesanstalt hierfür die technischen Voraussetzungen geschaffen werden,

- durch „Postident-Verfahren“ mit hinreichendem Sicherheitsstandard, sofern von der Bundesanstalt hierfür die technischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Bei juristischen Personen oder Personengesellschaften kann die Glaubhaftmachung durch Vorlage oder Einreichung eines amtlich beglaubigten Auszuges aus dem Handels- oder Genossenschaftsregister oder einem vergleichbaren amtlichen Register oder Verzeichnis, der Gründungsdokumente oder gleichwertiger beweiskräftiger Dokumente erfolgen.

Die sonstigen Änderungen des neuen Absatz 1 dienen der Klarstellung. Durch den Gebrauch des Wortes „inwiefern“ wird in Satz 4 sprachlich klargestellt, dass die generellen Umstände zu spezifizieren sind, aus denen sich typischerweise Interessenkonflikte ergeben können. Ferner wird Klarheit darüber geschaffen, dass der BaFin nicht nur die Veränderung der angezeigten Daten und Sachverhalte, sondern auch die Einstellung der Tätigkeit innerhalb von vier Wochen anzuzeigen ist, um den Kenntnisstand der Bundesanstalt hinreichend aktuell zu halten.

Für die Speicherung der nach § 34c Absatz 1 erhobenen personenbezogenen Daten gilt, dass diese nach Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 nicht länger als fünf Jahre gespeichert werden.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Durch die Veröffentlichung der Namen der nach Absatz 1 ordnungsgemäß angezeigten Personen und Personengesellschaften auf der Internetseite der Bundesanstalt kann sich der Kapitalmarkt auf einfache und kostengünstige Weise darüber informieren, ob die verantwortlichen Personen ihren Anzeigepflichten gegenüber der Bundesanstalt ordnungsgemäß nachgekommen sind. Unseriöse Marktteilnehmer, die ihren Pflichten nicht ordnungsgemäß nachgekommen sind, um sich möglicherweise dem Zugriff durch die Aufsichtsbehörden zu entziehen, können durch einen Abgleich mit den Angaben auf der Internetseite der Bundesanstalt leichter ausfindig gemacht werden. Insgesamt wird hier durch mehr Transparenz die Integrität des Kapitalmarktes gestärkt.

Ohne Veröffentlichung der ordnungsgemäß angezeigten Personen und Personengesellschaften ist es vor allem für Privatanleger kaum möglich zu beurteilen, ob Informationen von einem möglicherweise unseriösen Marktteilnehmer herrühren, was wiederrum die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes beeinträchtigt. Das Recht auf

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

informationelle Selbstbestimmung der anzeigepflichtigen Personen tritt daher in der Abwägung hinter dem Schutz des Verbrauchers zurück.

Zu Nummer 6 (§ 36)

Absatz 1 Satz 1 wird im Anschluss an die Änderungen durch das Erste Finanzmarktnovellierungsgesetz redaktionell korrigiert. Die Einhaltung der Anzeigepflichten nach § 10 des Wertpapierhandelsgesetzes sowie die sich aus der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006 ergebenden Pflichten sind auch weiterhin Gegenstand der jährlichen Prüfungspflicht.

Zu Nummer 7 (§ 37x)

In § 37x Absatz 2 WpHG wird klargestellt, dass die nach § 37x Absatz 1 Satz 1 WpHG zur Veröffentlichung eines Zahlungs- bzw. eines Konzernzahlungsbericht verpflichteten Emittenten auch verpflichtet sind, diesen Bericht an das Unternehmensregister zur Speicherung zu übermitteln. Bisher ergibt sich diese Verpflichtung lediglich indirekt aus § 37x Absatz 2 Satz 1 WpHG.

Zu Nummer 8 (§ 38)

In § 38 Absatz 3 wird der (statische) Verweis auf die Verordnung (EU) 596/2014 redaktionell überarbeitet. Damit wird sichergestellt, dass für die Straf- und Bußgeldvorschriften des WpHG (§§ 38, 39) insgesamt auf die letzte Fassung der Verordnung (EU) 596/2014 verwiesen wird, die diese auf Grund der Verordnung (EU) 2016/1033 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juni 2016 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 über Märkte für Finanzinstrumente, der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 über Marktmissbrauch und der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer (ABl. L 175 vom 30.6.2016, S. 1) und der Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 (ABl. L 287 vom 21.10.2016, S. 320) erhalten hat. Zudem wird in Nummer 2 der Begriff „anstiftet“ durch „verleitet“ ersetzt und auf diese Weise die entsprechende Berichtigung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 umgesetzt.

Zu Nummer 9 (§ 39)

Absatz 2f enthält Vorgaben zu Bußgeldtatbeständen betreffend Verstöße gegen Ge- und Verbote, die auf Artikel 22 der Verordnung (EU) 2015/2365 zurückzuführen sind. Absatz 4c setzt die Vorgaben zu Sanktionshöhen aus der Verordnung (EU) 2015/2365 um. In den Absätzen 5 und 6a werden im Hinblick auf die Umsetzung der Verordnung (EU) 2015/2365 erforderliche Ergänzungen eingefügt.

Zu Nummer 10 (§ 40d)

Hiermit wird Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/2365 umgesetzt, der bei einem Verstoß gegen die Artikel 4 und 15 eine entsprechende Bekanntmachung unter Berücksichtigung von Verhältnismäßigkeitserwägungen erfordert. Die Vorschrift bietet der Bundesanstalt die Möglichkeit auf eine Bekanntmachung personenbezogener Daten zu verzichten. Die Bundesanstalt wird dieses Ermessen in jedem Einzelfall sehr sorgfältig ausüben.

Zu Nummer 11 (§ 41)

In § 41 Absatz 4g wird ein Verweisfehler korrigiert.

Zu Nummer 12 (§ 51)

Mit dem Ersten Finanzmarktnovellierungsgesetz wurden die Straf- und Bußgeldvorschriften in §§ 38, 39 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) geändert, um die erforderlichen Sanktionsbestimmungen zur Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Marktmissbrauch (Marktmissbrauchsverordnung) und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinien 2003/124/EG, 2003/125/EG und 2004/72/EG der Kommission sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2014/57/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über strafrechtliche Sanktionen bei Marktmanipulation (Marktmissbrauchsrichtlinie) zu schaffen. Diese Straf- und Bußgeldtatbestände enthalten Verweisungen auf die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und wurden am 2. Juli 2016 und damit einen Tag vor Geltung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 in Kraft gesetzt, damit die entsprechenden Bußgeldvorschriften die Voraussetzungen der Bestandschutzregelung in Art. 30 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 erfüllen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zwar kann gegen Straf- und Bußgeldvorschriften, deren Tatbestände auf europäische Bestimmungen verweisen (Blankettnormen), in der Regel erst mit Geltung der entsprechenden europarechtlichen Vorschriften verstoßen werden. In dem besonderen Fall der Sanktionierung von Verstößen gegen die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 wurden jedoch die straf- oder bußgeldbewehrten Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 durch das Inkrafttreten der Sanktionsvorschriften vor dem Anwendungszeitpunkt der bewehrten EU-Verordnung bereits ab dem 2. Juli 2016 in Deutschland für anwendbar erklärt.

Die Absicht des Gesetzgebers, die straf- oder bußgeldbewehrten Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 mit dem Ersten Finanzmarktnovellierungsgesetz vorzeitig für anwendbar zu erklären, geht aus der Gesetzesbegründung nicht hinreichend deutlich hervor. Vor diesem Hintergrund sind Zweifel aufgekommen, ob durch das vorgezogene Inkrafttreten am 2. Juli 2016 eine Sanktionslücke entstanden sei. Eine entsprechende Sanktionslücke am 2. Juli 2016 könnte aufgrund der Regelungen in § 2 Absatz 3 des Strafgesetzbuches (StGB) und § 4 Absatz 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) auch über den 2. Juli 2016 hinaus für Straftaten und Ordnungswidrigkeiten Bedeutung haben, die vor dem 2. Juli 2016 begangen wurden.

Es sollte jedoch aus rechtsstaatlichen Gründen keine Unsicherheit darüber bestehen, ob Verstöße gegen Handlungsge- und -verbote aus Sicht des Gesetzgebers den Tatbestand einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit erfüllen. Mit der Übergangsvorschrift in § 51 WpHG soll diese Rechtssicherheit nunmehr für Straftaten nach § 38 WpHG und Ordnungswidrigkeiten nach § 39 WpHG, die unter Geltung der §§ 38, 39 WpHG in der bis zum Ablauf des 1.7.2016 geltenden Fassung begangen wurden, in der Weise hergestellt werden, indem für diese Verstöße ausdrücklich das Tatzeitrecht für anwendbar erklärt wird. Dadurch werden § 2 Absatz 3 StGB und § 4 Absatz 3 OWiG abbedungen.

Der Ausschluss des Prinzips der Meistbegünstigung in § 2 Absatz 3 StGB und § 4 Absatz 3 OWiG stellt keinen Verstoß gegen Artikel 103 Absatz 2 des Grundgesetzes dar, da das Prinzips der Meistbegünstigung verfassungsrechtlich nicht geboten ist und daher durch einfachgesetzliche Regelung abbedungen werden kann (Bundesverfassungsgerichts, Beschluss vom 18. September 2008 – 2 BvR 1817/08). Ebenso steht Artikel 49 Absatz 1 Satz 3 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GR-Charta) der Regelung nicht entgegen, da dieser nach Maßgabe des Artikels 52 Absatz 1 GR-Charta eingeschränkt werden kann. Für die hier vorgenommene Einschränkung von Artikel 49 Absatz 1 Satz 3 GR-Charta ist nicht ersichtlich, dass der unionsrechtliche Grundrechts-schutz strengere Anforderungen aufstellen würde als der grundgesetzliche Grundrechtsschutz für eine Einschränkung der einfachgesetzlichen Regelungen in § 2 Absatz 3 StGB und § 4 Absatz 3 OWiG.

Zu Artikel 2 (Weitere Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wurde an die Änderung der Überschrift zu § 40d angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 1)

Einige der gemäß Artikel 50 der Verordnung (EU) 2016/1011 ab dem 30. Juni 2016 geltenden Artikel setzen die Benennung der zuständigen Behörde voraus. Entsprechend wird der Anwendungsbereich des Wertpapierhandelsgesetzes in Buchstabe i auf die Überwachung der Verordnung (EU) 2016/1011 erstreckt.

Zu Nummer 3 (§ 4)

Die Einfügung von Satz 4 in Absatz 3 setzt Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe a und b der Verordnung (EU) 2016/1011 um. Auskunftsverlangen, Vorladung und Vernehmung werden in Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2016/1011 aber nur gegenüber den in Absatz 5 Satz 4 Genannten und nicht gegenüber jedermann eingeräumt, insbesondere also nicht gegenüber den ebenfalls von der Verordnung (EU) 2016/1011 betroffenen Verwendern eines Referenzwertes.

Die Änderung in Absatz 3d Satz 1 setzt Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2016/1011 um. Adressaten sind „beaufsichtigte Unternehmen“ im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011, die über den Kreis der bereits genannten Wertpapierdienstleistungsunternehmen, Kreditinstitute und Finanzinstitute hinausgehen können. Dies kann insbesondere ein Administrator im Sinne der Verordnung sein.

Absatz 3h Nummer 4 setzt Absatz 13 Satz 1 Nummer 6 Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe h der Verordnung (EU) 2016/1011 um.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Änderung in Absatz 3j Satz 1 ist eine redaktionelle Änderung, um der veränderten Nummerierung in Absatz 3h Rechnung zu tragen.

Durch den Verweis in Absatz 4 Satz 1 letzter Halbsatz auf die nach Absatz 3 Auskunftspflichtigen wird Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2016/1011 umgesetzt. Mit dem letzten Halbsatz des Satzes 1 wird die in Absatz 3 für den Anwendungsbereich der Verordnung (EU) 2016/1011 vorgenommene Beschränkung des Adressatenkreises wieder aufgehoben, da Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2016/1011 eine solche Beschränkung für die in Absatz 19 geregelten Eingriffe nicht vorsieht.

Der neue Satz 11 in Absatz 4a setzt Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2016/1011 um.

Mit der Einfügung des Verweises in Absatz 4b auf Absatz 3h Nummer 4 wird Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2016/1011 umgesetzt.

Einige der gemäß Artikel 50 der Verordnung (EU) 2016/1011 ab dem 30. Juni 2016 geltenden Artikel setzen die Benennung der zuständigen Behörde voraus. Entsprechend wird in § 4 Absatz 4c die Bundesanstalt als zuständige Behörde bestimmt. Weiter werden in Absatz 4c verschiedene Artikel der Verordnung (EU) 2016/1011 umgesetzt: in Satz 1 Artikel 40 Absatz 1; in Satz 2 Artikel 41 Absatz 3; in Satz 3 Nummer 1 Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe j; in Nummer 2 Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe c; in Nummer 3 Buchstabe a Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe a; in Nummer 3 Buchstabe b Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe c; in Nummer 3 Buchstabe c Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe d; in Nummer 3 Buchstabe d Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe e. Soweit entsprechende Kompetenzen schon andernorts in § 4 WpHG geregelt sind, erfolgte hier aufgrund der differenzierten Voraussetzungen und Adressaten der Befugnisse im Rahmen der Verordnung (EU) 2016/1011 eine separate Umsetzung um die bestehenden Regelungen in § 4 WpHG redaktionell nicht zu überfrachten.

Zu Nummer 4 (§ 39)

Absatz 2g ist neu aufgenommen und enthält Vorgaben zu Bußgeldtatbeständen betreffend Verstöße gegen Ge- und Verbote, die auf Artikel 42 der Verordnung (EU) 2016/1011 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden, zurückzuführen sind. Absatz 4d enthält die Vorgaben zu Sanktionshöhen aus der Verordnung (EU) 2016/1011. In den Absätzen 5 und 6a werden im Hinblick auf die Umsetzung der Verordnung (EU) 2016/1011 erforderlichen Ergänzungen eingefügt.

Zu Nummer 5 (§ 40d)

Absatz 6 setzt Artikel 45 der Verordnung (EU) 2016/1011 um. Die Maßgabe ist Artikel 45 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011 geschuldet, der eine Bekanntmachung von Aufhebungen in größerem Umfang als Absatz 4 Satz 2 vorsieht. Die Vorschrift bietet der Bundesanstalt die Möglichkeit auf eine Bekanntmachung personenbezogener Daten zu verzichten. Die Bundesanstalt wird dieses Ermessen in jedem Einzelfall sehr sorgfältig ausüben.

Zu Artikel 3 (Weitere Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wird den Änderungen der Vorschriften angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 1)

In Absatz 1 waren bislang Regelungen hinsichtlich des Anwendungsbereiches enthalten, ohne diesen abschließend zu bestimmen. Durch die Formulierung „enthält Regelungen in Bezug auf“ wird nunmehr deutlich, dass die Funktion der Norm darin liegt, einen Überblick über den Regelungsgegenstand des Gesetzes zu gewinnen, ohne den Anwendungsbereich abschließend zu bestimmen. Die Neufassung von Absatz 1 nimmt darüber hinaus die Datenbereitstellungsdienste unter Nummer 2 und die Konzeption von Finanzinstrumenten unter Nummer 5 auf. In diesen Bereichen wird die Richtlinie 2014/65/EU im WpHG umgesetzt. Ferner werden mit der Neufassung zur Klarstellung weitere Tatbestände aufgenommen, auf die das WpHG bereits in seiner aktuellen Fassung Anwendung findet. Dies betrifft insbesondere die Aufnahme der Überwachung von Unternehmensabschlüssen und die Veröffentlichung von Finanzberichten in Nummer 6. In Nummer 8 werden die Verordnungen der Europäischen Kommission aufgeführt, hinsichtlich derer das WpHG Zuständigkeits-, Befugnis- und Sanktionsnormen enthält.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

In Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 Buchstabe i wird der Anwendungsbereich des Wertpapierhandelsgesetzes auf die Überwachung der Verordnung (EU) 2016/1011 erstreckt.

In Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 Buchstabe j wird die zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EU) 2015/2365 für die in den Anwendungsbereich der Verordnung fallenden Unternehmen, die der Aufsicht nach dem Wertpapierhandelsgesetz unterliegen, konkretisiert.

Absatz 2 betrifft den territorialen Anwendungsbereich des WpHG. Die Neufassung hat klarstellende Funktion. Satz 1 löst die bisherige Regelung ab, die auf Artikel 10 Buchstabe a der Richtlinie 2003/6/EG beruhte und den dritten und vierten Abschnitt sowie die §§ 34b und 34c zum Gegenstand hatte. In den Nummern 1 bis 3 werden im Hinblick auf die Regelungen in Abschnitt 11 sowie die §§ 54 bis 57 mit dem Sitz des Emittenten im Inland, dem inländischen Handel und der im Inland angebotenen Wertpapierdienstleistung oder Wertpapiernebendienstleistung drei Anknüpfungspunkte zur Regelung der internationalen Anwendbarkeit aufgeführt. Soweit andere Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes speziellere Regelungen zur internationalen Anwendbarkeit treffen, gehen diese Regelungen der allgemeinen Vorschrift des § 1 Absatz 2 Satz 1 vor. Nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 ist der Anwendungsbereich des WpHG nur bei Wertpapierdienstleistungen eröffnet, die im Inland angeboten werden. Somit ist beispielsweise die Anlageberatung durch eine Zweigniederlassung im Ausland, die gegenüber Kunden im Ausland erfolgt, nicht vom internationalen Anwendungsbereich des WpHG nach Absatz 2 erfasst. Satz 2 stellt klar, dass die §§ 54 bis 57 unter den dort geregelten Voraussetzungen auch auf im Ausland außerhalb eines Handelsplatzes gehandelte Warenderivate anwendbar sind, die wirtschaftlich gleichwertig zu den an inländischen Handelsplätzen gehandelten Warenderivaten sind. Da durch den geänderten § 48 Absatz 3 des Börsengesetzes klargestellt ist, dass der Freiverkehr ein multilaterales Handelssystem darstellt, wird der Freiverkehr in Absatz 2 neben den multilateralen Handelssystemen nicht mehr gesondert aufgeführt.

Absatz 3 entspricht dem durch das Gesetz zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie – Änderungsrichtlinie eingefügten Absatz 4. Der Absatz wird lediglich verschoben, inhaltliche Änderungen werden nicht vorgenommen.

Zu Nummer 3 (§ 2)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Ersetzung des Wortes „Zertifikate“ durch das Wort „Hinterlegungsscheine“ in Absatz 1 Nummer 1 und Nummer 3 Buchstabe a beruht auf der aufgrund der Richtlinie 2014/65/EU neu gefassten Definition des Begriffs Hinterlegungsschein in § 2 Absatz 34.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Der bisherige Absatz 1a wird aufgrund der geänderten Nummerierung des Gesetzes zu Absatz 2. Die Definition der Geldmarktinstrumente wird anhand des Wortlauts von Art. 4 Abs. 1 Nr. 17 MiFID II i.V.m. der konkretisierenden Regelung des Artikels 11 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] neu gefasst.

Zu Buchstabe c (Absatz 3)

In Absatz 3 wird der Begriff „Derivate“ durch den Begriff „Derivative Geschäfte“ ersetzt, um mögliche Widersprüche mit dem nunmehr in Artikel 4 Absatz 1 Nummer 49 der Richtlinie 2014/65/EU in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1 Nummer 29 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 definierten und in § 2 Absatz 38 umgesetzten Begriff des Derivats zu vermeiden.

Die Änderungen in Absatz 3 Nummer 1 und 2 dienen der Umsetzung der Änderungen in Anhang 1 Abschnitt C Absatz 4 bis 10 der Richtlinie 2014/65/EU. Die Emissionszertifikate werden in der Richtlinie 2014/65/EU in Anhang 1 Abschnitt C Absatz 4 und nicht mehr wie in Richtlinie 2004/39/EG in Absatz 10 aufgeführt. Es ist daher folgerichtig, Emissionsberechtigungen aus dem Anwendungsbereich von Absatz 3 Nummer 2 herauszunehmen und in Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe f aufzunehmen. Die Richtlinie 2014/65/EU definiert Emissionszertifikate in Anhang 1 Abschnitt C Absatz 11 unter Verweis auf die Richtlinie 2003/87/EG, welche im Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) in nationales Recht umgesetzt wurde. Für die Definition von Emissionsberechtigungen in Ansatz 2 Nummer 2 Buchstabe f kann daher auf die entsprechenden Regelungen im TEHG verwiesen werden.

In Nummer 1 Buchstabe b wird im Hinblick auf Devisen ein Verweis auf die konkretisierenden Voraussetzungen des Artikels 10 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] eingefügt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der in Nummer 2 eingefügte Buchstabe b beruht darauf, dass in Anhang 1 Abschnitt C Absatz 6 und 10 der Richtlinie 2014/65/EU die Handelsplätze um die organisierte Handelsplattform ergänzt und eine Ausnahme für Energiegroßhandelsprodukte, die effektiv geliefert werden müssen, geschaffen wurden.

Die Änderung in Nummer 2 Buchstabe c, im letzten Halbsatz von Absatz 3 Nummer 2 und in Absatz 3 Nummer 5 beruhen darauf, dass die entsprechenden Verweisnormen in der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006 nunmehr in Artikel 7 und 8 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] geregelt sein werden.

Zu Buchstabe d (Absatz 4)

Die Neufassung des Absatzes 4 dient der Umsetzung von Anhang 1 Abschnitt C Absatz 11 der Richtlinie 2014/65/EU. Emissionszertifikate nach Nummer 5 sind hiernach nunmehr Finanzinstrumente im Sinne des WpHG. Diese Erweiterung dient zugleich der Umsetzung entsprechender Vorgaben der Richtlinie 2014/57/EU.

Zu Buchstabe e (Absatz 5 bis 7)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen.

Zu Buchstabe f (Absatz 8)

Der Begriff der Wertpapierdienstleistungen wird an verschiedenen Stellen des WpHG verwendet. Anders als nach den Regelungen der Richtlinie 2014/65/EU umfasst der Begriff der Wertpapierdienstleistungen nach deutschem Recht auch den Begriff der Anlagetätigkeiten im Sinne der Richtlinie 2014/65/EU. Eine Aufteilung der Begrifflichkeiten in Wertpapierdienstleistungen einerseits und Anlagetätigkeiten andererseits ist daher im deutschen Recht nicht erforderlich.

In Absatz 8 Satz 1 Nummer 2 werden weitere Kurzbezeichnungen für Wertpapierdienstleistungen eingeführt. Zugleich dienen die Änderungen in den Buchstaben a, b und d der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 7, 20 und 40 der Richtlinie 2014/65/EU. Die Definition des Market Makers gilt nur für Zwecke der MiFID II-Vorgaben, nicht auch für andere europäische Rechtsgrundlagen, in denen Vorgaben an Market Maker enthalten sind, wie z.B. die EU-Leerverkaufsverordnung.

Aufgrund der Vorgaben des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe d und j in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 1 Nummer 7 der Richtlinie 2014/65/EU wird die Wertpapierdienstleistung gemäß Absatz 6 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a (Market Making) zukünftig nicht mehr auf eine Tätigkeit an einem organisierten Markt oder multilateralen Handelssystem beschränkt sein.

Die Änderung in Absatz 8 Satz 1 Nummer 8 dient der Angleichung an den Wortlaut von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 22 der Richtlinie 2014/65/EU. Die Einführung des organisierten Handelssystems als neuer Handelsplatzkategorie macht eine trennscharfe Abgrenzung zu der bereits bestehenden Kategorie des multilateralen Handelssystems erforderlich. Die Abgrenzung erfolgt im Wesentlichen auf Grundlage der Bestimmungen zur Zusammenführung der Kauf- und Verkaufsinteressen. Nur wenn die Zusammenführung nach nichtdiskretionären Regeln erfolgt, liegt ein multilaterales Handelssystem vor.

Die Aufnahme von Absatz 8 Satz 1 Nummer 9 dient der Umsetzung von Anhang 1 Abschnitt A Absatz 9 in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 1 Nummer 23 der Richtlinie 2014/65/EU. Diese Erweiterung dient zugleich der Umsetzung entsprechender Vorgaben aus der Richtlinie 2014/57/EU.

Die Änderung in Absatz 8 Satz 1 Nummer 10 enthält einen Hinweis auf die konkretisierenden Regelungen des Artikels 9 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II], die die Voraussetzungen der Anlageberatung näher festlegen.

Der neu angefügte Satz 2 dient der Klarstellung und setzt den letzten Teil des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 5 der Richtlinie 2014/65/EU, angelehnt an die englische Fassung der Richtlinie, um. Der Tatbestand der Eigenemission unterfällt nicht der systematischen Internalisierung.

Die eingefügten Sätze 3 bis 5 dienen der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 20 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU. Die Änderungen in Satz 7 sind redaktioneller Natur und erfolgen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes. Zudem entfällt aufgrund der Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1287/2006 der Verweis auf diese Verordnung und wird durch einen Verweis auf die anwendbaren Artikel 72 bis 76 der Delegierte Verordnung (EU) … [DV MiFID II] ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe g (Absatz 9)

In Absatz 9 Nummer 1 wird in Umsetzung von Anhang 1 Abschnitt B Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU die Führung von Wertpapierkonten auf oberster Ebene nicht mehr als Depotgeschäft erfasst. Zudem wird die Beschreibung der Wertpapiernebendienstleistung terminologisch an die entsprechenden Tätigkeiten eines Zentralverwahrers nach der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 angepasst.

Zu Buchstabe h (Absatz 10 und 11)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der geänderten Nummerierung des Gesetzes.

Zu den Buchstabe i (Absatz 12)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der geänderten Nummerierung des Gesetzes. Zudem wird der Begriff des Mitgliedstaates legaldefiniert.

Zu Buchstabe j (Absatz 13)

Bei den Änderungen handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Buchstabe k (Absatz 14)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Buchstabe l (Absatz 15)

Der bisherige Absatz 7a wird Absatz 15 und redaktionell angepasst. Da durch den geänderten § 48 Absatz 3 des Börsengesetzes nunmehr klargestellt ist, dass der Freiverkehr ein multilaterales Handelssystem darstellt, ist es für die Definition des MTF-Emittenten in Absatz 15 entbehrlich, den Freiverkehr neben den multilateralen Handelssystemen gesondert aufzuführen.

Zu Buchstabe m (Absatz 16)

In Absatz 16 wird die zur Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 erforderliche Definition des OTF-Emittenten eingefügt.

Zu Buchstaben n und o (Absatz 17 und 18)

Die Änderungen in Absatz 17 und 18 dienen der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 55 und 56 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe p (Absatz 10-alt)

Der bisherige Absatz 10 kann entfallen, da die systematische Internalisierung zukünftig in § 2 Absatz 8 Nummer 2 Buchstabe a legal definiert und in § 2 Absatz 8 Sätze 3 bis 5 in Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 20 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU weiter konkretisiert wird.

Zu Buchstabe q (Absatz 19)

Aufgrund der Berichtigung der Richtlinie 2014/65/EU vom 13. Juli 2016, EU ABl. L 188/28 ist der Verweis auf das KWG durch den entsprechenden Verweis auf den Begriff der Einlage im Sinne des Einlagensicherungsgesetzes zu ersetzen.

Zu Buchstabe r (Absatz 20 bis 47)

Absatz 20 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 58 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 21 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 18 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 22 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 24 der Richtlinie 2014/65/EU und Artikel 2 Nummer 12 der Richtlinie 2014/57/EU um. Die Definition betrifft nur den Begriff des Handelsplatzes. Der Begriff des Ausführungsplatzes ergibt sich demgegenüber im Wesentlichen aus Artikel 64 Abs. 1 Delegierte Verordnung (EU) …[DV MiFID II].

Absatz 23 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 25 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Absatz 24 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 30 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 25 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 32 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die Abschnitte 6 und 16 des Wertpapierhandelsgesetzes sind von der Definition ausgenommen, da die darin verwendeten Begriffe des Mutterunternehmens nicht auf der Richtlinie 2014/65/EU beruhen.

Absatz 26 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 33 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die Abschnitte 6 und 16 des Wertpapierhandelsgesetzes sind von der Definition ausgenommen, da die darin verwendeten Begriffe des Tochterunternehmens nicht auf der Richtlinie 2014/65/EU beruhen.

Absatz 27 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 34 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 28 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 35 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 29 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 38 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 30 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 41 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 31 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 45 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 32 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 46 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 33 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 47 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 34 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 48 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 35 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 49 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 36 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 50 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 37 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 52 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 38 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 53 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 39 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 54 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 40 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 63 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 41 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 57 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 42 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 60 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 43 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 62 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 44 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 40 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 45 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 51 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 46 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 13 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 47 setzt Artikel 4 Absatz 1 Nummer 61 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Buchstabe s (Absatz 48 und 49)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen.

Zu Nummer 4 (§ 3)

Zu Buchstabe a (Überschrift)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Buchstabe b (Absatz 1)

Die Änderung in Absatz 1 Nummer 1 ist eine Folgeänderung zur Änderung der Absatznummerierung in § 2.

Die Änderungen in Absatz 1 dienen der Umsetzung der von der Richtlinie 2004/39/EG abweichenden Ausnahmevorschriften des Artikels 2 Absatz 1 sowie des Artikels 3 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Änderungen in Absatz 1 Nummer 4 dienen der Umsetzung von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Ergänzungen in Absatz 1 Nummer 5 dienen der Umsetzung von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe h der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Änderungen in Absatz 1 Nummer 6 dienen der Aufnahme des Verweises auf die konkretisierende Regelung des Artikels 4 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Die Aufhebung der bisherigen Absatz 1 Nummer 8 beruht darauf, dass der Ausnahmetatbestand von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe l der Richtlinie 2004/39/EG in der Richtlinie 2014/65/EU gestrichen wurde.

Die Neufassung von Absatz 1 Nummer 8 sowie die Aufnahme von Absatz 1 Satz 2 und 3 dient der Umsetzung von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe j der Richtlinie 2014/65/EU.

Mit der Aufnahme von Absatz 1 Nummer 9 und 10 werden die fakultativen Ausnahmen des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe d und e der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben im Hinblick auf Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d und e ein Wahlrecht zur Umsetzung der Richtlinienvorschriften. Von diesem Wahlrecht macht der Gesetzgeber Gebrauch, weil einige lokale Energieversorgungsunternehmen und Betreiber von Anlagen, die unter das Emissionshandelssystem der Europäischen Union fallen, ihre Handelstätigkeiten in nichtkonsolidierten Tochtergesellschaften bündeln, um geschäftliche Risiken abzusichern. Das Erbringen von Wertpapierdienstleistungen durch solche Tochtergesellschaften mit dem alleinigen Ziel der Absicherung von Geschäftsrisiken ihrer Kunden, die aus Warenderivaten, Emissionszertifikaten oder Derivaten auf Emissionszertifikate resultieren, ist im volkswirtschaftlichen Interesse. Die Nummern 9 und 10 haben weitgehend deckungsgleiche Voraussetzungen, wobei Nummer 9 als Kunden der Tochtergesellschaften bestimmte lokale Elektrizitätsunternehmen und Erdgasunternehmen und Nummer 10 als Kunden bestimmte Anlagenbetreiber erfasst.

Die Neufassung der bisherigen Absatz 1 Nummer 10 durch die neu eingefügte Nummer 11 dient der Umsetzung der Änderungen, die Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2014/65/EU, wie zuletzt durch die Richtlinie 2016/1034/EU geändert, im Vergleich zur Richtlinie 2004/39/EG erfahren hat. Der Begriff der Wertpapierdienstleistung umfasst im deutschen Recht auch die Anlagetätigkeit gemäß MiFID II-Terminologie. Um Zweifeln hinsichtlich des Anwendungsbereichs der Ausnahmeregelung entgegenzuwirken, wird die Anlagetätigkeit ausdrücklich genannt.

Die Aufhebung der bisherigen Absatz 1 Nummer 12 beruht darauf, dass der Ausnahmetatbestand des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe k der Richtlinie 2004/39/EG in der Richtlinie 2014/65/EU gestrichen wurde.

Die Änderung in Absatz 1 Nummer 13 beruht auf der Umsetzung von Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU.

Absatz 1 Nummern 15 setzt Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e der Richtlinie 2014/65/EU um.

Absatz 1 Nummer 16 dient der Umsetzung des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe n der Richtlinie 2014/65/EU. Wie aus Erwägungsgrund 35 der Richtlinie 2014/65/EU hervorgeht, sind Übertragungsnetzbetreiber nur dann von dem Anwendungsbereich der Richtlinienvorschriften ausgenommen, soweit sie Dienstleistungen erbringen, die mit den Tätigkeiten eines Übertragungsnetzbetreibers in Zusammenhang stehen. Gehen Wertpapierdienstleistungen über die von der Ausnahme nach Absatz 1 Nummer 16 erfassten Tätigkeiten hinaus, so handelt es sich um erlaubnispflichtige Wertpapierdienstleistungen. Diese können dann auch auf den Betrieb eines Sekundärmarkts oder einer Handelsplattform ausgerichtet sein. Hierbei wären jedoch die Voraussetzungen für die entsprechenden Wertpapierdienstleistungen, wie beispielsweise den Betrieb eines multilateralen oder organisierten Handelssystems zu erfüllen.

Die Aufnahme von Absatz 1 Nummer 18 setzt Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe i der Richtlinie 2014/65/EU um.

Im Einklang mit den Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU, insbesondere Erwägungsgrund 22 der Richtlinie, sind die Ausnahmen nach Absatz 1 Nummer 8 und Nummer 11 (Eigengeschäfts- und Nebentätigkeitsausnahme) nebeneinander anwendbar.

Der neue Satz 2 regelt im Einklang mit Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe j Richtlinie 2014/65/EU die jährliche Anzeigepflicht der unter die Ausnahmen nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 bis 10 fallenden Unternehmen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur.

Zu Buchstabe d (Absatz 3 und 4)

Der neue Absatz 3 Satz 1 dient der Umsetzung von Artikel 1 Absatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU. Absatz 3 Satz 2 dient der Umsetzung der Gleichwertigkeitsanforderungen gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU hinsichtlich der Unternehmen, die von den Ausnahmen nach Absatz 1 Nummer 9 oder 10 Gebrauch machen.

Absatz 4 dient der Umsetzung von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe j Richtlinie 2014/65/EU. Die Regelung enthält entsprechend § 24 KWG eine Verordnungsermächtigung für die Regelung eines öffentlichen Registers zur Erfüllung der jährlichen Anzeigepflicht nach Absatz 1 Satz 2.

Zu Nummern 5 und 6 (§ 4 und § 5)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes und teilweisen Neubezeichnung von Absätzen.

Zu Nummer 7 (Abschnitt 2)

Die Überschrift des 2. Abschnitts wird § 6 vorangestellt.

Zu Nummer 8 (§ 6)

In Folge der Umnummerierung des Gesetzes wird der bisherige § 4 zum neuen § 6. Neben einer Ergänzung der Befugnisse, um die Richtlinie 2014/65/EU umzusetzen und zur Durchsetzung der Verordnungen (EU) 2015/2365, (EU) Nr. 600/2014 und (EU) 2016/1011, werden die Absätze ebenfalls neu nummeriert. Darüber hinaus werden zur besseren Systematisierung Einzelbefugnisse in die nachfolgenden Paragraphen verschoben. Auf die dortige Begründung wird verwiesen.

Die Änderung in Absatz 1 dient der Umsetzung der erweiterten Aufsichtsbefugnisse hinsichtlich der Tätigkeit von Datenbereitstellungsdienstleistungen, wie sie nunmehr in Titel V Abschnitt 1 der Richtlinie 2014/65/EU vorgesehen ist.

In Absatz 2 Satz 1 und 2 wird die Generalklausel zur Festlegung der Befugnisse der Bundesanstalt an die insbesondere durch neue europäische Rechtsakte stark erweiterten Rechtsgrundlagen angepasst. Der neue Satz 3 in Absatz 2 dient der Umsetzung von Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe q der Richtlinie 2014/65/EU. Hiernach kann die Bundesanstalt Warnungen veröffentlichen, sofern dies zur Durchsetzung der Verbote und Gebote dieses Gesetzes oder zur Beseitigung oder Verhinderung von Missständen nach Absatz 1 geboten ist. Eine Warnung kann insbesondere auf der Internetseite, aber auch in anderen Medien, erfolgen.

Darüber hinaus dient Satz 4 der Umsetzung des Artikels 69 Absatz 2 Buchstabe t der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Änderung in Satz 1 des Absatzes 3 dient der Umsetzung von Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU. Vor dem Hintergrund der europäischen Vorgabe kann die Bundesanstalt nunmehr auch die Vorlage sonstiger Daten verlangen. Zu den sonstigen Daten zählen beispielsweise auch E-Mails und Chatprotokolle. Die Regelung dient der Klarstellung und Anpassung an den Wortlaut der Richtlinie. Elektronische Unterlagen konnten bislang auch unter Absatz 3 Satz 1 eingesehen werden. Durch die Ergänzung in Absatz 3 Satz 1 wird ferner die Befugnis zum Erlass von Auskunfts- und Vorlageersuchen zum Zweck der Überwachung der Einhaltung eines Verbots oder Gebots der Verordnung (EU) 2015/2365 ermöglicht. Darüber hinaus war das Auskunfts- und Vorlageersuchen auf die Ermittlung der Voraussetzungen für das Ergreifen von Produktinterventionsmaßnahmen Artikel 42 MiFIR zu ergänzen.

Die in Satz 2 neu eingefügten Nummern 3 und 4 setzen Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe j der Richtlinie 2014/65/EU um.

Der bisherige Absatz 3a wird zum neuen Absatz 4.

Die Absätze 3b und 3h bis 3k, die bereits zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 durch das Erste Finanzmarktnovellierungsgesetz eingefügt wurden, werden die neuen Absätze 5 bis 9 und in Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU und Durchführung der Verordnungen (EU) 2015/2365 und (EU) 2016/1011 angepasst.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der bisherige Absatz 3b wird zum Absatz 5.

Der bisherige Absatz 3h wird zum Absatz 6. Mit der Ergänzung werden die Vorgaben aus Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe k der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt.

Absatz 6 Satz 1 Nummer 5 und Satz 2 dient der Umsetzung von Artikel 22 Absatz 4 Satz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2015/2365. Danach muss das nationale Recht den zuständigen Behörden bei bestimmten Verstößen die verwaltungsrechtliche Möglichkeit einräumen, gegenüber der für den Verstoß verantwortlichen Person Anordnungen zu treffen, die Verhaltensweise einzustellen und von einer Wiederholung absehen zu müssen.

Der Verweis in Absatz 6 Satz 2 auf die Nummern in Satz 1 umfasst ausdrücklich nicht die Nummer 6. Die in Satz 2 geregelte Befugnis wird für die Verordnung (EU) 2016/1011 an anderer Stelle umgesetzt (§ 10 Absatz 2).

Der bisherige Absatz 3i wird Absatz 7.

Der bisherige Absatz 3j wird Absatz 8. Absatz 8 dient künftig ferner der Umsetzung des Artikels 69 Absatz 2 Buchstabe f der Richtlinie 2014/65/EU. Durch den Verweis in Absatz 8 Satz 1 auf Absatz 6 Satz 1 Nummer 6 wird Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe i der Verordnung (EU) 2016/1011 umgesetzt. Dieser sieht anders als Absatz 8 Satz 1 zwar keine Beschränkung auf bei „von der Bundesanstalt beaufsichtigten Unternehmen“ tätige Personen vor. Allerdings können nur „beaufsichtigten Unternehmen“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 17 der Verordnung (EU) 2016/1011 gegen deren Artikel verstoßen, welche spätestens mit der Umsetzung der Verordnung (EU) 2016/1011 zu „von der Bundesanstalt beaufsichtigten Unternehmen“ werden.

Mit Absatz 8 Satz 2 wird Artikel 22 Absatz 4 Satz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2015/2365 umgesetzt. Eine Einfügung als Satz 2 ist erforderlich, da der Adressatenkreis in Satz 1 auf Personen, „die bei einem von der Bundesanstalt beaufsichtigten Unternehmen tätig“ sind, beschränkt ist. Eine solche Einschränkung sieht die Verordnung (EU) 2015/2365 nicht vor, sondern erstreckt die Befugnis vielmehr auch auf „nicht-finanzielle Gegenparteien“ (Artikel 3 Nummer 4 der Verordnung (EU) 2015/2365), die nicht zwangsläufig einer Aufsicht durch die Bundesanstalt unterliegen. Außerdem ermöglicht sie nur ein Verbot der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben, nicht der Berufsausübung schlechthin. Die Änderung in Satz 1 ist eine redaktionelle Änderung, um der veränderten Nummerierung in Absatz 6 Rechnung zu tragen.

Der bisherige Absatz 3k wird Absatz 9 und setzt künftig auch Artikel 70 Absatz 6 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU um.

Ferner wird mit Absatz 9 Artikel 22 Absatz 4 Satz 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2015/2365 umgesetzt. Dieser spricht zwar nicht ausdrücklich von einer „Warnung“, jedoch handelt es sich bei der dort genannten Veröffentlichung um eine vergleichbar repressive Maßnahme durch Veröffentlichung wie bei der „Warnung“. Im Übrigen handelt es sich um eine redaktionelle Änderung, um der veränderten Nummerierung in Absatz 6 Rechnung zu tragen.

Der neue Absatz 10 setzt Artikel 70 Absatz 6 Buchstabe e der Richtlinie 2014/65/EU um. Dieser sieht eine verwaltungsrechtliche Befugnis der zuständigen Behörde vor, bei Verstößen gegen die in Artikel 70 Absatz 3 benannten Vorschriften der Richtlinie sowie der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 gegenüber Wertpapierfirmen ein „vorübergehendes Verbot“ als Mitglied, Teilnehmer oder Kunde eines geregelten Markts, MTF oder OTF tätig zu sein, auszusprechen. Die englische Sprachfassung der Richtlinie, die insofern von einem „temporary ban“ spricht, macht deutlich, dass ein vorübergehender Ausschluss von der Teilnahme am Handel an den betreffenden Handelsplätzen gemeint ist. Eine Begrenzung auf höchstens drei Monate erscheint hier angemessen.

Die bisherigen Absätze 4 und 4a werden zu den Absätzen 11 und 12. Der bisherige Absatz 4b, wonach die Bundesanstalt die Beschlagnahme von Vermögenswerten beantragen kann, wird Absatz 13 und zur Umsetzung von Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe e der Richtlinie 2014/65/EU ergänzt.

Der bisherige Absatz 6 und 9 bis 11 werden Absatz 14 und 15 bis 18.

Zu Nummer 9 bis 11 (§§ 7 bis 13)

Die neuen §§ 7 bis 13 enthalten gesonderte Befugnisse und übergreifende Regelungen, die bislang im § 4 enthalten waren. Mit der Ausgliederung ist keine inhaltliche Änderung bezweckt.

Zu § 7

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der neue § 7 enthält die bisherigen Absätze 3c und 3d des bisherigen § 4. Dabei setzt künftig Absatz 1 Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe r und Absatz 2 Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe d der Richtlinie 2014/65/EU um. Hauptanwendungsfall der Herausgabe von Aufzeichnungen von Telefongesprächen nach § 7 Absatz 2 Nummer 1 dürften insoweit Fälle des § 83 Absatz 4 ff. sein.

Zu § 8

Der neue § 8 entspricht dem bisherigen § 4 Absatz 3e bis 3g. Durch die Ergänzung im neuen Absatz 1 Satz 1 wird sichergestellt, dass die BaFin von Börsen sowie von den Betreibern multilateraler und organisierter Handelssysteme diejenigen Informationen abfragen kann, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach dem Wertpapierhandelsgesetz, den Verordnungen (EU) Nr. 596/2014 und (EU) Nr. 600/2014 sowie den entsprechenden Durchführungsrechtsakten erforderlich sind. Dies gilt für die Pflicht, Referenzdaten zu Finanzinstrumenten gemäß Artikel 27 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und gemäß Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 zu sammeln und an die ESMA weiterzuleiten sowie für die Pflicht, Positionslimits nach § 54 des Wertpapierhandelsgesetzes festzulegen. Aufgrund des neuen Satz 2 kann die Bundesanstalt auf ihrer Internetseite Informationen darüber veröffentlichen, welcher Emittent beantragt oder genehmigt hat, dass seine Finanzinstrumente auf einem Handelsplatz gehandelt oder zum Handel zugelassen werden und welche Finanzinstrumente dies betrifft. Durch diese Informationen sollen Anleger insbesondere feststellen können, welche Emittenten, deren Finanzinstrumente ausschließlich an inländischen multilateralen oder organisierten Handelssystem gehandelt werden, erhöhten Transparenzpflichten (z.B. Pflicht zur Veröffentlichung von Insiderinformationen nach Artikel 17 der der Verordnung (EU) Nr. 596/2014) unterliegen. Von der Veröffentlichungsbefugnis kann die Bundesanstalt Gebrauch machen, wenn die von der ESMA nach Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 veröffentlichte Liste insoweit als nicht ausreichend für die Bedürfnisse der Anleger angesehen wird.

Zu § 9

Der neue § 9 dient der Umsetzung von Artikel 69 Absatz 2 Buchstabe o und p der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu § 10

Der bisherige § 4 Absatz 3l wird der neue Absatz 1 in Ausführung der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014.

Absatz 2 dient der Umsetzung verschiedener Artikel der Verordnung (EU) 2016/1011: in Satz 1 Artikel 40 Absatz 1; in Satz 2 Artikel 41 Absatz 3; in Satz 3 Nummer 1 Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe j; in Nummer 2 Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe c; in Nummer 3 Buchstabe a Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe a; in Nummer 3 Buchstabe b Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe c; in Nummer 3 Buchstabe c Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe d; in Nummer 3 Buchstabe d Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe e. Soweit entsprechende Kompetenzen schon andernorts, insbesondere in § 6 WpHG, geregelt sind, erfolgte hier aufgrund der differenzierten Voraussetzungen und Adressaten der Befugnisse im Rahmen der Verordnung (EU) 2016/1011 eine separate Umsetzung um die bestehenden Regelungen in § 6 WpHG redaktionell nicht zu überfrachten.

Zu § 11

Der bisherige § 4 Absatz 5 entspricht dem neuen § 11, der aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes redaktionell angepasst.

Zu § 12

Der bisherige § 4 Absatz 8 entspricht dem neuen § 12.

Zu § 13

§ 13 enthält die Regelung des bisherigen § 4 Absatz 7 und wird in Folge der Neunummerierung des Gesetzes redaktionell angepasst.

Zu Nummer 12 (§ 14)

Zu Buchstabe a

Mit dem Ersten Finanzmarktnovellierungsgesetz wurde dem § 6 Absatz 2 WpHG (bisher § 4 Absatz 2 WpHG) ein entsprechender klarstellender Satz hinsichtlich des personellen Anwendungsbereichs handelsbeschränkender

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Maßnahmen der BaFin angefügt. Dies wird nun in § 14 Absatz 1 WpHG (bisher § 4a Absatz 1 WpHG) für handelsbeschränkende Maßnahmen der BaFin zur Sicherung der Finanzstabilität redaktionell nachgeholt.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Neunummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 13 (§ 15)

Die Anpassung der Vorschrift berücksichtigt, dass Verfahren und Inhalt von Produktinterventionen künftig umfassend in Titel VII Kapitel 1 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geregelt sind, soweit Finanzinstrumente im Sinne dieser Verordnung betroffen sind. Es verbleibt nur ein national zu regelnder Anwendungsbereich im Hinblick auf Vermögensanlagen, da diese nicht unter den maßgeblichen Begriff des Finanzinstruments fallen.

Um eine einheitliche Anwendung zu gewährleisten, wird der Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 für Vermögensanlagen entsprechend für anwendbar erklärt. Das Verfahren nach den Absätzen 3 und 4 dieser Verordnung, wonach eine Übermittlung bestimmter Einzelheiten an die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union erforderlich ist, ist für diesen nationalen Anwendungsbereich jedoch nicht einzuhalten. Wie auch der bisherige § 4b des Gesetzes hat die Regelung keinen bestimmten Adressaten und betrifft weiterhin auch freie Finanzvermittler und den Direktvertrieb. Dies soll durch Absatz 1 Satz 2 ausdrücklich klargestellt werden, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass nach Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 diese grundsätzlich nur für nach der MiFID II und CRD IV zugelassene Institute Anwendung findet. Im Anwendungsbereich der Verordnung hat diese jedoch ohne weiteres Anwendungsvorrang.

Absatz 2 entspricht dem bisherigen § 4b Absatz 6 und soll künftig auch für Maßnahmen nach Artikel 42 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 gelten, so dass Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach der Verordnung keine aufschiebende Wirkung haben werden. Die sofortige Vollziehbarkeit ist erforderlich, um die Gefahrensituation, welche Voraussetzung für die Anwendung einer Produktinterventionsmaßnahme ist, effektiv abwenden zu können.

Zu Nummer 14 (§ 16)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur neuen Nummerierung.

Zu Nummer 15 (§ 17)

Die Änderung in Absatz 2 dient der Umsetzung von Artikel 79 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU.

Der neue Absatz 3 setzt Artikel 79 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Darüber hinaus handelt es sich um Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes sowie um Folgeänderungen aufgrund der Neubezeichnung der Absätze.

Zu Nummer 16 (§ 18)

Zu Buchstabe a (Überschrift)

Der bisherige § 7 wird § 18.

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Regelung des § 18 Absatz 1 Satz 2 wird um die Gebote und Verbote sowie Befugnisse nach der unmittelbar geltenden Verordnung (EG) Nr. 600/2014 erweitert.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Der Verweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1287/2006 wird aufgehoben und angepasst, da deren Inhalt künftig in Durchführungsrechtsakten der Europäischen Kommission nach Artikeln 80 Absatz 4 und 81 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU geregelt wird.

Zu Buchstabe c (Absatz 3)

Die Neufassung von § 18 Absatz 2a dient der Umsetzung von Artikel 79 Absatz 2 und 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU. Grundlage für das Treffen von wirksamen Vorkehrungen durch die Bundesanstalt ist nunmehr das Vorliegen von Handelsplätzen mit einer entsprechenden wesentlichen Bedeutung. Umfasst sind

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

daher neben organisierten Märkten multilaterale Handelssysteme oder organisierte Handelssysteme. Darüber hinaus wird die Absatzbezeichnung angepasst.

Zu Buchstabe d (Absatz 4)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Umnummerierung des Gesetzes und Neubezeichnung der Absätze.

Zu Buchstabe e (Absatz 5)

Der neue Absatz 5 dient der Umsetzung von Artikel 79 Absatz 1 UA 3 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe f (Absatz 6)

Absatz 6 setzt Artikel 83 der Richtlinie 2014/65/EU um. Da Artikel 83 der Richtlinie, im Vergleich zu Artikel 59 Richtlinie 2004/39/EG, auf dem Absatz 3 ursprünglich beruhte, eine Verweigerungsmöglichkeit bei möglicher Beeinträchtigung der Souveränität, der Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung der Mitgliedstaaten nicht mehr vorsieht, war eine Streichung dieser Möglichkeit erforderlich. Darüber hinaus wird die Absatzbezeichnung angepasst.

Zu Buchstabe g (Absatz 7)

Es handelt sich um Folgeänderung zu geänderten Nummerierung des Gesetzes. Darüber hinaus wird die Absatzbezeichnung angepasst.

Zu Buchstabe h (Absatz 8)

Absatz 8 dient der Umsetzung von Artikel 79 Absatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU. Darüber hinaus wird die Absatzbezeichnung angepasst.

Zu Buchstabe i bis l (Absatz 9 bis 12)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der Neubezeichnung der Absätze.

Zu Nummer 17 (§ 19)

Die Erweiterung im bisherigen § 7a um Artikel 36 Verordnung (EU) Nr. 1095/2010 dient der Umsetzung von Artikel 87 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU. Im Übrigen handelt es sich um eine Folgeänderung zur geänderten Nummerierung.

Zu Nummer 18 (§ 20)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur geänderten Nummerierung.

Zu Nummer 19 (§ 21)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur geänderten Nummerierung.

Zu Nummer 20 (§ 22)

Die bisher in § 9 WpHG enthaltene Pflicht zur Mitteilung von Geschäften an die Bundesanstalt wird künftig in Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 umfassend geregelt, flankiert von deren Artikel 27, der die Bereitstellung der notwendigen Referenzdaten sicherstellt. Der bisherige § 9 ist daher in weiten Teilen aufzuheben. Es verbleiben im nationalen Recht einzelne Ausführungsbestimmungen und die Zuständigkeitszuweisung. Darüber hinaus wird auch die Meldepflicht für inländische zentrale Kontrahenten beibehalten, da deren Meldungen für die Aufsichtsstätigkeit der Bundesanstalt von großer Bedeutung sind, denn durch diese nach den bisherigen Erfahrungen qualitativ guten und flächendeckenden Meldungen können insbesondere fehlerhafte oder fehlende Meldungen von Börsenteilnehmern kompensiert werden.

Zu Nummer 21 (§ 23)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur geänderten Nummerierung.

Zu Nummer 22 (§ 24)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur geänderten Nummerierung.

Zu Nummer 23 (§ 25)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur geänderten Nummerierung. Des Weiteren ist die bisherige Nummer 2 aufzuheben, da Emissionszertifikaten aufgrund der Umsetzung der der Richtlinie 2014/65/EU gemäß § 2 Absatz 4 Nummer 5 Finanzinstrumente sind. Daher ist die Marktmanipulation in Berechtigungen im Sinne des § 3 Nummer 3 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes aufgrund der unmittelbar anwendbaren Verordnung (EU) Nr. 596/2014 verboten. Die bisherige Nummer 3 wird entsprechend zur Nummer 2, um die Lücke im Gesetzestext zu schließen. Die Überschrift der Norm wird entsprechend redaktionell angepasst.

Zu Nummer 24 (§ 26)

Zu Buchstabe b (Absatz 1 und 2)

Die Überschrift wird redaktionell korrigiert.

Zu Buchstabe b (Absatz 1 und 2)

Die Änderung erweitert den Anwendungsbereich der Vorschrift, der bisher nur für die Inlands- und MTF-Emittenten galt, auf die OTF-Emittenten, die aufgrund der Richtlinie 2014/65/EU geschaffen wurden. Denn die Pflichten zur Veröffentlichung von Insiderinformationen, die in Artikel 17 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 enthalten sind, gelten in Zukunft auch für Emittenten, deren Finanzinstrumente nur an einem organisierten Handelssystem gehandelt werden, soweit diese die Zulassung zum Handel selbst beantragt oder diesem zugestimmt haben. Der bisherige § 15 Absatz 1 Satz 1 enthält die Pflicht zur Speicherung der Insiderinformationen im Unternehmensregister und dient der Umsetzung des Artikels 21 Absätze 1 und 2 der Richtlinie 2004/109/EG. Diese Regelung ist daher auch zukünftig im nationalen Recht beizubehalten. Die Vorgaben in Artikel 21 Absätze 1 und 2 der Richtlinie 2004/109/EG und im bisherigen § 15 Absatz 1 Satz 1 gelten jedoch nur für Inlands- und MTF-Emittenten, nicht für Emittenten, deren Finanzinstrumente nur organisierten Handelssystem zum Handel zugelassen sind. Da die Pflicht zur Speicherung von Insiderinformationen im Unternehmensregister der wirksamen Durchsetzung und Kontrolle gemeinschaftsweiter Informationspflichten dient, mit denen mehr Transparenz für Anleger hergestellt werden soll, um das Vertrauen der Anleger in den Finanzmarkt zu stärken, ist diese Pflicht durch eine entsprechende Anpassung der Vorschrift auch auf Emittenten auszuweiten, deren Finanzinstrumente nur organisierten Handelssystem gehandelt werden. Die gleichen Erwägungen gelten auch für die im bisherigen § 15 Absatz 4 Nummer 3 enthaltene Pflicht zur Mitteilung der zu veröffentlichenden Informationen gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die auf der Umsetzung von Artikel 19 Absatz 1 der Richtlinie 2004/109/EG beruht. Auch hier ist die Pflicht von Inlands- und MTF-Emittenten auch auf OTF-Emittenten zu erweitern, um eine angemessene Überwachung der Veröffentlichung von Insiderinformationen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sicherzustellen. Der bisherige § 15 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 und 2 enthielt eine Verpflichtung, auch die Geschäftsführungen der organisierten Märkte vorab über die Ad-hoc Mitteilung zu informieren. Aufgrund der Erweiterung des Anwendungsbereichs der Ad-hoc Publizitätspflicht auch auf OTF-Emittenten sind künftig auch die Geschäftsführungen dieser Handelsplätze vorab über die Ad-hoc Mitteilung zu informieren.

Der bisherige § 15 wird unter Berücksichtigung des zuvor erwähnten Anpassungsbedarfs nunmehr zu § 26.

Ferner wird im neuen § 26 Absatz 2 nunmehr die bisher in § 15a Absatz 4 enthaltene Pflicht zur Speicherung von Informationen über Eigengeschäfte von Führungskräften im Unternehmensregister aufgenommen. Auch diese Pflicht dient der Umsetzung der Vorgaben aus Artikel 21 Absätze 1 und 2 der Richtlinie 2004/109 und ist zur Sicherstellung ausreichender Transparenz für Anleger ebenfalls auf OTF-Emittenten auszuweiten. Denn künftig gelten die Pflichten zur Information über Eigengeschäfte von Führungskräften, die sich in Zukunft weitgehend aus Artikel 19 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 ergeben, auch für solche Emittenten, deren Finanzinstrumente nur an einem organisierten Handelssystem gehandelt werden, soweit diese die Zulassung zum Handel selbst beantragt oder diesem zugestimmt haben. Die bisher in § 15a Absatz 4 enthaltene Pflicht zur Information der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht über die Veröffentlichung der Informationen über Eigengeschäfte von Führungskräften ist nunmehr ebenfalls in § 26 Absatz 2 aufgenommen worden und auf OTF-Emittenten ausgeweitet worden.

Zu Buchstabe c (Absatz 4)

Zu Doppelbuchstabe aa (Nummer 2)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Ermächtigung ist notwendig, um die notwendigen weiteren Details der Veröffentlichungen festzulegen, die nicht durch die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und die zugehörigen Durchführungsbestimmungen selbst getroffen werden.

Zu Doppelbuchstabe bb (Nummer 3)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Doppelbuchstabe cc (Nummer 4)

Die Erweiterung der Ermächtigung ist notwendig, um weitere Bestimmungen für die Mitteilung beim Aufschub der Veröffentlichung einer Insiderinformation zu treffen.

Zu Doppelbuchstabe dd (Nummer 5)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Doppelbuchstabe ee (Nummer 6)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Doppelbuchstabe ff (Nummer 7)

Die Ermächtigung ist notwendig, um die notwendigen weiteren Details der Veröffentlichungen festzulegen, die nicht durch die Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und die zugehörigen Durchführungsbestimmungen selbst getroffen werden.

Zu Nummern 25 bis 27 (§§ 27 und 28, Abschnitt 4)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 28 bis 30 (§ 29, Abschnitt 5 und § 30)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 31 (§ 31)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 32 (§ 32)

Die Anpassung des § 32 Absatz 1 Satz 1 berücksichtigt, dass bei bestimmten nicht-finanziellen Gegenparteien im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 künftig auch die Einhaltung der Pflicht zum Handel von bestimmten Derivaten über Handelsplätze zu überprüfen ist. Diese Pflicht folgt zwar materiell unmittelbar aus Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014, deren notwendige Überprüfung durch die Bundesanstalt bedarf jedoch einer gesetzlichen Grundlage.

In Absatz 4 wird eine notwendige Folgeänderung vorgenommen.

Zu Nummer 33 (Abschnitt 6)

Der bisherige Abschnitt 5 wird Abschnitt 6.

Zu Nummer 34 (§ 33)

Die Ersetzung des Wortes „Zertifikate“ durch das Wort „Hinterlegungsscheine“ in Absatz 1 Satz 2 beruht auf der aufgrund der Richtlinie 2014/65/EU neu gefassten Definition der Hinterlegungsscheine in § 2 Absatz 31. Im Übrigen handelt es sich um Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 35 (§ 34)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 36 (§ 35)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 37 (§36)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Änderung in Absatz 5 Satz 1 ist eine Folgeänderung zu Nummer 3 Buchstabe h Doppelbuchstabe aa Dreifachbuchstabe aaa. Die weitere Änderung ist eine Folgeänderung aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummern 38 bis 56 (§ 37 bis § 53)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Die Ersetzung des Wortes „Zertifikate“ durch „Hinterlegungsscheine“ in § 48 Absatz 3 beruht auf der aufgrund der Richtlinie 2014/65/EU neu gefassten Definition der Hinterlegungsscheine in § 2 Absatz 31.

Zu Nummer 57 bis 60 (Abschnitt 9 und 10)

Zu Abschnitt 9

Die Richtlinie 2014/65/EU macht erstmals auf europäischer Ebene Vorgaben zur Überwachung von Positionslimits und zu Positionsmeldungen in Warenderivaten. Durch Einfügen des neuen Abschnitts 9 werden diese Vorgaben in enger Anlehnung an die entsprechenden europäischen Vorschriften in nationales Recht umgesetzt.

Zu § 54

Die Absätze 1 bis 5 der Vorschrift setzen Artikel 57 Absatz 1 bis 5, 11 bis 14 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die Bundesanstalt erhält aufgrund der handelsplatzübergreifenden und internationalen Dimension der neuen Überwachungsaufgaben die Zuständigkeit zur Festlegung der Positionslimits auf nationaler Ebene und zur Abstimmung mit anderen europäischen Behörden.

Absatz 6 setzt Artikel 57 Absatz 8 bis 10 der Richtlinie 2014/65/EU um. Handelsplätze sind danach verpflichtet, die Einhaltung der Positionslimits durch geeignete Kontrollverfahren (Positionsmanagement) zu überwachen.

Zu § 55

Die Regelung setzt die Vorgaben des § 57 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EU zur Regelung der Zuständigkeit bezüglich an mehreren Handelsplätzen gehandelten Warenderivaten um.

Zu § 56

Die Regelung setzt die Vorgaben des Artikels 57 Absatz 1 zur Anwendung der Positionslimits um und verweist bezüglich der Einzelheiten auf die Bestimmungen der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 21]. Der Begriff der OTC-Kontrakte erfasst insoweit alle OTC-Derivativkontrakte.

Zu § 57

Die Vorschrift setzt Artikel 58 der Richtlinie 2014/65/EU um und regelt Näheres zu den Positionsmeldungen, insbesondere Inhalt und Verfahren der erforderlichen Aufschlüsselung nach Kategorien bei den jeweiligen Positionsinhabern. Die BaFin kann in den Fällen des Absatzes 5 Mitteilungen nach den Absätzen 2 bis 4 auch mehrmals täglich verlangen, um in kritischen Marktsituationen hinreichende Informationen über die jeweiligen Marktentwicklungen zu erhalten.

Zu Abschnitt 10

Die Richtlinie 2014/65/EU macht erstmals auf europäischer Ebene Vorgaben zu Pflichten von Datenbereitstellungsdiensten. Datenbereitstellungsdienste sind genehmigte Veröffentlichungssysteme, Bereitsteller konsolidierter Datenticker und genehmigte Meldemechanismen. Diese haben neben den im Kreditwesengesetz geregelten Zulassungsvoraussetzungen spezifische Organisationspflichten zu beachten, die wegen ihrer Sachnähe zu den Transparenzpflichten von Handelsplätzen und Wertpapierdienstleistungsunternehmen in einem neuen Abschnitt des Wertpapierhandelsgesetzes geregelt werden.

Zu § 58

Die Vorschrift setzt Artikel 64 und Artikel 73 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU sowie Artikel 32 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und Artikel 28 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 um.

Zu § 59

Die Vorschrift setzt Artikel 65 und Artikel 73 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU sowie Artikel 32 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und Artikel 28 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 um.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu § 60

Die Vorschrift setzt Artikel 66 und Artikel 73 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU sowie Artikel 32 Absatz 3 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und Artikel 28 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 um.

Zu § 61

Die Vorschrift ist § 88 (§ 35 a.F.) nachgebildet und stellt eine wirksame Überwachung von Datenbereitstellungsdiensten sicher, indem der Bundesanstalt das Recht zu jederzeitigen Prüfungen auch ohne besonderen Anlass eingeräumt wird.

Zu § 62

Die Vorschrift ist § 89 (§ 36 a.F.) angelehnt und ordnet bei Datenbereitstellungsdiensten unbeschadet des § 61 die Pflicht zu regelmäßigen Prüfungen durch geeignete Prüfer an.

Zu Nummer 61 (Abschnitt 11)

Der bisherige Abschnitt 6 wird nunmehr der Abschnitt 11.

Zu Nummer 62 (§ 63)

Die Änderungen im bisherigen § 31 beruhen im Wesentlichen auf einer Umsetzung der Artikel 23 bis 25 der Richtlinie 2014/65/EU. Darüber finden sich zahlreiche Folgeänderungen, die aufgrund der erfolgten Neunummerierung des Gesetzes erforderlich waren. Die Bezeichnung der Absätze wurde durchgehend angepasst, um die Verständlichkeit und Lesbarkeit zu verbessern. Um die Übersichtlichkeit zu erhöhen, wurden insbesondere die besonderen Regelungen, die bei der Erbringung der Anlageberatung und Finanzportfolioverwaltung gelten, in den nachfolgenden Paragraphen verschoben.

Absatz 1 Nummer 1 wird zur Absatz 1. Die Änderung dient der Klarstellung und orientiert sich näher am Wortlaut von Artikel 24 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Neufassung der bisherigen Nummer 2, die zum Absatz 2 wird, beruht auf der Umsetzung von Artikel 23 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU. Wertpapierdienstleistungsunternehmen sind nunmehr auch verpflichtet, einem Kunden die zur Begrenzung von Restrisiken unternommenen Schritte eindeutig darzulegen, bevor Geschäfte im Namen des Kunden getätigt werden, wenn organisatorische Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten nach vernünftigem Ermessen nicht ausreichen, um Interessenkonflikte sicher zu verhindern.

Der neue Satz 2 setzt Artikel 23 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU um und stellt Vorgaben für die Darlegung nach Satz 1 Nummer 2 auf.

Absatz 3 regelt in Umsetzung von Artikel 24 Absatz 10 der Richtlinie 2014/65/EU Aspekte der Vergütung von Wertpapierdienstleistungsunternehmen. Eine Vergütung darf nicht mit der Pflicht des Unternehmens kollidieren, im bestmöglichen Interesse des Kunden zu handeln. Insbesondere dürfen durch die Vergütung keine Anreize gesetzt werden, ein Produkt zu empfehlen, das den Bedürfnissen des Kunden weniger entspricht.

Die Absätze 4 und 5 setzen Artikel 24 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um und geben Wertpapierdienstleistungsunternehmen Verhaltenspflichten in Bezug auf die Konzeption und den Vertrieb von Finanzinstrumenten in Übereinstimmung mit einem Zielmarkt auf. Dabei müssen Finanzinstrumente den Bedürfnissen eines Zielmarktes entsprechen, die Strategie für den Vertrieb muss mit dem bestimmten Zielmarkt vereinbar sein und zudem muss das Unternehmen zumutbare Schritte unternehmen, um zu gewährleisten, dass das Finanzinstrument an den bestimmten Zielmarkt vertrieben wird.

Das Unternehmen muss die Vereinbarkeit der angebotenen oder empfohlenen Produkte mit den Bedürfnissen der Kunden beurteilen und sicherstellen. Dabei muss es den Zielmarkt, wie er im Rahmen des Produktfreigabeverfahrens entwickelt wurde, berücksichtigen.

Der bisherige Absatz 2 wird unter Anpassung an die Terminologie der europäischen Vorgaben zu Absatz 6. Satz 4 ist aufzuheben. Die Anforderungen daran, wann Empfehlungen als Marketingmitteilungen zu kennzeichnen sind, folgten bislang aus Artikel 24 Absatz 2 der Richtlinie 2006/73/EG und ergeben sich künftig aus den unmittelbar geltenden Vorgaben des Art. 36 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Änderung im bisherigen Absatz 3, der zum Absatz 7 wird, dient der Umsetzung von Artikel 24 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU. Der zweite Halbsatz des Satzes 1 setzt dabei einen Teil der Anforderungen aus Artikel 24 Absatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU um. In Satz 3 Nummer 1 wird Artikel 24 Absatz 4 Buchstabe b der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt, in Nummer 2 sind die Anforderungen des Buchstaben c enthalten. Satz 4 setzt den zweiten Unterabsatz des Absatzes 4 um.

Die neu eingefügte Ausnahme nach Absatz 8 beruht auf Artikel 24 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EU.

Absatz 9 setzt Artikel 24 Absatz 11 der Richtlinie 2014/65/EU um und gibt Wertpapierdienstleistungsunternehmen erweiterte Informationspflichten in den Fällen von Querverkäufen, d.h. gebündelten Paketen von Produkten oder Dienstleistungen. Querverkäufe sind eine übliche Strategie für Anbieter von Finanzdienstleistungen für Privatkunden. Sie können Vorteile für Kleinanleger bringen, aber auch Praktiken darstellen, bei denen das Interesse der Kunden nicht angemessen berücksichtigt wird. Zum Beispiel können bestimmte Formen von Querverkäufen, insbesondere Koppelungsgeschäfte, bei denen zwei oder mehr Finanzdienstleistungen zusammen in einem Paket verkauft werden und zumindest eine dieser Dienstleistungen nicht getrennt erhältlich ist, den Wettbewerb verzerren und die Mobilität sowie die Fähigkeit der Kunden, Entscheidungen in voller Sachkenntnis zu treffen, negativ beeinträchtigen. Die Regelung lässt das Verbot nach § 492a BGB unberührt.

Absatz 10 setzt Artikel 25 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU um. Der bisherige Absatz 5 wird um eine Regelung zur Angemessenheitsprüfung im Falle von verbundenen Geschäften erweitert, da diese auch Gegenstand anderer Dienstleistungen als der in Absatz 10 genannten Anlageberatung oder Finanzportfolioverwaltung sein können und dies eine Vorgabe aus Artikel 25 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU ist. Der bisherige Satz 2 ist aufzuheben, da dieser auf Artikel 36 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2006/73/EG beruht und die Vorgabe sich künftig aus den unmittelbar geltenden Vorgaben des Art. 56 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] ergibt.

Absatz 11 entspricht dem bisherigen § 31 Absatz 7. Neben der redaktionellen Anpassung und Verschiebung in den § 56 dient die Änderung der Anpassung an den Wortlaut des Artikels 25 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU. Die Regelung konkretisiert nunmehr noch weiter, in welchen Fällen eine Angemessenheitsprüfung nach Absatz 10 ausnahmsweise nicht erforderlich ist. Dies gilt insbesondere auch für Girokonten im Rahmen der Nummer 2 Absatz 12 Satz 1 und 2 setzen Artikel 25 Absatz 6 UA 1der Richtlinie 2014/65/EU um.

Während die Konkretisierung der Pflichten nach dem bisherigen § 31 in großen Teilen durch die Verordnung zur Konkretisierung der Verhaltensregeln und Organisationsanforderungen für Wertpapierdienstleistungsunternehmen erfolgte, die insofern auch Vorgaben der Richtlinie 2006/73/EG umsetzte, ergeben sich die Kriterien und nähere Bestimmungen zu den Vorgaben des § 63 künftig unmittelbar aus der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Der neue Absatz 13 enthält Verweise auf die entsprechenden Vorschriften der Delegierten Verordnung. Es handelt sich dabei keinesfalls um eine abschließende Verweisung, der es im Übrigen aufgrund der unmittelbaren Geltung der Verordnung auch nicht zwingend bedürfte, sondern der Absatz dient vielmehr dem besseren Verständnis und besseren Auffinden der maßgeblichen Bestimmungen.

Der bisherige § 31 Absatz 9 Satz 1 beruht auf Artikel 35 Absatz 2 der Richtlinie 2006/73/EG und wird daher aufgehoben. Im neugefassten § 56 Absatz 2 wird nunmehr ausdrücklich klargestellt, dass die Pflicht zur Zurverfügungstellung eines Informationsblattes bzw. des entsprechenden Dokumentes nur gegenüber Privatkunden besteht, so dass Satz 2 nunmehr obsolet ist und gestrichen wurde.

Die Streichung des bisherigen Absatzes 10 von § 31 beruht auf dem neu eingeführten § 80 WpHG. Hiernach wird nunmehr klargestellt, von welchen Regelungen die Bundesanstalt Unternehmen, die ihren Sitz in einem Drittstaat haben und im Inland Wertpapierdienstleistungen erbringen, im Einzelfall befreien kann. Der bisherige Absatz 10 ist daher nicht mehr erforderlich und kann gestrichen werden.

Die bisherige Verordnungsermächtigung nach Absatz 11 im bisherigen § 31 wird zum § 64 Absatz 10 und redaktionell angepasst ist. Hintergrund ist dabei, dass eine Konkretisierung der Vorgaben der allgemeinen Verhaltenspflichten regelmäßig nicht mehr durch nationale Rechtsverordnung erfolgt, sondern sich unmittelbar aus der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] ergibt. Die Verordnungsermächtigung war daher auf die Fälle zu beschränken, in denen es einer nationalen Rechtsverordnung noch bedarf. Dies betrifft die im § 64 Absatz 10 genannten Fälle; auf die dortige Begründung wird verwiesen.

Zu Nummer 63 (§ 64)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der neue § 64 enthält besondere Verhaltensregelungen, die bei der Erbringung von Anlageberatung und Finanzportfolioverwaltung gelten und insofern den § 63 ergänzen. Vorgaben, die nach § 63 bei der Erbringung aller Wertpapierdienstleistungen gelten, gelten auch - unter Berücksichtigung möglicher Konkretisierung in § 64 - bei der Erbringung von Anlageberatung und Finanzportfolioverwaltung.

Absatz 1 setzt Artikel 24 Absatz 4 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU um und gibt Wertpapierdienstleistungsunternehmen für den Fall, dass Anlageberatung erbracht wird, neben den Informationspflichten nach Absatz 6 auf, den Kunden darüber aufzuklären, ob die Anlageberatung unabhängig und damit als Unabhängige Honorar-Anlageberatung erbracht wird oder nicht. Die Regelung knüpft an den bisherigen Absatz 4b Satz 1 an und übernimmt das unabhängige Erbringen von Anlageberatung im Sinne der Richtlinie 2014/65/EU als Unabhängige Honorar-Anlageberatung in das Wertpapierhandelsgesetz. Die bestehenden nationalen Regelungen zur Honoraranlageberatung werden unter Anpassung der Bezeichnung fortgeführt. Die Änderung der Bezeichnung der Beratungsform erfolgt hierbei, um zum Ausdruck zu bringen, dass die Beratung unabhängig von Provisionszahlungen der Emittenten der Finanzinstrumente erfolgt.

Darüber hinaus müssen Kunden informiert werden, ob sich die Anlageberatung auf eine umfangreiche oder eine eher beschränkte Analyse verschiedener Arten von Finanzinstrumenten stützt, insbesondere ob die Palette an Finanzinstrumenten auf Finanzinstrumente beschränkt ist, die von Anbietern oder Emittenten stammen, die in einer engen Verbindung zum Wertpapierdienstleistungsunternehmen stehen oder zu denen in sonstiger Weise rechtliche oder wirtschaftliche Verbindungen bestehen, die so eng sind, dass das Risiko besteht, dass die Unabhängigkeit der Anlageberatung beeinträchtigt wird und ob dem Kunden regelmäßig eine Geeignetheitsbeurteilung der empfohlenen Finanzinstrumente zur Verfügung gestellt wird. Die Informationen nach Absatz 1 können auch in standardisierter Form zur Verfügung gestellt werden.

Der bisherige § 31 Absatz 3a wird zum Absatz 2.

Der bisherige § 31 Absatz 4 wird Absatz 3 und setzt Artikel 25 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die Einholung der Informationen vom Kunden, die für eine Empfehlung bzw. Tätigkeit im Rahmen der Portfolioverwaltung erforderlich ist, war ursprünglich in Artikel 35 Absatz 1 der Richtlinie 2006/73/EG geregelt und ergibt sich nunmehr ausdrücklich aus der Richtlinie 2014/65/EU. Daher war eine Anpassung an den Wortlaut geboten. Die Kriterien zur Beurteilung der Geeignetheit, die bislang in Umsetzung des Art. 25 Absatz 2 der Richtlinie 2006/73/EG unmittelbar im bisherigen Absatz 4 enthalten waren, ergeben sich künftig aus den unmittelbar geltenden Vorgaben des Art. 54 der Delegierten Verordnung (EU) …[DV MiFID II]. Gleiches gilt unter anderem für die Frage, was die Folge davon ist, wenn das Wertpapierdienstleistungsunternehmen die erforderlichen Informationen nicht erlangt. Der bisherige Absatz 4a wird zu Absatz 10 Satz 2.

Absatz 4 setzt Artikel 25 Absatz 6 UA 2 und 3 der Richtlinie 2014/65/EU um. Wertpapierdienstleistungsunternehmen müssen Kunden, sofern sie Anlageberatungen erbringen, eine Geeignetheitserklärung vor Vertragsschluss zur Verfügung stellen. Die Pflicht zur Erstellung einer Geeignetheitsprüfung tritt an die Stelle des bisherigen Beratungsprotokolls, das aufgrund der nunmehr europaweit harmonisierten Aufzeichnungs- und Protokollierungspflichten nicht mehr erforderlich ist und entfallen kann. Wertpapierdienstleistungsunternehmen sind dafür verantwortlich, die Geeignetheitsprüfung durchzuführen und die schriftliche Erklärung zur Geeignetheit zur Verfügung zu stellen. Die Pflicht zur Zurverfügungstellung der Geeignetheitserklärung besteht entsprechend der Vorgabe des Art. 26 Absatz 6 UA 2 der Richtlinie 2014/65/EU nur gegenüber Privatanlegern.

Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen ist dafür verantwortlich, die Geeignetheitsprüfung durchzuführen und die schriftliche Geeignetheitserklärung zur Verfügung zu stellen, und es sollte angemessene Schutzmechanismen geben um sicherzustellen, dass dem Kunden keine Verluste daraus entstehen, dass in der Erklärung die persönliche Empfehlung unzutreffend oder unfair dargestellt wird, einschließlich der Frage, wie sich die abgegebene Empfehlung für den Kunden eignet sowie der Nachteile der empfohlenen Vorgehensweise. Erfolgt ein Vertragsschluss im Falle der Anlageberatung im Wege von Fernkommunikationsmitteln und erlaubt das Kommunikationsmittel keine Übermittlung, so ist unter den in Absatz 4 genannten Voraussetzungen ausnahmsweise auch eine Übermittlung der Geeignetheitserklärung unmittelbar nach dem Vertragsschluss zulässig. Maßgeblich ist insoweit der schuldrechtliche Vertragsschluss. Eine Geeignetheitserklärung ist sowohl dann zur Verfügung zu stellen, wenn sich die Empfehlung auf den Kauf oder Verkauf richtet, als auch bei Halteempfehlungen. Dies ergibt sich auch aus Erwägungsgrund 87 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Im Falle von

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Halteempfehlungen ist die Geeignetheitserklärung dem Kunden im Anschluss an die Beratung zur Verfügung zu stellen.

Absatz 5, der bisherige § 31 Absatz 4c, beruht in seiner bisherigen Fassung auf dem Honoraranlageberatungsgesetz. Die Änderungen dienen der Anpassung des Wortlauts des bisherigen Absatz 4c an Artikel 24 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU. Unter einer rechtlichen oder wirtschaftlichen Verbindung in sonstiger Weise sind beispielsweise auch Vertragsbeziehungen zu verstehen. Durch die Regelung sollen Kunden hinsichtlich der für sie erbrachten Dienstleistung besser aufgeklärt werden. Insbesondere soll auch die Möglichkeit eingeschränkt werden, Gebühren, Provisionen oder andere monetäre und nichtmonetäre Vorteile von Dritten oder für Dritte, insbesondere von Emittenten oder Produktanbietern, anzunehmen und einzubehalten. Dies bedeutet, dass alle Gebühren, Provisionen oder anderen monetären Vorteile, die durch einen Dritten gezahlt oder gewährt werden, durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen in vollem Umfang an die Kunden sobald wie möglich nach Eingang dieser Zahlungen erstattet werden müssen. Etwaige Zahlungen Dritter von den Gebühren, die der Kunde dem Unternehmen schuldet, dürfen insofern auch nicht abgezogen werden. Im Übrigen werden die bisherigen Regelungen der Honorar-Anlageberatung unter der neuen Bezeichnung als Unabhängige Honorar-Anlageberatung beibehalten. In der Nummer 2 werden jedoch die Vorgaben des Artikels 12 Absatz 1 Unterabsatz 3 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] ergänzt. Die Unterrichtung über die ausgekehrten monetären Zuwendungen nach hierzu neu eingefügten Satz 6 kann auch im Rahmen eines regelmäßigen Berichtes nach § 63 Absatz 12 erfolgen.

Der bisherige § 31 Absatz 4d wird aufgrund der Neunummerierung und Verschiebung Absatz 6. Die bisherigen nationalen Sonderregelungen der Honorar-Anlageberatung, die nach Artikel 4 der Richtlinie 2006/73/EG gemeldet wurden, werden auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 12 Unterabsatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU unter neuer Bezeichnung beibehalten.

Absatz 7 setzt Artikel 24 Absatz 8 der Richtlinie 2014/65/EU, Artikel 12 Absatz 1 Unterabsatz 1 und 3 sowie Artikel 12 Absatz 3 Unterabsatz 1 Buchstabe e und Unterabsatz 2 und 3 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] um. Erbringen Wertpapierdienstleistungsunternehmen die Finanzportfolioverwaltung, dürfen sie keine Zuwendungen von Dritten annehmen und behalten. Nichtmonetäre Zuwendungen dürfen nicht angenommen werden. Eine Ausnahme ist unter engen Voraussetzungen für geringwertige nichtmonetäre Vorteile vorgesehen, die bei Vorliegen der Voraussetzungen angenommen und behalten werden dürfen. Diese geringwertigen, nichtmonetären Vorteile müssen in diesen Fällen den Kunden vor Erbringung der Dienstleistung offengelegt werden. Die Offenlegung kann dabei in Form einer generischen Beschreibung erfolgen.

Absatz 8 dient der Umsetzung von Artikel 25 Absatz 6 UA 4 der Richtlinie. Während nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 die Information darüber, ob eine regelmäßig Beurteilung der Geeignetheit der empfohlenen Finanzinstrumente zur Verfügung stellt, gegenüber allen Kunden zu erfolgen hat, regelt Absatz 8 nur den diesbezüglichen Inhalt in den regelmäßigen Berichten gegenüber Privatanlegern.

Absatz 9 verweist hinsichtlich der Kriterien und näheren Bestimmungen der Vorgaben dieses Paragraphen auf die Delegierte Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Zu Nummer 64 (§ 64 Absatz 10)

Absatz 10 enthält die Ermächtigung zum Erlassen von Rechtsverordnungen. Durch Rechtsverordnung sollen insbesondere einerseits die Informationspflichten im Rahmen der Unabhängigen Honorar-Anlageberatung nach Absatz 6, zum anderen die nähere Ausgestaltung der Informationsblätter nach Absatz 2 und die Kriterien betreffend das Vorliegen kleinerer nichtmonetärer Vorteile nach Absatz 7 konkretisiert werden.

Zu Nummer 65 (§§ 65 und 66)

Zu § 65

Absatz 1 entspricht dem bisherigen § 31 Absatz 5a, der in Folge der Neunummerierung sowie Aufspaltung des bisherigen § 31 verschoben und redaktionell angepasst wurde.

Absatz 2 beruht auf dem bisherigen § 31 Absatz 6, der in Teilen der Umsetzung des Artikels 37 Absatz 3 der Richtlinie 2006/73/EG diente. Künftig ergibt sich die Regelung unmittelbar aus Art. 55 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] ergibt. Für Finanzinstrumente, die nicht auf der Richtlinie 2014/65/EU beruhen, bleibt die Regelung weiterhin anwendbar.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu § 66

Die Ausnahmeregelung setzt Artikel 25 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU um. Hiernach sind die Regelungen des Artikels 25 der Richtlinie nicht auf einen Wohnimmobilienkreditvertrag anwendbar, der den Bestimmungen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von Verbrauchern der Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates unterliegt und an die Vorbedingung geknüpft ist, dass demselben Verbraucher eine Wertpapierdienstleistung in Bezug auf speziell zur Besicherung der Finanzierung des Kredits begebene Pfandbriefe mit denselben Konditionen wie der Wohnimmobilienkreditvertrag erbracht wird, damit der Kredit ausgezahlt, refinanziert oder abgelöst werden kann. Der Zugrundeliegende Artikel 25 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU beruht auf Sachverhalten und Geschäftsstrukturen, die typischerweise in anderen Mitgliedstaaten der EU ihren Ursprung haben und national unüblich sind. Die Umsetzung der Regelung ist insofern unerlässlich, als sie Wertpapierdienstleistungsunternehmen mit Bezug zu entsprechenden Mitgliedstaaten die grenzüberschreitende Tätigkeit ermöglicht.

Zu Nummer 66 (§ 67)

Die erfolgten Anpassungen setzen zum einen die Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU hinsichtlich der Kundenkategorien um. Darüber erfolgt eine Anpassung im Hinblick auf die Neunummerierung des Gesetzes. Die Bezeichnung der Absätze und Nummern wurde durchgehend angepasst, um die Verständlichkeit und Lesbarkeit zu verbessern.

Zu Buchstabe a (Überschrift)

Absatz 7 enthält eine Verordnungsermächtigung, was künftig aus der Überschrift deutlich wird.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Die Definition des professionellen Kunden wird angepasst an den Wortlaut des Anhang II der Richtlinie 2014/65/EU. Dabei wird in Satz 2 Nr. 1, wie auch nach dem bisherigen Wortlaut, von Unternehmen gesprochen, ohne dass damit eine Einschränkung des Anhangs II einhergeht.

Der Wortlaut der Nummer 3 wird angepasst an Anhangs II Abschnitt 1 Nummer 3 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe c (Absatz 4)

Zu Doppelbuchstabe aa (Satz 1)

Die Streichung dient der Anpassung an den Wortlaut von Artikel 30 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU. § 3 Absatz 1 Nummer 12 (vormals § 2a Absatz 1 Nummer 12) gestrichen wurde, sind Unternehmen, die sich darauf berufen haben, ohne Vorliegen eines anderen Ausnahmetatbestandes als Wertpapierdienstleistungsunternehmen anzusehen und sind damit ohne weiteres eine geeignete Gegenpartei nach Absatz 4 Satz 1 Alt. 1 i.V.m. Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a.

Zu Doppelbuchstabe bb (Satz 2)

Die Änderung der Nummer 1 beruht auf Artikel 30 Absatz 3 und 4 der in der Richtlinie 2014/65/EU vorgesehenen Option, auch andere Unternehmen geeigneten Unternehmen gleichzustellen. Von dieser Option wurde Gebrauch gemacht. Die Unternehmen, die hierunter geeigneten Gegenparteien gleichstehen, sind in Artikel 71 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] näher aufgeführt.

Die Änderung der Nummer 2, die Artikel 30 Absatz 3 UA 2 der Richtlinie 2014/65/EU umsetzt, beruht auf der Ablösung der Richtlinie 2004/39/EG durch die Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe d (Absatz 5-Alt)

Der bisherige Absatz 5 beruht auf Artikel 28 Absatz 3 der Richtlinie 2006/73/EG und wird nunmehr aufgehoben. Insofern gilt künftig unmittelbar Artikel 45 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]], der den bisherigen Artikel 28 Absatz 3 der Richtlinie 2006/73/EG ersetzt.

Zu Buchstabe e und f (Absatz 5 und 6)

Es handelt sich um Folgeänderungen im Hinblick auf die Neubezeichnung der Absätze.

Zu Buchstabe g (Absatz 7)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Neben redaktionellen Änderungen aufgrund der Neubezeichnung der Absätze entfällt in Absatz 7 aufgrund der Streichung des bisherigen Absatzes 5 die sich hierauf beziehende Verordnungsermächtigung.

Zu Nummer 67 (§ 68)

Die Änderung in Absatz 1 setzt Artikel 30 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU um. Darüber hinaus waren Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes und teilweisen Neubezeichnung von Absätzen erforderlich. Die Verordnungsermächtigung des bisherigen Absatzes 2 wurde gestrichen; dafür verweist Absatz 2 nunmehr bezüglich der näheren Bestimmungen auf Artikel 71 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Zu Nummer 68 (§ 69)

Absatz 1 Nummer 2 wird an den Wortlaut des Artikels 28 Absatz 1 UA 2 der Richtlinie 2014/65/EU angepasst. Da die Nummer 2 zumindest teilweise und die Nummern 3 bis 6 insgesamt auf Artikel 47 bis 49 der Richtlinie 2006/73/EG beruhten, werden diese gestrichen. Die näheren Vorgaben an die Bearbeitung von Kundenaufträgen ergeben sich nunmehr unmittelbar aus der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II], auf die auch der neue Absatz 3 verweist.

Die Anpassung in Absatz 2 dient der Umsetzung von Artikel 28 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU.

Der neue Absatz 3 verweist auf die Delegierte Verordnung (EU) … [DV MiFID II] zur näheren Bestimmung der Verpflichtungen.

Die Änderung im bisherigen Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, ist insbesondere redaktioneller Natur. Da sich insofern die näheren Bestimmungen künftig unmittelbar aus der Delegierten Verordnung ergeben, wird die Verordnungsermächtigung auf die nähere Bestimmung der Voraussetzungen nach Absatz 2 Satz 3 beschränkt.

Zu Nummer 69 (§ 70)

Zu Buchstabe a (Überschrift)

Die Überschrift wird in Folge des neu eingefügten Absatzes 6 ergänzt.

Zu Buchstabe b (Absatz 1)

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 24 Absatz 9 der Richtlinie 2014/65/EU. Die Zuwendungsregelung beruhte bislang auf Artikel 26 der Durchführungsrichtlinie 2006/73/EG. Diese wurde nunmehr in Artikel 24 Absatz 9 der Richtlinie 2014/65/EU nahezu wortgleich übernommen.

Bei der Aufhebung des Absatzes 1 Satz 2 handelt sich um eine Folgeänderung zu der Ergänzung in Satz 1. Wer im Auftrag des Kunden der Dienstleistung tätig wird, ist nunmehr nach Satz 1 nicht Dritter im Sinne der Regelung. Der Klarstellung nach dem bisherigen Satz 2, dass keine Zuwendung vorliegt, wenn das Wertpapierdienstleistungsunternehmen diese von einem Dritten, der dazu von dem Kunden beauftragt worden ist, annimmt oder sie einem solchen gewährt, bedarf es folglich nicht mehr. Der neue Satz 2 setzt den ersten Halbsatz des Artikels 11 Absatz 4 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] um. Satz 3 dient der Umsetzung des Buchstaben b, Satz 4 des Buchstaben c der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II]. Sind an einem Vertriebskanal mehrere Wertpapierdienstleistungsunternehmen beteiligt, ist jedes Unternehmen, das eine Wertpapier- oder Nebendienstleistung erbringt, gegenüber seinen Kunden verpflichtet, die Pflichten nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Satz 2 bis 4 zu erfüllen.

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Ohne das damit eine inhaltliche Änderung erfolgt, wird die Terminologie an Art. 25 Abs. 9 der Richtlinie 2014/65/EU angepasst, die anstatt geldwert den Begriff nichtmonetär verwendet. Die weitere Ergänzung in Absatz 2 dient der Umsetzung von Artikel 13 Absatz 1 und Absatz 8 Satz 1 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II].

Zu Buchstabe d (Absatz 3)

Der neu gefasste Absatz 3 setzt Artikel 13 Absatz 2 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] um.

Zu Buchstabe e (Absatz 4 bis 6)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Absatz 4 setzt Artikel 11 Absatz 5 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] um.

Absatz 5 dient der Umsetzung von Artikel 24 Absatz 9 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU.

Absatz 6 dient der Umsetzung von Artikel 13 Absatz 9 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II].

Zu Buchstabe f (Absatz 7)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen**.**

Zu Buchstabe g (Absatz 8 und 9)

Der neue Absatz 8 verweist für nähere Bestimmungen betreffend die Annahme von Zuwendungen auf den Artikel 40 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Dieser enthält eine Sonderregelung betreffend die Annahme von Zuwendungen im Zusammenhang mit einer Platzierung.

Der neu eingefügte Absatz 9 enthält eine Rechtsverordnungsermächtigung zur näheren Bestimmung der Zuwendungsregelungen.

Zu Nummer 70 (§ 71)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Anpassung der Nummerierung.

Zu Nummer 71 (§ 72)

Mit den Anpassungen in Absatz 1 wird Artikel 18 Absatz 1 bis 7 sowie 9 in Verbindung mit Artikel 48 und 49 der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt. Die Anforderungen an den Betrieb eines multilateralen Handelssystems werden zu weiten Teilen auch auf den Betrieb eines organisierten Handelssystems ausgedehnt und inhaltlich gegenüber den Vorgaben der Finanzmarktrichtlinie 2004/39/EG modifiziert.

Die Verpflichtung in Absatz 1 Nummer 1 zur Festlegung nicht diskriminierender Regelungen durch die Betreiber multilateraler oder organisierter Handelssysteme für den Zugang zu ihren Systemen soll Betreiber organisierter Handelssysteme ausweislich des Erwägungsgrunds Nummer 14 der Richtlinie 2014/65/EU nicht daran hindern, unter Berücksichtigung der Rolle und der Verpflichtungen, die sie hinsichtlich ihrer Kunden haben, zu bestimmen und Einschränkungen dahingehend vorzunehmen, wen sie als Mitglieder oder Teilnehmer zulassen.

Die neu eingefügten Absätze 2 bis 4 beruhen auf den Vorgaben des Artikels 18 Absatz 5, 8 und 10 in Verbindung mit Artikel 48 Absatz 9 der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Anpassungen in Absatz 5 bis 8 beruhen auf der Einführung des organisierten Handelssystems als neue Handelsplatzkategorie.

Die Aufhebung der bisherigen Rechtsverordnungsermächtigung in § 31f-alt folgt daraus, dass der Inhalt der hier möglichen Rechtsverordnung künftig durch unmittelbar geltende europäische Standards geregelt wird.

Zu Nummer 72 (§ 73)

Mit der Vorschrift wird Artikel 32 Absatz 1 und 2 der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt und Inhalt und Verfahren bei Aussetzung und Ausschluss des Handels von Finanzinstrumenten an multilateralen und organisierten Handelssystemen geregelt.

Zu Nummer 73 (§ 74)

Die bisher in § 31g enthaltenen Pflichten zur Vor- und Nachhandelstransparenz für multilaterale Handelssysteme werden künftig durch die unmittelbar geltenden Vorschriften des Titels II der Verordnung (EU) 600/2014 geregelt. Die Neufassung des bisherigen § 31g im neuen § 74 setzt Artikel 19 der Richtlinie 2014/65/EU um und regelt besondere Anforderungen an den Betrieb eines multilateralen Handelssystems.

Zu Nummer 74 (§§ 75 und 76)

Zu § 75

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Vorschrift setzt Artikel 20 der Richtlinie 2014/65/EU um und regelt besondere Anforderungen an den Betrieb eines organisierten Handelssystems, das als neuartige Handelsplatzkategorie mit dieser Richtlinie erstmals regulatorisch erfasst wird.

Zu § 76

Die Vorschrift setzt Artikel 33 der Richtlinie 2014/65/EU um und regelt Inhalt und Verfahren bei der Einstufung eines multilateralen Handelssystems als Wachstumsmarkt für kleine und mittlere Unternehmen.

Zu Nummer 75 (§ 31h-alt)

Die bisher in § 31h bestimmte Pflicht zur Nachhandelstransparenz für OTC-Geschäfte wird künftig durch die unmittelbar geltenden Artikel 20 und 21 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geregelt.

Zu Nummer76 (§ 76 Absatz 4)

Die Verordnungsermächtigung stellt sicher, dass die für einen KMU-Wachstumsmarkt geltenden Anforderungen näher bestimmt werden können, um auf spezifische Transparenzbedürfnisse und etwaige Defizite flexibel reagieren zu können.

Zu Nummer 77 (§§ 77 und 78)

Zu § 77

§ 77 setzt Artikel 17 Absatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU um. Bei Gewährung des direkten elektronischen Zugangs zu Handelsplätzen für Dritte durch Wertpapierdienstleistungsunternehmen sollen durch die vorgesehenen Überwachungs- und Kontrollpflichten die Risiken minimiert werden, die hieraus für alle unmittelbar Beteiligten und die Marktintegrität insgesamt entstehen können.

Zu § 78

§ 78 setzt Artikel 17 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die Pflichten von General Clearing-Mitgliedern (in der Richtlinie als „allgemeine Clearing-Mitglieder“ bezeichnet) bei der Überprüfung und Kontrolle ihrer Kunden dienen der Reduzierung von Risiken für die Beteiligten und den Markt.

Zu Nummer 78 (§ 79)

§ 79 enthält künftig nur noch einzelne Ausführungsbestimmungen zu systematischen Internalisierern, die sich nicht unmittelbar aus der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 ergeben.

Zu Nummer 79 (§ 32a-alt bis § 32d-alt)

Die bisher in § 32a bis § 32d enthaltenen Pflichten für systematische Internalisierer werden künftig durch Titel III der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geregelt.

Zu Nummer 80 (§ 80)

Zu Buchstabe a (Überschrift)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Buchstabe b (Absatz 1)

Zu Doppelbuchstabe aa (Satz 1)

Die Streichung in Absatz 1 Satz 1 ist redaktioneller Natur. Der Verweis bezog sich ursprünglich auf § 25a Absatz 1 und 4 KWG und wurde durch das CRD-IV Umsetzungsgesetz, in dessen Rahmen § 25a KWG neu strukturiert wurde, abgeändert. Durch das CRD-IV Umsetzungsgesetz wurde aus § 25a Absatz 1 Satz 7 und 8 der neue Absatz 2, sodass der Verweis in § 80 Absatz 1 Satz 1 auch auf § 25a Absatz 2 KWG ausgeweitet wurde. Da dieser jedoch selbst keine nach der Richtlinie 2014/65/EU geforderten Organisationspflichten enthält, wird der Verweis gestrichen.

Zu Doppelbuchstabe bb (Satz 2)

Zu Dreifachbuchstabe aaa (Nummer 1-alt)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Aufhebung von Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 beruht auf der Aufhebung der Richtlinie 2006/73/EG. Die entsprechenden Anforderungen an die Compliance-Funktion ergeben sich nunmehr aus Artikel 22 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Zu Dreifachbuchstabe bbb (Nummer 1)

Die Verschiebung der bisherigen Nummer 2 zu Nummer 1 ist eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Dreifachbuchstabe ccc (Nummer 2)

Absatz 1 Nummer 2 dient der Umsetzung von Artikel 23 Absatz 1 und Artikel 16 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU. Die von einem Wertpapierdienstleistungsunternehmen zu ergreifenden organisatorischen Vorkehrungen für angemessene Maßnahmen im Sinne des Satzes 2 Nummer 2 müssen nunmehr auch die Annahme von Zuwendungen von Dritten, die eigene Vergütungsstruktur oder sonstige Anreizstrukturen erfassen.

Zu Dreifachbuchstabe ddd (Nummer 3)

Die Neunummerierung der bisherigen Nummer 3a zu Nummer 3 ist eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Dreifachbuchstabe eee (Nummern 4-alt bis 6-alt)

Die bisherige Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 entfällt aufgrund der Aufhebung der Richtlinie 2006/73/EG.

Die Aufhebung der bisherigen Nummer 5 beruht ebenfalls auf der Aufhebung der Richtlinie 2006/73/EG. Die entsprechenden Anforderungen ergeben sich nunmehr aus Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe c der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Die Aufhebung der bisherigen Nummer 6 beruht auf Artikel 21 Abs. 5 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Zu Dreifachbuchstabe fff (Nummer 4)

Die neu aufgenommene Nummer 4 setzt Artikel 16 Absatz 5 UA 3 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Doppelbuchstabe cc (Satz 3)

Die Streichung des bisherigen Satzes 3 ist Folge der Aufhebung der bisherigen Absatz 1 Satz 2 Nummer 1.

Der neu gefasste Satz 3 enthält einen Verweis auf die organisatorischen Anforderungen der Artikel 21 bis 26 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Die Änderung in Satz 1 dient der Anpassung an die Vorgaben gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nummer 39 der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Änderung passt den Wortlaut des Absatzes 2, der durch das Hochfrequenzhandelsgesetz eingeführt wurde, an die Vorgaben des Artikels 17 der Richtlinie 2014/65/EU an. Die Anzeigepflicht setzt Artikel 17 Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie 2014/65/EU um und stellt sicher, dass die Bundesanstalt die Unternehmen kennt, die algorithmischen Handel betreiben. Der bisherige Satz 5 wird aufgehoben, da diese Dokumentationspflicht in Artikel 17 der Richtlinie 2014/65/EU nicht mehr vorgesehen ist.

Zu Buchstabe d (Absätze 3 bis 5)

Absatz 3 setzt Artikel 17 Absatz 2 UA 5 und 6 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die besonderen Aufzeichnungs- und Herausgabepflichten erleichtern die Überwachung der einschlägigen Unternehmen.

Absatz 4 setzt Artikel 17 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU um und verpflichtet Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die algorithmischen Handel im Wege einer Market-Making-Strategie betreiben, zu einer grundsätzlich kontinuierlichen Tätigkeit, einer schriftlichen Vereinbarung mit dem Marktbetreiber und der internen Kontrolle dieser Vereinbarung, sofern sie nicht entsprechenden Vorgaben der Börsenordnungen unterliegen. Die Vorschrift dient der Sicherstellung einer Liquiditätsverbesserung durch diese Handelsteilnehmer.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Absatz 5 setzt Artikel 17 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU um und gibt eine eigenständige Definition einer Market-Making-Strategie für die Zwecke des Absatzes 4, die von der allgemeinen Definition des Market Makers abweicht.

Zu Buchstabe e (Absatz 6)

Bei der Neunummerierung des bisherigen Absatzes 2 zu Absatz 6 handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung. In Satz 4 wird auf die einschlägigen Vorgaben zu den Anforderungen an die Auslagerung in der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] verwiesen.

Zu Buchstabe f (Absatz 3-alt)

Der bisherige Absatz 3 entfällt aufgrund der Aufhebung der Richtlinie 2006/73/EG.

Zu Buchstabe g (Absatz 7)

Der bisherige Absatz 3a wird aufgrund der Neunummerierung Absatz 7.

Zu Buchstabe h (Absatz 8 bis 13)

Der neue Absatz 8 dient der Umsetzung des Artikels 12 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II].

Die Absätze 9 bis 11 setzen Artikel 16 Absatz 3 Unterabsatz 2 bis 6 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die Umsetzung der Vorschriften zum Produktfreigabeverfahren (Product Governance) orientiert sich eng am Wortlaut der Richtlinie 2014/65/EU.

Absatz 12 dient der Umsetzung von Artikel 10 Absatz 3 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II].

Absatz 13 dient in Satz 1 der Umsetzung von Artikel 10 Absatz 4 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] und in Satz 2 der Umsetzung der Artikel 9 Absatz 7 und 10 Absatz 6 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II].

Zu Buchstabe i (Absatz 14)

Die Verordnungsermächtigung wird redaktionell angepasst und nimmt nunmehr auch Bezug auf Delegierte Rechtsakte auf Grund der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Nummer 81 (§ 81)

Die Verankerung von Vorgaben für Geschäftsleiter erfolgt abweichend von der üblichen Systematik nicht im KWG, sondern im WpHG, weil sich diese Vorgaben nur an Geschäftsleiter von Wertpapierdienstleistungsunternehmen richten. Die Regelungen in § 25c Absatz 3 KWG werden nicht ersetzt, sondern lediglich spezifiziert.

§ 81 Absatz 1 bis 3 dienen der Umsetzung von Artikel 9 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Vorgaben der Absätze 1 bis 3 sind nicht auf inländische Zweigniederlassungen von EU-Wertpapierfirmen anwendbar. Die in § 81 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 genannten Stresstests liegen in der Verantwortung der Geschäftsleiter des Wertpapierdienstleistungsunternehmens, müssen jedoch nicht von ihnen persönlich durchgeführt werden.

§ 81 Absatz 4 dient der Umsetzung von Artikel 9 Absatz 6 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II]

§ 81 Absatz 5 dient der Umsetzung von Artikel 7 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II].

Zu Nummer 82 (§ 82)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Bei den Änderungen vor der Nummer 1 handelt es sich um die Korrektur eines redaktionellen Versehens.

Die Vorgabe der jährlichen Überprüfung in Absatz 1 Nummer 1 beruht auf Artikel 46 Absatz 1 der Richtlinie 2006/73/EG und wird gestrichen, da sich die näheren Vorgaben hierzu künftig unmittelbar aus Artikel 66 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] ergeben. Die Grundsätze zur Auftragsführung müssen nach Artikel 27 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU insbesondere unter Berücksichtigung der nach den Absätzen 9 bis 11 zu veröffentlichenden Informationen überprüft werden.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe b (Absatz 3)

Die Anforderung an eine sachliche Rechtfertigung beruht auf Artikel 44 Absatz 4 der Richtlinie 2006/73/EG und wird gestrichen. Die Vorgabe besteht aber auch künftig nach dem unmittelbar geltenden Art. 64 Absatz 3 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II].

Der neue Satz 4 entspricht der bisherigen Regelung in § 11 Absatz 2 der durch dieses Gesetz neu verkündeten WpDVerOV und setzt zugleich Artikel 27 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Buchstabe c (Absatz 5 Satz 2)

Die Regelung gilt in Umsetzung von Artikel 27 Absatz 5 Unterabsatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU nunmehr für Handelsplätze im Sinne von § 2 Absatz 25 des Gesetzes.

Zu Buchstabe d (Absatz 6)

Die Nummer 2 beruht auf Artikel 46 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie 2006/73/EG und wird nunmehr aufgehoben, da sich die Regelung künftig in Art. 66 Absatz 3 Buchstabe f der unmittelbar geltenden Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] wiederfindet.

Der neu angefügte Satz 2 beruht auf Artikel 27 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU und konkretisiert die Informationspflicht von Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Hinblick auf die Ausführungsgrundsätze gegenüber Kunden.

Zu Buchstabe e (Absatz 8)

Der bisherige Absatz 8 betreffend Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die Aufträge ihrer Kunden an Dritte zur Ausführung weiterleiten oder Finanzportfolioverwaltung betreiben, ohne die Aufträge oder Entscheidungen selbst auszuführen, beruht auf Artikel 45 Absatz 1 bis 6 der Richtlinie 2006/73/EG und wird aufgehoben, da sich diesbezügliche Regelungen künftig in Art. 65 der unmittelbar geltenden Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] wiederfinden.

Die Neufassung des Absatzes 8 dient der Umsetzung von Artikel 27 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU. Die Regelung der Richtlinie wird 1:1 umgesetzt, wobei im Rahmen der Umsetzung auch vergleichend andere Sprachfassungen der Richtlinie herangezogen werden. Während nach der deutschen Sprachfassung keine Vergütung und kein Rabatt oder nichtmonetärer Vorteil für die Weiterleitung erhalten werden darf, „da dies einen Verstoß“ gegen Vorgaben zu Interessenkonflikten oder Anreizen darstellt, verweisen die Vorgaben insbesondere der englischen („which would infringe the requirements“) und französischen Sprachfassung („qui serait en violation“) deutlicher auf die maßgeblichen Anforderungen betreffend die Interessenkonflikte und Zuwendungen. Eines Verweises auf die genannten Bestimmungen in der Richtlinie bedürfte es ferner nicht, wenn ein Verstoß unabhängig von deren Voraussetzungen vorliegen würde.

Zu Buchstabe f (Absätze 9 bis 13)

Absatz 9 setzt Artikel 27 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EU um. Während die deutsche Sprachfassung eine Veröffentlichung der wichtigsten fünf Handelsplätze vorsieht, sehen unter anderem die englische Sprachfassungen und die französische Sprachfassung eine Veröffentlichung der wichtigsten fünf Ausführungsplätze vor („plates-formes d’exécution“ bzw. „execution venues“), bei denen es sich gerade nicht um Handelsplätze im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 24 der Richtlinie 2014/65/EU handelt („plate-forme de négociation“ bzw. „trading venue“). Der Begriff Ausführungsplatz wird von der Richtlinie selbst nicht definiert, wird aber im Regelungskontext auch an anderer Stelle verwendet und dort auch mit einem im Vergleich zu den Handelsplätzen weiteren Anwendungsbereich definiert, so beispielsweise in Artikel 64 Absatz 1 der Delegierten Verordnung nach Artikel 27 Absatz 9 der MiFID II. Der Erwägungsgrund 97 der Richtlinie 2014/65/EU zeigt, obwohl auch hier der Begriff „Handelsplatz“ verwendet wird, dass es auf die Veröffentlichung der wichtigsten Ausführungsplätze ankommt, da auch von diesen veröffentlichte Informationen zur Ausführungsqualität Rechnung getragen werden soll. Um den in Erwägungsgrund 97 aufgeführten Zweck, Informationen zum Zwecke eines besseren Anlegerschutzes festzulegen, die veröffentlicht werden sollen, ist der Anwendungsbereich hier nicht auf die Veröffentlichung der wichtigsten Handelsplätze zu beschränken. Im Übrigen werden die Pflichten durch den technischen Regulierungsstandard nach Artikel 27 Absatz 10 Buchstabe b der Richtlinie 2014/65/EU näher konkretisiert, der im Rahmen der Veröffentlichungspflicht unmittelbar zu berücksichtigen ist.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Absatz 10 bis 11 setzen Artikel 27 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU um, wobei Absatz 12 den erforderlichen Inhalt der Informationspflichten konkretisiert.

Zu Buchstabe g (Absatz 14)

Der neue Absatz 14 verweist auf Bestimmungen der Delegierten Verordnung, die für die Vorgabe, Kundenaufträge im bestmöglichen Interesse des Kunden auszuführen, nähere Einzelheiten enthalten. Verwiesen wird dabei unter anderem auch auf die Regelung nach Artikel 65 betreffend Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die Finanzportfolioverwaltung erbringen oder Aufträge zur Ausführung weiterleiten, die an die Stelle des bisherigen Absatzes 8 tritt.

Zu Nummer 83 (§ 33b-alt)

Die Vorschrift ist aufzuheben, da sie auf der Richtlinie 2006/73/EG beruhte und inhaltlich nun durch Artikel 29 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] geregelt wird.

Zu Nummer 84 (§ 83)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderung in Absatz 1 dient der Umsetzung von Artikel 16 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Die Sätze 2 und 4 des Absatzes 2 beruhen auf Art. 39 der Richtlinie 2006/73/EG und werden nunmehr aufgehoben. Die Vorgaben betreffend die Rahmenvereinbarungen ergeben sich künftig aus Art. 58 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Der bisherige Satz 3, der zuvor auch der Umsetzung von Art. 39 der Richtlinie 2006/73/EG diente, ist jedoch nicht zu streichen, da dieser auch Art. 25 Absatz 5 Satz 2 der Richtlinie 2014/65/EU umsetzt. Der Wortlaut wird jedoch angepasst und stellt, mangels entsprechender Regelung im Absatz 2, nicht mehr auf Rahmenvereinbarungen ab. Satz 5 wird aufgehoben, da dauerhafte Datenträger nunmehr in § 2 Absatz 46 definiert werden.

Zu Buchstabe c (Absatz 2a und 2b-alt)

Die bislang in Absatz 2a und 2b enthaltenen nationalen Regelungen hinsichtlich des Beratungsprotokolls sind neben den nunmehr europaweit harmonisierten Aufzeichnungs- und Protokollierungspflichten nicht mehr erforderlich und können entfallen.

Zu Buchstabe d (Absatz 3)

Die nach Absatz 3 vorgegebenen Aufzeichnungspflichten setzen Artikel 16 Absatz 6 und 7 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die Aufzeichnungspflicht dient der Stärkung des Anlegerschutzes, der Verbesserung der Marktüberwachung und der Schaffung von Rechtssicherheit im Interesse von Wertpapierfirmen und ihren Kunden. Insbesondere soll die Aufzeichnung gewährleisten, dass die Bedingungen aller von den Kunden erteilten Aufträge und deren Übereinstimmung mit den von den Wertpapierfirmen ausgeführten Geschäften nachgewiesen werden können.

In diesem Zusammenhang stellt sich allerdings die Frage, welche Inhalte aufzuzeichnen sind. Denn im Rahmen der Dauer eines Telefongesprächs oder einer elektronischen Kommunikation können sich diese auch auf nicht vom Anwendungsbereich der MiFID II erfasste Dienstleistungen erstrecken.

Wenn das Gespräch mit Instituten geführt wird, die ausschließlich Wertpapierdienstleistungen mittels Telefongespräch und elektronischer Kommunikation anbieten sowie bei mit eigenen Telefonleitungen versehenen Abteilungen von Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die ausschließlich Wertpapierdienstleistungen anbieten, besteht die Aufzeichnungspflicht des Telefonats ab Gesprächsbeginn. Denn es ist nicht zu erwarten, dass noch andere Dienstleistungen angeboten werden.

Bei Instituten, die neben Wertpapierdienstleistungen noch andere nicht von der MiFID II erfasste Dienstleistungen anbieten, kann das Gespräch in seinem Verlauf zu verschiedenen Zeitpunkten in eine Beratung über Wertpapierdienstleistungen übergehen. Ein genauer Zeitpunkt, ab dem die Aufzeichnung zu beginnen hat, lässt sich daher nicht in jedem Fall genau bestimmen. Denn der Mitarbeiter des Instituts wird nicht in jedem Fall im Voraus wissen, ob der Kunde schon am Beginn des Gesprächs eine Beratung über Wertpapierdienstleistungen

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

nachfragen wird oder ob der Kunde sich erst im Verlauf des Gesprächs entschließt eine Wertpapierberatung nachzufragen oder auf ein Angebot des Mitarbeiters des Instituts einzugehen. Aufgrund dieser Sachlage entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen an die Pflicht zur Aufzeichnung, um die Beweissicherung bei der Beratung über Wertpapierdienstleistung zu ermöglichen, und den allgemeinen Grundsätzen, dass nur in dem Umfang Daten verarbeitet werden sollen, die auch tatsächlich für den festgelegten Zweck benötigt werden. Gleichwohl ist für die Beweissicherung im Hinblick auf die Beratung über eine Wertpapierdienstleistung zugunsten des Kunden frühzeitig mit der Aufzeichnung zu beginnen.

Im Hinblick auf die Vielfalt der Finanzinstrumente, die bei einer Beratung über Wertpapierdienstleistungen dem Anleger angeboten werden können, ist von herausragender Bedeutung, dass der Anleger über die Risiken, die Risikoklasse des Finanzinstruments, die Ertragschancen oder die Ausgestaltung von Finanzinstrumenten, Wertpapierdienstleistungen oder strukturierten Einlagen beraten wird. Dabei ist davon auszugehen, dass in Abhängigkeit von den mit dem Finanzinstrument verbundenen Risiken, vom Zielmarkt und der Zielgruppe, für die das Finanzinstrument konzipiert wurde, die Dauer und Intensität des aufzuzeichnenden Beratungsgesprächs bestimmt wird. Daher haben gerade diese Teile des Beratungsgesprächs für eine Beweissicherung herausgehobene Bedeutung und sind in jedem Fall aufzuzeichnen. Diese Pflicht zur Aufzeichnung besteht sowohl im Hinblick auf die Beratung über ein einzelnes oder mehrere konkrete(s) Finanzinstrument(e) als auch über die Beratung zu einzelnen oder mehreren Wertpapiergattungen.

Soweit der Kunde ausdrücklich keine Beratung verlangt und die Order für ein bestimmtes Finanzinstrument in eigener Verantwortung abgibt (beratungsfreies Geschäft), ist spätestens bei Erteilung der Order gegenüber dem Kunden die Zusammenfassung des Geschäftsabschlusses zu bestätigen und darauf hinzuweisen, dass die Order ohne Beratung erteilt wird. Dieser Teil des Gesprächs ist aufzuzeichnen.

Zudem enthält die Neufassung des Absatzes 3 eine Begründung zur Notwendigkeit und zum Umfang der Aufzeichnung So wird insbesondere klargestellt, dass die Aufzeichnungen zur Beweissicherung erfolgen und nur in einem Umfang vorgenommen werden dürfen, der zur Erreichung ihres Zwecks erforderlich ist. Dies trägt den verfassungsrechtlichen Vorgaben im Hinblick auf die informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen Rechnung. Soweit die Vorgaben von Absatz 3 eingehalten werden, findet § 201 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs keine Anwendung, da die Aufzeichnung der Kommunikation nicht „unbefugt“ im Sinne des § 201 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs erfolgt.

Zu Buchstabe e (Absatz 4 bis 7)

Mit Absatz 4 wird klargestellt, dass das Wertpapierdienstleistungsunternehmen verpflichtet ist, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die technische Aufzeichnung der einschlägigen Telefongespräche und der elektronischen Kommunikation zu ermöglichen. Das gilt sowohl für die den Mitarbeitern oder beauftragten Personen vom Institut zur Verfügung gestellten Geräte als auch für die privaten Geräte und die private elektronische Kommunikation der Mitarbeiter oder beauftragten Personen, wenn diese mit Zustimmung der Mitarbeiter für die Gespräche oder elektronische Kommunikation in Bezug auf Wertpapierdienstleistungen genutzt werden. Ist eine Aufzeichnung mittels privater Geräte geführter Gespräche oder entsprechender elektronischer Mitteilungen durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen nicht möglich, so dürfen solche Geräte nicht genutzt werden.

Nach Absatz 5 sind Kunden über die Aufzeichnung der Telefongespräche zu informieren. Eine einmalige Information vor erstmaliger Erbringung einer Wertpapierdienstleistung gegenüber dem jeweiligen Kunden ist ausreichend. Solange dies nicht erfolgt ist oder der Kunde einer Aufzeichnung widersprochen hat, darf das Wertpapierdienstleistungsunternehmen gegenüber diesem Kunden keine telefonischen oder mittels elektronischer Kommunikation veranlassten Wertpapierdienstleistungen erbringen, die sich auf die Annahme, Übermittlung und Ausführung von Kundenaufträgen beziehen.

In Absatz 6 wird in Umsetzung des Artikels 16 Absatz 7 Unterabsatz 9 der Richtlinie 2014/65/EU das Recht des Kunden geregelt, wonach ihm auf Verlangen die ihn betreffenden Aufzeichnungen des Wertpapierdienstleistungsunternehmens oder eine Kopie hiervon zur Verfügung gestellt werden.

Mit Absatz 7 wird Artikel 16 Absatz 6 Unterabsatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt. Danach kann der Kunde seine Aufträge auch auf anderem Wege platzieren, vorausgesetzt, die entsprechende Mitteilung des Kunden erfolgt über einen dauerhaften Datenträger.

Zu Buchstabe f (Absatz 8)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Mit Absatz 8 wird Artikel 16 Absatz 7 Unterabsatz 9 der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt. Dabei wird die Aufbewahrungspflicht grundsätzlich auf fünf Jahre beschränkt. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Löschung bzw. im Falle der Protokolle deren Vernichtung erforderlich. Erhält die Bundesanstalt allerdings Kenntnis von Umständen, die es angemessen erscheinen lassen, die Aufbewahrungspflicht zu verlängern, so kann die Bundesanstalt die Frist zur Aufbewahrung der Aufzeichnung um zwei auf sieben Jahre verlängern, so dass die Löschung der Aufzeichnung dann erst nach Ablauf von sieben Jahren zulässig ist. Die Bundesanstalt wird die Frist insbesondere dann verlängern, wenn sie der Auffassung ist, dass damit dem Zweck der Beweissicherung gedient wird, um zum Beispiel Beweismittel für Ermittlungen zu sichern oder die Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche zu ermöglichen.

Aufzeichnungen nach Absatz 3 die für die dort genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind, sind unverzüglich zu löschen. Dies gilt insbesondere für versehentliche Aufzeichnungen zu Gesprächen, die keinen Bezug zu den in Absatz 3 genannten Wertpapiergeschäften aufweisen.

Zu Buchstabe g (Absatz 9)

Absatz 9 verpflichtet das Institut, technische Einrichtungen zu unterhalten, mit denen eine nachträgliche Verfälschung der Aufzeichnung und eine unbefugte Verwendung verhindert werden kann. Außerdem wird klargestellt, dass die Aufzeichnung ausschließlich der Beweissicherung zugunsten des Kunden und zur Pflichterfüllung des Instituts gegenüber der Bundesanstalt dient, nicht hingegen zur Überwachung des Mitarbeiters durch das Institut.

Mit Satz 2 sollen die Institute den Kreis der Mitarbeiter, die Zugang zu den Aufzeichnungen haben beschränken und intern namensmäßig bezeichnen. Auch dies dient dem Schutz der aufgezeichneten Daten und der bestimmungsgemäßen Verwendung. Insbesondere Compliance-Mitarbeiter dürfen im Rahmen ihrer Aufgaben auf die Aufzeichnungen Zugriff nehmen.

Zu Buchstaben h und i (Absatz 10 und 11)

Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Buchstabe j (Absatz 13)

Absatz 13 setzt Artikel 25 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU um. Auf die Ausführungen zum neuen § 66 wird insofern verwiesen.

Zu Nummer 85 (§ 84)

Zu Buchstabe a (Überschrift)

Die Überschrift wird angesichts der weiteren Vorgaben zu Finanzsicherheiten im Zusammenhang mit der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] angepasst.

Zu Buchstabe b (Absatz 1)

Absatz 1 dient der Umsetzung von Artikel 16 Absatz 8 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Die Änderungen im neuen Absatz 2 dienen der Anpassung an die Vorgaben der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II]. Der bisherige Satz 2 findet in der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] keinen Anknüpfungspunkt und ist daher zu streichen. Der neu eingefügte Satz 3 dient der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 2 letzter Unterabsatz der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II]

Zu Buchstabe d (Absatz 3 und 4)

Der neue Absatz 3 dient der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 3 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] Nach Absatz 3 Satz 2 braucht das Wertpapierdienstleistungsunternehmen auf Antrag bei der Bundesanstalt die Obergrenze nach Satz 1 nicht einzuhalten, wenn es nachweist, dass die gemäß Satz 1 geltende Anforderung angesichts der Art, des Umfangs und der Komplexität seiner Tätigkeit sowie angesichts der Sicherheit, die die betreffenden Verwahrstellen nach Satz 1 bieten sowie angesichts des geringen Saldos an Kundengeldern, das das Wertpapierdienstleistungsunternehmen hält, unverhältnismäßig ist. Eine angemessene Sicherheit im Sinne

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

des Absatzes 3 Satz 2 ist bei Kreditinstituten, die an eine inländische Einlagensicherungseinrichtung angeschlossen sind, in der Regel anzunehmen.

Der neue Absatz 4 dient der Umsetzung von Artikel 16 Absatz 9 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe e (Absatz 5)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen.

Zu Buchstabe f (Absatz 3-alt und 4-alt)

Der bisherige Absatz 3 ist angesichts der Regelung in Artikel 49 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] entbehrlich und daher zu streichen. Der bisherige Absatz 4 wird in seiner bisherigen Form aufgehoben und sein wesentlicher Regelungsgehalt wird in einen neuen Absatz 6 überführt.

Zu Buchstabe g (Absatz 6 bis 9)

Absatz 6 führt den wesentlichen Regelungsgehalt des bisherigen Absatz 4 unter Anpassung an die Vorgaben des Artikels 5 Absatz 1 bis 3 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] fort. Die einzelnen Anforderungen des Artikel 5 Absatz 3 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] werden durch eine Anpassung der WpDVerOV umgesetzt.

Satz 1 verbietet dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen die unbefugte Verwendung von Finanzinstrumenten des Kunden. Die Regelung setzt voraus, dass der Kunde im Zeitpunkt der Verwendung der Finanzinstrumente durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen noch Eigentümer derselben ist und die Finanzinstrumente anders als in den Fällen des Absatzes 8 nicht als Sicherheit in Form der Vollrechtsübertragung an das Wertpapierdienstleistungsunternehmen übertragen hat. In den Fällen, in denen bereits vor der Verwendung der Finanzinstrumente durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen eine Übertragung des Eigentums an den Finanzinstrumenten vom Kunden an das Wertpapierdienstleistungsunternehmen erfolgt ist, besteht aus Kundenschutzgesichtspunkten kein Bedürfnis für eine gesonderte ausdrückliche Zustimmung zur Verwendung der Finanzinstrumente, da der Kunde dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen bereits mit der Übertragung des Eigentums an den Finanzinstrumenten die Befugnis erteilt hat, mit diesen nach eigenem Ermessen zu verfahren. Damit besteht in diesen Fällen auch kein Bedürfnis für eine Anwendung des Absatzes 6.

Die im bisherigen Absatz 4 Satz 1 enthaltene Verweisung auf die Vorschriften des Depotgesetzes wird nicht mehr aufgegriffen, um deutlicher zwischen den zivilrechtlichen Vorschriften des Depotgesetzes einerseits und den aufsichtsrechtlichen Vorgaben des § 84 WpHG und der WpDVerOV andererseits zu unterscheiden.

Die im bisherigen Absatz 4 Satz 3 enthaltene Regelung für Privatkunden wird im Einklang mit den Vorgaben der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] nunmehr in Satz 2 auf alle Kunden des Wertpapierdienstleistungsunternehmens ausgedehnt.

Absatz 7 dient der Umsetzung von Artikel 16 Absatz 10 der Richtlinie 2014/65/EU. Mit der Regelung wird sichergestellt, dass Privatkunden dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen keine Finanzsicherheiten in Form der Vollrechtsübertragung einräumen dürfen. Das Verbot nach Absatz 7 zur Einräumung von Finanzsicherheiten beschränkt sich im Einklang mit der Richtlinie 2014/65/EU auf Privatkunden.

Das Wertpapierdienstleistungsunternehmen darf sich demgegenüber von professionellen Kunden und geeigneten Gegenparteien Finanzsicherheiten in Form der Vollrechtsübertragung nach Maßgabe des Absatzes 8 einräumen lassen.

Absatz 8 setzt Artikel 6 Absatz 1 und 3 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] um. Die Regelung erfasst Fälle, in denen ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen Finanzinstrumente eines Kunden als Sicherheiten in der Form der Vollrechtsübertragung erhält und damit das Eigentum an den Finanzinstrumenten des Kunden erwirbt (z.B. im Rahmen eines Repo-Geschäfts). In diesen Fällen hat das Wertpapierdienstleistungsunternehmen nach Satz 1 die Angemessenheit der Stellung der Sicherheiten zu prüfen und die Prüfung zu dokumentieren sowie nach Satz 2 die sicherungsgebende Partei auf die Risiken und Folgen der Stellung der Sicherheiten hinzuweisen. Die einzelnen Anforderungen des Artikel 6 Absatz 2 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] werden durch eine Anpassung der WpDVerOV umgesetzt.

Die Fälle des Absatzes 8 sind von den in Absatz 6 geregelten Fällen zu unterscheiden, in denen das Wertpapierdienstleistungsunternehmen Finanzinstrumente, die im Eigentum des Kunden stehen, für eigene Rechnung oder

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

für Rechnung einer anderen Person verwendet. In diesen Fällen sieht Absatz 6 zum Schutz des Kunden dessen vorherige ausdrückliche Zustimmung zur Verwendung der Finanzinstrumente durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen vor. Überträgt der Kunde dagegen im Zuge der Bestellung einer Finanzsicherheit nach Absatz 8 und unter Beachtung der weiteren Voraussetzungen dieses Absatzes das Eigentum an den Finanzinstrumenten an das Wertpapierdienstleistungsunternehmen, besteht aus Kundenschutzgesichtspunkten kein Bedürfnis für eine gesonderte ausdrückliche Zustimmung zur Verwendung der Finanzinstrumente, da der Kunde dem Wertpapierdienstleistungsunternehmen bereits mit der Übertragung des Eigentums an den Finanzinstrumenten die Befugnis erteilt hat, mit diesen nach eigenem Ermessen zu verfahren (vgl. Erwägungsgrund 52 der Richtlinie 2014/65/EU).

Absatz 9 setzt Artikel 5 Absatz 4 der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] um. Mit der Regelung soll sichergestellt werden, dass Wertpapierleihgeschäfte, die Finanzinstrumente von Kunden zum Gegenstand haben, nur in besicherter Form abgeschlossen werden. Als geeignete Vorkehrung im Sinne des Satzes 2 ist auch ein vertraglich festgelegter Mechanismus anzusehen, der vorsieht, dass Sicherheiten im Rahmen der Sicherheitenverwaltung laufend an den Wert der Kundenfinanzinstrumente angepasst werden.

Zu Buchstabe h (Absatz 10)

Der bisherige Absatz 5 wird aufgrund redaktioneller Änderungen zu Absatz 10.

Zu Nummer 86 (§ 85)

Die Aufhebung von Absatz 1 Satz 3 und 4 beruht darauf, dass die Vorgaben für die Finanzanalyse durch Wertpapierdienstleistungsunternehmen nunmehr in Artikel 36 und 37 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] geregelt sind. Für weitergehende nationale Regelungen, die sich an Wertpapierdienstleistungsunternehmen richten, ist nach Inkrafttreten der Richtlinie 2014/65/EU und der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] kein Raum. Die Änderungen in Absatz 2 sind redaktionelle Änderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes. Der bisherige Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben, da sich die Prüfungspflicht im Hinblick auf die Pflichten aus Artikel 20 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und Artikel 37 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] künftig aus § 89 Absatz 1 und den dort enthaltenen Verweisen ergibt.

Zu Nummer 87 (§ 86)

Die Änderung resultiert aus der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 88 (§ 87)

Der neue Absatz 2 dient der Umsetzung von Artikel 25 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU.

Durch den neuen Absatz 3 wird das Sachkunde- und Zuverlässigkeitserfordernis auch auf Mitarbeiter erstreckt, die mit der Finanzportfolioverwaltung betraut sind. Da gerade im Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung die Mitarbeiter Zugang zu Kundengeldern haben, ist es geboten, dass auch nur solche Mitarbeiter mit dieser Tätigkeit betraut werden, die sachkundig und zuverlässig sind. Die Regelung soll die bestehenden Risiken eindämmen und den Schutz der Kundengelder vor einem Zugriff unzuverlässiger Mitarbeiter sicherstellen. Werden Finanzportfolioverwalter insbesondere wegen Straftaten im Sinne von § 6 WpHGMaAnzV verurteilt, kann die Aufsicht die Tätigkeit untersagen. Da den Finanzportfolioverwaltern die Verfügung über Vermögenswerte der Kunden anvertraut ist, wird so ein Schutz der Kunden vor unzureichender persönlicher Eignung der Finanzportfolioverwalter möglich. Ein weiterer wichtiger Aspekt der Regelung ist, dass Mitarbeiter in der Finanzportfolioverwaltung eine Anlageentscheidung für den Kunden treffen, was eine besondere Sachkunde voraussetzt. In der Aufsicht, insbesondere über Finanzdienstleistungsinstitute war zu beobachten, dass diese nach Einführung der erhöhten Anforderungen an die Anlageberatung verstärkt ihr Angebot der Anlageberatung durch das der Finanzportfolioverwaltung ersetzten. Zu diesen erhöhten Anforderungen zählt auch die Sachkunde und Zuverlässigkeit von Anlageberatern, die bislang für Finanzportfolioverwalter nicht galt. Gegen deren Tätigkeiten konnten mangels Ermächtigungsgrundlage keine Maßnahmen – wie bei der Anlageberatung vorgesehen – ergriffen werden.

Absatz 7 wird redaktionell angepasst. Durch den Einschub wird ferner klargestellt, dass in der internen Datenbank der Bundesanstalt solche Anordnungen zu führen sind, die gegenüber Mitarbeitern ergehen oder aufgrund von Mitarbeitern ergehen, die nach den Absätzen 1, 4 und 5 anzuzeigen sind.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Buchstaben d bis i enthalten darüber hinaus zahlreiche redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes und Anpassung der Absätze. In Absatz 5 werden die Verweise auf die Vorgaben betreffend die Compliance-Funktion und Berichte an die Geschäftsleitung aktualisiert. Diese ergeben sich künftig unmittelbar aus der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II]. Auch im neuen Absatz 8 werden die Verweise aktualisiert, ohne dass eine inhaltliche Änderung erfolgt; die Vorschriften sind weiterhin auf im Inland tätige Mitarbeiter von Wertpapierdienstleistungsunternehmen beschränkt.

Absatz 13 setzt Artikel 25 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU um. Auf die Ausführungen zum neuen § 66 wird insofern verwiesen.

Zu Nummer 89 (§ 88)

Es handelt sich um eine Änderung in Folge der geänderten Nummerierung des Gesetzes.

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Der bisherige Absatz 1 ist hinsichtlich der Prüfung, die durch die Bundesanstalt vorgenommen werden kann, auf die Überwachung der Pflichten nach dem 6. Abschnitt – dem künftigen Abschnitt 11 – begrenzt. Durch die Änderung wird die Möglichkeit zu anlassunabhängigen Prüfung auf die Pflichten erweitert, die auch Gegenstand der jährlichen Prüfung nach § 89 des Gesetzes werden. Dies trägt einerseits dem Umstand Rechnung, dass die Bundesanstalt nach § 29 Absatz 2 auch sektoral zuständige Behörde im Sinne des Artikels 25a der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September über Ratingagenturen ist, soweit Wertpapierdienstleistungsunternehmen bei der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen oder Wertpapiernebendienstleistungen Ratings verwenden, und anderseits zahlreiche Pflichten künftig aus unmittelbar geltendem europäischen Verordnungsrecht folgen. Ferner soll insgesamt ein Gleichlauf der Prüfungspflichten hergestellt werden; Pflichten, die Gegenstand der jährlichen Prüfung sind, sollen durch die Bundesanstalt auch anlassunabhängig geprüft werden können. Neben den genannten Pflichten betrifft die Erweiterung insbesondere Vorschriften der Marktmissbrauchsverordnung sowie die Anzeigepflichten nach § 23 dieses Gesetzes zur Anzeige von Verdachtsfällen betreffend Verstöße gegen die Leerverkaufsverordnung.

Zu Buchstabe b (Absatz 4)

Darüber hinaus war der Verweis in Absatz 4 anzupassen. Die Verordnung 2006/73/EG beruht auf der Richtlinie 2004/39/EG. Richtlinien der Bundesanstalt nach Absatz 4 können nunmehr im Hinblick auf delegierte Rechtsakte ergehen, die auf der Richtlinie 2014/65/EU beruhen.

Zu Nummer 90 (§ 89)

Durch die Anpassung wird berücksichtigt, dass die zu prüfenden Melde- und Verhaltenspflichten künftig auch in zahlreichen Artikeln der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 sowie § 57 Absatz 1 bis 4 enthalten sind.

Weiter wurde ein Verweis auf die Delegierten Verordnungen nach der MiFID II, der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] und nach der MiFIR, der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFIR], aufgenommen.

Durch die Änderung wird die bisher nur für Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die von einem genossenschaftlichen Prüfungsverband oder einer Prüfungsstelle eines Sparkassen- und Giroverbands geprüft werden (verbandsgeprüfte Unternehmen), geltende Regelung zur Einreichung von Prüfberichten auf Anforderung der BaFin und der Deutschen Bundesbank auf alle Wertpapierdienstleistungsunternehmen ausgeweitet. Sämtliche Wertpapierdienstleistungsunternehmen werden jedoch auch weiterhin unverändert nach § 89 WpHG vollumfänglich und in der Regel jährlich durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft.

Derzeit müssen Prüfungsberichte von Prüfungen bei nicht verbandsgeprüften Wertpapierdienstleistungsunternehmen, unaufgefordert bei der BaFin und der Deutschen Bundesbank eingereicht werden. Prüfungsberichte verbandsgeprüfter Wertpapierdienstleistungsunternehmen sind demgegenüber nur auf Anforderung einzureichen. Allerdings ist auch bei verbandsgeprüften Wertpapierdienstleistungsunternehmen der Fragebogen nach dem bisherigen § 5 Absatz 6 WpDPV, der die wesentlichen Ergebnisse einer Prüfung eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens zusammenfasst und Bestandteil des Prüfungsberichts ist, unaufgefordert einzureichen.

Die Regelung für verbandsgeprüfte Unternehmen hat sich in der Verwaltungspraxis bewährt. Sie trägt zu einer risikoorientierten Aufsicht bei, indem eine Konzentration auf Unternehmen erfolgen kann, bei welchen dies aufgrund der Auswertung des Fragebogens nach dem bisherigen § 5 Absatz 6 WpDPV oder sonstiger Informa-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

tionen erforderlich erscheint. Die Pflicht zur Einreichung eins Fragebogens nach § 5 Absatz 6 der WpDPV wird, ohne dass diese erweitert wird, nunmehr in den § 78 übernommen.

Zu Nummer 91 (§ 90)

Die Änderung in Absatz 1 setzt die Vorgaben nach Artikel 35 Absatz 8 der Richtlinie 2014/65/EU um. Werden Wertpapierdienstleistungen durch eine Zweigniederlassung und vertraglich gebundene Vermittler mit Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland im Sinne des § 53b des Kreditwesengesetzes erbracht, gelten die im 6. Abschnitt sowie Artikel 14 bis 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geregelten Rechte und Pflichten entsprechend. Ausgenommen sind die Regelungen des 12. Abschnitts, die nicht auf der Umsetzung der Artikel 24, 25, 27, 28 der Richtlinie beruhen, vgl. Artikel 35 Absatz 8 der Richtlinie 2014/65/EU.

Absatz 5 setzt Artikel 86 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU um und wird entsprechend des Wortlauts der Richtlinie um organisierte Handelssysteme erweitert.

Zu Nummer 92 (§ 91)

Durch die Regelung können Unternehmen, die ihren Sitz in einem Drittstaat haben, grundsätzlich ebenfalls von denjenigen Vorschriften befreit werden, von denen gemäß § 90 Absatz 1 Satz 1 auch Zweigstellen von Wertpapierhandelsunternehmen oder CRR-Kreditinstituten mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat befreit werden können, wenn sie Wertpapierdienstleistungen im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs im Inland erbringen. Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen hinsichtlich der Vorschriften, hinsichtlich derer die Befreiung erteilt wird, einer Aufsicht nicht bedarf. Die Befreiung kann mit Auflagen verbunden werden, insbesondere um eine Überwachung und Prüfung von Auflagen, die auch andere Wertpapierdienstleistungsunternehmen betreffen, Meldepflichten und Verhaltensregeln ermöglichen Eine Befreiung kommt darüber hinaus nur dann in Frage, wenn zuvor auch eine erforderliche Freistellung nach § 2 Absatz 5 KWG erfolgte.

Wichtiger Anwendungsfall der Regelung ist die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen gegenüber Privatkunden und gekorenen professionellen Kunden. Hinsichtlich der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber Gegenparteien und geborenen professionellen Kunden enthält Art. 46 MiFIR eine Sonderregelung. Einem Antrag nach § 91 steht daher regelmäßig entgegen, wenn ein Antrag nach Art. 46 MiFIR - soweit dessen Anwendungsbereich reicht - gestellt wurde und die Bundesanstalt hiervon Kenntnis erlangt.

Zu Nummer 93 (§ 92)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 94 (§ 93)

Die Überschrift sowie die Absätze 1 bis 3 werden der neuen Terminologie der Unabhängigen Honorar-Anlageberatung redaktionell angepasst.

Der bisherige Absatz 4 wird aufgehoben, da auch die Unabhängige Honorar-Anlageberatung nun auf Grundlage der Richtlinie 2014/65/EU in § 64 WpHG reguliert ist und somit nachhaltige Verstöße gegen die zugehörigen Wohlverhaltensnormen nach den allgemeinen Regelungen, u.a. der Erlaubnisaufhebung geahndet werden können. Die Löschung aus dem Register erfolgt in solchen Fällen daher über § 93 Absatz 3 Nummer 2, so dass es des Sondertatbestandes in dem ehemaligen Absatz 4 nicht mehr bedarf. Im Übrigen werden die bisherigen nationalen Sonderregelungen der Honorar-Anlageberatung, die nach Artikel 4 der Richtlinie 2006/73/EG gemeldet wurden, auf Grundlage von Artikel 24 Absatz 12 Unterabsatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU unter neuer Bezeichnung beibehalten.

Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes und der Änderung der Bezeichnung.

Zu Nummer 95 (§ 94)

Es handelt sich um Folgeänderungen der geänderten Bezeichnung der Honorar-Anlageberatung und der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 96 (§ 95)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Anpassung berücksichtigt den geänderten Katalog von Vorschriften, die nach Artikel 19 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU für die benannten Geschäfte nicht gelten. Im Übrigen handelt es sich bei den Änderungen um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 97 (§ 96)

Die Aufnahme des neuen § 96 dient der Umsetzung des Artikels 1 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU, wobei u.a. auch die WpHG-Vertriebsvorgaben in den Katalog der auf strukturierte Einlagen entsprechend anwendbaren Vorschriften aufgenommen wurden. Letzteres beruht darauf, dass die Vertriebsvorgaben mit den anderen materiellen Vorschriften des WpHG, die auf Basis von Artikel 1 Abs. 4 der Richtlinie 2014/65/EU für entsprechend anwendbar erklärt werden, in Zusammenhang stehen und sich folglich im Hinblick auf die Vertriebsvorgaben im Falle eines Vertriebs von strukturierten Einlagen eine zu dem Vertrieb von Finanzinstrumenten vergleichbare Interessenlage ergibt, die – vor allem aus Gründen des Umgehungsschutzes – zu einer entsprechende Anwendung der einschlägigen Vorschriften auf strukturierte Einlagen führen muss. Gleiches gilt für die Anwendung der Vorgaben an die Finanzportfolioverwaltung.

Zu Nummern 98 (Abschnitt 12)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 99 und 100 (§§ 97 und 98)

Die Pflicht zur Veröffentlichung von Insiderinformationen nach Artikel 17 der Verordnung (EU) 596/2014 (sog. Ad-hoc-Pflicht) erfasst auch Emittenten, deren Finanzinstrumenten auf ihren Antrag oder mit ihrer Genehmigung zum Handel auf einem multilateralen oder organisierten Handelssystem zugelassen sind. Die Schadensersatzregelungen in §§ 97 und 98 (bisher §§ 37b, 37c), die sich bislang auf Emittenten, deren Finanzinstrumente zum Handel an einer inländischen Börse zugelassen sind, beschränkten, werden an den erweiterten Anwendungsbereich der Ad-hoc-Pflicht nach Artikel 17 der Verordnung (EU) 596/2014 angepasst. Da an einem regulierten Markt und auf einem multilateralen Handelssystem die Ad-hoc-Pflicht bereits mit dem Zulassungsantrag gilt, werden auch diese Fälle in §§ 97 und 98 aufgenommen. Ferner ergibt sich aus dem geänderten § 48 Absatz 3 des Börsengesetzes, dass der Freiverkehr ein multilaterales Handelssystem darstellt, so dass Emittenten, welche die Einbeziehung ihrer Finanzinstrumente in den Freiverkehr beantragt oder genehmigt haben, künftig ebenfalls den Schadensersatzregelungen nach den §§ 97 und 98 unterliegen.

Zu Nummer 101 (Abschnitt 13)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 102 (§ 99)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der geänderten Terminologie in § 2 Absatz 3 und 38 sowie um Folgeänderungen aufgrund der geänderten Nummerierung.

Zu Nummern 103 bis 120 (§ 100 bis § 118)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 121 (Abschnitt 17)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 122 (§ 119)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes. Darüber hinaus wird die bisher fehlende Versuchsstrafbarkeit für Marktmanipulationen bei Waren und ausländischen Zahlungsmitteln nach § 25 in Verbindung mit Artikel 15 der Verordnung (EU) 596/2014 aufgegeben, um insoweit ein einheitliches Sanktionsregime zu Marktmanipulationen bei Finanzinstrumenten (Artikel 15 der Verordnung (EU) 596/2014) zu erreichen. Dies betrifft ebenso die Qualifikation in Absatz 5, die sich künftig ebenfalls auf Marktmanipulationen bei Waren und ausländischen Zahlungsmitteln nach § 25 erstreckt und dadurch nicht länger auf Marktmanipulationen bei Finanzinstrumenten begrenzt ist.

Zu Nummer 123 (§ 120)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Das Bußgeldregime des früheren § 39 WpHG wird in Umsetzung der in der Richtlinie 2014/65/EU enthaltenen sanktionsrechtlichen Vorgaben umgestaltet. Aufgrund der Neunummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes wurden zudem umfangreiche Folgeänderungen notwendig.

Weiter wird die bisher bestehende unterschiedliche Bewehrung von handelsgestützter und informationsgestützter Marktmanipulationen nach § 18 a.F. in Verbindung mit Artikel 15 der Verordnung (EU) 596/2014 aufgegeben, um insoweit ein einheitliches Sanktionsregime zu Marktmanipulationen bei Finanzinstrumenten (Artikel 15 der Verordnung (EU) 596/2014) zu erreichen. Dies hat zur Folge, dass künftig handelsgestützte Fälle einer Marktmanipulation nach § 25 in Verbindung mit Artikel 15 der Verordnung (EU) 596/2014 bei Leichtfertigkeit eine Ordnungswidrigkeit darstellen.

Zu Absatz 1

Es handelt sich -verglichen mit dem bisherigen § 39 Absatz 1- um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes. Die bisherigen Nummern 3 und 4 entfallen aufgrund der Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält hauptsächlich die Bußgeldvorschriften, die sich aufgrund der Umsetzung der Transparenzrichtlinie – Änderungsrichtlinie ergeben. Hier wurden -verglichen mit dem bisherigen § 39 Absatz 2- Bußgeldvorschriften entfernt, die von der Umsetzung der Richtlinie 2004/39/EG betroffen sind und nunmehr an anderer Stelle entsprechend der Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU sowie der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 aufgeführt sind. Ferner wurden redaktionelle Änderungen und aufgrund der Neunummerierung notwendige Folgeänderungen vorgenommen.

Zu Absatz 3

Dieser Absatz entspricht dem bisherigen § 39 Absatz 2a. Im Zuge der Umsetzung der Richtlinie 2004/39/EG wurden jedoch Änderungen erforderlich, da die entsprechenden Aufzeichnungspflichten nunmehr an anderer Stelle geregelt werden.

Zu Absatz 4

Absatz 4 entspricht dem bisherigen § 39 Absatz 2b und enthält Bußgeldvorschriften zu den Ge- und Verboten, die sich aus der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 ergeben. Der Wortlaut der Vorschrift bleibt unverändert.

Zu Absatz 5

Dieser Absatz entspricht dem bisherigen § 39 Absatz 2c und enthält Bußgeldvorschriften zu den Ge- und Verboten aus der Verordnung (EU) Nr. 1031/2010. Der Wortlaut der Vorschrift bleibt unverändert.

Zu Absatz 6

Dieser Absatz entspricht dem bisherigen § 39 Absatz 2d und enthält Bußgeldvorschriften zu den Ge- und Verboten aus der Verordnung (EU) Nr. 236/2012. Der Wortlaut der Vorschrift bleibt unverändert.

Zu Absatz 7

Dieser Absatz entspricht dem bisherigen § 39 Absatz 2e und enthält Bußgeldvorschriften zu den Ge- und Verboten aus der Verordnung (EU) Nr. 648/2012. Der Wortlaut der Vorschrift bleibt unverändert.

Zu Absatz 8

Absatz 8 enthält nunmehr die Bußgeldtatbestände, die sich auf Verstöße gegen Ge- und Verbote des Wertpapierhandelsgesetzes beziehen, die der Umsetzung der Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU dienen. Dabei war insbesondere Artikel 70 Absatz 6 Buchstaben f, g und h in Verbindung mit Absatz 3 Buchstabe a umzusetzen, der vorsieht, dass eine Vielzahl materiell-rechtlicher Vorschriften zwingend mit Bußgeldtatbeständen zu bewehren ist.

Zu Absatz 9

Absatz 9 enthält die Bußgeldtatbestände, die der Bewehrung von Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 dienen und setzt insofern Artikel 70 Absatz 3 Buchstabe b der Richtlinie 2014/65/EU um.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Absatz 10

Absatz 10 enthält Bußgeldtatbestände betreffend Verstöße gegen Ge- und Verbote, die auf Artikel 22 der Verordnung (EU) 2015/2365 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 zurückzuführen sind.

Zu Absatz 11

Absatz 11 enthält den Inhalt des bisherigen § 39 Absatz 2g in der Form von Bußgeldtatbeständen hinsichtlich Verstößen gegen Ge- und Verbote, die auf Artikel 42 der Verordnung (EU) 2016/1011 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden, zurückzuführen sind.

Zu Absatz 12

Dieser Absatz enthält im Wesentlichen den Inhalt des bisherigen § 39 Absatz 3. Es wurden lediglich redaktionelle Änderungen und die aufgrund der Neunummerierung erforderlichen Folgeänderungen vorgenommen. Zudem wurden einige Tatbestände gestrichen, die in den Regelungsbereich der Richtlinie 2014/65/EU fallen und damit anderweitig erfasst werden.

Zu Absatz 13

Dieser Absatz entspricht dem bisherigen Absatz 3a und enthält Bußgeldvorschriften zu Verstößen gegen Pflichten aus der Verordnung (EU) Nr. 236/2012. Inhaltliche Änderungen wurden nicht vorgenommen.

Zu Absatz 14

Dieser Absatz wurde - verglichen mit dem bisherigen § 39 Absatz 3b - lediglich im Hinblick auf die Nummerierung geändert.

Zu Absatz 15

Dieser Absatz dient der Umsetzung der Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und entspricht dem bisherigen § 39 Absatz 3d. Der bisherige Absatz 3c wurde gestrichen.

Zu Absatz 16

Dieser Absatz dient der Umsetzung der Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 und bleibt -verglichen mit dem bisherigen § 39 Absatz 3e WpHG- unverändert.

Zu den Absätzen 17 bis 19

Die Absätze bleiben abgesehen von geänderten Nummerierungen unverändert.

Zu Absatz 20

Absatz 20 enthält Vorgaben zur Höhe von Bußgeldern bei Verstößen gegen Ge- und Verbote, die sich aus der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 sowie aus den Vorschriften zur Umsetzung der Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU ergeben. Hierdurch wird Artikel 70 Absatz 6 Buchstabe f bis h der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt.

Zu den Absätzen 21 und 22

Die Absätze enthalten die Vorgaben zu Sanktionshöhen aus der Verordnung (EU) 2015/2365 und der Verordnung (EU) 2016/1011.

Zu Absatz 23

Dieser Absatz entspricht der bisherigen Regelung zum Gesamtumsatz in § 39 Absatz 5. Es werden im Hinblick auf die Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU Ergänzungen eingefügt.

Zu den Absätzen 24 und 25

Die Absätze 24 und 25 werden im Hinblick auf durch die Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU erforderliche Änderungen angepasst.

Zu den Absätzen 26 und 27

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Absätze werden redaktionell geändert. In Absatz 26 wurde zudem eine Ergänzung im Hinblick auf Neuregelungen in den §§ 3 und 96 erforderlich.

Zu Nummer 124 (§ 121)

Aufgrund der Neunummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes wurde hier eine notwendige Folgeänderung vorgenommen.

Zu Nummer 125 (§ 122)

Der bisherige § 40a wird künftig zu § 122 und es werden die infolge der Neunummerierung notwendigen Folgeänderungen vorgenommen.

Zu Nummer 126 (§ 123)

Der bisherige § 40b wird künftig zu § 123 und es werden die infolge der Neunummerierung notwendigen Folgeänderungen vorgenommen. Zudem wird eine Regelung zur Löschung personenbezogener Daten aufgenommen. Aus datenschutzrechtlichen Erwägungen erscheint eine Löschungsfrist in Bezug auf die Daten natürlicher Personen geboten, da die Veröffentlichung und Bereitstellung von Informationen über Sanktionsentscheidungen hinsichtlich natürlicher Personen einen erheblichen Eingriff in Grundrechte darstellt. Die Bereitstellung von Daten in Bezug auf natürliche Personen ist vor diesem Hintergrund am Maßstab der Erforderlichkeit zu prüfen.

Zu Nummer 127 (§ 124)

Der bisherige § 40c wird künftig zu § 124 und es werden die infolge der Neunummerierung notwendigen Folgeänderungen vorgenommen. Zudem wird eine Regelung zur Löschung personenbezogener Daten aufgenommen. Eine solche ist zwar von der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie 2013/50/EU, deren Umsetzung § 124 dient, nicht explizit vorgesehen. Aus nationalen datenschutzrechtlichen Erwägungen erscheint eine Löschungsfrist in Bezug auf die Daten natürlicher Personen jedoch geboten, da die Veröffentlichung und Bereitstellung von Informationen über Sanktionsentscheidungen hinsichtlich natürlicher Personen einen erheblichen Eingriff in Grundrechte darstellt. Die Bereitstellung von Daten in Bezug auf natürliche Personen ist vor diesem Hintergrund am Maßstab der Erforderlichkeit zu prüfen.

Zu Nummer 128 (§ 125)

§ 125 entspricht dem bisherigen § 40d WpHG. In Absatz 6 werden aufgrund der Änderung des bisherigen § 4 WpHG erforderliche Folgeänderungen vorgenommen.

Zu Nummer 129 (§ 126)

§ 126 setzt die Vorgaben zur öffentlichen Bekanntmachung von Maßnahmen- und Sanktionsentscheidungen sowie zur Informationsübermittlung an ESMA aus Artikel 71 der Richtlinie 2014/65/EU im Wertpapierhandelsgesetz um. Auch hier sind Entscheidungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht künftig unverzüglich nach ihrer Bekanntgabe zu veröffentlichen. Die Voraussetzungen eines Aufschubs, einer Anonymisierung oder eines Absehens von der Veröffentlichung sind in Absatz 3 geregelt. Die Vorschrift bietet der Bundesanstalt mit dieser Regelung die Möglichkeit auf eine Bekanntmachung personenbezogener Daten zu verzichten. Die Bundesanstalt wird dieses Ermessen in jedem Einzelfall sehr sorgfältig ausüben.

Zu Nummern 130 bis 144 (Abschnitt 18, §§ 127 bis 135)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Die Neufassung des bisherigen § 40 als § 127 ist aufgrund umfangreicher redaktioneller Änderungen erforderlich, hat jedoch keine Änderung der geltenden Rechtslage zur Folge. hat.

Die bisherigen §§ 42a, 42c, 44, 45 und 48 werden mangels Anwendungsbereich aufgehoben.

Der bisherige § 47, der zum § 133 wird, enthält nunmehr die Übergangsregelung hinsichtlich der bis Ablauf des 2. Januar 2018 entstandenen Ansprüche nach § 34 Absatz 2b der bis zum 2. Januar 2018 gültigen Fassung dieses Gesetzes.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

In § 135 Satz 2 wird die Bezugnahme auf den Tag, an dem die Richtlinie 2014/65/EU durch das konkrete Datum ersetzt, zu dem die Vorschrift außer Kraft tritt. Vor diesem Hintergrund entfällt auch Satz 4, da eine Bekanntmachung durch das Bundesministerium der Finanzen nicht mehr erforderlich ist.

Zu Nummer 146 (§ 136)

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Gesetzes.

Zu Nummer 147 (§ 137)

Der angefügte § 136 setzt Artikel 95 der Richtlinie 2014/65/EU, wie durch die Richtlinie 2016/1034/EU geändert, um.

Zu Artikel 4 (Änderung des Kreditwesengesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Ersetzung des Begriffes „gemischte Unternehmen“ durch den Begriff „gemischte Holdinggesellschaft“ erfolgte bereits mit dem CRD IV- Umsetzungsgesetz. An einigen Stellen des Kreditwesengesetzes wurde dies versäumt und nunmehr nachgeholt. Aufgrund der Inhaltsangabe zu § 60c ist die Inhaltsübersicht zu ändern.

Zu Nummer 2 (Überschrift § 1)

Die Ersetzung des Begriffes „gemischte Unternehmen“ durch den Begriff „gemischte Holdinggesellschaft“ erfolgte bereits mit dem CRD IV- Umsetzungsgesetz. An einigen Stellen des Kreditwesengesetzes wurde dies versäumt und nunmehr nachgeholt.

Zu Nummer 3 (§ 2 Absatz 9e)

Für reine Zentralverwahrer wird die Anwendung der CRR nicht fingiert (§ 1a Abs. 1 Nr. 2 KWG); somit ist die Bestimmung der Nicht-Anwendung von Art. 25 bis 455 der CRR in § 2 Abs. 9e KWG überflüssig und kann aus redaktionellen Gründen gestrichen werden.

Zu Nummer 4 (§ 7b)

Die neuen Nummern 3 und 4 setzen die Informationspflichten gegenüber der Europäischen Wertpapier- und Markaufsichtsbehörde gemäß Artikel 25 der Verordnung (EU) 2015/2365 um.

Zu Nummer 5 (Überschrift vor § 10)

Die Ersetzung des Begriffes „gemischte Unternehmen“ durch den Begriff „gemischte Holdinggesellschaft“ erfolgte bereits mit dem CRD IV- Umsetzungsgesetz. An einigen Stellen des Kreditwesengesetzes wurde dies versäumt und nunmehr nachgeholt.

Zu Nummer 6 (§ 10a)

Mit den Änderungen in Absatz 1 wird ein Kreditinstitut, das ausschließlich über die Erlaubnis verfügt, die Tätigkeit einer zentralen Gegenpartei auszuüben, aus der bankaufsichtlichen Konsolidierung ausgenommen, sofern es ein nachgeordnetes Unternehmen ist, da hierfür aus bankaufsichtlicher Sicht kein Bedarf besteht.

Zu Nummer 7 und 8 (Überschrift zu 13c und vor § 24 und § 25)

Die Ersetzung des Begriffes „gemischte Unternehmen“ durch den Begriff „gemischte Holdinggesellschaft“ erfolgte bereits mit dem CRD IV- Umsetzungsgesetz. An einigen Stellen des Kreditwesengesetzes wurde dies versäumt und nunmehr nachgeholt.

Zu Nummer 9 (§ 29)

Der neu eingefügte Buchstabe g stellt sicher, dass die Jahresabschlussprüfer prüfen, ob das Unternehmen seinen Verpflichtungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 nachkommt.

Zu Nummer 10 (§ 32)

Es handelt sich um die Bereinigung eines redaktionellen Fehlers.

Zu Nummer 11 (§ 35)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Ergänzung setzt Artikel 22 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2015/2365 um, wonach Verstöße gegen die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Anforderungen zum Entzug der Zulassung führen können.

Zu Nummer 12 (§ 36)

Durch die Änderung erfolgt die Umsetzung von Artikel 22 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstaben a und d der Verordnung (EU) 2015/2365. Die Bezugnahme des § 36 Absatz 2 Satz 2 auf eine vorherige Verwarnung bildet die Rechtsgrundlage für eine förmliche Maßnahme, mit der die Geschäftsleiter auf einen bestehenden Gesetzesverstoß hingewiesen werden können und auf dessen künftige Unterlassung hingewirkt werden kann. Darüber hinaus erlaubt der ergänzte Tatbestand auch die Abberufung der verantwortlichen Geschäftsleiter, sofern sie weiter gegen die genannten Anforderungen verstoßen.

Zu Nummer 13 (§ 36a)

Nach § 36a Absatz 1 besteht die Möglichkeit, in den Fällen des § 35 Absatz 2 Nummer 7, verantwortlichen Personen, die zum Zeitpunkt des Verstoßes (noch) keine Leitungsposition in einer Wertpapierfirma innehatten, die Leitungstätigkeit für die Zukunft zu untersagen. Diese Möglichkeit wird nunmehr in Umsetzung von Artikel 22 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2015/2365 um die Fälle der neu eingefügten Nummer 9 des § 35 Absatz 2 erweitert.

Zu Nummer 14 und 15 (§ 44, § 44c)

Die Ersetzung des Begriffes „gemischte Unternehmen“ durch den Begriff „gemischte Holdinggesellschaft“ erfolgte bereits mit dem CRD IV- Umsetzungsgesetz. An einigen Stellen des Kreditwesengesetzes wurde dies versäumt und nunmehr nachgeholt.

Zu Nummer 16 (§ 60c)

Die Ergänzung setzt die in Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/2365 vorgesehene Bekanntmachung von verwaltungsrechtlichen Sanktionen und Verwaltungsmaßnahmen um, die inhaltlich dem bereits bestehenden § 60c entspricht.

Zu Nummer 17 (§ 64g)

Die Ersetzung des Begriffes „gemischte Unternehmen“ durch den Begriff „gemischte Holdinggesellschaft“ erfolgte bereits mit dem CRD IV- Umsetzungsgesetz. An einigen Stellen des Kreditwesengesetzes wurde dies versäumt und nunmehr nachgeholt.

Zu Nummer 18 (§ 64r)

Bei der Änderung handelt es sich um eine Ergänzung der Übergangsvorschriften zum CRD IV- Umsetzungsgesetz. Mit dem CRD IV- Umsetzungsgesetz wurden gesonderte Vorschriften für Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung in das Kreditwesengesetz aufgenommen, die die bisherige Verwaltungspraxis und bestehende Ausnahmen gesetzlich kodifizieren sollte. Bei der Festlegung des notwendigen Anfangskapitals wurde übersehen, einen gesetzlichen Bestandsschutz für Unternehmen, einzuräumen, die aufgrund ihrer wohnungswirtschaftlich bedingten Betriebsgröße über ein geringeres Anfangskapital verfügen. Die Regelung ist an Artikel 93 Absatz 2 der CRR angelehnt, der CRR- Kreditinstituten mit einem geringeren als dem geforderten Anfangskapital ebenfalls einen Bestandsschutz gibt.

Zu Artikel 5 (Weitere Änderungen des Kreditwesengesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Aufgrund der Inhaltsangabe zu § 60c ist die Inhaltsübersicht zu ändern.

Zu Nummer 2 (§ 29)

Zu Buchstabe a und b

Der neu eingefügte Buchstabe h stellt sicher, dass die Jahresabschlussprüfer prüfen, ob die Institute ihren Verpflichtungen nach den Artikel 16, 23 Absatz 3 Satz 1, Absatz 5, 6 und 10, Artikel 28 Absatz 2 sowie Artikel 29

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

der Verordnung (EU) 2016/1011 nachkommen. Soweit Unternehmen diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, kann die Bundesanstalt ein Bußgeld nach dem Wertpapierhandelsgesetz verhängen.

Zu Nummer 3 (§ 36)

Durch die Änderung erfolgt die Umsetzung von Artikel 42 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2016/1011. Die Bezugnahme des § 36 Absatz 2 Satz 2 auf eine vorherige Verwarnung bildet die Rechtsgrundlage für eine förmliche Maßnahme, mit der die Geschäftsleiter auf einen bestehenden Gesetzesverstoß hingewiesen werden können und auf dessen künftige Unterlassung hingewirkt werden kann. Darüber hinaus erlaubt der ergänzte Tatbestand auch die Abberufung der verantwortlichen Geschäftsleiter, sofern sie weiter gegen die genannten Anforderungen verstoßen

Zu Nummer 4 (§ 60c)

Die Ergänzung setzt die in Artikel 45 der Verordnung (EU) 2016/1011 vorgesehene Bekanntmachung von verwaltungsrechtlichen Sanktionen und Verwaltungsmaßnahmen um, die inhaltlich dem bereits bestehenden § 60c entspricht.

Zu Artikel 6 (Weitere Änderungen des Kreditwesengesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Aufgrund der Änderung der Inhaltsangabe des § 53c und der neu eingefügten § 60d und § 64v ist die Inhaltsübersicht anzupassen.

Zu Nummer 2 (§ 1)

Zu Buchstabe a (Absatz 1a)

Mit der Einfügung von Nummer 1d in Satz 2 wird der Betrieb eines organisierten Handelssystems definiert. An diese Begriffsbestimmung knüpft die Erlaubnispflicht nach § 32 KWG an.

Mit den weiteren Änderungen in Satz 2 werden Kurzbezeichnungen für die systematische Internalisierung und den Hochfrequenzhandel eingeführt. Die Änderungen dienen der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 7, 20 und 40 der Richtlinie 2014/65/EU. Eine Änderung von § 3 Absatz 3 Nummer 2, der auf den Hochfrequenzhandel, d.h. Eigenhandel im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 4 Buchstabe d, und Market-Making-Tätigkeiten im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe k der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 vom 14. März 2012 über Leerverkäufe und bestimmte Aspekte von Credit Default Swaps (ABl. L 86 vom 24.3.2012, S. 1) - also nicht den Eigenhandel im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 4 Buchstabe a - Bezug nimmt, ist hiermit nicht verbunden.

Die angefügten Sätze dienen parallel zu § 2 Absatz 8 Satz 3 bis 5 WpHG der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 20 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur. Das Kreditwesengesetz enthält mittlerweile nicht nur Regelungen, die sich an die Geschäftsleiter von Instituten richten. So haben Geschäftsleiter eines Instituts nach § 24 Satz 1 Nummer 1 Tätigkeiten als Geschäftsleiter eines anderen Unternehmens anzuzeigen, werden in dem neuen § 25c Absatz 5 aufsichtliche Anforderungen an die Geschäftsleiter von Datenbereitstellungsdiensten gestellt und unterliegen nach § 25d Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 die Mitglieder von Verwaltungs- und Aufsichtsorganen, die gleichzeitig Geschäftsleiter eines Unternehmens sind, gesonderten Mandatsbeschränkungen.

Zu Buchstabe c (Absatz 3a)

Die Vorschrift definiert Datenbereitstellungsdienste im Einklang mit den Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU. An diese Begriffsbestimmung knüpft das Verfahren zur Erlaubnis an.

Zu Buchstabe d (Absatz 9)

Es handelt sich um eine nach der Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes notwendige Anpassung eines Verweises.

Zu Buchstabe e (Absatz 11)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bei den Änderungen in Absatz 11 Satz 1 Nummer 1 und 3 handelt es sich um Folgeänderungen zu den Änderungen in § 2 Absatz 1 WpHG. Parallel zu § 2 Absatz 31 WpHG wird in Satz 2 die Definition des Begriffs „Hinterlegungsscheine“ in das KWG eingefügt.

Die in Satz 1 neu eingefügte Nummer 9 sowie die Änderungen in Satz 3 Nummer 1 Buchstabe f, Nummer 2 Buchstabe b und c und Nummer 5 dienen entsprechend zu der Änderung in § 2 Absatz 3 Nummer 1 Buchstabe f, Nummer 2 Buchstabe b und c und Nummer 5 WpHG der Anpassung an den geänderten Anhang 1 Abschnitt C Absatz 4 bis 10 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Nummer 3 (§ 2)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Ergänzung des Ausnahmetatbestands in Absatz 1 Nummer 1 und die neu eingefügten Ausnahmetatbestände in Absatz 1 Nummer 1a und 1b setzen Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe h der Richtlinie 2014/65/EU um, wonach neben Mitgliedern des Europäischen Systems der Zentralbanken auch andere nationale Stellen mit ähnlichen Aufgaben in der Europäischen Union, andere staatliche Stellen, die für die staatliche Schuldenverwaltung in der Europäischen Union zuständig oder daran beteiligt sind, und internationale Finanzinstitute, die von zwei oder mehr Staaten gegründet wurden und dem Zweck dienen, Finanzmittel zu mobilisieren und Finanzhilfen zugunsten ihrer Mitglieder zu geben, sofern diese von schwerwiegenden Finanzierungsproblemen betroffen oder bedroht sind, nicht unter den Anwendungsreich der Richtlinie 2014/65/EU fallen.

Die bisherige Ausnahmeregelung in Absatz 1 Nummer 8 für das Betreiben des Finanzkommissionsgeschäfts an Derivatebörsen nur für Mitglieder der Börsen ist zu streichen, weil die zugrunde liegende Ausnahmeregelung in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe l der Richtlinie 2004/39/EG nicht Eingang in die Richtlinie 2014/65/EU gefunden hat.

Die Änderung von Absatz 1 Nummer 9 setzt Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe j der Richtlinie 2014/65/EU um, der die Erlaubnisfreiheit von Unternehmen, die das Finanzkommissionsgeschäft und das Emissionsgeschäft im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und 10 mit Warenderivaten, Emissionszertifikaten und Derivaten darauf betreiben, anordnet, wenn es sich um eine Nebentätigkeit zu der kapitalmarktfernen Haupttätigkeit auf Ebene der Unternehmensgruppe handelt. Es werden in Einschränkung der bisherigen Rechtslage als Finanzinstrumente, mit denen erlaubnisfrei gehandelt werden kann, nur noch Warenderivate, Emissionszertifikate und Derivate auf Emissionszertifikate in Betracht kommen. Die von der Ausnahmeregelung Gebrauch machenden Personen müssen der zuständigen Aufsichtsbehörde jährlich melden, dass sie von der Ausnahme Gebrauch machen, und der zuständigen Behörde die Grundlage mitteilen, auf der sie zu der Auffassung gelangen, dass ihre Tätigkeit eine Nebentätigkeit zu ihrer Haupttätigkeit darstellt.

Der neu eingefügte Ausnahmetatbestand in Absatz 1 Nummer 13 setzt Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe n der Richtlinie 2014/65/EU um, wonach Übertragungsnetzbetreiber im Sinne des Artikels 2 Nummer 4 der Richtlinie 2009/72/EG oder Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie 2009/73/EG, wenn sie ihre Aufgaben gemäß diesen Richtlinien, der Verordnung (EG) Nr. 714/2009, der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 bzw. den nach diesen Verordnungen erlassenen Netzcodes oder Leitlinien wahrnehmen, Personen, die in ihrem Namen als Dienstleister handeln, um die Aufgaben eines Übertragungsnetzbetreibers gemäß diesen Gesetzgebungsakten bzw. den nach diesen Verordnungen erlassenen Netzcodes oder Leitlinien wahrzunehmen, sowie Betreiber oder Verwalter eines Energieausgleichssystems, eines Rohrleitungsnetzes oder eines Systems zum Ausgleich von Energieangebot und -verbrauch bei der Wahrnehmung solcher Aufgaben nicht dem Anwendungsbereich der Richtlinie 2014/65/EU unterfallen.

Die Ausnahmeregelung in Absatz 1 Nummer 14 setzt Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe o der Richtlinie 2014/65/EU um. Nach Artikel 71 der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer sowie zur Änderung der Richtlinien 98/26/EG und 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 236/2012 in Verbindung mit Artikel 73 benötigen nach dieser Verordnung zugelassene Zentralverwahrer keine Erlaubnis für das Betreiben des Finanzkommissionsgeschäfts und des Emissionsgeschäfts im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 und 10.

Zu Buchstabe b (Absatz 5)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der neue Absatz 5 dient der Kodifizierung der Verwaltungspraxis bei der Freistellung von Instituten von außerhalb des EWR, die grenzüberschreitend in der Bundesrepublik Deutschland Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäfte betreiben wollen. Das neue Gesetz soll die bestehende Verwaltungspraxis bestätigen und zugleich der Bundesanstalt die Möglichkeit belassen, die bestehende Verwaltungspraxis fortzuentwickeln und bei Bedarf auch zu ändern.

Zu Buchstabe c (Absatz 6)

Die Änderungen in Absatz 6 Satz 1 Nummer 1 sowie die Aufnahme von Nummer 1a und 1b dienen parallel zu den entsprechenden Änderungen in Absatz 1 Satz 1 der Umsetzung des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe h der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Änderung der Nummer 5 dient der Angleichung an Absatz 1 Satz 1 Nummer 7.

Die Streichung von Absatz 6 Satz 1 Nummer 9 dient parallel zu der Streichung in Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 sowie § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 8 WpHG dazu, dem Wegfall des Ausnahmetatbestandes aus Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe l der Richtlinie 2004/39/EG in der Richtlinie 2014/65/EU Rechnung zu tragen.

In Absatz 6 Satz 1 Nummer 10 wird ein deklaratorischer Verweis auf den einschlägigen delegierten Rechtsakt der Europäischen Kommission eingefügt.

Die Änderung von Absatz 6 Satz 2 Satz 1 Nummer 11 dient, wie die Änderung des Absatzes 1 Nummer 9, der Umsetzung des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe j der Richtlinie 2014/65/EU. Danach dürfen die Finanzdienstleistungen im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1 bis 3 und Nummer 4 Buchstabe a und b mit Warenderivaten, Emissionszertifikaten und Derivaten darauf erlaubnisfrei erbracht werden, wenn es sich um eine Nebentätigkeit zu der kapitalmarktfernen Haupttätigkeit auf Ebene der Unternehmensgruppe handelt. Das Erbringen des Eigenhandels im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz Nummer 4 Buchstabe c wird nicht mehr von der Ausnahmeregelung erfasst sein. Die von der Ausnahmeregelung Gebrauch machenden Personen müssen der zuständigen Aufsichtsbehörde jährlich melden, dass sie von der Ausnahme Gebrauch machen, und der zuständigen Behörde die Grundlage mitteilen, auf der sie zu der Auffassung gelangen, dass ihre Tätigkeit eine Nebentätigkeit zu ihrer Haupttätigkeit darstellt.

Die Streichung der Nummer 13 beruht parallel zu der Streichung des § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 12 WpHG auf dem Wegfall des Ausnahmetatbestandes von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe k gemäß Richtlinie 2004/39/EG.

Die Änderung in Nummer 16 dient im Einklang mit der entsprechenden Regelung im WpHG der Ausdehnung des Ausnahmetatbestands auf den Betrieb organisierter Handelssysteme.

Die Änderung in Nummer 19 ist redaktioneller Natur.

Die neu eingefügten Nummern 21 und 22 dienen parallel zu Absatz 1 Nummer 13 und 14 sowie § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 15 und 16 WpHG der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe n und o der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe d (Absätze 9g und 9h)

Die neu eingefügten Absätze 9g und 9h setzen Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d und e der Richtlinie 2014/65/EU um. Im Hinblick auf diese Richtlinienvorschriften besteht ein Umsetzungswahlrecht der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Von diesem Wahlrecht macht der Gesetzgeber Gebrauch, weil einige lokale Energieversorgungsunternehmen und einige Betreiber industrieller Anlagen, die unter das Emissionshandelssystem der Europäischen Union fallen, ihre Handelstätigkeiten in nichtkonsolidierten Tochtergesellschaften zum Zweck der Risikoabsicherung bündeln. Das Erbringen von Wertpapierdienstleistungen, die das alleinige Ziel der Absicherung von Geschäftsrisiken aus Warenderivaten, Emissionszertifikaten und Derivaten auf Emissionszertifikate zum Gegenstand haben, durch solche Tochtergesellschaften an ihre Kunden liegt im volkswirtschaftlichen Interesse. Die Absätze 9e und 9f haben weitgehend deckungsgleiche Voraussetzungen, wobei Absatz 9e als Kunden der Tochtergesellschaften bestimmte lokale Elektrizitätsunternehmen und Erdgasunternehmen und Absatz 9f als Kunden bestimmte Anlagenbetreiber erfasst.

Zu Buchstabe e (Absatz 10)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Vertraglich gebundene Vermittler eines nach § 53b Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 7 im Inland tätigen CRR-Instituts oder Wertpapierhandelsunternehmens mit Sitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Herkunftsstaat des CRR-Institut oder Wertpapierhandelsunternehmens gelten ebenfalls nicht als Finanzdienstleistungsinstitut, sondern als Finanzunternehmen, wenn sie in das entsprechende Register nach Maßgabe des Artikels 29 der Richtlinie 2014/65/EU ihres Herkunftsstaates als vertraglich gebundenen Vermittler des CRR-Institut oder Wertpapierhandelsunternehmen eingetragen sind.

Die Änderung in Absatz 10 Satz 2 dient parallel zu der Änderung in § 3 Absatz 2 WpHG der Umsetzung von Artikel 29 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe f (Absatz 12)

Die Aufnahme des Betriebs eines organisierten Handelssystems in den Katalog der Finanzdienstleistungen nach § 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1d und den Katalog der Ausnahmen nach Absatz 6 Nummer 16 machen Anpassungen in Absatz 12 erforderlich, um die beim Betrieb eines multilateralen Handelssystems außerhalb der Börse vorgesehene Freistellung des Börsenbetreibers von bestimmten Anforderungen auch beim Betrieb eines organisierten Handelssystems außerhalb der Börse zur Anwendung zu bringen.

Zu Nummer 4 (§ 2c)

Die Änderungen in Absatz 1a und 1b sind redaktioneller Natur und beruhen auf der Umsetzung von Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe b und Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Änderung in Absatz 4 beruht auf der Streichung von Artikel 15 der Richtlinie 2004/39/EG in der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Nummer 5 (§ 6)

Es handelt sich um eine nach der Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes notwendige Anpassung eines Verweises.

Zu Nummer 6 (§ 7b)

Die Änderung in Absatz 4 Nummer 1 dient der Umsetzung von Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 2 der Richtlinie 2014/65/EU. Danach hat die Bundesanstalt nunmehr auch an die europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde zu melden, wenn einem Geschäftsleiter eines Wertpapierdienstleistungsunternehmens gestattet wird, ein zusätzliches Mandat in einem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan gemäß § 25c Absatz 2 Satz 5, § 25d Absatz 3 Satz 5 innezuhaben.

Die Änderungen in Nummern 3 und 5 und die neue Nummer 4 setzten Artikel 71 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU um. Die neue Nummer 6 setzt Artikel 71 Absatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Nummer 7 (§ 24)

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 63 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU. Zudem wird die Rechtsverordnungsermächtigung des Absatzes 4 auf Bestimmungen zum Register von Unternehmen, welche die Inanspruchnahme einer Ausnahme gemäß § 2 Absatz Nummer 9, Absatz 6 Nummer 11 oder § 32 Absatz 1a Satz 3 der Bundesanstalt angezeigt haben, erweitert.

Zu Nummer 8 (§ 24a)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Absatz 1 Satz 1 dient der Umsetzung von Artikel 35 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU.

Die Ergänzung in Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 ist auf Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU zurückzuführen.

Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 setzt Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe c der Richtlinie 2014/65/EU um.

Die neu eingefügte Nummer 2a setzt Artikel 35 Absatz 2 Buchstabe d der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Die Änderung der Frist dient der Umsetzung von Artikel 35 Absatz 3 und 7 der Richtlinie 2014/65/EU.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe c (Absatz 3)

Die Änderung in Satz 2 dient der Umsetzung des Artikels 34 Absatz 2 Buchstabe b der Richtlinie 2014/65/EU. Satz 5 setzt Artikel 34 Absatz 2 Unterabsatz 2 Satz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Buchstabe d (Absatz 3a)

Die Änderung dient der Umsetzung des Wortlautes von Artikel 34 Absatz 7 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe e (Absatz 3b)

Absatz 3b wird aufgehoben, da entsprechend des geänderten Absatzes 3 die Namen der herangezogenen vertraglich gebundenen Vermittler, die Ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben, automatisch dem Aufnahmemitgliedstaat mitzuteilen sind.

Zu Buchstabe f (Absatz 4)

In Umsetzung von Artikel 34 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU sind Änderungen von Angaben der Anzeige nach § 24a Absatz 3 der Aufsichtsbehörde und der Deutschen Bundesbank nach Absatz 4 Satz 1 anzuzeigen. CRR-Kreditinstitute müssen dies zusätzlich der zuständigen Stelle des Aufnahmemitgliedstaates anzeigen. Nach Absatz 4 Satz 2 teilt die Aufsichtsbehörde der zuständigen Stelle des Aufnahmemitgliedstaates die entsprechenden Änderungen mit, sofern nicht nach Satz 1 die Änderung unmittelbar dem Aufnahmemitgliedstaat angezeigt werden musste.

Eine Anzeige nach Satz 4 muss, soweit es sich um CRR-Wertpapierfirmen und Wertpapierhandelsunternehmen handelt, gem. Absatz 4 Satz 4 an die Aufsichtsbehörde und die Deutsche Bundesbank erfolgen, nicht jedoch an die zuständigen Stellen des Aufnahmemitgliedstaates.

Die Änderung im Satz 5 ist eine Folgeänderung zur Einfügung des neuen Satz 2.

Zu Nummer 9 (§ 24b)

Die Änderung beruht auf einer Anpassung an den veränderten Wortlaut in Artikel 37 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Nummer 10 (§ 25a)

Durch die Erweiterung des § 25a Absatz 1 Satz 6 Nummer 3 werden die Vorgaben aus Artikel 73 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt. Danach müssen Wertpapierdienstleistungsunternehmen und Kreditinstitute angemessene Verfahren einrichten, um die Meldung potenzieller Verstöße gegen die genannten EU-Rechtsakte zu ermöglichen.

Zu Nummer 11 (§ 25c)

Die Vorschrift ist an die bestehenden Regelungen zur Geschäftsleitereignung angelehnt und setzt Artikel 63 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Nummer 12 (§ 25d)

Die Vorschrift ist an die bestehenden Regelungen zur Eignung von Mitgliedern eines Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans angelehnt und setzt Artikel 63 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Nummer 13 (§ 25e)

Satz 4 wird aufgehoben. Die Regelung beruht nicht auf der Richtlinie 2014/65/EU und wird durch ESMA-Leitlinien ersetzt. Regelungen zu Vergütungssystemen werden darüber hinaus auch in Umsetzung von EBA-Leitlinien angepasst werden müssen.

Zu Nummer 14 (§ 29)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Ergänzung in Satz 2 Buchstabe h stellt sicher, dass die Jahresabschlussprüfer prüfen, ob das Unternehmen seinen Verpflichtungen nach Artikel 28 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 nachkommt. Soweit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Unternehmen diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, kann die Bundesanstalt ein Bußgeld nach dem Wertpapierhandelsgesetz verhängen. Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Folgeänderungen.

Zu Buchstabe b (Absatz 1a)

Die weitere Anpassung und Erweiterung des Prüfungsgegenstandes folgt aus der Erweiterung von Pflichten, die Institute und insbesondere zentrale Kontrahenten nach neuen Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 erfüllen müssen.

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung.

Zu Nummer 15 (§ 32)

Zu Buchstabe a (Absatz 1a)

Die Ergänzung des Tatbestands ist erstens Folge der Umsetzung von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie 2014/65/EU; nach dieser Ausnahmeregelung wird es nicht mehr möglich sein, ohne Erlaubnis nach § 32 Absatz 1 Satz 1 das Eigengeschäft als Mitglied oder Teilnehmer eines organisierten Marktes oder eines multilateralen Handelssystems oder mit einem direkten elektronischen Zugang zu einem Handelsplatz oder mit Warenderivaten oder Emissionszertifikaten oder Derivaten darauf zu betreiben, es sei denn, das Eigengeschäft wird von einem Unternehmen, das keine Bankgeschäfte betreibt und Finanzdienstleistungen erbringt, betrieben, um objektiv messbar die Risiken aus der Geschäftstätigkeit oder dem Liquiditäts- und Finanzmanagement des Unternehmens oder der Gruppe, dem das Unternehmen angehört, zu reduzieren. Außerdem wird mit der Ergänzung des Tatbestands Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt. Unternehmen, die unter die Ausnahmeregelung des § 2 Absatz 1 Nummer 9 und des § 2 Absatz 6 Satz 1 Nummer 11 fallen, können gegebenenfalls auch unter § 32 Absatz 1a Satz 2 fallen. Wegen der Systematik der Richtlinie 2014/65/EU, die unter Anhang I Abschnitt A Nummer 3 den „Handel für eigene Rechnung“ als Wertpapierdienstleistung und Anlagetätigkeit definiert und damit auch das Eigengeschäft im Sinne des KWG erfasst, regelt diese die Erlaubnisfreiheit des isoliert betriebenen Eigengeschäfts über einen Ausnahmetatbestand; im KWG hingegen ist das Eigengeschäft schon nicht als Finanzdienstleistung im Sinne des § 1 Absatz 1a Satz 2 KWG definiert, so dass es insoweit keiner Ausnahmeregelung in § 2 KWG bedarf. Eine von den Richtlinienvorgaben abweichende oder über diese hinausgehende Umsetzung ist damit nicht verbunden.

Außerdem wird Artikel 4 Absatz 1 Nummer 5 der Richtlinie 2014/65/EU Rechnung getragen, der festlegt, dass die „Ausführung von Aufträgen im Namen von Kunden“ im Sinne des Anhangs I Abschnitt A Nummer 2 der Richtlinie 2014/65/EU die Tätigkeit zum Abschluss von Vereinbarungen, ein oder mehrere Finanzinstrumente im Namen von Kunden zu kaufen oder zu verkaufen, und den Abschluss von Vereinbarungen über den Verkauf von Finanzinstrumenten, die von einer Wertpapierfirma oder einem Kreditinstitut ausgegeben werden, umfasst.

Zu Buchstabe b (Absatz 1f)

Die Regelung ist § 32 Absatz 1 KWG nachgebildet und setzt Artikel 59 Absatz 1 und 2 sowie Artikel 61 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Buchstabe c (Absatz 3a)

Die Ergänzung dient der Umsetzung von Artikel 14 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU. Bei der Ergänzung handelt es sich um eine klarstellende Regelung, welche der bestehenden Gesetzeslage bezüglich des Schutzes von Einlagen im Sinne des § 2 Absatz 3 des Einlagensicherungsgesetzes entspricht.

Zu Buchstabe d (Absatz 5a)

Die Regelung setzt Artikel 59 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Nummer 16 (§ 33)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderung in Buchstabe a erstreckt die für Betreiber multilateraler Handelssysteme geltende Mindestkapitalanforderung auf Betreiber von organisierten Handelssystemen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bei der Änderung in Buchstabe g handelt es sich um eine nach der Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes notwendige Anpassung eines Verweises.

Zu Buchstabe b (Absatz 1a)

Der neue Absatz 1a setzt Artikel 61 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU um, die übrigen Anpassungen sind redaktionelle Folgeänderungen.

Zu Buchstabe c und d (Absatz 2 bis 4)

Es handelt sich um Folgekorrekturen der Änderungen des § 32.

Zu Nummer 17 (§ 33b)

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 84 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Nummer 18 (§ 35)

Zu Buchstabe a (Absatz 2 Nummer 3)

Die Änderung in Absatz 2 Nummer 3 dienen der Umsetzung des Artikels 62 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstaben b und c (Absatz 2 Nummer 9 und 10)

Die Änderungen in Absatz 2 Nummer 9 und 10 dienen zum einen der Umsetzung des Artikels 8 Buchstabe d der Richtlinie 2014/65/EU.

Zudem sehen auch Artikel 70 Absatz 6 Buchstabe c der Richtlinie 2014/65/EU und Artikel 30 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 vor, dass das nationale Recht bei bestimmten Verstößen den zuständigen Behörden die verwaltungsrechtliche Möglichkeit einräumen muss, einer Wertpapierfirma die Zulassung zu entziehen. Das bereits heute bestehende einschränkende Merkmal der Nachhaltigkeit des Verstoßes ist zwar nicht ausdrücklich in den unionsrechtlichen Vorgaben enthalten, wird aber beibehalten, um dem auch unionsrechtlich gebotenen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung zu tragen.

Zu Nummer 19 (§ 36)

Zu Buchstabe a (Absatz 1 und Absatz 2)

Es handelt sich um eine Folgeänderung der Änderung in § 1 Absatz 2.

Zu Buchstabe b (Absatz 2)

Die Befugnis zur Abberufung von Geschäftsleitern besteht künftig auch bei schuldhaften Verstößen gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und dazu erlassene Delegierte Rechtsakte. Dies dient der Umsetzung von Artikel 70 Absatz 6 Buchstabe d der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Buchstabe c (Absatz 4)

Die Regelung ist § 36 Absatz 3 nachgebildet und gibt der Bundesanstalt die Möglichkeit, vor der Aufhebung der Erlaubnis nach § 35 Absatz 2 mildere Mittel in Betracht zu ziehen.

Zu Nummer 20 (§ 36a)

Nach § 36a Absatz 1 besteht die Möglichkeit, in den Fällen des § 35 Absatz 2 Nummer 7, verantwortlichen Personen, die zum Zeitpunkt des Verstoßes (noch) keine Leitungsposition in einer Wertpapierfirma innehatten, die Leitungstätigkeit für die Zukunft zu untersagen. Dies wird nunmehr in Umsetzung des Artikels 70 Absatz 6 Buchstabe d der Richtlinie 2014/65/EU auf die Fälle der neu eingefügten Nummer 9 und in Umsetzung von Artikel 22 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2015/2365 um die Fälle der neu eingefügten Nummer 10 des § 35 Absatz 2 erweitert.

Zu Nummer 21 (§ 53b)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Anpassungen setzen die Vorgaben der Artikel 34 Absatz 1 und 35 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU um. Wertpapierdienstleistungsunternehmen im Sinne von § 2 Absatz 8 WpHG können danach ohne Erlaubnis durch

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

die Aufsichtsbehörde über eine Zweigniederlassung oder einen nach § 2 Absatz 10 KWG angezeigten vertraglich gebundenen Vermittler mit Sitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland sowie im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs auch durch vertraglich gebundene Vermittler, die ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Herkunftsmitgliedstaat haben, Wertpapierdienstleistungen und Wertpapiernebendienstleistungen erbringen.

Zu Buchstabe b (Absatz 1a)

Die Regelung ist § 53b Absatz 1 nachgebildet und setzt Artikel 60 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Buchstabe c (Absatz 2)

Satz 3 wird aufgehoben, da die Bundesanstalt eine Mitteilung entsprechend den Vorgaben des Artikels 35 Absatz 2 und 3 der Richtlinie 2014/65/EU nunmehr nicht bei einem Ersuchen, sondern ohne weiteres erhält.

Die Aufhebung von Satz 4 beruht auf den Vorgaben von Artikel 34 Absatz 2 Unterabsatz 2 und Absatz 5 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU. Eine Veröffentlichung erfolgt hiernach nur in den Fällen, in denen die vertraglich gebundenen Vermittler ihren Sitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Herkunftsmitgliedstaat des Instituts haben.

Zu Buchstabe d (Absatz 2a)

Die neuen Sätze 3 und 4 setzen die Vorgaben des von Artikel 34 Absatz 2 Unterabsatz 2 und Absatz 5 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Buchstabe e (Absatz 3)

Die Streichung von Satz 2 beruht auf den Vorgaben von Artikel 34 Absatz 4 und Artikel 35 Absatz 10 der Richtlinie 2014/65/EU. Hiernach muss eine Anzeige von entsprechenden Änderungen an die Aufsichtsbehörde des Herkunftsmitgliedstaates erfolgen, nicht jedoch an die Aufsichtsbehörde des Aufnahmemitgliedstaates.

Zu Nummer 22 (§ 53c)

Die Vorschrift berücksichtigt das Verfahren der Anerkennung von Drittlandunternehmen nach Artikel 46 bis 48 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014, was im Falle einer entsprechenden Eintragung in das Register Vorrang vor dem nationalen Verfahren nach § 53c hat.

Zu Nummer 23 (§ 56)

Zu Buchstabe a (Absatz 2)

Durch die Änderung wird der Katalog der bußgeldbewehrten Verstöße gegen die Anzeigepflichten nach dem Kreditwesengesetz ergänzt. Dies dient der Umsetzung von Artikel 70 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU. Da die in der Richtlinie aufgeführten Verstöße teilweise bereits jetzt nach § 56 bußgeldbewehrt sind, bedarf es darüber hinaus keiner weiteren nationalen Umsetzung.

Zu Buchstabe b (Absatz 4h)

Absatz 4h dient der Umsetzung von Artikel 70 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 2014/65/EU im Kreditwesengesetz.

Zu Buchstabe c (Absatz 6)

Es handelt sich um eine Folgeänderung der Einfügung des Absatzes 4h.

Zu Buchstabe d (Absatz 6a)

Die neue Nummer 3 bestimmt die Höhe der Bußgelder für Verstöße gegen die in Absatz 4h geregelten Bußgeldtatbestände. Diese gehen auf Artikel 70 Absatz 6 Buchstaben f und g der Richtlinie 2014/65/EU zurück.

Zu Buchstabe e (Absatz 6b, 6d)

Es handelt sich um Folgeänderungen nach der Einfügung des Absatzes 4h.

Zu Buchstabe f (Absatz 7)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Nummer 24 (§ 60b)

Der Einschub in § 60b Absatz 1 Satz 1 wurde notwendig, um das neue, die Vorgaben des Artikels 71 der Richtlinie 2014/65/EU umsetzende Veröffentlichungsregime des einzuführenden § 60c von den sonstigen Bekanntmachungen, die sich weiterhin nach dem bisherigen Recht richten, abzugrenzen.

Zu Nummer 25 (§ 60d)

Der neu eingefügte § 60d setzt die Vorgaben zur öffentlichen Bekanntmachung von Maßnahmen- und Sanktionsentscheidungen aus Artikel 71 der Richtlinie 2014/65/EU im Kreditwesengesetz um. Auch hier sind Entscheidungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht künftig unverzüglich nach ihrer Bekanntgabe zu veröffentlichen. Die Voraussetzungen eines Aufschubs, einer Anonymisierung oder eines Absehens von der Veröffentlichung sind in Absatz 3 geregelt. Die Bundesanstalt wird insbesondere die Veröffentlichung personenbezogener Daten unter Berücksichtig der Regelungen des Absatzes 3 in jedem Einzelfall sehr sorgfältig abwägen.

Zu Nummer 26 (§ 64v)

Mit dem Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz bedarf es zum Betrieb eines organisierten Handelssystems und für die Tätigkeit als Datenbereitstellungsdienst erstmals der Erlaubnis der Bundesanstalt. Durch die Übergangsvorschrift soll sichergestellt werden, dass Unternehmen, die diese Tätigkeiten bereits ausüben, ohne dass sie bis dato einer Erlaubnis der Bundesanstalt bedurften, diese bis zur Erteilung der Erlaubnis durch die Bundesanstalt weiter betreiben dürfen. Zudem wird eine Übergangsvorschrift für Unternehmen aus Drittstaaten geschaffen, welche ausschließlich Eigengeschäft im Sinne von § 1 Absatz 1 Satz 3 erbringen für die Zeit bis zur Eintragung solcher Unternehmen in das Register nach Artikel 48 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geschaffen.

Zu Artikel 7 (Änderung des Börsengesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung der Inhaltsübersicht

Zu Nummer 2 (§ 1)

Die Änderung erweitert den Anwendungsbereich des Börsengesetzes um die Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Nummer 3 (§ 3a und § 3b)

§ 3a setzt Artikel 22 der Verordnung (EU) 2015/2365 um und stattet die Börsenaufsichtsbehörden mit den notwendigen Befugnissen aus. Satz 2 Nummer 1 setzt Artikel 22 Absatz 4 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2015/2365 und Satz 2 Nummer 2 setzt Artikel 22 Absatz 4 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2015/2365 um.

Die Einfügung von § 3b setzt Artikel 24 Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2015/2365 um. Da auch die Börsenaufsichtsbehörden zuständige Behörden im Sinne dieser Verordnung sind, soweit sie die Aufsicht über die Börsen und Börsenträger wahrnehmen, sind auch sie verpflichtet, die Meldung von Verstößen gegen die Artikel 4 und 15 der Verordnung, zu ermöglichen. Der Wortlaut der Norm ist an den des § 4d FinDAG angelehnt.

Das Schutzbedürfnis des Meldenden vor der Preisgabe seiner Daten ist höher zu werten, als der Anspruch auf Zugang zu öffentlichen Informationen nach den Informationsfreiheitsgesetzen der Länder. Daher wird die Anwendung dieser Gesetze auf die Meldung von Verstößen in Absatz 4 ausgeschlossen.

Zu Nummer 4 (§ 4)

Mit der Änderung in Absatz 5 wird Artikel 22 Absatz 4 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2015/2365 umgesetzt.

Zu Nummer 5 (§ 5)

Mit der Änderung in Absatz 7 wird Artikel 24 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2015/2365 umgesetzt.

Zu Nummer 6 (§ 50)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Absatz 2b enthält Vorgaben zu Bußgeldtatbeständen betreffend Verstöße gegen Ge- und Verbote, die auf Artikel 22 der Verordnung (EU) 2015/2365 zurückzuführen sind.

Absatz 4 setzt die Vorgaben zu Sanktionshöhen gemäß Artikel 22 Absatz 4 Buchstabe e bis g der Verordnung (EU) 2015/2365 um.

Durch die Absätze 5 und 6 werden im Hinblick auf die Umsetzung der Verordnung (EU) 2015/2365 weitere erforderliche Ergänzungen eingefügt. Dabei wird § 17 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Absatz 6 Satz 1 abbedungen. Die entsprechenden europarechtlichen Vorgaben bieten auf der einen Seite keine Grundlage für eine pauschale Absenkung des Höchstmaßes der Höhe der Geldbuße bei fahrlässigem Handeln. Sie machen jedoch auf der anderen Seite deutlich, dass der Grad der Verantwortung der für den Verstoß verantwortlichen Person – wie etwa nur fahrlässiges Handeln – für die Bußgeldbemessung relevant sein kann. Die Regelung entspricht den Vorgaben in § 39 Absatz 6a WpHG. Absatz 6 Satz 3 legt eine Verfolgungsverjährung der dort in Bezug genommenen Ordnungswidrigkeiten von 3 Jahren fest.

Zu Nummer 7 (§ 50a)

Hiermit wird Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/2365 umgesetzt, der bei einem Verstoß gegen die Artikel 4 und 15 eine entsprechende Bekanntmachung unter Berücksichtigung von Verhältnismäßigkeitserwägungen erfordert.

Zu Artikel 8 (Weitere Änderungen des Börsengesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Es handelt sich um eine redaktionelle Anpassung der Inhaltsübersicht.

Zu Nummer 2 (§ 1)

Der neue Satz 1 Nummer 3 erweitert den Anwendungsbereich des Börsengesetzes um die Verordnung (EU) Nr. 600/2014. Satz 2 berücksichtigt die Tatsache, dass sich der Anwendungsbereich des Börsengesetzes auch auf nicht als Börsen regulierte Handelsplätze erstreckt, wenn diese von einem Börsenträger an einer Börse betrieben werden.

Zu Nummer 3 (§ 2)

Die Erweiterung der Begriffsbestimmungen berücksichtigt die in der Richtlinie 2014/65/EU und damit künftig auch im Börsengesetz enthaltenen Vorgaben zu den einzelnen Kategorien von Handelsplätzen sowie dem direkten elektronischen Zugang.

Die bislang in § 3 Absatz 4 Satz 1 enthaltenen Definitionen des Handelsteilnehmers und des mittelbaren Handelsteilnehmers werden aus redaktionellen Gründen in Absatz 8 verschoben. Die Definition des mittelbaren Handelsteilnehmers wird geändert und umfasst künftig sowohl den Nutzer eines direkten elektronischen Zugangs im Sinne des § 3 Absatz 4 Satz 1 des Börsengesetzes in seiner bisherigen Fassung als auch den Nutzer eines direkten elektronischen Zugangs entsprechend den Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU. Die Änderung ist erforderlich, da der bisher vom Börsengesetz verwendete Begriff des direkten elektronischen Zugangs nach den Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU, die künftig in Absatz 9 umgesetzt werden, anders definiert ist. Bisher sollte der Begriff des direkten elektronischen Zugangs das so genannte Order-Routing erfassen und wurde synonym hierzu verwendet. Das im ersten Teil der Definition des mittelbaren Handelsteilnehmers weiterhin beschriebene Order-Routing wird daher künftig nicht mehr als direkter elektronischer Zugang bezeichnet.

Die Definition von kleinen und mittleren Unternehmen im Absatz 10 dient der näheren Bestimmung von KMU-Wachstumsmärkten im Sinne von § 48a Absatz 1 und der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 1 Nummer 13 der Richtlinie 2014/65/EU. Sie entspricht der Definition in § 2 Absatz 46 WpHG.

Entsprechend der neuen Inhalte der Norm wird die Überschrift ergänzt.

Zu Nummer 4 (§ 3)

Zu Buchstabe a

Absatz 4 Satz 1 kann neu gefasst werden, da die bislang in ihm enthaltenen Definitionen des Handelsteilnehmers und des mittelbaren Handelsteilnehmers nunmehr in § 2 enthalten sind.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe b

Die Einfügung von Absatz 4a Satz 1 beruht auf Artikel 48 Absatz 10 der Richtlinie 2014/65/EU, der ein Informationsrecht der zuständigen Behörde im Hinblick auf Informationen über die durch algorithmischen Handel erzeugten Aufträge auch ohne Anhaltspunkte für Verstöße oder Missstände im Sinne des Absatzes 4 Satz 3 vorsieht. Die Einfügung von Absatz 4a Satz 2 setzt Artikel 48 Absatz 11 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Buchstabe c

Die Änderung in Absatz 5 Satz 2 berücksichtigt, dass die Anordnungsbefugnis gegenüber jedermann zur Umsetzung von Artikel 70 Absatz 6 Buchstabe b der Richtlinie 2014/65/EU notwendig ist.

Zu Buchstabe d

Die Einfügung der Absätze 5a bis 5c setzt zusammen mit den Änderungen in § 25 die Vorgaben des Artikels 52 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um, der bei Widerruf der Zulassung, der Aussetzung oder der Einstellung des Handels eines Finanzinstruments handelsplatzübergreifende Informationspflichten und ein abgestimmtes Vorgehen verlangt. Die Mitteilungspflicht in Absatz 5b Satz 1 bezieht sich entsprechend den europäischen Vorgaben ausschließlich auf die Entscheidung der Börsenaufsichtsbehörde, Maßnahmen an weiteren Börsen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu treffen.

Zu Buchstabe e

Der neue Absatz 12 weist den Börsenaufsichtsbehörden entsprechend der nationalen Kompetenzverteilung die Zuständigkeit für die Überwachung der Pflichten nach der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 zu, die sich an Börsen und an Börsenbetreiber richten.

Zu Nummer 5 (§ 3b)

Mit der Änderung von Absatz 1 wird Artikel 73 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt. Da auch die Börsenaufsichtsbehörden zuständige Behörden im Sinne dieser Richtlinie sind, soweit sie die Aufsicht über die Börsen wahrnehmen, sind auch sie verpflichtet, die Meldung von Verstößen gegen das Börsengesetz und sonstige Vorschriften, deren Einhaltung die Börsenaufsichtsbehörde zu überwachen hat, zu ermöglichen.

Zu Nummer 6 (§ 4)

Zu Buchstaben a und b

Es handelt sich um Anpassungen an die neue Rechtsgrundlage der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und um Folgeänderungen zu den neuen §§ 4a und 4b.

Zu Buchstabe c

Mit der Änderung in Absatz 5 wird Artikel 70 Absatz 6 Buchstabe c der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt.

Zu Nummer 7 (§§ 4a und 4b)

Die Absätze 4a und 4b setzen Artikel 45 Absatz 2 bis 6 der Richtlinie 2014/65/EU in der Weise um, dass die in der Richtlinie geregelten Anforderungen an das Leitungsorgan bzw. dessen Mitglieder in Einklang mit Artikel 4 Absatz 36 der Richtlinie entsprechend der innerstaatlichen Zuweisung der Geschäftsleitungs- und Aufsichtsfunktion entweder sowohl an die Geschäftsleitung als auch an das Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan bzw. an deren jeweilige Mitglieder oder nur an eines der beiden Gremien bzw. seine jeweiligen Mitglieder gerichtet sind. Die Regelungen sind eng an §§ 25c und 25d des Kreditwesengesetzes angelehnt.

Zu Nummer 8 (§ 5)

Zu Buchstabe a

Mit der Änderung in Absatz 4 werden die Anforderungen in Nummer 3 an die Vorgaben in Artikel 48 Absatz 1 der Richtlinie 2014/65/EU angepasst.

Zu Buchstabe b

Mit der Einfügung von Absatz 4a wird Artikel 48 Absatz 4 der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe c

Mit der Einfügung von Absatz 7 wird Artikel 47 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU umgesetzt. Dieser enthält das Verbot von sog. Matched Principal Trading im Sinne des Artikels 4 Nummer 38 der Richtlinie durch den Börsenträger an einer von ihm betriebenen Börse.

Zu Buchstabe d

Die Ergänzung in Absatz 8 verpflichtet Börsenträger entsprechend der Vorgabe des Artikels 73 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU dazu, einen Prozess einzurichten, der es Mitarbeitern ermöglicht, Verstöße gegen die Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und strafbare Handlungen unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität an geeigneten Stellen zu melden.

Zu Nummer 9 (§ 7)

Die Änderung in Satz 2 verpflichtet die Handelsüberwachungsstelle zur Berücksichtigung der gemäß Artikel 25 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 aufzubewahrenden Daten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

Zu Nummer 10 (§ 8)

Die Absätze 3 und 4 setzen Artikel 45 Absatz 8 und Artikel 48 Absatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU um und versetzen die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in die Lage, ihrerseits Informationen an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde weitergeben zu können.

Absatz 5 setzt Artikel 79 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU und regelt die Zusammenarbeit der Behörden in Bezug auf Derivate auf landwirtschaftliche Grunderzeugnisse.

Zu Nummer 11 (§ 12)

Um eine wirksame Kontrolle und Überwachung der Geschäftsführung durch den Börsenrat zu gewährleisten, wird der Zugang des Börsenrates zu Informationen und Dokumenten der Geschäftsführung verbessert.

Zu Nummer 12 (§ 13)

Um eine wirksame Überwachung der Tätigkeit der Geschäftsführung zu gewährleisten, erstreckt die Vorschrift wesentliche Anforderungen an die Mitglieder des Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans des Börsenträgers auf die Mitglieder des Börsenrats.

Zu Nummer 13 (§ 15)

Zu Buchstabe a

Um eine ordnungsgemäße Geschäftsführung zu gewährleisten, stellt Absatz 1 Satz 3 an die Mitglieder der Geschäftsführung dieselben Anforderungen, die für die Geschäftsleiter des Börsenträgers nach § 4a Absatz 1 gelten.

Zu Buchstabe b

Um eine ordnungsgemäße Geschäftsführung zu gewährleisten, sieht Absatz 2 nunmehr vor, dass die Börsenaufsichtsbehörde bereits bei der Bestellung der Geschäftsführer einer absehbaren Gefährdung der Marktintegrität entgegenwirken kann.

Zu Buchstabe c

Absatz 4 modernisiert die Anordnungsbefugnisse der Geschäftsführung bei Beeinträchtigungen des ordnungsgemäßen Börsenhandels. Diese waren bisher auf die Ordnung in den Börsenräumen zugeschnitten und aufgrund der Entwicklung zur elektronischen Börse in dieser Form nicht mehr zeitgemäß.

Absatz 5 setzt Artikel 57 Absatz 8 bis 10 der Richtlinie 2014/65/EU um und stellt ausdrücklich klar, dass die Geschäftsführung einer Börse, an der Warenderivate gehandelt werden, die erforderlichen Kontroll- und Informationspflichten bei der Überwachung der von den Handelsteilnehmern einzuhaltenden Positionslimits zu erfüllen hat.

Zu Buchstabe d

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Absatz 6 stellt klar, dass Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Maßnahmen nach Absatz 4 wie auch in ähnlichen Fällen im Börsengesetz keine aufschiebende Wirkung haben.

Zu Nummer 14 (§ 16)

Die Anpassung des Wortlauts von Absatz 2 Nummer 3 beruht auf den Vorgaben des Artikels 48 Absatz 10 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Nummer 15 (§ 17)

Die Einfügung von Absatz 1a setzt Artikel 48 Absatz 9 der Richtlinie 2014/65/EU um. Mit der Änderung in Absatz 3 wird klargestellt, dass die Befugnis des Börsenträgers separate Entgelte zu verlangen sich auch auf die Offenlegung von Vorhandels- und Nachhandelsdaten erstreckt.

Zu Nummer 16 (§ 19)

Zu Buchstabe a

Absatz 3a setzt Artikel 48 Absatz 7 der Richtlinie 2014/65/EU um und regelt die Voraussetzungen, unter denen ein direkter elektronischer Zugang gewährt werden kann.

Zu Buchstabe b

Absatz 8 erstreckt die Möglichkeit des Ruhens der Zulassung zum Handel auf Fälle, in denen Ordnungsgelder nach § 22 Absatz 2 nicht bezahlt werden. Dies ist insbesondere bei ausländischen Handelsteilnehmern, bei denen Zahlungen nur erschwert vollstreckt werden können, oftmals eine wirksamere Sanktion.

Zu Nummer 17 (§ 19a)

Mittelbare Handelsteilnehmer wie Orderrouting-Nutzer oder Nutzer eines direkten elektronischen Zugangs können faktisch nahezu mit den gleichen Möglichkeiten am Börsenhandel teilnehmen wie zugelassene Handelsteilnehmer. Während Handelsteilnehmer eine Vielzahl von börsenrechtlichen Vorschriften einzuhalten haben, sind mittelbare Handelsteilnehmer bisher hiervon nicht erfasst, da die börsenrechtlichen Vorschriften nur für Handelsteilnehmer gelten. Die Neuregelung dehnt den Anwendungsbereich des Börsengesetzes daher, soweit erforderlich, auf die mittelbaren Handelsteilnehmer aus.

Zu Nummer 18 (§ 21)

Die Anpassung des Absatzes 1 beruht darauf, dass die Voraussetzungen für einen Zugang zu einer zentralen Gegenpartei nunmehr abschließend in Artikel 35 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 geregelt werden.

Zu Nummer 19 (§ 22)

Die Befugnisse und die Sanktionsmöglichkeiten des Sanktionsausschusses in § 22 BörsG werden erweitert und an die Bußgeldtatbestände angeglichen.

In § 22 Absatz 2 BörsG wird neben einem vollständigen Ausschluss von der Börse bis zu 30 Handelstagen nunmehr auch ein nur teilweiser Ausschluss als weitere Option aufgenommen. Diese Änderung soll mehr Flexibilität im Einzelfall ermöglichen, indem etwa nur eine bestimmte Art von Geschäften (z.B. Eigengeschäfte) vom Handelsausschluss erfasst werden kann.

Die maximale Höhe von Ordnungsgeldern wird angehoben. Diese Änderung berücksichtigt die ebenfalls deutlich ausgeweiteten Bußgeldhöhen und soll eine Verschärfung der Sanktionsmöglichkeiten des Sanktionsausschusses bewirken. Die Anhebung hat zur Folge, dass Ordnungsgelder nunmehr in der Höhe von bis zu einer Mio. Euro verhängt werden können. Die Anhebung der Ordnungsgelder trägt damit zu einer Verbesserung der Durchsetzung der Börsenregeln bei, die für den ordnungsgemäßen Ablauf des Börsenhandels sowie die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes insgesamt eine hohe Bedeutung haben. Im Bereich der Ordnungswidrigkeiten bestehen auch in der Folge der Umsetzung neuer europäischer Vorgaben deutlich höhere Bußgeldrahmen, so dass trotz der Anhebung noch ein deutlicher Abstand zur Sanktionierung maßgeblicher Ordnungswidrigkeiten bestehen bleibt.

Zu Nummer 20 (§ 22a)

Die neu eingefügte Vorschrift setzt Artikel 50 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

In Deutschland liegt die Zuständigkeit für die Darstellung und Verbreitung der Zeit nach § 6 Absatz 2 des Einheiten- und Zeitgesetzes bei der PTB. Die PTB gehört zu den in RTS 25 Artikel 1 genannten und vom Bureau International des Poids et Mesures (Internationales Büro für Maß und Gewicht) in seinem jeweils aktuellen Jahresbericht „Annual Report on Time Activities“ aufgeführten Zeitzentren.

Die technische Umsetzung in den Finanzunternehmen erfordert den Betrieb einer Empfangseinrichtung für Zeitsignale, z. B. des deutschen Normalfrequenz- und Zeitzeichensenders DCF77 (für Genauigkeits-Anforderungen von 1 s bis 1 ms), oder der globalen Navigationssatellitensysteme (GNSS) GPS oder Galileo (für höhere Genauigkeits-Anforderungen bis 100 µs). Die Synchronisierung individueller Server kann dann, innerhalb des lokalen Netzwerks, mit dem Precise Timing Protocol (PTP gem. IEEE1588) ohne wesentlichen Verlust an Genauigkeit erfolgen. Geräte mit dieser kombinierten Funktion (DCF77, GNSS, PTP) sind kommerziell verfügbar. Die geforderte jährliche Überprüfung durch ein akkreditiertes Labor gem. RTS 25, Artikel 4, wird wiederkehrende Kosten nach sich ziehen.

Zu Nummer 21 (§ 24)

Die Änderungen in Absatz 2 und Absatz 3 sind Folgeänderungen zur Streichung der §§ 30 und 31. Die Einfügung von Absatz 2b setzt Artikel 48 Absatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Nummer 22 (§ 25)

Der neue Absatz 1a setzt Artikel 52 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um. Der bisherige Absatz 1 Satz 2 wird in den neuen Absatz 1b verschoben. Er dient der Umsetzung von Artikel 48 Absatz 5 der Richtlinie 2014/65/EU. Im Übrigen werden in Absatz 1 zur Klarstellung redaktionelle Änderungen vorgenommen.

Zu Nummer 23 (§ 26a)

Die Änderung in Satz 2 setzt Artikel 48 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EU in Verbindung mit der Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 9] um. § 72 Absatz 1 Nummer 7 WpHG enthält eine vergleichbare Regelung für andere Handelsplätze als Börsen.

Zu Nummer 24 (§ 26b)

Satz 3 verweist wegen der einzelnen Anforderungen des Artikels 49 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU auf den hierzu erlassenen delegierten Rechtsakt.

Zu Nummer 25 (§§ 26c, 26d, 26e, 26f und 26g)

Zu § 26c

Die Vorschrift setzt Artikel 48 Absatz 2 und 3 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu § 26d

Die Vorschrift setzt Artikel 48 Absatz 6 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu § 26e

Die Vorschrift setzt Artikel 27 Absatz 3 der Richtlinie 2014/65/EU um und konkretisiert die Informationspflicht von Börsen im Hinblick auf die Ausführungsqualität.

Zu § 26f

Die Vorschrift setzt Artikel 57 Absatz 8 bis 10 der Richtlinie 2014/65/EU um. Danach sind auch Börsen, an denen Warenderivate gehandelt werden, verpflichtet, die Einhaltung der Positionslimits durch geeignete Kontrollverfahren zu überwachen.

Zu § 26g

Die Vorschrift ermöglicht es der Börse die Übermittlung der zur Erfüllung ihrer Pflichten nach Artikel 25 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 erforderlichen Daten von den Handelsteilnehmern zu verlangen.

Zu Nummer 26 (§§ 30 und 31-alt)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Aufhebung der Vorschriften ist eine Folge der umfassenden Regelung der Vor- und Nachhandelstransparenz für Handelsplätze in Titel II der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 und den zugehörigen konkretisierenden delegierten Rechtsakten.

Zu Nummer 27 (§ 39)

Die Vorschrift setzt Artikel 52 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU um.

Zu Nummer 28 (§ 48)

Zu Buchstabe a (Absatz 3)

Die Änderung des Absatzes 3 trägt der Tatsache Rechnung, dass der Freiverkehr als ein multilaterales Handelssystem im Sinne der Richtlinie 2014/65/EU und der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 zu qualifizieren ist und daher sämtliche europäischen Vorgaben für multilaterale Handelssysteme einschließlich der Durchführungsbestimmungen auch für den Freiverkehr gelten. Diese Vorgaben entsprechen in weiten Teilen den Anforderungen an Börsen als geregelte Märkte und sind oder werden im Börsengesetz bereits umgesetzt. Daher stellt bereits der Verweis in Absatz 3 auf zahlreiche anwendbaren Vorschriften des Börsengesetzes die Umsetzung der Artikel 18 und 19 der Richtlinie 2014/65/EU weitgehend sicher. Die europäischen Anforderungen an das Erlaubnisverfahren werden durch den neu gefassten Absatz 3 umgesetzt. Bestehende Erlaubnisse für den Betrieb eines Freiverkehrs bleiben bestehen, so dass kein erneutes Antragsverfahren durchgeführt werden muss.

Zu Buchstabe b (Absatz 4 und 5)

Die Absätze 4 und 5 regeln besondere Anforderungen für den Betrieb eines Freiverkehrs als multilaterales Handelssystem. Absatz 4 setzt dabei Artikel 18 Absatz 7 um und entspricht § 72 Absatz 1 Nummer 13 WpHG. Absatz 5 entspricht § 72 Absatz 5 WpHG.

Zu Nummer 29 (§ 48a und § 48b)

Der neu eingefügte § 48a setzt Artikel 33 der Richtlinie 2014/65/EU um und regelt Inhalt und Verfahren bei der Einstufung eines multilateralen Handelssystems als Wachstumsmarkt für kleine und mittlere Unternehmen. Die Vorschrift ist an § 76 WpHG angelehnt.

Der neu eingefügte § 48b setzt Artikel 18 und 20 der Richtlinie 2014/65/EU im Börsengesetz um. Da auch ein Börsenträger künftig ein organisiertes Handelssystem an einer Börse betreiben kann, waren die Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU hierzu auch im Börsengesetz zu verankern. Durch die Bezugnahme auf weite Teile des Börsengesetzes entsprechend § 48 Absatz 3 ist sichergestellt, dass die zahlreichen gemeinsam für multilaterale und organisierte Handelssysteme geltenden Vorgaben des Artikels 18 der Richtlinie 2014/65/EU hier ebenfalls umgesetzt sind. Ergänzend werden die Anforderungen des Artikels 20 der Richtlinie 2014/65/EU in den Absätzen 2 bis 9 geregelt, die an § 75 WpHG angelehnt sind.

Zu Nummer 30 (§ 50)

Das Bußgeldregime des § 50 wird in Umsetzung der in Artikel 70 der Richtlinie 2014/65/EU enthaltenen Vorgaben grundlegend umgestaltet. Artikel 70 Absatz 6 Buchstaben f, g und h sehen in Verbindung mit Absatz 3 und 5 vor, dass das nationale Recht für eine Vielzahl von Verstößen finanzielle Sanktionen sowohl gegenüber natürlichen als auch gegenüber juristischen Personen enthalten muss. Der Katalog des Artikels 70 Absatz 3 beinhaltet in Buchstabe a insofern auch eine Vielzahl von Vorschriften, die im Zusammenhang mit dem Betreiben geregelter Märkte stehen und deshalb im Börsengesetz umgesetzt werden; ebenso sieht Artikel 70 Absatz 5 vor, dass Zuwiderhandlungen im Zusammenhang mit Ermittlungs- bzw. Untersuchungshandlungen und Aufforderungen nach Artikel 69 mit Bußgeld zu bewehren sind. Diese Vorgaben werden durch die Tatbestände des neuen § 50 Absatz 2 umgesetzt, wobei angesichts der Bedeutung der betroffenen Ge- und Verbote bereits einfach fahrlässiges Verhalten tatbestandsmäßig ist. Teilweise war der Adressatenkreis des Bußgeldtatbestands gegenüber der materiell-rechtlichen Anknüpfungsnorm auf den Börsenträger zu begrenzen. Grund hierfür ist, dass die Börse als lediglich teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts keine juristische Person im Sinne des § 9 Absatz 1 Nummer 1 des Ordnungswidrigkeitengesetzes darstellt, so dass ein Bußgeldtatbestand, der sich (auch) auf ein sich an die Börse richtendes Ge- oder Verbot bezöge, insofern leer liefe.

In Absatz 1 verbleiben nach der Neuregelung diejenigen Tatbestände, die nicht den sanktionsrechtlichen Vorgaben der Richtlinie 2014/65/EU unterfallen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

In Umsetzung von Artikel 70 Absatz 3 Buchstabe b in Verbindung mit Absatz 6 Buchstaben f, g und h der Richtlinie 2014/65/EU war auch eine Vielzahl von Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 600/2014, die den Betrieb eines geregelten Markts, eines multilateralen oder eines organisierten Handelssystems betreffen, mit Bußgeld zu bewehren. Die entsprechenden Tatbestände enthält im Wesentlichen der neu eingefügte Absatz 5. Dabei war in Abgrenzung der Aufsichtstätigkeit von Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und Börsenaufsichtsbehörden eine Eingrenzung der Tatbestandsadressaten vorzunehmen, um sicherzustellen, dass im Börsengesetz nur solche Ge- und Verbote der Verordnung mit Bußgeld bewehrt werden, die sich an Börsenträger in ihrer Eigenschaft als Betreiber eines geregelten Markts, eines multilateralen oder eines organisierten Handelssystems richten.

Absatz 6 dient in diesem Zusammenhang der Bußgeldbewehrung von Artikel 37 Absatz 3 der Verordnung, der sich u.a. auch an mit Handelsplätzen verbundene Einheiten richtet. Da die Verordnung selbst keine Legaldefinition der verbundenen Einheit enthält, wird insofern auf den § 15 des Aktiengesetzes entlehnten Begriff des verbundenen Unternehmens zurückgegriffen.

Absatz 7 dient der Umsetzung von Artikel 63 Absatz 1 Buchstabe i der Verordnung (EU) Nr. 909/2014: Gemäß der mit Bußgeld zu bewehrenden Vorschrift des Artikels 53 Absatz 1 Unterabsatz 1 muss ein Handelsplatz einem Zentralverwahrer auf dessen Ersuchen Transaktionsdaten zur Verfügung stellen.

Bezüglich Absatz 8 handelt es sich um eine Folgeänderung. Hinsichtlich der nicht dem Sanktionsregime der Richtlinie 2014/65/EU unterfallenden Tatbestände des Absatzes 1 bleibt der bisherige Bußgeldrahmen unverändert.

Absatz 9 setzt die in Artikel 70 Absatz 6 Buchstaben f, g und h der Richtlinie 2014/65/EU enthaltenen Vorgaben zur Höhe der finanziellen Sanktionen um. Dabei wird u.a. auch von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gegenüber juristischen Personen und Personenvereinigungen eine umsatzbezogene Geldbuße einzuführen. Die Feststellung des Gesamtumsatzes erfolgt nach Maßgabe des Absatzes 11.

Absatz 11 verlangt, dass bei der Feststellung des Gesamtumsatzes den jeweils geltenden Rechnungslegungsvorschriften Rechnung ist zu tragen. Da die bußgeldbewehrten Verpflichtungen des Börsengesetzes sich im Wesentlichen an den in Nummer 1 geregelten Börsenträger richten, ist davon auszugehen, dass Sanktionen gegen die in den Nummern 2 bis 4 genannten Personen nur in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen. Da einzelne Ordnungswidrigkeitentatbestände wie beispielweise § 50 Absatz 2 Nummer 17 Buchstabe a, der Verstöße gegen Anzeigepflichten im Zusammenhang mit dem Erwerb einer bedeutenden Beteiligung an einem Börsenträger mit Bußgeld bewehrt, jedoch nicht nur an Börsenträger gerichtet sind, ist auch für diese Fälle Vorsorge zu treffen.

In Absatz 12 wird § 17 Absatz 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten abbedungen. Die entsprechenden europarechtlichen Vorgaben, wie etwa Artikel 70 der Richtlinie 2014/65/EU, bieten auf der einen Seite keine Grundlage für eine pauschale Absenkung des Höchstmaßes der Höhe der Geldbuße bei fahrlässigem Handeln. Die europarechtlichen Vorgaben, wie unter anderem Artikel 72 Absatz 2 der Richtlinie 2014/65/EU, machen jedoch auf der anderen Seite deutlich, dass der Grad der Verantwortung der für den Verstoß verantwortlichen Person – wie etwa nur fahrlässiges Handeln – für die Bußgeldbemessung relevant sein kann. Die Regelung entspricht den Vorgaben in § 120 Absatz 25 WpHG. Satz 3 legt eine Verfolgungsverjährung der dort in Bezug genommenen Ordnungswidrigkeiten von 3 Jahren fest.

Die übrigen Absätze entsprechen inhaltlich den bisherigen Regelungen und sind lediglich im Hinblick auf redaktionelle Erfordernisse geändert worden.

Zu Nummer 31 (§ 50a)

In Absatz 1 ist eine redaktionelle Folgeänderung erforderlich.

In Absatz 2 werden die Vorgaben zur Bekanntmachung von Maßnahmen- und Sanktionsentscheidungen sowie zur Informationsübermittlung an die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde aus Artikel 71 der Richtlinie 2014/65/EU im Börsengesetz umsetzt. Entsprechende Entscheidungen der Börsenaufsichtsbehörden sind künftig im Grundsatz unverzüglich nach ihrer Bekanntgabe zu veröffentlichen. Unter den bezeichneten Voraussetzungen kann die Bekanntmachung aufgeschoben, eine Anonymisierung vorgenommen oder gänzlich von einer Bekanntmachung abgesehen werden. Zudem sind Regelungen zur Löschung der Bekanntmachung enthalten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Artikel 9 (Änderung des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes)

Zu Nummern 1 bis 4

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen, aufgrund der Neunummerierung werden Verweise auf das Wertpapierhandelsgesetz angepasst.

Zu Nummer 5 (§ 60)

Durch die Neuregelung wird der Bußgeldrahmen für Verstöße gegen das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz deutlich erhöht. Damit erfolgt eine Anpassung an die auch in anderen Kapitalmarktgesetzen, insbesondere dem Wertpapierhandelsgesetz, mittlerweile erheblich verschärften Sanktionsmöglichkeiten. Die Anhebung der möglichen Bußgelder ist vor dem Hintergrund der hohen – auch wirtschaftlichen – Bedeutung der Pflichten nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz gerechtfertigt. Die konkrete Ausgestaltung des Bußgeldrahmens ist dabei inhaltlich an den bisherigen § 39 Absatz 4 des Wertpapierhandelsgesetzes angelehnt, der die Sanktionsvorgaben von Artikel 28b Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie 2013/50/EU umgesetzt hat, allerdings mit den bisher auch in § 60 Absatz 3 vorgesehenen Abstufungen entsprechend der einzelnen Tatbestände. Der grundsätzliche Gleichlauf ist geboten, da die hier sanktionierten Pflichten ebenfalls der Gewährleistung von Beteiligungstransparenz dienen und auch inhaltlich die Regelungen im Wertpapierhandelsgesetz denen des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes angeglichen sind (vgl. z.B. § 30 Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz und § 34 Wertpapierhandelsgesetz). Eine inhaltliche Angleichung auch des Sanktionsbereichs ist aufgrund des parallelen Schutzzweckes daher angemessen. Die Anhebung der betragsmäßigen Höchstbeträge und die Einführung eines umsatzbezogenen sowie eines mehrerlösbezogenen Höchstbetrages bei juristischen Personen oder Personenvereinigungen gewährleisten, dass auch besonders finanzkräftige Unternehmen hinreichend wirksam sanktioniert werden können. Von den festgelegten Sanktions-Varianten gilt - ebenso wie im Wertpapierhandelsgesetz - die im Einzelfall einschlägige höchste Variante als Bußgeldrahmen. Die aufgenommene Regelung zum Gesamtumsatz entspricht der Regelung im bisherigen § 39 Absatz 5 Wertpapierhandelsgesetz.

Zu Artikel 10 (Änderung des Kapitalanlagegesetzbuchs)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

In der Inhaltsübersicht des Kapitalanlagegesetzbuchs wird ein redaktioneller Fehler korrigiert, im Übrigen handelt es sich um eine redaktionelle Anpassung aufgrund der Anfügung des § 359.

Zu Nummer 2 (§ 2)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung aufgrund der Ergänzung in § 26 Absatz 7.

Zu Nummer 3 (§ 5)

Der neue Absatz 9 gibt der Bundesanstalt die Möglichkeit, gegen die Verwaltungsgesellschaften und Investmentvermögen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 vorzugehen. Die Regelung erfüllt damit die Anforderung der Artikel 16, 22 und 28 der Verordnung (EU) 2015/2365, die den zuständigen nationalen Behörden die Aufsicht über die Einhaltung der Verordnung zuweist und bestimmt, dass die zuständigen Behörden mit entsprechenden Eingriffsbefugnissen ausgestattet werden sollen.

Zu Nummer 4 (§ 12)

Die Änderung in Absatz 6 Satz 1 Nummer 19 ist eine Folgeänderung zur Einfügung des § 341a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und geht im Übrigen auf Artikel 25 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/2365 zurück.

Zu Nummer 5 (§ 14)

Die Änderung schließt eine Regelungslücke bezüglich der sonstigen zulässigen Rechtsformen für Investmentvermögen.

Zu Nummer 6 (§ 16)

Zu Absatz 6

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Im Rahmen der Verfolgung unerlaubt betriebener Investmentgeschäfte kann eine Abfrage der Konten des Unternehmens vorgenommen werden, um Konten mit Guthaben zur ggf. Veranlassung einer Kontensperre zur Sicherstellung der Rückzahlung des Kapitals zu ermitteln. Anders als das VAG in § 305 Absatz 6 VAG enthielt das KAGB bislang keine Regelung, nach der eine solche Abfrage aus der bei Kreditinstituten geführten Datei nach § 24c Absatz 1 Satz 1 KWG möglich war. Die Regelung des § 24c KWG gilt auch für die Verfolgung unerlaubt betriebener Investmentgeschäfte.

Zu Absatz 7

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Neufassung von Absatz 6.

Zu Nummer 7 (§ 18)

Der in Absatz 3 eingefügte Satz 3 verweist bezüglich externer OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaften auf die Delegierte Verordnung (EU) 2016/438, die die Europäische Kommission auf Grund des neu eingefügten Artikel 26b Buchstabe h in Verbindung mit dem neu gefassten Artikel 25 Absatz 2 der Richtlinie 2009/65/EG zur Festlegung der Bedingungen zur Erfüllung des Gebotes der Unabhängigkeit zwischen Verwaltungsgesellschaft und Verwahrstelle erlassen hat.

Die Regelungen der Sätze 1 und 2 werden beibehalten, da deren Regelungsbereich zum Teil über den Anwendungsbereich der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 hinausgeht und mit der jetzt vorgenommenen Regelung das Schutzniveau bei Publikums-AIF nicht abgesenkt werden soll.

Nach dem eingefügten Satz 4 gelten die in dem neuen Satz 3 in Bezug genommenen Anforderungen der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 entsprechend für alle externen AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaften, jedoch nach dem geänderten Satz 5 (bisheriger Satz 3) mit Ausnahmen solcher, die ausschließlich Spezial-AIF verwalten. Dieser Gleichlauf ist auch vor dem Hintergrund der gleichen Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Anleger bei OGAW und Publikums-AIF angezeigt. Entsprechend der bisherigen Konzeption gelten die rein nationalen Regelungen der Sätze 1, 2 und des neuen Satz 4 nicht für externe Kapitalverwaltungsgesellschaften, die ausschließlich Spezial-AIF verwalten.

Zu Nummer 8 (§ 26)

Absatz 7 Satz 2 verweist bezüglich der Anforderungen an OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaften zur Erfüllung ihrer Pflicht, im Sinne des Absatzes 1 bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Verwahrstelle zu handeln, auf die Delegierte Verordnung (EU) 2016/438, die die Europäische Kommission auf Grund des neu eingefügten Artikel 26b Buchstabe h in Verbindung mit dem neu gefassten Artikel 25 Absatz 2 der Richtlinie 2009/65/EG zur Festlegung der Bedingungen zur Erfüllung des Gebotes der Unabhängigkeit zwischen Verwaltungsgesellschaft und Verwahrstelle erlassen hat.

Vor dem Hintergrund der gleichen Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Anleger sind diese Anforderungen nach Satz 3 auch auf AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaften, die auch Publikums-AIF verwalten, für entsprechend anwendbar zu erklären.

Zu Nummer 9 (§ 38)

Zu Buchstabe a (Absatz 3)

Diese neu eingefügte Pflicht wird in einer noch zu erlassenden Kapitalanlage-Prüfungsberichte-Verordnung (KAPrüfbV) konkretisiert werden. Damit wird sichergestellt, dass der Jahresabschlussprüfer prüft, ob die Verpflichtungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 eingehalten werden. Soweit die Verpflichtungen nicht eingehalten werden, kann die Bundesanstalt ein Bußgeld nach dem Wertpapierhandelsgesetz verhängen.

Zu Buchstabe b (Absatz 4)

Die KAPrüfbV wird die Regelungen zur Berichterstattung durch die Wirtschaftsprüfer bei der Festsetzung eines Prüfungsschwerpunktes regeln. Die Rechtsgrundlage für die Festsetzung des Prüfungsschwerpunktes selbst muss sich aus dem KAGB ergeben.

Zu Nummer 10 (§ 39)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Änderung in Absatz 3 Nummer 5 geht zurück auf Artikel 22 Absatz 4 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Nummer 11 (§ 45)

Die Änderung ist eine redaktionelle Folgeänderung zur Änderung des Handelsgesetzbuchs durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz.

Zu Nummer 12 (§ 48a)

Die Änderung enthält die Anordnung der entsprechenden Geltung von § 48a Absatz 1 Satz 3 auch für AIF, die bereits nach HGB offenlegungspflichtig sind, da § 48a Absatz 2 einheitliche Unterlagen zur Beurteilung der Tätigkeit von AIF-KVGen verlangt, die Gelddarlehen vergeben.

Zu Nummer 13 (§ 68)

Der neu gefasste Absatz 6 verweist auf Artikel 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, in dem die Mindestangaben des Verwahrstellenvertrages aufgeführt werden. Der bisherige Verweis auf die in der Richtlinie 2010/43/EU enthaltenen Regelungen zum Verwahrstellenvertrag (Artikel 30 bis 33 und 35 der Richtlinie 2010/43/EU) wird aufgehoben, da die Regelungen des Artikels 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 vorgehen. Der bisherige Absatz 6 Satz 2 wird zur Umsetzung des Artikels 34 der Richtlinie 2010/43/EU beibehalten, da diese Richtlinie nicht aufgehoben wurde und Artikel 2 Absatz 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 nicht eindeutig entnommen werden kann, dass die Vertragsparteien das anwendbare Recht frei bestimmen könnten.

Zu Nummer 14 (§ 69)

Die Einfügung des Satzes 3 in Absatz 2 erfolgt vor dem Hintergrund der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, die die Europäische Kommission auf Grund der neu eingefügten Artikel 26b Buchstabe e in Verbindung mit Artikel 22a Absatz 3 Buchstabe d der Richtlinie 2009/65/EG erlassen hat. In dieser Verordnung werden die Schritte festgelegt, die ein Unterverwahrer zur Sicherstellung der Insolvenzfestigkeit der Vermögensgegenstände des OGAW unternehmen muss, damit eine Unterverwahrung zulässig ist. Die Verordnung sieht in diesem Zusammenhang in Artikel 15 Absatz 9 Mitteilungspflichten der OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft bzw. der EU-OGAW-Verwaltungsgesellschaft gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde vor, die hier in Bezug genommen werden.

Zu Nummer 15 (§ 70)

Zu Buchstabe a (Absatz 4)

Der neu gefasste Absatz 4 verweist auf die Delegierte Verordnung (EU) 2016/438, die die Europäische Kommission auf Grund des neu eingefügten Artikels 26b Buchstabe h in Verbindung mit dem neu gefassten Artikel 25 Absatz 2 der Richtlinie 2009/65/EG zur Festlegung der Bedingungen zur Erfüllung des Gebotes der Unabhängigkeit zwischen Verwaltungsgesellschaft und Verwahrstelle erlassen hat. In den in Bezug genommen Artikeln 21 Buchstabe a bis c und e, 22 Absatz 5, Artikeln 23 und 24 werden die Anforderungen an die Unabhängigkeit der Verwahrstelle näher bestimmt.

Zu Buchstabe b (Absatz 5)

Die Einfügung in Absatz 5 geht zurück auf Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Nummer 16 (§ 72)

Der angefügte Absatz 3 verweist auf Artikel 12 bis 14 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, in denen die Verwahrpflichten nach § 72 Absatz 1 näher bestimmt werden.

Zu Nummer 17 (§ 73)

Die Einfügung des Absatzes 6 erfolgt vor dem Hintergrund der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, die die Europäische Kommission auf Grund der neu eingefügten Artikel 26b Buchstabe c, d und e in Verbindung mit Artikel 22a Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 3 Buchstabe c und d der Richtlinie 2009/65/EG erlassen hat. In dieser Verordnung werden in den Artikeln 15 bis 17 die Pflichten, die eine Verwahrstelle bei der Auswahl und Bestellung sowie bei der laufenden Kontrolle und Überprüfung eines Unterverwahrers zu erfüllen hat, näher

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

bestimmt. Zudem werden die Pflicht zur Trennung der Vermögensgegenstände konkretisiert, die Schritte festgelegt, die ein Unterverwahrer zur Sicherstellung der Insolvenzfestigkeit der Vermögensgegenstände des OGAW unternehmen muss, und die hierauf bezogenen Überwachungspflichten der Verwahrstelle bestimmt. Für den Fall, dass der Unterverwahrer Verwahraufgaben nach § 72 auf ein anderes Unternehmen unterauslagert, gelten die Pflichten auch entsprechend für dieses Unternehmen, vgl. Artikel 15 Absatz 4, 16 Absatz 2 und 17 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438.

Zu Nummer 18 (§ 74)

Der angefügte Absatz 4 verweist auf Artikel 10 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, in dem die Pflichten der OGAW-Verwahrstelle im Hinblick auf die Überwachung der Zahlungsströme des OGAW näher bestimmt werden. Im Rahmen der Umsetzung der (Änderungs-)Richtlinie 2014/91/EU wurde an der Rechtslage festgehalten, dass die OGAW-Verwahrstelle als Zahlstelle tätig werden muss und sich nicht wie eine AIF-Verwahrstelle auf die Überwachung des Zahlungsverkehrs beschränken kann. Vor diesem Hintergrund sind die Regelungen des Artikels 10 Absatz 2 und des Artikels 9 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 - auf die nicht verwiesen wird - nicht relevant.

Ebenfalls ins Leere läuft Artikel 11 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, der die Pflichten im Zusammenhang mit Zahlungen aufgrund der Zeichnung von Aktien oder Anteilen bestimmt, da diese Aufgaben in § 71 der OGAW-Verwahrstelle zugewiesen werden.

Zu Nummer 19 (§ 76)

Der angefügte Absatz 3 verweist auf die Artikel 3 bis 8 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, in denen die Kontrollfunktionen der Verwahrstelle, z.B. bezüglich der Zeichnung und Rücknahme von Aktien oder Anteilen des OGAW, sowie die Pflichten hinsichtlich der Ausführung von Weisungen der OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft näher bestimmt werden.

Artikel 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 regelt die Pflichten der Verwahrstelle in Bezug auf Bewertung von Anteilen oder Aktien. Hier ist zu berücksichtigen, dass nach dem KAGB (§ 212) der Wert des OGAW und der Nettoinventarwert je Anteil oder Aktie auch von der Verwahrstelle unter Mitwirkung der OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft ermittelt werden kann. In diesem Fall treffen die Vorgaben, die die Verwahrstelle nach Artikel 5 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 überwachen soll, die Verwahrstelle bereits unmittelbar und auch der OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft kommen Überwachungsaufgaben zu. Entsprechend impliziert die in § 212 geregelte Pflicht zur Mitwirkung, dass die OGAW-Kapitalverwaltungsgesellschaft die von der Verwahrstelle ermittelten Wertansätze für Vermögensgegenstände in geeigneter Weise auf Plausibilität prüft und dafür sorgt, dass Auffälligkeiten geklärt und gegebenenfalls erforderliche Abhilfemaßnahmen im besten Interesse der Anleger ergriffen werden.

Zu Nummer 20 (§ 77)

Der neu gefasste Absatz 5 verweist auf die Artikel 18 und 19 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, in denen der Begriff des „Abhandenkommens eines verwahrten Finanzinstrumentes“ sowie die Bedingungen, unter denen die Verwahrstelle trotz Abhandenkommen nicht haftet, näher bestimmt werden.

Zu Nummer 21 (§ 82)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Einfügung in Absatz 1 geht zurück auf Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Buchstabe b (Absatz 6)

Vor dem Hintergrund der gleichen Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Anleger sieht der neue § 82 Absatz 6 Satz 2 eine Erstreckung der neuen, durch delegierte Rechtsakte konkretisierten Vorgaben zur Sicherstellung der Insolvenzfestigkeit der Vermögensgegenstände eines OGAW im Falle der Unterverwahrung auch auf Publikums-AIF vor.

Zu Nummer 22 (§ 85)

Zu Buchstabe a (Absatz 3)

Die Einfügung in Absatz 3 geht zurück auf Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Buchstabe b (Absatz 5)

Der neue Satz 4 in Absatz 5 bestimmt, dass die Artikel 21 Buchstabe a bis c und e, Artikel 22 Absatz 5, Artikel 23 und Artikel 24 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438, die die Europäische Kommission auf Grund des neu eingefügten Artikel 26b Buchstabe h in Verbindung mit dem neu gefassten Artikel 25 Absatz 2 zur Festlegung der Bedingungen zur Erfüllung des Gebotes der Unabhängigkeit zwischen Verwaltungsgesellschaft und Verwahrstelle erlassen hat, auf Verwahrstellen, die Vermögenswerte von Publikums-AIF verwalten, entsprechend anzuwenden sind. Dies ist vor dem Hintergrund der gleichen Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Anleger angezeigt.

Satz 3 bleibt unverändert. Dieser Satz behandelt den speziellen Fall, dass nach § 80 Absatz 3 und 4 eine natürliche Person mit der Verwahrstellenfunktion beauftragt wurde.

Zu Nummer 23 (§ 93)

Die Einfügung in Absatz 4 Satz 2 geht zurück auf Artikel 15 der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Nummer 24 (§ 101)

Die Einfügung der Nummer 7 geht zurück auf Artikel 13 der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Nummer 25 (§ 103)

Die Einfügung in Satz 1 geht zurück auf Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Nummer 26 und 27 (§§ 121 und 136)

Die neu eingefügte Pflicht in § 121 wird künftig in der Kapitalanlage-Prüfungsberichte-Verordnung (KAPrüfbV) konkretisiert. Gleiches gilt für die in § 136 eingefügte Pflicht. Damit wird sichergestellt, dass der Jahresabschlussprüfer prüft, ob die Verpflichtungen nach den Artikeln 4 und 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 eingehalten werden. Soweit die Verpflichtungen nicht eingehalten werden, kann die Bundesanstalt ein Bußgeld nach dem Wertpapierhandelsgesetz verhängen.

Zu Nummer 28 (§ 153)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 18 Absatz 3.

Zu Nummer 29 (§ 165)

Die Einfügung der Nummer 40 geht zurück auf Artikel 14 der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Nummer 30 (§ 221)

Mit der Änderung in Absatz 2 wird entsprechend der ständigen Verwaltungspraxis der Bundesanstalt klargestellt, dass auch der Erwerb von Anteilen an Gemischten Investmentvermögen durch Sonstige Investmentvermögen dem Kaskadenverbot unterliegt. Bislang enthalten die §§ 220 ff. KAGB keine explizite Regelung eines Kaskadenfondsverbots für den Fall, dass für ein Sonstiges Investmentvermögen Anteile an einem Gemischten Investmentvermögen erworben werden. Zwar verweist § 221 Absatz 1 Nummer 2 KAGB auf § 218 KAGB und damit implizit auch auf § 219 KAGB. Da aber § 221 Absatz 1 Nummer 2 KAGB nicht explizit auf § 219 KAGB verweist, hat die Praxis in der Vergangenheit die Frage aufgeworfen, ob das Kaskadenverbot tatsächlich auch dann gilt, wenn ein Sonstiges Investmentvermögen in ein Gemischtes Investmentvermögen investiert. Um die bestehende Unsicherheit hinsichtlich dieser Fragestellung zu beseitigen, soll der klarstellende Satz hier angefügt werden.

Zu Nummer 31 (§ 269)

Die Änderung ist eine Folgeänderung zur Änderung des § 165 Absatz 2.

Zu Nummer 32 (§ 295)

Die Sätze 3 und 4 werden gestrichen, da sie dahingehend missverstanden wurden, dass eine AIF-Verwaltungsgesellschaft nach dem in § 295 Absatz 2 Nummer 1 genannten Zeitpunkt AIF nicht mehr in anderen EU/EWR-Mitgliedstaaten nach deren nationalen Vertriebsregelungen, die Artikel 36 und 42 der AIFM-RL umsetzen, vertreiben kann. Jedoch kann eine AIF-Verwaltungsgesellschaft, die ein Vertriebsrecht nach §§ 329

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

oder 330 KAGB für einen AIF erworben hat, diesen AIF auch nach dem in § 295 Absatz 2 Nummer 1 genannten Zeitpunkt weiterhin nach den jeweiligen Vertriebsregelungen der anderen EU/EWR-Mitgliedstaaten vertreiben, sofern dies im Einklang mit den nationalen Regelungen dieser Mitgliedstaaten steht. Die Zulässigkeit dieses Vertriebs richtet sich ausschließlich nach den jeweiligen nationalen Regelungen dieser Mitgliedstaaten.

Beabsichtigt eine AIF-Verwaltungsgesellschaft jedoch, den AIF, für den sie ein Vertriebsrecht nach §§ 329 oder 330 KAGB erworben hat, nach dem in § 295 Absatz 2 Nummer 1 genannten Zeitpunkt nicht mehr nach den nationalen Vertriebsregelungen nach §§ 329 oder 330 KAGB zu vertreiben, sondern den Drittstaaten-Pass für diesen AIF in Anspruch zu nehmen, richtet sich der Vertrieb ausschließlich nur noch nach den nationalen Regelungen für den Drittstaaten-Pass (§§ 322, 324, 325, 326, 327, 328, 332 oder 334 KAGB). Das nach §§ 329 oder 330 KAGB erworbene Vertriebsrecht erlischt zu dem Zeitpunkt, zu dem das nationale Anzeigeverfahren für den Drittstaaten-Pass erfolgreich durchlaufen wurde.

Zu Nummer 33 (§ 307)

Die Einfügung der Nummer 20 geht zurück auf Artikel 14 der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Nummer 34 (§ 340)

Die Änderungen sind redaktioneller Natur.

Zu Nummer 35 (§ 341a)

Zu Buchstabe a (Absatz 1)

Die Änderungen in Absatz 1 Satz 1 sind zum Teil redaktioneller Art und gehen im Übrigen zurück auf Artikel 22 Absatz 4 Buchstabe b und Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/2365.

Zu Buchstabe b (Absatz 4)

Die Änderung in Absatz 4 ist eine Folgeänderung zu der Einfügung des § 341a Absatz 1 Satz 1 Nummer 3.

Zu Nummer 36 (§ 346)

Durch den neuen Absatz 7 soll für Immobilien-Sondervermögen in einem beschränkten Umfang eine Änderung der Anlagegrundsätze erleichtert werden, um die Voraussetzungen für eine Immobilienteilfreistellung gemäß § 20 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 InvStG zu erfüllen. Die Regelung ist nur auf Immobilien-Sondervermögen anzuwenden, die nach ihren im Zeitpunkt der Stellung des Genehmigungsantrags, geltenden Anlagebedingungen bereits 51 Prozent und mehr in ausländische Immobilien und Auslandsimmobilien-Gesellschaften investieren dürfen und auch tatsächlich zu 51 Prozent oder mehr in diese Vermögensgegenstände investiert sind. Dieser Antrag ist bis zum 1. Januar 2018 möglich. Ohne die Regelung in Absatz 7 wäre es für Immobilien-Sondervermögen in der Praxis nicht möglich, ihre Anlagegrundsätze entsprechend zu ändern, da eine Änderung der Anlagegrundsätze in aller Regel an der fehlenden faktischen Möglichkeit des in § 163 Absatz 3 Satz 4 KAGB geforderten Umtauschangebotes scheitert. Damit die in steuerrechtlicher Hinsicht für den Anleger vorteilhafte Änderung der Anlagebedingungen trotzdem möglich ist, soll § 163 Absatz 3 Satz 4 KAGB in diesem Fall keine Anwendung finden. Die Bildung eines Anlageschwerpunktes für ausländische Immobilien steht möglicherweise im Widerspruch zu den Gründen für die ursprüngliche Investitionsentscheidung des Anlegers. Satz 1 verlangt jedoch, dass die tatsächliche Situation des Fonds bereits darin bestehen muss, dass er überwiegend im Ausland investiert ist. Insoweit ändert sich auf der tatsächlichen Ebene nichts für den Anleger. Deshalb ist es auch gerechtfertigt, eine Änderung der Anlagebedingungen für den Fonds zu ermöglichen, um Steuervorteile erlangen zu können. Diese kommen direkt dem Anleger zugute. Ebenfalls keine Anwendung finden soll die in Umsetzung des § 163 Absatz 3 Satz 4 KAGB in die Anlagebedingungen aufgenommene entsprechende vertragliche Regelung. Die gemäß § 163 Absatz 3 Satz 4 geregelte zwingende Alternative des kostenlosen Umtausches der Anteile entfällt aufgrund der entsprechenden gesetzlichen Anordnung in § 346 Absatz 7 Satz 3. Das Rückgaberecht der Anleger gemäß § 163 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 bleibt bestehen. Damit sich die Ermöglichung der Immobilienteilfreistellung nicht durch den gegebenenfalls sonst notwendigen Aufbau weiterer Liquidität verzögert, trifft Satz 4 die Regelung, dass das Recht nach § 163 Absatz 3 Satz 1 und 2 KAGB durch etwaige Mindesthaltefristen, Rückgabefristen und Rückgabetermine, wie etwa in § 255 Absätze 2 bis 4 KAGB, modifiziert wird. Dies ist dadurch gerechtfertigt, dass durch die Änderung der Anlagebedingungen keine unmittelbaren Nachteile für den Anleger drohen, da das Immobilien-Sondervermögen tatsächlich bereits zu mindestens 51 Prozent in ausländische Immobilien und Auslands-Immobiliengesellschaften investiert sein muss. In Abwick-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

lung befindliche Fonds können von der vorstehend beschriebenen Änderung der Anlagebedingungen keinen Gebrauch machen. Damit die Bundesanstalt auf Plausibilität überprüfen kann, ob das Immobilien-Sondervermögen tatsächlich im Zeitpunkt der Antragstellung mit mindestens 51 Prozent des Wertes des Fonds in ausländische Immobilien und Auslands-Immobiliengesellschaften investiert ist, sind ihr die in Satz 4 genannten Unterlagen zusammen mit dem Genehmigungsantrag einzureichen. Die übrigen Regelungen in Absatz 7 Satz 4 sind Verfahrensregelungen, die der Möglichkeit Rechnung tragen, dass alle Immobilien-Sondervermögen gleichzeitig eine Änderung der Anlagebedingungen beantragen. Satz 2 legt fest, dass Anträge zur Änderung der Anlagebedingungen zum Zweck der Erlangung der Immobilienteilfreistellung nur bis zum 1. Januar 2018 gestellt werden können. Durch den vorübergehenden Charakter der Vorschrift wird deutlich, dass sich der Fonds durch die Änderung der Anlagebedingungen seine Flexibilität hinsichtlich seiner Anlagemöglichkeiten nimmt, indem ein Anlageschwerpunkt für ausländische Immobilien und Auslands-Immobiliengesellschaften gebildet wird. Eine Änderung des Investitionsschwerpunktes zu überwiegend im Inland belegenen Immobilien ist dann nicht mehr möglich.

Absatz 8 enthält ebenfalls Verfahrensregelungen für den Fall eines Antrags auf Genehmigung der Änderung der Anlagebedingungen, um die Voraussetzungen für eine Immobilienteilfreistellung gemäß § 20 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 des Investmentsteuergesetzes für das Immobilien-Sondervermögen zu erfüllen. Diese sollen der Möglichkeit Rechnung tragen, dass alle Immobilien-Sondervermögen gleichzeitig eine Änderung der Anlagebedingungen beantragen.

Zu Nummer 37 (§ 359)

§ 359 gewährt Publikums-AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaften und Publikums-AIF-Verwahrstellen für die Anpassung an die neuen Anforderungen des § 26 Absatz 7 Satz 3 und des § 85 Absatz 5 Satz 4 zur Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit eine 6-monatige Übergangsfrist. Zudem gewährt § 360 Verwahrstellen von Publikums-AIF eine 6-monatige Übergangsfrist zur Anpassung an die neuen Vorgaben zur Sicherstellung der Insolvenzfestigkeit der Vermögensgegenstände des Publikums-AIF bei Unterverwahrung.

Zu Artikel 11 (Weitere Änderungen des Kapitalanlagegesetzbuchs)

Zu Nummer 1 (§ 5)

Der neue Absatz 10 gibt der Bundesanstalt die Möglichkeit, gegen die Verwaltungsgesellschaften und Investmentvermögen wegen Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2016/1011 vorzugehen. Die Regelung erfüllt damit die Anforderung der Artikel 40, 41 und 42 der Verordnung (EU) 2016/1011, die den zuständigen nationalen Behörden die Aufsicht über die Einhaltung der Verordnung zuweist und bestimmt, dass die zuständigen Behörden mit entsprechenden Eingriffsbefugnissen ausgestattet werden sollen.

Zu Nummer 2 (§ 12)

Die Änderung in Absatz 6 Satz 1 Nummer 19 geht auf Artikel 45 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2016/1011 zurück.

Zu Nummer 3 (§ 38)

Diese neu eingefügte Pflicht wird in einer noch zu erlassenden Kapitalanlage-Prüfungsberichte-Verordnung (KAPrüfbV) konkretisiert werden. Da die durch das KAGB beaufsichtigten Gesellschaften und Investmentvermögen keine Referenzwerte bereitstellen, sondern nur Eingabedaten zu einem Referenzwert beitragen oder Referenzwerte verwenden (Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/1011), ist hinsichtlich der Benchmark-VO lediglich die Einhaltung der Anforderungen der Artikel 16 Absätze 1 bis 4, Artikel 23 Absätze 3 und 10 und Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011 zu überprüfen. Damit wird sichergestellt, dass der Jahresabschlussprüfer prüft, ob diese Verpflichtungen eingehalten werden. Soweit sie nicht eingehalten werden, kann die Bundesanstalt ein Bußgeld nach dem Wertpapierhandelsgesetz verhängen.

Zu Nummer 4 und 5 (§§ 121 und 136)

Die neu eingefügte Pflicht in § 121 wird künftig in der Kapitalanlage-Prüfungsberichte-Verordnung (KAPrüfbV) konkretisiert. Gleiches gilt für die in § 136 eingefügte Pflicht. Da die durch das KAGB beaufsichtigten Gesellschaften und Investmentvermögen keine Referenzwerte bereitstellen, sondern nur Eingabedaten zu einem Referenzwert beitragen oder Referenzwerte verwenden (Artikel 2 der Verordnung (EU) 2016/1011), ist hinsichtlich der Benchmark-VO lediglich die Einhaltung der Anforderungen der Artikel 16 Absätze 1 bis 4,

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Artikel 23 Absätze 3 und 10 und Artikel 28 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011 zu überprüfen. Damit wird sichergestellt, dass der Jahresabschlussprüfer prüft, ob diese Verpflichtungen eingehalten werden. Soweit sie nicht eingehalten werden, kann die Bundesanstalt ein Bußgeld nach dem Wertpapierhandelsgesetz verhängen.

Zu Nummer 6 (§ 165)

Die Einfügung in der Nummer 40 geht zurück auf Artikel 29 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2016/1011.

Zu Nummer 7 (§ 341a)

Die Einfügung geht zurück auf Artikel 45 Absätze 1 bis 4 der Verordnung (EU) 2016/1011.

Zu Artikel 12 (Weitere Änderungen des Kapitalanlagegesetzbuchs)

Zu Nummer 1 (§ 1)

Die Änderungen sind Folgeänderungen zur Neufassung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente.

Zu Nummer 2 (§ 2)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 3 (§ 5)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 4 und 8 (§ 12 und § 39)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 5, 18 und 22 (§ 24, § 198, § 299)

Die Änderungen sind Folgeänderungen zur Neufassung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente sowie aufgrund der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 6, 9 und 10 (§§ 28, 51 und 54)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes sowie zur Neufassung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente.

Zu Nummer 7 (§38)

Zu Buchstabe a (Absatz 3)

Es handelt sich um eine Folgeänderung aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 600/2014.

Zu Buchstabe b (Absatz 4)

Es handelt sich um eine Folgeänderung (§ 36 WpHG wird § 78 WpHG).

Zu Nummer 11 und 12 (§§ 72 und 80)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der Neufassung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumenten.

Zu Nummer 13, 15, 16, 19 und 21 (§§ 120, 122, 135, 253, 296)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 14 und 17 (§§ 121 und 136)

Die Änderung dient der Umsetzung des Artikels 1 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe i der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Nummer 20 (§ 287)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die Änderung ist eine Folgeänderung aufgrund der MiFID-II-Neufassung.

Zu Artikel 13 (Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Änderung der Inhaltsübersicht)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen der Inhaltsübersicht auf Grund der Einfügung der §§ 303a, 319a und 356.

Zu Nummer 2 (§ 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5)

Die Ergänzung stellt sicher, dass die Jahresabschlussprüfer prüfen, ob das Unternehmen seinen Verpflichtungen nach der Verordnung (EU) 2015/2365 nachkommt. Bei einem Verstoß gegen die Artikel 4 oder 15 der Verordnung (EU) 2015/2365 greift die Bußgeldnorm des § 332 Absatz 4h VAG.

Zu Nummer 3 (§ 295)

Es handelt sich um die Beseitigung eines redaktionellen Versehens.

Zu Nummer 4 (§ 303)

Die Änderung dient insbesondere der Umsetzung von Artikel 22 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2015/2365. Die Befugnis zur Abberufung von Geschäftsleitern besteht künftig auch bei schuldhaften Verstößen gegen die Verordnung (EU) 2015/2365 und jeweils dazu erlassene delegierte Rechtsakte. Die Regelung orientiert sich an § 36 KWG.

Die zuständigen Behörden für die Zwecke der Verordnung (EU) 2015/2365 werden in Artikel 16 der Verordnung benannt.

Zu Nummer 5 (§ 303a)

Artikel 22 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2015/2365 enthält die Vorgabe, dass den zuständigen Behörden bei bestimmten Verstößen die Möglichkeit eingeräumt sein muss, verantwortlichen Personen, die zum Zeitpunkt des Verstoßes (noch) keine Leitungsposition inne hatten, die Leitungstätigkeit für die Zukunft zu untersagen. Diese Vorgabe setzt § 303a um. Die Vorschrift lehnt sich an den bereits bestehenden § 36a KWG an.

Zu Nummer 6 (§ 304)

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 22 Absatz 4 Unterabsatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2015/2365. Danach muss das nationale Recht bei bestimmten Verstößen den zuständigen Behörden die verwaltungsrechtliche Möglichkeit einräumen, einem Unternehmen die Zulassung zu entziehen. Das einschränkende Merkmal des nachhaltigen Verstoßes wird aufgenommen, um eine den weiteren Regelungen in § 304 Absatz 3 VAG vergleichbare Anforderung an die Schwere des Verstoßes aufzunehmen. Wie in der vergleichbaren Regelung des § 35 Absatz 2 Nummer 7 KWG wird auf diese Weise bereits auf der Rechtsnormseite dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung getragen.

Zu Nummer 7 (§ 319a)

Der neu eingefügte § 319a setzt die in Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/2365 vorgesehene Bekanntmachung von verwaltungsrechtlichen Sanktionen und Verwaltungsmaßnahmen um, die inhaltlich dem § 60c KWG entspricht.

Zu Nummer 8 (§ 332)

Absatz 4f enthält Vorgaben zu Bußgeldtatbeständen betreffend Verstöße gegen Ge- und Verbote die auf Artikel 22 der Verordnung (EU) 2015/2365 zurückzuführen sind. Die Absätze 5, 6a, 7, 8 und 9 enthalten die Vorgaben zu Sanktionshöhen aus der Verordnung (EU) 2015/2365. Die Regelung orientiert sich an § 120 Absatz 10 und Absatz 21 WpHG.

Zu Nummer 9 (§ 356)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bezüglich der Ergänzung von § 35 VAG soll die Übergangsvorschrift sicherstellen, dass eine Prüfung der Erfüllung der zusätzlichen Pflichten im Rahmen von Abschlussprüfungen für Geschäftsjahre gilt, die nach dem 31. Dezember 2017 beginnen.

Zu Artikel 14 (Weitere Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Änderung der Inhaltsübersicht)

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen der Inhaltsübersicht auf Grund der Einfügung des § 308c und der Änderung des § 319a und des § 356.

Zu Nummer 2 (§ 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6)

Die Ergänzung stellt sicher, dass die Jahresabschlussprüfer prüfen, ob das Unternehmen seinen Verpflichtungen nach der Verordnung (EU) 2016/1011 nachkommt. Bei einem Verstoß gegen die Artikel 16, 23, 28 und 29 der Verordnung (EU) 2016/1011 greift die Bußgeldnorm des § 332 Absatz 4g VAG.

Zu Nummer 3 (§ 295)

In Nummer 3 wird die zuständige Behörde im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011 für die in den Anwendungsbereich der Verordnung fallenden Unternehmen, die der Aufsicht nach dem VAG unterliegen, konkretisiert. Zuständige Behörden sind somit diejenigen, die auch für die Aufsicht nach dem VAG zuständig sind. Dies sind nach §§ 320 ff. VAG die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie die Landesaufsichtsbehörden.

Zu Nummer 4 (§ 303)

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe e der Verordnung (EU) 2016/1011.

Zu Nummer 5 (§ 308c)

Absatz 1 setzt die Vorgabe aus Artikel 41 Abs. 1 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2016/1011 um. Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2016/1011 wird in Absatz 2 umgesetzt. Absatz 3 setzt Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe h der Verordnung (EU) 2016/1011 um. In Absatz 4 wird Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe g der Verordnung (EU) 2016/1011 umgesetzt. Artikel 41 Absatz 1 Buchstabe c, i und j sowie Artikel 42 Absatz 2 Buchstabe a und c und werden in § 308c Absatz 5 umgesetzt.

Zu Nummer 6 (Änderung des § 319a)

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 45 der Verordnung (EU) 2016/1011.

Zu Nummer 7 (§ 332)

Absatz 4g ist neu eingefügt und enthält Vorgaben zu Bußgeldtatbeständen betreffend Verstöße gegen Ge- und Verbote, die auf Artikel 42 der Verordnung (EU) 2016/1011 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden, zurückzuführen sind.

Die Änderungen der Absätze 5, 7, 8 und 9 enthalten ebenso wie der neu eingeführte Absatz 6b die Vorgaben zu Sanktionshöhen aus der Verordnung (EU) 2016/1011.

Zu Nummer 8 (§ 356)

Bezüglich der Ergänzung von § 35 VAG soll die Übergangsvorschrift sicherstellen, dass eine Prüfung der Erfüllung der zusätzlichen Pflichten im Rahmen von Abschlussprüfungen für Geschäftsjahre gilt, die nach dem 31. Dezember 2017 beginnen.

Zu Artikel 15 (Weitere Änderungen des Versicherungsaufsichtsgesetzes)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung der Inhaltsübersicht auf Grund der Änderung des § 356.

Zu Nummer 2 (§ 7 Nummer 3 zweiter Teilsatz)

Es handelt sich um eine Folgeänderung, die durch die Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes in Artikel 3 ausgelöst wird.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Zu Nummer 3 (§ 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7)

Die Ergänzung stellt sicher, dass die Jahresabschlussprüfer prüfen, ob das Unternehmen seinen Verpflichtungen nach der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 nachkommt. Bei einem Verstoß gegen Artikel 28 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 greift die Bußgeldnorm des § 120 WpHG.

Zu Nummer 4 (§ 356)

Bezüglich der Ergänzung von § 35 VAG soll die Übergangsvorschrift sicherstellen, dass eine Prüfung der Erfüllung der zusätzlichen Pflichten im Rahmen von Abschlussprüfungen für Geschäftsjahre gilt, die nach dem 31. Dezember 2017 beginnen. Artikel 28 Absatz 1 bis 3 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 gilt erstmals ab dem 3. Januar 2018.

Zu Artikel 16 (Änderung des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 4d)

Die Änderung erweitert die Verordnungsermächtigung für das Bundesministerium der Finanzen dahingehend, nähere Bestimmungen über Inhalt, Art, Umfang und Form der Meldung von Verstößen auch gegen sonstige Verstöße gegen Gesetze, Rechtsverordnungen, Allgemeinverfügungen und sonstige Vorschriften sowie Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union erlassen zu können. Die Verordnungsermächtigung ist derzeit begrenzt auf Verstöße gegen Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 und zur Konkretisierung des auf Grundlage von Artikel 32 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 erlassenen Durchführungsrechtsakts der Europäischen Kommission.

Zu Nummer 2 (§ 15)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 3 (§ 16e)

In Absatz 1 wird für Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten mit einer Erlaubnis nach § 32f KWG innerhalb des Aufsichtsbereichs Banken oder sonstige Finanzdienstleistungen eine eigene Umlagegruppe eingeführt, da es sich weder um Kredit- noch um Finanzdienstleistungsinstitute handelt. Da ihre Beaufsichtigung nicht nur auf der Grundlage des KWG erfolgt, ist es notwendig, die in dieser Umlagegruppe zu erfassenden Kosten auf solche für die Beaufsichtigung nach dem KWG zu beschränken.

Bei den Änderungen in Absatz 3 Nummer 1 und 2 handelt es sich um Folgeänderungen zur Änderung des KWG. Die Ergänzung in Absatz 3 Nummer 3 bezieht die neue Regelung des § 2 Absatz 5 KWG in die Ausnahmen von der Umlagepflicht mit ein.

Zu Nummer 4 (§ 16f)

Es handelt sich um eine Regelung zur Bemessung der Umlagebeträge für die neu eingeführte Umlagegruppe der Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten. Grundsätzlich sollen die Umlagepflichtigen die zu erwartenden Aufsichtskosten für diese Gruppe zu gleichen Teilen tragen. Denn nach derzeitigem Kenntnisstand ist nach Abzug von Gebühren für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen der BaFin nach dem KWG von einer in etwa gleichmäßigen Verteilung der Aufsichtskosten auszugehen. Eine Differenzierung der Umlagebelastung ist daher nur nach der Dauer der Umlagepflicht in einem Umlagejahr notwendig.

Zu Nummer 5 (§ 16g)

Die bisherige Mindestumlagebetragsregelung des Absatzes 1 Nummer 1b Doppelbuchstabe bb wird um Finanzdienstleistungsinstitute mit einer Erlaubnis zum Betrieb eines organisierten Handelssystems (§ 1 Absatz 1a Satz 2 Nummer 1d KWG) erweitert.

Zu Nummer 6 (§ 16i)

Bei den Änderungen in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 handelt es sich um Folgeänderungen zur Änderung des WpHG.

Die neu eingefügte Regelung des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2 Satz 2 stellt klar, dass der Bund und die Bundesländer keine Emittenten im Sinne der Vorschrift sind und damit nicht der Umlagepflicht unterliegen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die neu eingefügte Nummer 3 des Absatzes 1 Satz 1 regelt die Einführung einer neuen Umlagegruppe für die Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten. Sie entspricht der Regelung in § 16e Absatz 1 Nummer 5. Die Einrichtung einer derartigen Umlagegruppe auch im Aufsichtsbereich Wertpapierhandel ist notwendig, weil diese Umlagepflichtigen nicht nur nach dem KWG, sondern auch nach dem WpHG beaufsichtigt werden.

§ 16i Absatz 2 Satz 2 wird um Regelungen zur Umlagepflicht für Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten ergänzt.

Zu Nummer 7 (§ 16j)

Die Änderungen in den Absätzen 5 und 7 ergeben sich daraus, dass die Umlage zukünftig nach den Umsätzen an den inländischen Handelsplätzen bemessen werden soll. Die Handelsplätze haben hierzu die entsprechenden Daten an die Bundesanstalt zu liefern. Mit dieser Lösung wird eine höhere Datentransparenz für die Umlagepflichtigen möglich, da die bisher als Bemessungsgrundlage herangezogenen Meldesätze nach § 9 WpHG der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, die Umsatzdaten aber zugänglich sind. Weiterhin werden alle entsprechenden Umsätze an inländischen Handelsplätzen unabhängig von dem Sitz eines Meldepflichtigen einbezogen. Das Verfahren hat sich bei der Bilanzkontrollumlage nach § 17d bewährt.

Die Einfügung des neuen Absatzes 5a und die Änderungen des Absatzes 6 sind wegen der neu eingerichteten Umlagegruppe für die Betreiber von Datenbereitstellungsdiensten erforderlich. Absatz 5a sieht für die Bemessung der Umlagebeträge eine entsprechende Anwendung des § 16f Absatz 1 Nr. 3 vor. Die Änderung in Absatz 6 hat zur Folge, dass die Regelung des Mindestumlagebetrages auf die Umlagegruppen beschränkt bleibt, für die sie bisher schon galt. Wegen des andersartigen Bemessungssystems ist ein Mindestumlagebetrag für die neue Umlagegruppe nicht erforderlich.

Zu Nummer 8 (§ 17a)

Es handelt sich um eine Folgeänderung der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 9 (§ 17c)

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 10 (§ 17d)

Es handelt sich um eine Folgeänderung der geänderten Nummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 11 (§ 23)

Der neu angefügte Absatz bestimmt, ab welchem Umlagejahr die geänderten Umlagevorschriften anzuwenden sind.

Zu Artikel 17 (Änderung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes)

Zu Nummer 1 (§ 7)

Die Aufhebung des Absatzes 5 dient der Umsetzung von Anhang 1 Abschnitt C Absatz 11 der Richtlinie 2014/65/EU.

Zu Nummer 2 (§ 8)

Es handelt sich um eine Folgeänderung, aufgrund Neunummerierung werden Verweise auf das Wertpapierhandelsgesetz geändert. Zudem war die bisher in § 8 Absatz 4 Satz 2 geregelte Erlaubnispflicht zur Gebotseinstellung für Berechtigungen, die nicht in Form eines Finanzinstruments versteigert werden, zu streichen, da künftig alle Berechtigungen Finanzinstrumente sind. In § 8 Absatz 4 Satz 4 war die Satzangabe redaktionell zu korrigieren.

Zu Nummer 3 (§ 16)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu Nummer 1. Aufgrund der Aufhebung des Absatzes 5 war der Verweis hier anzupassen.

Zu Artikel 18 (Änderung der WpÜG-Angebotsverordnung)

Zu Nummer 1 (§ 2)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Es handelt sich um eine Folgeänderung, aufgrund Neunummerierung werden Verweise auf das Wertpapierhandelsgesetz geändert.

Zu Nummer 2 (§ 5)

Die Änderung berücksichtigt, dass die für die Berechnung des gewichteten durchschnittlichen inländischen Börsenkurses heranzuziehenden Geschäfte künftig nicht mehr nach § 9 des Wertpapierhandelsgesetzes, sondern nach Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 an die Bundesanstalt gemeldet bzw. übermittelt werden. Künftig werden auch die über das Europäische Meldewesen (TREM) übermittelten Transaktionen berücksichtigt. Hinsichtlich der schon bisher berücksichtigten Mitteilungen von Zentralen Gegenparteien (CCP) ist deren ausdrückliche Nennung erforderlich, da CCP künftig nur noch aufgrund des § 22 Absatz 3 WpHG melden.

Zu Nummer 3 (§ 12a)

Die Übergangsregelung stellt sicher, dass in den Fällen, in denen der nach § 5 WpÜG-Angebotsverordnung oder § 39 Absatz 3 des Börsengesetzes maßgebliche Zeitraum teilweise oder vollständig vor dem Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 liegt, insoweit weiterhin die Meldungen nach § 9 des Wertpapierhandelsgesetzes in der bis dahin geltenden Fassung berücksichtigt werden.

Zu Artikel 19 (Änderung der KWG-Vermittlerverordnung)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung aufgrund der Streichung des bisherigen Satzes 5 des § 2 Absatz 10 des Kreditwesengesetzes.

Zu Artikel 20 (Änderung der Gewerbeordnung)

Die Änderung in § 34g Absatz 1 Nummer 3 berücksichtigt die Streichung der Regelungen zum Beratungsprotokoll und die nunmehr bestehende Pflicht zur Erstellung einer Geeignetheitserklärung. Im Übrigen handelt es sich um eine Folgeänderung aufgrund der Neunummerierung des WpHG.

Zu Artikel 21 (Änderung der Verordnung zur Übertragung von Befugnissen zum Erlass von Rechtsverordnungen auf die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht)

Zu Nummer 1

Es handelt sich um die Aufnahme zweier neuer Befugnisse zum Erlass von Rechtsverordnungen, die auf die Bundesanstalt übertragen werden sowie um Folgeänderungen aufgrund der Neunummerierung des Wertpapierhandelsgesetzes.

Zu Nummer 2

Es handelt sich um eine nachzuholende Folgeänderung zur am 1. Juli 2012 wirksam gewordenen Umnummerierung des § 28 WpPG in § 33 WpPG.

Da der ursprünglich eine Verordnungsermächtigung enthaltende § 27 WpPG nach seiner Umnummerierung in § 32 WpPG mit Wirkung zum 1. Juli 2012 aufgehoben wurde, kann der Verweis auf § 27 Absatz 5 Satz 1 WpPG entfallen.

Zu Artikel 22 (Änderung der Marktmanipulations-Verstoßmeldeverordnung)

Dieser Artikel erweitert den Anwendungsbereich der Verordnung zur Meldung von Verstößen gegen das Verbot der Marktmanipulation entsprechend dem erweiterten Anwendungsbereich für die Verordnungsermächtigung in § 4d Absatz 9 des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes. Die Verordnung gilt danach nicht für Meldungen nach § 4d des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes über tatsächliche oder mögliche Verstöße gegen die Verordnung (EU) Nr. 596/2014, sondern für sämtliche Meldungen nach § 4d des Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetzes. Diese Änderung wird sowohl im Namen der Verordnung als auch in der Definition einer Verstoßmeldung in § 1 Absatz 1 Satz 2 nachvollzogen.

Zu Artikel 23 (Änderung des Kleinanlegerschutzgesetzes)

Artikel 7 des Kleinanlegerschutzgesetzes wird aufgehoben. Es handelt sich um eine redaktionelle Korrektur, da der Änderungsbefehl des Kleinanlegerschutzgesetzes aufgrund der geänderten Nummerierung der WpDVerOV

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

ins Leere geht. Die Änderung erfolgt nunmehr unmittelbar im durch dieses Gesetz geänderten § 4 der WpD-VerOV.

Zu Artikel 24 (Folgeänderungen)

Dieser Artikel enthält die Folgeänderungen in anderen formellen Gesetzen, die durch die Änderungen des Wertpapierhandelsgesetzes in Artikel 1 ausgelöst werden. Die notwendigen Folgeänderungen in Rechtsverordnungen werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in separaten Artikeln vorgenommen.

Bei der Änderung des Pfandbriefgesetzes handelt es sich um eine Folgeänderung aufgrund der Einfügung des § 1 Absatz 11 Satz 2 des Kreditwesengesetzes (Artikel 6 Nummer 2 Buchstabe e Doppelbuchstabe bb; entsprechend ist der Verweis im Pfandbriefgesetz zu ändern.

Zu Artikel 25 (Aufhebung von Rechtsverordnungen)

Zu Absatz 1 (Aufhebung der Wertpapierhandel-Meldeverordnung)

Die Einzelheiten zum Inhalt der bisherigen Meldungen nach § 9 des Wertpapierhandelsgesetzes werden künftig in Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 600/2014 sowie in der dazugehörigen Delegierten Verordnung (EU) … [RTS 22] geregelt. Soweit es künftig noch Meldungen aufgrund nationaler Vorschriften (§ 22 WpHG) geben wird, werden diese hinsichtlich Inhalt und Format nach den europäischen Vorgaben ausgestaltet. Die Wertpapierhandel-Meldeverordnung ist damit gegenstandslos und aufzuheben.

Zu Absatz 2 (Aufhebung der Finanzanalyseverordnung)

Die Finanzanalyseverordnung ist aufzuheben, da sie zum einen auf der Umsetzung von Artikel 25 der Richtlinie 2006/73/EG der Kommission vom 10. August 2006 zur Durchführung der Richtlinie 2004/39/EG beruhte, deren Regelungen durch Artikel 37 der Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] zur Ergänzung der Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen an Wertpapierfirmen und die Bedingungen für die Ausübung ihrer Tätigkeit sowie in Bezug auf die Definition bestimmter Begriffe für die Zwecke der genannten Richtlinie ersetzt werden.

Zum anderen ergibt sich der Regelungsinhalt der Finanzanalyseverordnung nun unmittelbar aus der Delegierten Verordnung (EU) 2016/958. So ergibt sich der Regelungsinhalt des § 2 künftig aus Artikel 2 Absatz 1 und 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/958, der Inhalt des § 3 aus Artikel 3 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/958, der Inhalt des § 4 aus Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e, Artikel 4 und Artikel 10 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/958 und der Inhalt des § 5 aus den Artikeln 5 und 6 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/958. § 5a, der durch die Erste Verordnung zur Änderung der Finanzanalyseverordnung mit Wirkung vom 1.11.2007 in die FinAnV eingefügt wurde, wird aufgehoben, da die Vorgaben insbesondere durch Artikel 37 Delegierten Verordnung (EU) … [DV MiFID II] ersetzt werden. Die §§ 6 und 7 sind aufzuheben, da sich ihr Regelungsinhalt künftig unmittelbar aus der Delegierten Verordnung (EU) 2016/958 ergibt. Der Inhalt des § 6 ergibt sich künftig aus Artikel 3 und Artikel 4 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/958. Der Inhalt des § 7 ergibt sich aus Artikel 8 bis 10 Delegierten Verordnung (EU) 2016/958.

Zu Absatz 3 (Aufhebung der Marktmanipulations-Konkretisierungsverordnung)

Die Marktmanipulations-Konkretisierungsverordnung ist aufzuheben, da sich ihr Inhalt aus unmittelbar anwendbarem Unionsrecht, insbesondere aus Artikel 12 und Annex I der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 sowie der Delegierten Verordnung (EU) 2016/522 der Kommission vom 17. Dezember 2015 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine Ausnahme für bestimmte öffentliche Stellen und Zentralbanken von Drittstaaten, die Indikatoren für Marktmanipulation, die Schwellenwerte für die Offenlegung, die zuständige Behörde, der ein Aufschub zu melden ist, die Erlaubnis zum Handel während eines geschlossenen Zeitraums und die Arten meldepflichtiger Eigengeschäfte von Führungskräften (ABl. L 88 vom 5.4.2016, S. 1.), ergibt.

Zu Artikel 26 (Inkrafttreten)

Zu Absatz 1

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten der zur Anpassung des Aufsichtsrechts an die Verordnung (EU) 2015/2365 erforderlichen Regelungen. Sowie das Inkrafttreten der Rechtsverordnungsermächtigungen, die zur

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

fristgerechten Umsetzung der Richtlinie 2014/65/EU sowie der Delegierten Richtlinie … /EU [DR MiFID II] in den nationalen Rechtsverordnungen erforderlich sind.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten der zur Anpassung des Aufsichtsrechts an die Verordnung (EU) 2016/1011 erforderlichen Regelungen.

Zu Absatz 3

Die übrigen Vorschriften treten am 3. Januar 2018 und damit zum in der Richtlinie 2014/65/EU bestimmten Anwendungszeitpunkt in Kraft.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Absatz 1 NKRG

Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften aufgrund europäischer Rechtsakte – 2. Finanzmarktnovellierungsgesetz (NKR-Nummer 3902, BMF)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des oben genannten Regelungsvorhabens geprüft.

I. Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger	Keine Auswirkungen
Wirtschaft	
Jährlicher Erfüllungsaufwand:	64 Mio. Euro
davon aus Informationspflichten:	*11 Mio. Euro*
Einmaliger Erfüllungsaufwand:	61,5 Mio. Euro
davon aus Informationspflichten:	*54 Mio. Euro*
Verwaltung	
Bund	
Jährlicher Erfüllungsaufwand:	12 Mio. Euro
Einmaliger Erfüllungsaufwand:	120.000 Euro
Umsetzung von EU-Recht	Über die Umsetzung der Finanzmarktrichtlinie hinaus soll mit dem Vorhaben in Bezug auf Wertpapierdienstleistungsunternehmen das Sachkunde- und Zuverlässigkeitserfordernis für Vertriebsmitarbeiter auch auf Mitarbeiter der Finanzportfolioverwaltung erstreckt werden (Gold Plating).
‘One in one out’-Regel	Im Sinne der ‚One in one out‘-Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ein „In“ von 770.000 Euro dar. Das Ressort prüft, in welchem Rahmen diese Belastung kompensiert werden wird.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Evaluierung	Nach Artikel 90 der Finanzmarktrichtlinie (Richtlinie 2014/65/EU) und Artikel 52 der Finanzmarktverordnung (Verordnung (EU) Nr. 600/2014) wird die Kommission vor dem 3. März 2020 dem Europäischen Parlament und dem Rat jeweils einen Bericht vorlegen. Das Bundesministerium der Finanzen wird der EU-Kommission in diesem Zusammenhang seine Erkenntnisse zur Anwendung der EU-Vorschriften mitteilen. Die Ergebnisse werden gemäß der Konzeption der Bundesregierung zur Evaluierung neuer Regelungsvorhaben an den Nationalen Normenkontrollrat übermittelt.
Der Nationale Normenkontrollrat weist darauf hin, dass Gold Plating im Widerspruch zur Aussage im Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode steht, EU-Vorgaben 1:1 umsetzen zu wollen. Im Übrigen hat das Ressort die Gesetzesfolgen nachvollziehbar und plausibel dargestellt.	

II. Im Einzelnen

Mit diesem Regelungsvorhaben wird eine Reihe von EU-Rechtsakten auf dem Gebiet des Kapitalmarktrechts im nationalen Recht verankert:

Die **Finanzmarktrichtlinie** (**MiFID II** = Richtlinie 2014/65/EU) und die **Finanzmarktverordnung** (**MiFIR** = Verordnung (EU) Nr. 600/2014) enthalten umfassende Vorschriften zur Regulierung von Wertpapierdienstleistungen und Börsenhandel. Die aufgrund der Vorgängerregelung (MiFID I) erlassenen nationalen Regelungen bilden die Grundlage der Beaufsichtigung des Wertpapierhandels und des Anlegerschutzes im Wertpapierbereich durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Börsenaufsichtsbehörden.

Durch die Überarbeitung der bisherigen Regelungen sollen insbesondere:

- Der Anlegerschutz durch Anpassung der Verhaltens- und Organisationspflichten von Wertpapierdienstleistungsunternehmen, insbesondere durch erweiterte Transparenz- und Informationspflichten gegenüber Kunden verstärkt werden;
- Aufsichtslücken bei der Regulierung von Handelsplätzen durch höhere Anforderungen an bestehende Handelsplattformen, die Schaffung einer neuen Er-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

laubnispflicht für bisher nicht überwachte organisierte Handelssysteme sowie eine grundsätzliche Pflicht, Handel auf regulierten Plätzen zu betreiben, geschlossen werden;

- mehr Transparenz an den Handelsplätzen durch Ausdehnung der von Veröffentlichungspflichten betroffenen Finanzinstrumente und die Regulierung von Datenbereitstellungsdiensten geschaffen werden;
- Positionslimits und Positionskontrollen an Warenderivatemärkten eingeführt werden, um exzessiven Handelsaktivitäten entgegenwirken zu können;
- EU-einheitliche Regelungen zur Regulierung des algorithmischen Handels, insbesondere des Hochfrequenzhandels, verankert werden und
- die Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der Aufsicht erweitert sowie Sanktionsmöglichkeiten vereinheitlicht und verschärft werden.

Die **Benchmark-Verordnung** (Verordnung (EU) Nr. 2016/1011) enthält Regelungen über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden (z.B. Libor). Nach der Verordnung müssen Ersteller von Benchmarks (sog. Administratoren) künftig nach einheitlichen Regelungen beaufsichtigt werden. Die Verordnung enthält zudem detaillierte Regelungen für die Zulieferung von Daten durch sog. Kontributoren an die Ersteller von Benchmarks. Die in der Verordnung spezifizierten Pflichten sind sanktionsbewährt und müssen von den national zuständigen Aufsichtsbehörden angewendet werden können. Daher werden im vorliegenden Entwurf verschiedene Regelungen eingefügt, die eine Aufsicht durch die BaFin verankern und der BaFin bei Nichterfüllung der Pflichten das Verhängen von Sanktionen ermöglicht.

Mit der **EU-Verordnung über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften und der Weiterverwendung** (**SFT-Verordnung** = Verordnung (EU) Nr. 2015/2365) werden Vorgaben des Finanzstabilitätsrats (FSB) zur Reduzierung von Risiken für die Finanzstabilität aus dem sog. Schattenbankensektor in der EU umgesetzt. Wesentlicher Inhalt der Verordnung sind Regelungen zur Verbesserung der Transparenz und der Kontrolle von Wertpapierleih- und Repogeschäften, die sowohl im Bankensektor als auch im Schattenbankensektor eine zentrale Bedeutung haben.

Zur Umsetzung der genannten EU-Regelungen werden insbesondere das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG), das Kreditwesengesetz (KWG) und das Börsengesetz (BörseG) angepasst. Hinzu

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

kommen Änderungen unter anderem im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und im Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB).

II.1. Erfüllungsaufwand

Bürgerinnen und Bürger

Das Regelungsvorhaben hat keine Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand der Bürgerinnen und Bürger. Soweit Einzelpersonen Pflichten auferlegt werden, steht das Handeln dieser Personen als Vertreter der Wirtschaft im Vordergrund. Die entsprechenden Belastungen werden daher als Teil des Erfüllungsaufwands der Wirtschaft erfasst.

Wirtschaft

Der Wirtschaft entsteht **jährlicher Erfüllungsaufwand von rund 64 Millionen Euro aufgrund von EU-Regelungen**. Aufgrund von **nationalen Regelungen** fällt **jährlicher Aufwand von rund 770.000 Euro** an.

Einmalig entsteht der Wirtschaft **Umstellungsaufwand von rund 61,5 Mio. Euro**.

Der jährliche Aufwand aufgrund von EU-Regelungen fällt im Wesentlichen an durch

- Vertriebsbezogene Berücksichtigung des Zielmarktes bei der Ausgestaltung von Finanzinstrumenten zum Verkauf an Kunden: rund **31 Mio. Euro**

(500.000 Finanzinstrumente pro Jahr/89 Minuten pro Fall/27,60 pro 60 Minuten = rund 20,5 Mio. Euro Personalkosten zuzüglich rund 11,3 Mio. Euro IT- und Sachkostenpauschale (40 Prozent des Personalaufwands));

- Veröffentlichung von Informationen über die Ausführungsqualität von Aufträgen durch Ausführungsplätze: rund **7 Mio. Euro**

(535.000 Fälle/28 Minuten pro Fall/27,60 pro 60 Minuten)

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- Erstellen von Positionen in Warenderivaten durch Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die außerbörslich („OTC“) handeln, an die BaFin oder eine andere zuständige Behörde: rund **2,6 Mio. Euro**

(18250 Fälle pro Jahr/201 Minuten pro Fall/27,60 Euro pro 60 Minuten = 1,7 Mio. Euro Personalkosten zuzüglich rund 928.000 Euro IT- und Sachkostenpauschale (40 Prozent des Personalaufwands));

- Erstellen von Positionen in Warenderivaten durch Wertpapierdienstleistungsunternehmen von Handelsplatzteilnehmern an die Handelsplätze: rund **1,7 Mio. Euro** (12.000 Fälle pro Jahr/201 Minuten pro Fall/27,60 Euro pro 60 Minuten = 1,1 Mio. Euro Personalkosten zuzüglich rund 610.000 Euro IT- und Sachkostenpauschale (40 Prozent des Personalaufwands));

Der jährliche Aufwand aufgrund nationaler Regelung fällt im Wesentlichen an durch

- das Sachkunde- und Zuverlässigkeitserfordernis für Mitarbeiter der Finanzportfolioverwaltung: rund **770.000 Euro**

(geschätzt 30.000 Mitarbeiter/72 Minuten/27,60 Euro pro 60 Minuten = 497.000 Euro Personalkosten zuzüglich rund 273.000 Euro IT- und Sachkostenpauschale (40 Prozent des Personalaufwands)).

Die Anforderungen an die Sachkunde des Mitarbeiters in der Finanzportfolioverwaltung entsprechen weitestgehend den Anforderungen an einen Mitarbeiter in der Anlageberatung und umfassen insbesondere Kenntnisse in Kundenberatung, rechtlichen und fachlichen Grundlagen (insbesondere Funktionsweise des Finanzmarktes; Merkmale, Risiken und Funktionsweise der Finanzinstrumente; Wertentwicklung und Grundzüge der Bewertungsgrundsätze von Finanzinstrumenten; Kosten und Gebühren, die für den Kunden im Zusammenhang mit den Finanzinstrumenten anfallen). Ergänzende Anforderungen an die Sachkunde, die für einen Mitarbeiter in der Finanzportfolioverwaltung erforderlich sind, umfassen Kenntnisse und praktische Anwendung der rechtlichen Grundlagen, d.h. der für die Finanzportfolioverwaltung zu beachtenden Vorschriften des Wertpapierhandelsgesetzes und des Kreditanlagegesetzbuches; darüber hinaus sind Kenntnisse des Portfoliomanagements und der Portfolioanalyse erforderlich. Die erforderliche Sachkunde muss durch Abschlusszeugnisse, Schulungs- oder Weiterbildungsnachweise oder in anderer

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

geeigneter Weise nachgewiesen sein. Die Sachkunde ist kontinuierlich aufrechtzuerhalten und wird mindestens einmal jährlich unter Berücksichtigung von Veränderungen der gesetzlichen Anforderungen und des Angebots an Wertpapierdienstleistungen und Finanzinstrumenten durch das Wertpapierdienstleistungsunternehmen überprüft.

Zu erwähnen ist, dass sich der Aufwand für die Wirtschaft durch die Pflicht zur Zurverfügungstellung einer sogenannten Geeignetheitserklärung (EU-Vorgabe) nicht ändert, da im Gegenzug die Pflicht zur Übergabe eines Beratungsprotokolls (bisherige nationale Regelung) mit Aufwand in gleicher Höhe entfällt. Diese Erklärung über die Geeignetheit der Empfehlung muss bei der Anlageberatung an Privatkunden erfolgen. Die Geeignetheitserklärung muss die erbrachte Beratung nennen und erläutern, wie sie auf die Präferenzen, Anlageziele und sonstige Kundenmerkmale abgestimmt wurde. Sie tritt an die Stelle des bisherigen Beratungsprotokolls bei Geldanlagen, das im Gegenzug abgeschafft wird.

Die jährlichen Bürokratiekosten belaufen sich auf rund 11 Mio. Euro und betreffen im Wesentlichen Informationspflichten (insbesondere Veröffentlichung von Informationen über die Ausführungsqualität von Aufträgen durch Ausführungsplätze mit rund 7 Mio. Euro und Nachweis- und Offenlegungspflichten bei Zuwendungen mit rund 1,8 Mio. Euro).

Der einmalige Erfüllungsaufwand von rund **61,5 Mio. Euro** basiert auf EU-Recht und betrifft vor allem ergänzte Informationspflichten der Wertpapierdienstleistungsunternehmen gegenüber ihren Kunden (einmalige Anlegerinformationspflichten) mit rund 54 Mio. Euro sowie die Anpassung an die Verhaltens- und Organisationspflichten, insbesondere die Anpassung an die Vorgaben für die Geeignetheitserklärung mit rund 1,5 Mio. Euro, die organisatorischen Vorkehrungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten mit rund 1,7 Mio. Euro und Einhaltung der Zuwendungsregeln mit rund 1,7 Mio. Euro.

Zu erwähnen ist, dass von Verbändeseite moniert worden war, dass der vom Bundesministerium der Finanzen geschätzte Erfüllungsaufwand zu niedrig angesiedelt worden wäre. Herausgestellt wurden insoweit die einmaligen Anlegerinformationspflichten der Unternehmen. Das Ressort hat den Erfüllungsaufwand noch einmal geprüft und in der Folge die ursprüngliche Schätzung insoweit von rund 21.000 Euro auf rund 54 Mio. Euro erhöht.

Verwaltung (Bund, Länder/Kommunen)

Bei der BaFin fällt **jährlicher Erfüllungsaufwand von rund 12 Millionen Euro** an. Einmalig entsteht **Umstellungsaufwand von rund 120 000 Euro**.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Der jährliche Aufwand fällt im Wesentlichen an durch

- die Festlegung und Überprüfung von Positionslimits für Warenderivate unter Beteiligung von Handelsplätzen, anderen nationalen Behörden und ESMA, sowie die Information über Positionslimits an diese Beteiligten:

rund 7,1 Mio. Euro (4000 Fälle pro Jahr/330 Minuten pro Fall/23 Euro pro 60 Minuten = 5,06 Mio. Euro Personalkosten zuzüglich 2,02 Mio. Euro IT- und Sachkostenpauschale (40 Prozent des Personalaufwands));

- die Entgegennahme, Verarbeitung und Überprüfung von täglichen Meldungen von Wertpapierdienstleistungsunternehmen, die außerbörslich („OTC“) mit Warenderivaten handeln, an die BaFin mit vollständiger Aufschlüsselung der Positionen:

rund 3,4 Mio. Euro (18250 Fälle pro Jahr/335 Minuten pro Fall/23 Euro pro 60 Minuten = 2,34 Mio. Euro Personalkosten zuzüglich rund 937.000 Euro IT- und Sachkostenpauschale (40 Prozent des Personalaufwands));

- Überwachung der Geschäfts- und Vergütungspolitik von Wertpapierdienstleistungsunternehmen:

rund 887.000 Euro (jeweils 676 Unternehmen/jeweils 890 Minuten pro Unternehmen/jeweils 31,60 Euro pro 60 Minuten = jeweils rund 317.000 Euro Personalkosten zuzüglich jeweils rund 127.000 Euro IT- und Sachkostenpauschale (40 Prozent des Personalaufwands)).

Der einmalige Umstellungsaufwand der Verwaltung entsteht im Wesentlichen durch die Bearbeitung von Erlaubnisanträgen für das Betreiben von Eigengeschäft ohne gleichzeitiges Betreiben von Bankgeschäften: rund 101.000 Euro (100 Fälle/1370 Minuten pro Fall/31,60 Euro pro 60 Minuten = rund 72.100 Euro Personalkosten zuzüglich rund 28.900 Euro IT- und Sachkostenpauschale (40 Prozent des Personalaufwands)).

II.2. Umsetzung von EU-Recht

Über die Umsetzung der Finanzmarktrichtlinie hinaus soll mit dem Vorhaben in Bezug auf Wertpapierdienstleistungsunternehmen das Sachkunde- und Zuverlässigkeitserfordernis für Ver-

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

triebsmitarbeiter auch auf Mitarbeiter der Finanzportfolioverwaltung erstreckt werden (Gold Plating). Es entsteht entsprechender Erfüllungsaufwand von jährlich rund 770.000 Euro.

II.3. ‚One in one Out'-Regel

Der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben aufgrund von nationalen Vorgaben stellt in diesem Sinne ein „In" von 770.040 Euro dar.

II.4. Evaluierung

Nach Artikel 90 der Finanzmarktrichtlinie (Richtlinie 2014/65/EU) und Artikel 52 der Finanzmarktverordnung (Verordnung (EU) Nr. 600/2014) wird die Kommission vor dem 3. März 2020 dem Europäischen Parlament und dem Rat jeweils einen Bericht vorlegen. Das Bundesministerium der Finanzen wird der EU-Kommission in diesem Zusammenhang seine Erkenntnisse zur Anwendung der EU-Vorschriften mitteilen. Die Ergebnisse werden gemäß der Konzeption der Bundesregierung zur Evaluierung neuer Regelungsvorhaben an den Nationalen Normenkontrollrat übermittelt.

Der Nationale Normenkontrollrat weist darauf hin, dass Gold Plating im Widerspruch zur Aussage im Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode steht, EU-Vorgaben 1:1 umsetzen zu wollen.

Im Übrigen hat das Ressort die Gesetzesfolgen nachvollziehbar und plausibel dargestellt.

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Schleyer
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.